

Willy Klages

Offene Fragen der Geschichte

Band 17

Chronik von Mai 2021 bis Januar 2022



<u>Inhaltsverzeichnis</u>	Seite
Danksagung und Widmung	2
Vorbemerkungen	3-4
Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von Mai 2021 bis Januar 2022	5-307
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis Bildnachweis	308-310

Danksagung und Widmung

Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht auch die Zukunft. Wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht auch die Vergangenheit.

George Orwell, eigentlich Eric Blair (1903-1950, englischer Schriftsteller)

Mein Dank gilt allen Historikern, Schriftstellern, Journalisten und Zeitzeugen, die diese Chronik überhaupt erst ermöglichten. Ihre Berichte und wissenschaftlichen Publikationen haben entscheidend dazu beigetragen, daß auch unbequeme historische Tatsachen nicht in Vergessenheit geraten sind.

Besonders danke ich:

Ernst-Ludwig von Alster, Hartmann Bachmann, Ronald Berthold, Sucharit Bhakdi, Susan Bonath, Werner Bräuninger, Volker Bräutigam, Tino Chrupalla, Holger Douglas, Jürgen Elsäßer, Konstantin Fechter, Edgar L. Gärtner, Ernst Hellmann, Hans-Olaf Henkel, Karsten Hilse, Martin Hladik, Simone Hörrlein, C. J. Hopkins, Ken Jebsen, Friedhelm Klinkhammer, Klaus König, Steffen Kotré, Uwe Kranz, Klaus Peter Krause, Herbert Ludwig, Stefan Magnet, Karsten Mark, Martina Meckelein, Ullrich Mies, Elsa Mittmannsgruber, Peter Möller, Peter Murphy, Heinz Nawratil, René Nehring, Manuela Niblock, Stefan Oelrich, Daniell Pführinger, Marco Pino, Hermann Ploppa, Richard Poe, Gerd- Karina Reiss, Rainer Rupp, Ivo Sasek, Heiko Schöning, Anja Schrum, Alexander Seibel, Frank-Walter Steinmeier, Oliver Stock, Hansjörg Stützle, Jakob Tschardtke, Rainer Werning, Gerhard Wisnewski, Ernst Wolff, Michael Wolffsohn, Mike Yeadon und Andreas Zimmermann.

Diese Chronik ist meiner Frau Angelika gewidmet, die leider viel zu früh von uns gehen mußte.

Vorbemerkungen

Diktatur heißt jene Regierungsform, in der man zu allem, was nicht erlaubt ist, gezwungen wird.

Spottvers der 68er Bewegung

Die planmäßige Deindustrialisierung Deutschlands läßt notgedrungen den Verdacht aufkommen, daß spätestens nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands im Oktober 1990 die systematische Restabwicklung des Morgenthau-Plans eingeleitet wurde. Nach dem sog. "Morgenthau-Plan", der am 15. September 1944 in Quebec durch Roosevelt und Churchill unterzeichnet wurde, sollte das "Problem Deutschland" bereits endgültig und radikal erledigt werden, um das "Nazireich" auf die Stufe eines Agrarlandes zurückzuführen.

Der "Morgenthau-Plan" wurde nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwar teilweise aufgeschoben, da die Deutschen damals noch während des "Kalten Krieges" gebraucht wurden. Trotz alledem wurden schließlich wesentliche Bestandteile des "Morgenthau-Plans" nach der deutschen Kapitulation von den alliierten Militärregierungen übernommen und realisiert.

Die westlichen Alliierten "verschenkten" damals zum Beispiel nicht nur die wertvollen landwirtschaftlichen Überschußgebiete östlich der Oder und Neiße, sondern sie stimmten außerdem zu, daß Millionen von Reichs- und Volksdeutschen aus ihrer jahrhundertealten Heimat vertrieben wurden.

Nach der Zerschlagung der UdSSR im Dezember 1991 begann still und heimlich der sogenannte "Great Reset", der große globale Umbruch bzw. der globale Umbau. Der "Great Reset" wurde hauptsächlich durch die engeren Kreise der Finanzeliten finanziert, zu denen zum Beispiel die Familien Rothschild und Rockefeller sowie Gates, Schwab, Soros, Musk, Bezos, Zuckerberg und viele andere Milliardäre zählen, um die klassischen demokratischen Strukturen weltweit durch eine Koalition von multinationalen Unternehmen zu verdrängen.

Diese gemeingefährlichen "Gutmenschen" planen in erster Linie die Auflösung aller Nationalstaaten sowie die "Befreiung" der Menschen von Freiheit, Selbstbestimmung, Eigentum, Sicherheit und Identität.

Die "Neue Weltordnung" strebt mit Hilfe ihrer weltweiten Netzwerke (Vereinte Nationen, UN-Sonder- und Unterorganisationen, Nichtregierungsorganisationen, zivilgesellschaftliche Interessenverbände usw.) in absehbarer Zeit eine Weltgesellschaft aller Weltbürger in einem totalitären Welteinheitsstaat mit einer diktatorischen Weltregierung und "ausgewählten NWO-Führern", mit einem Weltparlament, mit einem Weltgerichtshof, mit einer Weltbank, mit einer Weltarmee und einer Weltpolizei an.

Dieser totalitäre Welteinheitsstaat (ein Machtzentrum, ideologische Ausrichtung und politische Gleichschaltung der Bevölkerung, verbunden mit pseudodemokratischen Elementen) dient naturgemäß nicht dem Schutz von Menschenrechten und fördert nicht das friedliche Zusammenleben der Menschen. Dieser Moloch unterstützt in erster Linie menschenverachtende Maßnahmen, die in der Absicht begangen werden, alle sozialen und ökonomischen Existenzen zu vernichten sowie nationale, ethnische, rassische oder religiöse Gruppen als solche ganz oder teilweise zu zerstören, obwohl sie gemäß UN-Resolution vom 9.12.1948 den Tatbestand des Völkermordes erfüllen.

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtete z.B. über den Tatbestand des Völkermordes (x026/35): >>... Als Völkermord betrachtet die UNO-Resolution über den Genozid vom 9. Dezember 1948 ebenso wie das deutsche Strafrecht (§ 220a des Strafgesetzbuches) nicht nur die physische Vernichtung bestimmter Gruppen, sondern auch andere Formen der Verfolgung, die zur Zerstörung der Identität dieser Gruppen führen. ...<<

Der angebliche Kampf der selbsternannten Gutmenschen um Freiheit und Gleichberechtigung

aller Menschen verfolgt tatsächlich nur das NWO-Ziel, ein perfides totalitäres System der planmäßigen Gleichschaltung, der systematischen Ausbeutung, Versklavung und der gnadenlosen Unterdrückung zu etablieren. Um ihre totalitäre Öko-Diktatur zu realisieren, nehmen die skrupellosen Globalisten auch den Tod von Millionen Menschen billigend in Kauf.

Wer in diesem Land kein Schwein ist, wird schnell zur Sau gemacht.

Spottvers der 68er Bewegung

Nach der Vereinigung Mittel- und Westdeutschlands erfolgte die Destabilisierung Deutschlands nicht aufgrund unglücklicher Umstände und rätselhafter Zufälle, sondern die Zerstörung unseres Landes wurde von den NWO-Verantwortlichen seit Jahrzehnten im Rahmen der neuen Weltordnung geplant und systematisch realisiert.

Nach dem Zusammenbruch der UdSSR und der Übernahme der DDR hatte der Vasallenstaat BRD seine Aufgaben erfüllt und konnte deshalb endgültig beseitigt werden.

Zunächst wurde die öffentliche Meinungsfreiheit im vermeintlich "vereinigten Deutschland" allmählich systematisch nach dem "erfolgreichen DDR-Vorbild" ausgerichtet bzw. gleichgeschaltet. Aufgrund der großen Medienmacht der Regierungsparteien blieb die demokratische Meinungsäußerung zwangsläufig auf der Strecke, denn Meinungsfreiheit steht und fällt bekanntlich mit der Kontrolle der Macht durch freie, kritische, öffentliche Medien (sog. "Vierte Gewalt").

Um das solidarisch geprägte deutsche Sozialsystem bzw. den deutschen Sozialstaat und damit die gesamte Wiederaufbauarbeit (sog. "Wirtschaftswunder") der deutschen Vor- und Nachkriegsgeneration abzuwickeln bzw. vollständig zu vernichten, setzten die zahllosen gehorsamen Erfüllungsgehilfen und willigen Handlanger der neuen Weltordnung in der Bundesrepublik Deutschland auf bewährte Destabilisierungsmaßnahmen.

Die Deutschen müssen endlich erkennen, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der Nichtregierungsorganisationen seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte geführt" hat.

Die Finanzkrise, die Euro-Krise, der angeblich menschengemachter Klimawandel, die Massenmigration, die Corona-Pandemie und der Ukraine-Konflikt etc. waren offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen der hybriden Kriegsführung in der Bundesrepublik Deutschland, um von dem eigentlichen Hauptziel dieses hinterlistigen Krieges abzulenken.

In diesem geheimen Krieg gegen die Deutschen geht es in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen zu zerstören, um unser Heimatland insgesamt zu liquidieren.

Diese fortlaufende Aufzeichnung beschränkt sich aufgrund der unzähligen Ereignisse der Weltgeschichte auf die Erläuterung von wesentlichen historischen Fakten und Problemen der jeweiligen Perioden. Die Schwerpunkte dieser Chronik bilden die deutsche und europäische Geschichte.

Internationale Pressemeldungen sowie sonstige Publikationen und Zeitzeugenberichte über die planmäßige Restabwicklung Mittel- und Westdeutschlands von Mai 2021 bis Januar 2022

06.05.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 6. Mai 2021 (x1.000/...): >>>Wenn die Flocken fallen - Die Macht der Enthüllung!

Von *Ivo Sasek*

Sehen, wie Prognosen eintreffen. Ivo Sasek am 30.12.2020 (kla.tv/17843)

Als Spanien, gestern gerade (29.12.2020), seine Anti-Impf-Listen propagierte, ließ gleichzeitig der deutsche Gesundheitsminister Spahn titeln, daß es "Keine Sonderrechte für Geimpfte" geben dürfe. Wer sich in der Sprache der freimaurerischen Sinn-Verdrehung auskennt, weiß daher schon jetzt mit jeder Vollgewißheit, daß in Kürze das bare Gegenteil der Fall sein wird. Sehen, wie Prognosen eintreffen.

SRF 1: 8 Uhr-Nachrichten vom 5. Mai 2021 "Wer geimpft ist, bekommt in Deutschland wohl schon sehr bald Freiheiten zurück. Während für die meisten der Lockdown weiterhin gilt, will die Regierung alle Geimpften und Genesenen bevorzugt behandeln ... Wer geimpft ist - das ist neu - kann jetzt einfach seinen Impfpfaß vorzeigen ... Die Chancen stehen gut, daß das noch diese Woche durchkommt und dann schon ab Samstag gilt."

Und hier die neueste Rede von Ivo Sasek: Nachdem Angela Merkel kürzlich orakelt hat: "Die Pandemie ist erst besiegt, wenn sämtliche Menschen auf der Welt geimpft sind. ..." und nachdem unsere Regierungen ein zerstörerisches Gesetz nach dem anderen regelrecht durchzwängen - Besserung nicht in Sicht -, kann nur noch ein ausreichend großer Druck von seiten des Volkes diese hartnäckigen Diktatoren zum Einknicken bringen und deren fahrlässigen Vorhaben samt Weltherrschaftsgelüsten ein Ende bereiten.

Und bitte, klage jetzt nicht schon wieder darüber, daß du da als Einzelperson überhaupt nichts ändern kannst. Wissen wir doch. Aber der eben hinter uns liegende Winter hat uns wieder einmal sehr bildhaft vor Augen geführt, was alles möglich ist. Versetze Dich jetzt gleich einmal an die Stelle eines einzigen kleinen Schneeflockchens: Was meine ich damit?

Ein solches wiegt ja nur ein paar Milligramm. Wenn es sich ganz allein auf die Krone (sprich Corona) eines monströsen Baumes setzt und sich etwa mit ihm anlegen will, erlebt es ganz real seine hoffnungslose Ohnmacht, seine grauenhafte Unterlegenheit. Das stimmt. Sobald sich ihm allerdings ganz viele Schneeflockchen beigesellen, und sich dann alle zugleich auf die Baumkrone legen - ich sag Euch - kracht zuletzt selbst der riesigste Baum ein.

Und genau das hat sich diesen Winter vor unser aller Augen massenhaft ereignet. Die mächtigsten Bäume sind infolge der eingebrochenen Schneemassen regelrecht zerborsten, ihre Kronen lagen zu Tausenden am Boden! Laßt uns doch bitte daraus lernen! Nehmen wir das als Sinnbild der Wahrheit, daß wir keinesfalls ohnmächtig sind! Denn in unserer unerschütterlichen Einheit im aktiven Widerstand - in unserer Synergie und Kohärenz - liegen doch immer die zentralsten Schlüssel zur Veränderung dieser Welt!

Aber werden wir sie aber auch nutzen? Und falls ja, welche der vielen "Corona-Bäume" sollen wir vorrangig angehen und uns gemeinsam drauflegen, ist die Frage. Hier mein Vorschlag: Was die Menschheit derzeit primär peinigt und schier in den Wahnsinn treibt, sind nicht in erster Linie sichtbare und daher begreifbare, ja greifbare Tatsachen - noch nicht einmal wirklich die tragischen Corona- Fälle. Denn diese bekommen ja bekanntlich nur die allerwenigsten von uns überhaupt mit.

Nein, es sind vielmehr die Unsichtbaren, für das gewöhnliche Volk nicht greifbaren, und daher auch nicht begreifbaren Elemente, die uns bald stündlich quälen. Ich rufe uns daher gleich einmal 17 dieser unsichtbaren Faktoren ins Bewußtsein, damit wir uns entsprechend aufstellen

und die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen können. Für das gewöhnliche Volk sind folgende Faktoren absolut ungreifbar, weil unsichtbar:

1. Jedes Virus, inklusive jeder angeblich neuen Mutation ist unsichtbar.
2. Prominente Fach-Gegenstimmen sind für das Gros des Volkes weitgehend unsichtbar.
3. Sowohl der Weg der Übertragung als auch jede Neuansteckung ist bis zu ihrem Ausbruch unsichtbar.
4. Sowohl Impfstoff-Inhalte, als auch Impfstoff-Unterschiede sind für das Volk unsichtbar.
5. Die Masken-Effizienz und jeder Vergleich, wie alles ohne Masken und Lockdowns wäre, ist unsichtbar.
6. Jede Logik hinter den widersprüchlichen Corona-Maßnahmen ist für das Volk nicht sichtbar.
7. Die effektive Dauer der ganzen Krise ist unsichtbar.
8. Noch kommende Pandemiegesetze sind unsichtbar.
9. Zehntausende gelöschte Gegenstimmen-Videos zur sogenannten Pandemie im Netz sind unsichtbar.
10. Sowohl die reale Anzahl der Impf-Schäden, noch deren Spätfolgen oder Dunkelziffern sind unsichtbar.
11. Der wahre Schädigungsgrad der Gesunden ist unsichtbar.
12. Die wahren Verluste der erzwungenen Lockdowns sind unsichtbar.
13. Die wahre Kausalität zwischen Finanzcrash und Pandemie (was war zuerst) ist unsichtbar.
14. Die Verflechtungen/Filze zahlloser Politiker mit der Pharma, mit Geheimlogen und dergleichen sind unsichtbar.
15. Unmenschliche Absichten hinter menschenfreundlichen Vorwänden sind nicht sichtbar: z.B. die skrupellosen Interessen der Pharma-Lobby.
16. Absprachen involvierter Geheimlogen und Geheim-Konferenzen sind unsichtbar.
17. Geheimlogenzugehörigkeit und Interessenkonflikte zahllos führender Politiker sind unsichtbar.

Und jetzt die Gretchenfrage: Wie in aller Welt überwindet man unsichtbare Belastungen? Und hier die ganz simple aber logische Antwort: Man wird allen unsichtbaren Belastungen Herr, indem man sie sichtbar macht. Ganz einfach. Aber sichtbar machen - wie, was, wie geht das? Wie kann man zum Beispiel allem Volk ein Virus sichtbar machen?

Ich beantworte jetzt nicht nur diese eine Frage, sondern gleich alle 17 zuvor genannten. Und so geht das:

1. Jedes Virus, inklusive jeder angeblich neuen Mutation ist unsichtbar. Aber seht Ihr: Nur solange, bis wir durchgesetzt haben, daß auch all jene fachkompetenten Virologen, Epidemiologen usw. in der Öffentlichkeit ausführlich zu Wort kommen, deren Einsprachen und Argumente man bisher kategorisch verweigert hat. Sie würden uns alle auf eine wissenschaftliche Reise in die mikrobiologische Mikrokosmos-Welt mitnehmen und für uns alle bewußt unsichtbar gehaltenen Faktoren sichtbar machen. Das ist der Punkt. Die Völker würden auf diesem Weg von einem Aha-Erlebnis zum anderen geführt und von jeder unnötig geschürten Panik wieder befreit.
2. Prominente Fach-Gegenstimmen sind für das Gros des Volkes weitgehend unsichtbar. Das endet aber genau an dem Tag, wo ausreichend viel Volk diese wieder gemeinsam einfordert und solch sträfliche Zensuren nicht weiter zuläßt.
3. Sowohl der Weg der Übertragung als auch jede Neuansteckung ist bis zu ihrem Ausbruch unsichtbar. Ja, und das ist korrekt, und so möge es auch in Zukunft bleiben, und zwar weil es sich dabei um eine typisch maßgebende Schöpfungsordnung handelt, mit der wir schon übrigens seit jeher heilsam kooperiert haben. Die Natur legitimiert eben erst den sichtbaren Ausbruch als bemeßbaren Nachweis einer körperlichen Krankheit und nicht irgend etwas für das

Auge absolut unsichtbar Mystisches.

Sonst könnten ja auf der einen Seite alle faulen Leute beliebige Krankheiten einfach simulieren und auf der anderen Seite könnten herrschsüchtige und geldgierige Charaktere ebenso beliebig irgendwelche Krankheiten oder Seuchen frei erfinden und daraus ihr Kapital schlagen. Sichtbare Krankheiten dienten uns aber schon immer auch zur Erziehung, zur Selbstregulierung und Entwicklung. Sie haben uns unter anderem, ganz ohne Mikroskop, zu den allgemeinen Hygiene-Praktiken geführt.

Dr. Semmelweis läßt hier grüßen. Seine Hygiene-Praktiken erlösten uns fast über Nacht von zuvor unüberwindlichen, Tod bringenden Übertragungs-Krankheiten - bis halt die Erfinder der Impfungen uns diese wieder zurückbrachten, leider. Solche unsichtbaren Dimensionen aber intravenös mit Labor-produzierten Giftcocktails beherrschen zu wollen, ist und bleibt so widernatürlich, wie wenn man etwa mit Benzin Feuer löschen, mit bloßen Händen den Wind kontrollieren oder mit Körben das Licht einfangen wollte. Versteht ihr?

Daß die Natur uns erst den sichtbaren Ausbruch zur Bemessung einer definitiven Krankheit gegeben hat ist gut, weil wir uns sonst allesamt, wie gerade jetzt seit COVID-19, ständig mit endlosen Sorgen und Vorkehrungen herumplagen würden oder müßten. Ein Ausbruch dagegen will vorwiegend selektiv diejenigen heimsuchen, die einen solchen auch wirklich brauchen. So ist die Natur. Sei es zur natürlichen Immunisierung, zu verordneter Ruhe, vielleicht zur Besinnung usw.

Die meisten Krankheitserreger werden ja bekanntlich ohnehin eh schon vor Ausbruch der Krankheit durch unser Immunsystem bezwungen. Das wissen wir doch. Die Natur nimmt sich aber auch das Recht, uns auf dem Weg der Krankheit abzubrufen, wenn unsere Zeit abgelaufen ist. Sollten wir uns hier ewig mit Naturgesetzen anlegen, oder was? Jedes ständig besorgte und angsterfüllte "Vorsorgen" unsererseits muß uns doch früher oder später buchstäblich krank machen und zwar allesamt, zumindest psychisch - woraus dann wieder kaltblütige Spekulanten mit Sicherheit endloses Kapital schlagen würden.

4. Sowohl Impfstoff-Inhalte als auch Impfstoff-Unterschiede und mögliche Nebenwirkungen sind für das Volk unsichtbar. Aber auch wieder nur so lange, bis das Volk so kompromißlos auf eine lückenlose Offenlegung sämtlicher Inhaltsstoffe drückt, bis daß diese gesetzlich verankert ist. Jedes Kind muß letztlich leicht verstehen können, was da genau ihm alles in die Venen gespritzt werden soll.

Die Veröffentlichung sämtlicher möglichen Nebenwirkungen muß so umfänglich geschehen, daß deren genaue Kenntnis vor jeder einzelnen Impfung obligatorisch ist. Die Einweihung in sämtliche mögliche Nebenwirkungen muß vor jeder Impfung geschehen. Das ist meine Devise. Diese Allgemeinbildung muß von allen Impfwilligen per Gesetz abverlangt werden. Nur so verliert die Unsichtbarkeit, diese bedrohliche, ihre Macht über die Menschheit - und zwar über Nacht.

5. Die Masken-Effizienz und jeder Vergleich, wie alles ohne Masken und Lockdowns wäre, ist unsichtbar. All dies wird aber sofort sichtbar, sobald ein Volksbeschluß Politik und Massenmedien dazu verpflichtet, lückenlos darüber zu berichten, was in all diesen Ländern und Regionen geschehen ist, wo die Menschen unter den gleichen Bedingungen wie wir keine Masken getragen haben und ihnen keine Lockdowns usw. verordnet wurden.

Aber wißt ihr was, genau das geschah bisher ... nicht wirklich, weil die von der Pharma gesponserten Medien all jene eben verunglimpfen, die so etwas tun. Verbliebene Normalitäten wurden daher bislang bewußt und konsequent verschwiegen. Die Medien hielten statt dessen die ganze pharmaproduzierte Scheinwirklichkeit aufrecht, die allein durch sofortige Überzahl betrügerischer PCR-Tests zustande gekommen ist, oder sind. Wir haben darüber ausreichend viele Beweise geliefert (siehe zum Beispiel www.kla.tv/PCR-Test, www.kla.tv/Coronavirus, www.kla.tv/Schutzmasken).

6. Jede Logik hinter den widersprüchlichen Corona-Maßnahmen ist für das Volk nicht sichtbar. Eine sichtbare Logik entsteht allerdings ab genau dem Moment, wo die Volksmacht wieder auf rein wissenschaftliche Fakten besteht und alle politisch manipulierten, ideologisch gefärbten, wirtschaftlich geprägten oder gar vom Wahnsinn geprägten Maßstäbe verbietet. Dann wäre auf der Stelle wieder jedermann klar, daß ein Virus z.B. keinesfalls in einem Bundeshaus etwa weniger zuschlagen würde als in einem Möbelhaus oder Restaurant. Versteht ihr?

Oder daß ein Virus keinesfalls an einem Tag auf 1.5 Meter Abstand, an einem anderen auf zwei Meter und wieder einem anderen auf räumliche Total-Trennung Rücksicht nehmen würde. Auch würde ein Virus unter rein wissenschaftlichen Maßstäben keinerlei Rücksicht auf irgendwelche Branchen oder auf Menschen in symbolträchtigen Gebäuden usw. Rücksicht nehmen, schon gar nicht würde ein Virus auf staatlich verordnete Zeiteinteilungen und dergleichen reagieren und Rücksicht nehmen.

Doch all dies und noch weit mehr scheint dieses hochinteressante, weil rein unsichtbare Virus zu können. Aber einzig darum, weil es ein von der Wirtschaft und Politik produziertes und auch kontrolliertes Konstrukt ist.

7. Die effektive Dauer der ganzen Krise ist unsichtbar. Das wird aber genau an jenem Tag enden, wo wir alle einer Schneelawine gleich, darauf bestehen, daß der ganze PCR-Test-Betrug vor aller Welt sichtbar gemacht werden wird. Sobald dieser Grundlagen-Betrug offenkundig wird, sag ich, ist der Spuk vorbei und zwar ohne jede Impfung, ohne jede Maske, ohne jedes Abstandhalten.

8. Noch kommende Pandemiegesetze sind unsichtbar. Gott sei Dank sind sie das, sonst würden wir uns noch mehr zermürben. Sobald aber vorangegangene Punkte sichtbar geworden sind und wir als Volk die entsprechenden Konsequenzen für all diese Pandemie-Betrüger eingefordert haben, werden uns nicht mehr so bald irgendwelche Pandemiegesetze schrecken. Glaubt es!

Denn künftige Volksvertreter werden über Dekaden hinweg noch wissen, was ihnen blüht, wenn sie mit unbemeßbaren, weil völlig unwissenschaftlichen, illegitimen unsichtbaren Pharma-Gespinsten die Völker schrecken, diese ausbeuten oder zugrunde richten. Völker-Schrecken ist übrigens noch immer ein schwerstkrimineller Akt.

9. Zehntausende gelöschte Gegenstimmen-Videos zur sogenannten Pandemie im Netz sind unsichtbar. Sie werden glücklicherweise sogar überflüssig, wenn wir es erst einmal lawinenartig durchgesetzt haben, daß die wichtigsten wissenschaftlichen Gegenstimmen maßgebender Koryphäen aus Wissenschaft, Virologie, Epidemiologie usw. überall sichtbar gemacht werden müssen.

10. Sowohl die reale Anzahl der Impf-Schäden noch deren Spätfolgen oder Dunkelziffern sind unsichtbar. Aber auch wieder nur solange, wie wir es zulassen, daß pharmaunterwanderte Institute Buch über Impfschäden führen, versteht ihr? Sobald wir absolut unabhängige, unverfälschte und Interessen-konfliktfreie Datenbanken erstellen, wird alles sichtbar werden.

Dazu gehören aber, nebst lückenlosen Impfschaden-Übersichten, auch Spalten für Impf-Spätfolgen, also Dunkelziffern und dergleichen. Durch solche Sichtbarmachungen wird es im Volk auch bald keine Verunsicherungen mehr geben, was Sinn oder Unsinn etwa von Impfungen betrifft.

11. Der wahre Schädigungsgrad der Gesunden ist unsichtbar. Sobald jedoch die Zusammenhänge der vorangegangenen Punkte sichtbar geworden sind, wird sich die allgemeine Sorge automatisch wieder den geschädigten Gesunden zuwenden, weil derer ungleich viel mehr sind als etwa die durch PCR-Tests fiktiv produzierten Kranken.

Anstelle der geplanten Umverteilung aller Besitztümer von fleißig zu superreich, könnte die weit dienlichere Umverteilung von Big-Pharma-Raubgewinnen und dergleichen, auf alle un-

nötig Geschädigten beginnen.

Und so, wie es diese Supereliten mit der ganzen Weltbevölkerung bereits getan haben und gerade noch vollständig vorhaben, gilt es mit ihnen zu verfahren. Versteht ihr? Über Nacht würden Billionen Euros freigesetzt, um den entstandenen Schaden wieder auszugleichen. Der gezielt angegriffene Klein- und Mittelstand könnte sich wieder erholen.

12. Die wahren Verluste der erzwungenen Lockdowns sind unsichtbar. Und auch diese würden nach und nach sichtbar werden, weil deren Offenlegung nicht mehr durch immer dieselben Unterwanderer und Volksschädlinge verhindert werden könnte.

13. Die wahre Kausalität zwischen Finanzcrash und Pandemie - was war zuerst - ist unsichtbar. Sobald diejenigen Fachleute wieder in die allgemeine Sichtbarkeit gerückt sind, die ohne jeden Interessenskonflikt aufzeigen können, was hier über Jahrhunderte hinweg wirklich gespielt wurde, wird auch der Unverständigste verstehen, daß nicht etwa eine offenkundige Pandemie den weltweiten Finanzcrash verursacht hat, sondern daß es genau umgekehrt ist.

Was meine ich damit? Vorab haben Großspekulantanten nie dagewesene Finanzblasen erzeugt. Weil diese zum Schaden aller Menschen platzen muß, verbargen sie sie gezielt vor den Augen der Weltgemeinschaft. Statt sich also schuldig zu bekennen, die Konsequenzen für diese hochkriminellen Spekulationen und Verluste mit den Volksvermögen zu tragen, versuchen sie gerade den schwarzen Peter der Pandemie in die Schuhe zu schieben.

Was für eine Tarnung. Die Pandemie sollte als Sündenbock und Augendecke für den größten Finanzbetrug aller Zeiten herhalten. Doch ich sage euch, er ist durchschaut und wird von einer zunehmenden Volkswlawine ins Vollbewußtsein der Völker buchstäblich geschoben.

14. Die Verflechtungen/Filze zahlloser Politiker mit der Pharma, mit Geheimlogen und dergleichen sind unsichtbar. Und genau hier liegen die giftigsten Wurzeln all des gegenwärtigen Übels. Sobald aber das Volk wieder zum Souverän wird und auf eine bedingungslose Sichtbarmachung jeder Form solcher Verflechtungen besteht, und zwar lückenlos, so daß jeder Erdenbürger es mit eigenen Augen sehen und messen kann, wie unfäßbar viele illegitime Verflechtungen es da gibt, muß auch dem letzten Zweifler klar werden, was hier gespielt wird und was im Verborgenen schon sehr lange gespielt wurde.

15. Unmenschliche Absichten hinter menschenfreundlichen Vorwänden sind nicht sichtbar: zum Beispiel die skrupellosen Interessen der Pharma-Lobby. Und hier stoßen wir allmählich zum neuralgischen Punkt vor: Unter dem Vorwand des Gesundheitsschutzes sind gerade alle pharmagesteuerten Politiker und Medien dabei, mit ihren Impf-Pässen, grünen Pässen, ihren lückenlosen Kontakt-Überwachungs-Methoden und dergleichen, sämtliche Ungeimpften als Volksschädlinge zu stigmatisieren. Erkennt das!

Adolf Hitler gleich verpassen sie damit allen Nichtgeimpften gleichsam eine neue Art "Judenstern". Nehmt das einmal so hin, das ist nämlich so. Nur diesmal eben einen unsichtbaren. Und in der Unsichtbarkeit liegt derzeit, wie ich die ganze Zeit erläutere, die Hauptgefahr. Darum muß dieser unsichtbare Schmähestern noch vor seiner Einführung sichtbar gemacht werden. Diesen Samstag haben sie ihn bereits angesagt, wie ihr heute hören konntet in den Nachrichten.

Es gilt daher, dringend gemeinschaftlich darauf zu bestehen, daß anstelle der Ungeimpften vielmehr diejenigen überall sichtbar gemacht werden, die das Volk wieder Hitler gleich, kennzeichnen und in ein Zweiklassensystem aufteilen wollen. Denn hier sind gleichsam Impfrassisten am Werk. Bitte erkennt das! Wie diese gerade weltweit mit allen Impfkritikern oder Ungeimpften zu verfahren gedenken, muß man aber mit ihnen tun. Sie gehören in ihre eigenen Ketten gelegt, an die sie gerade alle betrogenen Völker legen möchten.

16. Absprachen involvierter Geheimlogen und Geheimkonferenzen sind unsichtbar. Es muß zu einer bedingungslosen Sichtbarmachung auch aller gesetzeswidrigen Verbandlungen und haarsträubenden Interessenskonflikte unserer Politiker kommen. Deren Entmachtung würde

wohl eine Flut von Whistleblowern auslösen. Endlich könnten dann diese furchtlos aussagen, sobald ihre Erpresser keine Macht mehr über sie ausüben könnten.

Sie würden allerdings, so denke ich, so viel Schreckliches ans Licht bringen, daß man wieder nur das Wenigste überhaupt öffentlich machen könnte - und zwar aus Rücksicht auf unsere Kinder und die schwachen Nerven der Menschen.

Jene kompromißlose Offenlegung würde aber unausweichlich dazu führen, daß künftig jede Form von Geheimlogen und Geheimkonferenzen wieder verboten würden - wie übrigens schon oft in der Geschichte. Gelingt diese Sichtbarmachung, wird man sich auch nach Jahrhunderten noch erzählen, ich garantiere das, wie man jene abgesetzt und enteignet hat, die sich bereits daran gemacht hatten, die gesamte Weltbevölkerung zu versklaven und zu enteignen.

17. Geheimlogenzugehörigkeit und Interessenskonflikte zahllos führender Politiker sind unsichtbar. Die Bibel, die all diese elitären Geheimgesellschaften und ihre Verborgenen Werke schon vor 2.000 Jahren genau geschildert hat, und zwar samt deren Pharma mit ihren geschürten Interessenkonflikten, hat auch zugleich prophezeit, wie zuletzt mit denselben abgerechnet wird. Offenbarung 18, 6 sagt, daß man mit ihnen zuletzt genauso verfahren wird, wie sie mit den Völkern verfahren sind - nur in doppeltem Maße.

So steht es geschrieben und so wird es geschehen. Das meint aber nicht, daß man sie deshalb ebenso physisch töten, verkrüppeln oder diskriminieren wird oder muß, wie sie es in aller Welt angetan haben. Gewiß aber wird man sie kompromißlos absetzen, entmachten, enteignen und je nach Grad ihrer Vergehen auch hinter Gitter bringen, mit Berufsverboten belegen usw. Denn genauso tun sie es ja gerade weltweit z.B. mit vielen hochrangigen Fachkräften.

Diese machen Sie nicht allein mundtot, sondern schließen sie auch mutwillig aus jeder öffentlichen Politik und Berichterstattung aus. Kurzum: Einem mächtigen Schneefall gleich, werden sich die Völker zuletzt auf deren Kronen - Corona - niederlassen und sich so lange über ihnen vermehren, bis diese schließlich in sich selber zusammenbrechen. Dann mögen sie einer wirklich gemeinnützigen oder zumindest vernünftigen Arbeit nachgehen, wie wir es alle ja auch tun.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 44 Jahren vor Gott steht.<<

12.05.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18722" berichtet am 12. Mai 2021 (x1.138/...): >>Impf-Pest-Alarm: Top-Impfstoff-Entwickler warnt!

Von *Ivo Sasek*

Diese Rede ist von höchster historischer Wichtigkeit. Sasek hält historisch fest, was Covid-19 von seinem Anfang bis jetzt, 11.05.21, tatsächlich angerichtet - aber eben auch definitiv nicht angerichtet hat. Diese "Zwischenbilanz" ist darum so wichtig, weil uns ein weiterer Top-Impfstoff-Entwickler garantiert, daß die Covid-Impfungen ein sicheres Massensterben verursachen werden. Geert V. Bossche war für Novartis, GlaxoSmithKline, GAVI und die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung tätig. Und nun fordert er den sofortigen Impf-Stopp!

Der nachfolgende Aufruf dürfte der gewichtigste sein, den ich je gemacht habe. Damit auch in dieser Rede historisch festgehalten wird, was bis heute, also 11. Mai 2021, weltweiter Fakt ist, richten wir unseren Blick zuerst auf die hinter uns liegenden realen Covid-19-Geschehnisse. Und dann konzentrieren wir uns auf das, was uns laut den dringendsten Warnrufen eines weltweit führenden Virologen namens Geert Vanden Bossche unmittelbar bevorstehen soll.

Hier alarmiert uns also nicht irgendein Nobody, sondern ein bislang starker Befürworter von Impfstoffen. Vanden Bossche hat vielmehr höchstpersönlich Impfstoffe an vorderster Front entwickelt. Lange Zeit war er im Bereich der Infektionsforschung und Impfstoffherstellung für die Pharma-Industrie tätig, und zwar für Unternehmen wie Novartis, GlaxoSmithKline sowie für die Organisation GAVI und die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung. Für all die war er tätig.

Dennoch warnt er jetzt, daß die Massenimpf-Kampagnen gegen das Corona-Virus eine globale absolute Katastrophe epischen Ausmaßes auslösen wird!

Also nicht eine Mutmaßung, er behauptet das. Der Experte wandte sich diesbezüglich sogar in einem offenen Brief direkt an die WHO. Und Vanden Bossche ist so sehr über die aktuellen Impf-Maßnahmen bestürzt, daß er sogar die Organisation der Vereinten Nationen in einem dringenden Appell aufgefordert hat, sämtliche Impf-Kampagnen gegen das Corona-Virus weltweit auf der Stelle zu stoppen. Wenn dies nicht geschähe, sagt er, würden sich aus der Impfung heraus ... wohlverstanden: aus der Impfung heraus weit schlimmere Virusvarianten sogar noch verstärken und schließlich ein Massensterben der Menschen verursachen. Man höre, was dieser Mann sagt! Mehr dazu aber am Ende meiner Ausführungen.

Von allerhöchster historischer Wichtigkeit ist jetzt, daß wir Zwischenbilanz ziehen, und zwar, was die sogenannte Covid-Pandemie einerseits, von ihrem ersten Aufkommen an bis jetzt, 11. Mai 2021, tatsächlich angerichtet hat; andererseits, was sie aber eben gerade nicht angerichtet hat.

Wenn nämlich die Voraussagen Bossches zutreffen und infolge der Impfungen demnächst wirklich eine echte Pandemie über die Welt zieht, dann ist jetzt schon absehbar, daß die Verursacher dieses Völkermordes, ich nenn sie mal so, via Massenmedien all den Nicht-Geimpften die Schuld in die Schuhe schieben werden.

Es können im Moment nicht genug Hinweise und ich denke auch Strafanzeigen an die Staatsanwaltschaften allerorts eingereicht werden, um sowohl den Covid-Tatbestand bis zum heutigen Tag zu zementieren, als auch die vor uns liegende Gefahr aufzuzeigen. Die breitflächige Verteilung dieser Sendungsinhalte ist von derart dringender Wichtigkeit, daß wir nicht schnell genug handeln können. Hört diesen Ruf, bitte!

Doch jetzt zu einem Szenario, das ich einmal rein fiktiv darstelle, damit wir den heiklen Punkt in dieser ganzen Geschichte besser erfassen können: Versetzen wir uns jetzt einmal ins Jahr 1347, wo ja tatsächlich ein Ausbruch des schwarzen Todes, sprich der Pest, stattgefunden hat. Was regt sich in uns drin beim Anhören dieser fiktiven Nachricht? Das ist Fiktion, ja?! Hört das mal als eine Art Radio-Sendung. Wenn du hörst:

"Seit einem Jahr wütet der schwarze Tod in allen Teilen der Welt. Millionen von Menschen sind mit schwarzen Beulen überzogen, aber etwa 98 % der von der Pest Befallenen sind bereits wieder genesen, geheilt! Aber dennoch ist das noch kein Grund, sagen Experten, zur Entwarnung, denn die Experten befürchten, daß die schwarzen Beulen bald wieder zurückkehren könnten."

Jetzt frage ich euch: Was regt sich in uns, wenn wir so eine Nachricht hören würden? Das war ja nur eine Allegorie, aber was regt sich in uns? Ja, richtig: Der schwarze Tod würde keine Gnade kennen! Wen er erwischt, den läßt er nie wieder los, wie das vielleicht eine Grippe tun würde. Und genau so ist es eben. Das ist der Fakt! Von den befallenen Covid-Patienten sind aber bislang die allermeisten in kurzer Zeit wieder genesen, versteht ihr? Und zwar so, wie es bei Grippewellen eben schon immer typisch der Fall war. Trotzdem werden wir aber weiter in einer Weise gemäßregelt von unseren Regierungen, als würde hier der bare schwarze Tod umhergehen! Versteht ihr?

Darum reden wir jetzt einmal darüber, was in dieser Welt tatsächlich abgehen würde, wenn sich bis dato tatsächlich eine "Pandemie von jener Schwere" austoben würde, wie wir Pandemien bislang ausschließlich gekannt haben. Einzig der Schweregrad darf nämlich maßgebend dafür sein, welche allgemeinen Verordnungen getroffen werden müssen! Und daß es 1347 tatsächlich so geschah, wie ich es jetzt dann gleich schildere, dem kann kein Mensch heute widersprechen. Ich hoffe natürlich, mit diesen Worten versöhnlich zu wirken.

Doch bevor ich jetzt das tue, erkläre ich nochmal, warum ich es genauso angehe, wie ich das jetzt gleich tue. Ich bin mir nämlich vollauf bewußt, sag' ich vorweg, daß man keine Seuche

1:1 mit irgendeiner anderen Seuche vergleichen kann, schon gar nicht etwa die Pest mit irgendeiner der weit über 80 verschiedenen sonstigen ansteckenden Krankheiten, weil der schwarze Tod ist ja die schlimmste uns bekannte Form einer Pandemie.

Aber ob der Tatsache, daß mit oder seit Covid-19 derart gewichtige, ja geradezu unmenschliche Maßnahmen getroffen werden, und zwar so, als wütete hier tatsächlich eine Pandemie von der Schwere einer Pest - und auch ob der Tatsache, daß die ganze Welt zur Gefahrenbekämpfung einer Pandemie von der Schwere einer Pest gezwungen wird. Darum nehme ich mir jetzt auch das Recht, mein Szenario einmal genau nach diesem erzwungenen Maßstab und Schwere-Vergleich aufzubauen. Seid ihr bereit dazu? Paßt auf, was ich jetzt sage:

Versetzen wir uns einmal in das Bild, was bei uns tatsächlich abginge, wenn sich jene Seuche von 1347 genauso in unseren Tagen, also ab 2020, wiederholt hätte. Denn genau solche Massensterben, wie wir sie auch Mitte 14. Jahrhundert erlebt haben, sie charakterisierten doch den schrecklichen Begriff "Pandemie". Daher der Name. Pandemie steht also keinesfalls nur etwa für Schnelligkeit der Ausbreitung einer Seuche, sondern allem voran für den Schweregrad einer ansteckenden Krankheit oder Seuche.

Und hört zu! Ganz Europa wurde Mitte des 14. Jahrhunderts von einem nie dagewesenen Schweregrad einer Ansteckungskrankheit befallen: Über Nacht bekamen die Menschen allorts dunkle Beulen am ganzen Körper und starben daraufhin wie die Fliegen. Und in kürzester Zeit, jetzt hört gut zu, was eine wirkliche Pandemie ist, in kürzester Zeit war ein ganzes Drittel der gesamten europäischen Bevölkerung tot. In Zahlen ausgedrückt hieß das:

Die Seuche tötete von den damals 80 Millionen Einwohnern Europas gerade einmal in einem Zug 26 Millionen. Das heißt: Jeder 3. Mensch war tot!

Und jetzt der Vergleich zu heute: Gemäß Datenreport der Deutschen Stiftung Weltbevölkerung hatte Europa Mitte 2019 746 Millionen Einwohner. 746!

Ich wiederhole: Weil man gerade die gesamte Welt zu Maßnahmen zwingt, als würde hier die bare schwarze Pest wüten, ziehe ich diesen vergleichenden Rückschluß, wie ich's jetzt tue. Also während die Pest-Pandemie keinerlei Aussicht auf Heilung bot, sondern unaufhaltsam jeden dritten Menschen tötete, müssen unsere Gesundheitswächter selbst zugeben, daß sich von allen Covid-Infizierten Europas zwischenzeitlich 91 bis 98 % wieder erholt haben. Seht ihr den Unterschied?

Würde man also heute all diejenigen zu Recht als Covidioten und Corona-Leugner usw. beschimpfen, die hinter den realen Covid-Todeszahlen und dem Verhalten keine schwere Pandemie, sondern lediglich eine Art neuartige Grippe sehen können, dann müßten wir uns notgedrungen jetzt bereits, wie im 14. Jahrhundert, mit solch krassen Massen von Todesfällen herumschlagen; ich sag euch, daß die Hälfte der Weltbevölkerung sich vorwiegend jetzt nur noch als Totengräber betätigen müßte.

Doch konzentrieren wir uns jetzt zuerst einmal nur auf Europa: Denn entsprechend dem ausgerufenen Schwere-Grad des 14. Jahrhunderts müßte dann ja auch die Covid-Pandemie wieder in kürzester Zeit 249 Millionen Tote allein in Europa fordern. Ich betone: Allein in Europa! Und diese 249 Millionen wären dann ausschließlich und eindeutig nur Corona-Tote, also nebst allen anderen Toten. Alle übrigen Todesursachen und Opfer der 84 weiteren Ansteckungskrankheiten wären in dieser Sterbezahl noch nicht mit eingerechnet!

Also, wie ungleich viel mehr Millionen Tote würde dies auf der ganzen Welt hinterlassen? Wie gesagt: Seit über einem Jahr wird ja die gesamte Weltbevölkerung in einem derart extremen und nie dagewesenen Lockdown niedergehalten, daß die dahinterliegende Gefahr als eher noch schlimmer als etwa die bare Pest suggeriert wird. Seht das, wie das läuft.

Die gegenwärtige Weltbevölkerung zählt jetzt in etwa 7.865.000.000 Menschen. Also sieben-tausend Millionen und noch mehr. Würde man dieselbe Ansteckungsrate von 1347 jetzt auf

die gesamte Weltbevölkerung anwenden, vom Gewicht her, wären also in kürzester Zeit weit über 2,5 Milliarden, das sind 2.500 Millionen Menschen tot!

Das ist eine Pandemie, versteht ihr? Und ich wiederhole: Wären solche "Pandemie-Kräfte" am Werk, wie wir sie bis vor kurzem noch zu Recht als "Pandemie" oder "Seuche" bezeichnet haben, dann müßte sich nicht nur jeder zweite Mensch in Europa, sondern auch jeder zweite Mensch auf der Welt vorwiegend mit dem Problem der Toten-Beseitigung beschäftigen. Denn schon längst schreien zahllose Medien- und Internetberichte von den dramatischen Überlastungen der Krematorien in aller Welt.

Hundertfach klingt es ähnlich, wie zum Beispiel Krematorium Nordheim. Da heißt es in den Schlagzeilen: Extraschichten wegen Corona - so z.B. der NZZ - also hunderte solcher Berichte (<https://www.nzz.ch/zuerich/krematorium-nordheim-extra-schichten-wegen-corona-ld.-1593493?reduced=true>).

Die Totengräberei würde mit anderen Worten in kürzester Zeit zu einem weltweiten Hauptproblem werden. Das ist der Punkt. Später dann gleich mehr zu diesem Thema.

Der entscheidende Punkt aber ist: Seit Beginn der sogenannten Pandemie starben bis dato keinesfalls etwa 200 Millionen oder 249 Millionen allein in Europa, sondern etwas mehr als drei Millionen insgesamt auf der ganzen Welt - schon ein bißchen Unterschied, seht ihr das? Und dies inklusive all dieser gefakten Covid-Toten, wie wir sie in vielen Kla.TV-Sendungen unwiderlegbar nachgewiesen haben! Kurzum: In Wahrheit waren es also weit weniger reale Covid-Tote als angegeben!

Trotzdem wird Covid-19 seit vielen Monaten Tag und Nacht unnachgiebig als weltweite schwerste Pandemie propagiert. Völker werden in Schrecken versetzt, was ein echtes schweres Verbrechen ist. Darum stellen wir uns dem Szenario eines weltweiten Vergleichs zum 14. Jahrhundert - und zwar analog der propagierten Schwere.

Ich bleibe bei diesem Vergleich und nehme mir das Recht, es deshalb einmal einander gegenüber zu stellen: Es wäre mit 2 Milliarden 621 Millionen und 666.666 Toten zu rechnen. Das ist die Zahl, die uns blühen würde. Es liegen aber weltweit, wenn man das so rechnet, über 873 x weniger Tote vor, weil laut z.B. Tagesanzeiger bis zu 99,6 % der Covid- Infizierten kurze Zeit später wieder gesund waren.

Seht ihr, diese Zahlen schwanken, ich bin mir das bewußt. Aber eines muß euch auch klar sein. Bei der Pest, bei einer wirklichen Pandemie, schwanken diese Zahlen nicht. So entlarvt man den Unterschied zwischen schwer und leicht.

In Europa selber starben bislang insgesamt etwas mehr als eine Million Menschen, inklusive all dieser Menschen, "die mit und nicht an Corona verstorben sind". Und das bedeutet, daß in Wirklichkeit ungleich weniger tatsächlich "an Corona" gestorben sind! Wir haben darüber genug berichtet. Im Vergleich also zu einer Pandemie von der Schwere, wie wir sie zu bekämpfen haben, müßte sich die baldige Anzahl der Toten allein in Europa bis um das etwa 230-Fache) erhöhen!

Jetzt wenden wir uns aber wieder dem fiktiven Szenario der Gott sei Dank ausgebliebenen Toten-Gräberei zu. Jetzt paßt auf, denn weil eine einzige Kremation im Durchschnitt ca. 1,5 Stunden dauert, ist das Internet schon jetzt prallvoll mit Berichten über Krematorien in aller Welt, die bereits hart am Limit laufen sollen, bei drei Millionen Toten insgesamt auf der Welt. Hört jetzt gut zu:

Richten wir zum besseren Verständnis unseren Blick einmal auf Korea. Was ist in Korea? Seoul, eine Megacity mit 24 Mio. Einwohnern, gilt als zweitgrößte Stadt der Welt. Dort, im Seoul Memorial Park der Stadt liegt, über 18 000 m² ausgedehnt, eines der größten Krematorien der Welt.

Die Deutsche Bauzeitung hat dieses Giga-Krematorium in ihrem Bericht vom 03. Juli 2013 einmal als "eine gigantische Einäscherungsmaschine" bezeichnet (<https://www.db-bauzei->

tung.de/architektur/eine-reise-auf-dem-pfad-zum-himmel/). Kein Wunder, stritten die Anwohner von Seoul 14 Jahre lang gegen den Bau dieses drei Fußballfelder großen Projektes an. Heute ist Seoul allerdings froh um dieses High-Tech-Krematorium, weil es mit seinen elf superstarken Verbrennungsöfen bis zu 65 Einäscherungen am Tag schafft. Jetzt spielen wir mal mit Gedanken. Müßte Seoul jetzt allerdings allein die bislang etwa 3 Millionen Corona-Toten weltweit einäschern, bräuchte es dazu 47.365 Tage, sprich rund 130 Jahre. Verstehen wir?

Kämen wir Schweizer ihnen jetzt mit unseren insgesamt 26 Krematorien zu Hilfe, dann würden wir es gemeinsam mit Korea zusammen in knapp fünf Jahren schaffen. Dies allerdings nur unter der Voraussetzung, daß wir Schweizer vorab unsere 26 Krematorien zu gleichen Einäscherungsgiganten aufrüsten würden, wie jene, die im Seoul Memorial Park stehen.

Ansonsten bräuchten wir zusammen über 20 Jahre, um diese 3 Millionen einzuäschern. Seht ihr, was da auf die Menschheit zukommen könnte! Denn unsere Krematorien haben durchschnittlich ja nicht elf, sondern nur etwa zwei Verbrennungsöfen. Auch dürften in dieser ganzen Zeit natürlich auch keine weiteren Toten mehr dazukommen, sonst wär's noch schrecklicher. Seht ihr, und diese Horrorvision beträfe nur gerade die etwas über drei Millionen realen Todesopfer weltweit, die wir jetzt haben, wenn da so aufgearbeitet werden müßte.

Stürben in weniger Jahre allerdings plötzlich 240 Millionen Europäer, wie unser fiktives Szenario es analog 1347 verlangt hätte, würden sämtliche Krematorien der Welt über Nacht nichts mehr nützen. Ich wollte das zeigen, damit ihr wißt, was auf uns zukommt. Wir müßten alle Toten mit eigenen Händen verscharren. An jeder Ecke wären wir pausenlos nur noch als Totengräber am Werk, weil die Toten von einer wirklichen Pandemie wirklich eine Gefahr mit sich bringen.

Doch ich komme jetzt wieder zurück in unsere Zeit, ins 2021 und zu den dringenden Warnrufen von Top-Virologe Geert Vanden Bossche. Wenn diese Warnrufe dieses Mannes zutreffen, dann dürfte zuvor geschildertes Horror-Szenario sich dennoch in Kürze entfalten - und das ist die Tragik dabei: An uns und unseren Kindern könnte es sich entfalten. Nach seiner Meinung wird es sich entfalten.

Ich habe diesem Beitrag übrigens gleich die ausführlichere Version der Berichterstattung von Vanden Bossche angehängt. Auch der Text der anschließenden Sendung kann hier unten im Sendungstext heruntergeladen und auf Knopfdruck weiterverbreitet werden. Bitte benützt diese Funktionen und jeden nur denkbaren Weg der Verbreitung, so lange es noch geht. Denn wenn jene Katastrophe ausbricht, wird es zu einem nie da gewesenen Desaster, aber auch zu gegenseitigen Beschuldigungen kommen - ich fürchte sogar zu Mord und Totschlag.

Ich zitiere daher zum Schluß nochmal aus dem Brief von Geert Vanden Bossche, den er direkt an die WHO gesandt hat.

"Ich bin alles andere als ein Impfgegner. Als Wissenschaftler rufe ich normalerweise nicht eine solche Plattform an, um zu einem impfstoffbezogenen Thema Stellung zu beziehen. Als engagierter Virologe und Impfexperte mache ich nur eine Ausnahme, wenn Gesundheitsbehörden zulassen, daß Impfstoffe in einer Weise verabreicht werden, die die Öffentliche Gesundheit gefährdet. Und vor allem dann, wenn wissenschaftliche Erkenntnisse ignoriert werden.

Die gegenwärtige, äußerst kritische Situation zwingt mich dazu, diesen Notruf zu verbreiten. Da das beispiellose Ausmaß der menschlichen Beteiligung an der Covid-19-Pandemie zu einer globalen Katastrophe ohnegleichen zu führen droht, kann dieser Aufruf nicht laut und deutlich genug ertönen und stark genug sein."

Meine Bitte zum Schluß:

Lassen wir doch diesem Aufschrei Taten folgen: Verbreite diese Warnungen, soweit du nur kannst. Reiche eine Strafanzeige an die Staatsanwaltschaft an deinem Ort ein. Im Sendungstext meiner Rede "PCR-Test vor Gericht - Anwälte klagen an!" kannst du eine fertige Strafan-

zeige als Vorlage herunterladen. Demnächst wird auch eine für die Schweiz dort aufgeschaltet sein.

Ich sage, die Zeit drängt! Klärt daher so viele noch unwissende Menschen wie nur irgend möglich mit diesen Warnungen auf. Tut so viel ihr nur könnt zu dieser Sache. Denn noch ist das möglich - aber - wie lange noch? Das ist die Frage.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 44 Jahren vor Gott steht.<<

19.05.2021

BRD: Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellt am 19. Mai 2021 folgenden Antrag - Synthetische Kraftstoffe als CO2-frei einstufen - Weg für einen freien Kraftstoffmarkt öffnen. Drucksache 19/29777 (x1.044/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die von der Bundesregierung verfolgte "Energiewende" und "Klimaschutzpolitik" hat in den letzten 20 Jahren immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
2. Auch nach 20 Jahren Förderung ist die Stromerzeugung aus Wind, Sonne und Biomasse im Vergleich zur Stromerzeugung aus Kohle, Erdgas, Erdöl oder nuklearer Energie nicht wettbewerbsfähig.
3. Ineffiziente Energieumwandlung bleibt ineffizient auch wenn man weitere Prozesse der Energieumwandlung ergänzt; die physikalischen Gesetze lassen sich nicht umgehen.
4. Die Speicherung von Umgebungsenergien aus Wind, Sonne und Biomasse (z.B. Mais) in Form von chemischer Energie ("E-Fuels") ist nicht nur ineffizient und teuer, sondern auch mit erheblichen Eingriffen in Naturräume (trockeneres und wärmeres Regionalklima durch Wind-Industrieanlagen, Insektensterben, Vogelschlag und Monokulturen) verbunden beziehungsweise steht in Konkurrenz zur Nahrungsproduktion. Die Wohlstandsvernichtung und Naturzerstörung durch diese "erneuerbare Energien" wird auf diese Weise noch potenziert.
5. Synthetische Kraftstoffe ("SynFuels") im Sinne dieses Antrags sind Kraftstoffe, die durch Nutzung von Wind, Photovoltaik, Biomasse oder Kernenergie hergestellt werden und Kraftstoffe aus Erdöl und Erdgas ersetzen könnten.
6. Der mögliche Ersatz von Kraftstoffen aus Erdöl und Erdgas durch synthetische Kraftstoffe ist kein Selbstzweck, sondern dient der langfristigen, strategischen Verfügbarkeit und muß sich an wettbewerbsfähigen Kosten orientieren.
7. Die großtechnische Produktion von synthetischen Kraftstoffen als denkbaren Ersatz für Kraftstoffe aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Energiequelle voraus.
8. Auch eine umfassende Umstellung der Mobilität auf Elektrofahrzeuge würde eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Stromversorgung erfordern, zusätzlich noch milliardenschwere Investitionen in Ladeinfrastruktur und Stromversorgung.
9. Mit einer kostengünstigen Hochtemperatur-Quelle können aus verschiedensten Ausgangsstoffen (Abfall, Luft, Wasser) unterschiedlichste Betriebs- und Kraftstoffe (Ammoniak, Benzin, Diesel, Kerosin, Raketentreibstoff) hergestellt werden.
10. Es gibt keinen nennenswerten technischen Grund, die Herstellung und Nutzung synthetischer Kraftstoffe zu verbieten oder zu beschränken und in gesetzlichen Vorschriften (u.a. TEHG, BEHG, BImSchV, Treibhausgasminderungsquote und EU-Regelungen) zu benachteiligen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. die Zehnte Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes (Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen - 10. BImSchV) mit Stand vom 13. Dezember 2019 zu novellieren, einen Absatz zu ergänzen und zuzulassen, daß synthetische Kraftstoffe gewerbsmäßig oder im Rahmen wirt-

schaftlicher Unternehmungen gegenüber dem Letztverbraucher in den Verkehr gebracht werden, soweit ihre wesentlichen Eigenschaften (z.B. Cetanzahl, Dichte, Flammpunkt, Viskosität) den Anforderungen der DIN EN 228 (Benzin) oder der DIN EN 590 (Diesel) genügen oder als Kraftstoff nach der DIN EN 15940 zugelassen sind,

2. in den entsprechenden Gesetzen und Verordnungen, den Regelungen des Treibhausgasemissionshandels, Brennstoffemissionshandels, der Treibhausgasminderungsquote, den Flottenemissionsvorgaben für Fahrzeughersteller sowie auf europäischer Ebene darauf hinzuwirken, synthetische Kraftstoffe als CO₂-frei bzw. CO₂-neutral einzustufen,

3. die Herstellung synthetischer Kraftstoffe durch Nutzung der Kernenergie, insbesondere mit Hilfe von Flüssigbrennstoff-Hochtemperatur-Reaktoren, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und dieser Strategie Priorität einzuräumen.

Berlin, den 14. Mai 2021

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die Politik der Europäischen Union und der Bundesrepublik verfolgt seit Jahren das Ziel den Verbrennungsmotor durch Elektrofahrzeuge zu ersetzen. So schreibt das Bundeswirtschaftsministerium: "Die Zukunft der Mobilität ist elektrisch. Elektromobilität ist ein wichtiges Element einer klimagerechten Energie- und Verkehrspolitik. Im Rahmen des "Nationalen Entwicklungsplans Elektromobilität" erwartet die Bundesregierung, Deutschland bis 2022 als Leitmarkt mit mindestens einer Million Elektrofahrzeugen zu etablieren."

So sicher sich die politischen Akteure in Brüssel und Berlin auch sind, so unsicher sieht die Realität aus. Welche Antriebstechnologie sich auf mittel- bis langfristig durchsetzen wird, steht noch lange nicht fest. Neben Diesel, Benzin, Wasserstoff bzw. Strom ist großen Teilen der Öffentlichkeit noch immer nicht bekannt, daß es noch eine andere CO₂-freie Antriebsart gibt: synthetische Kraftstoffe.

Synthetische Kraftstoffe haben entscheidende Vorteile: einerseits kann die bisherige Tankstelleninfrastruktur genutzt werden, andererseits würde der bisherige Bestand an Verbrennungsmotoren noch auf Jahre auf unseren Straßen fahren können. Denn sobald synthetische Kraftstoffe innerhalb der Normen für Diesel und Benzin in den Markt gebracht werden, können sie auch von konventionellen Verbrennungsmotoren als Kraftstoff eingesetzt werden. Mobilität mit Elektrofahrzeugen hingegen bedeutet einen radikalen Bruch und erfordert milliarden-schwere Investitionen in Ladeinfrastruktur und Stromversorgung.

Eine umweltfeindliche, nicht nachhaltige massenweise Entwertung völlig intakter Fahrzeuge geschieht nebenher infolge Verteuerungen und Nutzungseinschränkungen durch irrationale Grenzwertverschärfungen für Verbrennungsmotoren. Zusätzlich benötigt Elektromobilität in der geplanten Form horrend Subventionen. Somit wird individuelle Mobilität ein Luxusgut für hohe Einkommen und für den Durchschnittsverdiener eine finanzielle Herausforderung.

Die bisherige Haltung der Europäischen Union und der Bundesregierung zu synthetischen Kraftstoffen ist ablehnend. Zwar sieht die Bundesregierung prinzipiell in den Bereichen Luft- und Seeverkehr den Einsatz von synthetischen Kraftstoffen als sinnvoll an, räumt jedoch bei anderen Verkehrsträgern der Elektrifizierung den Vorrang ein. Zum jetzigen Zeitpunkt ist lediglich die Beimischung von synthetischen Kraftstoffen erlaubt. Obwohl im Personenverkehr der motorisierte Individualverkehr mit knapp 80 Prozent noch auf Jahre überwiegen wird, gibt es keine politische Bereitschaft, auf synthetische Kraftstoffe umzusteigen, oder zumindest eine Chancengleichheit mit Elektromobilität zu gewährleisten.

Oftmals wird das Argument angeführt, daß die Herstellung von synthetischen Kraftstoffen nicht wirtschaftlich wäre. Gleichzeitig hofft man bei Elektromobilität auf technologische Fortschritte bei der (Zwischen-)Speicherung von Strom, Innovationen bei Ladeprozessen von Batterien und allgemein auf Fortschritte in der Batterieforschung. Technologie- und Skaleneffekte

sind bereits von der Regierung eingepreist und werden nicht weiter hinterfragt. Das Prinzip Hoffnung reicht der Bundesregierung, um sich einseitig auf die Elektromobilität zu konzentrieren. Bei synthetischen Kraftstoffen geht man genau umgekehrt vor. Es wird mit zweierlei Maß gemessen.

Inwiefern das Kostenargument in Zukunft eine Rolle spielen wird, ist heute noch nicht abzusehen. Je nachdem woher die Energie zur Produktion bezogen würde, könnten synthetische Kraftstoffe noch günstiger werden - solche aus Kernkraftwerken würde zu weiteren Kostenreduzierungen führen, bei Nutzung nuklearer Prozeßwärme wäre sogar Marktparität mit Mineralölprodukten denkbar. Die großtechnische Produktion von synthetischen Kraftstoffen als Ersatz für Kraftstoffe aus Erdöl oder Erdgas setzt eine kostengünstige, verlässliche und in großen Mengen verfügbare Hochtemperatur-Energiequelle, eine umfassende Umstellung der Mobilität auf Elektrofahrzeuge zusätzlich noch milliardenschwere Investitionen in Ladeinfrastruktur und Stromversorgung voraus.

Zudem ist die Speicherung von Energie in synthetischen Kraftstoffen deutlich energie- und ressourceneffizienter als die Speicherung in Akkumulatoren (Batterien). Daher sind die Argumente, die derzeit gegen synthetische Kraftstoffe sprechen, nicht nachvollziehbar und im direkten Vergleich mit der Elektromobilität inkonsistent. Jedoch kann sich unsere Industrie die Ignoranz der Bundesregierung bei synthetischen Kraftstoffen nicht weiter leisten, denn speziell im Schwerverkehr wird sich keine wirtschaftlich auch nur einigermaßen durchführbare Alternative zum Verbrennungsmotor mittel- bis langfristig durchsetzen können.

Gerade der auf Langstrecken ausgelegte Schwerverkehr wäre mit der aktuellen Generation an Batterien nicht mehr überlebensfähig und würde entlang der gesamten Lieferkette massive Preissteigerungen nach sich ziehen. Speziell eine Exportnation wie Deutschland ist enorm auf günstige Kosten bezüglich Transporte und Transaktionen in unsere europäischen Nachbarländer angewiesen. Ohne die rechtliche Anerkennung von synthetischen Kraftstoffen als Reinkraftstoff wird es für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren technisch äußerst schwierig, die geplanten Grenzwerte einzuhalten, denn die politische Drehschraube wird immer enger gezogen.

Hintergrund: Verstärkt werden die einseitigen Maßnahmen der Bundesregierung durch die Verteuerung von Verbrennungsmotoren seitens der Europäischen Union. So sinken jährlich die erlaubten CO₂-Flottenemissionswerte der PKW. Im Zuge des sogenannten "European Green Deal" dürften weitere Verschärfungen für CO₂-Flottenemissionswerte im Sommer 2021 verabschiedet werden, die Automobilherstellern de facto die gewinnbringende Herstellung von Verbrennern verunmöglicht.

Daneben werden Kraftstoffanbieter verpflichtet, die CO₂-Emissionen bei Benzinern und Dieselfahrzeugen schrittweise um 22 Prozent bis 2030 zu senken. Mit der neuen Treibhausgas-minderungsquote (THG-Quote) soll der Anteil sogenannter "erneuerbarer Energien" bis 2030 auf 28 Prozent erhöht werden. Damit folgt die Regierung einer europäischen Richtlinie zur Förderung der Nutzung von Energie aus diesen volatilen Quellen (RED-II). Gleichzeitig wird der direkte Einsatz von elektrischer Energie in Elektroautos mit einer dreifachen Anrechnung innerhalb der Treibhausgas-minderungsquote gefördert.

Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie; öl- und kohlebasierte Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch viele Jahrzehnte zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.<<

24.05.2021

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 24. Mai 2021 folgender Bericht über die Umerziehung der Deutschen (x1.014/...):

>>HIStory: Friedenssehnsucht, Totalitarismus und Gewerkschaften

Der Buchautor und Publizist Hermann Ploppa erläutert in HIStory kurz und sachlich historische Daten und Jahrestage von herausragenden geschichtlichen Ereignissen.

Der Zweite Weltkrieg ist jetzt über siebzig Jahre vorbei. Das ist schon so lange her, daß wir heute gar nicht mehr wissen, auf welchen verschlungenen Wegen wir zu unserem Status Quo gekommen sind.

Nach dem radikalen Einschnitt durch die Corona-Krise drohen jetzt obendrein noch mehr geschichtliche Wegmarken und Gewißheiten in Vergessenheit zu geraten. Wissen wir überhaupt noch, wie unsere Vorfahren nach dem Zweiten Weltkrieg drauf waren?

Und sind jene Meinungen und Positionen, die wir heute für ewig in Stein gemeißelt ansehen, schon immer da gewesen? Oder mußten wir nicht überhaupt erst zu Menschen der westlichen Welt gemacht werden?

Ich behaupte: um so zu werden wie wir heute sind, mußten unsere Vorfahren ganz erheblich umgepolt und umprogrammiert werden. Wie das funktionierte, das schauen wir uns in der heutigen Folge von History einmal genauer an:

Die Menschen in Deutschland sind nach dem Zweiten Weltkrieg in ihrer überwältigenden Mehrheit für den Frieden und wollen sich aus dem Händel der Großmächte heraushalten. Das ist wahr. Was muß man denn tun, um eine solche Mauer der Kriegsunwilligkeit zu knacken? Ganz einfach. Man muß den Menschen einhämmern, die Sowjetunion sei ganz genau so schlimm wie der Hitler-Faschismus. Auch "der Russe" wird nicht locker lassen, bis er die ganze Welt versklavt hat, gerade so wie Hitler es wollte. Die zutiefst künstliche und herbei gequälte "Theorie", die so einen kontrafaktischen Unsinn verbreitet, wird prompt von bestellten Auftragsideologen am Reißbrett entwickelt.

Das neue Ideologieprodukt heißt: Totalitarismus.

Nazideutschland und Sowjetkommunismus sind demzufolge ein und dasselbe: beide Systeme werden von allmächtigen Parteien gesteuert. Beide lassen den Menschen keinen privaten Raum mehr zum Nachdenken. Beide stecken alles, was nicht konform geht, in Zwangslager: Auschwitz hier, Gulag dort. Über beiden Toren steht: "Arbeit macht frei". Es wird nur noch die eine alleinseligmachende Weltsicht geduldet.

Wir wollen gar nicht leugnen, daß es frappierende Ähnlichkeiten zwischen Nazismus und Stalinismus gibt - zumindest auf den ersten Blick.

Seriöse Wissenschaftler unterscheiden jedoch immer zwischen Wesen und Erscheinung. Die Sowjetunion war nämlich hervorgegangen aus dem zaristischen Rußland, in dem zu einem hohen Prozentsatz ehemals leibeigene Bauern lebten und Industrie noch nicht einmal in den Kinderschuhen steckte. Ein städtisches Bürgertum sowie Ansätze von Mittelstand waren nur in Ansätzen erkennbar. Diese Bauerngesellschaft war dann von den Bolschewiken mit brutaler Gewalt industrialisiert worden. Demgegenüber war Deutschland bereits eine ausgefaltete bürgerliche Gesellschaft, die durch die Nazidiktatur zur Kriegsgesellschaft gewaltsam umprogrammiert wurde. Das sind ganz bedeutende Unterschiede.

Es ging ja auch gar nicht darum, das Wesen von Diktaturen und Despotien zu verstehen. Es ging nur darum, das Grauen über die Nazi-Untaten begrifflich zu verkoppeln mit den Greueln des Stalinismus und dabei en passant die Botschaft auszusenden: der Krieg gegen die Sowjetunion ist moralisch genauso gerechtfertigt wie der Krieg gegen Hitler!

Die Neu-Definition der Sowjetunion vom Alliierten Partner im Zweiten Weltkrieg zum vernichtungswürdigen Monster erinnert fatal an die Aktivitäten des Wahrheitsministeriums in George Orwells dystopischen Roman "1984". Die Wahrheitsbeamten in Washington und London mußten vergessen machen, daß zum Beispiel die Zeitschrift Newsweek im Jahre 1943 Stalin und seinen Termitenstaat in einem Extraheft in höchsten Tönen gelobt und gepriesen hatte. Aus "Uncle Joe" (also: Josef Stalin) mußte jetzt der Satan persönlich gemacht werden.

Scheinheilig mußte man erzählen, man wolle die Russen (die anderen Völker der Sowjetunion blieben unerwähnt) ja doch nur aus ihrer Knechtschaft befreien. Während man in Wirklichkeit einen bislang in der Menschheitsgeschichte nie dagewesenen nuklearen Holocaust gegen die Menschen in der Sowjetunion bis ins kleinste Detail bereits vorbereitet hatte.

Um die vorherrschende Anti-Kriegsstimmung in Deutschland zu zermürben bedurfte es also einer Reihe von Maßnahmen. Zunächst einmal war es notwendig, den Menschen im zertrümmerten Deutschland einzubleuen, sie seien persönlich schuld am Naziterror.

Hier kam die Politologin Hannah Arendt zum Einsatz. Hannah Arendt stammte aus Königsberg, studierte bei Martin Heidegger und dann bei Karl Jaspers. 1933 mußte sie als jüdische Mitbürgerin in die USA emigrieren, wo Arendt eine akademische Karriere machte und sich nach dem Zweiten Weltkrieg unter anderem als führende Theoretikerin des Totalitarismus einen Namen machte. In Deutschland wurde in erster Linie ihre Lesart der Totalitarismus-Theorie verbreitet. Arendt geht davon aus, daß totalitäre Systeme ein Ergebnis der neuen Massengesellschaften sind.

Die Massen, oder der "Pöbel" verlangen geradezu nach Diktatur. Auch die Deutschen hätten nach Hitler verlangt und hätten den Münchner Schlägerkönig in einer demokratischen Wahl 1933 zu ihrem Führer gewählt. Wir wissen aufgrund von harten Fakten, daß das nicht stimmt. Aber diese auf elitärer Überheblichkeit fußende Auffassung sollte sich in den Medien nach dem Krieg durchsetzen und wurde und wird heute mehr denn je den Menschen draußen im Lande eingetrichtert.

Nach diesem Narrativ haben "die Deutschen" also ihre Misere: den Verlust von Heimatregionen, die immense Anzahl von Toten, Verstümmelten und Traumatisierten, die kulturelle Entwurzelung, einzig und allein ihrer rätselhaften teutonischen Neigung zu autoritären Systemen und ihrem eingeborenen Rassismus zu verdanken. Die Deutschen verdienen kein Mitgefühl. Sie sind kollektive Täter. Sie müssen als Kollektiv bestraft werden.

Aus dieser alttestamentarischen Konstruktion ergibt sich im Kreuzzug gegen den Totalitarismus ein klarer Handlungsauftrag: die Deutschen können ihre kollektive Schuld wenigstens ein bißchen wieder abschwächen, wenn sie diesmal auf der Seite der Guten gegen die andere Spielart des Totalitarismus, den Sowjetkommunismus, kämpfen. Dieses ideologische Konstrukt beherrscht den Diskurs in Westdeutschland bis zum Zusammenbruch des Sowjetkommunismus im Jahre 1989.

Aber, wie Hannah Arendt schon 1950 verärgert festgestellt hat: die Deutschen wollen nicht mehr kämpfen. Sie wollen sich aus allem Gerangel heraushalten und in Ruhe ihr Land wieder aufbauen.

Über das Ausmaß und die Menge von Kundgebungen, Demonstrationen, Seminare, Kirchentage und Kongresse, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit stattgefunden haben, und in denen nichts anderes als ein überwältigender Wunsch nach Frieden zum Ausdruck kommt, finden wir bemerkenswerter Weise nichts in den gängigen Sachbüchern oder Lehrmitteln für Schulen. Wir müßten uns mühsam durch Jahrgänge verstaubter Tageszeitungen jener Jahre durchwühlen, um das ganze Ausmaß der pazifistischen Bekundungen in Deutschland nach dem Krieg zusammenzustellen.

Es besteht kein politisches Interesse an der Erforschung und Dokumentierung des deutschen Pazifismus. Es gibt allerdings eine löbliche Ausnahme: der Multimillionär Jan Philip Reemtsma hat den Historiker großzügig unterstützt, damit dieser seine gigantische Protestchronik der Jahre 1949 bis 1959 erstellen konnte.

Und von daher wissen wir, daß in Berlin am zehnten Jahrestag des Ausbruchs des Zweiten Weltkriegs, am 1. September 1949, über hunderttausend Menschen auf die Straße gingen und konsequenterweise die Gründung der NATO als großes Risiko für den Weltfrieden erkannten. Bereits am 5. Mai 1949 wird das westdeutsche Komitee der Friedenskämpfer gegründet, und

schnell bilden sich 600 Ortsgruppen.

Besonders gut aufgestellt ist der antifaschistische Widerstand, auch und gerade in Westdeutschland. Die Menschen sind außer sich über die nicht zu übersehende Kumpanei zwischen westdeutscher Justiz, die personell in hohem Maße mit der Nazi-Justiz identisch ist, und Alt- und Neonazis. Der Regisseur des antisemitischen Hassschinkens "Jud Süß", Veit Harlan, wird in mehreren Instanzen vom Vorwurf der Volksverhetzung freigesprochen. Während die Fans Harlan auf ihren Schultern aus dem Gerichtssaal tragen, kocht die Empörung über diese skandalösen Urteile immer höher.

Als die Süddeutsche Zeitung einen antisemitischen Leserbrief veröffentlicht, kommt es am 10. August 1949 zu regelrechten Straßenschlachten zwischen 3.000 empörten Bürgern und der Polizei in München, wobei auch ein Polizeiauto in Flammen aufgeht. Als der einschlägig bekannte Nazi-Bundestagsabgeordnete Wolfgang Hedler im schleswig-holsteinischen Neumünster am 15. Februar 1950 von der Anklage der Volksverhetzung freigesprochen wird, kommt es dort zu Massenprotesten und spontanen Streiks. Als in Augsburg - wieder einmal - zwei sadistische Nazischergen von sympathisierenden Richtern freigesprochen werden, gehen spontan über 12.000 Menschen aus Protest auf die Straße.

Nur ein kleiner Auszug aus Kraushaars Protestchronik. Die Friedensfreunde und Antifaschisten sind eine sehr heterogene Gruppe. Da gibt es die Weltbürgerbewegung, angeführt vom Amerikaner Garry Davis, der seinen US-Paß verbrannt hat und der sich nun für eine nationenüberwindende Weltregierung einsetzt. Da gibt es den neutralistischen Nauheimer Kreis unter Leitung von Ulrich Noack, der für eine unvoreingenommene Kontaktaufnahme mit der Sowjetunion eintritt und sich dabei explizit auf den Vertrag von Rapallo bezieht.

Prompt wird eine Tagung des Nauheimer Kreises in Aschaffenburg am 2. April 1949 von der amerikanischen Besatzungsmacht untersagt. Da gibt es die Überlebenden der Bekennenden Kirche mit Martin Niemöller an der Spitze. Niemöller handelt sich mächtig Ärger ein als er sagt, er würde lieber unter dem Joch des Bolschewismus leben als atomar ausgelöscht werden. Eine buntscheckige und kaum vernetzte Mehrheit.

Dann sind da noch die Arbeiter und Angestellten. Auch sie müssen auf Linie gebracht werden. Hatten sich doch nach dem Zweiten Weltkrieg deutsche Hafentarbeiter geweigert, mit Waffen und Munition beladene Schiffe zu leeren. Renitente Arbeiter könnten den geplanten Krieg gegen die Sowjetunion empfindlich ins Stottern bringen. Und wenn diese Arbeiter auch noch von Moskau gesteuert sind und ganz punktuell alles zum Erliegen bringen, was gegen die Sowjets gerichtet ist, was soll dann aus dem geplanten Krieg werden? Die Kontrolle über die Gewerkschaften Westdeutschlands war von buchstäblich kriegsentscheidender Bedeutung für die Amerikaner.

Klar, der FDGB in der DDR war auch keine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiter, sondern ein Instrument im Orchester der sowjetischen Macht. Folglich mußte der DGB im Westen ebenso als geopolitisches Instrument unter die Kontrolle der USA gebracht werden. In der Weimarer Republik gab es den Dachverband ADGB. Keine sonderlich scharfe Waffe im Arbeitskampf.

Am 1. Mai 1933 rief der ADGB zur Teilnahme an Adolf Hitlers ersten arbeitsfreien Tag der Arbeit auf. Hitler bedankte sich, indem er am 2. Mai 1933 die Gewerkschaftsführer in Konzentrationslager abführen ließ. Das Vermögen der Gewerkschaft ließ er der neuen Deutschen Arbeitsfront zuführen. Das war das schmachvolle Ende des ADGB.

Nach dem Zweiten Weltkrieg ergab sich für die Strategen aus den USA nach der gründlichen Ausrottung freier Gewerkschaften in Deutschland durch Hitler die einmalige Gelegenheit, auf die leere deutsche Tafel die Gewerkschaften von Grund auf nach amerikanischem Vorbild neu aufzubauen. Nach amerikanischem Vorbild hieß: die Gewerkschafter als "erste Offiziere der Industriekapitäne" zu definieren, wie es ein Mitstreiter des einstigen US-Präsidenten Theodore

Roosevelt einmal so treffend zu formulieren wußte.

Freie Gewerkschaften wie die International Workers of the World (IWW) wurden in den USA mit härtester Gewalt unterdrückt. Statt dessen gründete die National Civic Federation, eine Organisation der mächtigsten Wirtschaftsgruppen der USA, mit der American Federation of Labor (AFL) eine eigene Pseudo-Gewerkschaft, deren erster Präsident auf Lebenszeit Samuel Gompers sich immer vorrangig Gedanken machte, wie er die Arbeiter am besten auf die Ziele der Kartelle, die ihn bezahlten, ausrichten konnte.

Der AFL hatte sich noch eine etwas progressivere Pseudo-Gewerkschaft Congress of Industrial Organizations (CIO) für die ungelerten Arbeiter hinzugesellt, die der New Deal-Politik von Präsident Roosevelt nahe stand. Beide wurden nach dem Zweiten Weltkrieg quasi als Entwicklungshelfer auf die deutschen Arbeiter losgelassen. AFL und CIO waren im Krieg tief verwickelt in die Kriegsanstrengungen der US-Regierung, unter anderem im War Production Board. Beide Gruppen waren schon personell verflochten mit dem Labor Branch des US-Geheimdienstes OSS. Und konsequenterweise waren beide auch in der CIA-Abteilung Clandestine Service (heimlicher Dienst) unter Leitung von Allen Dulles sehr aktiv.

Doch zunächst galt es den 1945 gegründeten Weltgewerkschaftsbund zu spalten. Dort waren alle wichtigen Gewerkschaften, auch die CIO und die britische TUC, gemeinsam mit den kommunistischen Arbeitervertretungen unter einem Dach organisiert. Die AFL-Leute gründeten mit dem Geld der amerikanischen Geheimdienste und des Office of Policy Coordination neue synthetische Spaltergewerkschaften

Die Force Ouvrière in Frankreich als Konkurrenz zur kommunistischen CGT. Oder in Italien die Confederazione Italiana Sindicata Lavoratori (CISL). Diese Stoßtruppen bewährten sich, um den Boykott der Rüstungstransporte in französischen und italienischen Häfen zu brechen. Als die antikommunistischen Gewerkschaften auf eigenen Füßen stehen konnten, gründeten die AFL-Funktionäre 1949 als nächstes einen neuen konkurrierenden Weltdachverband, die International Confederation of Free Trade Unions (ICFTU), auf Deutsch: Internationaler Bund Freier Gewerkschaften.

Jetzt war die Zeit reif, um auch in Deutschland einen antikommunistischen gewerkschaftlichen Dachverband zu gründen: den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB). Die Befehlskette verlief jetzt von Allen Dulles vom CIA über den AFL-Exekutivsekretär Jay Lovestone zum AFL-Europachef Irving Joseph Brown, weiter zum AFL-Deutschlandsekretär Henry Rutz, ein gebürtiger Deutscher, der in die USA emigriert war, und der jetzt aufgrund seiner deutschen Sprachkenntnisse auch bei DGB-Massenkundgebungen auftrat. Am deutschen Ende dieser transatlantischen Befehlskette befand sich der DGB-Vorsitzende Hans Böckler.

Ihre ersten Pluspunkte konnten die amerikanischen Freunde von der AFL verbuchen, als sie erfolgreich Fabrikdemontagen in Deutschland durch Fürsprache bei der US-Regierung verhindern konnten. Auch die Geldspritzen aus Übersee waren nicht unwillkommen:

"Sowohl AFL als auch CIO hatten Kontakt zur CIA und verteilten Gelder, die aus dem immensen Budget stammten, an gewerkschaftliche Organisationen und Parteien des Westens."

Nunmehr hatte die amerikanische Regierung die westdeutsche Arbeiterschaft beinahe vollständig unter Kontrolle. Vom DGB-Vorstand bis zum Vertrauensmann in der Fabrik ergibt sich hier eine lückenlose Kontrolle und Überwachung der Arbeiter:

"Es ging darum, pro-western people in gewerkschaftliche Schlüsselpositionen zu bringen, und dort zu sichern und zugleich detaillierte Analysen der Gewerkschaften und der politischen Entwicklung in den europäischen Ländern zu erhalten."

Folglich wurden schon wenige Jahre nach der Gründung des DGB alle Kommunisten aus der Organisation entfernt. Der Gehorsam der deutschen Gewerkschaftler gegenüber ihren Sponsoren aus Übersee hielt lange an. Erst Ende der 1960er Jahre wagte der damalige DGB-Chef Ludwig Rosenberg, dem vom AFL-Vorsitzenden George Meany verhängten Gesprächsverbot

gegen Kommunisten zu widersprechen - woraufhin Meany seine AFL aus dem Internationalen Bund Freier Gewerkschaften abzog.

Jedoch gehört es nach wie vor zu den ungeschriebenen Gesetzen, daß immer deutsche Gewerkschaftsvertreter zu Gast sind in den elitären Tafeln der Bilderberger und der Trilateral Commission. In letzterer ist traditionell der jeweilige Chef der Chemiearbeitergewerkschaft vertreten. Die Formel von der "Sozialpartnerschaft" ist ein direktes Ergebnis dieser amerikanischen Beeinflussung des DGB.

Die Einheitsgewerkschaft genoß lange Jahre ein hohes Ansehen in der Bevölkerung, weil sie die betriebliche Mitbestimmung und relativ hohe Löhne durchgesetzt hatte. Das Preis-Leistungsverhältnis in diesem einseitigen Abhängigkeitsverhältnis stimmte zunächst.

Es war also ganz schön viel Arbeit notwendig, damit die Deutschen ihren "langen Weg nach Westen", wie es der Historiker Heinrich August Winkler genannt hat, antreten konnten. Ob wir diesen Weg weiter gehen wollen, das müßte einmal offen und transparent diskutiert werden. Wir lernen aus der Geschichte, wie wir die Zukunft besser machen. ...<<

Schweiz: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 24. Mai 2021 folgender Bericht über die gleichgeschalteten Massenmedien

(x1.014/...): >>> **Politiker und Medien orientieren auf Krieg**

Journalismus unter aller Kanone / Die Tagesschau ist nicht so schlimm wie BILD und Süddeutsche, aber schlimm genug

Von Friedhelm Klinkhammer und Volker Bräutigam

"Gorbi, Gorbi! Hunderttausende feierten im Juni 1989 in Bonn Staatsgast Michail Gorbatschow, auch die Politiker waren hin und weg."

Zwölf Jahre später, im September 2001, sprach Gorbatschows Nach-Nachfolger Vladimir Putin im Reichstag in Berlin über deutsch-russische Freundschaft, auf Deutsch. Und wieder war das Publikum begeistert und berührt. *"Unvergessene Szenen"*, betitelte der Sender Phoenix die Videoaufzeichnung des Auftritts. Es war einmal ... Die Zeiten ändern sich. Daß Staatspräsident Putin und sein Land heute von unseren Massenmedien mit so viel Feindseligkeit bedacht werden, hat allerdings sehr viel mehr mit wertewestlicher NATO-Aggressivität und dem Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu tun als mit Putins aktueller Politik.

Presse und Rundfunk sollten nicht nur willige Verkünder politischer Vorgänge sein, sondern deren kritische Kontrolleure. Unabhängige Wächter des Friedens und der Rechtsstaatlichkeit zu sein ist ihr Auftrag. Sie kommen ihm nicht nach. Jüngster Beweis unter den unzähligen Belegen für qualitätsjournalistischen Opportunismus: reduzierte bis gänzlich fehlende Berichterstattung der Tagesschau über die aktuellen NATO-Manöver an der Grenze zu Rußland. Von informativer Aufklärung über Motive und den politischen Horizont dieses bedrohlichen Truppenaufmarschs kann keine Rede sein.

"Wer den Frieden wünscht, bereite den Krieg vor". Der 1.600 Jahre alte Rat des Flavius Vegetius ist fraglos bedenkenswert, doch "Spring Storm" ("Frühlingssturm") in Estland und "Defender-Europe 2021" nahe der Ukraine haben mit friedensbeseeltem Selbstschutz Westeuropas nichts zu tun. Ohne transatlantische Propagandabrillette betrachtet sind sie als größte NATO-Angriffsübung seit Ende des Kalten Krieges vor 30 Jahren zu erkennen.

Die USA und ihre Verbündeten, Bundeswehr inklusive, trainieren die Offensive gegen Rußland. Aktueller Manövergegenstand ist, große Truppenverbände aus Westeuropa möglichst schnell an die russische Grenze heranzuführen. Die zugrundeliegende Strategie wird gerne auch "Vorwärtsverteidigung" genannt.

"(Der Westen) hat uns viele Male belogen, Entscheidungen hinter unserem Rücken getroffen, uns vor vollendete Tatsachen gestellt. Dies geschah mit der NATO-Erweiterung nach Osten, sowie dem Aufbau von militärischer Infrastruktur an unseren Grenzen", klagte Putin schon im März 2014 vor der Duma in Moskau.

Zu Recht: Die USA haben ihr 1990 im Zuge des Anschlusses der DDR an die BRD (unpräzise: "Wiedervereinigung") gegebenes Versprechen zwölfmal gebrochen, keine NATO-Erweiterung nach Osten über die Grenzen Gesamtdeutschlands hinaus vorzunehmen. Bezeugt wird das sowohl vom vormaligen sowjetischen Präsidenten Gorbatschow als auch vom seinerzeitigen US-amerikanischen Außenminister James Baker.

Typisch, daß ausgerechnet deutsche Regierungsstellen es gleich dreifach bestreiten. Sie wissen eh alles besser. Der Verfasser des Dokuments der Bundesakademie für Sicherheit, auf das hier Bezug genommen wird, ist übrigens Hans Adomeit, seinerzeit Mitarbeiter der *"Integrity Initiative"* des britischen Geheimdienstes. Sie betrieb einen Desinformationskrieg gegen Rußland, flog 2019 auf und verschwand aus dem Blickfeld der Öffentlichkeit.

Böser Putin

Putin, im Jahr 2000 zum Nachfolger Boris Jelzins gewählt, schloß dessen Resterampe für den Ausverkauf russischen Staatseigentums (Bodenschätze, Ölressourcen, Großkonzerne) an den Westen. Er enteignete einige der korruptesten und raffgierigsten Oligarchen, darunter den Erdölmagnaten Michail Chodorkowski. Damit frustrierte er jedoch die US-amerikanischen und westeuropäischen "Partner".

Mit der scheinheiligen Freundlichkeit des Westens war es allerdings schon Jahre zuvor aus und vorbei gewesen. Die NATO hatte ihre zu "Gorbis" Zeiten geübte Zurückhaltung längst aufgeben; sie hatte mit Boris Jelzins besoffener Zustimmung Polen, Tschechien und Ungarn 1999 aufgenommen, außerdem das Völkerrecht gebrochen und Serbien sowie Kosovo niedergebombt.

Seit Putins Amtsantritt aber widmen sich unsere Medien mit Hingabe der vorgeblichen Gefährlichkeit Rußlands. Das Muster "haltet den Dieb!" ist unverkennbar. Je absurder die Story, desto lieber wird sie immer wieder aufgetischt und mit Nowitschok nachgewürzt.

Gift an der Türklinke und in der Unterhose

Beim vorgeblichen Anschlag mit dem *"tödlichsten Nervengift aller Zeiten"* auf Vater und Tochter Skripal anno 2018 im britischen Salisbury bezichtigte die Westliche Wertegemeinschaft umgehend Rußland als Attentäter, gestützt auf britische Geheimdienstangaben. London blieb bis heute jeglichen Beweis für Nowitschok und für Rußlands Verantwortlichkeit schuldig. ARD-aktuell spekulierte nur:

"Denkbar ist, daß London nicht sein ganzes Wissen preisgeben will."

Statt auf seriöse Eigen-Recherche setzt ARD-aktuell u.a. auf das britische "Recherche-Netzwerks" Bellingcat. Diese trübe Quelle ist vor allem dafür bekannt, sich aus finanziellen und informellen Zuflüssen einiger US-Think-Tanks und Geheimdiensten zu speisen. Die Tagesschau leitet gerne davon auf ihre Mühlen um.

Der Medienrummel um den *"bedeutendsten russischen Oppositionspolitiker"* Alexei Nawalny leidet ebenfalls unter Beweisnot und Mangel an Aufrichtigkeit. Die Bundesregierung weigert sich entgegen allen internationalen Verpflichtungen und Rechtsnormen, ihr Material - hauptsächlich Gewebeproben, die dem *"Giftanschlagsopfer"* Nawalny in der Berliner Charité entnommen wurden - für ein öffentliches Experten-Monitoring freizugeben. Politik und Medien ließen den profaschistischen und betrügerischen Krawallbruder sogar mit dem Sketch *"Meine Unterhose war vergiftet"* auftreten.

Die Rußland-Reportagen der Tagesschau unterschreiten häufig jedes Maß an gebotener Zurückhaltung. Die *"anerkannten journalistischen Grundsätze"* sind über Bord gekippt: Wahrheitspflicht, Sachlichkeitspflicht, Güterabwägungspflicht und das Gebot zur Förderung der Völkerverständigung. Sie haben Gesetzesrang, sie stehen im Rundfunkstaatsvertrag, aber das gewährleistet nicht ihre Befolgung.

Steter Tropfen höhlt den Stein

Rechtsgrundsätze und journalistisches Ethos gelten der Tagesschau-Redaktion nicht mehr

viel. Wer einen Nutzen von den faulen Agentur-Geschichten hat ("cui bono?"), fragt sie sich nicht. Das Gebot, nicht nur den Kläger zu Wort kommen zu lassen, sondern ebenso den Beklagten ("audiatur et altera pars") und ihm jeglichen Zweifel zugute zu halten ("in dubio pro reo") befolgt sie nicht. Sie verbreitet (häufig unredliche) Politiker-Statements und verleiht ihnen damit Bedeutsamkeit, als seien sie unumstößlich wahr oder der Weisheit letzter Schluß; sie prüft Richtigkeit und Stichhaltigkeit des Gesagten nicht. Dabei läge erst in dieser Prozedur der Informationswert einer Nachricht.

"Nachrichten sind vor ihrer Verbreitung mit der nach den Umständen gebotenen Sorgfalt auf Wahrheit und Herkunft zu prüfen" heißt es in § 8 Abs. (2) des NDR-Staatsvertrags. Da macht sich der hehre Satz natürlich gut. Doch garantiert er, beispielsweise, seriöse Rußland-Berichterstattung?

Andersrum wird ein Schuh draus. Gemeinschaftliches Ziel von Politik und Massenmedien: Das Bild vom "gefährlichen" Russen in breiten Teilen der Bevölkerung zu verfestigen.

Feindbilder senken die Schwelle zum Krieg

Von Staatsvertragsregeln läßt sich die Tagesschau-Redaktion dabei nicht stören. Über die Absichtlichkeit der ständigen Wiederholung von Falschdarstellungen gibt es keine Illusion. "Faktenfinder-Chef" Patrick Gensing:

"Es ist ein Kennzeichen dieser Kommunikationsstrategien, daß man durch Wiederholungen von falschen Behauptungen die Glaubwürdigkeit der Behauptungen erhöht, weil Menschen denken: Das habe ich doch schon mal gehört und jetzt höre ich es wieder, dann muß es ja eigentlich stimmen."

Tagesschau-Redakteure wissen, was sie tun. Vor den mentalen Folgeschäden ihrer Manipulation sind nicht einmal erfahrene und vermeintlich kritische Politiker geschützt, wie das Beispiel der Linke-Parteivorsitzenden Janine Wissler zeigt. In einem Spiegel-Interview heißt es:

"Die Linkspolitikerin kritisiert zwar den Mord im Berliner Tiergarten, die Vergiftung des Oppositionellen Alexej Nawalny und Rußlands Annexion der Krim als völkerrechtswidrig ..."

Politik und Medien versuchen einer gutgläubigen Öffentlichkeit weiszumachen, es gehe um "Werte" (ideelle, moralische, natürlich). Beabsichtigt ist aber nur miese Meinungsmache, die demagogische Ukraine-Berichterstattung belegt es. Daß die NATO ihre Aktivitäten an den russischen Grenzen im letzten Jahr massiv verstärkt und dort beispielsweise mehr als 4000 (!) Bomber- und Aufklärungsflüge veranstaltet hat, wird unterschlagen; gezieltes Weglassen wichtiger Nachrichtenteile ist ein klassisches Mittel der Manipulation.

Kriegstreiber am Werk

Schon im vorigen Jahr sollten 37.000 NATO-Soldaten (zeitweise) und abertausend Tonnen US-Kriegsgüter (teils zum dauerhaften Verbleib) über See und später durch Europa nach Osten an die Grenze zu Rußland verlegt werden. Wegen der Corona-Pandemie findet das Manöver erst jetzt statt, heißt nun "Defender 2021". "Defender" soll im jährlichen Wechsel einmal im europäischen Nordosten (Ostsee, Baltikum) und im Südosten stattfinden (Westbalkan, Schwarzes Meer). Übrigens sind jetzt auch ukrainische Soldaten beteiligt, obwohl die Ukraine (noch) kein NATO-Mitglied ist. Der US-geführte Westen nutzt eben jede Möglichkeit, Rußland zu provozieren.

Nachvollziehbar, daß Moskau auf die Gefährdung reagiert und Gegen-Manöver veranstaltet. Für dieses Zugeständnis reichen die analytischen Kapazitäten der Kalten Krieger der ARD-aktuell allerdings nicht. Es fehlt die Grundvoraussetzung für seriösen Journalismus: Sich auch in die Denkwelt *"der anderen Seite"* hineinversetzen wollen und können. Der Qualitätsjournalist knallt folglich bedenkenlos eine weitere Bezeichnung raus:

"Militärische Auseinandersetzungen sind für Rußland seit Jahren ein bewährtes Mittel, sich Geltung und Mitsprache zu verschaffen. Beobachter gehen davon aus, daß es sich auch beim momentanen Aufrüsten an der Grenze um ein Druckmittel handelt – eine Drohgebärde."

Die NATO-Staaten haben im vorigen Jahr rund 1,1 Billionen (!) Dollar und damit 17-mal mehr als Rußland (61 Milliarden Dollar) für Rüstung ausgegeben. Nicht Rußland bedroht die USA und Westeuropa, sondern die NATO hat Rußland umzingelt. ARD-aktuell jedoch übt sich in Realitätsverweigerung.

Förderung der Völkerverständigung? Nichts da, nicht bei ARD-aktuell.

"Handlungen, die geeignet sind und in der Absicht vorgenommen werden, das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören, insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten, sind verfassungswidrig. Sie sind unter Strafe zu stellen" steht in Art. 26 des Grundgesetzes. Papier ist geduldig, wissen die Spitzenvertreter unserer Parteien-Oligarchie. Unsere Qualitätsjournalisten wissen es auch.

Formal betrachtet ist die Redaktion staatsfern. Sie kann für sich zudem umfassende journalistische Freiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes beanspruchen. Trotzdem wirkt die Tagesschau objektiv an der psychologischen Vorbereitung auf einen Krieg gegen Rußland mit. Sie beteiligt sich daran, die Hemmschwelle vor Anwendung militärischer Gewalt in der deutschen Bevölkerung zu senken.

Daß das nicht bloß versehentlich und ungewollt geschieht, erweist sich beispielsweise im Schweigen der Redaktion über Regierungspläne zur Militarisierung der Zivilgesellschaft. Die sind im Internet auffindbar, also auch der Redaktion tagesschau.de bekannt. ARD-aktuell aber enthält sie einer größeren öffentlichen Aufmerksamkeit vor.

Möchtegern-Weltherrscher

Das Washingtoner Center for European Policy Analysis (CEPA) hat in der Studie *"Military Mobility Project"* analysiert, mit welchen Mitteln und unter welchen Voraussetzungen der Transport von Truppen und Kriegsmaterial an die russische Grenze mit höchster Geschwindigkeit erreicht werden kann. Beteiligt an den Beratungen sind pensionierte NATO-Generäle, Interessenvertreter wie der ehemalige Merkel-Vertraute Eckart von Klaeden, heute Vorstandsmitglied der Daimler AG und diverse weitere Rüstungsunternehmen, darunter Raytheon und Rheinmetall sowie die Deutsche Bahn AG.

Außerdem wirken in diesem militärisch-industriell-politisch-medialen Komplex etliche US-dienliche "Denkfabriken" und Redaktionen mit. Beispielsweise der Atlantic Council, die RAND Corporation, die Süddeutsche Zeitung, das Nachrichtenportal Euractiv und die größte pfälzische Tageszeitung, die Rheinlandpfalz (in ihrem Einzugsgebiet: die US-Garnison Ramstein und das Atombombenarsenal Büchel).

Leitidee dieses Verbundes von Omnipotenz-Träumern:

"Eine Folge des raschen Aufstiegs Chinas zum globalen Machtstatus ist die Verlagerung des strategischen Schwerpunkts der USA in Richtung Indopazifik. Die europäischen Verbündeten und Partner der Vereinigten Staaten müssen daher sowohl für Abschreckung und Verteidigung in Europa als auch für ein wirksames Krisenmanagement in Nordafrika und im Nahen Osten erheblich mehr beitragen."

Klartext: Deutschland soll massiv aufrüsten, Schienenwege und Straßen für den Transport von schwerem militärischen Gerät Richtung Osten ausbauen. Unser Land soll *"strategische Drehscheibe"* (ebd.) sein und sich selbst zum Kriegsschauplatz machen.

Die Kriegstreiber haben es aber nicht leicht. Mittlerweile entwickelt sich eine erfreuliche Gegenöffentlichkeit. Der Bundesbürger erweist sich als beeindruckend resistent gegen die andauernde rußlandfeindliche Hetze. Nur 32 Prozent sehen heute in Rußland eine Gefahr für den Weltfrieden. Im vorigen Jahr hatten noch 36 Prozent *"den Russen"* als bedrohlich empfunden. Interessant die Gefühlslage in Rußland. Dort ängstigten sich vor vier Jahren 40 Prozent vor einem Weltkrieg. In diesem Jahr sind es bereits 62 Prozent.

Die Grundlagen für eine dem Frieden verpflichtete und gedeihliche Freundschaft zwischen beiden Völkern wären vorhanden.

Warum trägt die Tagesschau nicht dazu bei, Brücken dafür zu bauen?

Verkappte Meinungsterroristen

Was denn, die Deutschen wollen keinen Krieg, genauso wenig wie die Russen? Das geht gar nicht. Da besteht staatlicher Handlungsbedarf:

"... die Förderung der Widerstandsfähigkeit des Staates und der Gesellschaft gegen alle Formen hybrider Kriegsführung, einschließlich böswilliger Cyberaktivitäten und Desinformation ist die erste Abschreckungs- und Verteidigungslinie der NATO und eine Voraussetzung für die Fähigkeit der EU, erfolgreich zu handeln. Die zivilen und militärischen Behörden ... sollten ... einen gemeinsamen Ansatz zur Bekämpfung von Desinformation ... entwickeln ..."

Mit anderen Worten: Was Wahrheit und was Desinformation ist, bestimmt die Kommandantur. Das Internet soll nicht mehr frei nutzbar sein, sondern unter staatlicher Kontrolle, im Dienste militärischer Interessen stehen. Die staatlichen Hoheitsrechte werden um die Deutungshoheit über das politische und militärische Geschehen erweitert. Der Fachbegriff dafür: Zensur.

Ein Tagesschau-Interview. Erbärmlich liebedienerische Steilvorlage für den NATO-Fetischisten und Transatlantiker Wolfgang Ischinger:

Tagesschau: *"... zunehmend ist ja zu beobachten, daß - durch Falschinformationen aufgewiegelt - Gruppen aus dem Inneren einzelner Staaten Unruhe stiften und auch gewalt- und konfliktbereit sind."*

Ischinger: *"Wir müssen davon ausgehen, daß in der Tat Gefahren für unsere Sicherheit nicht mehr nur aus dem Lauf von Kanonen kommen, sondern aus Datenströmen. Die Bedrohung liegt dann in der Störung oder Manipulation von Datenflüssen, im Kappen von Informationswegen oder Streuen von Falschinformationen."*

Ach so. Für Manipulation und das Streuen von Falschinformationen ist ausschließlich die Regierung zuständig. Informationsfreiheit? Meinungsfreiheit? Freiheit der Rede und der Kunst? Der Hahn gehört zugekehrt.

Die "junge Welt", KenFM, RT deutsch oder der Schauspieler Jan Liefers, allesamt im Visier der Geheimpolizei (aka "Verfassungsschutz"), können schon ein Liedchen davon singen, was uns allen blüht. Der begnadete Kabarettist Uwe Steimle hat's erfaßt:

"Sie können selbstverständlich alles in diesem Land sagen, was Sie denken - Sie müssen nur das Richtige denken."

Das Autoren-Team: Friedhelm Klinkhammer, Jahrgang 1944, Jurist. 1975 bis 2008 Mitarbeiter des NDR, zeitweise Vorsitzender des NDR-Gesamtpersonalrats und des ver.di-Betriebsverbandes sowie Referent einer Funkhausdirektorin.

Volker Bräutigam, Jahrgang 1941, Redakteur. 1975 bis 1996 Mitarbeiter des NDR, zunächst in der Tagesschau, von 1992 an in der Kulturredaktion für N3. Danach Lehrauftrag an der Fu-Jen-Universität in Taipeh.<<

25.05.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18851" berichtet am 25. Mai 2021 (x1.049/...): >>Klaus Schwab: Über den Great Reset in die globale Total-Diktatur

Ist die Total-Diktatur unter krankhafte, eigennützige Interessen wie die von Klaus Schwab unausweichliches Schicksal? Nur durch eine Volksbewegung, die sich nicht spalten läßt, kann das Schlimmste noch verhindert werden. ...

Der Gründer und geschäftsführende Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, ist treibende Kraft des geplanten Great Reset. Daß dies für die Menschen weltweit bedeutet, daß die persönliche Freiheit vollständig verloren gehen wird, gibt er offen zu: "Die Werkzeuge der Vierten Industriellen Revolution ermöglichen neue Formen der Überwachung und andere Kontrollmittel, die gesunden, offenen Gesellschaften zuwiderlaufen."

Er schwärmt davon, daß die neuen Technologien "in den bisher privaten Raum unseres Gei-

stes eindringen, unsere Gedanken lesen und unser Verhalten beeinflussen können". Im Klartext: Das Ende jeglicher Privatsphäre wird aktuell von diesen Finanzoligarchen konkret in Angriff genommen. Nach Schwabs Auffassung stellt er sich die ideale Nah-Zukunft des Menschen unter Einsatz von "intelligenten Tätowierungen", "biologischem Computing", "maßgeschneiderten Organismen", "Nanobots" (Erklärung: Roboter oder molekulare Maschinen in Kleinstformat) und "aktiven, implantierbaren Mikrochips, die die Hautbarriere unseres Körpers durchbrechen" vor.

Um diese völlige Vernetzung, Überwachung und lückenlose Herrschaft zu verwirklichen, braucht es die 5. Mobilfunkgeneration 5G. Was brisant ist: Schwab und sein Team vertrauen bei der schnellen Umsetzung auf die linientreue und bedingungslose Mitarbeit aller globalen Führungskräfte. Schwab wörtlich: "Sie werden die Pandemie tatsächlich gut nutzen, indem sie die Krise nicht unnütz verstreichen lassen." Im Klartext: Die Pandemie wird zur Umsetzung selbstherrlicher Ziele einiger weniger Finanz-Feudal-Herren mißbraucht!

Dies sollte uns die Augen darüber öffnen, daß unsere politischen und wirtschaftlichen Führungskräfte als Handlanger in diese Pläne mit einbezogen sind - also Linientreue, ganz offensichtlich um des persönlichen Vorteils willen. Fest abgemachter Plan ist, unsere offene Gesellschaft, unsere Gesundheit, ja sogar unsere intimsten Gedanken unter die Kontrolle einiger weniger selbsternannter, von krankhaftestem Eigennutz und Selbstverwirklichungsdrang besserer Weltfinanzdiktatoren zu bringen.

Handelt es sich hiermit um das unausweichliche Schicksal der gesamten Menschheit? Weit gefehlt! Der gewaltfreie Widerstand und Sieg der Inder unter Gandhi über die britische Kolonialvorherrschaft, sowie der Fall der Deutschland in einen Ost- und Westsektor teilenden Mauer zeigen auf, daß die Bevölkerung durchaus fähig ist, einen Schulteranschlag gegen despotische Bevormundung zu bilden. ...<<

28.05.2021

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 28. Mai 2021 folgender Bericht über die Partei "Die Grünen" (x1.014/...):

>>Denke ich an ein "Grünes" Deutschland in der Nacht ... dann werde ich um den Schlaf gebracht

Ein Kommentar von *Rainer Rupp*

Vor allem der Albtraum von Annalena Baerbock als Bundeskanzlerin und Grünen Chef Robert Habeck als Außenminister schreckt viele Menschen in Angstschweiß gebadet auf. Denn die Ergebnisse der letzten Landtagswahlen und die begleitenden Umfragen haben wegen verschiedener Koalitionsmöglichkeiten das grauenhafte Menetekel einer Kanzlerin Baerbock an die Wand geworfen.

Tatsächlich sollte der Erfolg der Grünen nicht überraschen, allerdings mit einer Einschränkung: Nicht weil sie so gut sind, sind sie so stark, sondern weil die anderen so grottenschlecht sind. Das trifft vor allem auf die anderen links blinkenden Parteien SPD und Linke zu. Angesichts des desolaten Zustandes dieser Parteien ist es den Grünen gelungen, insbesondere jungen Wählern einen unverbrauchten und modernen Eindruck zu vermitteln.

Laut Jens Berger auf den Nachdenkseiten sind "Die Grünen" mit hoher Wahrscheinlichkeit sogar:

"die modernste Partei in Deutschland. Inhalte wurden überwunden, es geht um Gefühle. Das wissen schlaue Politstrategen. Man kauft einen Joghurt schließlich auch nicht, weil er hochwertige Inhalte hat, sondern weil das Marketing einem das Gefühl vermittelt, sich mit diesem Produkt gesund zu ernähren oder gar die Welt zu retten."

In der Tat, politisch "modern" heißt heutzutage vorzugsweise Tugendhaftigkeit nach außen zu signalisieren und moralischer zu sein als alle anderen. Natürlich stehen dabei die eigenen grünen Moralvorstellungen unangefochten an oberster Stelle und sie werden den Anhängern mit

sektenähnlichen Methoden als Gesetze mit universaler Gültigkeit verkauft. Das wiederum erklärt die Arroganz, mit der die Grünen Ober-Lehrer*Innen ihre eigenen Positionen vertreten. Das erklärt auch die aus Sektierer-Kreisen bekannte, erhöhte grüne Intoleranz gegenüber Andersdenkenden.

Diese Intoleranz wird z.B. besonders deutlich in der Frage zum angeblich vom Menschen gemachten Klimawandel und den damit begründeten grünen Verbotsorgien. Damit soll das Klima, das sich seit Jahrhunderttausenden auch ganz ohne menschliches Zutun in einem stetigen Wandel befindet, gerettet werden. Auch bei der Rechtfertigung angeblich humanitärer NATO-Kriege und gewaltsamer Regimewechsel springt die grüne Intoleranz ins Auge, ebenso bei der grünen Refugees-Welcome-Doktrin zur unbegrenzten Aufnahme von Flüchtlingen vor allem aus Ländern, deren Lebensgrundlage vom Wertewesten zuvor durch humanitäre Kriege oder gewaltsame Regimewechsel zerstört worden ist.

Um so erstaunlicher ist die überschwengliche Unterstützung, welche die Grüne Kanzlerkandidatin Baerbock nicht nur in vielen Öffentlich-Rechtlichen Medien, sondern auch in Printmedien von der BLÖD-Zeitungen über taz bis zur Süddeutschen erhält. Auch in den "sozialen" Netzwerken übertrüfen sich derzeit selbst-erklärte "*irgendwie Linke*" mit Lobeshymnen auf Baerbock, schreibt der bereits zitierte Jens Berger an anderer Stelle und fragt verwundert nach dem Grund.

Tatsächlich gibt es in Deutschland wohl wenig Politiker - gleich welchen Geschlechts, - die auf den Feldern der Außen- und Sicherheitspolitik derart aggressiv und anmaßend unterwegs sind wie Frau Annalena Baerbock. Das letzte Mal, als die Freude über einen grünen Kanzlerkandidaten so groß war, hieß der Auserwählte Joschka Fischer. Es endete mit Hartz IV, Rentenkürzungen, völkerrechtswidrigen Angriffskriegen und humanitären Bomben auf die Zivilbevölkerung in Belgrad. "*Offenbar haben das Viele schon vergessen*", so Jens Berger.

Die wahre Natur der als Pazifisten maskierten, olivgrünen Kriegstreiber hat sich gerade wieder in der Forderung von Habeck nach mehr modernen, deutschen Waffen für die fanatisierten anti-russischen Kampfgruppen in der Ukraine gezeigt. Aus welchen Gründen auch immer, Fakt ist: Solange es gegen Rußland geht, kooperieren sie auch mit Faschisten und Islamisten. Damit die Öffentlichkeit das nicht bemerkt, werden falsche Fährten gelegt oder der ukrainische Faschismus wird heruntergespielt oder unsichtbar gemacht, nach dem Motto, in der Ukraine gibt es keine Faschisten. Wenn es gegen Rußland und Präsident Putin geht, gibt es für die Grünen kein Halten. Offenbar wollen sie sogar ihre US- Kriegstreiber-Kollegen in Gestalt der neo-konservativen Republikaner und der liberalen Falken übertreffen.

Angeführt von Habeck war am Montag dieser Woche eine grüne Delegation in die Ukraine gereist. In Kiew hatte man sich mit dem Staatspräsidenten Selenski getroffen. Der hatte im März dieses Jahres eine militärische Mobilisierung zur Rückeroberung der Krim und der anti-faschistischen, abtrünnigen Provinzen Donezk und Lugansk in der russisch sprechenden Ostukraine befohlen. Nur die rasche Konzentration und Kampfbereitschaft massiver und hochmobiler russischer Divisionen von über 100.000 Soldaten an der Südwestgrenze Rußlands schreckte die ukrainischen Abenteurer vor einem weiteren Blutbad in der Ost-Ukraine ab.

Die Frontlinie, die im Donbass die Ukraine von den abtrünnigen Provinzen trennt, hat der grüne Habeck auf ukrainischer Seite besucht. Dabei muß er auf Tuchfühlung mit den hauptsächlich dort eingesetzten rechtsradikalen und faschistischen Einheiten wie Asow gehabt haben. Deren täglicher Zeitvertreib besteht darin, die Bevölkerung in den Dörfern auf der gegenüberliegenden Seite mit gelegentlichen Schüssen und Granatfeuer zu terrorisieren.

Und ausgerechnet von dort sendet der selbsterklärte Pazifist Habeck die Forderung an die Bundesregierung in Berlin, das bisher in Deutschland geltende Waffenexportverbot in Konfliktregionen in den Papierkorb zu werfen und statt dessen der Ukraine moderne, tödliche Waffen zu liefern, natürlich nur zu Selbstverteidigung. Eine Wunschliste für solche angebli-

chen Defensivwaffen aus Deutschland haben die ukrainischen Abenteurer bereits präsentiert. Darauf findet man u.a auch unbemannte Mini-U-Boote der Typen "Sea Cat" und "Sea Fox". Damit können - defensiv - zwar Minen beseitigt, oder - offensiv - auch Sabotageakte und Kommando-Unternehmen durchgeführt werden.

Nach seiner Rückkehr aus der Ukraine war Habeck nach eigenem Bekenntnis überrascht über die starke Ablehnung seines außenpolitischen Vorstoßes an der Heimatfront. Kritik kam sogar aus den eigenen grünen Reihen. Das grüne Urgestein, der frühere Parteivorsitzende und Ex-Bundesminister Jürgen Trittin mahnte, daß es die Position der EU sei, den Konflikt politisch zu lösen.

Zugleich sollte hier darauf hingewiesen werden, daß die Außenminister der G7-Staaten in der Abschlußklärung ihres Treffens am 5. Mai zur Ukraine betont haben:

"Wir unterstreichen unsere fortgesetzte Unterstützung für die Bemühungen Frankreichs und Deutschlands im Rahmen des Normandie-Prozesses, die vollständige Umsetzung der Minsker Vereinbarungen als diplomatischen Weg für eine politische Lösung des Konflikts und für einen dauerhaften Frieden zu gewährleisten."

Will Habeck mit seiner Forderung nach mehr Waffen für die fanatischen Russenhasser in der Ukraine den diplomatischen Lösungsansatz des Konfliktes hintertreiben?

Auch die selbsterklärte große Völkerrechtlerin Baerbock konnte es sich nicht verkneifen, Habeck zurechtzurücken. Ursprünglich schien sie allerdings nicht zu wissen, worum es geht, wie die SZ berichtet:

"Auf die Frage der Moderatorin Sandra Maischberger zu Habecks ursprünglicher Forderung nach Waffenlieferungen erklärte die designierte Grünen-Kanzlerkandidatin Baerbock zunächst: "Hat er so nicht gesagt." Dann führte sie aus, Habeck habe eine Unterstützung der OSZE-Mission in der Ukraine verlangt und dies am Mittwochmorgen im Deutschlandfunk auch präzisiert. "Robert Habeck hat heute Morgen ja genau klargestellt, daß es nicht um Defensivwaffen geht, sondern - wie wir auch schon vor kurzem deutlich gemacht haben - um Munitionsräumung, um die Bergung von verwundeten Personen, Zivilisten, mit gepanzerten Fahrzeugen und auch um die Frage der Unterstützung der OSZE-Mission."

Erst später bekräftigte Annalena, daß das Grüne Parteiprogramm Waffenlieferungen in Kriegsgebiete ablehnt.

Aber was im Wahlprogramm steht kann natürlich schnell geändert werden, wenn die Grünen erst mal wieder an der Macht sind. Im Programm, das Joschka Fischer an die Macht gebracht hatte, hatte auch nichts von einer Grünen Beteiligung am völkerrechtswidrigen NATO-Angriffskrieg gegen Jugoslawien gestanden.

Allerdings hatte Frau Baerbock sicherlich recht, als sie in einem denkwürdigen NDR-Interview gemeinsam mit Robert Habeck am 23. November 2020 ihren Zuschauern erklärte, daß ihr Parteifreund Robert mehr von Schweinezucht, Hühnern und Kühe melken versteht als von Außenpolitik. Dazu sei sie als Völkerrechtlerin doch weitaus besser profiliert. ...

Allerdings sieht es ganz danach aus, daß Frau Baerbock die Koketterie mit ihrem akademischen Titel einer *"Völkerrechtlerin"* jetzt auf die Füße fällt. Immer mehr Experten, die zu einem qualifizierten Urteil über die rechtmäßige Führung von akademischen Titeln befähigt sind, werfen der Annalena Etikettenschwindel vor. In Hamburg hatte sie Politische Wissenschaft auf Diplom mit Nebenfach Öffentliches Recht/Europarecht studiert und mit einer Zwischenprüfung, - also ohne Diplom oder Bachelor -, abgeschlossen. Einer der beiden Abschlüsse ist normalerweise die Voraussetzung für die Aufnahme an der Londoner Hochschule LSE zum Master-Studium. Dafür aber fehlten Baerbock die formalen Zugangsvoraussetzungen.

Irgendwie ist es Frau Baerbock dennoch gelungen, - nichts Genaueres weiß man nicht - zum einjährigen LSE-Masterstudium in London zugelassen zu werden. Die Studiengebühren dafür betragen 12.000 britische Pfund. Deutschen Rechtsexperten zufolge ist ihr LSE-Abschluß mit

"Master of Law LL.M." nicht mit einem deutschen Jurastudium, bzw. mit der Bezeichnung Völkerrechtlerin vereinbar. ...

Wie auch immer; an der Londoner LSE-Kaderschmiede des Neo-Liberalismus hat Frau Baerbock ganz bestimmt nicht viel über geltendes Völkerrecht und die von der UNO-Charta gebotene Friedenspflicht zwischen Nationen gelernt. Vielmehr fügte sie sich paßgenau in die aggressive Front der neo-konservativen und liberalen US-Kriegstreiber ein.

Welch Geistes Kind Frau Baerbock tatsächlich ist und wie sie ihr geschichtliches Unwissen und ihre Dummheit wie eine Trophäe stolz vor sich herträgt, wird aus einem Video ersichtlich, das sie Anfang Mai dieses Jahres bei einem Onlinetreffen zeigt, das von der US-amerikanischen Denkfabrik "Atlantic Council" veranstaltet wurde. Es lohnt sich, den Teil der Rede Baerbocks zu analysieren, in dem sie ihre Motivation für ihren Einsatz für ein *"friedliches Europa"* darstellt ... Sie spricht Englisch mit starkem Akzent und die nachfolgende Übersetzung ihrer Rede hat sie selbst formuliert.

"Ich komme aus einer Region um Berlin. Sie wird Brandenburg genannt. Das war Ostdeutschland. Sie hat eine direkte Grenze über den Fluß Oder zu Polen. Und mein Großvater kämpfte dort im Winter 1945 an diesem Fluß, an dieser Grenze.

Ich stand 2004 auf dieser Brücke, die offensichtlich wiederaufgebaut wurde, zwischen Polen und Deutschland, als der Außenminister Joschka Fischer und sein polnischer Amtskollege erneut die Wiedervereinigung Europas feierten.

Das war wirklich der Moment, als ich dachte: 'Wow, wir stehen nicht nur auf den Schultern von Joschka Fischer, sondern auch auf denen unserer Großeltern, die es möglich machten, daß Länder, die Feinde waren, erneut nicht nur in Frieden, sondern auch in Freundschaft zusammen sind'.

Dies ist der Platz, wo ich stehe in meinem Kampf für ein Europa, das in Freundschaft und einen gemeinsamen, integrierten Markt lebt."

In ihrer Rede bezieht sich Baerbock auf die Grenze zwischen den Städten Frankfurt/Oder und Słubice (Polen). Die Rote Armee hatte dort am 16. April 1945 den Angriff auf Frankfurt/Oder begonnen. Das war der Beginn der Schlacht um die Seelower Höhen. Und ihr zum Redebeginn erwähnter Großvater hat demnach an dieser Brücke gegen die anstürmenden bösen Russen gekämpft. Demnach muß Baerbock 2004, als sie an dieser Brücke stand, gedacht haben, *"Wow, bei der Wiedervereinigung Europas stehe ich nicht nur auf den Schultern von Joschka Fischer, sondern auch auf den Schultern meines Wehrmacht-Opas im Kampf gegen die russischen Invasoren"*. Das scheint in einem Satz zusammengefaßt das politische Geschichtsverständnis der grünen *"Völkerrechtlerin"* wiederzugeben. ...

Insgesamt hat der bereits eingangs zitierte Jens Berger die Person Baerbock treffend charakterisiert, wenn er sie wie folgt beschreibt:

"Auf dem politischen Feld der Außen- und Sicherheitspolitik ist Baerbock eine neue kalte Kriegerin, wie es sie in der politischen Landschaft Deutschlands selten gibt. Ein paar Beispiele:

Erst kürzlich bekannte Baerbock in einem Interview mit dem ZDF, Deutschland brauche "dringend eine klare außenpolitische Haltung gegenüber dem russischen Regime" (sic!) und forderte abermals "schärfere Sanktionen" gegen das "System Putin".

Baerbock fordert schon lange einen sofortigen Baustopp der Pipeline Nord Stream 2. Vor allem die Begründung hat es in sich: Die Pipeline laufe - so Baerbock - "den geostrategischen Interessen der EU" zuwider, "destabilisiere die Ukraine" und "konterkarriere den klaren Rußlandkurs auf EU-Ebene". Victoria ("Fuck the EU") Nuland wäre stolz auf die grüne Kandidatin.

Baerbock tritt klar für höhere Ausgaben für Rüstung und Bundeswehr ein und befürwortet zusätzliche Auslandseinsätze. "Wir dürfen uns nicht wegducken", so Baerbocks sicherheitspo-

litisches Mantra. "Wenn der Westen Ländern wie China, Rußland oder der Türkei nicht das Feld überlassen will", müsse "Europa seine Friedensrolle in der Welt ernster nehmen". Dem neuen US-Präsidenten Biden will Baerbock dann auch "ein ambitioniertes Angebot für eine erneute transatlantische Agenda unterbreiten".

Das sind genau die bellizistischen Töne, mit denen die Grünen sich bereits seit Langem von ihrer früheren Friedenspolitik verabschiedet haben. Die Grüne Pfarrerstochter Göring-Eckardt war wenigstens ehrlich. Als sie für Bundeswehreinätze notfalls auch ohne UN-Mandat plädierte, argumentierte sie *"Wir waren noch nie eine pazifistische Partei"*.

Ob Etikettenschwindel mit akademischem Grad oder Fake-Pazifismus, bei den Grünen ist Doppelmoral und Scheinheiligkeit Teil ihrer politischen DNA. Das neue Online Magazin "Der Pionier" hat Freitag letzter Woche dazu einige schöne Beispiele gebracht.

So hatte die Kanzlerkandidatin Baerbock doch glatt vergessen, der Bundestagsverwaltung ihre Sondereinkünfte in Höhe von 25.220 Euro zu melden. Das ist allerdings ein entschuldbares Versehen, dann auf den Kontoauszügen können auch grüne Spitzenpolitiker solch kleine Beträge leicht übersehen. Viel interessanter ist, woher und warum ein Teil dieser Beträge gezahlt wurde.

Bei den Sondereinkünften, die der Bundestagsverwaltung gemeldet werden müssen, geht es um Gelder, die Frau Baerbock zusätzlich zu den Diäten als Bundestagsabgeordnete und zusätzlich als Parteichefin aus dem Personaletat der Grünen erhalten hat. Die Summe wurde jetzt nachgemeldet und setzt sich wie folgt zusammen:

2018 erhielt sie 6.788,60 Euro, die als Weihnachtsgeld deklariert waren.

Nach dem erfolgreichen Europawahlkampf 2019 sind ihr zu Weihnachten 9.295,97 Euro gezahlt worden, zum Teil als Erfolgsprämie.

Im Folgejahr 2020 gab es 7.635,71 Euro als Weihnachtsgeld und eine Corona-Sonderzahlung von 1.500 Euro.

Hier horcht man auf. Frau Baerbock hat sich von der Partei Geldprämien für errungene Wahlerfolge auszahlen lassen, Erfolge, die die Partei hauptsächlich ihrem Fußvolk zu verdanken hat. Soweit bekannt gibt es so was bei den anderen Parteien nicht.

Auch der ehemalige Bundesvorsitzende der Partei, Cem Özdemir, hat bei der Meldung von Sondereinkünften unter Vergeßlichkeit gelitten. Als es eng wurde, hat er Sonderzahlungen aus den Jahren 2014 bis 2017 in Höhe von insgesamt 20.580,11 Euro bei der Bundestagsverwaltung nachgemeldet. Bei diesen Geldern handelte es sich den Angaben zufolge um Weihnachtsgeld der Partei an Özdemir. - Die Partei gibt's den Ihren im Schlaf.

Diese Fälle der Grünen sind allerdings keine Korruptionsfälle und sie lassen sich auch von den Geldsummen her nicht mit den neuen, jüngst aufgedeckten Fällen von CDU/CSU und SPD Mitgliedern des Bundestags vergleichen. Aber ein Geschmäcke bleibt, vor allem wenn die Grünen an andere höchste moralische Ansprüche anlegen. Da darf man sich nicht wundern, wenn andere zweimal hinsehen, wenn man ihnen Inlandsflüge verbieten, den Fleischkonsum und Energieverbrauch verteuern und das Schnellfahren auf den Autobahnen abgewöhnen will.

Franz Untersteller, bis vor wenigen Wochen noch grüner Umweltminister in Baden-Württemberg, fiel so seiner eigenen Doppelmoral zum Opfer. Während seiner Amtszeit setzte er sich als Befürworter eines generellen Tempolimits von 130 Kilometern pro Stunde in Pose. Doch hinterm eigenen Steuer entpuppte er sich als Raser. Im November vergangenen Jahres wurde er mit 177 auf dem Tacho von der Polizei erwischt - erlaubt waren nur 120 Kilometer pro Stunde. Untersteller rechtfertigte sich mit dem denkwürdigen Satz: *"Ich hatte es eilig"*.

Auch bei den Flugreisen leben die Grünen im Widerspruch zu ihren eigenen Ansprüchen. Zur Halbzeit der laufenden Legislaturperiode, das war im August 2019, fand die BILD-Zeitung heraus, daß ausgerechnet Abgeordnete der Grünen die Vielflieger unter den Parlamentariern

waren. Zwischen Herbst 2017 und Ende 2018 lagen die Einzelreisen der Grünen pro Person im Schnitt fast 60 Prozent über dem Durchschnitt aller anderen Fraktionen.

Aber zum Ende dieser Tagesdosis gibt es auch noch eine gute Nachricht. Laut der INSA-Sonntagsumfrage vom 25. Mai zur Bundestagswahl ist die Zustimmung zur CDU/CSU auf 26 Prozent gestiegen und die der "Grünen" auf 22 Prozent gefallen. Damit ist die Gefahr einer Baerbock-Kanzlerin zwar noch nicht gänzlich gebannt und mehr muß zur Aufklärung getan werden, aber die Entwicklung geht in die richtige Richtung.<<

Mai 2021

BRD: Dr. Karina Reiss und Dr. Sucharit Bhakdi berichten im Mai 2021 in ihrem Buch "CORONA UNMASKED. Neue Zahlen, Daten, Hintergründe" über die Impfung gegen Covid-19 (x1.013/...): >>DER IMPFRAUSCH

Muß gut Ding Weile haben?

Für die Entwicklung von Impfstoffen galt bislang das kategorische, das imperative "Ja!". Und das absolut zu Recht. Denn Impfungen können Leben retten. Aber keine Impfung kann vollkommen sein. Nebenwirkungen können nie gänzlich ausgeschlossen werden. Impfstoffe erfüllen zwei wichtige Voraussetzungen:

Der Impfstoff muß Schutz gegen eine schwere/lebensbedrohliche Krankheit oder gar den Tod bieten;

Schwere und Häufigkeit von Nebenwirkungen müssen im erträglichen und verantwortbaren Rahmen sein.

Insgesamt muß der Nutzen für die eigene Gesundheit und für die Gesellschaft sehr viel höher sein als das Risiko. Das klingt logisch, oder? Und es stimmt auch! Wer würde sich gegen Husten - Schnupfen - Heiserkeit impfen lassen, wenn er dafür ein unberechenbares Risiko auf schlimme Nebenwirkungen eingehen würde?

Dazu muß nicht jede Impfung für jeden Menschen sinnvoll sein. Wer in Deutschland lebt, braucht keine Impfung gegen Gelbfieber, das hier nicht vorkommt.

Nun wissen wir inzwischen, daß COVID-19 eine klar definierbare Risikogruppe gefährdet: Menschen über 70 Jahre mit Vorerkrankungen, die ein relativ hohes Risiko haben schwer zu erkranken und zu versterben.

Für diese Menschen könnte eine Impfung Sinn machen. Die Wirksamkeit und die möglichen Gefahren müßten aber besonders sorgfältig geprüft werden. Die durchgeführten Studien haben jedoch genau diese Gruppe von älteren Menschen mit ernststen Vorerkrankungen ausgeschlossen.

Ausnahme: Killer-Coronavirus?

Mitte Oktober 2020 sagte RKI-Präsident Lothar Wieler beim Fernsehsender Phoenix: "Wir gehen alle davon aus, daß im nächsten Jahr Impfstoffe zugelassen werden. Wir wissen nicht genau, wie die wirken, wie gut die wirken, was die bewirken, aber ich bin sehr optimistisch, daß es Impfstoffe gibt." Da hat er mit allem Recht gehabt.

Die genbasierten Impfstoffe sind da und werden massenweise verabreicht - dabei wissen wir nicht, ob sie wirken, wie gut sie wirken, was sie bewirken. Selbstverständlich liegen inzwischen viele Daten vor, nur leider sind sie nicht aussagekräftig. Deshalb gab es auch keine klassische Zulassung in der EU, sondern lediglich eine "bedingte Zulassung".

In den nächsten zwei Jahren soll überprüft werden, ob Nutzen oder Risiko größer sind. Jeder Mensch, der sich jetzt impfen läßt, ist Teil dieses riesigen Experiments. Allerdings ohne jegliche Haftung seitens der Hersteller des Impfprodukts. Denn bei Notimpfungen kann von den Herstellern nichts garantiert werden - im Falle eines Falles, bis zum Tode, stehen sie bezüglich der Haftung außen vor.

Dabei wäre gerade für völlig neuartige, genbasierte Impfstoffe wie die mRNA-Impfstoffe gegen Corona die Überprüfung möglicher Risiken im besonderen Maße zu fordern, denn nach

gegenwärtigem wissenschaftlichem Stand wären mannigfaltige schwere Nebenwirkungen denkbar.

Um so erstaunlicher, daß aussagekräftige Studien zur Wirksamkeit und Sicherheit dieser neuartigen Impfstoffe, die von den europäischen Regierungen für die Bevölkerung in riesigen Mengen vorbestellt wurden, gar nicht existieren. Das geht auch nicht in der kurzen Zeit. Im Warp-Speed Rennen um die höchst lukrative Notzulassung waren drei Pharmaunternehmen an vorderster Front: AstraZeneca (Vektorimpfstoff auf Basis eines Adenovirus), Biontech/Pfizer (mRNA) und Moderna (mRNA).

Am 21. Dezember 2020 hat die EU-Kommission den Impfstoff von Biontech/Pfizer zugelassen, kurz darauf, am 6. Januar, folgte die Genehmigung des Moderna-Impfstoffs und am 29. Januar erhielt AstraZeneca die EU-Zulassung. Während die sorgfältige Prüfung eines neuen Impfstoffes früher mindestens sieben bis zehn Jahre dauerte, wurde das Ganze jetzt auf Monate verkürzt. Können in dieser Zeit verlässliche Daten auf dem Tisch liegen, so daß die Bevölkerung zwischen Risiko und Nutzen abwägen kann? Während in Europa alles durchgewinkt wurde, sagte die indische Gesundheitsbehörde "Nein" zum Biontech/Pfizer Impfstoff, da die Sicherheit der Bevölkerung nicht gewährleistet sei.

Bieten die aktuellen Impfstoffe Schutz vor einer schwer verlaufenden SARS-CoV-2-Infektion?

Tatsache ist, eine Schutzwirkung gegen eine schwere und womöglich lebensbedrohliche COVID-19-Erkrankung konnte in Affenmodellen bei *keinem* der Impfstoffe gezeigt werden. Alle standen vor einem Riesenproblem: Infizierte Affen erkrankten mit oder ohne Impfung nie schwer. Somit konnte nicht geprüft werden, ob die Impfung gegen die ernste Erkrankung schützte.

Was sagen die Versuche, die an Menschen durchgeführt wurden?

Mainstream-Medien verbreiten jubelnd die Pressemitteilungen der Firmen, ohne diese überhaupt kritisch zu hinterfragen. So lernen wir, daß laut der Studien die Schutzwirkungen der Impfstoffe einfach toll sind, bei Biontech/Pfizer sogar bei 95 Prozent!

Aber wie kommen diese Zahlen zustande, wissen wir doch, daß gesunde Menschen sehr selten lebensgefährlich an COVID-19 erkranken?

In der Tat sind bei den über 40.000 Versuchspersonen der Biontech/Pfizer-Studie gerade einmal 170 COVID-19-Fälle aufgetreten (ca. 0,4 %). Davon acht bei den Geimpften (ein Mal schwer), 162 bei Ungeimpften (neun Mal schwer) - resultiert also daraus die Annahme, es gäbe einen 95 %-igen Schutz!?

Bei so einer geringen Anzahl von Fällen muß man die Datenlage aus wissenschaftlicher Sicht als nicht belastbar bezeichnen. Wie wurde überhaupt ein "COVID-19-Fall" im Rahmen dieser Studie definiert? Bei auftretenden Symptomen, wie Husten, Schnupfen, Heiserkeit und einem positiven RT-PCR-Test wurde die Person als COVID-19-Fall eingestuft. Die Aussagekraft dieses Tests, ist allerdings, wie inzwischen fast jeder weiß, nicht existent.

Wie in diesem Buch ausführlich dargelegt, ist der Test nicht geeignet, das eindeutige Vorliegen einer SARS-CoV-2-Infektion nachzuweisen. Wir haben hier also eine Impfung, die möglicherweise Husten, Schnupfen, Heiserkeit bei 0,7 % der Geimpften - durch was auch immer - verhindert. Dafür mußten Hunderte von Geimpften in der Biontech/Pfizer Studie schwere Nebenwirkungen hinnehmen, die teilweise zu Krankenhausaufenthalten geführt haben.

Nicht anders bei den anderen Impfstoffherstellern. Entsprechend moniert Peter Doshi, Spezialist für Medikamentensicherheit und Mitherausgeber des renommierten British Medical Journal (BMJ): "*Keine der derzeit laufenden Studien ist darauf ausgelegt, eine Reduzierung schwerer Verläufe im Sinne von Hospitalisierung, Einweisung auf Intensivstationen oder den Tod festzustellen.*"

Sind das die erhofften 95 % Wirksamkeit?

Wie groß ist nun der Nutzen der Impfung, gerade für die Risikogruppe? Das weiß kein Mensch. Deshalb läuft der Menschenversuch weiter und jeder, der sich jetzt begeistert impfen läßt, nimmt daran teil.

Verhindert der Impfstoff die Infektion und damit die Ausbreitung der Viren?

Ein allseits verkündetes Ziel der Impfung ist nicht nur, COVID-19-Erkrankungen zu verhindern, sondern auch die Ausbreitung der Viren. Schon in den Kindergärten und in den Schulen wird den Kindern vermittelt, sie könnten unwissentlich ihre Großeltern "umbringen", weil sie die Viren weitertragen, ohne selbst krank zu sein. Um das zu verhindern, sollen alle geimpft werden, auch die Kinder. Es stellen sich also zwei Fragen: Ist eine Durchimpfung der Bevölkerung sinnvoll? Und: Kann eine Impfung überhaupt eine Infektion verhindern?

Beschäftigen wir uns zunächst mit der ersten Frage, ob es sinnvoll ist, die Ausbreitung von Viren verhindern zu wollen, die für die meisten Menschen wenig gefährlich sind, um eine Risikogruppe vermeintlich zu schützen?

Von Corona-Viren ist seit Jahrzehnten bekannt, daß diese von Menschen durch die Gegend getragen werden, ohne daß sie Symptome haben. Früher wurden diese Menschen "gesund" genannt und man schenkte ihnen keine Beachtung. Heute sind sie "asymptomatisch" Infizierte und gelten als hochgefährlich. Inzwischen wissen wir jedoch, daß auch für SARS-CoV-2 gilt: Menschen ohne Symptome können die schwere Erkrankung COVID-19 in der Öffentlichkeit nicht verbreiten.

Die Tatsache, daß wir Symptome entwickeln, ist ein Zeichen dafür, daß die Viren eine Chance gefunden haben, aktiv zu werden und unser Immunsystem in den Kampf eingestiegen ist. Kommt es nicht zu Husten, Schnupfen, Heiserkeit etc., bedeutet das, daß unser Körper die Viren von Anfang an in Schach hält. Es ist nie gezeigt worden, daß die Viruslast, die ein Mensch ohne Symptome in die Außenwelt abgegeben kann, ausreicht, um andere Menschen in der Öffentlichkeit zu gefährden. Deshalb ist das Vorhaben, die gesamte Bevölkerung durchzuimpfen, ein Unterfangen, das aus wissenschaftlicher Sicht jeglicher Grundlage entbehrt. Es ist schlicht nicht sinnvoll.

Kommen wir zur zweiten Frage: Könnten die Impfstoffe überhaupt die Ausbreitung von SARS-CoV-2-Viren verhindern? Das Robert-Koch-Institut (RKI) erklärt aktuell, daß diese Frage bislang völlig ungeklärt ist. Um die Antwort darauf herauszufinden, müßte man prüfen, ob geimpfte Menschen noch eine Infektion bekommen können, und ob in diesem Fall die vorhandene Virusmenge ausreicht, um andere zu infizieren.

Allein AstraZeneca machte Schlagzeilen mit der Nachricht, geimpfte Menschen wären deutlich weniger ansteckend. Beim genauen Hinschauen sehen wir jedoch, daß keinerlei Daten existieren, die diesen Rückschluß ziehen lassen. In der entsprechenden Studie wurde nur Teil 1 der Frage angeschaut, nämlich: Wie viele Menschen bekommen nach einer Impfung noch eine Infektion? Wie hat man das überprüft? Einziges Kriterium waren positive RT-PCR Tests. Nun sagt selbst die WHO, daß der PCR-Test allein nicht reicht, um von einer Infektion zu reden. Was kann man also mit der unbelegten Behauptung, die Verbreitung der Infektion wäre durch den AstraZeneca Impfstoff massiv verringert, anfangen? Nichts.

Das Impfkonzepkt sollte überhaupt hinterfragt werden. Die Antikörper, die durch die Impfung gebildet werden, kreisen zum größten Teil im Blut. Um Ihnen das Geschehen zu verdeutlichen, stellen Sie sich bitte vor, Sie selbst seien solche Antikörper und säßen gemeinsam mit anderen Antikörpern im Wohnzimmer - in einem Blutgefäß der Lunge. Nun kommt das Virus ans Haus und ergreift die Türklinke, um in den Flur - die Lungenzelle - zu treten. Wie wollen Sie das vom Wohnzimmer aus verhindern? Sie würden antworten:

Das geht nicht.

Antikörper können grundsätzlich nur effektiv helfen, die Ausbreitung eines Eindringlings in der Blutbahn zu verhindern. Das gilt auch für Impfungen gegen Erreger wie Pneumokokken,

die wie Corona-Viren über den Luftweg in die Lunge kommen. Die Impfung kann die Infektion der Lunge nicht verhindern, sondern soll die Streuung und Verbreitung der Bakterien in der Blutbahn unterbinden.

Wenn der Nutzen der Impfungen mehr als fragwürdig ist, wie sieht es dann mit dem Risiko aus?

Wir lesen in den Mainstream-Medien: mRNA-Impfstoffe sind doch nicht neu. Das ist richtig, nur sind sie bislang *nie* am Menschen zur Abwehr einer Virusinfektion angewandt worden. Alle Erfahrungen stammen aus Tierversuchen.

Entsprechend waren die Impfungen von vornherein von einem dunklen Schatten begleitet. Bei allen drei genbasierten Impfstoffen wurden - vor der Allgemeinheit sorgsam verborgen - beunruhigende Sofort-Nebenwirkungen bemerkt: starke Schwellung und Schmerzen an der Einstichstelle, hohes Fieber bis hin zum Schüttelfrost, schlimmste Kopf-, Glieder- und Muskelschmerzen im ganzen Körper, Durchfälle, Übelkeit, Erbrechen. Viele Geimpfte wurden krank und arbeitsunfähig.

Die Nebenwirkungen waren so schlimm, daß AstraZeneca mitten in der Studie das Protokoll ändern mußte. Fortan erhielten Studienteilnehmer hohe Dosen von schmerz- und fieberlinderndem Paracetamol, damit die Impfung einigermaßen verträglich wurde. Eine solche Änderung des Studienprotokolls ist mit wissenschaftlichen Standards keinesfalls zulässig. Weshalb wurde hier eine Ausnahme gemacht?

Es geht aber weiter. Die AstraZeneca-Studie wurde im Juli und September 2020 unterbrochen, weil jeweils eine extrem seltene Autoimmunerkrankung des Rückenmarks bei Geimpften aufgetreten war. Die "transverse Myelitis" geht mit Lähmungserscheinungen einher und tritt mit einer Häufigkeit von ca. drei Fällen pro einer Million Einwohner auf. Erstaunlich also, daß gleich zwei Fälle in der Gruppe einer überschaubaren Anzahl Geimpfter zu verzeichnen waren.

AstraZeneca beruhigte Tage darauf damit, daß die erste Probandin beginnende Multiple Sklerose hatte. Erstaunlich, daß offensichtlich niemand davon wußte. Der zweite Fall sei reinster unglücklicher Zufall gewesen. Und damit wurden die Impfungen fortgesetzt. Aber nicht nur AstraZeneca, sondern alle anderen auch. Der Biontech/Pfizer-Impfstoff führte bei vier Teilnehmern, der von Moderna bei zweien zur akuten Gesichtslähmung, ohne daß die Ursache geklärt worden wäre.

Bei den Konkurrenten Moderna und Biontech/Pfizer geschah Vergleichbares. Bei beiden Impfstoffen erlitten Freiwillige ähnlich starke allgemeine Nebenwirkungen.

Eine solche Vielfalt an sofortigen Nebeneffekten ist bei keiner anderen Impfung je beobachtet worden. Wenn man in Amerika die Anzahl an gemeldeten Nebenwirkungen verschiedener Impfungen über die zwei letzten Jahre vergleicht, erreicht die COVID-19 Impfung schon jetzt den absoluten Spitzenplatz, obwohl diese erst im Dezember 2020 zugelassen wurde.

In Anbetracht der Tatsache, daß ein echter Nutzen - Schutz vor schwerer Erkrankung und Tod - nie für einen der Impfstoffe gezeigt worden ist, ist es den Autoren unverständlich, daß die Massenimpfung ungebremst weitergeführt wird.

Ist der mRNA Impfstoff gefährlich?

Überall wird verbreitet, daß der mRNA-Impfstoff nicht gefährlich ist. Begründet wird das damit, daß nur die Information für einen kleinen Teil des Virus, für das sogenannte "Spike Protein", in unseren Körper eingeschleust wird und dabei nichts anderes nachgestellt wird als das, was die Natur auch machen würde. Die Viren geben bei Befall unserer Zellen auch ihre Erbsubstanz ab, so daß unsere Zellen zu "Virusfabriken" werden.

Also dürfte alles im Grunde kein Problem sein? Doch! Eine Atemwegsinfektion findet in den Atemwegen statt. Kommt es schlimmstenfalls zum Zelluntergang, kann der Schaden durch Gewebe-Erneuerung relativ problemlos behoben werden.

Bei der Impfung jedoch, wird die Virusinformation in den Muskel gespritzt. Viele glauben, daß die verpackten Virusgene am Einspritzort - also in der Muskulatur - verbleiben. Die Gene würden von Zellen am Ort aufgenommen, dort würden die meisten "Virusfabriken" entstehen. Nebenwirkungen wie Schwellung, Rötung und Schmerzen am Einstichort würden deswegen zu erwarten sein, sie blieben aber relativ harmlos und gingen nach wenigen Tagen weg. Ein fataler Irrtum!

Die Virusgene der Hersteller Moderna und Biontech/Pfizer sind in "Lipid-Nanopartikel" verpackt - das sind kleinste Pakete, nicht aus Papier, sondern aus fettartigen Stoffen. So wird der Inhalt geschützt und kann einfacher von den Zellen unseres Körpers aufgenommen werden. Durch die Verpackung selbst ist das Risiko für schwere allergische Reaktionen um ein Vielfaches höher als bei herkömmlichen Impfstoffen.

Nicht umsonst wird inzwischen davor gewarnt, daß Menschen mit Allergien sich nicht impfen lassen sollten - es könnten lebensgefährliche Reaktionen (Anaphylaxie) ausgelöst werden. In der Tat mußten derartige gefährliche Nebenwirkungen bei einigen Impf-Freiwilligen notbehandelt werden. Dazu können Nanopartikel zahlreiche weitere schädliche Auswirkungen haben, weil sie die Funktion unserer Blutzellen und des Gerinnungssystems beeinträchtigen können.

Aber es kommt noch unendlich viel schlimmer: Zum Grundwissen in der Medizin gehört, daß alle löslichen Stoffe, die in einen Muskel gespritzt werden, in die Blutbahn gelangen und in kürzester Zeit im ganzen Körper verteilt werden.

Gerade deswegen spritzt man Substanzen, die sofort wirken sollen, in die Muskeln.

Es ist bekannt, daß die verspritzten Genpäckchen ebenfalls ins Blut kommen. Welche Zellarten werden sie aufnehmen, wie werden sie diese verarbeiten und wie das Virus-Eiweiß herstellen? Die Antwort lautet: Nichts ist mit Sicherheit bekannt. Wir sind jetzt Zeugen von Großversuchen an Menschen. Das ist absolut unverantwortlich, zumal es vom Anfang an Grund zur Vorsicht gegeben hat. Die möglichen Gefahren durch die "Verpackung" waren bekannt.

Noch bedeutender: Alarmierende Antikörper-abhängige Verstärkereffekte sind bei der Erforschung von SARS und anderen Coronaviren bei Tieren beobachtet worden. Bei den jahrzehntelangen vergeblichen Anstrengungen, eine Impfung gegen SARS und MERS zu entwickeln, gehörten diese Verstärkereffekte zu den zahlreichen Problemen.

Hätten vor diesem Hintergrund nicht Tierversuche durchgeführt werden müssen, um diese für SARS-CoV-2 klar auszuschließen? Tatsache ist, daß wissenschaftliche Publikationen zu diesem Thema nicht existieren. Ärzte, die die Impfwilligen nicht auf die Gefahr aufmerksam machen, daß die Impfung zu schlimmeren Krankheitsverläufen führen könnte, verletzen also ihre Aufklärungspflicht.

Und ernster noch: Könnte das Verimpfen von Virusgenen andere, neuartige immunbedingte Verstärkereffekte auslösen? Hätten nicht vorher ganz elementare Dinge bedacht und geprüft werden müssen?

Zur Erinnerung (siehe auch Online-Kapitel "Immunität"): Lymphozyten haben ein Langzeitgedächtnis - sie merken sich, wie Corona-Müll aussieht. Und Corona-Müll sieht ziemlich ähnlich aus, egal von welchem Familienmitglied er stammt.

Alle Menschen haben Trainingsrunden mit Coronaviren absolviert und haben Lymphozyten, die SARS-CoV-2-Müll erkennen. Manche könnten entgegnen, daß diese kreuzreaktiven Killer-Lymphozyten nur bei 40 bis 70 % der alten Blutproben nachgewiesen wurden und sie reagierten nur schwach gegen SARS-CoV-2. Jedoch ist bekannt, daß sich immer nur ein kleiner Anteil aller Lymphozyten im Blut befindet. Die anderen machen gerade Pause und ruhen sich in den Lymphorganen (u.a. in den Lymphknoten) aus.

Spannend: Im April 2020 berichteten schwedische Forscher, daß sie etwas Bemerkenswertes

entdeckt hätten. Unabhängig von der Schwere der SARS-CoV-2-Erkrankung fanden sich bei *allen* Menschen (100 %) kampfbereite, aufgewühlte T-Lymphozyten im Blut. Dieser Befund ist ein Wink mit dem Zaunpfahl.

Denn bei einer ersten Auseinandersetzung des Immunsystems mit einem Virus ist die Lymphozytenantwort schleppend. Schnelle, starke Reaktionen verraten, daß vorgewarnte Truppen bereits Gewehr bei Fuß stehen und jederzeit mobilisierbar sind. Sie schwärmen dann aus den Lymphorganen aus, um den Feind zu bekämpfen. Ihre Hauptaufgabe: Auslöschung der Virusfabriken. Tod den eigenen Zellen, die die Viren produzieren.

Und nun zurück zur neuen Realität, dem Großversuch an Menschen. Die verspritzten Gempäckchen werden lokal in Muskelzellen aufgenommen, ein Großteil gelangt jedoch in die örtlichen Lymphknoten und in die Blutbahn. In den Lymphknoten sitzt die gesammelte Immunmannschaft. Diese Zelle wird dann das Virus-Eiweiß produzieren und den anfallenden Müll auf ihrer Oberfläche zur Schau stellen. Diese Zelle wird dann das Virus-Eiweiß auf ihrer Oberfläche zur Schau stellen. Der auf Corona spezialisierte Killer-Lymphozyt nebenan springt hoch - er hat eine Virus-Fabrik entdeckt und wird diese vernichten.

Der Bruderkampf beginnt, Immunzelle gegen Immunzelle! Lymphknotenschwellung könnte ein Zeichen für diese Reaktion sein. Dazu Schmerzen. Die Lymphozyten putschen sich gegenseitig auf und strömen dann aus den Lymphknoten hinaus, um weitere Feinde aufzuspüren.

Sie finden diese in den Muskelzellen, die den Corona-Müll vor die Tür stellen, und gehen in den Angriffsmodus über. An der Einstichstelle entstehen Rötung, Schwellung, Schmerzen.

Aber nun beginnt der Albtraum. Denn kleinste Stoffe wie Zucker können aus dem Blut ins Gewebe hinaussickern, große Moleküle wie Eiweiße hingegen nicht. Für sie sind die Gefäßwände dank der Auskleidung mit einer Zellschicht - den Endothelzellen - dicht.

Wie sind nun die Gempäckchen beschaffen - groß oder klein? Richtig: relativ sehr groß. Wenn sie also einmal ins Blut gelangen, werden sie wie die Blutkörperchen in dem geschlossenen Netzwerk von Gefäßröhrchen verbleiben. Aufgenommen werden sie zu einem kleinen Teil von weißen Blutzellen. Vermutlich jedoch werden die meisten Virusfabriken in den Endothelzellen errichtet werden. Das würde vor allem dort geschehen, wo das Blut langsam fließt - in den kleinen und kleinsten Gefäßen - weil die Gempäckchen dort besonders effizient von den Zellen aufgenommen werden können.

Die Zellen stellen die Abfälle dann vor die Tür - zum Gefäßlumen (zur Gefäßöffnung) hin. Dort sind die Killer-Lymphozyten auf Patrouille. Dieses Mal ist der Kampf einseitig. Die Endothelzellen haben keine Abwehrmöglichkeit gegen den Angriff durch die Killerzellen.

Was dann passiert, kann man nur ahnen. Der Untergang von Endothelzellen und die damit verbundene Verletzung der Gefäßauskleidung führt in aller Regel zum Anwerfen der Blutgerinnung und der Ausbildung von Gerinnseln. Dies würde in unzähligen Gefäßen an unzähligen Orten im Körper passieren.

Geschieht es in der Plazenta, könnten schwere Schädigungen des Kindes im Mutterleib die Folge sein. Geschieht es in anderen Organen inklusive Herz, Gehirn und Rückenmark, sind alle erdenklichen Folgen möglich.

Gibt es Hinweise dafür, daß so etwas vonstatten geht? Ja, von seltenen Bluterkrankungen ist die Rede, bei denen ein möglicher Zusammenhang zur Impfung geprüft werden müßte. Auffällig sind Berichte von Patienten, bei denen ein starker Abfall der Blutplättchen (Thrombozyten) beobachtet wurde. Das würde zur hier aufgestellten Hypothese passen, denn Plättchen werden an den Orten der Gerinnselbildung aktiviert und verbraucht.

Es wäre leicht überprüfbar, ob die Annahme richtig ist. Laborbefunde geben sofort Auskunft darüber, ob die Blutgerinnung in Gang gekommen ist. Obduktionen könnten klären, ob sich Gerinnsel in den kleinen Gefäßen gebildet haben. Und in der Zwischenzeit könnte erwogen werden, ob Gerinnungshemmer bei Patienten vorbeugend verabreicht werden sollten. Auch

die Gabe von Cortison-Präparaten zur Dämpfung der Lymphozytenaktivität könnte überlegenwert sein.

Tatsache ist, daß es weltweit laufend Todesfälle im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung gibt. Offiziell heißt es, selbstverständlich hat die Impfung nichts mit den Todesfällen zu tun. Es sind ja fast alles ältere Menschen mit zahlreichen Vorerkrankungen, die ohnehin bald verstorben wären. Wenn das tatsächlich so sein sollte, erschließt sich wohl keinem denkenden und mitfühlenden Menschen, warum diese dann noch geimpft werden mußten - mit einem kaum charakterisierten Impfstoff.

Was könnte bei einem gebrechlichen Menschen Stunden und Tage nach der Impfung zum Tode führen?

Mehrere Möglichkeiten sind denkbar.

Streß durch die Impfung selbst. Allergische Reaktionen.

Autoimmunangriff. Lymphozyten sind auch im Alter einsatzfähig. Bei älteren vorerkrankten Menschen könnte der Angriff auf die Virusfabriken der letzte Tropfen sein, der das Faß zum Überlaufen bringt.

Etwas komplizierter wird es, wenn eine echte Infektion zusätzlich ins Spiel kommt. In mehreren Pflegeheimen gab es anscheinend COVID-19-Ausbrüche gerade in den Tagen nach der Impfung der Bewohner. Man kann es als auffällig bezeichnen, daß es bis zu diesem Zeitpunkt in der gesamten Umgebung kaum Fälle gegeben hatte, und alle Hygienemaßnahmen eingehalten worden waren. Selbst nach der zweiten Impfung gab es Ausbrüche, ein deutlicher und zu erwartender Hinweis darauf, daß die Impfung nicht vor Infektionen schützt.

Dazu scheint es, als ob gerade die Geimpften versterben. Ist das vielleicht die immunbedingte Verschlimmerung von Erkrankungen, die wir befürchten müssen? Jetzt nicht Antikörperbedingt, sondern durch aufgebrachte Killer-Lymphozyten? Und könnte das nicht zu jeder Zeit bei jedem Geimpften passieren - morgen, übermorgen, nächste Woche, im nächsten Herbst? Denn Lymphozyten haben ein Elefantengedächtnis. Und sie erkennen etwas, das bei allen Coronaviren ähnlich aussieht: Müll.

Das heißt, die Lymphozytenbedingte Verschlimmerung von Krankheitsverläufen könnte wohl bei jeder beliebigen Infektion mit einem verwandten Virus eintreten. Bei jedem "erfolgreich" geimpften Menschen - ob jung oder alt - und zu jeder Zeit in naher oder ferner Zukunft.

Schlußwort

Die genbasierten Impfstoffe erhielten in Windeseile die Notzulassung zur Bekämpfung eines Virus, das laut WHO weltweit eine Infektionssterblichkeit von 0,23 % hat. Dabei gibt es klare Hinweise dafür, daß Menschen durch die Impfung schwer erkranken und versterben können. Ein Nutzen der Impfung wurde nie gezeigt.

Was ist zu tun? Folgender Kompromiß erscheint uns vernünftig. Wer gut aufgeklärt ist und sich impfen lassen möchte, möge das tun. Jedoch darf die Impfung nie direkt oder indirekt einem Menschen aufgezwungen werden. Die Entscheidung gegen die Impfung darf nie zu einer Benachteiligung in irgendeiner Form führen. In der Zwischenzeit sollten verlässliche Daten gesammelt werden und Todesfälle im Zusammenhang mit der Impfung gründlich untersucht werden.<<

USA: Das US-Wirtschaftsmagazin "Forbes" berichtet im Mai 2021 (x363/8): >>"Das Vermögen der reichsten Menschen der Welt wuchs gegenüber 2020 um ganze fünf Billionen US-Dollar auf insgesamt 13,1 Billionen US-Dollar - der höchste Stand aller Zeiten. Die Liste umfaßt 2.755 Milliarden, 660 mehr als noch vor einem Jahr; ebenfalls ein Rekordwert."<<

01.06.2021

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 1. Juni 2021 (x1.117/...): >>**Erlösung von der geschürten Angst - Die Impfung als moderner Ablaßhandel**

Im Spätmittelalter schürten die Agenten der herrschenden Kirche die Angst vor den Qualen des Fegefeuers, das dem Menschen für seine Sünden nach dem Tode drohe. Davon versprachen sie jedem Menschen die Erlösung, wenn er genügend Ablassbriefe kaufte, deren Erlöse die Kassen der Kirche füllten. - Heute schüren die wissenschaftlichen und politischen Agenten der herrschenden Wirtschafts-Konzerne die Angst vor einem qualvollen Erstickungstod durch Corona, der jedem Menschen drohe. Und sie versprechen allen die Erlösung, wenn sie sich mit dem Impfstoff imprägnieren lassen, dessen Erlöse die Kassen der Pharma-Industrie überquellen lassen.

Diese so interessante wie tiefsinnige Parallele hat Christel Traut in der Schweizer Monatschrift "Der Europäer" aufgezeigt.

Die Angst als Machtinstrument, von den Herrschenden gezielt eingesetzt, um bestimmte Ziele zu erreichen, hat eine lange Tradition. Bezeichnenderweise wird diese historische Parallele noch dadurch besonders ins Bewußtsein gehoben, daß sich der Auftritt Martin Luthers auf dem Reichstag zu Worms am 17. und 18. April 1521 dieses Jahr zum 500sten Mal jährte.

Der ungeheure Mut Martin Luthers, als Einzelner - nur auf sich selbst und die eigene Erkenntnis gestellt - der geballten Macht der damaligen Obrigkeit die Stirn zu bieten und seine Thesen und Schriften gegen diese Methoden der Kirche unerschrocken zu verteidigen, ist auch heute noch so vorbildlich wie damals.

Der kirchliche Ablasshandel

In alten Zeiten konnte man begangene Sünden durch bestimmte Taten abbüßen, die eine gewisse Wiedergutmachung und vor allem einen inneren moralischen Fortschritt bedeuteten. Mit der zunehmenden Verweltlichung der Kirche kam es nach und nach dahin, höchste geistige Angelegenheiten und trivialste weltliche Angelegenheiten aneinander zu rücken und skrupellos zu verbinden.

Die allmächtige Kirche erlaubte es, Sünden dadurch abbüßen zu können, daß man genügend Geld an sie bezahlte. Ja, sie erlaubte es nicht nur, sie propagierte es geradezu, um ihre Kassen zu füllen. Diese Finanzquellen sprudelten um so stärker, je mehr den devoten Gläubigen ihre Sündhaftigkeit und permanente Schuld eingeredet und ihnen die schrecklichsten Höllenqualen vor Augen geführt wurden, die nach dem Tode auf sie warteten.

Diese Methoden hatten im Spätmittelalter und zu Beginn der Neuzeit einen Höhepunkt erreicht. Der Papst nahm für das üppige Leben des Vatikans und den Bau des Petersdomes Riesensummen von Krediten bei seinem Haus-Bankier Agostino Chigi aus Siena auf, und insbesondere der schon in Deutschland erprobte Dominikaner-Mönch Hans Tetzl trieb als Ablassprediger das Geld sowohl für die Rückzahlungen des Papstes als auch des Erzbischofs Albrecht von Brandenburg auf, die dieser an das Bankhaus der Fugger in Augsburg zu leisten hatte.

"Mit seinen Parolen:

'Sobald der Gülden im Becken klingt im huy die Seel im Himmel springt' oder 'Wenn ihr mir euer Geld gebt, dann werden eure toten Verwandten auch nicht mehr in der Hölle schmoren, sondern in den Himmel kommen' soll Johann Tetzl in der Art eines Marktschreiers den Ablasshandel eröffnet haben. Ins heutige Deutsch übertragen ist jedoch heute der Ausruf 'Sobald das Geld im Kasten klingt, die Seele in den Himmel springt!' der Allgemeinheit geläufiger." (Wikipedia - Johann Tetzl).

Es wurde also mit der Angst und dem gläubigen Vertrauen der Menschen in die Hirten des Seelenheils ein riesiges Geschäft gemacht.

Angst als Machtinstrument heute

Christel Traut blickt nun auf die Situation in der Gegenwart. Heute ist an die Stelle der alles beherrschenden Kirche der digital-finanziell-industrielle Komplex getreten.

"Die Politiker sind so, wie es sich damals schon abzeichnete, nur das Personal für die Umset-

zung. Einige wenige Superreiche dieses Komplexes sind inzwischen allerdings so mächtig, daß sie die Menschheit ganz nach ihrer Pfeife tanzen lassen können und damit ihre wirtschaftlichen Interessen und Machtgelüste ohne Rücksicht auf Verluste durchsetzen, wie zum Beispiel Bill Gates, der die gesamte Weltbevölkerung impfen lassen möchte und "zufällig" durch Aktien und Beteiligungen einer der Hauptprofiteure der verschiedenen Impfstoff-Hersteller ist. Gleichzeitig profitieren seine IT- Konzerne massiv von der - ebenfalls durch seine Organisationen - stark vorangetriebenen Digitalisierung."

Die sogenannte "Corona-Krise" zeige, daß die Angst auch heute noch von den politisch Herrschenden und den dahinter stehenden ökonomischen Kräften als Machtinstrument eingesetzt wird, sogar skrupelloser denn je. Um die Impfbereitschaft der Menschen zu erhöhen, werde schon seit Monaten massiv die Angst vor Ansteckung geschürt und als "Erlösung" die Impfung in Aussicht gestellt. Im Angstmodus funktioniere das Gehirn aber nicht mehr in der gewohnten Weise, es wird der Verstand sozusagen "abgeschaltet". - Doch nicht nur das, muß man hinzufügen, durch die systematische Angst- und Panikmache wird auch das Immunsystem außerordentlich stark herabgesetzt und die Infektionskrankheit so gerade zusätzlich verbreitet.

Christel Traut erinnert an das im Sommer 2020 aus dem Bundes-Innenministerium an die Öffentlichkeit gelangte interne Papier mit dem Titel "Wie wir Covid-19 in den Griff kriegen", in dem Schockstrategien empfohlen werden, damit die Bevölkerung die Hygienemaßnahmen einhält. Ich will etwas genauer erinnern, welche Ungeheuerlichkeiten darin stehen.

Da heißt es z.B., viele Schwerkranke würden angeblich von ihren Angehörigen "ins Krankenhaus gebracht, aber abgewiesen, und sterben qualvoll um Luft ringend zu Hause. Das Ersticken oder nicht genug Luft kriegen ist für jeden Menschen eine Urangst. Die Situation, in der man nichts tun kann, um in Lebensgefahr schwebenden Angehörigen zu helfen, ebenfalls."

Sogar Kindern solle Angst gemacht werden, mit der falschen und infamen Begründung: "Kinder werden sich leicht anstecken, selbst bei Ausgangsbeschränkungen, z.B. bei den Nachbarkindern. ... Wenn sie dann ihre Eltern anstecken, und einer davon qualvoll zu Hause stirbt und sie das Gefühl haben, Schuld daran zu sein, weil sie z.B. vergessen haben, sich nach dem Spielen die Hände zu waschen, ist es das Schrecklichste, was ein Kind je erleben kann."

Skrupelloser und Menschen-verachtender geht es nicht. Und es wurde vielfach sogar auch von Lehrern als Druckmittel umgesetzt.

Angst wird also seit Frühjahr 2020 ganz bewußt und gezielt als Manipulationsmittel gegen die eigene Bevölkerung eingesetzt. Und es funktioniert wie im 15. Jahrhundert.

"Früher waren sich die Menschen noch sicher, daß das Leben nach dem Tod nicht zu Ende ist. Ihre Angst bezog sich deshalb vor allen Dingen auf die Strafen im sogenannten Fegefeuer, die ihnen für ihr sündiges irdisches Verhalten von der Kirche für das nachtodliche Dasein angedroht wurden.

Heutzutage glauben hingegen immer weniger Menschen an ein "Fegefeuer" nach dem Tode.

Das Problem scheint nun aber zu sein, daß viele Menschen heute überhaupt keinen Glauben mehr an ein Leben nach dem Tode haben, weswegen das Sterben und der Tod extrem beängstigend geworden sind. Auf dieser Angst vor dem Tode, der in dieser materialistischen Vorstellungweise eben das absolute Ende bedeutet, baut die Angst vor dem "Corona-Virus" auf. Daraus wird dann direkt das 'Heilsversprechen' der Impfung abgeleitet.

Das geht heutzutage selbstverständlich nicht mehr von der Kirche aus, sondern vordergründig von der Regierung, beziehungsweise dem Gesundheitsminister (einem ehemaligen Pharmalobbyisten) und deren medizinischen Beratern. Im Hintergrund sind die Pharmakonzerne und andere "Strippenzieher" die großen Krisengewinner. Das Versprechen lautet, daß man nach der Impfung gegen die "sehr gefährliche Krankheit COVID-19" sich (wahrscheinlich?) nicht mehr infizieren kann und so mehr oder weniger vor dem Tod geschützt ist, zumindest vor dem

Tod durch diese Krankheit.

Das heißt, im Mittelalter kauften die Menschen aus Angst Ablassbriefe, um ihre Seelen zu retten, heute lassen sich die Menschen aus Angst impfen, um ihre Körper zu retten."

Diese aktuelle "physische Rettungsaktion" mit viel zu kurz entwickelten völlig neuartigen Impfstoffen, sei allerdings genauso wenig "erprobt und erwiesen" wie es im Mittelalter die Rettung der Seele vor dem Fegefeuer war. –

Früher habe man einen Ablassbrief in die Hand bekommen, und heute sei die Rede von ID2020, wo man eine Kontrolltechnokratie unter anderem auf einem digitalen Impfpfaß / Immunitätsnachweis aufbaut.

Das heiße, daß wir heute mit diesem "Geschäftsmodell der Angst" auf der physischen Ebene angekommen sind. Der Menschheit werde das "Heil" über "geimpfte Körper" vorgegaukelt, die Seele spielt dabei keine Rolle mehr. Für die entsprechenden Firmen sei das natürlich jetzt ein super Geschäftsmodell, sie machen damit gigantische Profite. Im Vergleich dazu seien die Ablass-Gewinne der katholischen Kirche im Mittelalter ein bescheidener Kindergeburtstag gewesen.

"Martin Luther ist damals mit enormem Mut gegen den Ablasshandel angetreten und hat damit das "Geschäftsmodell der Kirche" schwer in Frage gestellt beziehungsweise beschädigt. Er ruft den Menschen auch heute noch zu: "Schrei laut und wehre dich! Der Papst hat mich auch gebunden, aber ich bin meine Bande losgeworden."

Heute, wo die Angst vor der Pandemie um die ganze Welt geht, brauchen wir wohl viele Menschen mit dem Mut Luthers, wenn die Menschheit je wieder gestärkt aus dieser "Corona-Tyrannie" herausfinden soll."

"Luthers Begründung in Worms sollten wir uns im "Lutherjahr 2021", welches durch "Corona" überschattet wird, wohl besonders zu Herzen nehmen:

... wenn ich nicht durch Zeugnisse der Schrift und klare Vernunftgründe überzeugt werde; denn weder dem Papst noch den Konzilien allein glaube ich, da es feststeht, daß sie öfter geirrt und sich selbst widersprochen haben, so bin ich durch die Stellen der heiligen Schrift, die ich angeführt habe, überwunden in meinem Gewissen und gefangen in dem Worte Gottes. Daher kann und will ich nichts widerrufen, weil wider das Gewissen etwas zu tun weder sicher noch heilsam ist.

Gott helfe mir, Amen!"<<

02.06.2021

BRD: Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jebsen erscheint am 2. Juni 2021 folgender Bericht über die Ausrufung des Notstands wegen der Corona-Pandemie (x1.014/...): >>**Regierung "beobachtet" Demokraten? Stasi raus!**

Über die Drohung mit dem Inlandsgeheimdienst eines Regimes im rechtsfreien Raum

Ein Kommentar von *Hendrik Sodenkamp*, Herausgeber der Wochenzeitung *Demokratischer Widerstand*

Im März 2020 verabschiedet sich die Bundesregierung und der Bundestag von parlamentarischen Verfahren, von Gewaltenteilung und Grundrechten. Es wird der jahrelange Notstand ausgerufen und die Gesellschaft in den Krieg gegen den Virus geschickt.

Dagegen bildet sich umgehend eine Opposition, die auf Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechten und der öffentlichen, demokratischen Aushandlung aller wichtigen Fragen beharrt. Die Demokratiebewegung.

Früh berichtet auch das Nachrichten- und Meinungsportal KenFM über die ersten Demonstrationen dieser Antikriegs- und Verfassungsbewegung. KenFM interviewt wichtige Köpfe und läßt die Protagonisten zu Wort kommen. Darunter sind von Beginn an Menschen mit wissenschaftlicher Ausbildung und Berufserfahrung in Medizin, Verfassungsrecht und Demokratiefragen, die hier ihre Stimme erheben können. Nun wird die Nachrichtenplattform, wie auch

die gesamte Demokratiebewegung vom Inlandsgeheimdienst der Regierung überwacht.

Dürfen die das?

An dem Vorgang fällt auf, daß der Geheimdienst eigens eine neue Kategorie erfinden mußte, um die eigene Aktivität als legitim erscheinen zu lassen. Bis dato tauchten im Verfassungsschutz nämlich ausschließlich Linksextremismus, Rechtsextremismus, islamistischer Fundamentalismus und die Alien-Sekte Scientology auf. Unter alle diese Kategorien passen die Demokratiebewegung und KenFM nicht. Weder soll eine Diktatur des Proletariats ausgerufen, noch Kaiser Wilhelm wieder ausgegraben, noch die Umma eingeführt, noch durch kostspielige Sitzungen Leute ausgepreßt werden. Nein.

Die Ziele sind von Anfang an klar: Es geht darum, daß es eine öffentliche Aushandlung über die wichtigen Fragen der Gesellschaft gibt. Das heißt, daß unterschiedliche Positionen zu Wort kommen. Es geht darum, daß die Grundrechte gelten. Und zwar im Wortlaut, so wie sie gemeint sind. Vor allem dann, wenn Herausforderungen anstehen, reale oder eingebildete.

Das jedoch ist für das Merkel-Regime Grund genug, sich in Gefahr zu wähen. Denn die Pandemie-Geschichte der Regierung ist dermaßen fadenscheinig und unhaltbar, daß jede öffentliche, ergebnisoffene Diskussion zum Ende des Hygiene-Regimes und des gewollten Ausnahmezustandes führen würde.

Der Abschied vom Grundgesetz

Es ist die Regierung und ihr Machtapparat, die sich von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes verabschiedet haben, ohne daß sie in einem demokratischen Verfahren an dessen Stelle eine neue Verfassung gesetzt hätten. Statt dessen putscht die Regierung gegen die eigenen Grundlagen und das sind das Grundgesetz sowie die Leute, die in diesem Land leben. Und weil dem so ist, ist von nun an jeder und jede, die sich auf die Menschenrechte beruft, Teil der neuen Verfassungsschutz-Kategorie "*Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates*".

Selbst der Tagesschau fiel auf, daß der Begriff sperrig ist. Und das hat auch seine guten Gründe, denn sperrige und unklare Begriffe tauchen dort auf, wo keine Klarheit über den Gegenstand herrscht. Ähnlich ist es bereits mit anderen Begriffen dieser Zeit. Was ist zum Beispiel "*eine epidemische Lage von nationaler Tragweite*"? Man nehme sich einmal Zeit über diesen Begriff wirklich nachzudenken.

Dieser Begriff, der die vermeintliche Grundlage für alle Grundrechtseinschränkungen bildet, ist ein Nicht-Begriff. Ein richtiger Begriff wäre "*Seuche*" oder "*lebensbedrohliche Epidemie*" - und solcherlei liegt vor, wenn viel mehr Menschen sterben als sonst. Das ist aber nicht der Fall, sondern statt dessen eine "*epidemische Lage*", Worte die beschreiben, was sein könnte und nicht das, was ist. Frei nach dem Sprichwort: "*Es kann viel passieren, wenn der Tag lang ist.*"

Kommen wir zur neuen Wortschöpfung "*Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates*", und fangen mit der zweiten Hälfte des Satzes an. Was delegitimiert denn den Staat? - Wenn er sich nicht an die eigenen Regeln hält. Es gibt das Grundgesetz, in dem klar steht: "*Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.*"

Dann kommt sogar noch der Zusatz, quasi als Arbeitsauftrag an den Staat: "*Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet.*" Mit der klaren Conclusio: "*Eine Zensur findet nicht statt.*"

Jetzt haben wir eine staatliche Institution, den Inlandsgeheimdienst, der auf eine publizistische Seite angesetzt wird. Das ist schon an sich ein Eingriff in die Pressefreiheit und somit nicht legal, denn wer als Mensch bei jedem geschriebenen Satz fürchten muß, daß dieser dem mitleidenden Geheimdienstmitarbeiter nicht gefallen und er deshalb herbeizitiert wird, ist nicht mehr frei im Schreiben. Das nennt man dann Zensur, die laut Verfassung nicht stattfinden

darf.

Es ist das gute Recht eines jeden Menschen, Handlungen des Staates die Legitimation abzuspochen. Das bedeutet Kritik. Und wenn viele Menschen diese Ansicht dann übernehmen und teilen, nannte man das *"demokratische Willensbildung"*.

Nun gibt es in Deutschland und anderen liberalen Ländern die starke Stellung der Grundrechte. Diese beinhalten, das Mindestmaß dessen, was jedem Mensch zusteht, auch wenn er der einzige oder die einzige ist, die eine bestimmte Position hat. Keine Mehrheit, kein Staat, kein Unternehmen kann ihm oder ihr diese Rechte nehmen. So darf beispielsweise niemandem verboten werden, weiterhin auf Rechtsstaatlichkeit, Verfassung und Menschenrechte zu beharren, auch wenn sich der gesamte Rest der Gesellschaft einer Sekte angeschlossen hat, sich kostümiert, sich Nadeln in die Arme steckt und wirren Gurus hinterherrennt.

Das unterscheidet den liberalen Verfassungsstaat von einer Glaubensgemeinschaft. Denn dort kann man ausgeschlossen werden, wenn man nicht an die Grundsätze des Glaubens glaubt. Wer voller Inbrunst glaubt, daß Angela Merkel die Wiedergeburt von Jesus Christus ist, der hat in der katholischen und auch der evangelischen Kirche nichts zu suchen. Er kann aber dennoch in einer Demokratie mit seiner Partei auf Stimmenfang gehen und damit ganze Zeitungen füllen, wenn er denn unbedingt will.

Kommen wir zum ersten Satzteil *"Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung"*. Was das bedeutet, ist nicht zu verstehen, denn es ist ein Pseudo-Begriff. Warum ist ein Phänomen bedeutsam für den Verfassungsschutz? Eine inhaltliche Begründung hat dieses Wortpaar erst einmal nicht. Die gäbe es, wenn eine Gruppe von Menschen die Demokratie aushebeln möchte, die Gewaltenteilung auflöst und die Grundrechte für ungültig erklärt. Das ist eine Ordnungsvorstellung, die dann der Verfassung widerspricht.

Es scheint so, daß etwas dann für den Inlandsgeheimdienst relevant ist, wenn viele Menschen Handlungen des Staates die Legitimität absprechen oder weil die Argumente dafür so gut sind, daß sie eine Bedeutsamkeit an sich haben. Oder aber: Für den Inlandsgeheimdienst ist dann etwas bedeutsam, wenn der Inlandsgeheimdienst sagt, daß es für ihn bedeutsam sei. Also Willkür, die - Sie haben es erraten - mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Wenn man sich den gesamten Begriff einmal anschaut, also *"Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates"* kommt man zu dem Schluß, daß dieser Nicht-Begriff deshalb geschaffen wurde, weil im Corona-Regime so viele Menschen der Regierung und dem Staatsapparat die Legitimation absprechen, so daß es eine ernsthafte Bedrohung für diese Regierung gibt. Ist es eine Bedrohung für die Verfassung?

Nein, denn die Demokratiebewegung beruft sich von Anfang an auf das Grundgesetz, die Menschenrechte und die Gewaltenteilung. Ein Großteil der Demokratiebewegung kann sich auch noch etwas Besseres als das Grundgesetz vorstellen, nämlich die Ausarbeitung einer Verfassung auf Basis des Grundgesetzes. So wie es in Paragraph 146 des Grundgesetzes niedergeschrieben steht.

Es braucht kein KenFM und keine Demokratiebewegung um den Staat in seinen Handlungen im Hinblick auf die gültige Verfassung zu delegitimieren. Das schafft die Merkel-Seehofer-Spahn-und-Lambrecht-Bande auch allein, die seit 14 Monaten im rechtsfreien Raum agiert. Das zeigt nicht zuletzt die Beobachtung der Demokratiebewegung durch den Verfassungsschutz.

Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand erreicht Menschen, die ansonsten ausschließlich der Gleichschaltungspropaganda in TV, Regierungspresse und Konzernportalen ausgesetzt wären. ... <<

09.06.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/18963" berichtet am 9. Juni 2021 (x1.049/...): >>Hybride Kriegswaffe - CO2-Gesetz! - von Ivo Sasek

Am 13. Juni 2021, also schon diesen Sonntag, stimmen die Schweizer über ein neues CO2-Gesetz ab. Ein JA oder NEIN von selten großer Tragweite: Ein JA gleiche einer Überflugs-Erlaubnis für angreifende Bombengeschwader. Ein NEIN zum neuen CO2-Gesetz gleiche einem strikten Überflug-Verbot derselben, meint Ivo Sasek, und begründet es auch.

Am 13. Juni 21, also schon diesen Sonntag, stimmen wir Schweizer über ein neues CO2-Gesetz ab. Ein Ja oder Nein von selten großer Tragweite: Ein JA gleicht einer Überflugs-Erlaubnis für angreifende Bombengeschwader. Ein NEIN zum neuen CO2-Gesetz gleicht einem strikten Überflug-Verbot derselben. In zahlreichen Kla.TV-Sendungen haben wir ja aufgedeckt, daß die ganze CO2-Geschichte Teil einer wirklich umfänglichen hybriden Kriegsführung ist.

Hybrid meint übrigens verdeckt, hinterhältig, von ganz neuer Art, kaum wahrnehmbar. Wir müssen dringend aufwachen und begreifen, daß das Ausbleiben von Gewehrschüssen und Bombenhagel längst nicht mehr bedeutet, daß deshalb auch kein Krieg tobt!

Der Sonderdruck der Schweizerzeit titelt daher völlig zu Recht: "Mit dem CO2-Gesetz kommt das KMU-Massensterben!" Wenn auch keine Bomben fallen, kommt es doch zu Massensterben aller möglicher Art. Gerade die KMU, sprich die kleinen und mittleren Unternehmungen befinden sich insbesondere seit Corona im Fadenkreuz hybrider Lockdown-Politiker. Und wie in jedem Krieg steht auch im hybriden Krieg die psychische Vernichtung des Feindes an erster Stelle. Angegriffen wird aber letztlich kurzerhand einfach alles, was wir uns über Jahrhunderte erarbeitet haben, so etwa unsere Nationalstaaten durch gezielt verursachte Flüchtlingsströme z.B. mit all diesen Folgen.

Auch unsere Gesundheit wird bald jährlich attackiert durch WHO-verordnete Virenpaniken wie etwa die Vogel- oder die Schweinegrippe, Ebola, SARS, Zika und jetzt gerade Corona mit all diesen Folgen und aufgedrückten Giftcocktails, sprich Impfungen. Unsere autarke Energieversorgung wird attackiert durch immer mehr aufgezwungene, aber völlig ineffiziente "erneuerbare Energien", sogenannte, ja, die absolut unausweichlich nichts als unsere Abhängigkeit von Energie-Importen zur Folge haben. Unsere autarke Nahrungsversorgung geht gerade auf ähnlicher Weise flöten, ebenso unsere Bildung, unsere Moral, Ethik und all dergleichen.

Doch jetzt zurück zur hybriden Kriegsführung. Man könnte auch sagen zum nächsten Great-Reset-Akt, und zwar via neuem CO2-Gesetz. Seite 2 des Schweizerzeit-Sonderdrucks prognostiziert in geradezu prophetischer Klarheit, welchen Zusatzabgaben, sprich Abzock-Gelüsten wir gerade Tür und Tor öffnen, wenn wir diesen Sonntag, also 13. Juni 21, nicht ein klares NEIN in die Urne legen: Denn die willfährigen Handlanger jener ausländischen Angreifer, die das neue CO2-Gesetz überhaupt inszeniert haben, propagieren ja bereits ihre nächsten Ziele, versteht ihr?

Wenn wir also kein NEIN in die Urne legen, können wir schon einmal unsere Geldbeutel zumindest bereitlegen, denn genau solchen Nachfolgeprojekten wären dann Tür und Tor geöffnet wie etwa diese, ja?! Benzin könnte schon bald jede Familie zusätzliche 500 Franken pro Jahr kosten, Heizöl pro Jahr etwa 2.200 Franken pro Haushalt und Jahr. Die bereits von Sommaruga ausgearbeitete Straßenbenutzungsgebühr soll uns dann 1.000 Franken pro 10.000 km kosten. Rechnet mal nach! Die Abgabe für die Nutzung von Atomstrom, der übrigens CO2 frei wäre, 500 Franken mehr im Jahr. Seht ihr, eine Solarstromverpflichtung könnte dazukommen, schon bald weitere 2.600 Franken pro Haushalt pro Jahr.

Auch Steuerabzüge für Kinder, die ja zunehmend als reine Energie-Verschleuderer stigmatisiert werden, dürfte es schon bald nicht mehr geben. Flugpreise können sich als Folge schon bald verdoppeln. Also können nur noch Reiche fliegen, heißt das. Bei alledem haben wir noch nicht einmal von dem geforderten Verbot von Benzinautos und Ölheizungen und dergleichen geredet, die wiederum eine Explosion von Mehrkosten zur Folge hätten. Das kann man gar nicht mehr nachrechnen, ja?! Es wird einfach wirklich schweineteuer.

Dasselbe begehren die Great-Reset-Profiteure übrigens via CO2-Gesetze in aller Welt, also nicht nur in der Schweiz. Wer aber sind diese Profiteure? Alles hier aufzuzählen würde den Rahmen sprengen, ginge zu weit. Aber die Schweizerzeit nennt auf Seite 3 Ross und Reiter einiger CO2-Profiteure.

Wer diesen Sonntag, 13. Juni, ein NEIN in die Urne legt, erteilt also gleichsam all solchen CO2-Geschwadern ein richtig scharfes Überflugverbot. Übrigens: Wer Top-Alternativen zur Mainstream-Presse sucht und weit mehr über hybride Kriegsführung usw., ihre Drahtzieher und dergleichen erfahren will: In der Expresszeitung und der Schweizerzeit findet ihr einfach alles - die Anschriften findet ihr unten im Sendungstext. So, das war's auch schon.

Ich bin Ivo Sasek und ich sage "Nein!" zum neuen CO2-Gesetz.<<

11.06.2021

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 11. Juni 2021: >>Die improvisierte Republik und ihre Krisen

Politisches Handeln im permanenten Katastrophenmodus: Der Verlust von Normalität prägt Regierende wie Regierte

Konstantin Fechter

Der Begriff der Krise, welcher nicht nur seit Monaten, sondern schon über Jahre hinweg als die treffendste Beschreibung der gesellschaftlichen Verhältnisse der Berliner Republik erscheint, wird instinktiv mit dem Theater der griechischen Antike verbunden. Er suggeriert eine Gefährlichkeit des Augenblicks, einen Moment am Scheidepunkt, der die dringende Notwendigkeit einer Entscheidungsherbeiführung in sich birgt.

In der Tragödie steht der Held vor der Wahl zwischen freiem Fall in die Katastrophe oder einer Wende im letzten Augenblick. Daran geknüpft ist das Versprechen, daß es einen Idealzustand vor der Erschütterung gab, zu dem eine Rückkehr durch Besinnung möglich sei. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier ließ daher jüngst in beschwichtigendem Tonfall vorlauten, es sei nun an der Zeit, "wieder Brücken zu bauen zwischen Menschen und Gruppen, die die Pandemie verfeindet hat".

So spricht jemand, der zur Tagesordnung übergehen möchte. Brücken zur Normalität benötigen jedoch Pfeiler auf einem tragfähigen Fundament. Als am 27. Januar 2020 der erste Covid-Infizierte Deutschlands festgestellt wurde, war dieses schon längst im Zuge einer tiefgreifenden sozialen Desorganisation abgetragen. Das Ende des Kalten Krieges und das Abhandkommen eines funktionellen äußeren Feindes führte in vielen Staaten zu einem Autoritätsverlust im Inneren mit einer sich ständig in ihrer Intensität steigenden Kette von politischen, sozioökonomischen und ethnischen Spannungsfällen.

Vor der Epidemie war es das ungelöste Migrationsproblem, davor der abgründige Finanzexzeß, welcher auf einen europapolitischen Legitimationsstreit folgte, der sich nach dem Kater der Wiedervereinigung ankündigte. Das Leben in der westlichen Hemisphäre wird nicht mehr sporadisch von eruptiven Ereignissen heimgesucht, sondern hat längst eine neuralgische Krisenkultur ausgeprägt. Die dieser innewohnenden Erfahrung des Verlustes und der Verlassenheit ist die Begleiterscheinung einer großen Auflösungstendenz, die eine Welt des Übergangs bestimmt, in der der Einzelne nur noch schwer seinen festen Stand findet.

Die parteiübergreifende Konzeptlosigkeit läßt sich als ein improvisiertes Handeln im permanenten Katastrophenmodus verstehen. In der Improvisation legt man das Zepter der Initiative aus der Hand und unterstellt alle Verhaltensweisen einem reaktiven Handlungsmuster. Es gleicht einem Seemann, der im Sturm seinen Kurs aufgibt und nur noch von Wellenkamm zu Wellenkamm denkt.

Wenn sich Politik jedoch von der Berechnung des Möglichen auf die Lebenserhaltungsmaßnahmen eines Ordnungssystems reduziert, gilt, was schon Balzac wußte: "Es gibt keine Prinzipien, es gibt nur Ereignisse, es gibt keine Gesetze, es gibt nur Umstände."

Dort wo keine Verbindlichkeit mehr herrscht, sanktioniert sich die skrupellose Argumentation der Notwendigkeit selbst. Der einzelne Regelbruch wird bedeutungslos und sogleich im darauffolgenden vergessen. Er untersteht der Logik des Süchtigen, welche in jedem neuen Rückfall nur ein allerletztes Mal erblicken will. Derweil dominieren jedoch Überraschung und Hysterie, wenn Strategie und seismographisches Gefahrenbewußtsein durch das illusionäre Wunschdenken auf unverhoffte Besserung ausgetauscht werden.

Im Politikstil des panischen Moments ersetzt das Fahren auf Sicht ein durchdachtes Vorgehen, die Absicherung der persönlichen Stellung den Dienst für das Gemeinwohl. Der dauerpräseente Notfall legitimiert mit apokalyptischer Rhetorik ein alternativloses Durchregieren ohne Maß und Verstand. In der Betriebshektik des Improvisationsregimes wird die Unabhängigkeit von staatlichen Institutionen der Dramaturgie des Ausnahmezustands geopfert, zur Drohkulisse umfunktioniert und systematisch für die Durchsetzung einer Stegreifstaatsführung instrumentalisiert.

Wird die Krise zur Gewohnheit, hat das Auswirkungen auf Regierende wie Regierte. Ein Unbehagen, resultierend aus dem Empfinden, in eine Phase erhöhter Fragilität getreten zu sein, macht sich breit und nagt am notwendigen Einvernehmen zwischen Anführern und Geführten. Der Verlust von Zustimmung aufgrund der eklatanten Führungsschwäche wird durch eine forcierte Angstpolitik kompensiert.

Die neurotisierte Bürgerschaft gerät in eine chronische Dauererregung, die durch die mediale Beschallung staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteure aufrechterhalten wird. Die Liste an vermeintlichen Verfassungsfeinden, Wahrheitsleugnern und Klimaignoranten wächst so stetig an. Das Verdikt der Panikmasse ist eindeutig und schnell gefällt: Wer widerspricht, dem ist nicht zu trauen. Je stärker der Kontrollverlust, desto strenger und schriller werden die Disziplinierungsrituale.

Furcht und Unsicherheit dienen jedoch nicht als Grundlage einer Staatsräson, sondern deformieren die Psyche der Bevölkerung. Gereiztes Mißtrauen gegenüber den Verantwortlichen wie auch den Mitbürgern prägt das Beziehungsgeflecht eines multiethnischen Sozialwesens ohne Gebrauchsanweisung. Wirklichkeit, Schein und Lüge geraten in ein immer uneindeutigeres Verhältnis. Indem keine nennenswerte Bindung zwischen Regierungsverantwortlichen und den verschiedenen partikularistischen Lagern mehr existiert, entsteht im postnationalen Flickenteppich eine bunte Lebensrealität, die wenig Beißhemmung kennt, dafür aber Lust auf Verdächtigung und Entsolidarisierung spürt.

Mit dem Ende des Corona-Konflikts wird nur eine partielle Stabilität zurückkehren. In vielen Teilen der Bevölkerung wachsen antagonistische Narrative, die voneinander separierte Wirklichkeitsverständnisse formen und ihre Träger vollständig gegenüber Dialog und objektiver Faktenüberprüfung immunisieren. Der lagerübergreifende Austausch beläuft sich nur noch auf ein Signalisieren gegenseitiger Verständnislosigkeit und Abneigung. Im Zorn und Ressentiment der Grabengesellschaft geraten auch sinnvolle Regierungsvorhaben schnell in den Verfall, eine weitere kontrollierende Herrschaftstechnik zu sein.

Wenn selbst die Leitpolitik nicht viel mehr als ein improvisiertes Gemeinwesen verkörpern kann, das sich von Erschütterung zu Erschütterung zu retten versucht, dann schlägt die Stunde der Meinungsfänger, die hohle Versprechen als festen Halt verkaufen können. Je mehr die weltanschauliche Verankerung durch religiöse, soziale und kulturelle Milieus schwindet, desto auffälliger wird die Bereitschaft, sich provisorischen Sozialkollektiven anzuschließen. Diese Krisenkulte sprießen in immer kürzeren Abständen aus dem Nichts, sammeln eine fanatisierte Anhängerschaft um dubiose Führerfiguren, erzeugen mächtig Lärm und Krawall, nur um ebenso schnell wieder zu verschwinden.

Unabhängig von ihrer politischen Ausrichtung schwanken die Demonstrationzüge auf deutschen Straßen zwischen berechtigter Empörung, offener Verzweiflung, Lust auf Entgleisung

und unverhohlenem Wahn. Politische Artikulation weicht dem Hoffen auf ein gemeinschaftliches Erweckungserlebnis und der Sehnsucht nach überindividueller Ordnungsanbindung. In der "Konvergenz der Katastrophen" (Guillaume Faye) werden die Verunsicherten so von den Sirengesängen der selbsternannten Welterklärer und Politgurus gelockt.

Indem sich die gewählten Improvisationskünstler von der Komplexität supranationaler Machtstrukturen überfordert erweisen, profitieren jene davon, die diesen Führungsverlust durch sinistre Geheimpläne zu erklären versuchen. Der Verschwörungsverdacht wird zum individuell zugeschnittenen Glaubensangebot, bei dem für jeden eine passende Weltdeutung vorhanden zu sein scheint.

Der Scholastiker Wilhelm von Ockham erkannte schon vor siebenhundert Jahren in seinem heuristischen Sparsamkeitsprinzip, daß eine Erklärung dann überzeugt, wenn sie über wenig Variablen und Hypothesen verfügt. Politisches Versagen muß nicht immer einen doppelten Boden beinhalten, sondern kann lediglich das Produkt einer tragischen Verknüpfung von Verblendung, Willenlosigkeit und Opportunismus sein. Die Suche nach den grauen Eminenzen und verborgenen Weltenlenkern erzwingt dort die Schimäre der Kausalität, wo sich historische Tendenzen längst selbst verstärken.

Die deutschen Bürger haben etwas Besseres als politische Improvisation und soziale Flüchtigkeit verdient. Eine Opposition, die diesem Wiederverortungsauftrag gerecht werden möchte, muß jedoch dem Prinzip der Wirklichkeit unterstehen. Jenseits einer naiven Wissenschaftshörigkeit sollte sie mit nüchternem Blick sezieren, wo systematisch Lügen gestreut werden oder nur eine Verkettung widriger Umstände vorliegt. Dafür benötigt es die schonungslose Lagefeststellung ohne ideologische Scheuklappen.

Ihr täte es gut, das vielfache Scheitern der Merkel-Regierung als eine Politik der Kopflosigkeit zu enttarnen und nicht in den Chor derer einzustimmen, die Globalismus, Impfstrategie und Klimawandel zu mythischen Fabelwesen aufblähen. Eine realpolitische Haltung der Verantwortung mit Sinn für das Konkrete anstelle von diffuser Systemskepsis - das wäre ein tragfähiger Brückenschlag in diesen aufgeregten Zeiten.

Konstantin Fechter veröffentlichte im Kulturteil zuletzt die Essays "Cromwells Schädel" über Empörungsrituale und Löschkultur (20/21) sowie "Unter der Maske (JF 15/21) über Verbitterungen, die in die innere Emigration führen.<<

17.06.2021

BRD: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 17. Juni 2021 (x1.080/...): >>Falsches COVID-Narrativ von Fauci: Ein Mikro-Kosmos von Klima-Lügen

Peter Murphy

Dr. Anthony Fauci hat einen schlimmen Monat hinter sich.

Stunden nach seinen fünfzehn Minuten Ruhm hat sich der onkelhafte Dr. Fauci als unehrlich und selbstsüchtig in Bezug auf die Coronavirus-Pandemie erwiesen, nachdem er 18 Monate lang der Liebling der nationalen Medien war. Seine kumulativen Widersprüche und Wahrheitsverfälschungen, insbesondere über die Ursache des globalen Covid-Ausbruchs, sind zu offensichtlich und beunruhigend, um sie zu ignorieren.

Dr. Faucis feige Vertuschung der Ursprünge der Covid-19-Pandemie sind eine Fortsetzung einer langen Tradition von Regierungslügen - sowohl von Politikern als auch von Bürokraten mit Lebenserfahrung. Darüber hinaus ist seine Ausflucht ein Mikrokosmos der fortlaufenden, von der Regierung sanktionierten Fehlinformation und Verzerrung über den Klimawandel als eine Möglichkeit, kostspielige, ideologische Green New Deal-Politik zum Nachteil der Amerikaner zu rechtfertigen und umzusetzen.

Die kürzliche Veröffentlichung von Dr. Faucis E-Mail-Kommunikation von Anfang 2020, zu Beginn der Pandemie, enthüllte, daß er erfuhr, daß das Coronavirus höchstwahrscheinlich

vom virologischen Labor in Wuhan, China, ausging. Dennoch wies er diese Möglichkeit öffentlich zurück und verwies statt dessen auf chinesische Naßmärkte und Fledermäuse, während er die falsche Propaganda der kommunistischen chinesischen Regierung glaubhaft akzeptierte.

Es wurde auch aufgedeckt, daß die von Dr. Fauci geleitete Bundesbehörde, das National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID), gefährliche "Funktionsgewinn-Forschung" an Viren finanzierte, auch im Labor in Wuhan. Dr. Fauci hat diese Enthüllung in betrügerischer Weise heruntergespielt. Die Rolle des NIAID zeigt, warum er den Fokus weg vom Wuhan-Labor verschob und seinen damaligen obersten Chef, den Präsidenten der Vereinigten Staaten, unterminierte, der dieses Labor als schuldig für die Entfesselung des Coronavirus bezeichnete.

Eine solche Perfidie von Fauci und sein Verschweigen relevanter Fakten über die schlimmste öffentliche Gesundheitskrise der letzten 100 Jahre wäre ein großer Skandal, wären da nicht die nachgiebigen, kriecherischen Medienpersönlichkeiten, die sich immer noch in ihrer Berühmtheit sonnen.

Es geht hier nicht darum, Dr. Faucis Verlogenheit wiederzukäuen, die von anderen eindrucksvoll detailliert beschrieben wird. Vielmehr geht es darum, aufzuzeigen, daß ein solches Verhalten nichts Neues ist und in anderen Themenbereichen, über die die Regierung bestimmt, bereits stattgefunden hat.

In den 1960er Jahren wurde den Amerikanern erzählt, daß die USA den Vietnamkrieg gewinnen würden, doch Präsident Lyndon Johnson, Verteidigungsminister Robert McNamara und viele andere Beamte, die dieses Narrativ verbreiteten, wußten, daß das Gegenteil der Fall war. Die Veröffentlichung der "Pentagon Papers" entlarvte ihre Lügen über den Krieg, noch während sie Zehntausende von amerikanischen Soldaten einberiefen und in den Kampf und den Tod für eine verlorene Sache schickten.

Die zügellose Verzerrung über Covid durch den Regierungs-Medien-Tech-Komplex geht mehr als ein Jahr zurück. Der Schaden ist zwar ernst, aber nur vorübergehend. Während sich das Virus verflüchtigt, fallen die wirtschaftlichen Einschränkungen weg und mehr Menschen kehren zur Schule und zur Arbeit zurück. Das gleiche Ausweichen auf Klimafragen, nämlich die globale Erwärmung, geht Jahrzehnte zurück und hat einen Fieberpegel erreicht, so daß die Biden-Regierung versucht, das Land mit ... Covid-ähnlichen wirtschaftlichen und energetischen Einschränkungen dauerhaft zu verändern.

Die heutigen Covid- und Klimälügen, auch über angebliche "Wissenschaft und Daten", sind allgegenwärtig, weil sie ermächtigend sind; das heißt, sie ermöglichen es den Politikern, in die Wirtschaft einzugreifen, Billionen von Dollar auszugeben und die Gesellschaft in einer Weise zu ordnen, wie es sie in der Neuzeit noch nie gegeben hat. Doch das Ausmaß, die Geschichte und die Auswirkungen des Klimawandels rechtfertigen nicht, daß Präsident Biden und Konsorten die Öl- und Gasindustrie zerstören, Billionen von Dollar in gedrucktem Geld ausgeben, das wir nicht haben, und der riesigen privaten Finanzindustrie befehlen, in "grüne Projekte" zu investieren.

Politiker und Bürokraten wie Dr. Fauci setzen das falsche Narrativ auf Covid auch, um ihre Industrie und Finanzierung zu schützen. In ähnlicher Weise werden die Klimälügen erzählt, um diese Industrie mit anhaltender staatlicher und philanthropischer Unterstützung zu bereichern.

Den Klimawandel als existentielle planetarische Bedrohung zu bezeichnen und zu versuchen, null Netto-Emissionen zu erreichen, ohne die Notwendigkeit beweisen zu müssen, bedeutet, die massive Kontrolle der Regierung über die individuelle Freiheit und den privaten Sektor zu sichern. Die daraus resultierende Politik wird unsere Möglichkeiten zu reisen beeinflussen, wo wir arbeiten können, was unsere Kinder in der Schule gelehrt werden, was wir essen können,

die Art der Energie, die wir verbrauchen und wie viel, und schließlich, ob die Amerikaner ein First Amendment Recht zu hinterfragen oder gegen diese Transformation des Landes erlaubt sein wird.

Damit dies nicht "alarmistisch" bezüglich der Klima-Agenda erscheint, eine Erinnerung an Covid-19. Jeder, der das vorherrschende bürokratische und mediale Narrativ über die Pandemie in Frage stellte, einschließlich gutgläubiger Wissenschaftler und Ärzte, wurde als "Verschwörungstheoretiker" und Schlimmeres angegriffen und wurde von den Tech-Giganten der sozialen Medien daran gehindert, ihre Forschungsergebnisse bekannt zu machen. Doch die Skeptiker haben sich als richtig liegend erwiesen, was den Ursprung des Virus, Behandlungen, das Tragen von Masken und vieles andere angeht.

Unwahrheiten über Covid und Klimafragen werden aufrechterhalten, weil so wenige in den Medien ihre Behauptungen hinterfragen. Es werden mehr Stimmen benötigt, um die Worte und Handlungen der Regierung, ihrer Politiker, verschanzten Bürokraten und Interessengruppen zu hinterfragen, von denen so viele Daten manipuliert und die Wissenschaft ignoriert haben, um ihre politische Agenda voranzutreiben.

Wenn Regierungsbeamte jahrelang über einen Krieg, eine Pandemie und so vieles andere lügen können, werden sie das auch beim Klima tun, um das Energie- und Wirtschaftssystem des Landes zum Schlechten zu "transformieren". ...<<

18.06.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19027" berichtet am 18. Juni 2021 (x1.049/...): >>Weltpolitik im Licht des Sektenspiegels

Von Ivo Sasek

Hier wird einmal die gegenwärtige Weltpolitik im Lichte eines Sektenspiegels bemessen. Wie sehr eine Institution Sekte ist, hängt nämlich nicht davon ab, wie gross oder aktiv sie ist, sondern wie sehr sie das große Ganze für eigennützige Interessen mißbraucht. Selbst ein Staat kann daher zur Sekte werden, wenn er sich selber über das Gemeinwohl erhebt. Der "Great Reset" tritt in den Fokus. Eine krasse Fülle von TOP INFOS zum "Great Reset" findet ihr in der EXPRESS ZEITUNG 40/Juni 21. Eine Pflichtlektüre!

Heute bemessen wir einmal die gegenwärtige Weltpolitik im Lichte eines Sektenspiegels: Sekten unterstehen Führungspersönlichkeiten, deren Aussagen nicht hinterfragbar sind.

Sekten sorgen für Regulation vieler Bereiche des Lebens.

Sekten haben einen Kontrollmechanismus zur Überwachung des Verhaltens der einzelnen Mitglieder.

Schwab manipuliert nämlich wirklich in fanatischer, fanatisierender Art auch gerade eine Art kontrollierten Zusammenbruch des gesamten alten Wirtschaftssystems der ganzen Welt! ... Weil sie dadurch zur garantierten, alleinigen Macht gelangen können, sprich zu ihrer ganz persönlichen kleinen Weltdiktatur.

Ich sage darum: Great Reset, ja - aber nicht mit uns! Höchstens mit jenen elitären Wirtschaftskreisen, die mit sektiererischem Kalkül gerade den großen Rest der Welt gezielt zu ihren Wirtschaftssklaven erniedrigen wollen. ...

Denn schon seit Jahrzehnten ist es zur gängigen Praxis geworden, allerlei Aktivisten und ihre Bewegungen in aller Öffentlichkeit nach festgelegten Sektenkriterien zu bewerten - und zwar zunehmend einerlei, ob es sich gerade um eine religiöse, um eine politische, eine wirtschaftliche, wissenschaftliche oder sonstige Querdenkerbewegung handelt.

Wer immer zu viel Einfluß gewinnt, verfällt den Sekten-Beurteilungskriterien. So läuft das heute. Diese entstammen wiederum der Sekten-Informationsstelle oder verschiedenen Informationsstellen, wie etwa der schweizerischen infoSekta, der deutschen Sekteninfo, der österreichischen "Bundesstelle für Sektenfragen" usw.

Wir fragen: Was ist überhaupt eine Sekte? Der Terminus Sekte stammt ja von Sektor. Das

Wesen einer Sekte bezeichnet somit primär eine Gruppe, die sich selber oder andere von einem großen Gesamten oder Ganzen ausgrenzt. Wir fragen nun, ob diejenigen, die gerade die ganze Welt herumkommandieren, sich überhaupt selber noch im Rahmen unserer menschlichen Gesamtheit ... bewegen oder ob sie sich vielleicht selber sektenhaft von uns allen ausgegrenzt haben.

Bevor wir dies aber tun, hier zunächst einmal acht ganz typische Sektenmerkmale im Überblick:

- 1) Sekten unterstehen Führungspersönlichkeiten, deren Aussagen nicht hinterfragbar sind und denen allenfalls sogar Verehrung zukommt
- 2) Sekten sorgen für Regulation vieler Bereiche des Lebens
- 3) Sekten haben einen (institutionalisierten oder informellen) Kontrollmechanismus zur Überwachung des Verhaltens der einzelnen Mitglieder
- 4) Sekten haben Elitebewußtsein, was ihre eigene Organisation betrifft
- 5) Sekten sorgen für eine Innen-Außen-Spaltung mit Abwertung der Außenwelt, ebenso für eine systematische Abwertung des bisherigen Lebens
- 6) In Sekten herrscht Endogamie, d.h. ein Verbot oder die Ächtung von Herzensbeziehungen zu Außenstehenden
- 7) Eine Sekte sorgt für eine hohe zeitliche Inanspruchnahme ihrer Mitglieder
- 8) Eine Sekte sorgt auch für eine weitgehende Indienstnahme der finanziellen Ressourcen ihrer Mitglieder u.a.m.

Fakt ist, daß wir in einer Welt leben, in der alle zunehmend drangsaliert und verfolgt werden, die öffentliche Diskurse, sprich Fachgespräche, einfordern, so etwa über die aktuell äußerst fragwürdige Corona-Politik, oder über die einseitige Berichterstattung ganz offenkundig gleichgeschalteter Mainstream-Medien, oder über diverse physikalische Unmöglichkeiten, die unsere Welt nachhaltig verschlechtern haben - wie etwa bei 9/11, wo 120.000 t Beton durch ein paar Kerosintanks pulverisiert worden sind; wo drei Wolkenkratzer durch nur zwei Flugzeuge im freien Fall zu Staub geworden sind, um nur gerade diese zwei berühmten Beispiele zu nennen.

Wer immer auf öffentliche Diskurse mit unabhängigen Fachleuten bestand, erlebte auf der Stelle die Hölle; ja noch mehr: Wer sich auch nur schon im Ansatz gleich selber an Gesprächen, Entwicklungen beteiligen wollte. Bis dato wird es immer schlimmer.

Wer sich nicht von vornherein unter die globalistisch vorgegebenen Sichtweisen beugt, sprich, wer nicht ins gleiche Horn der weltpolitisch vorgegebenen Korrektheit bläst, erfährt gerade gnadenlose und brutale Ausgrenzung.

Und dies selbst bei leisesten Andeutungen auf undiskutabel physikalische Unmöglichkeiten.

Eine verborgene graue Eminenz kontrolliert gerade weltweit Zehntausende fragende und diskurshungrige Erdenbürger, indem sie diese gnadenlos ausgrenzt, herabsetzt, lächerlich macht, diskriminiert, verleumdet, inkriminiert, ja, zunehmend auch blockiert in den Medien und im Internet löscht, sie verfolgt und bestraft.

Nicht hinterfragen dürfen und von der Gesamtgestaltung ausgegrenzt werden, sind aber typische erste Sektenmerkmale. Während auf der einen Seite alle nach öffentlichem Gespräch Dürstenden postwendend als Querulanten, als Fake-Newser, Corona-Leugner, Nazis, Antisemiten und dergleichen stigmatisiert werden, fällt auf der anderen Seite allen gewollten Führungspersönlichkeiten regelrecht Verehrung zu - man denke nur einmal an Bill Gates, Drost, Wieler und Co., oder an George Soros, Klaus Schwab und dergleichen. Auch diese einseitige Verehrung ist gemäß Sektenspiegel ein weiteres klares Sektenmerkmal.

Wer die Worte oder Werke irgendeines vom Mainstream Hochgejubelten hinterfragt, blitzt auf der Stelle ab:

- Zahllos vergebliche Petitionen mit Millionen Bittstellern beweisen es, daß man deren Favo-

ritten nicht hinterfragen darf - also genau wie in einer Sekte.

- Hunderte oder tausende Demos in aller Welt beweisen dasselbe.

- Zahllose offene Briefe durch höchstrangige Persönlichkeiten und Verbände beweisen es. Denn alles war vergebliche Liebesmühe - wie einer Sekte gegenüber!

- Nur eine komplett befangene politische Seilschaft, ein Terrorregime oder eine gemeingefährliche Sekte könnte so massenhafte Warnungen ungezählter Vereinigungen einfach kalt in den Wind schlagen, ebenso all die lauten Aufschreie 10.000er Ärzte, Psychologen, tausender Ärzterverbände, oder Warnrufe größter Wissenschaftsverbände, Rechtsanwaltsverbände und dergleichen - denn all deren Warnungen verpuffen im Nichts!

- Selbst Tausende von Strafanzeigen - keine öffentlichen Reaktionen!

- Und die systemhörigen Medien schweigen - verweigern immer dreister jeglichen öffentlichen Diskurs - so kennen wir es schon längst! Das Sektenkriterium Nummer 1 darf somit, schon allein mit diesen wenigen Hinweisen - es gäbe noch unzählige davon - als eindeutig erfüllt angesehen werden!

Bevor wir aber den Maßstab der übrigen 7 Sektenkriterien an die gegenwärtige Weltpolitik anlegen, fragen wir uns: Wo zeigt sich denn eine diesbezüglich sichtbare Gestalt? Jede Sekte hat doch irgendwo eine sich manifestierende Führungsspitze und eine sich manifestierende Körperschaft oder einen sich bemerkbar machenden pyramidalen Aufbau. So genau ist es. Im Falle dieser - ich wittere hier eine Weltwirtschaftssekte - muß allerdings festgestellt werden, daß sich ihre alleroberste Machtspitze geschickt bedeckt hält. Ich nenne das, was über der Spitze ist, eine "bedeckte graue Eminenz".

Wenngleich ich im Weiteren, um einer leicht verständlichen Übersicht willen, nur gerade eine 7-teilige, pyramidale Struktur skizziere, bleibt diese natürlich ziemlich ergänzungsbedürftig.

Das reale Konstrukt gleicht viel eher einem komplizierten neuronalen Netz, wo sich die meisten Beteiligten selbst gegenseitig nicht kennen, weil jeder bloß ein winziges Fragment des gesamten Konstrukts mitbekommt.

Für den Einstieg aber können wir uns ohne Beschwer mit jenen Institutionen begnügen, die sich insbesondere seit Corona deutlich zeigen. Nie zuvor wurden nämlich befremdliche weltweite Strukturen deutlicher sichtbar wie gerade jetzt.

Zieht man also an diesem sich zeigenden "roten Faden", gelangt man irgendwann ganz von allein auch zu der noch unsichtbaren "grauen Eminenz" dieser sektenhaften Pyramide. Markieren wir also zuerst einmal nur die Spitze der Pyramide und fragen uns: Wo zeigen sich sichtbare Führer, die nicht zur gewählten staatlichen Ganzheit gehören, sich aber als Sektoren, sprich Sektierer, über staatliche Gesamtheiten hinaus erheben?

Fündig wurde ich zum Beispiel beim WEF, sprich bei dem Welt-Wirtschafts-Forum, das jährlich bei uns in der Schweiz tagt. Nehmen wir das WEF daher einmal als deutlich sichtbar gewordenen Kopf der Pyramide!

Das WEF hat nämlich null und nichts mit unserer vom Volk gewählten Staatsmacht oder Regierungsordnung zu tun. Das WEF ist eine durch nichts legitimierte, milliardenschwere, private Stiftung. Sie wimmelt nur so von Freimaurern und Geheimbündlern. Darum sündigt man sicher nicht, wenn man den öffentlich zugänglichen Part des WEF als eine bloße Tarnung verdächtigt. Bei Geheimbündlern werden immer erst hinter verschlossenen Türen die eigentlichen großen und vor allem entscheidenden Dinge beschlossen. Und genau solche geheimen Absprachen finden unter diesen Menschen massenhaft statt.

Eigentlich dient das WEF bloß als globales Sammelbecken für Großkonzerne und als Plattform zur Umsetzung der Agenda der neuen Weltordnung, kurz NWO. Es ist längst bekannt, daß auch die Geheimbündler der Bilderberger oder des CFR (Council on Foreign Relations), also des Rates für Auslandsbeziehungen, sich dort tummeln. Diese üben einen enormen Einfluß aus und halten ihre Fäden, bis hinein in die Nationalstaaten, zu Schlüsselpersonen und

Entscheidungsträgern gespannt. Dieser geheime Privatsektor konnte für die Öffentlichkeit lange Zeit unentdeckt eine Art Schattenregierung aufrichten - für einen Großteil der Bevölkerung ist dies nach wie vor unsichtbar, leider.

Doch seit Corona zeigt sich diese Sekte eindeutig als "Schaltstelle weltweiter Macht". Es geht um eine Machtstruktur. Dort tummeln sich Freimaurer, Großverdiener und Lenker der Neuen Weltordnung.

Das WEF hat, wie schon erwähnt, die Aufgabe all das zusammen - und die Agenda der NWO weltweit mit Hilfe der Großkonzerne global umzusetzen. Die gesamte Konzernelite ist beim WEF konzentriert zusammengeschlossen - darunter auch zentrale Pharmafirmen, die während Corona eine wesentliche Schlüsselrolle innehaben.

Nicht erstaunlich, daß dann auch die WEF-Finzen gemäß Wikipedia völlig undurchsichtig gestaltet sind. Seht ihr, und obgleich das WEF keine öffentliche Einrichtung ist, dominiert es dennoch ganz eindeutig die gesamte Weltpolitik, und zwar erheblich.

Dennoch scheint mir, wie eingangs erwähnt, daß das Weltwirtschaftsforum von nochmals einflußreicheren Hintergrundmächten in den Vordergrund geschoben worden zu sein. Starkes Indiz hierfür liefert übrigens der Gründer des Weltwirtschaftsforums, Klaus Schwab, gleich selbst.

Wie auch so mancher junge Senkrechtstarter jüngster Staatspolitik war auch Klaus Schwab dem Durchschnittsbürger bis vor kurzem noch völlig unbekannt. Und sein schneller Aufstieg zum "privaten Weltenlenker", sag ich mal, zeugt derart unmißverständlich von einer verborgenen Hintergrundmacht, daß ich das ganze WEF unausweichlich als eine private Weltwirtschaftssekte wahrnehmen muß, und zwar eine, die erfolgreich in die Weltpolitik installiert wurde. Denn Schwab schüttelt ja dort in Davos Hände wie etwa diejenige von Merkel, von Sebastian Kurz, Donald Trump oder gar Chinas Präsident Xi Jinping und dergleichen, also alle möglichen Größen. Dennoch gehören schon den obersten Führern dieser sichtbaren Schicht bereits größte Konzerne der Welt.

Diese ihre privaten Konzerne konnten sie aber geschickt mit staatlichen Stellen verbandeln, so daß sie auf diesem Weg unser Geld einstreichen und unsere gesamte Zukunft diktieren und beherrschen können. Das ist das Problem, das wir haben.

Geringe hingegen, sprich minderbemittelte Leute finden beim WEF keinen Zugang, unmöglich, noch nicht einmal kleine oder mittelgroße Betriebe können das: Ein typisches WEF-Mitglied ist laut Wikipedia, ich zitiere, "ein globales Unternehmen, das jährlich einen Mindestumsatz von über 5 Milliarden US-Dollar erzielt".

Seht ihr, was da läuft?!

Ich bezeichne sie daher als eine ausbeuterische private Weltwirtschaftssekte, die alle Staatsführer auf Abwege verleiten, so daß diese nicht mehr dem Gesamtwohle dienen, sondern primär dem Profit dieser Sekte, dieser Wirtschaftssekte.

Um so tragischer, daß sich alle Schweizer Kantone mit unseren Steuergeldern auch noch an den WEF-Sicherheitskosten beteiligen müssen - das waren übrigens 2020 gerade mal mindestens 45 Millionen Schweizer Franken. Nur Sicherheitskosten! Versteht ihr?

Das WEF selbst übernimmt dabei nur gerade einen kleinen Teil, obgleich sich diese Multimilliardäre dort nur treffen, um ihr Privatvermögen um weitere Milliarden zu erhöhen, und das jährlich! Versteht das!

Und wie man sich dann wieder um möglichst viele Steuern herumdrückt, weiß niemand besser als genau diese WEF-Clique.

Und überdies zimmert diese Weltwirtschaftssekte schon seit geraumer Zeit an einer neuen Art des Konzern-Sozialismus, so muß man das nennen, sprich an einer Art Konzern-Diktatur. Ein Teilziel dieser Eindringlinge ist das-Hand-in-Hand-Gehen von wirtschaftlicher und staatlicher Monopolisierung. Sowohl Regierungen als auch Unternehmen begehren diese neue Art der

Synergie, weil sie dadurch zur garantierten alleinigen Macht gelangen können, sprich zu ihrer ganz persönlichen kleinen Weltmacht.

Unter dieser politisierenden Wirtschaftssekte verschmelzen also gerade nicht nur Konzerne mit Konzernen, sondern zunehmend private Konzerne mit unseren staatlichen Strukturen.

Darin liegt das Problem. Die Millionen-Kosten wälzen sie auf uns Steuerzahler ab, mit Vorliebe, die Milliarden-Gewinne hingegen beanspruchen sie ganz gerne für sich allein. Und wer immer auch zur leisesten Kritik anhebt, zum Beispiel, weil die Staaten diesen privaten Unternehmen gerade dutzende, wenn nicht gar hunderte Milliarden von Dollar für äußerst fragwürdige Impfstoffe in den Rachen schieben, gerät in ein gnadenloses Kreuzfeuer öffentlicher Kritik, der medialen Ächtung, der Inkriminierung usw.

"Operation Corona" läßt hier grüßen!

Nach außen hin präsentiert sich das WEF - dreister geht's ja gar nicht - mit diversen Videos, die der Weltbevölkerung den Umsturz der alten Weltordnung schmackhaft machen oder sollen zumindest. Nach harscher Kritik haben sie einige dieser Videos schnell wieder gelöscht. Sie haben darin nämlich regelrecht die Verarmung der Völker verherrlicht, stell Dir mal so etwas vor, unser aller Total-Enteignung als begeisterndes Ereignis präsentiert, versteht ihr, unsere Entrechtung als begehrenswert, gleichsam modern ausgeschmückt, gleichsam einem Blumenstrauß voller vermeintlich frohmachender Neuerungen. So präsentieren sie das.

Und die Frage "Wie sieht die Arbeit der Zukunft aus?", beantworteten sie einfach zum Beispiel mit einer anderen Frage, wie z.B.: "Was ist der Great Reset?" oder: "Was wäre, wenn Wissenschaftler die neuen Chefs wären?"

Also kurzum: Das Weltwirtschaftsforum ist eine internationale Organisation für "öffentlich-private Zusammenarbeit", so heißt es auf der Webseite des WEF ganz unverblümt.

Öffentlich-Private Partnerschaften, auf Englisch Public Private Partnership (also PPP abgekürzt), bedeutet aber nichts Anderes als Korporatismus, das müssen wir verstehen! Also sprich Beteiligung von gesellschaftlichen Gruppen an politischen Entscheidungsprozessen. Jetzt müßt ihr aber aufpassen! Sämtliche Signale widersprechen doch gerade der Darstellung, daß es sich lediglich um eine gesellschaftliche Gruppe handelt, die sich irgendwie an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt. Versteht ihr?

Schon die ersten Sektenmerkmale haben doch signalisiert bzw. signalisieren:

Hier hat sich doch eine Pharma- und Wirtschaftssekte samt ihren Massenmedien in die Welt-politik eingemischt, ja, regelrecht eingefressen!

2) Sekten sorgen für Regulation vieler Bereiche des Lebens

Seht ihr, vom WEF gehen gerade knallharte und überdies weltweite Orders über sämtliche Bereiche unseres Lebens aus, womit ein 2. Kriterium erfüllt wäre. Sehen wir uns einmal zwei Beispiele an:

Schon in der Einleitung zu seinem Buch "Covid-19: The Great Reset" läßt WEF-Gründer Klaus Schwab den Leser unmißverständlich wissen, worum es ihm geht, und ich zitiere einmal:

"Viele von uns fragen sich, wann sich die Dinge wieder normalisieren werden. Die kurze Antwort lautet: niemals! Nichts wird jemals wieder so sein wie zuvor. Die Normalität in dem Sinne, wie wir sie kannten, ist zu Bruch gegangen und die Corona-Virus-Pandemie stellt einen grundlegenden Wendepunkt auf unserem globalen Kurs dar. Einige Analysten sprechen von einem Scheideweg, andere von einer tiefen Krise "biblischen" Ausmaßes, das Ereignis ist jedoch gleich: Die Welt, wie wir sie in den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, gibt es nicht mehr, sie hat sich im Kontext der Pandemie aufgelöst. Es kommen derart radikale Veränderungen auf uns zu, daß manche Experten bereits von der Zeit "vor Corona" (BC) und "nach Corona" (AC) sprechen."

Zitat Ende. Was kommt diesem Mann in den Sinn, solche Töne anzuschlagen?! Versteht ihr?

Also, nun, wenn das nicht die Offenbarung eines 2. Sektenkriteriums ist! Wie haben wir gelesen? "Sekten sorgen für Regulationen vieler Bereiche des Lebens." Wer's nicht glaubt, unten in den Quellangaben könnt ihr es nachlesen.

Ein zweites Beispiel aus dem WEF ist die dort angepriesene "intelligente Maske". In einem WEF-Video vom Februar 2021 heißt es: "Diese intelligente Gesichtsmaske sagt dir, wann du sie waschen mußt. Ob du sie richtig trägst oder nicht. Sie mißt deine Atemrate." Versteht ihr? Aber hier ist überhaupt nichts Intelligentes dran, weil die Masken-Diktatoren uns ja von allem Anfang an deutlich gesagt haben, daß Masken ja überhaupt nichts nützen, versteht ihr? Die Tatsache, daß es sich bei Covid-19 unter dem Strich um eine leichte bis mittelschwere Grippeart handelt, beweist, daß wir zu keinem Zeitpunkt überhaupt Masken benötigt hätten. So steht es!

Aber auch Leute, die sie tragen wollen, werden sicher auch ohne elektronische Sensoren rechtzeitig imstande sein, diese Maske zu waschen und das korrekte Tragen auf die Reihe zu bekommen, versteht ihr? Das Gefühl drängt sich also auf, das WEF wolle den Zuschauer mit solchen Videos regelrecht verarschen oder verhöhnen.

Die gesamten Über-Regulierungen der letzten 18 Monate haben uns jedoch auf allen Ebenen klar und deutlich signalisiert, daß hier eine ganz krasse Sekte am Werk ist, nichts Anderes. Ihre Botschaft an die Welt heißt unter anderem: "Ihr alle seid einfach zu blöd, um auch nur schon eine Maske richtig aufsetzen zu können. Laß das mal lieber unsere teure, digitale Technik regeln." So kann man das interpretieren.

Also, wie lautete noch mal das 2. Sektenkriterium? Sekten sorgen für Regulation vieler Bereiche des Lebens.

Über welche sichtbaren Organe aber regulieren sie gerade viele Bereiche des Lebens? Hier ist die Antwort. Wir schalten mal ein 2. Element ein.

Hier sehen wir die WHO als an sich private, aber sehr mächtige Beraterin exekutiver Schaltstellen wie etwa der EU-Kommission, über die gerade die gesamte Welt reguliert wird, und zwar buchstäblich bis zu jedem kleinsten Händeschütteln und Schulterklopfen.

Hier wedelt wieder einmal der Schwanz mit dem Hund ... Obgleich die ständigen Covid-Orders durch die exekutive EU-Kommission an die Regierungen und so an die Gesundheitsminister etc. ergehen, entstammt die Regulierung letztlich doch der "unverbindlichen Empfehlung" einer Organisation WHO, die aber keinerlei Mandat zum Regieren besitzt. Versteht ihr das?

Ich brauche euch hier nicht beweisen, was ihr die letzten 1,5 Jahre alles an Regulierungen und Überregulierungen durchlitten habt. Die WHO gleicht also einem Lenkrad oder einem Zepter, könnte man auch sagen, das sich fest in der Hand eines weit über den Regierungen befindlichen Lenkers oder Beherrschers befindet. Daß die WHO natürlich von übermächtigen außerstaatlichen Kräften wie z.B. Bill Gates und Co. - sprich von Privatsektoren - nicht nur finanziert, sondern darüber hinaus auch noch gelenkt wird, haben wir in früheren Sendungen ausreichend kommuniziert.

Kommen wir nun aber zu einem 3. Sektenkriterium, das z.B. durch infoSekta seit Jahrzehnten ins Volksbewußtsein eingearbeitet wird.

3) Sekten haben einen (institutionalisierten oder informellen) Kontrollmechanismus zur Überwachung des Verhaltens der einzelnen Mitglieder

Die durch und durch Interessenskonflikte belastete WHO hat, zusammen mit Regierungen, die ihr regelrecht hörig sind, unsere Welt nachweislich ins Unglück gestürzt - und dies ohne ausreichend wissenschaftliche Beweise für solch drastische Corona-Maßnahmen, Lockdowns und dergleichen.

Unvergessen bleibt dabei allerdings, daß ein und dieselben Hauptakteure der Seuchenbekämpfung bereits im Oktober 2019 zusammengekommen waren, um den Ausbruch eines genau

solchen "Corona-Virus" zu simulieren - beim sogenannten Event 201. Das muß man immer wieder ins Gedächtnis rufen.

Mit an diesem Krisen-Szenario damals wirkte Bill Gates mit, den "DIE ZEIT" schon im April 2017 als heimlichen WHO-Chef entlarvt hatte. Ebenso mit dabei waren die UNO, die Johns-Hopkins-Universität und sogar China - vertreten durch einen Mann, der dann—bei dem ein paar Monate späteren sogenannten "realen" Ausbruch eine Schlüsselfigur spielte, versteht ihr. Und bis dato beherrschen genau diese Akteure, im Zusammenspiel mit Politik und Medien, die ganze Welt - und zwar in absolut totalitärer Manier - und erzwingen damit zahlreiche unterschiedliche finanzielle und geopolitische Ziele.

Ich frag mal: Wie zufällig kann es sein, daß ein und dieselben Leute, die heute via Corona-Krise die ganze Welt im Griff haben, exakt dieses Ereignis gerade mal 70 Tage vor Ausbruch zufällig fiktiv durchgespielt haben? Wie zufällig kann das sein?

Die Johns-Hopkins-Universität, von der vor Corona nahezu niemand Notiz nahm, wird heute bekanntlich von vielen Menschen als wichtigste Datenquelle zu Covid-19 herangezogen. Wie gesagt spielte genau diese Universität schon bei genannter Übung exakt diese Rolle als Bereitsteller einer Karte mit Corona-Fallzahlen. "Zufälligerweise" ist auch der mitherrschende Milliardär Michael Bloomberg, nebst Spitzen-Sponsor Bill Gates, ein wesentlicher Sponsor der Johns-Hopkins-Universität, und zwar ausgerechnet auf dem Gebiet der Gesundheit.

Also: WHO, UNO und ein Vertreter Chinas - ausgerechnet eine Schlüsselfigur des "realen Corona-Ausbruchs", des sogenannten, - saßen beim Event 201 mit am selben Tisch. Hernach ziehen sie dann alle zusammen an einem Strang, um der ganzen Welt nie dagewesene Freiheitseinschränkungen im Namen einer Pandemie-Krise regelrecht aufzuzwingen: Bill Gates, UNO, WHO, die Johns-Hopkins-Universität und natürlich China als "gleichsam neuer Standard bei der Reaktion auf Krankheitsausbrüche", wie WHO-Chef Tedros Adhanom Ghebreyesus es sagte. Ich zitiere ihn mal:

"Wie ich seit meiner Rückkehr aus Peking wiederholt gesagt habe, ist der chinesischen Regierung zu den außerordentlichen Maßnahmen zu gratulieren, die sie ergriffen hat, um den Ausbruch einzudämmen, trotz der schwerwiegenden sozialen und wirtschaftlichen Auswirkungen, die diese Maßnahmen auf das chinesische Volk haben." Zitat Ende. Bei diesen Worten ist es wichtig, sich zu erinnern, daß genau dieser Mann ursprünglich einer terroristischen marxistisch-leninistischen Volksbefreiungsfront angehört hat, eine, die enge Beziehungen zu Rot-China pflegt. Wir haben darüber ausreichend auf Kla.TV berichtet.

Unendlich mehr gäbe es natürlich zu jedem Punkt zu sagen, aber schon allein diese wenigen Fakten erfüllen das 3. Sektenkriterium: Sekten haben einen (institutionalisierten oder informellen) Kontrollmechanismus zur Überwachung des Verhaltens der einzelnen Mitglieder.

4) Sekten haben ein Elitebewußtsein, was ihre eigene Organisation betrifft

Das WEF und Klaus Schwab sind seit Jahrzehnten unbestritten daran beteiligt, die Welt wirtschaftlich und geopolitisch zu formen. So vielen Staatschefs, die die "Corona-Maßnahmen" anordneten, ihnen wurde in Davos jahrelang der rote Teppich ausgerollt.

Bei WEF-Treffen wurden und werden politische Inhalte sowohl diskutiert als auch kontrolliert, und nicht nur über diese Konferenzen nimmt das WEF Einfluß auf die nationale Politik. Mit seiner Kaderschmiede "Young-Global-Leaders-Programm" züchtet das WEF auch Führungskräfte auf der ganzen Welt heran und übt dann logischerweise auch einen dementsprechenden Einfluß auf diese aus.

Sekten haben ein Elitebewußtsein, was ihre Organisation betrifft, lehrt uns gerade Punkt 4.

Um nur gerade zwei Mitglieder dieser Programme aus Deutschlands Elitenschmiede zu nennen: die Kanzlerkandidatin der Grünen, Annalena Baerbock, und Gesundheitsminister Jens Spahn. Es geht in diesem Privatclub also um eine Schmiede elitärer politischer Schwergewichte. Auch stellte sich das WEF bereits im März 2020 hinter allerlei rechtswidrige Anord-

nungen, die hernach weltweit einfach durchgesetzt wurden.

Weil Klaus Schwab also mit allen möglichen elitären Gestalten der Politik zusammenkommt und elitäre Gestalten auch heranzüchtet, handelt es sich um Schlüsselpersonlichkeiten, die demnach auch eine gehörige Mitverantwortung für diese weltweite Katastrophe tragen, wie wir sie seit 2020 erleben.

Dazu ein Vergleich: Die Völker haben sich einst dazu entschieden, Kirche und Staat voneinander zu trennen. Dies taten sie, weil die Kirche die Politik unterwandert hatte und sektiererische Alleinansprüche auf die ganze Welt erhob.

Es wird Zeit, auch diese dominante, durch den Sektenspiegel bereits als Wirtschaftssekte enttarnte Gruppe, wieder vom Staat zu entflechten - genau wie Kirche und Staat - sprich, sie zu trennen.

5) Sekten sorgen für eine Innen-Außen-Spaltung mit Abwertung der Außenwelt, ebenso für eine systematische Abwertung des bisherigen Lebens

Was beim WEF unter dem heuchlerischen Decknamen "öffentlich private Partnerschaft", also kurz PPP, daherkommt, ist in Tat und Wahrheit ein Spaltpilz erster Güte.

Klaus Schwab machte in seinem Buch "Covid-19: The Great Reset" mit geschickten rhetorischen Kniffen Stimmung gegen den gesamten Mittelstand und bewirbt "Public Private Partnership". Diese PPP führt aber unter anderem zu Gleichschaltung bzw. zur Vernichtung und Verschwinden des gesamten Klein- und Mittelstands, ... ebenso zur Dauerüberwachung der Unternehmen durch den manipulierten Staat, zur zunehmenden Verhinderung jedes Wettbewerbs, und so natürlich auch zur Qualitätsminderung des Angebots, zur Schwächung jeder lokalen Verwaltung.

PPPs sind quasi Monopole, die vom Staat an private Großunternehmen übertragen werden und diese dann vor jeder Konkurrenz auch schützen.

Zur Erinnerung: Wir bemessen gerade die mit privaten Interessen verfilzte Weltpolitik am 5. Punkt des Sektenspiegels: "Sekten sorgen für eine Innen-Außen-Spaltung mit Abwertung der Außenwelt."

Innerhalb der gegenwärtigen Covid-Politik äußert sich diese abwertende Innen-Außen-Spaltung so, infolge eines beschlossenen Notrechts ganze Parlamente außer Kraft gesetzt wurden. Wie das? Ganz einfach.

Ich brauchte nur noch den Einfluß regierungsberatender Infektionsbehörden dazwischenschalten, die selber aber auch wieder keine Regierungsmandate besitzen, sondern nur Beraterstatus haben - und schon läuft die Sache.

Was also bei den gesetzlich verpflichteten Umsetzern ankommt, also bei unseren Gesundheitsämtern und Direktionen, bei Justiz, Polizei, Bildung usw., ist vom Kern her reinstes "Privatprodukt", das sich über bezirzte Regierungen und an gesetzten Parlamenten vorbeimanipuliert hat.

Und bei uns als Volk kommt das ganze Uning auch noch medienvergiftet, medienfiltriert an, denn fast alle Hauptmedien der Welt befinden sich wiederum in den Händen benannter Wirtschaftssekten.

Zurück nun aber zu Schwab und Co. mit ihren letzten Interessen: Schwab manipuliert nämlich in fanatisierender Art gerade eine Art kontrollierten Zusammenbruch des gesamten alten Wirtschaftssystems der ganzen Welt und dessen Neuaufbau mit PPPs an unseren gewählten Volkshirten vorbei. Wie? Sein berühmtes Great-Reset-Programm, das er, zusammen mit seinen Eliten, der gesamten Welt aufnötigen will.

Das 5. Sektenkriterium bemerkt im 2. Abschnitt: Sekten sorgen für eine systematische Abwertung des bisherigen Lebens. Nun, wenn der Great Reset keine Abwertung allen bisherigen Lebens ist, was dann? Ich sage darum: Great Reset, ja, aber nicht mit uns - sondern höchstens einzig mit jenen elitären Wirtschaftskreisen, die mit sektiererischem Kalkül gerade den großen

Rest der Welt gezielt zu ihren Wirtschaftssklaven erniedrigen wollen.

Aus einer Selbstbeschreibung des WEF auf seiner Webseite geht unmißverständlich hervor, daß es sich hierbei um nichts Minderes als um eine unheilige Allianz von Staat und Großkonzernen - auf Kosten des gesamten Klein- und Mittelstandes handelt!

Darum reden wir darüber. Somit ist auch das 5. Sektenkriterium einwandfrei erfüllt, obgleich es noch tausend besiegelnde Faktoren mehr zu besprechen gäbe. Wer seine künftigen Freiheitsrechte nicht auch noch endgültig an eine Pharma- und Wirtschaftssekte verlieren will, der fordere das sofortige Ende der Unterwerfung unseres Gesamtsystems unter diese privaten Sekten-Fantasien, diese Gelüste und Sektenstrukturen. Wehren wir uns!

6) In Sekten herrscht Endogamie, d.h. ein Verbot oder die Ächtung von Herzensbeziehungen zu Außenstehenden

Wir erleben eine ganz reale Verfolgung aller freien Bewegungen, die ein Interesse an gründlicher Wahrheitsfindung zeigen - von Friedensbewegungen bis zu religions- oder rechtsorientierten Parteien etc.

Die Ächtung von Beziehungen zu Menschen außerhalb der politischen Korrektheit ist frappant. All solche harten Zensuren offenbaren eine deutliche Parallele zum chinesischen Vorbild, wie bei Event 201 zum Vorschein gekommen:

Die fiktive Nachrichtensprecherin Chen Huang vom fiktiven Nachrichtensender GNN berichtete beim Event 201 Folgendes:

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 100-108)

"Alarmierende Nachrichten kommen heute von Social-Media Unternehmen zur CAPS-Pandemie.

Twitter und Facebook berichten: Sie haben eine beunruhigend hohe Anzahl von Accounts gelöscht, die Desinformationen über den Ausbruch verbreitet hatten."

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 100-108)

Eine fiktive Reporterin des fiktiven TV-Senders GNN bei Event 201:

"Die Regierungen reagieren in verschiedener Weise auf die Frage, wie man auf die erdrückende Anzahl von Des- und Falschinformationen, die im Internet zirkulieren, reagiert. In manchen Fällen werden limitierte Abstellungen des Internets vorgenommen, um Panik zu unterdrücken."

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 100-108)

Ein fiktiver Experte für soziale Medien auf GNN:

"Wenn die Lösung lautet, den Zugang zu Informationen zu kontrollieren oder zu reduzieren, dann ist das für mich die richtige Entscheidung."

Zur besseren Orientierung erinnere ich wieder, daß wir die gegenwärtige Weltpolitik gerade am 6. Punkt des Sekten spiegels bemessen, der da lautet: In Sekten herrscht Endogamie, d.h. ein Verbot oder die Ächtung von Herzensbeziehungen zu Außenstehenden.

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 100-108)

Matthew Harrington, Vertreter von Edelman, der größten PR-Agentur der Welt, sagte bei Event 201:

"Die Social-Media-Plattformen müssen nach vorne treten und anerkennen, daß die Zeit, in der sie nur Technologie-Plattformen und keine Informationssender waren, vorbei ist. Sie müssen daran teilnehmen, akkurate Informationen zu verbreiten. Sie müssen Partner der wissenschaftlichen und gesundheitlichen Gemeinschaft sein, um ihren Nutzen, akkurate Informationen, anzubieten. Denn den Geist der Fehlinformation kriegen wir nicht mehr zurück in die Flasche, wenn er mal befreit wurde."

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 109)

Lavan Thiru, Vertreter der Zentralbank Singapurs, sagte beim Event 201:

"Eine Sache, über die wir noch nicht gesprochen haben - und ich frage mich, ob es Zeit ist,

darüber zu sprechen - ist eine Erhöhung der Zwangsmaßnahmen von Regierungen gegen Fake-News."

(Express Zeitung Ausgabe 33, Juli 2020, S. 109)

Eine Kommunikation-Expertin sagte bei Event 201:

"Nationale Regierungen denken darüber nach, oder haben schon eine Vielzahl von Gegenmaßnahmen implementiert, die Falschinformationen bekämpfen. Einige Regierungen haben die Kontrolle über den nationalen Zugriff zum Internet übernommen. Andere zensieren Webseiten und Inhalte von sozialen Medien. Eine kleine Anzahl von Staaten hat sogar den Internetzugriff ganz außer Betrieb gesetzt, um die Verbreitung von Falschinformationen zu verhindern. Es wurden Strafen für Falschinformationen eingeführt, inklusive Verhaftungen."

Wo nur noch Meinungen aus einer einzigen Richtung toleriert werden, da herrscht, laut Sektenspiegel eindeutig eine Sekte.

Hasti Taghi, Vizepräsidentin des Medienkonzerns NBC Universal, sagte bei Event 201:

"Wir müssen weiterhin das Vertrauen in Pharma-Unternehmen und Regierungen aufbauen."

Habe ich mich hier gerade verhört?

So viel zu den sektiererischen Seilschaften zu den Medien als Vierte Gewalt, deren Vertreterin es als ihre Pflicht der Medien propagiert, Vertrauen zu Großkonzernen und Regierungen aufzubauen.

Sollte denn eine wahre Presse nicht das genaue Gegenteil tun, nicht frei und gerade eben kritisch berichten und zwar als höchstes Korrektiv explizit von Regierungen und deren Seilschaften. Und zwar Seilschaften zu reichen und mächtigen Privatpersonen?

Seht ihr, hier wird genau das Gegenteil propagiert.

Fazit: Die gesamte Runde spielt sich als Wahrheitsministerium auf. Sie geben uns vor, was legitime Quellen sind und was nicht. Was Desinformationen und was Wahrheit ist, soll von nun an also von oben befohlen und überwacht werden.

Das können wir so nicht hinnehmen. Wenn das nicht Sektiererei pur ist, die sich überdies an der chinesischen Tyrannei orientiert?!

7) Eine Sekte sorgt für eine hohe zeitliche Inanspruchnahme ihrer Mitglieder

Jede Minute des Tages: Maskenpflicht, Tests, Quarantänen, Ausgangssperren, Befehlsausgabe, Anpassungen in sämtlichen Betrieben, Schulen, Institutionen der gesamten Welt - bis hinein in jede Familie und kleinste Lebenszelle, ja, pausenlos, bis hinein in den kleinsten persönlichen Alltag! Rund um die Uhr!

Wahrlich, auch der 7. Punkt entlarvt, welche Kräfte hier am Werk sind:

Eine Sekte sorgt für eine hohe zeitliche Inanspruchnahme ihrer Mitglieder.

8) Eine Sekte sorgt auch für eine weitgehende Indienstnahme der finanziellen Ressourcen ihrer Mitglieder u.a.m.

Da gibt es auch dieses WEF-Video aus dem Jahr 2016 mit dem Titel:

"8 Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030".

Zuerst sieht man in kunstvoll leuchtender Gestaltung den Erdball vom Weltraum aus, dahinter eine strahlende Sonne im Aufgehen. Dann erscheint ein netter und vertrauenserweckender Kerl und strahlt dem Zuschauer entgegen. Er hat ganz zarte, fast feminine Gesichtszüge. Mit leicht geheimnisvoller Musik unterlegt erklingt diese beruhigende Stimme, sie vermittelt die ultimative, alles enterbende Zukunftsprognose, im Klang einer baren Liebeserklärung: "Du wirst nichts mehr besitzen und doch glücklich sein."

So etwa wollen diejenigen, die hier auch gerade durch Punkt 8 des Sektenspiegels entlarvt werden, unser aller Zukunft gestalten. Wir sollen alle gar nichts mehr haben und trotzdem glücklich sein. Ich zitiere noch mal: "Was immer du haben möchtest, du wirst es mieten", heißt es da weiter.

Da ist es wieder: "Eine Sekte sorgt auch für eine weitgehende Indienstnahme der finanziellen

Ressourcen ihrer Mitglieder." Das ist es.

Doch Güter und Waren, die scheinbar allen gehören, gehören in Wahrheit niemandem, bzw. denjenigen, die an der Spitze des Vermietungssystems die Verteilung kontrollieren. So ist die Wahrheit, versteht ihr?

Eine Sharing Economy ist damit nichts anderes als eine Neuauflage uralter marxistischer Gelüste, die schon im letzten Jahrhundert ganze Länder in den absoluten Ruin bzw. in die absolute Unfreiheit getrieben haben.

Könnten diese marxistischen Köpfe doch nur endlich sagen: "Alles was mein ist, ist auch dein." Ich sage, dann würde die ganze Sache perfekt funktionieren. Solange sie aber fordern: "Alles was dein ist, ist auch mein", wird ihre Sharing Economy weiterhin nur alles kaputt machen.

Fazit: Ob eine Institution Sekte ist oder nicht, hängt letztlich nicht von ihrer Größe ab, sondern allein davon, ob sie sich selber mehr im Zentrum hat als das große Gesamte.

Das ist der Punkt bei der Sekte. Selbst ein Staat, wenn er nicht mehr das Gemeinwohl im Sinne hat, sondern sich selbst an erster Stelle hat, kann darum zur Sekte werden. Das müssen wir aus dieser Rede lernen.

Ich komme nun zum Schluß.

Wie vertrauenswürdig sind all solche Menschen und Institutionen, die hinter verschlossenen Türen eigensinnige Pläne aushecken, die vor allem ihnen, auf Kosten der Gesamtheit, Riesenvorteile einbringen?

Analog der Trennung von Kirche und Staat muß dringend auch wieder eine Trennung von Privatwirtschaft und Staat - wie wir es jetzt behandelt haben - zustande kommen.

- Schluß also mit all diesen Geheimbund-Spielchen auf unser aller Kosten!

- Schluß mit der Verschwendung unserer Steuergelder zum Schutz privater Multimilliardäre!

- Schluß mit Seilschaften zwischen unseren Staatsbediensteten und diesen Welt-Unterwanderern.

Noch ein Letztes: Es gibt Geldfälscher, Urkundenfälscher, Kunstfälscher usw., die schon seit Jahrhunderten mit ihren Fälschungen Millionen ergattert haben.

Ich frage zum Schluß: Halten wir es für möglich, daß solch sektiererisch gesinnte Menschen wie wir sie jetzt behandelt haben, etwa auch zu Fälschungen von Impfungen im Stande sein könnten? Mit Salzlösungen oder so?

Immerhin konnte bereits nachgewiesen werden, wie die selbstbezogene Big Pharma heimlich schon Impfstoffe mit zum Beispiel sterilisierenden Elementen verfälscht hat. Wir haben darüber berichtet.

Wie man Gold, Urkunden und Banknoten prüft, weiß man mittlerweile.

Wie aber kann man eigentlich Milliarden von Impfdosen auf ihre Echtheit prüfen, vor Fälschung schützen?

So oder so, ich sage:

- Schluß mit blindem Vertrauen zu Finanzsekten!

- Schluß mit der Finanzierung von Multimilliardären mit unseren Steuergeldern!

- Schluß mit Zwangsabgabe-Medien, die auf den Stand von Propaganda-Medien der sektiererischen Pharma- und globalen Finanzeliten abgesunken sind!

- Schluß mit all solchem Zeug!

Das ist mein Appell!

Ich bin Ivo Sasek, der seit 44 Jahren vor Gott steht.<<

22.06.2021

BRD: Die AfD-Fraktion des LANDTAGES NORDRHEIN-WESTFALEN stellt am 22. Juni 2021 folgenden Antrag - Drucksache 17/14268 - (x1.016): >>Versorgungssicherheit verbessern - Kernkraftwerk Emsland muß weiterlaufen dürfen!

I. Ausgangslage

Die Forschungs Koordinatorin Dr. Anna Veronika Wendland sagte dem Spiegel in einem Interview: "Der Geburtsfehler dieser deutschen Energiewende ist die Fixierung auf den Atomausstieg." ...

Das Europäische Strom-Verbundnetz ist auf eine grundlastfähige Energieerzeugung angewiesen. Anfang dieses Jahres stand Europa vor einem Beinahe-Blackout. Der gleichzeitige Versuch, die Stromerzeugung in Deutschland ohne Kohle und ohne Kernenergie zu bewerkstelligen, ist bereits fehlgeschlagen. So mußten zur Stabilisierung des Stromnetzes Kohlekraftwerke aus der Netzreserve immer wieder hochgefahren werden. Regelmäßig muß auch Strom für deutsche Verbraucher aus dem Ausland importiert werden, zumeist aus Frankreich und Polen, wo er mittels Kernkraft und Kohle erzeugt wird.

In den Nachbarländern Deutschlands wird - wie auch in anderen europäischen Staaten - die Kernenergie weiter genutzt und ausgebaut. In den Niederlanden wird beispielsweise, statt des Ausstiegs aus der Kernkraft, der Neubau von Kernkraftwerken nicht nur wegen einer verlässlichen Stromeinspeisung in die Netze sondern auch in Hinblick auf die CO₂-Reduktion ange-dacht.

Schweden kann zwar seinen Energiebedarf zu 40 Prozent durch Wasserkraft decken, benötigt aber ebenso viel Atomenergie, um die Strom-Grundversorgung zu sichern. Trotz des im Jahre 1980 getroffenen Beschlusses Schwedens, bis zum Jahre 2000 alle Kernkraftwerke abschalten zu lassen, sind immer noch sechs Blöcke am Netz. ...

Frankreichs Strom stammt zu etwa 70 Prozent aus Kernkraft, Großbritannien plant, bis zum Jahre 2030 den Bau von 15 Minikraftwerken, die mit einer Gesamtleistung von über sechs GW Leistung ans Netz gehen sollen, und auch Tschechien will bis zum Jahre 2040 über 50 Prozent des Stroms aus Kernenergie erzeugen. In Polen plant die Regierung den Einstieg in die Kernenergie mit insgesamt sechs Kernreaktoren. 9 In Finnland stammen 30 Prozent des Stroms aus Kernkraft.

Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Slowakei und Slowenien sprachen sich im März 2021 in einem offenen Brief an die EU-Kommission für die Förderung der Kernenergie aus und betonen das Prinzip der Technologieneutralität.

Weltweit findet Forschung im Bereich der Entwicklung neuerer Kernkraftwerkstypen statt. Als Beispiele sind der Laufwellenreaktor, der Thoriumreaktor oder der Dual-Fluidreaktor zu nennen. All diese Kraftwerkstypen bieten für die Zukunft Möglichkeiten einer grundlastfähigen Stromversorgung durch Kernenergie. Deutschland hingegen hat sich dieser Zukunft immer mehr verschlossen.

Deutschland ist wegen der verfehlten Energiewende-Politik Spitzenreiter bei den Stromkosten in Europa. Privatkunden zahlten im Jahre 2020 30,43 ct/kWh und Unternehmen über 18 ct/kWh.

Der Durchschnittspreis für Strom in der EU lag für Privatkunden bei 21,3 ct/kWh. Deutsche Verbraucher zahlen damit fast 43 Prozent mehr für dieselbe Sache als die Menschen in den Nachbarländern.

Der Stromverbrauch eines deutschen Durchschnittshaushalts liegt pro Jahr bei etwa 2.100 kWh, woraus sich dann durchschnittliche Kosten von monatlich etwa 53 Euro ergeben. Die Bürger in den anderen EU-Staaten zahlen im Schnitt lediglich 32 Euro.

Zehn Jahre nach dem Beschluß der Bundesregierung zum sogenannten Atomausstieg am 30. Juni 2011 wendet sich Andre D. Thess, Professor für Energiespeicherung an der Universität Stuttgart, in einem offenen Brief an die damalige Ethikkommission zum Atomausstieg und wirft ihr vor, Grundregeln wissenschaftlicher Unabhängigkeit mißachtet zu haben.

Framatome stellt über ihre Tochterfirma Advanced Nuclear Fuels GmbH seit 40 Jahren Brennelemente für Kernkraftwerke in Deutschland und Europa im niedersächsischen Lingen

her und wird dies auch nach dem sogenannten Atomausstieg weiterhin tun. Abnehmer der Brennelemente ist derzeit auch das Kernkraftwerk Emsland, welches mit 1,4 GW Leistung für eine Grundlaststabilisierung der Netze in Niedersachsen und auch in NRW sorgt. Dabei erspart das Kraftwerk der Atmosphäre jährlich den Ausstoß von rund zehn Millionen Tonnen CO₂. Es soll laut des 13. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes mit Ablauf des 31. Dezember 2022 vom Netz genommen werden.

Nicht nur in Lingen mit seinen rund 300 Mitarbeitern sind durch die Kernenergie hochwertige Arbeitsplätze entstanden. Auch in Gronau werden etwa 300 Mitarbeiter beschäftigt. Der Arbeitgeber Urenco sorgt zudem für hohe Gewerbesteuererinnahmen, die über das Gemeindefinanzierungsgesetz allen Kommunen in NRW zu gute kommen. Sichergestellte Versorgung mit bezahlbarem Strom hat laut einer Forsa-Umfrage für die Mehrheit der Bürger Priorität und der Rückhalt für Kernenergie in Deutschland beträgt - trotz medialen Gegenfeuers - etwa 37 Prozent.

II. Der Landtag stellt fest:

- Kernenergie steht im Einklang mit den Zielen des sogenannten Klimaschutz der EU und Deutschland.
- Strom aus Kernenergie ist eine grundlastfähige Energiequelle, welche für Netzsicherheit in Deutschland und dem Europäischen Stromverbundnetz sorgt.
- Kernenergie bietet hochwertige Arbeitsplätze und ist als Wirtschaftsfaktor auch in Hinsicht auf die Gewerbesteuererinnahmen von haushaltspolitisch hoher Bedeutung.
- Der Beschluß zum sogenannten Atomausstieg der Bundesregierung vom 30. Juni 2011 wurde auf Grundlage fehlerhafter wissenschaftlicher Arbeit der damaligen Ethikkommission getroffen.
- Das Kernkraftwerk Emsland in Lingen stellt grundlastfähig Strom für die Region Niedersachsen her, entlastet die sonstige Stromproduktion in NRW und sorgt auch für eine verbesserte Netzstabilität in NRW.

III. Der Landtag beschließt:

1. Die Landesregierung möge sich gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat dafür einsetzen, daß die geplante Abschaltung der Kernkraftwerke in Deutschland durch den von der Bundesregierung geplanten sogenannten Atomausstieg verhindert wird.
2. Die Landesregierung möge sich unverzüglich gegenüber der Bundesregierung, dem Deutschen Bundestag und dem Deutschen Bundesrat dafür einsetzen, daß das Kernkraftwerk Emsland seine nächste Revision mit dem Austausch von Brennelementen durchführen darf und über den 31. Dezember 2022 hinaus am Netz geschaltet bleibt.

Christian Loose, Andreas Keith, Markus Wagner und Fraktion. ...<<

23.06.2021

BRD: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 23. Juni 2021 (x1.081/...): >>Flaute über Deutschland: Windkraft ohne Wind, Photovoltaik ohne Sonne

Von *Holger Douglas*

Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen 65,4 GWh "vom Himmel".

Ohne Kohle- und Kernkraftwerke wäre es im ersten Quartal dieses Jahres kaum etwas mit Industrieproduktion, fahrenden Zügen und Kochen geworden. Es gab viel zu wenig Strom. Der Wind wehte kaum, die Sonne lieferte nur wenig. Das Statistische Bundesamt meldete demzufolge eine gegenüber dem Vorjahreszeitraum um satte 23 Prozent gesunkene Menge an sogenanntem "Ökostrom".

Die gute Nachricht vorweg, es wurde besser im 2. Quartal: Nur am 5. Mai hätten wir richtig Glück und ausreichend Strom gehabt. In der Mittagszeit zwischen 12 und 14 Uhr hätten wir gut Kochen und Braten können. Da fielen in der Mittagsstunde 65,4 GWh "vom Himmel". Aber immer noch zu wenig, weil Deutschland insgesamt 68,2 GW Leistung benötigte. Das war der Tag der höchsten Erzeugung aus erneuerbaren Energien, wie auf Smard.de zu lesen ist.

Doch gleichzeitig ein Verlustgeschäft, denn plötzlich war zu viel Strom vorhanden, der Strompreis sank ins Minus von 36,71 Euro pro Megawattstunde. Bedeutet: Die Erzeuger müssen drauflegen, damit den Strom jemand abnimmt. Viel Energie aus Wind- und Sonnenanlagen in den Netzen lassen eben die Preise dramatisch sinken. Die gleicht der Stromverbraucher über seine teure EEG-Umlage unter anderem dem Windanlagenbesitzer wieder aus.

Allerdings gab es relativ viel Wind und Sonne nur um die Mittagszeit, bereits am Nachmittag senkte sich die Sonne und ließ die Photovoltaik einbrechen. Derzeit "schläft" der Wind seit gut zwei Wochen. Nach der Statistik des BDEW lieferten von Januar bis März die Kernenergie 2,4 Prozent mehr, Strom aus Braunkohlekraftwerken um 29,9 Prozent mehr, aus Steinkohle 18,3 Prozent mehr und 15,1 Prozent mehr kamen vom Erdgas. Ohne Kohle- oder Kernkraftwerke wäre nichts gegangen.

Dagegen: Windräder an Land und auf dem Wasser lieferten satte 31 Prozent weniger, also etwa ein Drittel weniger als im ersten Quartal des Vorjahres!

Überdies sind all diese Zahlen nicht viel wert, denn auch abends und nachts sowie bei Flaute - so zumindest bisher die Erwartung - soll Strom zur Verfügung stehen. Speichern, das hat sich mittlerweile herumgesprochen, geht nicht in den notwendigen Mengen.

Den unsinnigen Gedanken, ein Industrieland dann mit Strom aus Wind und Sonne versorgen zu können, wenn der benötigt wird, zeigen die extremen Schwankungen bei den Stromeinspeisungen. Mal ist Strom da, ein paar Stunden später nichts mehr. So schwankte in den ersten fünf Monaten des Jahres 2021 die Produktion von Strom aus Wind und Sonne extrem: von fast null bis hin zu 41,0 GW bei den Windrädern, bei den offshore Windanlagen von 0-7,1 GW. Die Fozellen auf Dächern und Feldern lieferten aus dem Nichts plötzlich 36,2 GW, dann wieder null, wenn die Sonne untergeht oder sich Wolken dazwischenschieben.

Zum Vergleich: Der gesamte Stromverbrauch schwankt von 45 GW in Spitzenzeiten bis zu 80 GW. Das bedeutet: Fast die Hälfte des deutschen Stromverbrauches verschwindet mal eben, um dann wieder in die Netze gepumpt zu werden. Welche Belastungen solche Schwankungen auch für Übertragungstechnik bedeuten, kann man sich gut vorstellen. Das bedeutet weiterhin: Hinter jedem Windrad und jeder Solarzelle muß ein konventionelles Kraftwerk stehen, das angeheizt bereitsteht und liefern kann. Das kostet horrenden Summen.

Wind- und Sonnenanlagen sind eben nicht grundlastfähig, und es ist mehr als eine entsetzliche Dummheit, einem Industrieland die Energieerzeugung abzuwürgen. Ein Hermann Albers hat die Stirn, die Windenergie als starken "Stabilitätsanker" zu bezeichnen. Der ist Präsident des Bundesverbandes Windenergie BWE und will an möglichst vielen Windrädern im Land prächtig verdienen. Ob die Energieversorgung dieses Landes klappt, interessiert ihn eher weniger. Genauso wenig wie die mittlerweile intergenerationell gerecht gewordene Ökonomin Claudia Kemfert, die zuletzt bei Lanz (ZDF) einen schnelleren Ausbau der "erneuerbaren Energien" fordert.

Sie ist auch Mitglied des Sachverständigenrats für Umweltfragen, auf dessen Aussagen sich das Bundesverfassungsgericht bei seinem Skandalbeschuß vom 24. März 2021 ausdrücklich bezieht. Kemfert fordert bei Lanz sogar eine Versechsfachung des Ausbautempos der "regenerativen" Energien. Wie sich dann all die vielen Windräder drehen sollen, wenn Flaute herrscht, erklärt sie nicht. Es fragte sie auch niemand.<<

Juni 2021

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Juni 2021 im COMPACT-Spezial Nr. 30 (x363/45-46): >>>Die Transformation der UNO

_ von *Jürgen Elsässer*

Die Völker unseres Planeten schufen sich eine Institution, die Souveränität für alle gewährleisten und den Frieden bewahren soll - so will es die Legende von den Vereinten Nationen. Tatsächlich hat sich die Weltorganisation in den letzten 30 Jahren gravierend verändert und ist zu einem Instrument der Globalisten geworden.

Die UNO ist im Zweiten Weltkrieg entstanden, als Gründung der Anti-Hitler-Koalitionäre. Die "Deklaration der Vereinten Nationen" geht auf die Atlantik-Charta zurück, die US-Präsident Franklin D. Roosevelt und der britische Premier Winston Churchill 1942 im Krieg gegen das Deutsche Reich entwarfen.

Erklärtes Prinzip war die Wiederherstellung der Souveränität der Nationalstaaten, die durch die deutsche Besetzung von Europa und die japanischen Annexionen in Ostasien zerstört worden war. Diese Souveränität wurde sogar in den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen ab 1945 noch respektiert, wenigstens auf dem Papier:

Die NS-Führer wurden in erster Linie wegen "Verbrechen gegen den Frieden", also Aggression gegen andere Staaten, angeklagt - aber nie wegen ihrer Innenpolitik bis 1938, auch nicht, was die grausame Judenverfolgung anging.

Keine Einmischung in innere Belange der Nationalstaaten - das war der eherne Grundsatz der UN. Deswegen gab es auch während des Kalten Krieges nie Resolutionen gegen Diktatoren, egal ob gegen linke wie Mao oder gegen rechte wie Franco, was deren Politik im eigenen Land anging.

Die große Unterwanderung

1986 rückte die Atomkatastrophe von Tschernobyl die Umweltgefahren in den Fokus einer breiten Öffentlichkeit. 1987 führte das Abkommen von Reykjavik zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow zu einem substantiellen Abbau von Atomwaffen und einem Tauwetter zwischen den Supermächten.

Mit Tschernobyl wurde die Kriegsangst von der Öko-Hysterie abgelöst.

Beide Prozesse konvergierten in einem Paradigmenwechsel bei den Linken jeder Couleur: Die Weltkriegsangst wurde von der Öko-Hysterie abgelöst. Die Grünen erstarkten, vor allem in Deutschland, und sogen die ihnen zunächst skeptisch gegenüberstehenden Sozialisten und Kommunisten auf.

Gleichzeitig brach die internationale Architektur mit der zunehmenden Schwäche und schließlich dem Kollaps der UdSSR (1991) zusammen: Waren die Welt und auch die UNO seit 1945 strikt in Nationalstaaten und vor allem in zwei rivalisierende Blöcke gespalten gewesen, bildeten sich nun zentrifugale Tendenzen heraus. Die globalen Linkskräfte, die vorher auf die Macht Moskaus in den Vereinten Nationen gesetzt hatten, suchten neue Paten und fanden sie in Teilen des Großkapitals, die gleichartige politische Ziele hatten.

Mit dem Aktivismus der grün gewendeten Revoluzzer und dem Geld von innovativen Finanzgruppen wurden sogenannte Nichtregierungsorganisationen (englisch NGOs) gegründet. Diese begannen, innerhalb der UN eine bedeutende Rolle zu spielen - was während des Kalten Krieges undenkbar gewesen wäre, als dort nur Regierungen den Ton angaben.

Anstelle der tradierten Institutionen der UN traten neue Komitees wie der Weltklimarat.

Anstelle der tradierten Institutionen der UN-Vollversammlung, Sicherheitsrat und Ausschüsse wie dem für Menschenrechte - traten neue Komitees wie der Weltklimarat IPCC, in der deutschen Übersetzung "Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimawandel". Ausdruck der "Zwischenstaatlichkeit" ist, daß der IPCC nicht durch einen Beschluß der UN-Vollversammlung,

geschweige denn des UN-Sicherheitsrates geschaffen wurde. Vielmehr wurde er vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen und der Weltorganisation für Meteorologie aus der Taufe gehoben. Auch die von der UN veranstalteten Weltklimakonferenzen finden außerhalb ihrer traditionellen Strukturen statt.

Zwar sind aktuell 193 Regierungen Mitglied in der Organisation, aber auch 120 NGOs. Die gesamte Arbeit wird mit einem relativ schmalen Budget von etwa sechs Millionen Euro jährlich (Stand 2009) finanziert, die Beiträge der Staaten sind freiwillig.

Das klingt nach einer erfreulich unabhängigen Mission, hat aber einen riesigen Pferdefuß: Die zuarbeitenden Wissenschaftler müssen sich, da vom IPCC keine oder nur geringe Honorierung zu erwarten ist, ihre Brötchen bei anderen Arbeitgebern verdienen. Dies macht sie anfällig für alle möglichen Lobbyisten.

Die neuartigen Zwitterformen internationaler Beratungen - parallel zu den angestammten UN-Gremien und im Unterschied zu diesen mit einem starken Einfluß nichtstaatlicher Pressure Groups in Form der NGOs - spielten nicht nur im Bereich der Klimapolitik eine wichtige Rolle, sondern auch bei der Durchsetzung von Gender Mainstreaming und anderen Dogmen der Achtundsechziger. Sie sind insgesamt Kennzeichen der Neuen Weltordnung, die sich nach dem Ende der Bipolarität herausgebildet hat. Marguerite Peeters, Direktorin des Instituts für die Dynamik des Interkulturellen Dialogs in Brüssel, hat die Prozesse 2007 für das Vatican Magazin untersucht:

"Der entscheidende politisch-strategische Faktor zur Durchsetzung der Kulturrevolution war die tatsächliche Kontrolle über die UN-Maschinerie durch NGOs - die Motoren der Revolution - und andere nichtstaatliche Akteure: eine Kontrolle, die sich indirekt über das Sekretariat der UNO auch auf die Mitgliedsstaaten erstreckte. Die NGOs waren die privilegierten Partner des UNO-Sekretariates und seiner Untergliederungen."

Beispiel UN-Migrationspakt

Vor diesem Hintergrund war es auch nicht beruhigend, daß die Bundesregierung in Bezug auf die Verabschiedung des UN-Migrationspaktes Ende 2018 hervorhob, er sei "rechtlich nicht bindend". In schreiendem Kontrast dazu steht ja bereits, daß in dem Text an fast 100 Stellen davon die Rede ist, daß sich die Unterzeichnerstaaten zu einer Aufnahme von Migranten "verpflichten", einschließlich sogenannter Klimaflüchtlinge. Tatsächlich ist es dieselbe Vorgehensweise wie in der Klima- und Genderpolitik.

Die Vorgaben sind streng juristisch gesehen zwar nicht einklagbar; aber sowohl mächtige Lobbyorganisationen als auch die linksgerichtete Presse können sich darauf berufen und Druck machen. Insbesondere Richter können sofort mit Verweis auf den Migrationspakt - wie bei den Dieserverboten mit Verweis auf die Klimaziele des IPCC - Musterurteile fällen und damit Rechtskonventionen stiften.

Man bedenke: Die ebenfalls "nicht bindende" Gender-Resolution der UN-Weltfrauenkonferenz in Peking 1995 wurde innerhalb von zwei Wochen (!) von der EU-Kommission übernommen und eine entsprechende Arbeitsgruppe eingerichtet, die dieses Soft Law dann in allen Mitgliedsländern durchsetzte. Das droht auch bei der Massenmigration.

Trumps Mahnung

In einer Rede vor der UN-Vollversammlung im September 2017 erinnerte der damalige US-Präsident an die ursprünglichen Prinzipien der Weltorganisation:

"Wenn ihr Freiheit wollt, seid stolz auf eurer Land - wenn ihr Frieden wollt, liebt eure Nation. ... Die Zukunft gehört nicht den Globalisten, die Zukunft gehört Patrioten. ... Wenn unsere Nationen besser sind, dann ist unsere Zukunft heller, alle Menschen werden glücklicher sein."<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet im Juni 2021 (x1.098/...): >>Das neue Grundgesetz

Von *Alexander Seibel*

Von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen ist unser altes Grundgesetz ausgehebelt worden. Dieses beste Gesetz, das sich das deutsche Volk jemals gegeben hat, begann mit "in der Verantwortung vor Gott und den Menschen". Einmalig. Gott hat es beglaubigt, es hat sich, wie ein führender Politiker zurecht bemerkte, bewährt. Wir hatten jahrzehntelang Frieden, Freiheit und Wohlstand. Wir konnten reisen und man kannte auch keine Zensurbehörde. Kaum jemand fürchtete sich, frei und offen seine Meinung zu sagen.

Es war tatsächlich ein Land, in dem wir "gut und gerne leben."

Diese Zeiten dürften vorbei sein. Am 19. April dieses Jahres wurde fast sang- und klanglos dieses einmalige Grundgesetz vom Verfassungsschutz unter Klima-Vorbehalt gestellt. Gemäß Bundesverfassungsgericht lautet das Urteil: Künftig können selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein; gerade deshalb droht dann die Gefahr, erhebliche Freiheitseinbußen hinnehmen zu müssen.

Meiner Meinung nach ist dies das Schlimmste, was die Politikaste unter der Ägide Merkel ihrem Volk angetan hat. Bei der Konferenz von Marrakesch Dezember 2018 wurde mit dem Migrationspakt im Prinzip die Souveränität Deutschlands preisgegeben, im Zuge der Euro-Rettung die Ersparnisse in Rauch aufgelöst, doch nun ist uns das beste Grundgesetz außer Kraft gesetzt und eigentlich weggenommen worden.

Statt "in der Verantwortung vor Gott und den Menschen" heißt es nun im Prinzip mit anderen Worten "in der Verantwortung vor Klima und Kohlendioxid". Zurück zur Gottlosigkeit, so als wäre die DDR, die Sowjetunion oder das heutige Nordkorea ein Erfolgs- und Vorzeigemodell gewesen.

Ein lebenswichtiges Spurengas gilt auf einmal als Hauptbedrohung. Ohne Kohlendioxid gäbe es keine Photosynthese. Je mehr Kohlendioxid, desto grüner würde unser Planet. Ausgerechnet die Grünen wollen nun "tapfer" dagegen angehen.

Dieses Urteil wird ohnehin als eine herausragende Phantasterei, um nicht zu sagen Dummheit, in die Kulturgeschichte der Menschheit eingehen. Die Termiten produzieren zehnmal mehr Kohlendioxid als die gesamte Menschheit zusammen. Wenn diese "Verantwortung" ernst gemeint wäre, müßte man also diesen Insekten bald einen "gnadenlosen" Krieg erklären.

<https://www.youtube.com/watch?v=DIucNnxKick&feature=youtu.be&fbclid=IwAR0foe-13qH69VPZQS8P414tC7BsC-WcuU75Ja0ZzbDorBQSbdbv4sEKpdXs>

Wer meint, das Klima über Jahre hinaus bestimmen oder beeinflussen zu können, leidet meiner Meinung nach an Größenwahn. Es genügt ein Vulkanausbruch, man denke z.B. an den Ausbruch des indonesischen Vulkans Tambora im Jahre 1815, und statt Erwärmung droht eher Eiszeit. Doch diese geschürten irrationalen Ängste sind ein ideologisches Programm, finanziert von "Milliardärssozialisten", um den ganzen Erdkreis mit einem planwirtschaftlichen Sozialismus zu "beglücken".

Der Aufschrei blieb aus und unsere gleichgeschalteten Mainstream-Medien berichten weiterhin, wie zur Zeit der schönsten Hofberichtserstattung des Ostberliner Politbüros, wohlwollend von diesen Maßnahmen, alle angeblich nur zu unserem Schutz und unserem Besten.

Klimawandel soll nicht in Abrede gestellt werden, die Frage ist nur, ob er menschengemacht ist. Denn entscheidend für die Wärmeentwicklung ist die Sonnenaktivität und -intensität. Menschengemachte Umwelt- und Luftverschmutzung allerdings ist eine mehr als aktuelle Tragödie. Inzwischen sammeln sich auch jede Menge Schutzmasken als Wegwerfprodukte auf dem Meeresboden an.

Gab es früher unveräußerliche Grundrechte, so stehen diese nun unter Klimavorbehalt. Wenn deine Werte nicht Klima-kompatibel sind, ist es mit dem Reisen eben vorbei. Das schöne neue

Auto kann auch konfisziert werden, weil es eben angeblich zu viel Kohlendioxid produziert. Freiheit, wie wir sie kannten, dank alternativloser EU, ade. Wie ein Journalist konstatierte: "Ausgangssperren, Reiseuntersagungen, Betätigungsverbote, Eigentumsentziehungen". Eine Verschleuderung von Milliarden für die globale neue Weltordnung, eine buchstäbliche Luftnummer in höchster Potenz.

Klima-Neurotiker diktieren uns heute die Gesetze. Man wird an G. K. Chesterton erinnert: "Der Atheist glaubt nicht etwa nichts, sondern letztlich alles."

Nun hat man manchmal den Eindruck, Politiker, die früher in der ehemaligen DDR dem Sozialismus ergeben waren, haben offenbar von der Pike auf gelernt, wie man Leute manipuliert, einschränkt, enteignet und vor allem, man denke an die Berliner Mauer, einsperrt. Auch war die DDR ein Anschauungsunterricht, wie man durch Angst und Unfreiheit ein Volk einschüchtern und kontrollieren kann.

Mit der gegenwärtigen Krise dürften im Osten "trainierte" Gestalten womöglich in ihrem Element sein. Einschränkungen, Beschneidungen, zunehmende Kontrollen und zum Teil herbe Strafen. Unliebsame Meinungen werden zensiert, beschnitten, ausgegrenzt usw. Zentralismus pur macht sich breit. Regierungsstil nach Gutsherrenart. Weg von der sozialen Marktwirtschaft hin zur Kommando-Wirtschaft einer rot-grünen Ökodiktatur. Fast könnte man sagen, zurück in die Steinzeit.

Der Panikmodus soll aufrecht erhalten werden. Wenn es mit der Covid-Pandemie vorbei sein sollte, geht es mit Klimaängsten weiter.

Eigentlich ist es bekannt, daß Angela Merkel keine Freundin des Grundgesetzes ist. So ließ die Kanzlerin im Februar 2017 in einer von Reuters aufgezeichneten Rede einen denkwürdigen Satz fallen: "Das Volk ist jeder, der in diesem Land lebt." Damit hebelte sie das Grundgesetz aus. Der damalige Focus-Redakteur Alexander Wendt kommentierte ihre Aussage wie folgt: ... Mit diesem Satz hat Angela Merkel eine rote Linie überschritten. Sie ist eine offene Feindin des Grundgesetzes. ...

Man hat das Volk neu definiert, die Ehe für alle erfunden, auch die Geschlechter um mindestens eines, divers, erweitert. Ein Hybris, die es zuvor noch nie gab. Furcht vor dem Gericht Gottes? Fehlanzeige.

Noch eine Assoziation drängt sich auf. Es ist noch keine hundert Jahre her, da hieß es, "am deutschen Wesen, soll die Welt genesen". Nun, so hat man den Eindruck, soll am "deutschen Klimawesen, die Welt genesen." Offenbar hat man nichts aus der Geschichte gelernt. Die braunen Allmachtsphantasien sind nun in rot-grüner Melange wiedergekehrt.

Mehr als deutlich sind mir die Worte von Wilhelm Busch im Ohr, dieser begnadeten und prophetischen Stimme, wie er sagte: Wir Deutschen sind das dümmste Volk geworden. Sie haben Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Krebs, vor der Atombombe. Diese Narren! Sie sollen lieber Angst haben vor dem, der Macht hat, Leib und Seele zu verderben in der Hölle. Diese wenig schmeichelhaften Sätze kulminieren in unseren Tagen zu einer unglaublichen Aktualität. Das Wesen des abgeänderten Grundgesetzes kann man mit Psalm 53,6 zusammenfassen: Die Gottlosen fürchten sich da, wo nichts zu fürchten ist.

Alexander Seibel, Juni 2021<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Juni 2021 im COMPACT-Spezial Nr. 30 (x363/56-59): >>Neuschwabenwelt

_ von Daniell Pföhringer

Die Corona-Krise ist nicht der Grund, sondern der Anlaß, die Neue Weltordnung zu installieren. Die Blaupause dazu liefert ein Deutscher mit seiner Einflußorganisation.

"Alles, was ich tue, denke und träume, wird irgendwo aufgezeichnet."

WEF-Utopie

Es klingt wie aus einem Zukunftsroman: "Willkommen in meiner Stadt - oder sollte ich sagen:

"in unserer Stadt". Ich besitze nichts. Ich besitze kein Auto. Ich besitze kein Haus. Ich besitze keine Geräte oder Kleidung. ... Nacheinander wurden all diese Dinge kostenlos verfügbar, so daß es für uns keinen Sinn ergibt, viel zu besitzen."

Schließlich benötigt man gar kein Geld mehr, sogar die Miete entfällt, "weil jemand anderes unseren freien Platz nutzt, wenn wir ihn nicht brauchen. Mein Wohnzimmer wird für Geschäftstreffen genutzt, wenn ich nicht da bin."

Die Entscheidung über den persönlichen Bedarf übernimmt der "Algorithmus", eine Künstliche Intelligenz (KI), die auch gleich die Bestellung auslöst. Geliefert wird per Drohne. Bedauernswert sind alle, "die wir unterwegs verloren haben", jene, "die sich über das politische System aufregten und sich dagegen wandten". Die "leben ein anderes Leben außerhalb der Stadt" - in "selbstversorgenden Gemeinschaften" oder "in kleinen Dörfern in leeren und verlassenen Häusern" aus vergangenen Zeiten.

"Hin und wieder ärgere ich mich darüber, daß ich keine wirkliche Privatsphäre habe. Daß ich nirgendwo hingehen kann, ohne registriert zu werden. Ich weiß, daß alles, was ich tue, denke und träume, irgendwo aufgezeichnet wird. Ich hoffe nur, daß es niemand gegen mich einsetzen wird." Und doch ist es "ein gutes Leben. Viel besser als der Weg, auf dem wir waren, als klar wurde, daß wir nicht mit demselben Wachstumsmodell weitermachen konnten."

Bei dieser Utopie handelt es sich nicht um einen Prosatext, sondern um einen Artikel, der 2019 auf der Website des World Economic Forum (WEF) erschienen ist. Geschrieben hat ihn Ida Auken, Jahrgang 1978, eine linksliberale Politikerin aus Dänemark, zeitweise Umweltministerin und vor ein paar Jahren - wie Jens Spahn und Annalena Baerbock - zum Young Global Leader gekürt. Damit zeichnet das Weltwirtschaftsforum unter 40-Jährige aus, die es für besonders hoffnungsvolle Führungspersönlichkeiten hält.

In ihrem Text beschreibt die Dänin das Leben in einer sogenannten Smart City, in der es, um es im Neusprech der Globalisten auszudrücken, effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zugehen soll. Besitz und persönliche Daten sind in einer solchen "intelligenten Stadt" zum Allgemeingut geworden, Individualität zum Fremdwort.

Kissingers Lehrling

Solche dystopischen Szenarien sind inzwischen in greifbare Nähe gerückt. Für den Gründer und geschäftsführenden Vorsitzenden des WEF, Klaus Schwab, hat die Corona-Krise deutlich gemacht, "daß ein Zurücksetzen unserer wirtschaftlichen und sozialen Grundlagen" möglich und notwendig ist. Dafür hat er auch gleich den passenden Begriff in die Welt gesetzt: Great Reset. Doch was der Top-Globalist darunter versteht, geht weit über digitalisierte Städte hinaus - und ist erschreckend.

Geboren wurde der heutige WEF-Chef 1938 im schwäbischen Ravensburg. Sein Vater Eugen leitete dort die Niederlassung der Zürcher Maschinenfabrik Escher Wyss, in der während des Zweiten Weltkriegs Zwangsarbeiter zur Produktion von Rüstungsgütern eingesetzt wurden. Jahrzehnte später sollte Sohn Klaus selbst im Vorstand der Firma sitzen - und war unter anderem an der Entscheidung beteiligt, das Apartheid-Regime in Südafrika mit der notwendigen Technik zu versorgen, um in den Klub der Atommächte aufzusteigen.

Zuvor hatte er, wie sein Vater, die Ingenieurslaufbahn eingeschlagen, studierte Maschinenbau und wurde 1965 zum Doktor der technischen Wissenschaften an der ETH Zürich promoviert. Davor absolvierte Schwab ein Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität Freiburg, das er ebenfalls mit einem Dokortitel abschloß. 1966 ging er zudem für ein Jahr an die Harvard Business School in den USA, wo er den Master of Public Administration erwarb. Unterrichtet wurde Schwab dort unter anderem von Henry Kissinger - eine Bekanntschaft, die ihn nachhaltig prägte.

"Die heutigen externen Geräte ... werden ... in unseren Körper und unser Gehirn implantiert werden."

Klaus Schwab

Der Schwab-Lehrer zählt zu den absoluten Top-Insidern der Weltpolitik. Geboren wurde er 1923 in Fürth als Heinrich Alfred Kissinger. Er emigrierte 1938 mit seiner jüdischen Familie in die USA, aus denen er nach dem Zweiten Weltkrieg zeitweilig als US-Geheimdienstoffizier zurückkehrte.

In Amerika wurde er ein enger Weggefährte des Politikers Nelson Rockefeller. Durch die enge Bindung an die Milliardärsfamilie sollte Kissinger zu Spitzenpositionen in Hintergrundorganisationen gelangen, die von dieser dominiert wurden: Council on Foreign Relations, Trilaterale Kommission (siehe Seite 35 f.) und Bilderberger (siehe Seite 32 ff.). In den 1960er Jahren gehörte Kissinger dem Beraterstab der Präsidenten Kennedy und Johnson an, von 1969 bis 1973 war er Sicherheitsberater Nixons, von 1973 bis 1977 Außenminister unter Nixon und Ford.

Mit dem geistigen Rüstzeug Kissingers im Gepäck gründete Schwab 1971 das European Management Forum, das sich - 1987 in Weltwirtschaftsforum umbenannt - seitdem einmal im Jahr im Schweizer Nobelort Davos trifft. Natürlich durfte auch sein früherer Harvard-Lehrer schon öfter am WEF-Tisch Platz nehmen.

Der Transhumanist

Bevor Schwab für den Great Reset warb, rief er die Vierte Industrielle Revolution aus. In seinem Buch *The Fourth Industrial Revolution* (2016) schreibt er: "Denken Sie an das erschütternde Zusammentreffen neu aufkommender technologischer Durchbrüche, die sich auf so unterschiedliche Bereiche wie Künstliche Intelligenz (KI), Robotik, das Internet der Dinge, autonome Fahrzeuge, 3-D-Druck, Nanotechnologie, Biotechnologie, Materialwissenschaft, Energiespeicherung und Quantencomputer, um nur einige zu nennen, erstrecken."

Doch damit nicht genug, denn Mensch und Maschine dürfen nicht länger voneinander getrennt sein. Dazu heißt es in seinem Buch *Shaping the Future of the Fourth Industrial Revolution* (2018): "Die Zukunft wird unser Verständnis dessen, was es bedeutet, Mensch zu sein, sowohl in biologischer als auch in sozialer Hinsicht, herausfordern." Schwab präzisiert: "Die Technologien der Vierten Industriellen Revolution werden nicht aufhören, Teil der physischen Welt um uns herum zu werden - sie werden Teil von uns werden."

"Dr. Mabuse der Postmoderne"

Aya Velazquez über Schwab

Und weiter: "In der Tat haben einige von uns bereits das Gefühl, daß unsere Smartphones zu einer Erweiterung unserer selbst geworden sind. Die heutigen externen Geräte - von tragbaren Computern bis hin zu Virtual-Reality-Headsets - werden mit ziemlicher Sicherheit in unseren Körper und unser Gehirn implantiert werden. Exoskelette und Prothesen werden unsere körperliche Leistungsfähigkeit erhöhen, während Fortschritte in der Neurotechnologie unsere kognitiven Fähigkeiten verbessern werden." Seine Vision: "Wir werden besser in der Lage sein, unsere eigenen Gene und die unserer Kinder zu manipulieren."

Schwab skizziert eine Art Cyborg-Zukunft mit "merkwürdigen Mischungen aus digitalem und analogem Leben, die unsere Natur neu definieren werden". Begeistert führt er in *Shaping the Future* aus: "Diese Technologien werden innerhalb unserer eigenen Biologie operieren und die Art und Weise verändern, wie wir mit der Welt in Kontakt treten. Sie sind in der Lage, die Grenzen von Körper und Geist zu überschreiten, unsere körperlichen Fähigkeiten zu verbessern und sogar einen dauerhaften Einfluß auf das Leben selbst zu haben."

Doch was soll die Menschheit dazu bringen, eine solche Frankenstein-Welt zu akzeptieren? Die Corona-Krise! Und natürlich hat Schwab darauf eine Antwort. Die ersten Schreckensbilder aus Wuhan waren im Frühjahr 2020 gerade um die Welt gegangen, da veröffentlichte er

sein gemeinsam mit dem Ökonomen Thierry Malleret verfaßtes Buch COVID-19: The Great Reset. Die Autoren konstatieren bereits zu Beginn:

"Die Welt, wie wir sie bis zu den ersten Monaten des Jahres 2020 kannten, hat sich mit der Pandemie aufgelöst." Und sie geben klar zu verstehen: "In der einen oder anderen Form werden Maßnahmen zur sozialen und physischen Distanzierung wahrscheinlich bestehen bleiben, nachdem die Pandemie selbst abgeklungen ist, was die Entscheidung vieler Unternehmen aus verschiedenen Branchen rechtfertigt, die Automatisierung zu beschleunigen."

Der "Dr. Mabuse der Postmoderne" breitet auch in COVID-19: The Great Reset seine trans-humanistische Agenda genüßlich aus, wie die Kulturanthropologin Aya Velazquez in der Zeitung Demokratischer Widerstand schreibt. Er "fantasiert über das bevorstehende Zeitalter Künstlicher Intelligenz: Die Verschmelzung von Mensch und Maschine, Designer-Babys, Designer-Organismen, Geo-Engineering, Digital-Homeschooling, Smart-Homes und -Citys, in denen jedes Ding an eine allwissende Super-KI angeschlossen wird - eine vollkommen sichere Welt dank totaler Überwachung." Ihr Fazit: "Für Schwab, der Sätze sagt wie: "Eine Welt voller Drohnen bietet eine Welt voller Möglichkeiten", stellen Menschen eine gesichtslose Verwaltungsmasse dar."

Small Reset

Der Neustart, den Schwab nun angeblich wegen Corona für angebracht hält, steht in Wirklichkeit schon länger auf der Agenda der Eliten. So hatte die heutige Präsidentin der Europäischen Zentralbank, Christine Lagarde, schon 2014 - damals war sie Direktorin des Internationalen Währungsfonds - in Davos einen "Reset" der Geldpolitik und eine Strukturreform der Weltwirtschaft gefordert, da das jetzige System nicht mehr stabil sei. Die sogenannte Agenda 2030 der Vereinten Nationen (siehe Seite 53 ff.) und das Pariser Klimaschutzabkommen, beides Ende 2015 verabschiedet, sollten den Wandel der Weltwirtschaft im Sinne der Hochfinanz forcieren - freilich verhüllt in der Sprache des Sozialen und Ökologischen.

Die Umsetzung der Agenda 2030 wurde 2016 vom Deutschen Bundestag beschlossen - und nur ein Jahr später veröffentlichte das Bundesumweltministerium eine Broschüre, die vor dem Hintergrund der eingangs beschriebenen WEF-Utopie in einem ganz neuen Licht erscheint. In der 108 Seiten starken "Smart City Charta" werden Leitlinien für die "nachhaltige und integrierte Stadtentwicklung" formuliert. Besonders entlarvend ist der Beitrag von Roope Mokka, Gründer des finnischen Thinktanks Demos Helsinki, der sich über das "Ineinandergreifen von materieller und digitaler Welt" ausläßt und sechs "Visionen eines hypervernetzten Planeten" präsentiert, wie sie sich Schwab kaum besser hätte ausmalen können.

- Mokka beschreibt unter Punkt 1 ("Super resource-efficient society") "eine Gesellschaft, in der kein Gebäude leer steht, sondern die ganze Zeit optimal genutzt wird. Auch fahren keine Autos mehr leer."

- In Punkt 2 ("Post-choice society") heißt es: "Künstliche Intelligenz ersetzt Wahl: Wir müssen uns nie entscheiden, einen bestimmten Bus oder Zug zu nehmen, sondern bekommen den schnellsten Weg von A nach B."

- Die "Post-ownership society" stellt sich Mokka unter Punkt 3 wie folgt vor: "Dank der Information über verfügbare geteilte Waren und Ressourcen macht es weniger Sinn, etwas zu besitzen: Vielleicht wird Privateigentum in der Tat ein Luxus. Daten könnten Geld als Währung ergänzen oder ersetzen."

- Auch der Markt soll aus den Händen der Menschen in das Kalkül einer KI wandern. In Punkt 4 ("Post-market society") heißt es: "Im Grunde genommen sind Märkte Informationssysteme, die Ressourcen zuteilen. Als Informationssystem funktioniert ein Markt jedoch sehr einfach. Er übermittelt nur, daß eine Person dies oder das gekauft hat; wir wissen aber nicht, warum. Künftig können Sensoren uns bessere Daten als Märkte liefern."

- In Punkt 5 wird eine "Post-energy society" beschrieben, die eine "Datenrevolution" voraus-

setzt, in der "Energy Harvesting - die Fähigkeit, Energie auf Makro-, Mikro- oder Nanoskala zu generieren und zu speichern - Alltag" wird.

- Besonders bezeichnend ist jedoch Punkt 6 ("Postvoting society"), in dem die Abschaffung der Demokratie offen propagiert wird: "Da wir genau wissen, was Leute tun und möchten", meint Mokka, "gibt es weniger Bedarf an Wahlen, Mehrheitsfindungen oder Abstimmungen." Daraus folgt: "Verhaltensbezogene Daten können Demokratie als das gesellschaftliche Feedbacksystem ersetzen."

"Kapitalisten und Leninisten"

Im Mainstream wird der Great Reset als Verschwörungstheorie abgetan, mitunter sogar als antisemitisch gebrandmarkt. Diesen Vorwurf handelte sich etwa der frühere Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Hans-Georg Maaßen, ein, als er im Mai 2021 in einem Interview mit der Internetzeitung Epoch Times davon sprach, daß beim Great Reset "Kapitalisten aus Davos mit den Leninisten" zusammenfänden - "in der gemeinsamen Verachtung des einfachen, des gewöhnlichen Menschen". Dabei sind weder Schwab noch andere führende Akteure des WEF Juden - und sie baldowern ihre Pläne nicht im Verborgenen aus, sondern präsentieren sie, sogar unter der vermeintlich inkriminierten Bezeichnung, vor aller Welt.

Die Pläne des Bundesumweltministeriums belegen zum einen, daß die vermeintliche Verschwörungstheorie schon ziemlich praktische Formen angenommen hat. Zum anderen wird deutlich, daß Corona nicht der Grund, sondern nur Anlaß dafür ist, den Sack jetzt zuzumachen - und den alten Traum der globalen Eliten von der Neuen Weltordnung zu verwirklichen.

Der dritte Weltkrieg

Die virtuelle Jahrestagung des Weltwirtschaftsforums Ende Januar 2021 nutzte Wladimir Putin für Widerworte, indem er die "Pandemie" eben nicht als Ursache, sondern nur als einen Faktor der Verschärfung "der Probleme und Ungleichgewichte " sah, die sich schon "zuvor auf der Welt gebildet haben": "Es besteht die Gefahr, daß wir vor einem gewaltigen Zusammenbruch der globalen Entwicklung stehen werden, der mit einem Krieg aller gegen alle und dem Versuch verbunden sein wird, die eigenen Widersprüche durch die Benennung von internen und externen Feinden zu kaschieren."

Es drohe, so Putin, "nicht nur die Zerstörung traditioneller Werte, wie etwa der Familie, die wir in Rußland hochhalten, sondern auch von fundamentalen Freiheiten wie des Rechts zu wählen und des Rechts auf Privatsphäre". Für den Kreml-Chef gebe es zwar "keine direkten Parallelen in der Geschichte". Aber man könne "die aktuelle Situation mit den 1930er Jahren " vergleichen.<<

Der deutsche Publizist und Autor Horst Koch berichtet im Juni 2021 (x1.099/...): >>**Was eine "aufgeklärte" Generation nicht wissen möchte!**

Von Alexander Seibel

Wenn wir eine Nation vernichten wollen, so müssen wir zuerst ihre Moral vernichten. Interessiert die Jugend am Sex und ihr bekommt sie in die Hand. Lenin

Peking hat rund eine Milliarde Dollar in den subversiven Rauschgift-Export nach Europa investiert. Es hofft, Europa auf diese Weise in etwa fünfzehn Jahren fertiggemacht zu haben ... KP-Chef in' Hongkong (Intern- Information 9/71)

Die kommunistischen Weltmächte wenden eine Taktik an, die der chinesische Militärschriftsteller Sun Tsu um das Jahr 500 vor Chr. In 13 Thesen forderte:

1. Zersetzt alles, was im Lande eurer Gegner gut ist.
2. Verwickelt die Vertreter der führenden Schichten eurer Gegner in verbrecherische Unternehmungen.
3. Unterhöhlt ihr Ansehen und gebt sie im gegebenen Augenblick der Schande ihrer Mitbürger preis.
4. Nützt auch die Mitarbeit der niedrigsten und abscheulichsten Kreaturen.

5. Stört mit allen Mitteln die Tätigkeit der Regierungen.
6. Verbreitet Streit und Uneinigkeit unter den Bürgern des feindlichen Landes.
7. Stachelt die Jugend' gegen die Alten auf.
8. Entwertet die 'Überlieferung' eurer Feinde.
9. Stört mit allen Mitteln die Ausrüstung und Versorgung der feindlichen Streitkräfte.
10. Beeinträchtigt den Willen der Krieger des Feindes durch sinnliche Musik und Lieder.
11. Sendet Huren aus, um das Werk des Verfalls zu vollenden.
12. Seid großzügig mit Versprechungen und Geschenken, um Nachrichten zu kaufen. Spart überhaupt nicht mit Geld, denn so ausgegebenes Geld bringt reiche Zinsen.
13. Bringt überall geheime Kundschafter unter.

Erkennen sie im Westen denn nicht, daß die Kräfte, die uns hier im Osten mit Gewalt unterdrücken, genau dieselben sind, die ihre Jugend im Westen im Namen der Freiheit durch gelenkte Propagierung von Rauschgift und Pornographie, freier Sexualität und Gewalttätigkeit demoralisieren und zur Unterdrückung vorbereiten wollen? Mit anderen Mitteln will man mit ihnen dasselbe erreichen wie mit uns. - Medizinprofessor in Prag 1970 (Die gegenwärtige Freiheit in der CSSR erlaubt uns leider nicht, den Namen zu nennen).

"Denn mit hochfahrenden, nichtigen Reden locken sie mit grober, sinnlicher Lust die Menschen an sich. Sie versprechen ihnen nämlich Freiheit, obwohl sie in Wirklichkeit Sklaven des Verderbens sind; denn wem man sich ergeben hat, dessen Sklave ist man." 2. Petrusbrief 2, Vers 18-19

"Wir werden unsere Ideologie durch die moralischen Schwächen des Gegners einschleusen."
Mao Tse-tung

Die erste Sowjetbotschafterin, Frau Kolontai, hatte die Anweisung, nicht über Kommunismus zu sprechen, dafür aber um so mehr die freie Liebe unter der akademischen Jugend zu propagieren. - Ein Kommunist hat vor seinem Tode bekannt, 27 Jahre lang pornographische Literatur verbreitet zu haben, um die amerikanische Jugend zu ruinieren.- Dr. Kurt Koch "Untergang der freien Welt".

Daß Pornographie zur Persönlichkeitsentfaltung beitragen soll, dürfte eine privilegierte Sonderkenntnis des naiven Westens sein.

Da sie sich für weise hielten, sind sie zu Narren geworden - daher, hat Gott sie durch Begierden ihrer Herzen in dem Schmutz ihrer Unsittlichkeit versinken lassen. Römer 1, Vers 22 und 24

"Verdirb die Jugend, verschließe sie für das Evangelium, wecke ihr Interesse für den Sexus, zerstöre ihren jugendlichen Schwung, mache sie oberflächlich, mache sie weich, verursache mit allen Mitteln den Zusammenbruch aller moralischen Tugenden von Ehrlichkeit, Sauberkeit, Mäßigung und das Vertrauen auf ein gegebenes Wort." Anweisung der KP in Florida 1970

"Ihr Vergnügen ist die Wollust; als Schmutz- und Schandflecken schwelgen sie in ihren verführerischen Lehren. Sie sind voll ehebrecherischer Gier, und im Sündigen unersättlich. Ziehen an sich labile Menschen und sind durchtrieben von Gewinnsucht." 2. Petrusbrief 2, Vers 13-14

Interessanterweise wird die Bibel immer wieder als veraltet bezeichnet. Es gibt allerdings kaum eine treffendere Schilderung jener Gattung Mensch, die sich heute immer lauter bemerkbar macht. Man hat Bomben in den Händen und Friedensphrasen auf den Lippen.

"Das sollst du aber wissen, daß in den letzten Tagen greuliche Zeiten kommen werden: Denn es werden die Menschen viel von sich halten, geldgierig sein, ruhmredig, hoffärtig, Lästerer, den Eltern ungehorsam, undankbar, gottlos, lieblos, unversöhnlich, Verleumder, zuchtlos, wild, ungütig, Verräter, Frevler, aufgeblasen sein ... Denn zu diesen gehören auch solche, die sich Eingang in die Häuser zu verschaffen wissen, und die losen Weiber umgarnen, die mit

Sünden beladen und von Lüsten umhergetrieben sind. Außerdem lernen sie immerdar und kommen niemals zur Erkenntnis der Wahrheit. Sie haben zerrüttete Sinne, widerstehen der Wahrheit und sind untüchtig zum Glauben." 2. Timotheus 3, Vers 1-8

"Keiner der Erfinder des Atheismus war Naturwissenschaftler. Alle waren sie eher mittelmäßige Philosophen." Der Physiker und Astronom Stanley Eddington

KOMMUNISMUS IST DAS OPIUM DER INTELLEKTUELLEN und Pseudogebildeten. Die Antwort ist weder Faschismus, Kapitalismus, Sozialismus noch Rechtsextremismus. Religion hat jämmerlich versagt. Sie ist Opium fürs Volk. Die Antwort ist eine Person - JESUS CHRISTUS.

Wie brutal unterdrückend das politische und ökonomische Establishment auch sein möge und zweifellos auch ist, Jesus wußte, daß das wahre Problem des Menschen, das ihn in Streit, Krieg, Haß und Revolution wirft, in ihm selbst liegt.

"Da ist keiner, der gerecht ist, auch nicht einer, Ihr Mund ist voll Fluchens und Bitterkeit. Ihre Füße sind eilend, Blut zu vergießen; auf ihren Wegen ist Vernichtung und Zerstörung und den Weg des Friedens wissen sie nicht." Römer 3, Vers 14-18

Die Verblendung in der heutigen Zeit ist tatsächlich schon so weit fortgeschritten, daß man meint und sogar versucht, mit Maschinengewehren Frieden zu schaffen. Kein Wunder also, daß das Wort "Revolution" so großen Anklang findet. Die Bibel sagt uns als einziges Buch schonungslos die Wahrheit - dazu gehört freilich Mut. Es fällt uns jedenfalls viel leichter zu behaupten, dies sei alles Unsinn, die Bibel sei veraltet und voller Fehler.

"Wer die Wahrheit hören möchte, der vernimmt meine Stimme", sagt deshalb Jesus Christus. Johannes 8, Vers 37

Völlig freiwillig ließ sich Jesus gefangen nehmen und töten. Zusammengenommen in Raum und Zeit wurden alle Sünden dieser Welt auf ihn gelegt. "Er selbst trug unsere Sünde an seinem Leibe auf das Kreuz." Sein Tod ist für uns die Quelle unserer ganz persönlichen Befreiung. Drei Tage später war er LEBENDIG.

Niemand konnte bis jetzt eine entsprechende Antwort finden, die den Durchschlag dieses revolutionären Ereignisses in der Geschichte erklärt. Warum wagen wir es nicht, Jesus beim Wort zu nehmen? Hat er jemals Menschen angelogen? "Wer unter euch kann mir eine Sünde nachweisen? Wenn ich aber die Wahrheit sage, warum glaubet ihr mir nicht?" Deswegen sagt Jesus auch: "Ich aber, weil ich die Wahrheit sage, darum glaubet ihr mir nicht."

Johannes 8, Vers 45 und 46

Jesus verspricht: "Siehe ich stehe vor der Tür und klopfe an. Wenn jemand meine Stimme hört und mir die Tür öffnet, bei dem werde ich einkehren." Offenbarung 3, Vers 20

Warum haben wir so viele Ausreden und Entschuldigungen, nur um diesen Schritt nicht zu wagen? Solche Wahrheiten werden nicht durch Diskussion, sondern durch die Konsequenz der persönlichen Entscheidung erfahren.

Als ich bereit war, im Lichte meiner Schuld und Rebellion zu sagen: "Her Jesus, wenn du das für mich getan hast, daß du für mich gestorben bist, dein Blut für meine Sünde und Aggression vergossen hast, dann möchte ich dir gehören. Bitte nimm mein Leben, sei von nun an mein Herr." Seither weiß ich, daß Jesus lebt. Ich weiß es 100 %. Er ist die Antwort, die einzige Antwort.

Verfasser und für den Inhalt verantwortlich: Dipl. Ing. *Alexander Seibel*<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtet im Juni 2021 im COMPACT-Spezial Nr. 30 (x363/78-81): >>Alte Mächte, neue Mächte

_ von *Jürgen Elsässer*

Haben die Internet-Giganten das Finanzkapital als Weltbeherrscher abgelöst? Kann der sogenannte Plattform-Kapitalismus das System retten - oder schleicht sich darüber der Kommunismus ein?

Die Tech-Giganten verhalten sich wie die Öl-Barone und Eisenbahn-Magnaten der Vergangenheit.

"Diese Firmen haben zu viel Macht", heißt es in einem Bericht des US-Repräsentantenhauses, den der Wettbewerbs-Unterausschuß im Oktober 2020 zur Marktbeherrschung der Internet-Giganten vorgelegt hat. Unternehmen, die als kleine Garagen-Klitschen angefangen hätten, "haben sich in die Art von Monopolen verwandelt, wie wir sie zuletzt in der Ära der Öl-Barone und Eisenbahn-Magnaten gesehen haben".

Insbesondere geht es um den Aufstieg der Großen Vier - Amazon, Apple, Alphabet (Google) und Facebook -, die in der Corona-Krise auf Kosten der analogen Wirtschaft märchenhafte Gewinne gemacht haben. Die US-Abgeordneten bringen sogar deren teilweise Zerschlagung ins Gespräch.

Auch die chinesische Führung ist alarmiert, sie hat mit ihren eigenen digitalen Riesen zu kämpfen. Ihr Pendant zu Amazon heißt Alibaba, und statt über Whatsapp kommunizieren die Asiaten mit WeChat. Alibaba-Chef Jack Ma verschwand im Herbst 2020 für einige Wochen aus der Öffentlichkeit, sein Konzern mußte umgerechnet 2,2 Milliarden Euro Strafe zahlen. Im Mai 2021 wurde bekannt, daß Peking auch den WeChat-Betreiber Pony Ma beziehungsweise seine Firma Tencent zu einer Buße verdonnert hat, und zwar in Höhe von 1,3 Milliarden Euro.

Pony Ma und Jack Ma waren ursprünglich von der KP gefördert worden, ihre westlichen Konkurrenten mußten die Volksrepublik verlassen. Doch daß der eine jetzt an der staatlichen Bankenaufsicht vorbei ein eigenes digitales Kreditssystem plante und sich der andere insgeheim in immer mehr Branchen einkaufte, bedrohte das Machtmonopol von Maos Nachfolgern. Aber können die Kommunisten überhaupt noch auf die Innovationen verzichten, die ihre Kapitalistenfreunde entwickelt haben?

Das Gespenst des Plattform-Kapitalismus

Der Aufstieg der Tech-Barone hat in der linken und linksliberalen Debatte zu einer neuen Begriffsbildung geführt. "Plattform-Kapitalismus (auch Digitaler Kapitalismus oder Digitale Ökonomie) ist ein sozialwissenschaftlicher Begriff, der einen neuen Typus des Kapitalismus kennzeichnet, in dem Plattform-Unternehmen dominante Wirtschaftsakteure sind. ... Der Plattform-Kapitalismus bezeichnet eine neue digitale Wirtschaftsordnung, in der Plattformen als Mittelsmänner ("Intermediäre") Angebot und Nachfrage am Markt zusammenführen. Sie kontrollieren den Zugang zu Gütern und die Prozesse des jeweiligen Geschäftsmodells", faßt Wikipedia zusammen.

Eine detaillierte Erklärung des "Plattform-Kapitalismus" verspricht das gleichnamige Buch von Nick Srnicek, das 2016 zuerst auf Englisch und 2018 auf Deutsch erschien. Richtig weist der Autor in seinem Eingangskapitel auf den "langen Abschwung" seit 1945 hin, im Zuge dessen das Kapital fallende Profitraten durch höhere Stückzahlen und durch die Zerschlagung unflexibler Industriekolosse kompensieren wollte - was letztlich nicht gelang. Ein Kollaps konnte nur vermieden werden durch das Aufpumpen immer neuer und immer größerer Kreditblasen zur Stimulierung der Nachfrage: Der Dotcom-Kollaps 2000, der Immo-Crash 2008 und aktuell der Corona-Zusammenbruch trieben die Staatsverschuldung in immer schwindelerregendere Höhen.

Doch Srniceks Prognose, der Internet-Boom könne das System in eine neue Phase überführen und damit retten, führt in die Irre, weil die genannten Branchengrößen zwar allesamt traumhafte Renditen einfahren - aber nur auf Kosten der Gesamtwirtschaft. Sie sind nicht die Lokomotive einer profitableren Produktionsweise, sondern nur die Parasiten der bestehenden. Amazon und Alibaba beispielsweise stellen nichts her, sondern sind reine Vertriebsplattformen, die von den eigentlichen Herstellern eine Gebühr verlangen.

Facebook, WeChat und Google sind ebenfalls unproduktiv - sie kassieren nur ihre Werbekun-

den ab. Allesamt ist ihnen gemeinsam, daß sie lediglich an der Wertschöpfung anderer partizipieren - und damit an deren Einnahmen und Profiten. Die Monopolstellung, die sie in der Distribution erreicht haben, macht sie zu Big Playern - aber die mangelnde Profitabilität des produzierenden Gewerbes beheben sie nicht.

Schnelle Profite, lange Wellen

Beispiel Amazon: Der Boom des Versandhandels während des Lockdowns verdankte sich der steigenden Nachfrage von Kunden, die zu Hause herumsaßen und nicht mehr analog einkaufen konnten. Millionen waren arbeitslos geworden oder auf Kurzarbeit gesetzt - konnten Jeff Bezos aber trotzdem Geld in den Rachen werfen, weil der Staat sie mit Überbrückungshilfen oder Kurzarbeitergeld alimentierte. Diese Staatsknete war von der Regierung aus dem Nichts geschaffen worden - und entsprach gerade nicht wirtschaftlicher Leistung, denn diese war ja seit Corona-Beginn dramatisch eingebrochen.

Das Geschäftsmodell des neureichen Jeff Bezos funktioniert nur mit Hilfe der alten Finanzmächte.

Wie aber könnten Staaten immer mehr nicht wertgedecktes Konfetti-Geld drucken (besser: im Computer erzeugen), wenn sie nicht die Unterstützung des internationalen Finanzkapitals hätten? Das heißt: Das Geschäftsmodell des neureichen Jeff Bezos kann nur funktionieren, sofern und solange die alten Finanzmächte - J. P. Morgan, Goldman Sachs, Blackrock, Rothschild - mitspielen. Ein George Soros hat schon in den 1990er Jahren bewiesen, daß er überschuldete Volkswirtschaften in Grund und Boden spekulieren kann (siehe Seite 40 ff.).

Daß er im Augenblick darauf verzichtet, seine "finanziellen Massenvernichtungswaffen" etwa gegen marode Euroländer in Anschlag zu bringen, hat nur damit zu tun, daß er Regime stützen will, die den Great Reset und die Neue Weltordnung vorantreiben.

Was Srnicek in Plattform-Kapitalismus beobachtet, ist das Auslaufen einer "langen Welle": Mit diesem Ausdruck bezeichneten der sowjetische Ökonom Nikolai Kondratjew und sein österreichischer Kollege Joseph Schumpeter einen etwa 50 Jahre umfassenden Zyklus, der jeweils von einer Leittechnologie stimuliert wird, etwa dem Eisenbahnbau (1840 bis 1890), der Elektronik (1890 bis 1940) oder der von Henry Ford erfundenen Fließbandproduktion mittels gewaltiger Stromerzeugung durch fossile Energien (1940 bis 1990). Soll nun im Wellental ein Wiederaufschwung erfolgen, kann das nicht durch eine Revolutionierung im tertiären Sektor erfolgen, also bei Vertrieb, Marketing und Verwaltung.

Vielmehr bräuchte es eine neue Leittechnologie im produzierenden Gewerbe. Die aber haben Amazon, Alibaba, Facebook und Google nicht zu bieten.

Der medizinisch-digitale Komplex

Daran arbeiten andere, nämlich das Finanzkapital und Bill Gates: Der Eingriff in den menschlichen Körper und in unser Erbgut - euphemistisch als Gesundheitspolitik umschrieben - soll die Profite bringen, die in den traditionellen Industrien nicht mehr zu erzielen sind. Eine "Armee von Digital Health Startups" sei zum Angriff auf die traditionellen Branchen angetreten, berichtete das Fachportal Smarter Service im November 2020. Hinter den Newcomern "stehen Dutzende Risikokapitalisten ... mit sehr viel Geld. Laut CB Insights haben in diesem Jahr 150 Digital-Health-Startups insgesamt über 20 Milliarden Dollar an Finanzmitteln von mehr als 900 Einzelinvestoren erhalten."

Man darf annehmen, daß zu den Geldgebern der neuen Wachstumsbranchen auch die großen Kapitalsammelstellen wie Blackrock oder der billionenschwere Council for Inclusive Capitalism gehört, den eine Rothschild-Gattin zusammen mit dem Vatikan geschmiedet hat (siehe Seite 71 f.). Die Startups arbeiten laut Smarter Service an Lösungen für "Telemedizin, digitale Prävention und Digitalisierung der Pflege". Bill Gates liefert dann die mRNA-Impfstoffe, die selbstständig entsprechende Wirkstoffe ausschütten, wenn unsere in einer Cloud erfaßten Meßwerte vom Mittelwert abweichen, den die Künstliche Intelligenz errechnet hat.

Das von Henry Ford eingeleitete Zeitalter des Massenkonsums ist vorbei.

Transhumanismus ist der nächste Boom: der Einbau von Mikrochips in unsere Hirne, wovon Elon Musk träumt. Oder Eingriffe in unser Erbgut, die die physischen und kognitiven Fähigkeiten unserer Nachkommen erhöhen: größer, stärker, schneller, klüger. Auch die Lüge der Transgender-Ideologen kann dann wahr gemacht werden: Zwitterwesen mit männlichen und weiblichen Geschlechtsorganen, im Labor zurechtgeschnippelt - die Crispr-Genschere macht's möglich. Entscheidender Fürsprecher dieser Überwindung des Homo sapiens ist übrigens Klaus Schwab, der Chef des Weltwirtschaftsforums (siehe Seite 56 bis 59).

Doch diese Körperoptimierung wird nur für wenige bezahlbar sein - und auch die Elektroautos, die die Verbrenner ersetzen sollen, wird sich nur noch eine Minderheit leisten können. Der Rückgang der Stückzahlen wird kompensiert durch einen viel höheren Einzelverkaufspreis - und durch viel geringeren Arbeitskräfteeinsatz in der Produktion. Die neuen Wachstumsbranchen zielen auf reiche Kundschaft - das von Henry Ford eingeleitete Zeitalter des Massenkonsums ist vorbei.

Kommunismus fürs gemeine Volk

Für das gemeine Volk sieht Klaus Schwabs Great Reset eine Art Armutskommunismus vor. "Du wirst nichts besitzen und glücklich sein", wie es in einer Werbebotschaft des Weltwirtschaftsforums über die Welt der Zukunft heißt. Das neue Modell wird schon von den Plattformbetreibern Airbnb und Uber eingeübt: Man gibt die Souveränität über die eigene Wohnung und das eigene Auto auf und stellt diese anderen zur Verfügung. Wir sollen uns daran gewöhnen, daß wir alles mit allen teilen müssen - Sharing Economy heißt das.

Die Beispiele zeigen, daß man, anders als Srnicek und die Linken, nicht von Plattform-Kapitalismus, sondern eher von Plattform-Kommunismus sprechen sollte. Aber auch das ist nicht ganz richtig. Der Kapitalismus wird zwar abgeschafft. Aber nicht zugunsten eines Kommunismus, denn der bedeutet ja staatliche Planwirtschaft ohne Privateigentum an Produktionsmitteln. Statt dessen droht die Wiederkehr einer Sklavenhaltergesellschaft, die vom Staat kommandiert wird, aber ohne Enteignung der großen Privatvermögen.

Das ist die einzige Lösung für die Superreichen, denn die beiden Wege, den Kapitalismus zu retten, sind gescheitert: Die Arbeitskraft zu verbilligen, wie es die Monetaristen vorschlugen, führte zu unverkäuflicher Überproduktion. Geld in die Märkte zu pumpen, um Nachfrage für die Überproduktion zu schaffen - das Rezept der Keynesianer - führte zu hoffnungsloser Überschuldung.

An die Stelle des marktbasierten Kapitalismus tritt folgerichtig ein Pharao-System ohne Marktkonkurrenz, in dem der Staat die Produktion planwirtschaftlich lenkt und seine Untertanen alimentiert - die einen mehr und die anderen weniger, natürlich immer zum Vorteil der Finanzaristokratie. Die Regierung verteilt in diesem System an alle Geld, so wie sie bisher Hartz-IV verteilt hat - aber künftig nicht mehr als Bargeld, sondern elektronisch. Im Grunde handelt es sich dabei nur noch um Bezugsscheine.

"Du wirst nichts besitzen und glücklich sein."

Weltwirtschaftsforum

Diese Entwicklung wollten die Eliten bisher mit der Klima-Demagogie durchsetzen, doch der Erfolg war bescheiden - zu viele Menschen hatten ihre fünf Sinne noch beisammen und glaubten den Schwindel nicht. Mit der Corona-Hysterie wurde der Widerstand gebrochen: Man hat Todesangst verbreitet und damit aus selbstbewußten Bürgern zitternde Untertanen gemacht, denen man jedes Opfer abverlangen kann.

Kriegsgefahr

Am Ende einer langen Welle kam es in der Vergangenheit immer zu dramatischen politischen Umbrüchen: Dem Auslaufen des Eisenbahn-Zyklus folgte der Erste Weltkrieg, der Zweite stand am Ende des Elektronik-Zyklus, und in der Götterdämmerung der fordistischen Ära kol-

labierte der Ostblock.

Der Weltbrand 1914 wurde von Lenin aus der "Stagnation und Fäulnis" des imperialistischen Systems abgeleitet, die mit einem Zusammenbruch der Marktwirtschaft und des Parlamentarismus einhergehe. "Auf der Arbeit des Kleinproduzenten beruhendes Privateigentum, freie Konkurrenz, Demokratie - alle diese Schlagworte ... liegen weit zurück."

Tatsächlich beobachten wir Fäulnis auch im heutigen Deutschland: Die früher dynamische Wirtschaftsnation ist mittlerweile unfähig, Großprojekte wie den BER oder Stuttgart 21 zu stemmen, Infrastrukturen wie die Bahn oder Schnellstraßen verrotten. Wie am Anfang des 20. Jahrhunderts ist die industrielle Innovation verebbt, die Profitmaximierung erfolgt ersatzweise durch finanzkapitalistische Hütchenspiele.<<

01.07.2021

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Juli 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: "15jährige Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland"

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 6 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 diese 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 6 strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefen) und indirekte (stets zur Verfügung stehende und sofort einsatzbereite) Energiespeicher mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt fehlen.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Kernkraftwerkes gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden.

In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes.

Die Stromversorgung gehört zu den wichtigen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge

Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne

Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand. Die Energie- und Wasserversorgung gelten in einem Sozialstaat nicht umsonst zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten.

Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 und Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit. Danach müssen u.a. lebenswichtige Güter und Dienstleistungen dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden.

Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Es kann niemals zu den Aufgaben und Pflichten von gewählten deutschen Abgeordneten gehören, die nationale Stromversorgung und damit zwangsläufig die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu gefährden.

Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Freiheit sowie Gewährleistung der Sicherheit

Das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen zu schützen, zählt zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierten Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern als Repräsentanten des gesamten Volkes nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur dem eigenen Gewissen unterworfen (Artikel 38 Grundgesetz).

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.* ...) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Deutschen schützen muß, sind alle Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht zum Beispiel Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Nach den Grundsätzen des Rechtsstaates darf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die lebensbedrohlichen Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren, sondern ist von Amts wegen verpflichtet, zu prüfen, ob die angeordneten Maßnahmen der Bundesregierung tatsächlich mit dem Grundge-

setz vereinbar sind und ob diese staatlichen Maßnahmen der sog. "Energiewende" das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der Nachbarländer bedrohen können.

Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden schließlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen. ...<<

13.07.2021

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 13. Juli 2021 (x1.060): >>Die Globalismus-Erfinder

Die von George Orwell entworfene Dystopie einer weltumspannenden, von Ideologie getriebenen Organisation ist längst Wirklichkeit geworden.

Die meisten Patrioten stimmen darin überein, daß wir etwas bekämpfen, was Globalismus genannt wird. Aber was ist das? Zuerst und vor allem ist es eine britische Erfindung. Der moderne Globalismus wurde im viktorianischen England geboren und später durch Großbritanniens Fabian-Sozialisten - nach der Fabian Society, einer einflußreichen reformistischen sozialistischen Strömung - gefördert.

Inzwischen ist es zum in der heutigen Welt dominanten Glaubenssystem avanciert. George Orwell nannte es Ingsoc. In seinem Roman "1984" prophezeite Orwell eine Zukunft, in der das britische Empire mit den Vereinigten Staaten zu Oceania verschmilzt, einem Superstaat unter der Herrschaft einer bösen Ideologie namens Ingsoc - einer Kurzform von English Socialism. Orwells Dystopie basierte auf seiner Kenntnis tatsächlicher globalistischer Pläne.

von *Richard Poe*

"Weltföderation"

Vor dem Hintergrund sich ausweitender britischer Macht im 19. Jahrhundert schien eine globale Vorherrschaft unausweichlich. Die Verwalter des Imperiums schmiedeten Pläne für eine unter britischer Herrschaft vereinte Welt. Der Schlüssel zu ihrer Realisierung lag in der Vereinigung eigener Kräfte mit denen der Vereinigten Staaten, ganz so, wie Orwell es in seinem Roman beschrieb. Viele Anglophile in den USA waren begierig darauf, sich diesem Plan anzuschließen.

"Wir sind ein Teil, und zwar ein großer Teil, des größeren Britanniens, das so offenkundig dazu bestimmt zu sein scheint, diesen Planeten zu beherrschen ...", begeisterte sich die New York Times 1897 im Zuge der Festivitäten zu Königin Victorias Diamantjubiläum.

1842 schrieb Alfred Tennyson - der schon bald zu Königin Victorias lorbeerbekränztem Hofpoeten wurde - das Gedicht "Locksley Hall". Es entwarf die Vision eines goldenen Zeitalters des Friedens unter "universellem Recht", eines "Menschenparlaments" und einer "Weltföderation".

In Tennysons Worten zeichneten sich bereits der Völkerbund und die UN ab. Doch Tennyson war nicht der Erfinder dieser Konzepte. Er feierte nur Pläne, die unter britischen Eliten bereits kursierten. Generationen britischer Globalisten haben Tennysons Gedicht verehrt, als sei es die Heilige Schrift. Winston Churchill pries es 1931 als "die wundervollste aller modernen Prophezeiungen". Er bezeichnete den Völkerbund als die Erfüllung der Vision Tennysons.

Liberaler Imperialismus

Ein anderer britischer Führer, den Tennysons Gedicht beeinflusste, war der Philosoph John Ruskin. In seiner ersten Vorlesung 1870 in Oxford begeisterte Ruskin die Studenten, indem er erklärte, es sei Großbritanniens Schicksal, zu "regieren oder zu sterben" - die Welt zu beherrschen oder durch andere beherrscht zu werden. Mit diesen Worten hob Ruskin eine Doktrin aus der Taufe, die bald als "liberaler Imperialismus" bekannt werden sollte - die Vorstellung, daß "liberale" Länder barbarische erobern sollten, um "liberale" Werte zu verbreiten.

Ein besserer Name wäre wohl "sozialistischer Imperialismus", da die meisten Menschen, die dieses Konzept propagierten, tatsächlich Sozialisten waren.

Ruskin bezeichnete sich selbst als Kommunisten, noch ehe Marx "Das Kapital" fertiggestellt hatte. Aus Ruskins Perspektive war das British Empire das perfekte Vehikel, um den Sozialismus zu verbreiten. Ruskins Sozialismus verband sich in seltsamer Weise mit seinem Elitismus. Er rühmte die Überlegenheit der nördlichen Rassen, worunter er die Normannen, Kelten und Angelsachsen, die England bildeten, meinte. Er betrachtete die Aristokratie - nicht die einfachen Menschen - als Verkörperung britischer Tugend. Ruskin war auch Okkultist und - laut einigen Biografen - ein Pädophiler. In dieser Hinsicht ähnelten seine Exzentrizitäten denen, die in gewissen globalistischen Kreisen noch heute als schick gelten.

Die Rhodes-Stiftung

Ruskins Lehren inspirierten eine Generation britischer Staatsmänner. Einer der ergebensten Ruskinianer war Cecil Rhodes (1853 bis 1902). Als Student hörte Rhodes Ruskins Inauguralvorlesung und verfaßte davon eine Niederschrift, die er für den Rest seines Lebens aufbewahrte. Als Staatsmann trieb Rhodes die britische Expansion aggressiv voran. "Je größer der Teil der Welt ist, den wir bevölkern, desto besser ist es für die menschliche Rasse", erklärte er.

In seinem Testament hinterließ Rhodes ein Vermögen zur Förderung einer "weltweiten britischen Herrschaft", der Zusammenführung aller englischsprachigen Länder in einer einzigen Föderation, und - mit den Worten Rhodes' - "der endgültigen Wiederherstellung der Vereinigten Staaten als integraler Teil des British Empire".

All dies sei dazu bestimmt, zur "Grundlegung einer Macht" zu führen, "die so groß ist, hernach Kriege zu verunmöglichen und die besten Interessen der Menschheit zu befördern", schließt Rhodes in seinem Testament. Folglich wäre der Weltfrieden durch britische Hegemonie zu erreichen. Um die 1890er-Jahre stimmten die meisten britischen Führer hierin mit Rhodes überein.

Der Round Table

Im Anschluß an Rhodes' Tod im Jahr 1902 übernahm Alfred Milner dessen Bewegung und initiierte heimliche "Round Table-Gruppen", um Propaganda für eine weltweite Föderation englischsprachiger Länder zu betreiben. In jedem Zielland - einschließlich den USA - rekrutierten Round Table-Mitglieder lokale Führer, die als "Judas-Böcke" fungieren sollten. Ein Judas-Bock ist ein Tier, das darauf trainiert ist, andere zum Schlachter zu führen.

Tatsächlich führte der Round Table die Menschen in ein buchstäbliches Schlachthaus. Man erwartete einen Krieg gegen Deutschland. Der Round Table strebte nach Zusagen aller englischsprachiger Kolonien, Truppen zu entsenden, wenn die Zeit dazu gekommen war. Australien, Kanada, Neuseeland und Südafrika sagten zu.

Dies geschah absichtsvoll. Gemäß britischen Absichten.

Generationen von Schulkindern haben gelernt, Woodrow Wilson sei der Vater der Globalismus. Aber Wilsons "Ideale" wurden ihm löffelweise von britischen Agenten verabreicht.

Krieg, um den Krieg zu beenden

Am 14. August 1914 - nur 10 Tage, nachdem England den Krieg erklärt hatte - schrieb der Romancier H. G. Wells einen Artikel mit der Überschrift "Der Krieg, der den Krieg beenden wird". "(D)ies ist nun ein Krieg für den Frieden", ... erklärte er. "Er zielt auf eine Übereinkunft, die Derartiges ein für alle Mal beenden wird."

Wells veröffentlichte im Oktober 1914 eine Buchversion von "Der Krieg, der den Krieg beenden wird". Er schrieb:

"Wenn Liberale überall auf der Welt ... auf einer Weltkonferenz am Ende dieses Konflikts beharren werden, ... könnten sie ... einen Friedensbund schaffen, der den Globus kontrollieren wird."

Wells hatte die Idee eines Friedensbundes nicht erfunden. Er unterstützte schlicht die offiziel-

le britische Politik. Wells war Geheimagent des Kriegspropagandabüros Großbritanniens (bekannt als Wellington House).

Britische Agenten im Weißen Haus

Britischen Führern war klar, daß ihr Friedensbund ohne die Unterstützung der USA niemals Erfolg haben würde. Aus diesem Grund unternahmen britische Geheimdienste besondere Anstrengungen, um Wilsons Weißes Haus zu infiltrieren, was sich als überraschend einfach erwies.

Wilson's engster Berater war "Colonel" Edward House, ein Texaner mit starken familiären Bindungen an England. Während des Bürgerkriegs machte Houses Vater, ein gebürtiger Brite, ein Vermögen als Blockadebrecher, der mit Baumwolle für britische Munition handelte, die zur Bewaffnung von Rebellen gebraucht wurde. Der junge Edward House und sein Bruder besuchten englische Internate.

Während er Präsident Wilson beriet, arbeitete Colonel House eng mit britischen Spionen, insbesondere Sir William Wiseman, dem Leiter des US-Stützpunktes des britischen Secret Intelligence Service (SIS), zusammen. House, Wiseman und Wilson wurden intime Freunde, die sogar gemeinsame Urlaube verbrachten.

Die Idee eines "Völkerbunds" kam von Sir Edward Grey, Großbritanniens Außenminister. In einem Brief vom 22. September 1915 fragte Grey Colonel House, ob sich der Präsident überzeugen ließe, einen Völkerbund vorzuschlagen, da der Vorschlag besser aufgenommen würde, wenn er vom US-Präsident stamme.

Als Wilson 1919 der Pariser Friedenskonferenz beiwohnte, hielten sich Wiseman und House dicht an seiner Seite und steuerten jede seiner Handlungen, zusammen mit einer Schar weiterer britischer und US-amerikanischer Beamter, die alle die globalistische Agenda unterstützten; viele standen in direkter Verbindung zum Round Table.

Die besondere Beziehung

Der frühere SIS-Beamte John Bruce Lockhart nannte Wiseman später "den erfolgreichsten 'Einflußagenten', den die Briten je hatten". Der britische Historiker A. J. P. Taylor schrieb, daß "er (Wiseman) und House die 'besondere Beziehung' Wirklichkeit werden ließen".

Viele Historiker vertreten die Ansicht, daß die "besondere Beziehung" zwischen den USA und dem UK erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Schaffung der NATO und der UNO begann. Taylor merkt jedoch zu Recht an, daß die Saat für diese "besondere Beziehung" schon früher bei der Pariser Friedenskonferenz von 1919 gesetzt worden war.

In Paris kamen Funktionäre der USA und Großbritanniens insgeheim darin überein, ihre Politik dergestalt zu koordinieren, daß beide Länder wie ein einziges agierten. Man schuf mit Chatham House (UK) und dem Council on Foreign Relations (US) zwei Thinktanks, um dies zu erleichtern.

Zur großen Beunruhigung der britischen Globalisten weigerte sich der US-amerikanische Senat, dem Völkerbund beizutreten. Es bedurfte eines weiteren Weltkrieges - und des Überzeugungstalents Winston Churchills -, um schließlich die USA, mittels der NATO und der UNO, in globale Herrschaft einzubinden.

Winston Churchill, Vater des modernen Globalismus

Churchills Vision globalen Regierens wies eine seltsame Ähnlichkeit zu der Cecil Rhodes' und des Round Table auf. Churchill forderte eine durch eine "besondere Beziehung" der englischsprachigen Länder zueinander gestützte "Weltorganisation".

Am 16. Februar 1944 mahnte Churchill, dass, "wenn nicht Großbritannien und die Vereinigten Staaten in einer besonderen Beziehung vereint sind ... im Rahmen einer Weltorganisation, ein weiterer zerstörerischer Krieg stattfinden wird". Entsprechend wurde die UNO am 24. Oktober 1945 gegründet.

Die UNO war allerdings nicht genug. Cecil Rhodes und der Round Table hatten stets die An-

sicht vertreten, daß die wahre Macht hinter jeder globalen Regierung bei einer Union englischsprachiger Länder liegen müsse. Churchill wiederholte diesen Plan in seiner "Eiserner Vorhang-Rede" vom 5. März 1946.

Churchill warnte, die UNO verfüge über "keine internationale Streitmacht" und keine Atombomben. Die USA müßten sich daher mit Großbritannien und anderen englischsprachigen Ländern in einer militärischen Allianz verbünden, argumentierte Churchill. Keine andere Macht sei in der Lage, die Sowjets aufzuhalten.

"Brüderliche Gesellschaft der englischsprachigen Völker"

Churchill erklärte, daß eine "Weltorganisation" ohne "die brüderliche Gesellschaft der englischsprachigen Völker" nutzlos wäre. "Dies bedeutet eine besondere Beziehung zwischen dem britischen Commonwealth und Empire und den Vereinigten Staaten."

Churchills Worte führten zum NATO-Vertrag von 1949 und der "Five Eyes-Vereinbarung", die die nachrichtendienstlichen Bemühungen der USA, des Vereinigten Königreichs, Kanadas, Australiens und Neuseelands vereinigte. Schritt für Schritt zog uns Churchill immer näher an den globalen Superstaat heran, den Orwell Oceania nannte.

Orwell, der sich selbst als "Tory-Anarchist" beschrieb, haßte den Sowjet-Kommunismus. Hätte er gewollt, hätte er "1984" als eine Art "Red Dawn" (deutscher Titel: Die rote Flut) schreiben können, mit einem England, das unter sowjetischer Besatzung ächzt. Doch das war nicht Orwells Botschaft. Orwell warnte vor einer Gefahr, die viel näher lag. Er warnte vor den britischen Globalisten und ihrem Plan für eine Union englischsprachigen Länder, getrieben von einer Ingsoc-Ideologie.

In vielerlei Hinsicht ist die Welt, in der wir heute leben, die Welt, die Orwell voraussah.

Richard Poe ist ein preisgekrönter Journalist und Bestsellerautor. Er war unter anderem Reporter für die New York Post und geschäftsführender Herausgeber des East Village Eye. Er lebt in New York.

Redaktionelle Anmerkung: Dieser Text erschien am 29. April 2021 unter dem Titel "How the British invented Globalism". Er wurde von Thorsten Schewe aus dem ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzerteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektoratteam lektoriert.<<

15.07.2021

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 15. Juli 2021 (x1.056): >>Willkommen in der Neuen Weltordnung

Die Transformation der Welt in eine Dystopie hat sich schon lange am Horizont abgezeichnet - nun ist dieser Wandel im vollen Gange.

von *Ullrich Mies*

In der alten Normalität war häufig von einer "Neuen Weltordnung" die Rede. Was damals noch etwas abstrakt schien, nimmt nun während des Corona-Ausnahmestandes Gestalt an. Was neu zu sein scheint, ist im Grunde genommen eine Verschärfung und Zuspitzung der tiefenstaatlichen Aktivitäten und Psy-Ops der letzten Jahrzehnte. Sah man in der alten Normalität nur sporadisch die spitzen Flossen, springen die gierigen Haifische des Raubtierkapitalismus nun unverhüllt aus dem Wasser. Sie sind sich ihrer Macht so sicher, daß sie gar nicht mehr groß Anstalten machen, im Verborgenen zu operieren.

Der Politologe Ullrich Mies skizzierte diese düsteren Entwicklungen bei einer Rede in Bochum.

Nach 16 Monaten Corona-Terror steht für kritische Zeitbeobachter fest: Wir stecken in einer gigantischen Lügen-Pandemie, mitten in einer transnational orchestrierten psychologischen Kriegsoperation gegen die Völker.

Bereits kurze Zeit nach Ausrufung der sogenannten Pandemie waren die Widersprüche, die Willkürmaßnahmen und der permanente Rechtsbruch offensichtlich. Spätestens nach einigen

Wochen hätten allein die folgenden Maßnahmen und Aktivitäten der Regierungen jeden Menschen aufhorchen lassen müssen.

Ich will nur einige wenige Punkte nennen:

die Freistellung der Impfkonzerne von jeder Haftung, die "Instrumentalisierung" der Menschen als Versuchskaninchen für nicht hinreichend erforschte "Impfstoffe", die degoutante Unterstützung spezifischer Impfkonzerne durch die deutsche Regierung, die systematisch geführten Angstkampagnen, die unglaubliche Gleichförmigkeit der Berichterstattung und die gezielte Zerstörung des Klein- und Mittelstandes.

Und dann sind da noch die unaufgeklärten politischen Morde im In- und Ausland.

Angstproduktion und Corona-Terror

Die Coronakrise ist die perfektionierte Fortsetzung des Terrors mit anderen Mitteln. Das Ziel der Herrschenden war immer, die breite Bevölkerung mit Angst unter Kontrolle zu halten. Der produzierte Terror beginnt bereits in den 1960er-, 1970er-Jahren mit Italien als Labor. Dann weiter in München 1972, im August 1980 in Bologna. Seitdem folgten Anschläge in London, Madrid, Amsterdam, Oslo, Paris, Brüssel, Nizza, auf dem Maidan/Ukraine, in Berlin und Hana. Die Anschläge bleiben meist unaufgeklärt und verlieren sich im Dunkel NATO-basierter Geheimarmeen, Geheimdienstoperationen und geheimer Staatspolizeien. Bei sämtlichen Anschlägen ging es um die Strategie der Spannung, der Angstproduktion in Europa, aber auch weltweit.

9/11 markierte den entscheidenden Wendepunkt einer terroristischen Großoperation. Bereits 2001 ging es maßgeblich um Angst- und Schreckensproduktion. Der "war on terror" nahm seinen Ausgang, und weil die Angst vor den bösen Islamisten Ende 2019 weitgehend abgefrühstückt war, mußte eine neue Großoffensive gestartet werden, die sich ab Februar 2020 mit COVID-19 als "war on infection" entfaltete.

Das wesentliche Motiv des Staatsterrors ist, durch Angst- und Feindproduktion nach außen und innen den Zivilgesellschaften immer höhere Mittel abzapfen oder aber eine Zeitenwende einzuleiten. Das heißt, die Zentren der Macht schaffen - sieht man von Naturkatastrophen ab - erst die Krisen und Kriege, aus denen sie die Menschen später angeblich retten wollen. Sie produzieren Kriege nach außen und nach innen und schaffen durch Spannungen das Klima, das die Gesellschaften von innen zersetzt.

Bei der "Corona-Plandemie" handelt es sich um eine lang vorbereitete, koordinierte und hochdiversifizierte Staatsterror-Psyop- und Mindcontrol-Operation gegen die Völker. Sie ist ein Hundedressurakt für Menschen ohne Beispiel in der Geschichte. Zahlreiche "Panikpapiere", die ans Licht der Öffentlichkeit gelangten, beweisen dies.

Wer sind die Täter?

Es sind die Globalisten und ihre komplexe Herrschaftsarchitektur. Sie setzen sich zusammen aus Big Money, also den Reichen und Superreichen, Oligarchen und Plutokraten, den Kapital-sammelstellen wie BlackRock, Vanguard & Co., Big Corporations, unter anderen Big Data, Big Pharma und Big Tech, dem Militär-Industrie-Sicherheitskomplex, den Geheimdiensten, den PR- und Propaganda-Agenturen, Konzern-Medienkonglomeraten - alle verfügen über zahllose Thinktanks. Die Regierungen sind die ausführenden Organe der Globalisten. Und die Merkel-Demokratie-Mutante ist da besonders gründlich.

Das neue Herrschaftsmittel der Globalisten ist eine Gesundheitsdiktatur auf der Grundlage jederzeit aktivierbarer Infektionsregime. Gestern COVID-19, heute die Delta-Variante, morgen die Omega-Mutante, übermorgen ein "Biological Warfare-Angriff". Die Globalisten wollen die Rückkehr zu jeder Form eines Lebens verbauen, das irgend etwas mit "Normalität" zu tun hat. Nach der bisherigen Zerstörung von Wirtschaft und Gesellschaft ist das ohnehin nicht mehr möglich. Die Globalisten werden ihr Infektionsregime mit korrupten Politikern, Wissenschaftlern, PR-Agenturen, Herrschaftsmedien und Propaganda-Söldnern so lange füttern und

mästen, wie sie es zur Umsetzung ihrer angestrebten totalitären Neuen Weltordnung benötigen.

Daß sie Hunderte hochqualifizierte Mediziner und internationale Wissenschaftler nicht hören, Richter, die nicht zu gewünschten Urteilen gelangen, terrorisieren, mit Gestapo-Methoden arbeiten, Menschen aus ihren Berufen mobben und die Zensur- und Löschtasten bei YouTube, Facebook, Twitter heiß laufen, muß ich euch nicht erzählen.

Alles Exzesse eines vollkommen aus dem demokratischen Ruder gelaufenen und abgewirtschafteten Regimes. Politkriminelle, Opportunisten, Psychopathen, Antideutsche und Machiavellisten haben das Land in eine offene Psychiatrie verwandelt.

Die Mär von der großen Sorge

Die große Sorge der Politik um die "Volksgesundheit" ist die verlogenste Nummer in der Menschheitsgeschichte. Zu keinem Zeitpunkt gab es weltweit auch nur ansatzweise vergleichbar koordinierte Anstrengungen zur Bekämpfung der wirklichen Bevölkerungskiller pandemischen Ausmaßes, die die Industrieländer seit Jahrzehnten begleiten: Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes, Übergewicht und Adipositas, Krebs und Depressionen.

Millionen sterben allein in Deutschland vorzeitig an diesen Zivilisationskrankheiten. Alle diese Zivilisationskrankheiten konnten nicht annähernd die diktatorischen Maßnahmen entfalten, wie wir sie heute mit dieser erfundenen Pandemie erleben. Diese gäbe es gar nicht, hätte die WHO die Pandemie-Definition nicht 2009 geändert. Das bedeutet: Auf die Infektionsnummer haben sie locker 10 Jahre hingearbeitet!

Die sorgenvollen Bekundungen der Merkel-Regierung zur Bevölkerungsgesundheit sind erstunken und erlogen. Läge der herrschenden Politik-Kaste dieses Landes das Wohlergehen der Bevölkerung am Herzen, hätte sie das Gesundheitswesen nicht Profithaien und ihren korrupten Provisionskomparsen in den Rachen geworfen, die Kliniken nicht privatisiert, die Krankenhauskapazitäten nicht abgebaut und diese nicht unter das Primat der Profiterwirtschaftung gestellt.

Einer dieser Provisionskomparsen aus der Privatisierungsgeisterbahn heißt Karl Lauterbach. Ich kenne viele Kandidaten in politischen Spitzenpositionen, die vor ein internationales Verbrechertribunal gehören, denn die Korruption in der Polit-Kaste hat mit den Privatisierungsorgien des Staatsvermögens seit den 1980er-Jahren Epidemiecharakter nationaler Tragweite angenommen.

Eine militärische Befreiung von außen, die dieses Land noch retten könnte, ist leider nicht zu erwarten.

Corona als Zeitenwende

Corona ist - wie WEF-Fan Prinz Phillip von England es nannte - das "window of opportunity" und damit nichts anderes als ein Ausstiegs-, Umstiegs- und Destruktionsszenario. Die Globalisten erkannten, daß sie mit ihrem alten Kapitalismusmodell so nicht mehr weitermachen konnten und den Planeten vor die Wand fahren würden. Corona heißt nun das neue Geschäftsmodell des Übergangs, bis sie mit "Great Reset" und "Vierter Industrieller Revolution" da angekommen sind, wo sie wirklich hinwollen: in die "New World Order" oder "One World Order".

Und in dieser Neuen Weltordnung wollen die alten Cliques, die sich nun hinter der Ideologie des Gesundheitsschutzes und schon bald der Klimarettung verstecken, dieselben sein. Die Demokratie interessiert sie einen feuchten Dreck, und tatsächlich haben sie diese bereits auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen.

Spätestens seit Februar 2020 haben wir es im Westen mit einer Pandemie der besonderen Art zu tun, mit einer polit-medialen Pest. Diese schwere strukturelle politische Krankheit markiert das Endstadium des westlichen Katastrophenkapitalismus und den Übergang in ein neues kapitalistisches Profit-Regime. Diesem ebnet die Regierungen als Demokratie-Abrißbirnen den

Weg. Als "Deep & Corrupt Government" exekutiert die Merkel-Regierung allein den Willen von Globalisten und NATO-Kriegstreibern wobei die Konzern-Medien und die Öffentlich-Rechtlichen zur volksverhetzenden Verblödungsindustrie verkommen sind.

Warum die Lockdowns?

Eine der ganz großen Public-Relations- und Propaganda-Firmen, die US-Agentur Edelman, kam in ihren 2020er und 2021er Vertrauensbarometern zu verheerenden Werten im weltweiten Durchschnitt insbesondere für Regierungen und Medien: ein Allzeit-Tief!

Nach allen politischen Fehlleistungen, Skandalen und Verbrechen der politmedialen Kaste mußte etwas geschehen, nicht nur in Deutschland. Und genau deshalb zogen sie mit der Coronakrise die Reißleine. In der Militärstrategie heißt das "Shock and Awe" - Schock und Einschüchterung. Die Globalisten hatten Angst vor dem politischen Kollaps und weiteren Volksaufständen wie in Frankreich. Und wenn die Massen ihren Regierungen nicht mehr über den Weg trauen, dann sollten sie nun lernen, sich unter ihrer Knute zu fügen - wie stets in der Geschichte.

Hannah Arendt hat gesagt: "Kein Mensch hat das Recht zu gehorchen." Die Mehrheit fügt sich nun offensichtlich dem verordneten Unrecht und fühlt sich im selbstverschuldeten Gehorsam geborgen. Hier wiederholt sich Geschichte als Tragödie. Auch entwickeln die angstvollen Massen eine widerwärtige Denunziantenmentalität und betrachten die Impfverweigerer als Feinde, zumindest halten sie sie für "unsolidarisch".

Da stellen sich sogleich mehrere Fragen: Solidarisch mit wem eigentlich? Mit Johnson & Johnson, BioNTech/Pfizer, AstraZeneca, Moderna, mit der Bill & Melinda Gates Foundation, mit der Rockefeller-Stiftung, mit der durch Privatinteressen unterwanderten WHO, mit Pentagon/DARPA, Apple, Microsoft, NSA, CIA, mit den Demokratie-Abräumkommandos in den europäischen Regierungsspitzen? Solidarisch mit der stalinistischen Lagerkommandantur eines "rot-rot-grünen" Berliner Senats? Solidarisch mit Schreibtisch-Söldnern und Propaganda-Heckenschützen? Solidarisch mit der Schönen Neuen Merkel-Diktatur?

Es geht nicht um Vernunft, nicht um Argumente, es wird Gehorsam verlangt. Gehorsam verlangen nur Diktaturen. Angst und Ausnahmezustand sollen dauerhaft in das Tiefenbewußtsein der Menschen eingebrannt werden. Die Öffentlichkeit soll sich an die Aussetzung des Grundgesetzes und fundamentaler Bürger- und Freiheitsrechte gewöhnen. Dazu haben sich kranke Juristenhirne das 4. Bevölkerungsschutzgesetz ausgedacht. Allein die Bezeichnung ist schon eine Unverschämtheit. Es handelt sich um ein totalitäres Ermächtigungsgesetz 2.0 mit Anleihen aus vergangen geglaubten Zeiten.

Die Mehrheit unterwirft sich, sie wartet auf Gnade von oben und holt sich den Tagesbefehl aus Fernsehen und Radio ab. Machen wir uns keine Illusionen: Für die Mehrheit war die Demokratie nie etwas anderes als ein Konsumartikel. Und dieser Artikel ist bereits aus dem Angebotssegment verschwunden. Der verordnete politische Zwangskonsum heißt jetzt: totalitärer Überwachungsstaat, Zentralisierung und "Global Governance".

Die wirklichen Akteure der Weltbühne sind die großen und kleinen Kapitalverwalter und Kapitalsammelstellen, die über die unglaubliche Investment- und Korruptions-Power in Höhe von weit mehr als 100 Billionen US-Dollar verfügen. Die gigantischen Vermögen der Superreichen und Reichen sind dabei noch gar nicht berücksichtigt. Das sind die wahren Zentren der Macht. Die herrschenden Politiker exekutieren die Reichtumsverteilung von unten nach oben und die Plünderung der Staatsvermögen.

Mit dem Lockdown als Schockstrategie will die Finanzindustrie alle Staaten in die Totalverschuldung treiben und Generation auf Generation in die Schuldknechtschaft stürzen.

Ausweitung der Staatsschulden

Vor der Coronakrise hatte Deutschland Staatsschulden von circa 2 Billionen Euro. Um diese anzuhäufen, brauchten aller Regierungen Deutschlands zusammen 75 Jahre. Für die Verdopp-

lung dieser Staatsschulden brauchte die Merkel-Mannschaft 3 Monate.

Die 27 EU-Staaten haben zudem ein Haushalts- und Finanzpaket in der historischen Größenordnung von 1,8 Billionen Euro vereinbart.

Für diese gigantische Schuldenbonanza werden die Gläubiger Sicherheiten fordern. Was Deutschland anbelangt, werden sie sich mit Hilfe der Merkel-Clique den noch in öffentlicher Hand befindlichen Wohlstand vollständig unter den Nagel reißen. Der Verfall unserer Infrastruktur wird weitergehen, und das restliche Staatsvermögen in Bahn, Autobahnen, Häfen, Bildung, Gesundheitswesen, Renten, Sparkassen steht auf der Übernahmeliste der räuberischen Gläubiger. Das Schicksal Griechenlands ist für alle Staaten vorgezeichnet.

Und wenn die Kapitalakteure das Restvermögen der Staaten und die störende Konkurrenz des Klein- und Mittelstandes final abgeräumt haben, wenn ihnen also alles gehört und wir über gar nichts mehr zu bestimmen haben, dann werden sie das aufgeblähte Weltfinanzsystem platzen lassen, und den Zeitpunkt bestimmen allein sie. Selbst deutsche Großunternehmen werden mit kriminellen Übernahmepraktiken und Lawfare sturmreif geschossen, damit auch sie von der US-amerikanischen Finanz-Mafia übernommen werden können. Die Monsanto-Übernahme durch Bayer ist nur ein Kriminalstück dieser Kategorie.

Daß weltweit bereits Hunderte Millionen Arbeitsplätze verloren gingen, ist den Abräumkommandos des Katastrophenkapitalismus nicht einmal eine Randnotiz wert. Die Weltbevölkerungsreduktion haben sie ohnehin auf dem Plan.

Nach der Corona-Nummer werden sie ihre große Sorge um die Umwelt und das Klima entdecken. Die Umwelt war ihnen 50 Jahre schießegal, andernfalls hätten sie von den Billionen Dollar und Euro einige Milliarden beispielsweise für eine Flotte von Spezialschiffen bereitgestellt, um die Ozeane von Plastikmüll zu befreien. Die Sorge um Umwelt und Klima dient allein dem Zweck, ihren demokratiefreien Zentralismus durchzusetzen.

Schaut in das offizielle Dokument der UN: die "2030 Agenda for Sustainable Development: Transforming our World" aus September 2015. Da kommt der Begriff "stakeholder" oder "multi-stakeholder" 22-mal, "demokratisch" verschämt 1-mal vor. Das sagt eigentlich bereits alles über die Akteure. Für sie ist die Demokratie Geschichte. Die "stakeholder", das sind die großen Interessengruppen, die Mitentscheider, die unter Ausschluß der Öffentlichkeit und demokratischer Prozesse darüber bestimmen wollen, wie die Welt in Zukunft aussehen soll.

Wohin wollen die Globalisten?

Hinter den Kulissen der Infektionskrisen drehen die Globalisten das ganz große Rad. Die Welt soll in die Neue Weltordnung der Digitalisierung gepreßt werden, es geht um:

5G und die damit verbundene Satellitentechnologie. 5G ist in erster Linie eine Technologie für das Militär, um Kriege auf völlig neuen Grundlagen zu führen. 5G wird installiert, und die Folgen für Mensch und Natur werden vollkommen ignoriert; das Internet of Things, das Internet of Bodies, Technologien einer globalen Infrastruktur der Informationsgesellschaften; eine bargeldlose Welt; Zwangsimpfregime unter Einsatz von Gen- und Nanotechnologie; künstliche Intelligenz in Verbindung mit Post- und Transhumanismus, der Verschmelzung von Mensch und Maschine, und den Aufbau von "Smart Cities".

Forderungen für einen Neuanfang

Zum Schluß möchte ich noch einige Gedanken äußern, wie ich es denn gerne anders hätte:

Auflösung der Parteien in ihrer bisherigen Form und Funktion, Auflösung der korrumpierenden Lobby-Komplexe, Auflösung der Geheimdienste, zumindest deren massive Reduzierung, Kündigung aller Verträge mit der internationalen Anwalts- und Beraterindustrie, die in den Ministerien seit Jahrzehnten Gesetze gegen die Interessen der Bevölkerung schreiben, Neugründung der Europäischen Union als "Europa der Völker", nicht der Konzernwirtschaft und Machteliten, Austritt aus dem militärischen Teil der NATO, Kündigung aller Truppenstationierungsverträge, Austritt aus Weltbank, Internationalem Währungsfonds als Unterdrück-

kungsprojekte des internationalen Finanz- und Anlagekapitals, Reduktion des Militärs auf die Landesverteidigung, Aufarbeitung des Corona-Plots - Verhaftung der Verantwortlichen in Politik und Medien durch verfassungstreue Polizei- und Militäreinheiten und deren Überstellung an ein verfassungstreuem Militärgericht, da die durch und durch korrupte Parteienlandschaft zur Aufarbeitung unfähig ist.

Abschaffung der Politikerimmunität, Konfiszierung der Parteivermögen respektive Politiker- vermögen bei nachgewiesenen Verfassungs-, Rechtsbrüchen sowie der Schädigung der Allgemeinheit, Strafbewehrung bei Bruch von Amtseiden, Stärkung der direkten Demokratie, erstmalige Herstellung der Gewaltenteilung, völlige Neuordnung der Medien, das heißt Unterstellung unter volksdemokratische Kontrolle, eine neue Politiker- und Politikerinnen- Generation muß sich "im Leben" bewährt haben, muß ethisch-moralischen Grundsätzen, der Verfassungs- und Rechtstreue genügen und hierfür vor der Übernahme von öffentlichen Ämtern Rechenschaft ablegen. Nicht jeder charakterfreien Deppin, nicht jedem Deppen, die man in der herrschenden Parteienlandschaft so zahlreich besichtigen kann, darf ein politisches Amt zur Verfügung stehen.

Alles dies käme der Gründung einer neuen Republik nach einer Verfassungsgebenden Versammlung gleich. Die erforderliche Neugründung wird aus meiner Sicht erst dann die notwendige Schubkraft entfalten, wenn sich die US-amerikanische Bevölkerung im Wege einer neuen Revolution von den eigenen Schmarotzern des Deep State befreit hat.

Noch ein Wort zum Samstag: Noch nie in meinem Leben habe ich so viele großartige Menschen kennengelernt wie seit März/April 2020. Und ihr seid ein Teil davon. Dafür danke ich euch! ...

Ullrich Mies ist Sozial- und Politikwissenschaftler. Er studierte in Duisburg und Kingston/Jamaika. Seine Interessenschwerpunkte sind internationale politische Konflikte, organisierte Friedlosigkeit, Staatsterrorismus, Neoliberalismus, Demokratieerosion, Kapitalismus- und Militarismuskritik sowie die Erhaltung der Biodiversität. Er ist seit 1994 selbständig und lebt seit 30 Jahren in den Niederlanden.

Er schreibt für Rubikon, die Neue Rheinische Zeitung, Neue Debatte und viele andere mehr. 2017 erschien von ihm und Jens Wernicke als Herausgeber "Fassadendemokratie und Tiefer Staat: Auf dem Weg in ein autoritäres Zeitalter", 2019 als alleiniger Herausgeber das Buch "Der tiefe Staat schlägt zu: Wie die westliche Welt Krisen erzeugt und Kriege vorbereitet" und 2020 das Buch "MegaManipulation: Ideologische Konditionierung in der Fassadendemokratie".<<

19.07.2021

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 19. Juli 2021 (x1.118/...): >>Wie die WHO die Pandemie-Definition manipulierte - und als autoritative Welt-Regierung agiert

Bis zum April 2009 bestimmte eine eindeutige Definition der WHO, was eine Pandemie ist. Es war klar, wann sie eine aktuelle Pandemie ausruft, nach der sich dann die Regierungen mit ihren Maßnahmen richten. Doch wesentliche Kriterien wurden von der WHO klammheimlich gestrichen und durch dehnbare Formulierungen ersetzt, die es möglich machen, eine Pandemie auszurufen, auch wenn in der Realität gar keine besteht. Dies wiederum versetzt die eng mit ihr verbundene Pharmaindustrie in die Lage, Arm in Arm mit den Regierungen als einzige Rettung lukrative Impf-Kampagnen zu starten.

Wesentliche Kriterien waren, daß sich in weiten Teilen der Welt eine gefährliche Infektionskrankheit mit hohen Krankheits- und Todeszahlen ausbreitet. Das entspricht ja auch der allgemeinen Vorstellung der Menschen von einer Pandemie. Noch 2008 hieß es bei der WHO: "Eine Influenzapandemie tritt auf, wenn ein neuartiges Influenzavirus auftritt, gegen welches die menschliche Bevölkerung nur eine begrenzte oder gar keine Immunität besitzt und das

effizient von Mensch zu Mensch übertragen wird, was zu mehreren gleichzeitigen Epidemien weltweit mit dem Potential für erhebliche Morbidität (Erkrankungs-Häufigkeit) und Mortalität (Sterblichkeit) führt."

Dann trat Anfang 2009 die sogenannte Schweinegrippe auf. Die WHO änderte im Mai 2009 still und leise ihre Pandemie-Definition wie folgt:

"Phase 6, die Pandemiephase, ist gekennzeichnet durch Ausbrüche auf lokaler Ebene in mindestens einem anderen Land in einer anderen WHO-Region zusätzlich zu den in Phase 5 definierten Kriterien (der Ausbreitung des Virus von Mensch zu Mensch in mindestens zwei Ländern einer WHO-Region). Die Feststellung dieser Phase wird darauf hindeuten, daß eine globale Pandemie im Gange ist."

Die bisherigen wesentlichen Kriterien der hohen Morbidität und Mortalität waren gestrichen. Wie viele Menschen weltweit erkranken oder sterben, ist von da ab kein Kriterium mehr für eine Pandemie.

Aufgrund dieser neuen Pandemie-Definition war es der WHO möglich, wenige Wochen später, am 11. Juni 2009, eine Schweinegrippe-Pandemie auszurufen. Danach wurde von Medien und Wissenschaftlern eine ungeheuren Angst-Kampagne losgetreten und allein in Deutschland 30 Millionen Infizierte und extreme Krankheitsverläufe sowie 35.000 Tote prognostiziert. Die Bundesregierung kaufte 34 Millionen Impfdosen.

Doch am Ende war es eine Influenza im Rahmen einer milden saisonalen Grippe mit in Deutschland rund 226.000 bestätigten Fällen der Schweinegrippe und 250 ihr zurechenbaren Todesfällen. Die Bundesländer blieben auf 28,3 Millionen Impfdosen sitzen, die vernichtet werden mußten, Verlust: 239 Millionen Euro (Wikipedia).

Einige merkten es

Peter Doshi, leitender Redakteur beim 'British Medical Journal' (BMJ) bemerkte sehr früh die Veränderung der Pandemie-Definition durch die WHO und schrieb, so die Schweizer Zeitschrift 'Kernpunkte', an den Herausgeber des BMJ:

"Seit dem Ausbruch von H1N1 (Schweinegrippe-Virus) scheint sich die Weltgesundheitsorganisation (WHO) von der Vorstellung zu distanzieren, daß sie jemals das Konzept einer Influenzapandemie als notwendig katastrophales Ereignis vertreten hat. Im vergangenen Mai erklärte die WHO-Generaldirektorin, daß die hochpathogene Vogelgrippe H5N1 'die Öffentlichkeit darauf konditioniert hat, eine Influenza-Pandemie mit sehr schweren Erkrankungen und hoher Sterblichkeit gleichzusetzen. Ein solches Krankheitsmuster ist während einer Pandemie keineswegs unvermeidlich. Im Gegenteil, es ist die Ausnahme.' (!)

Ich stimme nicht zu. Es sind die Organisationen des öffentlichen Gesundheitswesens - nicht die Viren -, die das öffentliche Verständnis der pandemischen Influenza geprägt haben. Im BMJ habe ich letzten September dokumentiert, wie die WHO ihre langjährige Definition von 'Grippepandemie' wenige Wochen nach dem Auftreten von H1N1 (Schweinegrippe-Virus) geändert hat. Die Organisation strich die Formulierung 'enorme Anzahl von Todesfällen und Erkrankungen' aus der Definition. Nach der neuen Definition müssen Pandemien nicht mehr schwerwiegend sein."

Auch Tom Jefferson, britischer Epidemiologe, merkte in einem Spiegel-Interview kurz darauf, am 20. Juli 2009, an: "Finden Sie es nicht bemerkenswert, daß die WHO ... ihre Pandemie-Definition geändert hat? Das Kriterium, daß es sich dabei um eine Krankheit mit hoher Sterblichkeit handeln muß, wurde einfach gestrichen."

Und Paul Flynn, Special Reporter im Europarat, berichtete am 23. März 2010:

"Die WHO behauptet nach wie vor, daß sich die grundlegende Definition einer Pandemie nie geändert hat. Es gibt hieb- und stichfeste Beweise dafür, daß die früheren Kriterien der Auswirkung und Schwere einer Epidemie in Bezug auf die Zahl der Infektionen und Todesfälle bei der Definition für den Eintritt in die Pandemiestufe nicht mehr berücksichtigt wurden, als

die neue WHO-Leitlinie zur Influenza im Mai 2009 veröffentlicht wurde."

Und Roland Tüscher von den Kernpunkten fügt die Bemerkung an: "Die Änderungen gelten bis heute: Kriterien der Auswirkung und Schwere in Bezug auf die Zahl der Infektionen und Todesfälle, bzw. für eine hohe Sterblichkeit gibt es nicht mehr. Das heißt für die Pandemiedefinition: Man verläßt die Ebene der empirischen Tatsachen."

Die "Kernpunkte" weisen darauf hin, daß die WHO fortwährend ihre originalen, sowie die auf frühere Versionen verweisenden Links ändere oder lösche. Diese Manipulation finde auf der Informationsebene statt, sie verberge die Historie und Entwicklung der entscheidenden Bestimmungen. Dadurch sei die Recherche ungeheuer erschwert worden.

"Corona-Pandemie"

Die neue Definition vom Mai 2009 wurde noch weiter überarbeitet und lautet seit 2017:

"Pandemie-Phase: Auf Grundlage globaler Überwachung ist dies die Phase der globalen Ausbreitung der menschlichen Influenza, die durch einen neuen Subtyp verursacht wird. Der Übergang zwischen der interpandemischen, der Alarm- und der Pandemiephase kann schnell oder allmählich erfolgen, wie es die globale Risikobewertung anzeigt, welche sich hauptsächlich auf virologische, epidemiologische und klinische Daten stützt."

An die Stelle der hohen Erkrankungshäufigkeit und Sterblichkeit ist also ein 'Risikobasierter Ansatz' getreten. Die Tatsachen werden nur noch als lose Interpretationsmasse verwendet. Die WHO hat sich so einen weiten Spielraum der Willkür geschaffen.

Damit hatte die WHO das Instrumentarium, die Corona-Pandemie auszurufen. Auf einer Pressekonzferenz zu COVID-19 am 11. März 2020 erklärte der WHO-Generaldirektor:

"In den vergangenen zwei Wochen ist die Zahl der COVID-19-Fälle außerhalb Chinas um das 13-fache gestiegen und die Zahl der betroffenen Länder hat sich verdreifacht. Mittlerweile gibt es mehr als 118.000 Fälle in 114 Ländern, 4.291 Menschen haben ihr Leben verloren. Tausende weitere kämpfen in Krankenhäusern um ihr Leben.

In den kommenden Tagen und Wochen erwarten wir, daß die Zahl der Fälle, die Zahl der Todesfälle und die Zahl der betroffenen Länder noch weiter steigen werden.

Die WHO hat diesen Ausbruch rund um die Uhr bewertet, und wir sind zutiefst besorgt sowohl über das alarmierende Ausmaß der Ausbreitung und Schwere als auch über das alarmierende Ausmaß der Untätigkeit.

Wir haben daher die Einschätzung getroffen, daß COVID-19 als Pandemie charakterisiert werden kann."

Also 118.000 "Fälle" weltweit, wozu ja alle (völlig untauglichen) positiven Tests gezählt werden, und 4.291 Tote, bei denen nicht zwischen an oder mit Corona unterschieden wird, reichen für die WHO aus, um eine Pandemie auszurufen. Denn man erwartet, daß die Zahlen noch weiter steigen werden, und hat aufgrund dieses Risikos, die "Einschätzung" getroffen, "daß COVID-19 als Pandemie charakterisiert werden kann".

Diese lächerlichen und dazu noch manipulierten Zahlen bedeuteten selbstverständlich damals niemals eine Pandemie, und es ist auch danach bis heute keine entstanden.

Selbst der Öffentliche Rundfunk schrieb nach der Pandemie-Ausrufung am 11.3.2020 - noch nicht ganz auf Linie - kritisch:

"Die WHO definiert eine Pandemie als eine Situation, in der die ganze Weltbevölkerung einem Erreger potentiell ausgesetzt ist und "potentiell ein Teil von ihr erkrankt", wie der WHO-Direktor für Notfälle, Michael Ryan, in den vergangenen Tagen erläuterte. Darüber, wie ansteckend oder tödlich die jeweilige Krankheit ist, sagt der Pandemie-Begriff jedoch nichts aus."

Die Interessen

Welche Interessen verfolgt die WHO als UN-Organisation, daß sie wahrheitswidrig Pandemien ausruft, um weltweit die Regierungen zu Maßnahmen zu veranlassen, welche die freiheitli-

chen Menschenrechte weitgehend suspendieren und deren Rückgewinnung letztlich durch Impfung verheißen wird?

Aufschluß geben Blicke auf die Finanzierung der WHO:

"Die WHO ... wird inzwischen zu 80 % durch zweckgebundene Spenden finanziert, die von wohlhabenden Stiftungen, Verbänden und Pharma-Unternehmen eingebracht werden. Diese Geldgeber bevorzugen im Interesse ihrer Shareholder (Aktionäre) die Erforschung und den Einsatz von Impfstoffen.

Weitaus effektivere Maßnahmen zur Gesundheitsvorsorge insbesondere in Dritte-Welt-Ländern, wie die Sicherstellung einer Versorgung mit sauberem Trinkwasser, die Verbesserung medizinischer Infrastrukturen und sanitärer Anlagen, werden hingegen vernachlässigt. Der größte private Geldgeber der WHO ist nach den USA (die inzwischen ausgestiegen sind) die Gates-Stiftung, die mehr zur Arbeit der WHO beiträgt, als Australien, Kanada, Frankreich, Deutschland, Rußland und das Vereinigte Königreich zusammen."

Die Seite Corona-transition wies am 26.6.2020 darauf hin, daß mit dem Ausstieg der USA nicht etwa ein anderer Staat zum größten Beitragszahler geworden sei, sondern die Bill & Melinda Gates Foundation. Sie habe letztes Jahr rund 260 Millionen an die WHO gespendet, ein Zehntel des Budgets. Drittgrößter Geldgeber sei Großbritannien mit 217 Millionen, dann folge mit 185 Millionen die Impfallianz Gavi, eine Stiftung mit Sitz in Genf. Diese sei 2000 am World Economic Forum (WEF) in Davos gegründet und daran beteiligt seien das Kinderhilfswerk UNICEF, die Weltbank und die WHO selbst. Das Geld sei von der Bill-Gates-Stiftung gekommen. Diese habe 750 Millionen zur Anschub-Finanzierung geleistet.

Die WHO finanziere sich nur zu einem Fünftel aus Pflichtbeiträgen der 194 Mitgliedstaaten. Hinzu kämen freiwillige Beiträge von Staaten und anderen Gebern. Nur über die Pflichtbeiträge könne die WHO frei verfügen. Die restlichen 80 Prozent seien zweckgebunden: Die staatlichen und privaten Geber entscheiden, wofür das Geld ausgegeben werden darf.

Wie stark verzahnt Industrie, "Philanthropie" und Regierungen seien, zeige sich in der Person von Andrin Oswald, dem neuen Delegierten für Impfstoffbeschaffung beim Bundesamt für Gesundheit (BAG). Oswald sei bis April (2020) Direktor der Abteilung Life Science Industry Partnerships bei der Bill & Melinda Gates Foundation gewesen. Zuvor hätte er zehn Jahre für Novartis gearbeitet, davon sieben Jahre als Chef der Impfstoffsparte."

Änderung der Herdenimmunität-Definition

Wem das noch nicht genügt, um nachzuweisen, daß die UN-Organisation WHO von Kreisen abhängig ist und wesentlich gesteuert wird, die mit der Pharma-Industrie verbunden sind, sehe sich an, zu welchen Manipulationen die WHO noch weiter imstande ist. Ihre Definition der Herdenimmunität lautete bis zum 9. Juni 2020:

"Herdenimmunität ist der indirekte Schutz vor einer Infektionskrankheit, der eintritt, wenn eine Population entweder durch eine Impfung oder durch eine frühere Infektion (und die daran) entwickelte Immunität immun ist. Dies bedeutet, daß auch Menschen, die nicht infiziert wurden oder bei denen eine Infektion keine Immunreaktion ausgelöst hat, geschützt sind, weil Menschen in ihrer Umgebung, die immun sind, als Puffer zwischen ihnen und einer infizierten Person fungieren können. Der Schwellenwert für die Etablierung der Herdenimmunität für COVID-19 ist noch nicht klar."

Am 13. November änderte die WHO diese Definition wie folgt:

"Herdenimmunität (auch Populationsimmunität) ist ein Konzept, das für Impfungen verwendet wird, bei denen eine Bevölkerung vor einem bestimmten Virus geschützt werden kann, wenn ein Schwellenwert für die Impfung erreicht wird. Herdenimmunität wird erreicht, indem man Menschen vor einem Virus schützt, nicht indem man sie ihm aussetzt."

Also die natürliche Immunität wurde vollkommen eliminiert zugunsten der Impfung.

Da war man wohl doch etwas zu weit gegangen und milderte dies in einer weiteren Änderung

vom 31. Dezember 2020 ab:

"Herdenimmunität, auch bekannt als Populationsimmunität, ist der indirekte Schutz vor einer Infektionskrankheit, der eintritt, wenn eine Bevölkerung entweder durch Impfung oder durch eine durch frühere Infektionen entwickelte Immunität immun ist.

Die WHO befürwortet das Erreichen von "Herdenimmunität" durch Impfung und nicht dadurch, daß eine Krankheit in irgendeinem Segment der Bevölkerung verbreitet wird, da dies zu unnötigen Fällen und Todesfällen führen würde. Die Herdenimmunität gegen COVID-19 sollte erreicht werden, indem die Menschen durch Impfung geschützt werden, nicht indem sie dem Erreger der Krankheit ausgesetzt werden."

Ist doch einfach rührend, diese Fürsorge für den Schutz der Menschen durch Impfung, während die Corona-Impfungen bereits in den Startlöchern standen, bzw. schon begonnen hatten.

WHO gegen die "Impfgegner"

Doch es ist in Wirklichkeit noch totalitärer. Menschen, die von ihrem fundamentalen Menschenrecht Gebrauch machen, selbst zu entscheiden, ob sie sich impfen lassen oder nicht, werden von der WHO offen als Bedrohung der Weltgesundheit diffamiert.

So heißt es als siebtem Punkt des WHO-Papiers der "Zehn Bedrohungen der globalen Gesundheit" von 2019:

"Die Impfmüdigkeit - das Zögern oder die Weigerung zu impfen, obwohl Impfstoffe zur Verfügung stehen - droht die Fortschritte im Kampf gegen durch Impfung vermeidbare Krankheiten zunichte zu machen. Impfungen sind eine der kosteneffektivsten Möglichkeiten, Krankheiten zu vermeiden - sie verhindern derzeit 2-3 Millionen Todesfälle pro Jahr, und weitere 1,5 Millionen könnten vermieden werden, wenn die weltweite Durchimpfungsrate verbessert würde. ...

Die Gründe, warum sich Menschen nicht impfen lassen, sind vielschichtig; eine Beratungsgruppe für Impfstoffe bei der WHO nannte Selbstgefälligkeit, Schwierigkeiten beim Zugang zu Impfstoffen und mangelndes Vertrauen als Hauptgründe für die Impfverweigerung. ...

2019 könnte auch das Jahr sein, in dem die Übertragung des Polio-Wildvirus in Afghanistan und Pakistan gestoppt wird. Im vergangenen Jahr wurden in beiden Ländern weniger als 30 Fälle gemeldet. Die WHO und ihre Partner haben sich verpflichtet, diese Länder dabei zu unterstützen, jedes letzte Kind zu impfen, um diese lähmende Krankheit endgültig auszurotten."

Die ... Formulierungen offenbaren den autoritativen, totalitären Geist der WHO, die die Gesamtheit der Weltbevölkerung zu vertreten behauptet, der gegenüber einzelne Individuen sich anmaßen, das Impfen zu "verweigern" und dadurch die "Durchimpfungsrate" zu verschlechtern.

Deren Haltung wird als "selbstgefällig" bezeichnet, denen also das eigene "Selbst" mehr gefällt als die Interessen der Gesamtheit, die doch durch das Impfen vollständig geschützt werden könne, was erst erreicht sei, wenn der unsinnige Widerstand einzelner aufhört und alle bis auf "jedes letzte Kind" geimpft sind.

Roland Tüscher bezeichnet dies in den "Kernpunkten" als "totalitären Welt-Autoritarismus". Er verweist darauf, daß die WHO bereits in ihrer Konstitution vermerkt hat:

"Die Gesundheit aller Völker ist von grundlegender Bedeutung für die Erlangung von Frieden und Sicherheit, und ist abhängig von der vollsten Zusammenarbeit von Individuen und Staaten."

Das Individuum werde hier in Abhängigkeit von der Gesundheit aller Völker gedacht. Die Gesundheit des Ganzen bestimme die dazu nötige "vollste" Kooperation des Individuums. Damit sei die Unterwerfung des Individuums und seiner individuellen Gesundheitsauffassung unter eine globale, allgemeingültige Gesundheitsvorstellung und Welt-Gesundheits-Autorität gedacht.

"Die WHO definiert das Impfen als absolute, also über jeder individuellen freien Impfen-

scheidung stehende Notwendigkeit, und damit deklariert sie die freie Impfentscheidung um in Impfgegnerschaft! Sie tut dies mit dem Anspruch, abweichende Auffassungen als "Verweigerung" kriminalisieren zu können, deklariert diese in krassester Überheblichkeit als "selbstgefällig" und will die Impfquote "verbessern", bis (im Einzelfall) "jedes letzte Kind" geimpft ist, sprich: die Impffreiheit und individuelle Gesundheitsverantwortung auszumerzen."

Zusammen mit der Uminterpretation der Herdenimmunität bilden die WHO-Deklarationen die 'Neue Normalität':

"1. allgemeiner Gesundheitszwang durch Impfen;

2. Individuelle Gesundheitsauffassungen stellen eine Gefahr für das Allgemeinwohl dar. -

In der Konsequenz davon liegt, die individuelle Identität künftig mit dem Impfstatus ausweisen zu müssen (Impf-Identitätsausweis)."

Es ist bereits ein orwellsches Szenario.

Fazit

Die "Welt-Gesundheits-Organisation" übt eine globale Autorität in Gesundheitsfragen aus. Die Regierungen übernehmen, was sie verkündet, ohne daß sie einer effektiven Kontrolle unterliegt. Die Autorität der WHO ist aber nicht in einem Vertrauen in eine ehrliche und gewissenhafte Sorge für das gesundheitliche Wohl der Menschen begründet. Sie verfolgt ganz offensichtlich mit Lügen und Täuschungen die Interessen ihrer Geldgeber und der dahinter stehenden Globalisten, in deren Händen die Weltbevölkerung nur eine Profit- und Verfügungsmasse bildet.

Um diese Ziele zu erreichen, wird das Widerstandspotential des freien, sich selbst bestimmenden und selbstverantwortlichen Menschen mit ungeheurem psychischem und administrativem Druck der mit der WHO zusammenarbeitenden Regierungen immer mehr ausgeschaltet. Die WHO ist in Wahrheit bereits eine totalitäre "Welt-Gesundheits-Regierung" im Zuge der "Neuen Weltordnung", die sich, verflochten mit immer totalitäreren Regierungen, wie ein Netz über den Globus spannt.<<

20.07.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19326" berichtet am 20. Juli 2021 (x1.049/...): >>Global Governance - ein stiller Staatsstreik! Übernehmen Konzerne die nationalen Regierungen?

Nicht das Wohl und die Sicherheit für die Weltbevölkerung steht hinter den langfristigen Plänen des Global Governance. Die tatsächlichen Profiteure des Gesellschaftsmodells sind die Konzerne und Großunternehmen. Wollen wir unsere Zukunft in ihre Hände legen?

Kla.TV berichtete unlängst, was sich hinter den Kulissen von Corona ausweitet. Unter dem Titel "Die Drohende Freiheitsberaubung" zeigt der bekannte US-Politiker, Arzt und Autor Ron Paul den Einfluß der Multi-Stakeholder-Gremien auf, wodurch Regierungen der nationalen Staaten keine regierende Rolle mehr spielen. Ron Pauls Warnungen werden im nachfolgenden Interview über den sogenannten "Global Governance" von Lynn Fries mit Nick Buxton bekräftigt. Nick Buxton ist ein erfahrener Kommunikationsberater, Redakteur, Buchautor sowie Gründer und Chefredakteur von TNI (TRANS NATIONAL INSTITUTE), einer internationalen Denkfabrik für Forschung und Interessenvertretung. Erfahren Sie mehr darüber, wie Konzerne Politik und deren Richtung bestimmen und kontrollieren.

Nachfolgend die Übersetzung des Videos: LYNN FRIES: Hallo und herzlich willkommen. Ich bin Lynn Fries, Produzentin von Global Political Economy oder GPNewsdocs. Heute ist Nick Buxton bei mir. Er wird uns einen Überblick über den Kontext von "The Great Reset" geben, einer Initiative des Weltwirtschaftsforums, die darauf abzielt, das weltweite System der Global Governance neu zu gestalten.

Eine weltweite Bewegung, die nicht nur Grenzen überschreitet, sondern alle Gesellschaftsschichten, vom Bauern bis zum Techniker, kämpft gegen diese Initiative mit der Begründung,

daß sie eine große Gefahr für die Demokratie darstellt. Wichtige Stimmen aus der Gesundheits-, Ernährungs-, Bildungs-, indigenen Völker- und High-Tech-Bewegung erklärten in The Great Take Over: How we fight the Davos capture of global governance, einem kürzlich vom Transnational Institute veranstalteten Webinar, warum.

Der heutige Gast, Nick Buxton, ist Redakteur für Publikationen und Koordinator der Future Labs am Transnational Institute. Er ist der Gründer und Chefredakteur des TNI-Flaggschiffs State of Power Report. Herzlich willkommen. Nick.

NICK BUXTON: Vielen Dank, Lynn.

FRIES: Das Transnational Institute war Mitorganisator des Webinars "The Great Takeover". Also, wogegen mobilisieren Sie, indem Sie sich dieser Great Reset Initiative entgegenstellen.

BUXTON: Worüber wir wirklich besorgt sind, ist, daß diese Initiative des Weltwirtschaftsforums tatsächlich darauf abzielt, die Macht derjenigen zu stärken, die am meisten für die Krisen verantwortlich sind, mit denen wir konfrontiert sind. In vielerlei Hinsicht ist es ein Trick. Es ist ein Taschenspielertrick, um sicherzustellen, daß die Dinge so bleiben, wie sie sind; daß sie so weitergehen wie bisher.

Das wird mehr von diesen Krisen schaffen, mehr von diesen Pandemien, wird die Klimakrise vertiefen, was die Ungleichheit vertiefen wird. Es ist überhaupt kein Great Reset. Es ist eine große Firmenübernahme. Und das ist es, worauf wir die Aufmerksamkeit lenken wollten.

Was wir in den letzten Jahren herausgefunden haben, ist, daß es wirklich etwas gibt, das ich als eine Art globalen, stillen Staatsstreich bezeichnen würde, der in Bezug auf die Global Governance im Gange ist. Die meisten Menschen sehen es nicht.

Und die Menschen haben sich daran gewöhnt, daß die Konzerne viel mehr Einfluß haben und in die Politikgestaltung auf nationaler Ebene eingebunden werden. Sie sehen das mehr vor sich. Die Menschen sehen, wie ihre Dienstleistungen privatisiert werden. Sie sehen den Einfluß der Ölkonzerne oder des Bankensektors, der Maßnahmen wie die Regulierung von Banken oder den Umgang mit der Klimakrise verhindert hat.

Was die Menschen nicht erkennen, ist, daß auf globaler Ebene etwas viel Stilleres vor sich gegangen ist. Nämlich, daß die Governance, die früher von den Nationen ausgeübt wurde, jetzt zunehmend von nicht rechenschaftspflichtigen Gremien übernommen wird, die von Konzernen dominiert werden. Und ein Teil des Problems ist, daß dies in vielen verschiedenen Sektoren passiert, aber die Menschen haben die Zusammenhänge nicht erkannt.

Deshalb haben wir im letzten Jahr versucht, mit Leuten aus der Gesundheitsbewegung zu sprechen, mit Leuten, die in der öffentlichen Bildung tätig sind, mit Leuten, die im Lebensmittelsektor tätig sind, um zu fragen, was in ihrem Sektor passiert.

Und was wir herausgefunden haben, ist, daß in jedem dieser Sektoren globale Entscheidungen, die früher von Gremien wie der WHO oder wie der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation diskutiert wurden, zunehmend von diesen nicht rechenschaftspflichtigen Gremien getroffen wurden.

Nur um ein Beispiel zu nennen, wir haben jetzt die globale Pandemie und eines der wichtigsten Gremien, das jetzt die Entscheidungen trifft, ist eine Einrichtung namens COVAX (COVID-19 Vaccines Global Alliance). Man könnte meinen, daß die globale Gesundheit von der Weltgesundheitsorganisation geleitet werden sollte. Sie ist gegenüber den Vereinten Nationen rechenschaftspflichtig. Sie hat ein System der Rechenschaftspflicht.

Nun, was tatsächlich passiert, ist, daß die Weltgesundheitsorganisation nur einer von wenigen Partnern ist, aber in Wirklichkeit (COVAX) wird sie von Konzernen und Konzerninteressen kontrolliert. In diesem Fall ist es GAVI (The Vaccine Alliance, früher bekannt als die Global Alliance for Vaccines & Immunization) und CEPI (The Coalition for Epidemic Preparedness Innovations).

Und das sind beides Gremien, die kein System der Rechenschaftspflicht haben. Es ist nicht

klar, wer sie ausgewählt hat, wem gegenüber sie rechenschaftspflichtig sind oder wie sie zur Rechenschaft gezogen werden können. Und was wir sehen, ist, daß es in jedem dieser Gremien eine Menge Unternehmenseinfluß gibt.

In diesem Webinar ging es darum, all diese Sektoren zusammenzubringen, die diesen stillen Staatsstreich in ihrem eigenen Sektor erlebt haben, um ihn aufzuzeigen. Und so ist eines der Dinge, die Sie im Webinar sehen werden, diese Auflistung der verschiedenen Sektoren, die diese Entwicklung beobachten.

Die Idee ist, ein globales Bild davon zu vermitteln, daß dies etwas ist, was passiert. In den letzten 20 Jahren sind mehr als hundert dieser so genannten Multi-Stakeholder-Gremien entstanden.

Und es gab sehr wenig, das zur Kenntnis zu nehmen und eine Bestandsaufnahme dessen zu machen, was sich abzeichnet. Und was sich abzeichnet, ist dieser stille globale Staatsstreich.

FRIES: Im großen Bild, das Sie bekommen, sehen Sie also, daß sich ein globaler Staatsstreich im Stillen entwickelt hat. Und im Zentrum steht die Hinwendung zum Multi-Stakeholder-Modell der Global Governance. Und daß dies das Modell ist, das den Weg und den Mechanismus einer unternehmerischen Entführung der globalen und nationalen Regierungsstrukturen darstellt.

Die Agenda des Weltwirtschaftsforums paßt in all dies, da das WEF natürlich eine der mächtigsten Multi-Stakeholder-Institutionen der Welt ist. Nick, um zu erklären, was das alles bedeutet, lassen sie uns mit einigen ihrer Gedanken über die Geschichte beginnen, wie wir hierher gekommen sind.

BUXTON: Ich denke, was wir in den Neunzigern hatten, war sozusagen der Höhepunkt des Neoliberalismus. Wir hatten die wachsende Rolle der Konzerne und die Deregulierung des Staates. Und das begann im Jahr 2000 mit dem Global Compact, zu dem die UN die Unternehmen einlud.

Und die Idee war, daß wir die Unternehmen einbeziehen müssen; erstens, weil wir private Finanzmittel brauchen - das wurde zu einer Art Mantra. Wir müssen also die Unternehmen einbeziehen, sie können Teil der Lösung sein. Es war also teilweise die Finanzierung. Es war zum Teil der Rückzug der Staaten aus der globalen Zusammenarbeit. Und das hat dazu geführt, daß Unternehmen in die Global Governance eingeladen wurden, in diese Art von Gremien.

Das ging Hand in Hand mit dieser ganzen Bewegung, die sich Corporate Social Responsibility (CSR) nennt. Daß Unternehmen nicht nur für den Profit da sind. Sie können auch sozial verantwortliche Akteure sein. Und so präsentierten sich die Unternehmen zunehmend nicht nur als Unternehmen, sondern als globale Bürger.

Und eines der wichtigsten Vehikel dafür war natürlich das Weltwirtschaftsforum, das durch Klaus Schwab und seine gesamte Arbeit die Idee artikuliert hat, daß Unternehmen erstens sozial verantwortlich sein sollten. Und zweitens sollten sie als Teil davon als soziale Einrichtungen behandelt werden und in die Unternehmensführung und Entscheidungsfindung integriert werden.

Daß wir uns von dem, was als eine Art antiquierter staatlich geführter multilateraler Ansatz angesehen wurde, zu einem viel agileren Governance-System bewegen müssen. Und das ist wiederum das Mantra, daß der private Sektor effizient ist. Wenn man den privaten Sektor in die Entscheidungsfindung einbezieht, würde man schnellere Entscheidungen erhalten. Sie würden agile Entscheidungen bekommen. Man würde bessere Entscheidungen bekommen. So kam das alles zusammen. Und in gewisser Weise wird es sogar noch weiter konsolidiert.

Die Ironie dabei ist, daß nationalistische Regierungen an die Macht gekommen sind, wie z.B. Trump "America first in the world" oder Modi "India first", die zwar eine nationalistische Agenda verkünden, aber die Rolle der Unternehmen in keiner Weise in Frage stellen.

Und da sie sich aus multilateralen Foren wie den Vereinten Nationen zurückgezogen haben, haben sie ein Vakuum hinterlassen, das die Konzerne ausfüllen konnten. Die Konzerne sagen jetzt: Wir können die globalen Akteure sein. Wir können die verantwortlichen Akteure sein. Wir sind diejenigen, die die großen Krisen angehen können, mit denen wir konfrontiert sind, wie zum Beispiel die Ungleichheit, der Klimawandel, die Pandemie.

Wir haben also wirklich eine Konvergenz der Kräfte erlebt, die zusammenkommen, während sich die Staaten zurückgezogen haben und die Unternehmen das Vakuum gefüllt haben.

FRIES: Sie haben vorhin erwähnt, daß das Weltwirtschaftsforum eines der wichtigsten Vehikel für diese Ideen war. Das WEF hat auch viel getan, um dieses Vakuum, von dem Sie sprechen, zu füllen. TNI berichtet, daß die WEF Global Redesign Initiative, die bis ins Jahr 2009 zurückreicht, etwa 40 Global Agenda Councils und Gremien aus dem Industriesektor geschaffen hat. In der Sphäre der Global Governance schuf das WEF also Raum für Unternehmensakteure im gesamten Spektrum der Governance-Themen, von der Cybersicherheit bis zum Klimawandel, um nur einige zu nennen.

BUXTON: Ja, die Global Redesign Initiative war eine der ersten Initiativen, die das Weltwirtschaftsforum im Gefolge der Finanzkrise ins Leben gerufen hat. Und ihre Idee war, daß wir ein ineffizientes multilaterales System, das nicht in der Lage war, Probleme zu lösen, durch eine neue Form von Dingen ersetzen müssen. Sie sagten also, daß wir anstelle des Multilateralismus, bei dem die Nationen in globaler Zusammenarbeit Entscheidungen treffen, einen Multi-Stakeholder-Ansatz brauchen, der alle interessierten Parteien in kleinen Gruppen zusammenbringt, um Entscheidungen zu treffen.

Und die Global Redesign Initiative war wirklich ein Modell dafür. Sie versuchten zu sagen: Okay, wie lösen wir Fragen wie die der Steuerung der digitalen Wirtschaft. Und ihre Antwort darauf ist: Wir bringen die großen Tech-Unternehmen zusammen, wir bringen die Regierungen zusammen und wir bringen ein paar Akteure der Zivilgesellschaft zusammen und wir werden ein System ausarbeiten, das Sinn macht. Und so etwas Ähnliches gab es auch bei all diesen anderen Redesign Councils. Wirklich ihre Modelle, wie sie denken, daß Governance gemacht werden sollte.

Und einige von ihnen sind nicht nur Modelle geworden. Sie sind tatsächlich zu einer realen Sache geworden. So sind viele der Multi-Stakeholder-Initiativen, die wir heute sehen, aus einigen dieser Councils hervorgegangen. Die Coalition for Epidemic Preparedness (CEPI The Coalition for Epidemic Preparedness Innovations), eine der wichtigsten, die COVAX jetzt als Reaktion auf die Pandemie anführt, wurde auf dem Weltwirtschaftsforum gegründet. Das Weltwirtschaftsforum wird jetzt also zur Startrampe für viele dieser Multi-Stakeholder-Gremien

FRIES: Wir sollten auch beachten, daß das Weltwirtschaftsforum eine sehr gut finanzierte Startrampe ist. Wie es in den Power Points aus dem Webinar "The Great Takeover" heißt, zahlen Konzerne keine Steuern, sondern "spenden" an Multi-Stakeholder-Institutionen. Das WEF wird natürlich von mächtigen Konzernen und Wirtschaftsführern finanziert. Die Power Points wiesen auch darauf hin, daß die Bill & Melinda Gates Foundation einer der Hauptfinanziers von Multi-Stakeholder-Institutionen ist.

Im Gegensatz dazu werden multilaterale Institutionen aufgrund der sinkenden Unternehmenssteuereinnahmen der Nationalstaaten nicht mehr finanziert. Das reguläre UN-Budget, das das Rückgrat der Finanzierung für die multilateralen Prozesse der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit und Entscheidungsfindung ist, hat einen schweren Schlag erlitten, da es von staatlichen Gebern abhängt. Vielleicht können Sie etwas zu den Auswirkungen dieser sich verändernden Dynamik zwischen Unternehmen und Nationalstaaten sagen.

BUXTON: Ja. Ja, ich denke, was wir sehen, ist, daß die Konzerne immer mächtiger geworden sind und damit die Kapazitäten des Staates geschwächt haben. Sie haben also die Steuerbasis

reduziert. Sie wissen, daß die Körperschaftssteuersätze für die meisten Unternehmen dramatisch gesunken sind und noch mehr Billionen in Steuerparadiese abgeschöpft werden.

Also hat sich die gesamte Steuerbasis der Unternehmen, die früher eine viel größere Rolle bei der Finanzierung des Staates gespielt hat, verringert. Gleichzeitig ist ihr Einfluß auf die Politik, die den Konzernen zugute kommt, gestiegen. Sie reduzieren also die Regulierungen, die auf ihnen lagen. Sie reduzieren alle Kosten, die ihnen früher auferlegt wurden. Es kam also zu einer Schwächung des Staates und einer Stärkung der Konzerne.

Und was auf der Ebene der Global Governance passiert ist, ist, daß sie nicht nur durch ihre Macht, ihre wirtschaftliche Macht, ihre politische Entscheidungsfindung dramatisch beeinflußt haben, sondern daß die Initiierung dieser Global-Governance-Sache der nächste Schritt nach vorne ist. Denn sie sagen nicht nur: Wir wollen berücksichtigt werden und wir werden Lobbyarbeit betreiben, damit unsere Position gehört wird. Sie sagen, wir wollen tatsächlich Teil der Entscheidungsgremien selbst sein.

Und der Klassiker ist wiederum, wenn wir uns die Pandemie mit COVAX ansehen ... Ich habe mir gerade den Vorstand von GAVI, der Globalen Allianz für Impfstoffe, angesehen. Wenn man sich das Gremium ansieht, wird der Vorstand erstens von großen Pharmaunternehmen dominiert. Zweitens haben sie einige Nationen und einige Vertreter der Zivilgesellschaft, aber sie haben viel mehr, interessanterweise ist eine große Anzahl des Vorstandes Finanziers. Sie kommen aus dem Finanzsektor. Sie kommen von großen Banken.

Ich weiß nicht, was sie mit der öffentlichen Gesundheit zu tun haben. Und die WHO ist nur einer der Akteure. Sie wird also plötzlich von anderen überfüllt, die nichts mit der öffentlichen Gesundheit zu tun haben. Sie werden von Finanz- und Pharmafirmen dominiert, die anfangen, die Entscheidungsfindung wirklich zu gestalten und zu lenken.

Und auf der finanziellen Seite ist natürlich die Bill & Melinda Gates Foundation jetzt der große Spieler in vielen dieser Dinge. Und sie spendet nicht nur, sie ist jetzt auch an der Gestaltung der Politik beteiligt. Diejenigen, die auf philanthropische Art und Weise Geld geben, egal wie sie dieses Geld verdienen oder egal, was ihr Auftrag ist und wem gegenüber sie rechenschaftspflichtig sind, sie sind letztlich nur Bill und Melinda Gates gegenüber rechenschaftspflichtig, sind jetzt auch Teil des Entscheidungsprozesses.

Und das ist so normal geworden, daß es kaum noch in Frage gestellt zu werden scheint: Wir bringen diese Akteure zusammen.

Aber wer hat sie ausgewählt? Wer hat dieses Gremium ausgewählt, um zusammenzukommen? Wem gegenüber ist es rechenschaftspflichtig?

Es gab einen britischen Parlamentarier namens Tony Benn. Er sagt, wenn man die Demokratie verstehen will, muß man fünf Fragen stellen: Welche Macht haben sie? Von wem haben sie sie bekommen? Wessen Interessen dienen sie? Wem gegenüber sind sie rechenschaftspflichtig? Und wie können wir sie loswerden?

Wenn sie sich ein Gremium wie COVAX ansehen: Woher haben sie die Macht?

Sie haben sich einfach selbst einberufen. Sie haben einfach eine Gruppe von mächtigen Akteuren zusammengebracht. Sie bemühen sich, ein oder zwei Vertreter der Zivilgesellschaft einzubeziehen, aber die Macht liegt ganz klar bei den Konzernen und bei den Finanziers. Diejenigen, die sie finanzieren. Und sie sind nicht rechenschaftspflichtig. Sie haben ihr Gremium gewählt.

Die Interessen sind sehr klar, wem es dient. Es dient den Pharmakonzernen. Sie werden natürlich bestimmte Dinge im Rahmen des Mandats tun. Aber letztendlich werden sie ihr Geschäftsmodell nicht untergraben. Selbst wenn dieses Geschäftsmodell einer effektiven Reaktion auf die Pandemie im Wege steht.

Wir können sie nicht loswerden, weil wir sie von vornherein nicht gewählt haben.

Also verstößt es wirklich gegen die grundlegenden Prinzipien der Demokratie. Und doch wird

es jetzt als normal angesehen, weil es die Art und Weise ist, wie die globale Regierung arbeiten sollte.

FRIES: Nick, gehen Sie kurz auf ein Abkommen ein, das ein ziemlicher Meilenstein in diesem Prozeß der Normalisierung von Multistakeholderismus als die Art und Weise, wie Global Governance geschehen sollte, war.

Ich denke dabei an das strategische Partnerschaftsabkommen, das vom Büro des UN-Generalsekretärs mit dem WEF im Jahr 2019 unterzeichnet wurde. Was ist der Hintergrund dazu und was ist Ihre Antwort auf dieses UN-WEF-Abkommen?

BUXTON: Nun, das Weltwirtschaftsforum befürwortet dieses Modell des Multistakeholder-Kapitalismus, um den Multilateralismus zu ersetzen, schon seit langer Zeit. Und sie haben nach und nach, ich würde sagen, eine Art von parallelen Gremien eingerichtet. Diese Multi-Stakeholder-Gremien, die Entscheidungen zu wichtigen Fragen der Global Governance treffen, sei es die digitale Wirtschaft oder die Reaktion auf eine Pandemie. Und so sind sie in diesem Modell neben der UNO schon seit einiger Zeit auf dem Vormarsch.

Aber was uns wirklich beunruhigt hat, ist, daß sie beginnen, sich zunehmend mit der UNO zu verbinden und dieses Modell innerhalb der Vereinten Nationen voranzutreiben. Und das klassische Beispiel war diese strategische Partnerschaft, die, glaube ich, im Juni 2019 unterzeichnet wurde. Ich glaube, sie wurde nicht einmal vor der (UN-)Generalversammlung verhandelt.

Es wurde also nicht unter den Mitgliedern (UN-Mitgliedstaaten) diskutiert.

Es war eine Entscheidung des Sekretariats der UNO ohne irgendwelche zumindest formalen Systeme der Rechenschaftspflicht, einen Vertrag mit dem Weltwirtschaftsforum zu unterzeichnen, der im Wesentlichen damit beginnen würde, Mitarbeiter des Weltwirtschaftsforums in die Abteilungen der UNO einzubinden.

Sie würden zu sogenannten Flüsterberatern werden. Die Mitarbeiter des Weltwirtschaftsforums würden sich unter die UN-Mitarbeiter mischen und anfangen, Entscheidungen zu treffen. Und es gab kein System der Rechenschaftspflicht. Es gab kein System für eine breitere Konsultation.

Und wir wissen, daß das Weltwirtschaftsforum ein Wirtschaftsforum ist. Wenn man sich den Vorstand ansieht, wird er komplett von einigen der reichsten und mächtigsten Unternehmen kontrolliert. Und viele dieser Konzerne sind verantwortlich für viele der Krisen, denen wir gegenüberstehen. Und doch wurden sie hier offen und bewaffnet in den Vereinten Nationen willkommen geheißen, um eine sehr bedeutende Rolle zu spielen.

Und wir haben dagegen protestiert. Wir sagten, daß dies kein Weg ist, um globale Probleme zu lösen. Diejenigen, die eigentlich für die Krise verantwortlich sind, zur Lösung heranzuziehen, wird nur zu Lösungen führen, die entweder ineffektiv sind oder die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, sogar noch vertiefen.

Wir verstehen, warum die UN das tun. Es ist wegen des Mangels an nationaler Unterstützung. Es ist wegen der Defundierung. Sie versuchen, als Organisation zu überleben. Und sie gehen zu den mächtigsten Spielern der Welt, den Konzernen.

Aber was sie am Ende tun werden, ist die Vereinten Nationen zu untergraben. Es wird den Vereinten Nationen tatsächlich schaden, weil es die gesamte demokratische Legitimität, die sie derzeit haben, beseitigen wird.

Wir brauchen dringend globale Zusammenarbeit und Kooperation, aber sie muß auf öffentlichen und demokratischen Regierungssystemen basieren und nicht auf unkontrollierbaren, geheimen Regierungsformen, die von Konzernen dominiert werden.

FRIES: Das ist also ziemlich klar. Sie sind gegen den Multi-Stakeholder-Ansatz, weil es sich dabei um eine nicht rechenschaftspflichtige, geheime und von Konzernen dominierte Form des Regierens handelt. Das Multi-Stakeholder-Modell ist nicht nur nicht rechenschaftspflichtig, es ist auch ein freiwilliger und marktbasierter Ansatz zur Problemlösung. Wie paßt das zu

den Gründen, warum Sie gegen Multistakeholderismus sind?

BUXTON: Ja. Die Lösungen, nach denen sie suchen, sind freiwillige Lösungen, bei denen man ein- oder aussteigen kann, und sie sind marktbasierend. Sie werden also niemals das Geschäftsmodell, so wie es ist, in Frage stellen.

Was letztlich passiert, ist, daß sie Entscheidungen treffen, die nicht bindend sind und Akteure wie Unternehmen tatsächlich dazu zwingen, bestimmte Dinge zu tun. Sie beruhen ganz auf diesem freiwilligen Modell.

Es ist eine Art von "take it or leave it-Governance", bei der man Dinge tun kann, die für den Jahresbericht gut aussehen, aber die Art und Weise, wie man tatsächlich arbeitet, nicht wirklich verändern. Und so werden sie letztendlich die Krisen, mit denen wir konfrontiert sind, nicht lösen.

Es geht also nicht nur darum, daß sie nicht rechenschaftspflichtig sind, sondern daß sie letztlich sehr ineffektiv sind.

Wenn wir uns also zum Beispiel die Klimakrise anschauen, wird es heißen, daß wir die Klimakrise nur mit Marktlösungen bewältigen können. Auch wenn wir wissen, daß das wirkliche Ausmaß der Klimakrise, die Dringlichkeit und der Zeitpunkt uns dazu zwingen, viel drastischere Lösungen zu ergreifen, die vom Staat angeführt werden; die von Unternehmen verlangen, Emissionen zu reduzieren, die anfangen werden, die Wirtschaft zu verändern. Diese Art von öffentlichen Entscheidungen wird getroffen werden müssen.

Wir ignorieren das völlig für ein Modell, das auf einer Art von Marktanreizen basiert, die wirklich nichts an dem Geschäftsmodell ändern, das die Klimakrise verursacht hat.

FRIES: OKAY. Das erklärt also, warum Sie sagen, daß die Great Reset Initiative des Weltwirtschaftsforums überhaupt kein Reset ist. Nick, gehen Sie kurz auf einige Ihrer weiteren Beobachtungen ein. Zum Beispiel, warum das Multi-Stakeholder-Modell auf Marktlösungen basiert und das Profitmotiv bei diesem Ansatz der Global Governance immer die Oberhand gewinnen wird, wenn es hart auf hart kommt.

BUXTON: Ja. Ganz genau. Die Unternehmen werden Marktlösungen akzeptieren, die ihnen die Macht geben, das Tempo der Veränderungen wirklich zu kontrollieren. Und so werden Sie sehen, daß sie sehr gerne diese Berichte über die soziale Verantwortung von Unternehmen erstellen, aber sie werden mit Zähnen und Klauen gegen jede Regulierung kämpfen, die tatsächlich soziale und ökologische Ziele durchsetzt.

Und sie werden auf internationaler Ebene für Handelsregeln kämpfen, die tatsächlich verhindern, daß Staaten soziale und ökologische Ziele durchsetzen. Es gibt also einen Ansatz, bei dem sie bereit sind, Greenwash zu betreiben. Sie sind bereit, Propaganda für soziale und ökologische Ziele zu machen, aber sie werden sich absolut gegen jegliche Regeln wehren, die tatsächlich die ökologischen und sozialen Auswirkungen kontrollieren würden.

Sie wollen nichts, was tatsächlich eine Regulierung erfordert, und keine Auswirkungen, die sie tatsächlich zu bestimmten Veränderungen zwingen. Sie wollen, daß ihre Veränderungen sehr wohl solche sind, die sie kontrollieren und die sie gestalten. Und die sie letztendlich in dem Moment loswerden können, in dem sie die Gewinne, die sie machen wollen, in Frage stellen.

FRIES: Wenden wir uns nun der Koalition zu, die für einen demokratischen Reset der Global Governance kämpft. Also eine Zukunft, in der Entscheidungen über die Verwaltung globaler Gemeingüter wie zum Beispiel Nahrung, Wasser, Gesundheit und das Internet im öffentlichen Interesse getroffen werden.

Ich sehe, daß diese Koalition Ressourcen zusammengestellt hat und daß diese auf Ihrer Website veröffentlicht sind. Sie sind im Nexus von all dem. Wie sehen Sie dieses Mal, nach der COVID-Pandemie, die Situation zwischen den Menschen und der Macht der Konzerne?

BUXTON: Dieser globale Staatsstreich, der im Stillen in so vielen verschiedenen Sektoren

vor sich geht, hat sich weiterentwickelt, weil es nicht genug Informationen und Wissen darüber gab. Und auch die Menschen haben nicht die Punkte verbunden, um zu sehen, daß dies in jedem Sektor passiert.

Was also in diesem Jahr wirklich wichtig ist, und ich denke, es ist besonders wichtig im Zuge der Pandemie, ist, daß so viele Bewegungen zusammenkommen. Das People's Health Movement hat sich zusammengeschlossen, viele Gruppen, die sich mit Ernährungssouveränität beschäftigen, der Gewerkschaftssektor kommt zusammen. Sie alle sagen: Das ist nicht in unserem Namen.

Und natürlich sind das alles Gruppen, die sie nie in einer Multi-Stakeholder-Initiative sehen werden. Wann immer sie zivilgesellschaftliche Partner haben, beziehen sie die Leute an der Front nicht mit ein. Sie werden in der COVAX-Initiative keinen einzigen Mitarbeiter einer Gesundheitsorganisation finden. Sie werden keine Leute aus dem öffentlichen Gesundheitswesen finden, die wirklich vertreten sind. Diese Bewegungen beginnen nun, sich zusammenzuschließen und zu sagen, daß wir das nicht wollen.

Und eines der Dinge, die wir getan haben, war die Veröffentlichung dieses Briefes. Es ist ein Offener Brief, der die Leute wirklich darauf aufmerksam macht, was hier vor sich geht. Er sagt, daß wir in so vielen verschiedenen Bereichen damit konfrontiert sind.

Die UNO öffnet die Tür, das UN-Sekretariat, sollte ich sagen, öffnet die Tür weit für das Weltwirtschaftsforum, das die Schlüsselinstantz ist, die den Multi-Stakeholderismus vorantreibt. Und es verändert das Regieren, wie wir es kennen, und es hat keine Systeme der Rechenschaftspflicht oder Gerechtigkeit darin eingebettet.

Und diese Bewegungen kommen jetzt zusammen, um zu sagen: Wir stellen uns dem entgegen. Wir bündeln unsere Kräfte. Und wir werden uns dagegen zur Wehr setzen.

Und wir wissen angesichts der Pandemie mehr als je zuvor, daß nationalistische Lösungen für die globale Krise nicht funktionieren werden. Wir brauchen globale Zusammenarbeit.

Aber wenn wir zum Beispiel die gesamte Entscheidungsfindung den Pharmakonzernen überlassen, werden wir uns nicht mit den wirklichen Problemen wie Handelsschutz und TRIPS beschäftigen. Und Patente und alles, was wirklich den Pharmakonzernen zugute kommt und nicht die öffentliche Gesundheit fördert. Denn sie haben die Kontrolle über den Prozeß; sie werden keine Dinge zulassen, die ihre Profite beeinträchtigen.

Wir brauchen also globale Lösungen, aber die Konzerne, die die Krise, mit der wir konfrontiert sind, eigentlich verschlimmern und vertiefen, können sie nicht anführen.

FRIES: Zum Abschluß möchte ich Ihnen einen Ausschnitt aus einem Kommentar vorspielen, den Sie 2015 über ein Buch mit dem Titel "The Secure and The Dispossessed" gemacht haben, das Sie mit herausgegeben haben.

Ich fand eine Rezension des Buches so relevant für unser heutiges Gespräch. Ich möchte nur ein paar Zeilen zitieren. Darin heißt es: Unter den Büchern, die versuchen, das kommende Jahrhundert zu modellieren. Dieses Buch sticht durch seinen Sinn für Plausibilität und Gefahr hervor. Es untersucht mehrere aktuelle Trends in unseren Reaktionen auf den Klimawandel, die, wenn sie kombiniert werden, zu einer Art oligarchischem Polizeistaat führen würden, der sich der Ausweitung der kapitalistischen Hegemonie widmet.

Das wird nicht funktionieren, und doch setzen sich mächtige Kräfte dafür ein, anstatt einen gerechteren, widerstandsfähigeren und demokratischeren Weg in die Zukunft zu entwerfen und sich dafür einzusetzen. All die Prozesse, die hier analysiert werden, finden bereits jetzt statt, was dieses Buch zu einem entscheidenden Beitrag zu unserem kognitiven Mapping und unserer Fähigkeit macht, einen besseren Plan zu entwerfen.

Also Nick, zum Abschluß ein kurzer Kommentar zu diesem Buch und dann werde ich den Clip abspielen.

BUXTON: Ja, damals im Jahr 2011 bemerkten wir einen Trend in Bezug auf den Klimawan-

del, bei dem es an der Bereitschaft mangelte, die Klimakrise wirklich in dem erforderlichen Umfang und mit den erforderlichen Werkzeugen und Instrumenten anzugehen.

Aber es gab zunehmend Pläne sowohl des Militärs als auch der Konzerne, wie man mit den Auswirkungen des Klimawandels umgehen könnte. Und sie betrachteten es sehr stark unter dem Gesichtspunkt, wie wir den Reichtum derjenigen sichern, die bereits Macht und Reichtum haben, und was das bedeuten würde. Im Angesicht der Klimakrise war die Lösung also sehr stark eine Sicherheitslösung.

Wir haben bereits eine wachsende Rolle des Militärs, der Polizei und der Sicherheit gesehen und einen echten Prozeß der Militarisierung der Antworten auf den Klimawandel. Am offensichtlichsten ist dies im Bereich der Grenzen, wo überall Grenzmauern errichtet werden. Die Reaktion auf eine Krise ist der Rückzug hinter Befestigungsanlagen, ohne Rücksicht auf die Konsequenzen.

Und das ist wirklich ein Trend, den wir zunehmend sehen, daß unsere Antwort auf die Klimaanpassung durch die reichsten Länder wirklich darin besteht, unsere Antwort darauf zu militarisieren. Und das ist wirklich, wie das Zitat, das Sie gerade gelesen haben, eine echte Sorge, weil es eine Art Politik des bewaffneten Rettungsbootes ist. Wo man im Grunde genommen ein paar rettet und dann eine Waffe auf den Rest richtet.

Und das ist sowohl total unmoralisch, als auch eine Politik, die letztlich unsere ganze Menschlichkeit opfern wird, weil wir zusammenarbeiten müssen, um auf die Klimakrise zu reagieren. Wir müssen Lösungen finden, die die Schwachen schützen. Wir können nicht einfach immer höhere Mauern gegen die Folgen unserer Entscheidungen bauen. Wir müssen tatsächlich anfangen, die Ursachen dieser Krisen zu bekämpfen.

Und genau dieses Bild haben wir bereits 2015 mit der Veröffentlichung des Buches "The Secure and The Dispossessed" gezeichnet. Aber wenn überhaupt, dann ist es aktueller und aktueller als je zuvor.

FRIES: Nick Buxton, ich danke Ihnen. Danke. ...<<

23.07.2021

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 23. Juli 2021: >>Unterlassene Hilfeleistung

Hochwasser: Sturzfluten reißen Schneisen der Verwüstung / Eine JF-Reportage aus dem Katastrophengebiet

Martina Meckelein / Marco Pino, Bad Neuenahr

Konzentration. Trotz. Verschlossenheit. All dies läßt sich in den Gesichtern der über und über mit Schlamm verdreckten Menschen ablesen. Sie schleppen mit Wasser vollgesogene Sofas auf die Straße. Teppichrollen, Gartenstühle, Kartonagen - kaum noch als das zu erkennen, was sie einmal waren. Ab und an umspielt ein Lächeln ihre Gesichter. In Gummistiefeln fegen, schaufeln und wringen sie gegen die braune muffige Brühe an. Dieselaggregate - ohne sie geht gar nichts mehr in den zerstörten Städten und Gemeinden an der Ahr, der Erft, der Rur, der Inde, dem Merzbach oder der Wurm - brubbeln laut vor sich hin. Hubschrauberrotoren zerschlagen die Luft. Kein böses Wort ist von den Menschen zu hören, die seit Tagen hier, teils unter Einsatz ihres Lebens, Hilfe leisten.

In der Nacht vom 14. auf den 15. Juli hat eine bis dahin unvorstellbare Naturkatastrophe Teile des deutschen Westens zerstört. Mindestens 156 Tote sind zu beklagen. Der Wiederaufbau wird Jahre dauern. Doch das sind keine Bilder und Berichte über eine Tragödie, die ja ein unabwendbares Schicksal wäre. Vielmehr ist das Juli-Hochwasser 2021 der Beweis des totalen Versagens der deutschen Sicherheits- und Katastropheninfrastruktur.

Der Strom fällt aus. Das Wasser steigt. Das Auto schwimmt weg Am Dienstag, dem 13. Juli 2021, um 15 Uhr erklärt der Meteorologe Felix Dietzsch die "bevorstehende Unwettersituation" auf dem Youtube-Kanal des Deutschen Wetterdienstes. Zu erwarten seien schwere Gewit-

ter sowie andauernder Starkregen. Große Bereiche Nordrhein-Westfalens bis Rheinland-Pfalz seien bereits gewarnt: "Denn bis Donnerstag morgen kommen hier teils enorme Regenmengen zusammen."

Zur selben Zeit spaziert Thorsten Rech (39) mit einem Freund durch Brüssel. Er hat zwei Tage Urlaub. Rech ist Gastronom, er betreibt in der 900-Seelen-Gemeinde Mayschoß im Landkreis Ahrweiler in Rheinland-Pfalz das Restaurant "Bahnsteig 1" im alten Bahnhof. In nur 33 Stunden wird es Teile des über hundert Jahre alten Gebäudes nicht mehr geben.

"Wir fahren am Mittwoch zurück, durch schwersten Regen", sagt er der JUNGEN FREIHEIT. "Da kamen schon während der Fahrt Anrufe von zu Hause, daß es so schwer werden könnte wie 2016. Da hatten wir ein Hochwasser von 3,71 Meter in Mayschoß." Rech erreicht mittags seinen Gasthof. Das steigende Wasser sieht er schon von weitem. "Wir haben dann erst einmal den Weinkeller ausgeräumt und die Flaschen und Kisten ins Restaurant getragen."

Das Wasser steigt weiter. Rech telefoniert mit der Feuerwehr, bittet um Sandsäcke für die Kellerfenster. Der gegenüber dem Lokal liegende gemeindeeigene Platz für die Camper ist schon am Vormittag von der Feuerwehr evakuiert worden. Zwei Camper treffen die Retter nicht an, erst Rech begegnet ihnen, als er nach Hause kommt. "Die wollten nicht weg", sagt Rech. "Die Feuerwehr sagte mir, daß ein Hochwasser bis zu vier Metern erwartet würde. Da dachte ich, okay, das ist safe, da kann nichts passieren."

Doch das Wasser steigt weiter. "Die Camper fahren ihren Wagen ans Haus, und dann haben wir gemeinsam noch mein Auto ausgeladen. Dann sagte ich zu denen, kommt hoch in meine Wohnung, die Tür ist offen." Rech macht aus dem oberen Stockwerk ein paar Fotos. Dann hört er Stimmen. "Die beiden Camper riefen: Laß uns rein! Ich sagte, sie müßten ums Haus herum, damit sie in die Wohnung können, denn nur hier ist ein Treppenhaus. Doch die wollten nicht durchs ansteigende Wasser waten, sie wollten unbedingt ins Restaurant. Ich warf ihnen den Schlüssel herunter, und dann saßen sie im Anbau."

Der Strom fällt aus. Das Wasser steigt weiter. Sirenen heulen. Rech geht in die zweite Etage des alten Bahnhofs. Aus einem Fenster sieht er, wie sein Auto wegschwimmt. Dann legt er sich auf das Bett in seiner Ferienwohnung. Er kann kein Auge zutun. Gurgelnde Geräusche. Dann dumpfes Aufschlagen. "Bäume krachten gegen die Hauswände." Und immer wieder ein ächzendes metallisches Knirschen. "Das waren die losgerissenen Gastanks. Ich dachte nur, wenn es da einmal funkt - dann war es das."

Einige Kilometer weiter in Bad Neuenahr ahnen die Menschen in der Innenstadt noch nichts Schlimmes. "Wir wurden erst durch die Feuerwehr gewarnt. Die gingen so um 23 Uhr durch die Straßen", sagt Maryana Marqus (22) gegenüber der JF. "Sie sagten, daß wir die Autos wegfahren sollten, die Türen schließen, und alle sollten wir nach Hause gehen. Um zwölf Uhr nachts oder halb eins kam dann das Wasser. Das ging so bis vier Uhr morgens." Ein Brummifahrer, der direkt an der Ahr wohnt: "Sirenen habe ich nicht gehört."

80 Kilometer nördlich von Bad Neuenahr liegt Wuppertal. Die Stadt mit der berühmten Schwebebahn hat 355.000 Einwohner. Auch hier regnet es seit Tagen. Um 0.03 Uhr verbreitet die Stadt auf ihrem Twitter-Account in Großbuchstaben die Warnmeldung "Die Talsperre läuft über!".

Plötzlich beginnen Sirenen zu heulen. Gemeint ist die Wuppertalsperre. Stadtteile werden evakuiert. Was wäre normaler, als das Fernsehgerät anzuschalten und nach Alarmmeldungen zu schauen? Doch der öffentlich-rechtliche WDR zeigt eine Olympiadokumentation. Im Gegensatz dazu das kleine Radio Wuppertal vom Privatsenderverbund Radio NRW. Bis tief in die Nacht informiert es live mit einer Sondersendung seine Zuhörer.

"Der WDR war beinahe ein Totalausfall. Beinahe, weil man auf der Website einen einsamen Text-Ticker aktualisiert", schreibt in einem vielbeachteten Kommentar später Thomas Lückerrath, Chefredakteur des Medienmagazins DWDL. Die Überschrift des Artikels lautet: "Unter-

lassene Hilfeleistung: WDR läßt den Westen im Stich". Erst Tage später wird der WDR Versäumnisse zugeben. Da ist es zu spät.

Denn am Donnerstag vergangener Woche, nach Sonnenaufgang, wird das ganze Ausmaß der Katastrophe bekannt: Teile Nordrhein-Westfalens, von Rheinland-Pfalz, Belgien, Holland sind betroffen. Der äußerste Westen Deutschlands allerdings am stärksten. Es sind die Menschen vor Ort, die sofort zupacken. Was bleibt ihnen auch anderes übrig?

Privatleute packen kräftig an, das Volk organisiert sich selbst

Als Thorsten Rech am Donnerstag um 5.53 Uhr aus dem zweiten Stock seines Hauses aus dem Fenster schaut, sieht er kein liebliches Ahrtal, sondern eine Wasserwüste. Keine Straßen, Brücken, das gesamte Landschaftsbild ist ein anderes. Dort, wo immer Häuser standen, klaffen jetzt Löcher. "Drei Häuser waren bei uns im Dorf weg, sechs Stück in Rech. Als ich dann versuchte, um mein Haus zu gehen, sah ich, daß ein Teil der Restaurantwand weg war. Die beiden Camper waren nicht mehr da." Im Landkreis Ahrweiler hat die teils neun Meter hohe Sturzflut eine Schneise der Verwüstung hinterlassen. Nichts geht mehr: kein Strom, kein Handyempfang, keine Wasserversorgung. Die gesamte Infrastruktur ist kaputt.

In der Gemeinde Schuld sind sechs Häuser zusammengebrochen. In Sinzig sterben zwölf Patienten einer Behinderteneinrichtung in den Fluten. Bundesstraßen und Autobahnen sind durch Unterspülungen oder Überflutungen nicht passierbar. Mindestens sieben Eisenbahnbrücken sind zerstört, Gemeinden so von der Außenwelt abgeschnitten. In NRW sind 25 Städte und Kreise vom Hochwasser betroffen. Die Steinbachtalsperre droht einzustürzen. Im Kreis Euskirchen ist es besonders kritisch. Die A1 und A 61 sind im Bereich der Erft gesperrt. In Ertfstadt untergräbt das Wasser die Kiesgrube im Ortsteil Blessem. Der entstehende Krater reißt immer mehr Häuser in die Tiefe.

Die Hilfeleistungen der Menschen aus dem ganzen Bundesgebiet sind enorm. Es bedarf keiner politischen Aufrufe dazu. Zum Beispiel schwingen sich 200 Bauern der Protestbewegung "Land schafft Verbindung" auf ihre Traktoren und fahren ins Katastrophengebiet. Auch Handwerker, Spediteure, Tierretter mit Pferdetransportern und Spezialbooten. Aus Grimma in Sachsen sind 14 Helfer seit Donnerstag vergangener Woche in Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Laut Innenministerium in NRW kämpfen am 16. Juli 19.000 nichtpolizeiliche Einsatzkräfte, also THW, Feuerwehr und Hilfsorganisationen, dort gegen das Hochwasser an, darüber hinaus 650 nordrhein-westfälische Polizisten, Beamte aus anderen Landespolizeien und Soldaten der Bundeswehr.

Am Donnerstag fahren auch 61 Einsatzkräfte der Hamburger Wasserschutzpolizei, darunter Spezialisten wie Taucher, mit 15 Booten Richtung Westen in das Katastrophengebiet in NRW. Aber schon am Sonnabend sind sie wieder zurück in der Hansestadt. "Wir stellen fest, daß wir entlassen worden sind", sagt der Pressesprecher der Polizei zur JF. Auf die Frage, warum sie wieder zurückgefahren sind, sagt der Beamte sibyllinisch: "Da spiele ich den Ball zurück nach Nordrhein-Westfalen, rufen Sie bitte dort an."

Die JUNGE FREIHEIT hat beide Länder-Innenministerien um Presseauskünfte gebeten: "Immer häufiger ist zu hören, daß die Koordination der Einsatzkräfte im Hochwassergebiet nicht funktioniere." Auf die konkrete Frage an das Innenministerium in NRW, warum man die Hamburger Polizeispezialisten wieder entlassen habe, kam folgende Antwort: "Auf unserem Twitter-Kanal (@IM_NRW) können Sie das heutige Statement des Ministers zum Thema 'Unwetter/Katastrophenschutz' ansehen.

Hieraus dürften die Antworten auf Ihre Fragen hervorgehen. Außerdem finden Sie weitere Antworten unter folgendem Link: <https://www.im.nrw/starkregen-nrw>." Nein, Antworten finden wir nicht. Wieder ein Anruf. "Dazu können wir nichts sagen. Aber es kann sein, daß niemand etwas dazu sagen kann", meint Leonie Möllmann von der Pressestelle. Ist es ein Wunder, daß bei solchen ministerialen Fehlleistungen private Helfer unerlässlich sind?

Gastronom Thorsten Rech wurde am Donnerstag durch einen Hubschrauber evakuiert. Auch er engagiert sich jetzt. "Ich lege meine Hände nicht in den Schoß. Ich bin Burschenschafter. Wir haben in Bonn, auf unserem Haus, eine Einsatzzentrale eingerichtet. Von dort organisieren wir Hilfsaktionen, besorgen Putztruppen, Autos, Dieselaggregate und sammeln Geld. Über 30.000 Euro haben wir. Das geht dann in Wiederaufbauprojekte."

Und die Politik? Sie feixt wie NRW-Ministerpräsident und Kanzlerkandidat Armin Laschet, wenn sie sich unbeobachtet fühlt. ...<<

29.07.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 29. Juli 2021 (x1.000/...): >>Council on Foreign Relations - Die geheime Weltregierung?

Fragen Sie sich auch, warum fast alle Länder der Welt anscheinend die gleiche Politik verfolgen? Dann lohnt es sich, einen genaueren Blick auf den Council on Foreign Relations zu werfen, der vor 100 Jahren gegründet wurde. Zweifellos ist dies nur gelungen, weil der CFR seine Fäden im Verborgenen unter Ausschluß der Öffentlichkeit gespannt hat. Es ist daher Zeit, diese Ära des verborgenen Machtmißbrauchs aufzudecken.

In den aktuellen Zeiten, in denen weltweit eine fast perfekt gleichgeschaltete Corona-Politik betrieben wird, reibt sich mancher verwundert die Augen und fragt sich, warum das so ist. Auch wenn die Maßnahmen national leicht unterschiedlich gehandhabt werden, so wird doch global ein gleicher Ansatz verfolgt, wie das Problem der "Pandemie" zu bekämpfen sei. Ähnlich verhält es sich mit der europäischen Außenpolitik, die seit Jahren der Außenpolitik der USA folgt oder zumindest deren Sichtweise und Rhetorik fast 1:1 übernimmt.

Beispiele dafür sind die Sanktionen der EU gegen Rußland insbesondere seit der Ukraine-Krise 2014 oder die Sanktionen gegen den Iran.

Auffallend ist auch die Gleichschaltung US-amerikanischer und europäischer Politik und Presse, wenn es um die Verunglimpfung unliebsamer Staatschefs und Regierungen geht wie z.B. die von Rußland, Weißrußland, China, Nord-Korea, dem Iran, Syrien oder Venezuela. Ist diese zunehmende Vereinheitlichung der Weltpolitik nur Zufall oder Teil einer globalen Agenda?

Wer diese Frage beantworten will, kommt nicht um den Council on Foreign Relations herum. Diese US-amerikanische Denkfabrik feiert diese Tage - genauer am 29. Juli 2021 - ihr 100-jähriges Bestehen und gilt als eine der einflußreichsten privaten Organisationen weltweit. Denkfabriken, auch Think Tanks genannt, sind Vereinigungen, die politische Ideen und Strategien erarbeiten und diese in die Politik einbringen. Obwohl die Macht des Councils unbestritten ist, dürfte er dem Durchschnittsbürger absolut unbekannt sein. Werfen wir einen genaueren Blick auf diese Organisation.

Hinter dem unscheinbaren Namen "Rat für auswärtige Angelegenheiten" verbirgt sich so viel Macht, daß das Nachrichtenmagazin DER SPIEGEL schon 1975 von der "einflußreichsten privaten Institution Amerikas und der westlichen Welt" schrieb. Wikipedia schreibt, die Arbeit dieses Netzwerks sei maßgebend für die amerikanische Außenpolitik und Diplomatie des 20. Jahrhunderts gewesen.

Das kommt nicht von ungefähr: Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges war es der Council on Foreign Relations, der die Rahmenbedingungen für die Vereinten Nationen und den Marshallplan entwarf. Bis in die Gegenwart besetzen Mitglieder des Councils Schlüsselpositionen der US-Regierung. So ist es auch nicht verwunderlich, daß das Magazin Foreign Affairs, welches der Council herausgibt, als "Strategiezeitschrift der US-amerikanischen Außenpolitik" gilt und von der Tageszeitung Washington Post auch schon als "Bibel des außenpolitischen Denkens" bezeichnet wurde.

Doch wie kommt ein Zusammenschluß von Privatleuten zu einem derart gewaltigen Einfluß auf die US-Außenpolitik und damit auf die Weltpolitik?

Um die Macht und den im Council wehenden Geist zu verstehen, blättern wir in der Geschichte zurück und werfen einen Blick auf den Ursprung der Denkfabrik. Das Schweizer Forschungsnetzwerk Swiss Policy Research beschreibt das Gründungsmoment folgendermaßen:

Der Ursprung des Council on Foreign Relations liegt im sogenannten "Trauma von 1920": Nach dem Ersten Weltkrieg hätten die USA erstmals die globale Führungsrolle übernehmen können - doch der Senat entschied sich gegen den Beitritt zum Völkerbund und die kriegsmüde Bevölkerung wählte mit Warren G. Harding einen Präsidenten, der eine "Rückkehr zur Normalität" versprach und sich zuerst um die Angelegenheiten und Probleme Amerikas und der Amerikaner kümmern wollte.

Um einen solchen Rückschlag künftig zu vermeiden und "Amerika für seine weltweiten Pflichten zu erwecken", gründeten international orientierte Bankiers, Unternehmer und Politiker im Folgejahr in der Finanz- und Handelsmetropole New York den parteiübergreifenden CFR. Durch die Mitarbeit führender Akademiker und Publizisten ... sollten Ideen für eine aktive Außenpolitik entwickelt und in der Öffentlichkeit beliebt gemacht werden.

Hier zeigt sich ein wesentlicher Faktor, der den Council so schnell ins Zentrum der Macht katapultierte: Er war gewissermaßen ein Kind von Vertretern der US-Hochfinanz. Männer also, die Geld und politischen Einfluß in Fülle besaßen.

Nehmen wir nun drei Männer unter die Lupe, welche als prägende Figuren des CFR betrachtet werden können.

Edward Mandell House: House ist ein gutes Beispiel, welche Macht und welcher Geist sich im CFR vereinigt. Er war der persönliche Berater des damaligen US-Präsidenten Woodrow Wilson und, ebenso wichtig, die entscheidende Kraft des RIIA. Das Royal Institute of International Affairs wiederum war eine Organisation, die 1919 einzig dafür gegründet wurde, ein angloamerikanisches Weltreich aufzubauen. Denn laut Cecil Rhodes, dem Urvater dieser Idee, seien die Briten die "führende Rasse der Welt" und für die Welt sei es um so besser, je mehr sie davon bewohnen würden.

Walter Lippmann: Lippmann gilt als einer der einflußreichsten politischen Schriftsteller des 20. Jahrhunderts. Seine Denkweise ist charakteristisch für den CFR. Schon im Alter von 26 Jahren forderte er die globale Vormachtstellung der USA und den Einfluß amerikanischer Konzerne über internationale Unternehmen. Sein Buch "Die öffentliche Meinung" ist heute ein Standardwerk und zeigt auf, wes Geistes Kind Lippmann war:

Da die Wirklichkeit zu komplex und die breite Masse weder fähig noch willig sei, das "allgemeine Interesse" zu ermitteln, solle eine "spezialisierte Gruppe von Menschen" die politischen Entscheidungsträger beraten. Diese wiederum sollten die "Kunst der Überzeugung" - nennen wir es "Manipulationstechniken" - beherrschen, um dem Volk die getroffenen Entscheidungen als die richtigen erscheinen zu lassen.

Auf diese Weise müsse eine einheitliche "öffentliche Meinung" hergestellt werden, die für den Zusammenhalt der Gesellschaft notwendig sei. Lippmann stellte mit dieser elitären Theorie das Wesen der Demokratie, nämlich das Mitspracherecht aller Bürger, radikal in Frage.

Außerdem war Lippmann Mitglied der Fabian Society, einer sozialistischen Organisation, welche für die Eugenik, also die Selektion der "guten Gene" der Menschheit, eintrat.

Paul Warburg: Der deutsche Bankier, der die Gründung der amerikanischen Zentralbank FED angestoßen hatte, war Gründungsvorstand des CFR. Von ihm ist folgendes, vielsagendes Zitat bekannt: "Wir werden eine Weltregierung haben, ob wir es wollen oder nicht. Die einzige Frage ist nur, ob die Weltregierung durch Eroberung oder durch die Zustimmung der Menschen erreicht werden wird."

Der Erfolg dieser Herren ließ nicht lange auf sich warten. Schon während des Zweiten Weltkriegs, also ca. 20 Jahre nach der Gründung, war der Einfluß dieser "führenden Akademiker

und Publizisten" auf die US-Regierung so groß geworden, daß im Wesentlichen sie die US-Außenpolitik bestimmten: Die US-Kriegsstrategie, die Grundsätze der Nachkriegsordnung und damit auch die Grundsätze der UNO, der Weltbank und des Weltwährungsfonds waren ein Werk des Councils.

Doch mit der Übernahme der US-Außenpolitik gab man sich noch nicht zufrieden, schon gar nicht, als sich mit dem Sieg der Alliierten im Zweiten Weltkrieg das US-Einflußgebiet auf Europa und Ostasien ausgeweitet hatte. Das Ziel der Weltregierung im Auge behaltend, wurden auf der ganzen Welt Elite-Netzwerke gegründet, um linientreue regionale Eliten aufzubauen.

Um seine Einflußnahme global ausweiten und kontrollieren zu können, dienen dem CFR unter anderem folgende drei Machtbereiche:

Die Bilderberg-Konferenz

Laut Swiss Policy Research gründete CFR-Mitglied Charles D. Jackson 1954 die Bilderberg-Konferenz, die seit da jährlich stattfindet. Sie dient dazu, amerikanische und europäische Eliten zusammenzuführen. Treffender ist es wohl von Gleichschaltung zu sprechen. Hier treffen sich jeweils hochrangige Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Politik, Militär, Medien, Hochschulen, Hochadel und Geheimdiensten, um sich über aktuelle politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Themen auszutauschen.

Verdächtig an diesem Treffen der Mächtigen ist, daß für die Zusammenkunft die sogenannte Chatham House Rule gilt. Diese besagt, daß man nur über Inhalte der Konferenz sprechen darf, wenn nicht über die Identität und Zugehörigkeit anderer Teilnehmer gesprochen wird. So weit kommt es aber meist gar nicht. Die Öffentlichkeit hat bis heute noch nie erfahren, was konkret an den Konferenzen beschlossen oder durch ihre Mitglieder umgesetzt wurde.

Die Mainstream-Medien, deren Vertreter jedes Jahr die Konferenz besuchen, halten sich ebenfalls an die Regel. Meist beschränkt man sich darauf, über ein "Treffen der Mächtigen" zu berichten und die Kritiker und Skeptiker als Verschwörungstheoretiker zu bezeichnen.

Da diese Konferenzen durch alternative Medien verstärkt ins Bewußtsein rückten, machten die Bilderberger gewisse "Eingeständnisse":

Im Jahr 2010 ging die Bilderberg-Konferenz mit einer Website online. Danach wurde dort jeweils die Teilnehmerliste veröffentlicht, zunächst jedoch erst nach der Tagung. Die Themen, die angeblich besprochen wurden, kamen später ebenfalls dazu. Mittlerweile wird eine Teilnehmer- und Themenliste sogar vorab bekannt gegeben. Durch diese scheinbaren "Eingeständnisse" konnten und können die wahren Gründe der Konferenzen geheim gehalten werden.

Welch globalen Einfluß die Konferenz haben muß, ist nicht nur an den Teilnehmerlisten ersichtlich, sondern auch am Umstand, daß sie ein regelrechtes Karriere-Sprungbrett für europäische Politiker auf der Weltbühne zu sein scheint.

Angela Merkel (deutsche Bundeskanzlerin), Emmanuel Macron (Präsident Frankreichs) oder auch Ursula von der Leyen (Präsidentin der Europäischen Kommission) traten allesamt nach einer Bilderberg-Konferenzteilnahme ihre jeweiligen Ämter an, um nur einige zu nennen. Eine umfangreichere Liste wird am Ende dieser Dokumentation gezeigt.

Trilaterale Kommission

Während ab 1954 die Bilderberg-Konferenzen europäische und amerikanische Eliten zusammenbrachten, wurde 1972 zusätzlich die Trilaterale Kommission gegründet. Sie dient dem gleichen Zweck, jedoch wurde das Konzept der Gleichschaltung regionaler Eliten nun auf den asiatischen Raum ausgeweitet. Das wird natürlich nicht so kommuniziert. Auf ihrer Webseite steht, es werde eine "gemeinsamere Form der Führung" benötigt, damit das internationale System die großen Herausforderungen der kommenden Jahre erfolgreich bewältigen könne.

So treffen sich jährlich ca. 400 höchst einflußreiche Mitglieder aus dem amerikanischen, eu-

ropäischen und asiatisch-pazifischen Wirtschaftsraum. Hier finden sich gewichtige Persönlichkeiten wie zum Beispiel der Franzose Jean-Claude Trichet, ehemaliger Chef der Europäischen Zentralbank, oder die US-Amerikaner Henry Kissinger, ehemaliger US-Außenminister und mutmaßlicher Kriegsverbrecher, Larry Fink, CEO des Finanzriesen BlackRock, und dessen Landsfrau Marne Levine, ehemalige leitende Managerin von Instagram.

Meghan O'Sullivan, Vorsitzende der Nordamerika-Gruppe der Trilateralen, beschrieb 2019 die Vorgehensweise der Kommission wie folgt: "Wir müssen vorankommen, unabhängig davon, ob wir unsere Regierungen dazu bringen können, unseren Rezepten und Empfehlungen zuzustimmen oder nicht."

Noch direkter beschrieb David Rockefeller, einer der geistigen Väter der Trilateralen Kommission und langjähriger CFR-Direktor, die Machtansprüche dieser elitären Kreise. In seinem Buch "Memoiren" schrieb er: "Manche (ideologische Extremisten) glauben sogar, daß wir Teil einer geheimen Kabale sind, die gegen die besten Interessen der Vereinigten Staaten arbeitet.

Sie bezichtigen meine Familie und mich als "Internationalisten" und der Verschwörung mit anderen auf der ganzen Welt, um eine stärker vereinigte globale politische und wirtschaftliche Struktur aufzubauen - Eine Welt (one world), wenn man so will. Wenn das die Anschuldigung ist, bekenne ich mich schuldig und ich bin stolz darauf."

US-Administration

Nirgends läßt sich die Macht und der Einfluß besser betrachten als am Beispiel der US-Regierungen. John J. McCloy, der ehemalige Vorsitzende des CFR und Berater mehrerer US-Präsidenten, formulierte es einst so: "Wann immer wir in Washington einen Mann brauchten, blätterten wir einfach die Mitgliederliste des Councils durch und tätigten einen Telefonanruf nach New York."

Aus den Reihen des CFR gingen acht Präsidenten und Vizepräsidenten der Vereinigten Staaten, 17 Außenminister, 20 Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren hervor. Die neuzeitliche Geschichte der USA, die mit Kriegen und Kriegsverbrechen schwer beladen ist, ist also auch eng mit dem Council on Foreign Relations verknüpft. Doch er beeinflußt nicht nur die US-amerikanische Regierung; auch die US-Medien sind durch die CFR-Mitgliedschaft vieler ihrer Redakteure und Alpha-Journalisten quasi zu seinem Sprachrohr geworden.

Aus diesem Blickwinkel erscheint es auf einmal logisch, warum der damalige US-Präsident Donald Trump, der bei seinem Amtsantritt dem "Establishment" den Kampf angesagt hatte, derart hysterisch angegangen worden war. Trump ist nämlich kein CFR-Mitglied und handelte mit seiner Politik vielfach den globalistischen Interessen des Councils zuwider. Ebenso einleuchtend ist nun auch, daß seit der Wahl des neuen Präsidenten wieder Ruhe im Blätterwald eingekehrt ist: Joe Biden und viele seiner Kabinettsmitglieder sind Mitglieder des CFR.

Die USA sind heute genau das, was Isaiah Bowman, einem der Gründerväter des CFR, vorschwebte: Eine Weltmacht, die sich als Erhalter der Weltsicherheit versteht, Macht über schwächere Territorien behält und dabei "auf konventionelle Formen des Imperialismus", also zum Beispiel der offenen kriegerischen Unterdrückung von Rivalen, verzichtet.

Allein diese drei Machtfaktoren und ihr Wirken - US-Regierung, Bilderberg-Konferenz und Trilaterale Kommission - legen den Verdacht nahe, daß der Council on Foreign Relations tatsächlich eine Organisation mit Weltherrschaftsansprüchen ist.

Der CFR nutzt aber noch weitere Beziehungs- und Informationsnetzwerke, um seine Ansprüche und Interessen zu etablieren. Diese sind so umfassend, daß das Forschungsnetzwerk Swiss Policy Research von einer "Propaganda-Matrix" spricht.

Transatlantische Netzwerke

Der Politologe Hermann Ploppa bezeichnete den Council on Foreign Relations einst als "Mut-

ter aller transatlantischen Netzwerke". Diese Netzwerke verfestigen den Geist des Councils v.a. in Deutschland. So z.B. durch die Atlantik-Brücke e.V.: In diesem Verein, der vom damaligen CFR-Präsidenten John McCloy und dem CFR-Mitglied Eric Warburg gegründet wurde, werden junge Nachwuchsführungskräfte, Politiker und Medienleute in die transatlantische Denkweise eingeführt.

Ein anderes Beispiel ist die Deutsche Gesellschaft für Außenpolitik, deren englischer Name German Council on Foreign Relations ist. Ähnlich seiner Mutterorganisation betreibt dieser Think Tank Politikberatung.

Medien

Nebst dem großen Einfluß des CFR auf die US-amerikanischen Massenmedien reichen dessen Verbindungen bis zu den weltweit führenden Nachrichtenagenturen. Der langjährige Thomson Reuters-Chefredakteur David Schlesinger ist ebenso CFR-Mitglied wie Isaac Lee vom Vorstand der weltgrößten Agentur Associated Press.

In unseren Breitengraden wird die CFR-konforme Berichterstattung durch transatlantische Tochterorganisationen sichergestellt. Atlantik-Brücke-Mitglieder und -Sympathisanten finden sich quer durch die deutsche Medienlandschaft, von ARD über die Frankfurter Allgemeine Zeitung, von Die Zeit und Süddeutsche Zeitung bis zum ZDF. Medienschaffende sind auch immer wieder zu Gast bei der Bilderberg-Konferenz, wie zum Beispiel der damalige NZZ-Chefredakteur Markus Spillmann, Tamedia-Verleger Pietro Supino oder der Manager der Verlagsgruppe Axel Springer SE, Mathias Döpfner.

Nicht zuletzt kommen CFR-Mitglieder in hiesigen öffentlich-rechtlichen Medienbeiträgen zuweilen auch selbst zu Wort - als "Experten" und natürlich ohne Hinweis auf die Ziele und Denkweise des CFR. Durch diese transatlantisch geprägte Berichterstattung kommt es, daß viele Normalbürger die Welt durch die Brille der Machtelite sehen, ohne dies zu realisieren.

Humanitäre Organisationen

Selbst humanitäre Organisationen sind teilweise in höchstem Maße vom CFR beeinflusst. Die Menschenrechtsorganisationen Human Rights Watch und Amnesty International wurden oder werden von CFR-Mitgliedern geführt. Ähnlich steht es mit dem US-amerikanischen National Endowment for Democracy NED (Nationale Stiftung für Demokratie), USAID, der Behörde der Vereinigten Staaten für internationale Entwicklung, und weiteren einschlägigen Organisationen.

Dies ist insofern sehr bedeutend, da solche Organisationen immer wieder US- bzw. NATO-Militäreinsätze fordern oder rechtfertigen, wie im Falle des Zweiten Golfkrieges mit Hilfe der Brutkastenlüge, im Falle des Afghanistankrieges und ebenso in Libyen.

Militär

Hierzu schreibt Swiss Policy Research: "Der CFR unterhält seit Jahrzehnten ein eigenes Ausbildungsprogramm für Offiziere, so daß inzwischen Schätzungen zufolge rund 75 % aller höheren US-Militärs vom CFR ausgebildet wurden - inklusive nahezu aller Generalstabschefs, NATO-Oberbefehlshaber und Gebietskommandeure seit dem Zweiten Weltkrieg. ... Auf diese Weise hat sich der Council eine ideologisch geschulte, imperiale Streitkraft aufgebaut, wie man dies sonst fast nur von totalitären Regimen her kennt."

Wirtschaft

Wer denkt, der Council betätige sich nur politisch, täuscht sich gewaltig. In seinem seit 1953 bestehenden "Firmenprogramm" (Corporate Program) tummeln sich nach eigenen Angaben über 120 Konzerne aus dem Finanz-, Gesundheits-, Ernährungs- und Industriesektor wie z.B. die Toyota Motor Corporation, der Finanzdienstleister American Express, der Industriekonzern BASF, der Getränke- und Lebensmittelhersteller PepsiCo oder der Pharma-Riese Johnson & Johnson. Selbst die Tech-Giganten Facebook und Google sind mit von der Partie.

Auch wenn der CFR "nur" etwas über 5.000 Mitglieder zählt, so ist es doch fast unmöglich,

seine Verbindungen gänzlich aufzuzeigen. Es sei darauf hingewiesen, daß sich seine Mitglieder in weiteren Organisationen mit globalem Einfluß wie der CIA oder der US-Notenbank Federal Reserve oder der Weltbank finden lassen.

Auch wichtige Untersuchungskommissionen wie die Warren Commission, die den Mord an John F. Kennedy hätte aufdecken sollen, und die 9/11 Commission waren von ihnen durchgesetzt. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sind höchst zweifelhaft, prägen aber bis heute das Bild einer sauberen Weste seitens der US-Regierung bezüglich dieser Ereignisse. Kurzum, ganz nach dem Schriftzug "ubique", der auf dem Logo des CFR-Magazins Foreign Affairs prangt, ist dieses Netzwerk überall.

Ob sich eine solche Vereinigung, bei der der Begriff "Weltregierung" tatsächlich sehr nahe liegt, wirklich für das Wohl aller Menschen einsetzt oder einsetzen will, ist fraglich. Wie es die Geschichte zeigt, geht es immer um die Vermehrung von Macht und Reichtum, einhergehend mit Kriegen, Abbau von nationaler Souveränität und der Ermächtigung internationaler Konzerne.

Es ist bemerkenswert, wie eine vergleichsweise kleine Vereinigung es innerhalb von 100 Jahren geschafft hat, eine solche Macht anzuhäufen. Zweifellos ist dies nur gelungen, weil der CFR seine Fäden im Verborgenen unter Ausschluß der Öffentlichkeit gespannt hat. Es ist daher Zeit, diese Ära des verborgenen Machtmißbrauchs aufzudecken.

Helfen auch Sie mit, diesem Weltregierungsstreben ein Ende zu setzen, indem Sie diese Fakten in Ihrem Umfeld weiterverbreiten und von Ihnen gewählte Politiker darüber informieren.

Unvollständige Liste von Politikern, welche nach dem Besuch einer Bilderberger-Konferenz die Bühne der Weltpolitik betraten:

Deutsche Bundeskanzler:

- Helmut Schmidt: Konferenzteilnahme 1973 - Bundeskanzler ab 1974
- Helmut Kohl: Konferenzteilnahme 1980 und 1982 - Bundeskanzler ab 1982
- Angela Merkel: Konferenzteilnahme 2005 - Bundeskanzlerin ab 2005

Internationale Regierungschefs:

- Margaret Thatcher: Konferenzteilnahme 1977 - britische Premierministerin ab 1979
- Tony Blair: Konferenzteilnahme 1993 - britischer Premierminister ab 1997
- Bill Clinton: Konferenzteilnahme 1991 - US-Präsident ab 1993
- Alfred Gusenbauer: Konferenzteilnahme 2006 - österreichischer Bundeskanzler ab 2007
- Emmanuel Macron: Konferenzteilnahme 2014 - französischer Präsident ab 2017

Weitere Politiker:

- Romano Prodi: Konferenzteilnahme 1999 - Präsident der EU-Kommission ab September 1999
- Volker Rühle: Konferenzteilnahme 1991 und 1992 - deutscher Verteidigungsminister ab 1992
- Wolfgang Schäuble: Konferenzteilnahme 2003 - deutscher Innenminister ab 2005
- Guido Westerwelle: Konferenzteilnahme 2007 - deutscher Außenminister ab 2009
- Christian Lindner: Konferenzteilnahme 2013 - FDP-Vorsitzender ab Dezember 2013
- Jens Spahn: Konferenzteilnahme 2017 - deutscher Gesundheitsminister ab 2018
- Colin Powell: Konferenzteilnahme 1997 - US Außenminister ab 2001
- Timothy Geithner: Konferenzteilnahme 2008 - US-Finanzminister ab 2009

Zudem:

- George Robertson: Konferenzteilnahme 1998 - NATO-Generalsekretär 1999
- Mario Draghi: Konferenzteilnahme 2009 - Präsident der Europäischen Zentralbank 2011
- Ursula von der Leyen: Konferenzteilnahme 2019 - Präsidentin der Europäischen Kommission seit 2019 ...<<

30.07.2021

Österreich: Die österreichische Wochenzeitung "Wochenblick" berichtet am 30. Juli 2021 über die möglichen Folgen der Corona-Impfung: >>"**Es ist der Sinn des Spike-Proteins, das Blut zu verklumpen**"

Mike Yeadon

Mike Yeadon, Ex-Pfizer-Forschungsleiter, stand von Anfang an gegen die Corona-Doktrin auf. Um eine Verschwörungstheorie gehe es hier nicht. Ihm sei rasch klar gewesen: "Es ist ein internationaler Plan. Da gibt es nichts Theoretisches daran."

Yeadon sorgt sich um seine Kinder und Enkelkinder. Normalerweise werden Totimpfstoffe gegen Krankheiten verwendet. Die experimentellen mRNA-Genspritzen seien nicht vergleichbar mit einer solchen Impfung.

Es gebe zwei Hauptprobleme mit den "Impfungen" nach Yeadon:

Spike-Proteine: Der Körper wird zur Fabrik dieser Proteine. Es sei das erste Mal, daß ein solcher Prozeß bei Menschen künstlich in Gang gesetzt wird. Das Spike-Protein führt zur Blutverklumpung. Das sei keine Ausnahme, sondern der Sinn des Spike-Proteins.

Es braucht Jahre, um eine herkömmliche, wirksame Impfung ordentlich zu überprüfen. Über die Nebenwirkungen der mRNA-Stoffe wissen wir viel zu wenig. Wir wissen nicht, welche Nebenwirkungen die Geimpften in den nächsten Jahren ereilen.

Als Pharmazeut sei Yeadon entsetzt darüber, daß derartige, experimentelle Stoffe Anwendung finden. Am schlimmsten sei es, daß Schwangere geimpft werden. Wer Schwangeren diese Stoffe verabreiche, sei ein leichtsinniger Idiot, so Yeadon. Er appelliert an die Frauen: "Wenn Sie schwanger sind oder einen Kinderwunsch haben, lassen Sie sich auf gar keinen Fall 'impfen', tun Sie es nicht!"

Mike Yeadon verstehe nicht, wieso seine Kollegen nicht kündigten. Sie wüßten genau was vor sich gehe. Er habe bereits einen Job aus diesem Grund hingeworfen, er schäme sich, daß er für eine derartige Industrie gearbeitet habe. Man hoffe einfach, daß die Verabreichung der experimentellen Stoffe mit Notzulassung schon helfen würde. Und dieser Versuch werde an Milliarden von Menschen durchgeführt.

Yeadon verweist auf die tausenden von Nebenwirkungen. Diese seien auf der Plattform VAERS einsehbar: "Überprüfen Sie dort die tausenden von Nebenwirkungen. Ich kann nichts für Sie tun, wenn Sie sich das nicht selbst ansehen."

Influenza für junge Menschen gefährlicher als Corona

Würde man die Patienten ordentlich über die Gefahren informieren, so wie es erforderlich ist, würden sie sich nicht impfen lassen, ist sich Yeadon sicher. Der Impfstoff werde nicht angewendet, weil es sich um eine gesundheitliche Krise handle, sondern aus anderen Gründen. Denn es gebe genügend Medikamente, um dieser gesundheitlichen Krise wirksam zu begegnen. Statt dessen würde man den Menschen aber einfach die experimentellen Stoffe, deren Wirkung nicht bekannt ist, spritzen. Fakt sei jedenfalls, daß die mRNA-Stoffe nicht sicher seien. Das zeigten die Nebenwirkungen bereits eindeutig.

So werden wir belogen: Das Virus sei auch nicht annähernd so tödlich, wie man uns erzählt. Für junge Menschen - eigentlich sogar für alle im erwerbsfähigen Alter - sei die Influenza sogar gefährlicher als Corona. Und das zeige, daß etwas sehr Seltsames vonstatten gehe. Der starke Anstieg der Todesrate bei älteren, vorerkrankten Menschen stehe zudem vielmehr in zeitlichem Zusammenhang mit dem Start der Impf-Kampagnen.

Eine Verbindung hält er durchaus für denkbar: Denn normalerweise tastet man sich bei ausführlichen Zulassungsstudien langsam über gesunde ältere Menschen an die Auswirkungen auf Risiko-Patienten heran. Dies sei in der Eile nicht geschehen, die Vorab-Daten für gebrechliche ältere Menschen seien vor der Notfall-Zulassung dünn gewesen.

Mike Yeadon: "Es ist Mord, diesen Stoff zu verabreichen." Denn Covid sei bei weitem nicht

so tödlich wie behauptet. Gleichzeitig seien die Impfstoffe toxisch. Das Nutzen-Risiko-Verhältnis rechtfertige die Verabreichung solcher Stoffe nicht im geringsten.<<

01.08.2021

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. August 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>15jährige Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 5 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 diese 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 6 strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefern) und indirekte (stets zur Verfügung stehende und sofort einsatzbereite) Energiespeicher mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt fehlen.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Kernkraftwerkes gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden.

In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes. ...<<

Die Stromversorgung gehört zu den wichtigen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge

Die Elektrifizierung zählt zu den wichtigsten Innovationen des 20. Jahrhunderts, denn ohne Strom kommen die gesamte moderne Industrie- und Dienstleistungsgesellschaft sowie das private Leben schlagartig zum Stillstand. Die Energie- und Wasserversorgung gelten in einem Sozialstaat nicht umsonst zu den wesentlichen staatlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge. Es gehört zu den Haupttätigkeiten des Staates, die zivilisatorische Grundversorgung der Bevölkerung bereitzustellen und zu gewährleisten.

Die staatliche Daseinsvorsorge ist nach Artikel 20 und Artikel 28 des deutschen Grundgesetzes fester und wesentlicher Bestandteil der Sozialstaatlichkeit. Danach müssen u.a. lebenswichtige Güter und Dienstleistungen dem Gemeinwesen diskriminierungsfrei zur Verfügung

stehen und eine gewisse Lebensqualität garantiert werden.

Jeder demokratische Staat hat die Pflicht, seinen Staatsbürgern ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Sicherheit zu gewährleisten. Es kann niemals zu den Aufgaben und Pflichten von gewählten deutschen Abgeordneten gehören, die nationale Stromversorgung und damit zwangsläufig die Lebensgrundlagen des deutschen Volkes zu gefährden.

Schutz des Lebens, der Gesundheit und der Freiheit sowie Gewährleistung der Sicherheit

Das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen zu schützen, zählt zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes

Die Pflichten des Abgeordneten ergeben sich aus der moralischen Verpflichtung, das Mandat nach bestem Wissen und Gewissen zum Wohle des gesamten Volkes auszuüben. Die demokratisch legitimierten Volksvertreter sind niemandem untergeordnet, sondern als Repräsentanten des gesamten Volkes nicht an Aufträge und Weisungen gebunden und nur dem eigenen Gewissen unterworfen (Artikel 38 Grundgesetz).

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.* ...) umfaßt auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den Gefahren der sog "Energiewende", wie zum Beispiel vor den extremen Ereignissen während eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Die staatlich angeordnete ideologische "Energiewende" diene nachweislich nie dem Wohle des deutschen Volkes, sondern fügte den Bürgern der Bundesrepublik Deutschland bereits gigantische Schäden zu. Bisher wurde jedoch kein Mitglied der deutschen Bundesregierung angeklagt oder gar zur Rechenschaft gezogen.

In einem demokratischen Rechtsstaat, der vor allem die Lebensgrundlagen der Deutschen schützen muß, sind alle Politiker, die zweifelsfrei gegen geltendes deutsches Recht verstoßen haben, wegen ihrer Rechtsbrüche zur Verantwortung zu ziehen.

Gemäß § 81 Strafgesetzbuch begeht zum Beispiel Hochverrat,

"(1) Wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt

1. den Bestand der Bundesrepublik Deutschland zu beeinträchtigen oder

2. die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmäßige Ordnung zu ändern ...".

Die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe ist für Staatsschutzstrafsachen zuständig, die die innere und äußere Sicherheit Deutschlands berühren. Nach den Grundsätzen des Rechtsstaates darf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die lebensbedrohlichen Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren, sondern ist von Amts wegen verpflichtet, zu prüfen, ob die angeordneten Maßnahmen der Bundesregierung tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind und ob diese staatlichen Maßnahmen der sog. "Energiewende" das Leben, die Gesundheit, Freiheit und Sicherheit der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und der Nachbarländer bedrohen können.

Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, würden schließlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 29. April 2021 über das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klimaschutzgesetz): >>Grüne und "Fridays for Future" jubeln über Karlsruher Klima-Urteil

... Das Bundesverfassungsgericht hatte am Donnerstag den Beschwerden gegen das Klimaschutzgesetz teilweise stattgegeben. Die Maßnahmen der Bundesregierung seien nicht mit den Grundrechten vereinbar, da konkrete Maßgaben für die weitere Emissionsreduktion ab dem Jahr 2031 fehlen. ...

Problematisch ist laut den obersten Richtern in Karlsruhe, daß die bisherigen Vorschriften die hohen Emissionsminderungslasten unumkehrbar auf Zeiträume nach 2030 verschieben. Das Klimaschutzgesetz verpflichte dazu, die Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2030 um 55 Prozent gegenüber 1990 zu verringern. ...

Mit dem Urteil gab das Gericht der Klage gegen das Klimaschutzgesetz von verschiedenen Umweltverbänden und Vertretern der "Fridays for Future-Bewegung" (FFF) um Luisa Neubauer teilweise statt. Sie hatten geklagt, weil sie die Ansicht vertraten, daß das Gesetz zu "schwach" sei, um die Klimakrise einzudämmen und damit ihr Recht auf eine menschenwürdige Zukunft zu schützen. Sie sahen ihre Grundrechte wie das Recht auf körperliche Unversehrtheit und Gesundheit, Eigentum, Beruf und freie Entfaltung in Gefahr und prangerten an, die Bundesregierung komme ihrem grundgesetzlichen Schutzauftrag nicht nach. ...

Spott für Altmaier

Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) bezeichnete das Urteil als "groß und bedeutend". Es sei "epochal für Klimaschutz und Rechte der jungen Menschen". Außerdem Sorge es für Planungssicherheit für die Wirtschaft. Diese Äußerung sorgte allerdings für Spott bei den Grünen. "Putzig: Der Rädelsführer der Klimaschutzbremse begrüßt seine Verurteilung durch das Bundesverfassungsgericht", antwortete der Grünen-Bundestagsabgeordnete und frühere Umweltminister Jürgen Trittin. ...<<

Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung

Bevor die deutsche Bundesregierung ein neues "Energiezeitalter" beschwört, um die Welt zu retten, sollten die Politiker zunächst die gegenwärtigen realen Probleme im eigenen Land lösen.

Wir benötigen endlich eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen.

Wir benötigen endlich eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt. Gerade in der Energiewirtschaft mit ihren langlebigen und kostenintensiven Anlagen benötigen wir endlich wieder eine effektive Energiepolitik, in der sich die Kreativität von Wissenschaftlern und Unternehmen frei entfalten kann.

Folgende Maßnahmen sind unverzüglich zu realisieren:

15jährige Laufzeitverlängerung für die letzten 6 noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland"

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (drohende De-Industrialisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands) sollte die deutsche Bundesregierung unverzüglich nach dem Vorbild Spaniens handeln und eine angemessene Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen 6 Kernkraftwerke in Deutschland beschließen.

Teilverstaatlichung der deutschen Energiewirtschaft

Aufgrund der Tatsache, daß die mehrheitlich ausländischen Kraftwerksbetreiber wegen fehlender Rentabilität keine Ersatzinvestitionen (Bau von neuen Gaskraftwerken) realisieren werden, muß die deutsche Bundesregierung die konventionelle Stromerzeugung unverzüglich verstaatlichen, denn die ehemals finanzkräftigen und leistungsfähigen deutschen Energiever-

sorgungsunternehmen sind infolge der planwirtschaftlichen Eingriffe der deutschen Bundesregierung finanziell nicht in der Lage, diese gewaltigen Aufgaben zu bewältigen.

Bau von Stromspeichern

Die Windkraft- und der Photovoltaikanlagen können aufgrund von physikalischen Begrenzungen ohne entsprechende Speichermöglichkeiten letztlich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen.

Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 35 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben.

Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV"

Um zukünftig eine zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von DFR-Kernreaktoren (Dual-Fluid-Reaktoren) der sogenannten "Generation IV" einsetzen, denn Versorgungssicherheit und Klimaschutz werden ohne Kernkraftwerke, die im Betrieb keine CO₂-Emissionen verursachen, nicht funktionieren.

Der neuartige Dual Fluid Reaktor (DFR) wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt. Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren. Der Dual Fluid Reaktor nutzt als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern können sinnvoll genutzt werden.

Das schon vor Jahrzehnten entwickelte Grundkonzept des Dual Fluid Reaktors, bei dem der Brennstoff in Form von Flüssigsalz durch den Reaktor gepumpt wird, wurde um einen weiteren Kreislauf erweitert. Der DFR ermöglicht wegen der hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius neben der Bereitstellung von elektrischer Energie auch die zusätzliche Nutzung von Prozeßwärme (zur Herstellung von Wasserstoff, der in Kombination mit Kohlendioxid in synthetische Treibstoffe verwandelt werden kann).

Der Dual Fluid Reaktor ist physikalisch sicher. Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen. Der DFR produziert keine hochradioaktiven Abfälle, die jahrtausendlang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, die restlichen Abfälle müssen etwa 300 Jahre gelagert werden.

Der Dual Fluid Reaktor - mit 1.500 Megawatt elektrischer Leistung und 3.000 Megawatt thermischer Leistung - kostet etwa 1,5 Milliarden Euro.

Das DFR-Konzept wurde von Mitarbeitern der TU München und der E.ON Kernkraft GmbH (gegenwärtig PreussenElektra GmbH) überprüft und validiert.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind keine neuen Stromleitungen und keine weiteren Windkraftanlagen erforderlich. Da der Dual Fluid Reaktor (DFR) abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die hochradioaktiven Abfälle (etwa 20.000 Tonnen Atommüll) mehrheitlich sinnvoll entsorgt und damit endet auch die unendliche Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausendlange Entsorgung von abgebrannten Brennelementen.

Am 1. Juli 2017 übertrugen die KKW-Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung 24,1 Milliarden Euro an den Bund. Diese finanziellen Mittel könnten wegen der drastischen Reduzierung der radioaktiven Abfälle größtenteils für den Bau von DFR-Kernkraftwerken und konventionellen Gaskraftwerken genutzt werden.

Die systematische Destabilisierung der deutschen Energiewirtschaft durch die deutsche Bundesregierung

Beste und sicherste Stromversorgung der Welt

Ende des 20. Jahrhunderts besaßen die Deutschen aufgrund der grandiosen Aufbauleistung der Nachkriegsgenerationen die modernste und umweltverträglichste Energietechnik sowie die sicherste Stromversorgung der Welt.

EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität"

Am 19. Februar 1997 trat die EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" in Kraft. Die vom damaligen FDP-Wirtschaftsminister Rexrodt durchgesetzte Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" sollte spätestens bis zum 19. Februar 1999 in den jeweiligen EU-Ländern umgesetzt werden.

Nach der sog. Liberalisierung des EU-Strommarktes begann in der Bundesrepublik überraschend schnell ein heftiger Preiskampf bzw. regelrechter "Energiekrieg", denn die deutschen Versorgungsunternehmen mußten ihre Leitungen aufgrund der EU-Binnenmarkt-Richtlinie "Elektrizität" für den Billigstrom der in- und ausländischen Konkurrenz öffnen.

Energiewende

Im Jahre 2000 wurde das seit 1991 geltende Stromeinspeisungsgesetz durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz abgelöst, um die Produktion von Strom aus erneuerbaren Energien und die sog. Energiewende zu fördern.

Nach einer Flutwelle an der japanischen Nordostküste ereignete sich im Kernkraftwerk Fukushima Daiichi ein Super-GAU, so daß die Bevölkerung in der Umgebung der Unglücksreaktoren evakuiert werden mußte.

Der deutsche Bundestag beschloß danach am 30. Juni 2011 im Rahmen der Energiewende den endgültigen Atomausstieg (Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke - die wohlgerneht derzeit sichersten aller weltweit in Betrieb befindlichen 473 Kernkraftwerke - bis zum Jahr 2022).

Die Tageszeitung "Die Welt" berichtete am 11. März 2016: >>Fukushima Der große Schwindel der deutschen Energiepolitik

... Das Unglück von Fukushima wird zum Auslöser der deutschen Energiewende verklärt. Doch das eine hat mit dem anderen nichts zu tun. Der Atomausstieg sollte die Grünen bremsen, was auch gelang. ...

Spätestens hier muß man festhalten, daß die Fukushima-Katastrophe die deutsche Energiewende weder ausgelöst noch begründet hat. ...

Operation Grünen-Bremse

Der nach Fukushima von der Bundesregierung eingeleitete Atomausstieg war somit kein Ausfluß einer neu motivierten Energiewendepolitik - denn der damit einhergehende Rückschlag für den Klimaschutz wurde ja noch nicht einmal ansatzweise diskutiert. Im Grunde ging es der schwarz-gelben Koalition um Macht: Es galt, den damals steilen Aufstieg der Grünen in den Umfragen zu bremsen. ...<<

Infolge der zunehmenden Erweiterung der Windenergie und der dramatischen Reduzierung der konventionellen "Schattenkraftwerke" wurden die Stabilisierung der Stromnetze und die Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit nachweislich vorsätzlich geschwächt.

Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung bis zum Jahre 2011

Bis zum Jahre 2011 waren etwa 80 % (rd. 22 % Kernkraftwerke und 58 % konventionelle Kraftwerke) der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden.

Die konventionelle Stromerzeugung bestand bis zum Ausstieg aus der Kernenergie aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen ebenfalls zu den konventionellen Stromerzeugungsan-

lagen, denn sie gehören zu den regelbaren Stromerzeugern.

Diese konventionellen Anlagen lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Zerstörung der Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung

Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken auferlegt. Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es **ab 2022/2023** vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke ersetzt werden kann.

Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund **66.400 Megawatt** (80 % der Stromnachfrage) in Deutschland zur Verfügung stehen müssen, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von **30.000 Megawatt** (je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast vorhanden.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird unumkehrbar ins Chaos führen. In der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom.

Regenerative Energieträger

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und regenerative Energien.

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Regenerative Energieträger (Windkraft- und Photovoltaikanlagen) ohne entsprechende Speichermöglichkeiten sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb mußten seit 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden sein. Diese "Schattenkraftwerke" (doppelter Aufbau der deutschen Stromversorgung), d.h. konventionelle Kraftwerke müssen dann einspringen, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung steht. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelbarkeit der regenerativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann.

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Fehlende Stromspeicher

Deutschland verfügt heute nur über 35 größere Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

In der Bundesrepublik Deutschland wird es in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den mindestens erforder-

lichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 35 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben.

Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke in 6 bzw. in 18 Monaten

Spätestens nach Abschaltung der strategisch wichtigen letzten 6 deutschen Kernkraftwerke (KKW Brokdorf in Schleswig Holstein, KKW Grohnde in Niedersachsen und KKW Gundremmingen in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2021** sowie KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2022**), wird es keine Netzstabilität mehr geben: **"In Deutschland werden die Lichter ausgehen!"** ...<<

04.08.2021

BRD: Uwe Kranz berichtet am 4. August 2021 über den Klimawandel (x1.015): >>Wie das Wetter so wird in unser'm Klima ...

Von *Uwe Kranz*

Und die nächste Sau, die durchs Dorf getrieben wird, heißt: Klimawandel! Kaum daß die Corona-Schlacht etwas verblaßt, sich *fake news* zunehmend als *true news* herausstellen, die Verschwörungstheorien Realität werden, der Lack von den einst vom polit-medialen Komplex propagierten Schein-Wahrheiten Stück für Stück abblättert und sich in die Endlosschleife für nach der Wahl verabschiedet, damit die unserer Bundeskanzlerin "nahestehenden Partei" (?) auch dann noch davon partizipieren kann (siehe das 3. Bevölkerungsschutzgesetz, das vielfach als "Ermächtigungsgesetz" apostrophiert worden war), werden schon wieder die Klimamesser gewetzt, damit auch die letzten Zipfel von der Wurst, die einst Demokratie hieß, doch noch abgeschnippelt werden können. *Lockdown for ever! Grundrechte: Never!*

Die Macher des Great Reset können ihr Glück kaum fassen. Erst Corona, dann die Flut!

Die Flut? Nein, die Wetterkatastrophen, müßte man sagen; denn die Katastrophe, die sich Mitte Juli in Nordrhein-Westfalen (NRW) und Rheinland-Pfalz (RP) ereignete und über 170 Leben und fast 700 Verletzte kostete, war ja kein singuläres Ereignis, auch wenn es noch so schlimm war. Zeitgleich suchte der Zyklon "Bernd", auch Österreich (Hallein), und Belgien/Luxemburg auf, wo er etwa 30 Menschenleben verursachte und verheerende Schäden anrichtete; Tausende mußten evakuiert werden. Es ist der "perfekte Sturm" mit tagelangen Wassermengen von bis zu 200 Liter/m²!

Wer einen Blick nach Zhengzhou in der zentralchinesischen Provinz Henan richtete, sah fast zeitgleich ähnliche Bilder. Ausgelöst worden seien die Regenfälle vom Taifun "*In-Fa*", der auch in den Provinzen Zhejiang und Fujian für Unwetter gesorgt haben soll. Über Dutzende von Toten wurden berichtet, Zehntausende seien evakuiert worden, innerhalb von 48 Stunden brachen drei Staudämme, zuletzt der Guojiaju-Damm; der Yihefan-Damm ist aktuell immer noch stark gefährdet.

Auch in Südchina und in der Inneren Mongolei sei es durch weitere Stürme zu schweren Überschwemmungen gekommen. Weitere Regenfälle mit weit über 100 Liter/m² wurden erwartet.

Vor wenigen Monaten meldete Australien "Land unter" und flutbedingte Todesfälle: Tagelanger Starkregen führte in New South Wales zu den schwersten Überschwemmungen seit 100 Jahren, die zur Evakuierung von 18.000 Menschen zwangen.

Verstörende Videos aus den letzten paar Wochen auch über Flutmassen in Florida, Oman, Somalia, Indien, selbst über "monsunartige Wolkenbrüche" in den Vereinigten Arabischen Emiraten zeigen, daß das Wetter weltweit sehr wohl verrückt spielt - aber auch der polit-militärische Komplex, sprich der Mensch, (insgeheim) mitwirkt, der selbst für Starkregen in der Wüste ("Fake Regen") sorgt. Gleiches gäbe es aber auch über Dürren, Hurrikane und Großfeuer zu berichten, sprengt aber den redaktionellen Rahmen.

Klimawandel - menschengemacht?

Schnell waren Politiker zur Stelle und vor Ort, um das Geschehen zu kommentieren. Wahlkampf ist's, da steht schon mal ein "Held der Arbeit" (SPD) mit blütenweißen Sneakers an den Füßen und einem Sandsack unterm Arm vor der Kamera, Reporter beschmieren sich mit Schlamm, um authentisch zu wirken, (RTL), der Kanzlerkandidat der CDU lacht während der bundespräsidialen Trostrede - und umgekehrt.

Retter der ersten Stunde werden dagegen z.B. vom Staatsfunk ZDF öffentlich angegriffen und in skandalöser Weise an den Pranger gestellt, andere Helfer ob ihrer vermutlichen politischen Einstellung (angebliche Querdenker oder Reichsdeutsche) öffentlich diffamiert, geächtet und am Einsatz behindert, andere mangels "Auftrag von oben" heimgeschickt.

Das eigentliche Thema "monumentales Systemversagen" gerät da schon schnell mal an den Rand des Geschehens. Wen kümmern da schon mindestens vier (4!) volle versammelte Tage für Vorsorge-, Alarmierungs- und Evakuierungsmaßnahmen? Wen kümmern nicht vorhandene, nicht funktionierende zu spät oder absichtlich nicht eingeschaltete Sirenen ("um Panik zu vermeiden")?

Wen kümmern Versagertechniken wie die Warn-App "Nina", KatWarn oder 148 SMS-Nachrichten ins Blaue? Wenn kümmern die Versager im zwangsgebührenfinanzierten Rundfunk und Fernsehen (WDR!), die pünktlich Feierabend machten, statt zu warnen und die während der Katastrophe seichte Unterhaltung sendeten?

Wen kümmern die chaotischen Führungs-, Einsatz- und Kommunikationsstrukturen offizieller Instanzen in der aufkommenden Katastrophenlage? Wen kümmert, daß die Kanzlerin "der schon länger hier wohnenden Menschen" lieber ihren (17.?) Ehrendoktor bei der Johns Hopkins Universität in den USA abholte und sich unbeholfen in den vollen Ornat zwingen ließ, statt heimzufliegen, sich unverzüglich vor Ort ein Bild von der Katastrophe zu machen und politisch straff zu führen. Sondersitzung Bundestag? Fehlanzeige.

Später Fototermin mit dem sichtlich und wahrlich echt emotionalisierten Bürgermeister von Schuld, Helmut Lussi, der wenigstens mit seinem trockenen Statement richtig stellte, was Frau Dr. Merkel gewohnt klimaideologisch verblendet und stereotyp von sich gab: Deutschland müsse sich an den menschengemachten Klimawandel anpassen, "parallel zu dem gesamten Umsteuern auf eine klimaneutrale Wirtschaft".

Lussis ungefragter Konter: "Das erste Hochwasser war so um 1790. Ich glaub da gab's noch keinen Klimawandel oder nicht in den Dimensionen. Das zweite Hochwasser war jetzt 1910." Klatsch! Chapeau, Herr Lussi!

Wen kümmern strafrechtliche Verantwortlichkeiten der durch Gesetz zum Handeln Verpflichteten, die in sogenannter "Garantenstellung" durch Unterlassen (§13 StGB) für Körperverletzungen oder Tötung von Menschen und für die Zerstörung ganzer Dörfer, Städte und Existenzen verantwortlich sind? Wer ist verantwortlich dafür, daß die Regenrückhaltebecken nicht rechtzeitig abgelassen worden sind? Sind Politik und Verwaltung bei Katastrophen denn sakrosankt? Nun, das werden die Ermittlungen zu den ersten von den Flutopfern erstatteten Anzeigen hoffentlich erweisen.

Auch der neue Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenschutz (BKK), Armin Schuster, erst seit November 2020 (nach dem Sirenenendesaster) im Amt, soll mit seiner billigen Ausrede nicht wegkommen: "Unsere Warninfrastruktur hat gut geklappt im Bund, der Deutsche Wetterdienst hat relativ gut gewarnt".

Was er damit sagen wollte: Wir (auf Bundesebene) sind die Guten, Fehler hätten all die anderen (auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene) gemacht. Rette sich, wer kann! Erbärmlich, vor allem wenn man die vernichtenden Urteile internationaler Experten hört, die Deutschland in Sachen Katastrophenschutz auf dem Niveau eines Entwicklungslandes sehen.

Doch zunächst muß man den sprachlichen Unsinn bereinigen, der durch die polit-medialen

Statements von Bundeskanzlerin bis zum Lokalreporter quirlt, wie die Fäkalien aus der Kanalisation Ahrweilers: Der Klimawandel sei menschengemacht und Ursache der Flutkatastrophe! Historische Chroniken belegen per se die Fragwürdigkeit dieser Behauptung und, man glaubt es nicht, inmitten des polit-medialen CO₂-Kampflärms zum menschengemachten bzw. wissenschaftlicher klingend: zum "anthropogenen" Treibhauseffekt, zur globalen Erwärmung, zum Methangas, zum Ozon ... gibt es wissenschaftlich renommierte und inzwischen gar nicht mehr so einsame Rufer in der Wüste.

Sie hinterfragen das Pariser Klimaabkommen, den Anstieg der globalen Temperatur auf 1,5 Grad über dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen, zweifeln an den IPCC-Berichten und der Qualität der Satellitendaten, die zur Bestimmung der Treibhauseffekte verwendet werden; sie messen und diskutieren heftig z.B. über Strahlungseinflüsse, die Wirkung der Drifts im Orbit, Veränderungen in der Humusschicht (SOC und Nährstoffe) oder des Grundwasserspiegels als wahrscheinlichste Ursache für den Anstieg der CO₂-Konzentration - all das im besten wissenschaftlichen Sinne z.T. auch äußerst kontrovers und für den Laien (wie mich) verwirrend bis verstörend.

Manche bestreiten mit den Sat-Daten eine signifikante Erderwärmung durch CO₂ grundsätzlich, zumindest seit dem letzten großen El-Nino-Ereignis von 1998; andere bestreiten die Erderwärmung nicht grundsätzlich, finden aber andere Gründe dafür und entlarven auch damit die Klimahysteriker als Geschäftemacher und Mind-Controller.

Unsere Luft besteht seit Jahrhunderten aus Stickstoff (ca. 75 %), Sauerstoff (ca. 20 %), Wasser (ca. 4 %) und nur zu 0,04 Prozent aus den verrufenen "Treibhausgasen" CO₂/Ozon/-Methan und FCKW, sowie den paar restlichen Prozentanteilen von Edelgasen. CO₂ & Co absorbieren zwar geringe Mengen Wärmestrahlung, sind jedoch in so winziger Konzentration vorhanden (1:3.000), daß sie eigentlich nur minimal klimaschädlich wirken können.

Dies gilt insbesondere für die oberen Atmosphärenschichten, wo diese Konzentration ja nochmals auf ein Zwanzigstel verdünnt wird, also genau dort, wo diese "Klimakiller" ihre Wärmewirkung erst entfalten müßten.

Die größten "CO₂- und Kohlenstoffschleudern" der Welt sind in Wirklichkeit die Ozeane mit ca. 90 Gigatonnen (44 %), die Bodenorganismen mit ca. 59 Gigatonnen (29 %), die Atmung der Landorganismen mit ca. 50 Gigatonnen (24 %) und ganz zuletzt erst die wirtschaftliche Tätigkeit des Menschen mit ca. 5,5 Gigatonnen (3 %).

Das Experiment "Whisky on the Rocks" hilft, ein anderes häufig und kontrovers diskutiertes Thema besser zu verstehen: Mit dem Schmelzen der Eisberge wegen des "menschengemachten Klimawandels" käme es zu Überflutungen ganzer Städte. Wenn Sie nichts aus dem Glas genascht haben, werden Sie feststellen, daß nach dem Schmelzen der Eiswürfel das Glas genauso voll ist, wie zuvor. Einfache Physik: Die Anomalie des Wassers.

Auch Knut, der putzige Eisbär, dient nicht als Beweis: Die Population der Eisbären hat sich nach Forschungen der Universität Victoria/Kanada nicht nur als stabil herausgestellt, sondern sei sogar auf über 25.000 bis 31.000 angewachsen. Die Behauptung, die Eisbärpopulation schrumpfe als Folge der abnehmenden arktischen Meeresfläche, sei wissenschaftlich nicht haltbar. Der Arbeitsvertrag der dafür verantwortlichen Assistenzprofessorin Crockford wurde nicht mehr verlängert. Die Botschaft an jeden akademischen "Klimadissidenten": Schweige oder riskiere die Gefährdung deiner Karriere.

Das Leben auf unserem Planeten wird durch Wetter und Klima bestimmt, durch einen hydrologischen Prozeß, der fast ausschließlich über Wasserdampf in der Atmosphäre unser Wetter bestimmt. Er ist abhängig von der Temperatur, die normalerweise durch die Sonne verursacht wird.

Die meisten Wissenschaftler wissen, daß der "Klimawandel" mit den Aktivitäten der Sonne (Eruptionen, Sonnenflecken) mit der Stellung des Sonnensystems in der Milchstraße, der Än-

derungen des Neigungswinkels der Erde zur Sonne, sowie der Änderung der irdischen Kreisbewegung um die Sonne zusammenhängt. In unseren MSM (Mainstream Medien) wird das kaum noch diskutiert.

Warum wird das Thema Wasserdampf in der Atmosphäre nicht in den Vordergrund der öffentlichen Diskussionen gestellt und warum werden statt dessen von grün-rot-rot-schwarzen Politikern Benziner, Diesel, fossile Heizung und offene Kamine verteuert?

Und das in Deutschland, das eh nur 1,8 % der CO₂-Last der Welt trägt? Brauchen wir einen neuen Wissenschaftszweig "Politklimatologie", der den Verantwortlichen auf die Sprünge hilft?

Der Begriff "Klimaleugner", den die polit-mediale Klimalobby geprägt hat, um Assoziationen zur Leugnung des Holocaust herzustellen, hat eine fatale Nähe zum "Covidleugner"; beide Begriffe signalisieren bedrohliche Absolutheitsansprüche. Dabei heißt Leugnen ja, wider besseres Wissen etwas zu behaupten. Nun wissen es aber viele tatsächlich besser, sogar renommierte Wissenschaftler und Filmproduzenten.

Warum sagen sie es dann nicht den Politikern? Wann sehen diese ein, daß sie falsch liegen und sich zum Narren haben machen lassen?

Die Regenmacher

Begonnen hat das tückische Wettergott-Spiel schon Anfang dieses Jahrhunderts, 2016, als die Stadt San Diego nach einer langen Dürreperiode den Regenmacher Charles Hatfield beauftragte, den Morena-Stausee zu füllen. Mit dem Einsatz unbekannter chemischer Mixturen gelang es diesem, einen Starkregen zu produzieren, der nicht nur den Stausee binnen weniger Tage füllte, sondern den Staudamm brechen ließ, wonach die ganze Stadt überschwemmt wurde.

Wer erinnert sich noch an die "Operation Cumulus" der Royal Air Force des Vereinigten Königreiches vom August 1952, als die militärische "Wetterschubserei" anfang, genauer: als sie durch Veröffentlichung ehemals als "Geheim" klassifizierter Militärpapier bekannt wurde? Der militärische Test, Regen zu machen, wuchs sich zur "schlimmsten Flut" seit den britischen Wetteraufzeichnungen aus. Die Katastrophe war bis dahin offiziell nur bekannt als "Die Hand Gottes": 35 Tote waren zu beklagen, nachdem 90 Tonnen Wassermassen und Tausende Tonnen Gestein über die Stadt Devon hereinbrachen.

Auch das US-Militär hatte schon seit den 1940er Jahren großes Interesse an der Technik der "Wolkenimpfung" mit Silberjodid, um feindliche Truppen mit Sturm, Regen, Schnee und Eis zu behindern.

Dem "Project Cirrus" (1947) zur Modifikation eines Hurrikans, ein Gemeinschaftsprojekt des Militärs mit der General Electric Corporation, folgte das "Project Stormfury" (1962-1983), das ebenso erfolglos versuchte, Hurrikans mit Silberjodid zu schwächen.

Im Vietnam-Krieg (1955-1975) ließ es das US-Militär ab 1967 im Rahmen der (erfolgreichen) "Operation Popeye" wochenlang regnen, um die Unterstützer der feindlichen Kämpfer in Südvietnam im Morast versinken zu lassen. Gleichzeitig setzte das US-Militär "Agent-Orange-Aerosole" ein, ein Baumentlaubungsmittel, um zusätzlich ein freieres Schußfeld zu haben.

Diese Techniken wurden von Seymour Hersh in den sogenannten "Pentagon Papers" im Time Magazin enthüllt. Dies führte letztlich zur UN-Konvention ENMOD, die den Einsatz von wettermodifizierenden Maßnahmen für militärische Zwecke verbot - "friedliche Forschungszwecke", wie immer diese definiert werden, bleiben aber weiterhin erlaubt. Alles nur eine Frage der Definition, der Diskretion, oder? Wie war das noch mit den Kondensstreifen am Himmel? Dazu später mehr.

Weniger bekannt waren die "Regeneinsätze" russischer Piloten, die verhinderten, daß die radioaktiven Wolken nach der Reaktorkatastrophe 1986 in Tschernobyl (ob Unfall oder Sabotage ist immer noch ungeklärt) bis nach Moskau gelangten. Erst Jahre später, 2006, wurden die

eingesetzten Piloten in einem Staatsakt dafür geehrt, daß sie damals die Wolken mit Silberjodid impften, um die dreißigfache radioaktive Dosis über Belarus abregnen zu lassen, insbesondere über der Stadt Gormel, statt über der russischen Metropole Moskau.

Für das russische Militär ist die Wolkenimpfung inzwischen business as usual, noch jede der jährlichen Truppenparaden am 9. Mai zu Ehren des "Großen Vaterländischen Krieges" fand dank solcher Einsätze bei schönstem Wetter statt.

2008 wollte China für seine 42 Milliarden Dollar teure Olympiade mittels einer inzwischen 35.000-köpfige Beamten- und Bauernarmee schönes Wetter für die Auftaktveranstaltung garantieren. Darum stellte es rings um Peking fast 6.800 Artilleriegeschütze und über 4.100 Raketenabschußrampen auf, die mit über 1.000 Silberjodid-Geschossen Wolken besamen sollten. Damals faßte das die Weltöffentlichkeit eher als eine "charmante Geste" des Gastgebers auf.

In Vergessenheit geriet, daß im Frühjahr des gleichen Jahres erst ein Schneesturm Chinas Süden heimsuchte, im Mai dann ein Erdbeben die Provinz Sichuan erschütterte und immer neue Horrormeldungen über Verschüttete, Verletzte und Tote die Bevölkerung fortlaufend ängstigte; 80.000 waren es am Ende. Nach einer Meldung von Xinhua stiegen von 1995 bis 2003 exakt 4.231mal Flugzeuge in die Wolken auf, um Silberjodid zu sprühen.

Das "schenkte" dem von Dürren geplagten Reich der Mitte ein Plus von 210 Milliarden Kubikmetern Regenwasser. Das Jahr 2009 endete allerdings mit einem kleinen Mißgeschick: Statt des ersehnten Regens fielen riesige Schneemengen hernieder, aber das kann beim Geoengineering, beim Spiel als "Wettergott" doch mal passieren - oder? Auf gut Chinesisch klingt das dann wie "Pi ji tai lai" und heißt: Das Böse gipfelt im Guten.

Die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) ließen in jüngster Zeit in 9 Großprojekten im Wert von 15 Millionen USD die Möglichkeiten der Kontrolle über das natürliche Klimageschehen erforschen.

Cloud Seeding (Wolkenbesamung) mit Silberjodid in der Stratosphäre war offensichtlich immer noch die erfolgreichste Methode, befand das National Center of Meteorology (NCM) Alleine im ersten Halbjahr 2021 wurden 126 derartige "Wetterflüge" durchgeführt, aber auch Drohnen (sogenannte "*zapper drones*") wurden eingesetzt, die mittels elektrisch geladener Impulse "monsunartige Wolkenbrüche" erzeugten, weshalb die Bevölkerung mehrerer Regionen vor Starkregen gewarnt werden mußte. Hoffentlich hatten die Statiker beim Bau der gigantischen Wolkenkratzer derartige "anthropogene Phänomene" einberechnet!

Unsichtbarer Kriegsführung?

Wie man sieht: Der Mensch spielt weltweit Wettergott. Schon seit Jahrzehnten. Die Rede ist aktuell von mindestens einer Million Tonnen Silberoxid, das aus Businessjets, Militärflugzeugen und Drohnen bis in die Ionosphäre im Rahmen eines höchst dubiosen Solar Radiation Managements (SRM) geblasen wird. Menschen sind zwar Teil der Schöpfung, aber nicht deren Zentrum.

Mao Zedongs "Spatzenkrieg" Ende der 1950er Jahre zum Schutz der Landwirtschaft hätte Beweis genug sein müssen, daß der Mensch nicht nach Gutdünken in das ökologische Gleichgewicht eingreifen darf. Am Ende des Experiments zerstörten Insekten die Ernten, weil ihre natürlichen Freßfeinde, die Spatzen, fast ausgerottet worden waren. 1960 mußte Mao kleinlaut von seinen russischen Freunden 250.000 Spatzen importieren.

Können die negativen Intentionen und Folgen des SRM ebenfalls mit solch einfachen Mitteln wieder gerade gerückt werden? Steht die Klimawissenschaftsgemeinde bei dieser neuen Art unsichtbarer Kriegsführung irgendwie verloren neben der Sache, wirkt sie desinformierend oder hat sie vielleicht gar die gesamte menschliche Rasse verraten und sich mit Profit verkauft?

Sind es wirklich nur schlichte Kondensstreifen am Himmel? Oder bestehen diese geheimnis-

vollen Chemtrails aus winzigen Barium- und/oder Aluminium-Partikel, die in Form hochgiftiger Regen Atemwegserkrankungen, z.B. chronischer Husten, Bronchitis, chronische obstruktive Lungenerkrankungen (COPD) oder neurogenerative Krankheiten (z.B. Alzheimer, Parkinson) erzeugen (sollen)? Oder ist das nur eine weitere "Verschwörungstheorie", die sich aber, wie so viele andere, angesichts der immer deutlicher erkennbaren staatlich-militärischen Projekte zu verwirklichen scheint?

Wer glaubt denn noch, daß die Kronjuwelen des militärisch-industriellen Komplexes, die Wetterkriegsführung, nach der Operation "Popeye" in Vietnam einfach in den Schubladen verstaut wurden? Sind 10 bis 20 Megatonnen Aluminiumoxid-Staub (Al_2O_3) und andere Nanopartikel, die mit den weltweiten Geo-Engineering Projects (GEP) angeblich nur zur Abkühlung der Erde, zum "Schutz unseres Klimas" in die Stratosphäre gekippt werden, tatsächlich folgenlos?

Oder stimmen die Berechnungen über die Toxizität unserer Umwelt, wonach genau dadurch weltweit rund 2 Milliarden der 7,5 Milliarden Menschen sterben werden - täglich würden dann fast 110.000 Menschen mit über 123 mg Aluminium kontaminiert: Bei einem 75 kg schweren Menschen wäre schon eine tägliche Dosis von 1,875 mg Aluminium tödlich, die statistisch gesehen nach 15 Tagen kumuliert wäre.

Warum stoppt niemand diese wahnsinnigen Operationen, mit denen die Sonneneinstrahlung "gedimmt" werden sollen? Warum veranlassen die für unsere (Gesundheits-)Vorsorge verantwortlichen Politiker keine grundlegenden wissenschaftlichen Studien, keine umfassenden Feinst-Partikelmessungen unserer Atemluft? Ist das Dimmen der Sonne durch eine giftige Imitation von Vulkanausbrüchen wirklich noch "vollkommen natürlich"?

Schwer zu glauben, zumal man inzwischen schon die Fakten der Faktenchecker checken muß. Offensichtlich experimentell manipulierte Dürren und Fluten, die die Lebenserhaltungssysteme unserer Erde dezimieren, werden trotz aller Gegenbeweise, inzwischen veröffentlichter militärischer Geheimpapiere, wissenschaftlicher Forschungen und Veröffentlichungen weiterhin offiziell geleugnet. Das erinnert doch sehr an das staatliche Verhalten in Sachen Corona.

...<<

06.08.2021

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 6. August 2021 (x1.119/...): >>>Die Straße in den Totalitarismus

Einer der entschiedensten und wortmächtigsten Warner vor einem neuen Totalitarismus ist der amerikanische Dramaturg, Romanautor und politische Satiriker C. J. Hopkins. Bekannt ist er vor allem für seinen dystopischen Roman "Zone 23" und Theaterstücke wie "Horse Country" oder "The Extremists". Aktuell lebt und arbeitet er in Berlin. Nachdem wir in unserem vorigen Artikel "Geraubter Verstand und der drohende Sturm des Totalitarismus" bereits einiges aus seinen letzten beiden Warnrufen zitiert haben, bringen wir nun seinen am 31.7.2021 veröffentlichten neuesten Artikel original in voller Länge. Wir danken C. J. Hopkins für seine Erlaubnis. (hl)

Von *C. J. Hopkins*

Die Menschen können sich einreden, daß sie nicht gesehen haben, wohin sich die Dinge in den letzten 17 Monaten entwickelt haben, aber sie haben es gesehen. Sie haben alle Zeichen auf dem Weg gesehen. Die Schilder waren alle in großen, fetten Buchstaben geschrieben, einige davon in beängstigend aussehender germanischer Schrift. Sie lasen ...

"DAS IST DIE STRASSE IN DEN TOTALITARISMUS"

Ich werde Ihnen nicht noch einmal all diese Hinweisschilder vorführen. Leute wie ich weisen auf sie hin und lesen sie laut vor, seit nun 17 Monaten. Jeder, der etwas über die Geschichte des Totalitarismus weiß, wie er die Gesellschaft schrittweise in ein monströses Abbild ihrer selbst verwandelt, hat von Anfang an gewußt, was die "Neue Normalität" ist, und wir haben

von den Dächern laut auf sie hingewiesen.

Wir haben beobachtet, wie die Neue Normalität unsere Gesellschaften in paranoide, kranke, autoritäre Dystopien verwandelt hat, in denen die Menschen jetzt ihre "Papiere" vorzeigen müssen, um ins Kino zu gehen oder eine Tasse Kaffee zu bekommen, und ihre ideologische Konformität öffentlich zur Schau stellen müssen, um einen Supermarkt zu betreten und ihre Lebensmittel zu kaufen.

Wir haben beobachtet, wie die Neue Normalität die Mehrheit der Massen in einen haßerfüllten, hysterischen Mob verwandelt hat, der offen "die Ungeimpften" verfolgt, die offiziellen "Untermenschen" der Neuen Normalität.

Wir haben beobachtet, wie die Neue Normalität genau das getan hat, was jede totalitäre Bewegung in der Geschichte vor ihr getan hat, und zwar genau nach den Regeln. Wir haben bei jedem Schritt auf all dies hingewiesen. Ich werde das alles nicht noch einmal wiederholen.

Ich werde jedoch dokumentieren, wo wir jetzt stehen und wie wir hierher gekommen sind ... für das Protokoll, damit die Leute, die Ihnen später sagen werden, daß sie "keine Ahnung hatten, wohin die Züge fuhren", verstehen, warum wir ihnen nicht mehr vertrauen und warum wir sie als Feiglinge und Kollaborateure oder Schlimmeres betrachten.

Ja, das klingt hart, aber das ist kein Spiel. Es geht nicht um eine Meinungsverschiedenheit. Das global-kapitalistisch herrschende Establishment ist dabei, eine neue, noch offener totalitäre Gesellschaftsstruktur und Herrschaftsmethode einzuführen. Sie heben unsere Verfassungs- und Menschenrechte auf und verlagern die Macht von souveränen Regierungen und demokratischen Institutionen auf nicht rechenschaftspflichtige globale Gebilde, die keiner Nation oder ihrem Volk verpflichtet sind.

Das ist es, was passiert ... genau jetzt. Das ist keine Fernsehsendung. Es ist tatsächlich passiert.

Die Zeit, in der die Menschen "aufwachen" müssen, ist vorbei. An diesem Punkt schließt man sich entweder dem Kampf an, um das zu bewahren, was von diesen Rechten und dieser Souveränität noch übrig ist, oder man ergibt sich dem "New Normal", dem global-kapitalistischen Totalitarismus. Es ist mir völlig gleichgültig, was Sie über das Virus, seine mutierten Varianten oder die experimentellen "Impfstoffe" glauben. Dies ist kein abstrakter Streit über "die Wissenschaft". Es ist ein Kampf ... ein politischer, ideologischer Kampf. Auf der einen Seite steht die Demokratie, auf der anderen der Totalitarismus. Entscheiden Sie sich für eine der beiden verdamnten Seiten, und leben Sie damit.

Wie dem auch sei, hier ist der aktuelle Stand der Dinge und wie wir hierher gekommen sind, nur in groben Zügen.

Es ist August 2021, und Deutschland hat offiziell Demonstrationen gegen die offizielle Ideologie der "Neuen Normalität" verboten. Andere öffentliche Veranstaltungen, wie die Christopher-Street-Day-Demo vor einer Woche, sind weiterhin erlaubt. Die Ächtung der politischen Opposition ist ein klassisches Kennzeichen totalitärer Systeme. Es ist auch ein klassischer Schachzug der deutschen Behörden, der ihnen den Vorwand liefern wird, den sie brauchen, um morgen die Schlägertrupps der Neuen Normalität auf die Demonstranten loszulassen. (Was auch geschehen ist. hl)

In Australien wurde das Militär eingesetzt, um die totale Befolgung von Regierungsdekreten zu erzwingen ... Abriegelungen, obligatorische öffentliche Gehorsamsrituale usw. Mit anderen Worten, es herrscht de facto Kriegsrecht. Dies ist ein weiteres klassisches Merkmal totalitärer Systeme.

In Frankreich werden Restaurant- und andere Geschäftsinhaber, die "Ungeimpfte" bedienen, nun inhaftiert, und natürlich auch "die Ungeimpften". Das Sündenbockdenken, die Dämonisierung und Ausgrenzung von "Ungeimpften" findet in Ländern auf der ganzen Welt statt. Frankreich ist nur ein extremes Beispiel. Die Verteufelung, Entmenschlichung und Ausgren-

zung von Minderheiten - insbesondere von politischen Gegnern des Regimes - ist ein weiteres klassisches Kennzeichen totalitärer Systeme.

Im Vereinigten Königreich, in Italien, Griechenland und zahlreichen anderen Ländern auf der ganzen Welt wird dieses pseudomedizinische System der sozialen Abspaltung ebenfalls eingeführt, um die Gesellschaften in "gute Menschen" (d.h. willfähige) und "schlechte" (d.h. nicht willfähige) zu unterteilen. Die "guten Menschen" werden von den Behörden und den Medien ermächtigt und ermutigt, ihre Wut an den "Ungeimpften" auszulassen, unsere Absonderung in Internierungslagern zu fordern und offen damit zu drohen, uns brutal zu ermorden. Auch dies ist ein Kennzeichen totalitärer Systeme.

Und genau da, meine Freunde, befinden wir uns.

Wir sind nicht über Nacht dahin gekommen. Das sind nur einige der untrüglichen Zeichen auf dem Weg zum Totalitarismus, auf die ich in den letzten 17 Monaten hingewiesen habe:

Juni 2020 ... Der neue (pathologisierte) Totalitarismus.

August 2020 ... Die Invasion der Neuen Normalen.

Oktober 2020 ... Der Covidian-Kult.

November 2020 ... Die Deutschen sind zurück!

März 2021 ... Die neue Normalität (Phase 2).

März 2021 ... Die Frage der "Ungeimpften".

Mai 2021 ... Die Kriminalisierung von Andersdenkenden.

Juni 2021 ... Die Herstellung der neuen normalen "Realität".

Und jetzt sind wir hier, wo wir schon die ganze Zeit hingelangt sind, klar und deutlich ... direkt in dem herannahenden Sturm oder möglicherweise in einem globalen Bürgerkrieg. Dies ist nicht das Ende des Weges in den Totalitarismus, aber ich bin mir ziemlich sicher, daß wir uns auf der Zielgeraden befinden. Ich habe das Gefühl, daß die Dinge bald häßlich werden. Sehr häßlich. Äußerst häßlich. Diejenigen von uns, die für den Erhalt unserer Rechte und eines gewissen Anscheins von Demokratie kämpfen, sind in der Unterzahl, aber wir haben noch nicht das letzte Wort gesprochen ... und wir sind Millionen, und wir sind hellwach.

Entscheiden Sie sich also für eine Seite, wenn Sie es nicht schon getan haben. Aber bevor Sie das tun, sollten Sie vielleicht einen Blick auf die Geschichte totalitärer Systeme werfen, die aus irgendeinem Grund nie für die Totalitaristen zu funktionieren scheinen, zumindest nicht auf lange Sicht. Ich bin kein professioneller Philosoph, aber ich vermute, daß das etwas mit dem unauslöschlichen Wunsch einiger Menschen nach Freiheit zu tun hat und mit unserer Bereitschaft, dafür zu kämpfen, manchmal bis zum Tod.

Ich habe das Gefühl, daß dies einer dieser Momente ist.

Tut mir leid, daß ich so "Braveheart" (schottischer Freiheitskämpfer, hl) spiele, aber ich bereite mich gerade darauf vor, morgen von den Schlägertrupps der Neuen Normalität den Rotz aus mir herausgeprügelt zu bekommen, deshalb bin ich ein wenig ... Sie wissen schon, übermäßig emotional.

Aber im Ernst: Entscheiden Sie sich für eine Seite ... jetzt ... oder es wird eine Seite für Sie gewählt.<<

10.08.2021

BRD: Deutsche Ingenieure berichteten am 10. August 2021 auf ihrer Webseite "blackout-news" über den Katastrophenschutz bei einem Blackout in der Bundesrepublik Deutschland (x1.018): >>Katastrophenschutz bei Blackout wird in Deutschland komplett versagen

Der Katastrophenschutz in Deutschland wird bereits wegen des verheerenden Hochwassers kritisiert. Ohne Vorwarnung hat eine Flut über hundert Menschen das Leben genommen. ... Wir befassen uns hauptsächlich mit dem Thema Blackout und uns stellt sich natürlich die Frage: Wie wird der Katastrophenschutz im Falle eines Blackouts aussehen?

Ist Deutschland auf einen Blackout vorbereitet?

Um sich auf einen Blackout vorzubereiten muß man sich erst einmal der Gefahr bewußt werden. In Deutschland geht man jedoch stur davon aus, daß ein Blackout nicht passieren wird. Wir haben bei der Bundesnetzagentur nachgefragt. Diese hält einen Blackout für "äußerst unwahrscheinlich". ...

Außerdem hat die FDP Fraktion im Bundestag eine "kleine Anfrage" gestellt um nachzufragen was der Plan auf Bundesebene in so einem Katastrophenevent ist. Die Antwort: Ein "Worst-Case-Szenario" zur Stromversorgung sei nicht erforderlich. Die Bundesregierung sieht die Stromversorgung trotz Abschaltung der Kohle- und Atomkraftwerke als gesichert an.

Nur das BBK (Bundesamt für Katastrophenschutz und Bevölkerungshilfe) warnt auf ihrer Webseite vor einem Blackout. Diese Warnungen werden jedoch kaum kommuniziert und man muß als Bürger selbst danach suchen.

Was macht Deutschland während eines Blackouts?

Bei einem Blackout gibt es in ganz Deutschland keinen Strom. Damit funktionieren auch keine Telefonmasten mehr. Kurz: Das Handynetz fällt aus.

Genau das ist eines der größten Mängel des neuen digitalen Polizeifunks. Der funktioniert ohne Strom nicht. Genau das war auch ein Problem beim Krisenmanagement der Flutkatastrophe. Dort legte ein lokaler Stromausfall den kompletten digitalen Funk für Polizei, Feuerwehr und Rettungskräfte lahm.

Ein weiteres großes Problem ist die Planlosigkeit. Wie bereits oben beschrieben gibt es auf Bundesebene kein "Worst-Case-Szenario". Außerdem wird die Gefahr eines europaweiten Stromausfalls kaum oder gar nicht kommuniziert.

Das wird während eines Blackouts ebenfalls zu sehr großen Problemen führen.

Deutschlands Katastrophenschutz wird bei Blackout komplett versagen - Fazit

Bei einer Flutkatastrophe mit lokalen Stromausfällen gab es bereits sehr viele Probleme. Wie wird das Land dann auf einen landesweiten, mehrtägigen Stromausfall reagieren?

Die Gefahr eines Blackouts wird in Deutschland kaum kommuniziert. Außerdem gibt es keinen Notfallplan für so ein Katastrophenevent. Einsatz- und Rettungskräfte üben diesen Fall nicht. Die Bevölkerung ist nicht informiert, wie man sich darauf vorbereiten kann.

Der neue digitale Polizeifunk wird die Kommunikation der Rettungsdienste massiv beeinflussen. Ohne Kommunikation ist also jeder auf sich allein gestellt. Hilfe von "außen" wird ohne Plan nicht zu erwarten sein.

Die Verantwortung für die Vorbereitung auf einen Blackout liegt allein bei Ihnen selbst. Wir raten Ihnen deshalb sich rechtzeitig darauf vorzubereiten. ...<<

13.08.2021

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 13. August 2021: >>**Dreieinigkeit im Staatsdienst**

Erhöhung der Rundfunkgebühren: Karlsruhe entscheidet im Sinne der Öffentlich-Rechtlichen
Ronald Berthold

Daß das Bundesverfassungsgericht die Erhöhung des Rundfunkbeitrages durchgesetzt hat, ist ein Fanal, das weit über die öffentlich-rechtlichen Sender hinausgeht. Wir blicken auf ein politisches System, in dem sich unterschiedliche Gewalten zum Wohl des Volkes kontrollieren sollen. Und wir entdecken, daß sie dabei zunehmend versagen - ja, versagen müssen.

Nicht nur das Urteil und dessen groteske Begründung, sondern auch das Umfeld, in dem es gesprochen wurde, haben Potential. Leider ein fatales. Es zerstört das Vertrauen in den Staat. Denn im Zusammenhang gesehen ist es ein Musterbeispiel dafür, wie die einst klare Trennschärfe zwischen Regierung, Parlament, höchster Rechtsprechung und öffentlich-rechtlichen Medien verschwimmt.

Man fragt sich: Befindet sich in dem undifferenzierten Vorwurf, alle steckten unter einer Dek-

ke, mehr als ein Körnchen Wahrheit? Bleibt die praktizierte Gewaltenteilung, auf der ein demokratischer Rechtsstaat basiert, auf der Strecke?

Wir leben inzwischen in einem Land, in dem es die Kanzlerin nicht mal mehr als Instinktlosigkeit begreift, alle Richter des Verfassungsgerichts, die ohnehin von den Parteien ausgesucht werden, kurz vor wichtigen Entscheidungen zum Dinner einzuladen. Und die Geladenen - die höchsten Vertreter der Judikative - zeigen bei dieser Kumpanei mit der Spitze der Exekutive auch keinerlei Hemmung. Jedem kleinen Amtsgerichtsvorsitzenden würde das eine knallende Befangenheits-Backpfeife einbringen.

Es ist aber auch niemand mehr da, der diese Fraternalisierung einen Skandal nennt. Niemand, der Angela Merkel und die Richter durchrüttelt und sie fragt: Wollt ihr das Ansehen des Staates völlig demolieren? Das müßte in einem funktionierenden System die vierte Gewalt, der öffentlich-rechtliche Rundfunk, tun. Doch der fällt aus, holte sich lieber Merkels Regierungssprecher als ARD-Vorsitzenden.

Ob in der geselligen Runde über anstehende Verhandlungen, wie die gegen Kanzlerin Merkel selbst oder über den Rundfunkbeitrag, gesprochen wurde, spielt keine Rolle. Es ist das Klima insgesamt, das rechtstaatszersetzend wirkt.

Wenn der Verfassungsgerichtspräsident, der das Urteil zum Rundfunkbeitrag verkündete, vorher als Fraktions-Vize der CDU/CSU im Bundestag amtierte, müßte das die Öffentlichkeit bestürzen. Stephan Harbarth, den die Bild-Zeitung zu Recht als "Merkels Mann in Karlsruhe" bezeichnet, hat nie zuvor ein Richteramt ausgeübt. Nun brachte er es mit seinem Senat fertig, eine Begründung hinzulegen, die die Blase verdeutlicht, in der sich alle drei Gewalten und die Medien eingerichtet haben.

Mit ins Lächerliche abgleitender Wirklichkeitsverweigerung heißt es darin, daß in Zeiten "von einseitigen Darstellungen, Filterblasen, Fake News, Deep Fakes" die Bedeutung des beitragsfinanzierten Rundfunks wachse. Als ob sich nicht insbesondere ARD, ZDF und Deutschlandradio den Vorwurf der Einseitigkeit hart erarbeitet hätten. Und als wenn sie nicht auch bei der Verbreitung von "Fake News" dabei wären.

Es waren diese Sender, die bei der "Flüchtlings-Welle" die Lüge von massenhaft zu uns fliehenden Frauen und Kindern verbreiteten, während in Wirklichkeit vorwiegend junge muslimische Männer kamen. Und die von hochqualifizierten Akademikern sprachen, die den Fachkräftemangel beseitigen würden. Tatsächlich fand eine Einwanderung in die Sozialsysteme statt. Es waren diese Sender, die jeden, der die Fakten aussprach, aus dem Diskurs ausschlossen. Die von ARD und ZDF angerührte toxische Mischung aus bössartiger Einseitigkeit und "Fake News" hat zur Spaltung des Landes beigetragen.

Es waren diese Sender, die von einer nie stattgefundenen, aber von Bundeskanzlerin Merkel und ihrem Sprecher, Ex-ZDF-Mann Steffen Seibert, erfundenen "Hetzjagd" in Chemnitz berichteten. Sie haben es geschafft, daß die sächsische Stadt heute mit Ausländerfeindlichkeit in Verbindung gebracht wird und nicht mit dem Mordanschlag mehrerer Flüchtlinge auf Stadt-fest-Besucher.

Es sind diese Sender, die zu Corona fast nur die der Regierung genehmen Experten zu Wort kommen lassen und maßnahmenkritische Wissenschaftler als Verschwörungstheoretiker abstempeln. Es sind diese Sender, die die Abschaffung der Grundrechte verteidigen und auch bei der Diskussion über den Klimawandel aus der im Rundfunkstaatsvertrag festgeschriebenen Ausgewogenheit eine Einseitigkeit fabriziert haben, die nicht mehr weit von der im Staatsfernsehen Rußlands oder Chinas entfernt ist.

Erschüttern muß auch, daß Karlsruhe die Entscheidung frei gewählter Volksvertreter aus Sachsen-Anhalt, die Beitragserhöhung abzulehnen, für verfassungswidrig erklärt. Dies bedeutet nichts anderes, als daß diese Abstimmungen in den Länderparlamenten das Prädikat "scheindemokratisch" verdienen. Die Abgeordneten dürfen laut höchstem Gericht nichts ande-

res als zustimmen.

Und es heißt auch, daß der Beschluß der demokratisch viel weniger legitimierten "Kommission zur Ermittlung des Finanzbedarfs der Rundfunkanstalten" (KEF) für das Verfassungsgericht einen höheren Stellenwert genießt als die Entscheidung eines Landtags. Und weiter gedacht zeigt es, daß die KEF mehr Bedeutung erhält als die Grundrechte. Diese konnte die Regierung im Namen der Gesundheit einschränken und zum Teil abschaffen, ohne daß die Richter ihr in den Arm gefallen wären.

Vom Bundestag, der Legislative, haben die Deutschen ohnehin nicht mehr viel zu erwarten. Der hat sich per Beschluß in der existentiellen Frage der Gewährung von Freiheitsrechten demonstrativ und ausdrücklich selbst entmachtet.

Zusätzliche 381 Millionen Euro fließen nun dank Verfassungsgericht in die Kassen des bisher schon mit jährlich 8,1 Milliarden Euro teuersten Rundfunks der Welt. Bezahlen muß jeder. Egal, ob er die Propaganda über sich ergehen läßt oder nicht. Wer sich weigert, kommt in Deutschland sogar ins Gefängnis. Niemand aus dem gewaltenteiligen Land setzt sich für jene Menschen ein, die behandelt werden wie Schwerverbrecher. Niemand wirft die Frage der Verhältnismäßigkeit auf. Nicht die Regierung, nicht das Parlament. Die Sender schon gar nicht. Und auch das höchste deutsche Gericht nicht.<<

16.08.2021

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 16. August 2021 (x1.120/...): >>>Der neue EU-Pakt für Asyl und Migration - die Zerstörung Europas

"Die Welt kann nur verbessert werden durch jene, die sich ihr auch entgegenstellen. Die sich anpassen, sind für jegliches tüchtige Leisten verloren."

Johann Wolfgang von Goethe

Im Schatten der Corona-Plandemie, die das Bewußtsein der Menschen fast vollständig besetzt, bereiten sich umwälzende Dinge vor. Bereits am 23.9.2020 veröffentlichte die EU-Kommissions-Präsidentin Ursula von der Leyen einen "Neuen Pakt für Asyl und Migration", der die "Illegalität zur Legalität machen" will und die verpflichtende Verteilung von Migranten an den europäischen Außengrenzen vorsieht. Würde er vom Ministerrat und dem EU-Parlament beschlossen, bedeutete dies eine neue ungeheure Flut von Migranten nach Europa, die nach Kennern der Verhältnisse binnen weniger Jahre die ökonomische und kulturelle Zerstörung Europas zur Folge hätte.

I

Mit blumigen Worten und verschleiern den Phrasen wirbt die EU-Kommission auf ihrer Webseite für dieses Projekt. Dr. Gottfried Curio, wachsamer Innen-Experte der AfD-Bundestagsfraktion, hat sich gleich am 24.9.2020 der sprachlichen Manipulations-Technik gewidmet und sie aufgedeckt, um die wahren Ziele dahinter sichtbar werden zu lassen. Wir bringen das Transkript seines Video-Statements:

Das neue Diktat des EU-Einwanderungskartells

"Der von der EU-Kommissions-Präsidentin von der Leyen vorgelegte neue Pakt für Migration und Asyl ist ein unheilvolles Gebräu aus Illusionen und Verantwortungslosigkeiten.

Es beginnt schon mit der Rahmensetzung eines neuen "Gleichwichts aus Verantwortung und Solidarität": klassische politische Nicht-Begriffe, mit denen aufgedrängte Verpflichtungen durch die rosarote Framing-Brille verschleiert werden sollen.

Natürlich hat die EU für illegale Migranten, die an ihre Grenzen kommen, überhaupt keine "Verantwortung". Die vorgeblich Schutzbedürftigen sind zu diesem Zeitpunkt bereits durch sichere Drittstaaten gezogen, also nicht mehr auf der Flucht, falls sie es je waren.

Und "Solidarität" im Sinne einer Übernahme von Migranten aus Erstzutritt-Staaten ist ein weiterer Fehlbegriff, mit dem die fortgesetzte rechtbrechende Verletzung von Dublin III durch Angela Merkel im Nachhinein legalisiert und der Weg von der Außengrenze der EU direkt

nach Deutschland automatisiert werden soll.

Nichts davon ist im Interesse Deutschlands oder anderer Mitgliedsstaaten.

Nun, die Vorstellung, Fluchtursachen in den Heimatländern durch europäische Geldspritzen abzubauen, ist geradezu abenteuerlich unsinnig. Ein europäisches Sozialniveau wird dort sowieso nicht erreicht, hingegen werden nur mehr Reisemittel für die Schlepper-Wege geliefert. "Auch "wechselseitig vorteilhafte Partnerschaften mit Drittstaaten", wie es heißt, braucht niemand. Diese Staaten sind schon jetzt verpflichtet, ihre Bürger wieder aufzunehmen und gegen Schleuser vorzugehen. Das ist nicht erst mit erleichtertem Zugang zu Visa und erleichterten Arbeits-Genehmigungen zu erkaufen, sondern im Gegenteil nötigenfalls durch Druck umzusetzen.

Deutschlands vielerorts bereits bestehendes wirtschaftliches Engagement bietet dazu genügend Ansatzpunkte. Und kürzlich bracht hier auch etwa BAMF-Chef Sommer Visa-Beschränkungen als Druckmittel ins Gespräch.

Die EU gesteht nun also das Scheitern ihrer bisherigen, völlig ineffizienten Grenz- und Asyl-Politik ein und zieht daraus die Konsequenz, eben dieses Scheitern in Gesetzesform zu gießen. In diesem Diktat aber des EU-Einwanderungs-Kartells soll Dublin III und damit der letzte Rest deutscher Souveränität in Fragen der Grenzsicherung außer Kraft gesetzt werden.

Eine verpflichtende Verteilung auf europäische Länder ist als bekannte Brüsseler Arroganz aber abzulehnen und im Übrigen aussichtslos. Die dafür beschworene "Krisenlage", in der das dann greifen soll, ist natürlich Alltag an den EU-Außengrenzen. Und wenn man hört, daß bei einem größeren Ansturm auch Migranten mit ungeklärtem Status umverteilt werden sollen, zeigt sich wieder die blanke Umsiedlungsabsicht dieses Plans.

Und die Idee, daß Länder, die keine Flüchtlinge aufnehmen wollen, für die Ausreise oder Abschiebung abgelehnter Asylbewerber sorgen sollen, die bekanntlich meist nicht klappt - in Deutschland haben wir deshalb schon einen Rückstau bei der Abschiebung von über einer halben Millionen Personen - eine solche Idee kommt schon einer Verhöhnung solcher Staaten gleich. Denn dafür blieben ihnen acht Monate. Und gelingt die Rückführung dann nach acht Monaten nicht, sollen diese Staaten eben auf diesen Migranten dann doch schlicht sitzen bleiben.

Was wäre zu tun? Alternativ müßten doch die Ursachen des Scheiterns der bisherigen EU-Grenz- und Asylpolitik behoben werden! Schluß mit der Auswahl des Sozialsystems durch einen Asyl-Tourismus innerhalb Europas - etwa durch eigenmächtiges Außer-Kraft-Setzen der Dublin III-Regeln! Rückschiebungen in sichere Herkunftsstaaten und Anrainerländer der EU - auch unter Zuhilfenahme diplomatischen und wirtschaftlichen Drucks! Dann: Konsequente Grenzsicherung und Bekämpfung auch des Schlepper-Unwesens!

Deutschland darf sich hier Brüssel nicht ausliefern! Der Zustand einer unkontrollierten, unbegrenzten Masseneinwanderung darf nicht Gesetzesform annehmen! Die Zukunft Europas hängt davon ab, ob die Regierungen endlich für die Interessen ihrer eigenen Völker eintreten oder aus falschen pseudo-humanitären Gründen das Ende Europas, wie wir es kennen, besiegeln.

Das betrifft nicht nur eine verantwortungslose Zuwanderung. Keinesfalls liegt nämlich auch das vornehmliche Interesse der einzelnen Mitgliedsstaaten etwa in einem brachial von Brüssel durchgesetzten EU-Superstaat. Der Plan von der Leyens zeigt die gefährliche und brutale antideutsche Grundhaltung dieser CDU-Politikerin, die sie ja bekanntlich mit der deutschen Kanzlerin teilt. Statt der berühmt-berüchtigten merkelschen "Legalisierung von Illegalität" braucht es endlich eine Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit und eine entschiedene Besinnung auf die legitimen Interessen der Nationalstaaten ... "

II

Auch der EU-Abgeordnete der AfD Bernhard Zimniok trat sofort am 24.9.2020 in einem In-

terview warnend an die Öffentlichkeit. Er war nach seiner Zeit bei der Bundeswehr, die er als Oberstleutnant verließ, fünf Jahre als Legationsrat I. Klasse an der Deutschen Botschaft in Damaskus, vier Jahre an der Deutschen Botschaft in Islamabad sowie als Director Security im Board of Directors des ISOI und danach als Sicherheitsberater in Pakistan und in Afrika tätig. Von daher ist er mit der Migrations-Problematik aus vielfacher internationaler Erfahrung gründlich vertraut.

Auf die Frage: "Was ist denn eigentlich so verkehrt an dem neuen EU-Migrationspakt?" antwortete er:

"In einem Wort: Alles. Es ist alles falsch, denn das ist die größte Bedrohung für Europa, wenn man vom Krieg absieht. Das ist die Vernichtung ökonomisch, kulturell für Europa."

So hält er wie Jörg Meuthen diesen Migrationspakt für selbstmörderisch.

"Ja, das ist Selbstmord, dieser Pakt. Der wird die europäischen Völker binnen kurzer Zeit, also nicht in einer Dekade, sondern weniger, also in ein, zwei, drei Jahren so verändern, daß wir dieses Europa, wie wir es kennen und lieben gelernt haben, auf keinen Fall mehr wiedererkennen werden. Dieses Europa ist dann damit Geschichte."

Weiter siehe: Bernhard Zimniok zerpfückt neuen Migrationspakt (0:56 min.)

Da sich die Mainstreammedien weitgehend über die Inhalte und Konsequenzen des EU-Migrationspaktes ausschweigen, eröffnete B. Zimniok am 8.1.2021 eine Serie von Videos, in denen er wesentliche Punkte des Paktes erläuterte und die katastrophalen Folgen für Europa aufzeigte.

"In Folge 1 geht es um die "legalen Migrationswege", die die EU schaffen möchte - obwohl es diese selbstverständlich bereits gibt. Dahinter steckt also ein perfider Plan - die Tore sollen sperrangelweit geöffnet werden."

Neue legale Migrationswege

Hier Ausschnitte:

"Das bedeutet, bisher illegale Migration zu entkriminalisieren, um mehr Menschen die Gelegenheit zu bieten, in die EU einzuwandern. Denn es gibt selbstverständlich bereits legale Wege, in die EU einzuwandern, es braucht also keine neuen Pfade. Nach dem Vorbild der US-amerikanischen Green-Card wurde 2009 die sogenannte Blue-Card eingeführt. Damit wollte man die Einwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte fördern, um dem Arbeitskräftemangel zu begegnen. Ein durchaus richtiger Ansatz, der jedoch oft zum Lohndumping mißbraucht wird. Eine entsprechende Reform wäre daher nötig. Wieso also weitere legale Migrationswege schaffen und für wen?"

Ylva Johansson, die schwedische EU-Kommissarin für Inneres, zeigte kürzlich im EU-Parlament sehr deutlich, welche Intention dahinter steckt":

- Sie wird mit einem Redeausschnitt eingeblendet:

"Aber wir müssen auch neue legale Migrationswege schaffen: nicht nur für qualifizierte Arbeitskräfte, sondern auch für mittlere- und niedrigqualifizierte Arbeitskräfte."

"Schauen wir mal nach Afrika, um das Potential für diese unqualifizierte Migration näher definieren zu können. Die Bevölkerungsentwicklung dort ist rasant. Während wir aktuell bereits bei 1,3 Milliarden Einwohnern sind, wird sich das (sofern diese Entwicklung so weitergeht, hl) bis 2050 auf 2,5 Milliarden nahezu verdoppeln. Junge Menschen drängen auf den Arbeitsmarkt, alleine etwa 450 Millionen in den nächsten 20 Jahren. Das ist etwa die Hälfte (22,5 Millionen) der derzeit Beschäftigten in Deutschland pro Jahr! Tendenz steigend.

Laut Prognosen des Afrika-Reports der Weltbank werden aber lediglich 100 Millionen Arbeitsplätze (in Afrika) neu geschaffen. Damit besteht auf dem Arbeitsmarkt ein Überangebot von 350 Millionen Menschen, die dauerhaft keine Arbeit finden werden. Diese nicht Benötigten werden andere Möglichkeiten suchen, insbesondere in Europa.

Laut einer repräsentativen Umfrage wollen fast 40 % der Afrikaner auswandern, davon mehr

als ein Viertel nach Europa. Das alleine wären schon über 130 Millionen Menschen.

Wir reden ständig über den Bedarf an jungen Menschen, da die Gesellschaft der EU stark altert. Allerdings sinkt gerade in Zeiten der Digitalisierung der Bedarf an unqualifizierten Arbeitskräften, lediglich Hochqualifizierte werden benötigt. Doch davon ist ein Großteil der Afrikaner weit entfernt, sie werden also einen Platz im Sozialsystem finden, wie ein großer Teil der seit 2015 eingewanderten Migranten.

Denn auch Europa leidet unter Arbeitslosigkeit. Alleine die Jugendarbeitslosigkeit in der EU zeigt deutlich, daß wir nicht einmal den eigenen Nachwuchs in Lohn und Brot bringen können - obwohl sie die Sprache sprechen, größtenteils besser ausgebildet sind und keine kulturellen Anpassungsschwierigkeiten haben. ...

Im Migrationspakt ist auch ein Passus enthalten, der unbegleitete Kinder und Kinder unter 12 Jahren mit ihren Familien von einem Asylverfahren ausnimmt. Das heißt, daß alle unbegleiteten Kinder und alle Kinder unter 12 Jahren mit ihrer Familie in die EU einreisen dürfen. Es reicht also, wenn ein Migrant ein Kind vorschickt, damit die restliche Familie - Familien-Zusammenführung soll selbstverständlich auch gefördert werden - nachgeholt werden kann. Angesichts der Bevölkerungsexplosion in Afrika steht damit quasi jedem Tür und Tor nach Europa offen! Ein Pull-Effekt (Anziehungs-Effekt) sondergleichen und nur noch glatter Wahnsinn!

Deutschland ist auch in Sachen Familien-Nachzug wieder einmal ein Vorreiter in Sachen weltfremder Politik. Im Oktober 2020 wurde eine Neuregelung des Familien-Nachzugs im Bundestag verabschiedet, lediglich die AfD stimmte dagegen, die Linke enthielt sich. In dieser Änderung wurde der Begriff deutlich ausgedehnt: Dazu zählen jetzt dauerhafte Lebensgefährten, Onkel Tante, Pflegekinder etc., aber auch die Einreise zur Pflege eines Angehörigen ist jetzt möglich. Es reicht also, wenn man der in Deutschland lebenden Person "nahe steht". Zwar muß diese Person zwei Jahre vom in Deutschland lebenden Partner finanziert worden sein oder mit ihm zusammengelebt haben. Wie genau das überprüft werden soll, bleibt aber unklar.

Was hier angestrebt wird bzw. in Teilen bereits umgesetzt wurde, ist eindeutig gegen die Interessen der deutschen und der europäischen Bevölkerung gerichtet."

III

Zimniok ließ am 14.1.2021 ein weiteres kurzes Video über die finanzielle Unterstützung der abgelehnten Asylbewerber folgen, am 17.1.2021 eines über das Vorhaben der EU, private Schlepper zu unterstützen, und am 19.2.2021 veröffentlichte er ein gut einstündiges Video, in dem er "alle relevanten Einzelheiten des Paktes" darlegt und aufzeigt, "wo die zentralen Probleme für unser Land und die EU liegen - und warum man der Kommission dabei Absicht unterstellen muß."

Schließlich veröffentlichten die EU-Abgeordneten der AfD Dr. Gunnar Beck, Dr. Nicolaus Fest und Bernhard Zimniok eine umfangreiche Studie, die sie gemeinsam mit EU-Abgeordneten aus anderen Ländern angefertigt haben.

Die Studie (zweisprachig) kann online heruntergeladen werden: [https://www.id-afd.eu/wp-content/uplo ...](https://www.id-afd.eu/wp-content/uplo...)

Es sind in Deutschland nur die AfD-Politiker, die sich mit dieser Ungeheuerlichkeit gründlich befassen und die Bevölkerung informieren und warnen wollen. Alle Altparteien unterstützen diesen EU-Migrationspakt.

Dieser ist die konsequente Ausführung dessen, was hier im Fassadenkratzer bereits am 20.4.2018 als globale Planung zur Zerstörung der homogenen europäischen Völker beschrieben wurde, ein Ziel, dem schon der hier ebenfalls vielfältig besprochene UN-Migrationspakt diente:

UNO, EU und USA-Kreise planen seit Jahrzehnten die Massenmigration.<<

17.08.2021

BRD: Die "Mittelbayerische Zeitung" berichtet am 17. August 2021: Wahl AfD: Energieprobleme mit Atomkraft lösen

Bundestagskandidaten stellen sich den Fragen des Bund Naturschutzes. Diesmal antwortet Dr. Alois Pöschl von der AfD.

Von *Martin Hladik*

Dr. Alois Pöschl sieht im Dual Fluid Reaktor die Lösung anstehender Energiefragen. Einen menschengemachten Klimawandel sieht er nicht. Im folgenden Text stellt er sich Fragen des Chamer Kreisverbandes im Bund Naturschutz

Verkehr: Wie stehen Sie zu einer Reduzierung des Flugverkehrs bei gleichzeitiger Förderung der Schiene?

Grundsätzlich bin ich gegen eine Reduzierung des Flug- und Straßenverkehrs in Europa. Ich bin auch gegen die Verteuerung der Tickets. Das wären Einschränkungen der Freiheitsrechte unserer Bürger und eine Beraubung an ihrem hart erarbeiteten Vermögen. Es gibt keine Beweise dafür, daß über eine Reduzierung der CO₂-Emission aus dem Verkehr der Mensch das Klima beeinflussen kann. Wenn man jedoch trotzdem die CO₂-Emissionen aus dem Verkehr reduzieren will, dann geht das nur über synthetische Treibstoffe im Rahmen einer CO₂-neutralen Kohlenstoffwirtschaft.

Der Dual Fluid Reaktor wird die Grundlage hierfür liefern. Den Ausbau der Schiene mit elektrischen Zügen befürworte ich sehr, weil er in Ergänzung zum Pkw eine effiziente Reiseverbindung herstellen kann und weil er den Straßenverkehr entlastet. Den Pkw ganz ersetzen werden Züge jedoch niemals. Eine Reduzierung von CO₂-Emission ist meines Erachtens nicht der Grund für den Ausbau der Schiene mit elektrischen Zügen. Damit wird kein CO₂ gespart.

Energiewende: Wie können Menschen in die notwendigen Prozesse aktiv eingebunden werden?

Die Energiewende ist gescheitert. Das Ausmaß der Umweltzerstörung, das durch den Bau der mittlerweile 31.200 Windturbinen und durch die Umstellung auf Solar und Maismonokulturen herbeigeführt wurde, übertrifft alles, was wir hatten. Wind- (1 W/qm Standfläche) und Solar- (10-15 W/qm) stellen höchst ineffiziente Methoden der Stromerzeugung dar. Aus Energiemais erhält man 0,2 W/qm Bodenfläche.

Damit kann eine hochentwickelte Industrienation niemals zuverlässig mit Strom versorgt werden. Wenn wir alle Pkw auf E-Autos umstellen würden, müßte die Stromversorgung mindestens verdoppelt werden. Es wird jedoch derzeit genau das Gegenteil getan, indem man alle Kernkraftwerke abschaltet.

Die Zukunft liegt in der Kernenergie. Die bisher abgeschalteten Kernkraftwerke wären sofort wieder in Betrieb zu nehmen bis zur geplanten Abschaltung um 2036. Bis dahin wird der "Dual Fluid Reaktor" (DFR) einsatzbereit sein. Mit diesem inhärent absolut sicheren Reaktor kann man aus dem in den letzten 40 Jahren angehäuften Uran und dem radioaktiven Atom- müll, Deutschland beim heutigen Stromverbrauch 800 weitere Jahre zu 100 % mit Strom zum halben Preis versorgen. Dabei wird der radioaktive Atom- müll abgebaut. Das Problem der Flächenverbräuche durch Wind- und Solarparks wäre damit auch gelöst.<<

Die AfD (Alternative für Deutschland) berichtete am 1. September 2021 über die Nutzung von neuartigen Kernkraftwerken: >>... Der Einsatz fossiler Energieträger kann mittel- und langfristig vor allem durch die Weiternutzung der emissionsfreien Kernkraft reduziert werden. Die Erzeugung von Strom durch Kernenergie gehört heute zu den sichersten Technologien. Für die in Deutschland bewußt offen gehaltene Entsorgung von hochradioaktiven Brennelementen, des sogenannten Atom- mülls, gibt es Lösungen. Anlagen in Finnland zeigen, daß eine geologisch gesicherte Endlagerung realisierbar ist.

Mit den in Rußland seit Jahren arbeitenden natriumgekühlten Reaktoren können die Brennelemente erheblich effektiver genutzt werden, so daß deren Reststrahlung stark reduziert wird. Reaktortypen mit flüssigem Brennstoff, wie sie derzeit in Frankreich, Kanada, den USA und weiteren Ländern entwickelt werden, erlauben eine kosteneffiziente integrierte Aufarbeitung, die ein geologisches Endlager gänzlich überflüssig machen könnte. Die AfD fordert, daß sich Deutschland wieder an der weit fortgeschrittenen Entwicklung neuartiger Typen von Kernreaktoren beteiligt. ...<<

22.08.2021

BRD: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 22. August 2021 (x1.074/...): >>Klimawahn und Covid-19 als Vorwand für totalitäre Herrschaft - Papst Benedikt XVI. hatte vor 10 Jahren leider recht

Fast alle unsere Leser, wie auch die Redaktion sind sich darin einig, daß diejenigen, die einem "Klimaschutz" das Wort reden, vielfach aktive, rücksichtslos enthemmte Opportunisten sind, die unter dem Mantel des "Klimaschutz", als zusammenfassendes Synonym für alle Maßnahmen, die es benötigt, um eine imaginäre Klimakatastrophe in ferner Zukunft abzuwenden, ausschließlich ihr eigenes Süppchen kochen wollen, oder aber einfache Mitläufer, die entweder zu dumm, oder zu desinteressiert sind, oder beides zusammen, um sich ein eigenes Bild zu machen, welches sicher anders ist, viel anders, als das offiziell gezeichnete.

Und dann gibt es noch die wahrhaft Gläubigen. Gläubige, die eine Religion brauchen, an der sie ihren moralischen Kompaß ausrichten, und nach deren Vorgaben und Zielen sie ihre Aktivitäten im täglichen Leben einrichten. Entweder verbinden sie dann diesen moralischen "Klimakompaß" mit der christlichen Religion und eifern dann besonders heftig für den "Schutz des Lebens", mittels "Klimaschutz", oder sie ersetzen einfach das eine durch das andere.

Unser Autor, selber ein gläubiger Katholik, hat versucht die damit verbundenen zwingend auftretenden Widersprüche auszuleuchten, welche letztlich dazu führen (müssen), daß das Recht verschwindet und die Willkür herrscht.

von *Edgar L. Gärtner*

Bald nähert sich der 10. Jahrestag der denkwürdigen, aber im Politikbetrieb dennoch bald wieder verdrängten ersten Rede eines römisch-katholischen Papstes vor dem Deutschen Bundestag. Am 22. September 2011 gab der damalige Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) Papst Benedikt XVI. während dessen offiziellem Deutschlandbesuch die Gelegenheit, vor dem Deutschen Bundestag zu sprechen. Der Papst hielt dort einen hochgelehrten, aber dennoch gemeinverständlichen Vortrag über ein Thema, das kaum jemand erwartet hatte: die Bedeutung des Naturrechts.

Benedikt XVI. mahnte die Politiker, sich nicht an vordergründigen Erfolgskriterien, sondern am überzeitlichen Maßstab der Gerechtigkeit zu orientieren und die Grundsätze eines Rechtsstaats zu respektieren, indem er aus dem Meisterwerk des heiligen Augustinus "De civitate Dei" zitierte: "Nimm das Recht weg - was ist dann ein Staat noch anderes als eine große Räuberbande."

Diese Mahnung konnte angesichts wiederholter Rechtsbrüche des Merkel-Regimes beim Versuch der EU-Nomenklatura, ihre Kunstwährung Euro durch direkte und indirekte Enteignung der Sparer zu retten, aktueller nicht sein. Inzwischen ist eine ganze Kette weiterer Rechtsbrüche hinzu gekommen:

Von der Weigerung Angela Merkels, die nationalen Grenzen gegen den Ansturm junger männlicher Migranten zu schützen, bis zur Ausrufung einer "pandemischen Lage von nationaler Tragweite" ohne Faktengrundlage.

Der berechenbare Rechtsstaat wurde so durch einen launischen Maßnahmen-Staat ersetzt, in dem Angst und Willkür herrschen: So konnte die Kanzlerin mit Hilfe ihrer Helfershelfer in

den Massenmedien fernmündlich die Wahl eines Ministerpräsidenten rückgängig machen, kraft eines als Ermächtigungsgesetz interpretierten Infektionsschutzgesetzes den größten Teil des Volkes einsperren, die Menschen in erpresserischer Manier zu der durchaus nicht alternativlosen gentechnischen Covid-Impfung drängen und schließlich das Bundesverfassungsgericht mit Hilfe seiner sektiererischen Urteilsbegründung zum Klima-Gesetz in den Dienst eines öko-diktatorischen Umsturzversuchs stellen. Da drängt sich der Vergleich mit einer Räuberbande tatsächlich auf.

Das Recht gründe in einem Rechtsstaat nicht primär in mehr oder weniger zufälligen und ephemeren politischen Mehrheiten, sondern in Natur und Vernunft, betonte Papst Benedikt im Jahre 2011. Im Gegensatz zum heidnischen Götterglauben betrachte das Christentum Natur und Gewissen als universale Rechtsquellen. Das gelte freilich nur, wenn man nicht von einem positivistischen Naturbegriff ausgehe. Die Ökologiebewegung fordere zwar, auf die "Sprache der Natur zu hören und entsprechend zu antworten." Es gebe jedoch auch eine menschliche Natur und somit auch eine Ökologie des Menschen:

"Auch der Mensch hat eine Natur, die er achten muß und die er nicht beliebig manipulieren kann... Der Mensch macht sich nicht selbst. Er ist Geist und Wille, aber er ist auch Natur, und sein Wille ist dann recht, wenn er auf die Natur achtet, sie hört. ... Gerade so und nur so vollzieht sich wahre menschliche Freiheit." Deutlicher hätte Benedikt XVI. marxistische beziehungsweise ökologistische oder genderistische Umerziehungsversuche nicht zurückweisen können.

Die Lehre vom Naturrecht gilt heute als Alleinstellungsmerkmal des Katholizismus, wenn nicht als katholische Marotte. Manche sprechen gar von einer "katholischen Scharia", weil die Vertreter der Naturrechtslehre darauf bestanden, die Natur enthalte Normen, die der Schöpfergott in sie hineingelegt hat. Moderne und postmoderne Autoren werfen dem führenden scholastischen Philosophen Thomas von Aquin (1225-1274) vor, im mittelalterlichen Universalienstreit einen naiven Realismus verfochten und zwischen Sein und Sollen kurzgeschlossen zu haben.

In der Ablehnung dieses "naturalistischen Fehlschlusses" waren sich verschiedene philosophische Schulen seit David Hume (1711-1776) einig. Aber die katholische Kirche verzichtete im 20. Jahrhundert und insbesondere nach dem Zweiten Vatikanischen Konzil (1962-1965) mehr und mehr auf die Verteidigung der thomistischen Lehre und überließ so dem Positivismus (einschließlich des Rechtspositivismus) das Feld.

Immerhin hatten sich Ankläger und Richter bei dem im November 1945 eröffneten Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß gefragt, nach welchem Recht man die angeklagten Nazi-Größen richten könne, da diese sich doch im Prinzip gesetzestreu verhalten hatten - nur eben entsprechend unmenschlichen Gesetzen. Bei der Definition des Anklagepunkts "Verbrechen gegen die Menschlichkeit" erinnerten sich die Juristen schließlich des rechtsphilosophischen Gedankens eines vorstaatlichen Naturrechts, das auch ohne kodifiziertes Recht existiert.

Die Ankläger beriefen sich also auf die Vorstellung, daß jedem Menschen, der ein Verbrechen wie Mord oder Versklavung begeht, bewußt ist, daß er damit Unrecht tut, selbst wenn dies nicht in einem Gesetz steht. Der eigentlich vom Rechtspositivismus überzeugte sozialdemokratische Rechtsphilosoph Gustav Radbruch (1878-1949) hat das 1946 in einer Formel festgehalten, die seinen Namen trägt. Benedikt XVI. berief sich in seiner Rede vor dem Bundestag hingegen auf den Römerbrief des Apostels Paulus, in dem es heißt:

"Wenn Heiden, die das Gesetz (die Tora Israels) nicht haben, von Natur aus das tun, was im Gesetz gefordert ist, so sind sie ... sich selbst Gesetz. Sie zeigen damit, daß ihnen die Forderung des Gesetzes ins Herz geschrieben ist; ihr Gewissen legt Zeugnis davon ab ..." (Römer 2, 14 f.)

Man muß also nicht katholisch sein, um sich auf das Naturrecht zu berufen. Das dem

Naturrecht zugrunde liegende Menschenbild kann auch von nichtchristlichen Kulturen geteilt werden. Danach gibt es eine vom Naturganzen abhängige Natur des Menschen, die nicht Objekt politischer Manipulation werden kann und darf.

Der (immerhin getaufte) Atheist Albert Camus (1913-1960) konnte sich bei seiner Ablehnung des marxistischen Traums vom "neuen Menschen" und seinem Insistieren auf der Unwandelbarkeit der menschlichen Natur in seiner Abhandlung "L'homme révolté" (Der Mensch in der Revolte) voll und ganz auf die griechische Philosophie berufen, zumal sich auch die katholischen Theologen in dieser Frage auf die Seite der altgriechischen Philosophie schlugen: Grundlage eines freiheitlichen Gemeinwesens kann nur die Anerkennung der vom Schöpfer gewollten Natur des Menschen sein. Benedikt XVI. hat das in seiner (in Teilen umstrittenen, weil nicht gänzlich aus seiner Feder stammenden) Enzyklika "Caritas in veritate" (2009) mit folgenden Worten ausgedrückt:

"In allen Kulturen gibt es besondere und vielfältige ethische Übereinstimmungen, die Ausdruck derselben, vom Schöpfer gewollten Natur sind und die von der ethischen Weisheit der Menschheit Naturrecht genannt wird. Ein solches universales Sittengesetz ist die feste Grundlage eines jeden kulturellen, religiösen und politischen Dialogs und erlaubt dem vielfältigen Pluralismus der verschiedenen Kulturen, sich nicht von der gemeinsamen Suche nach dem Wahren und Guten und nach Gott zu lösen.

Die Zustimmung zu diesem in die Herzen eingeschriebenen Gesetz ist daher die Voraussetzung für jede konstruktive soziale Zusammenarbeit." Für das "in die Herzen eingeschriebene Gesetz" verwenden wir heute den Begriff "Rechtsempfinden". Dieses hat, wie wir inzwischen annehmen müssen, eine genetische Grundlage. Unseren nächsten "Verwandten", den Schimpansen, fehlt diese Erbanlage offenbar.

Gäbe es nur das allen Menschen gemeinsame Rechtsempfinden, wäre die Welt wohl ein Paradies. Sie ist es aber nicht. Denn auch das Böse, genannt der Teufel oder Satan, existiert. Heute gilt es bei einflußreichen Medienleuten geradezu als chic, dessen Existenz zu leugnen. Auch Papst Benedikt widmete dem Bösen in seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag keinen eigenen Abschnitt.

Aber er schloß mit folgendem Wunsch: "Dem jungen König Salomon ist in der Stunde seiner Amtsübernahme eine Bitte freigestellt worden. Wie wäre es, wenn uns, den Gesetzgebern von heute, eine Bitte freigestellt würde? Was würden wir erbitten? Ich denke, auch heute könnten wir letztlich nichts anderes wünschen als ein hörendes Herz - die Fähigkeit, Gut und Böse zu unterscheiden und so wahres Recht zu setzen, der Gerechtigkeit zu dienen und dem Frieden."

Was Papst Benedikt XVI. (Joseph Ratzinger) hier anspricht ist die Gabe der Unterscheidung der Geister, das heißt die Fähigkeit zu erkennen, ob bestimmte Gedanken, Gefühlsregungen oder Prophetien von Gott stammen oder von seinem Widersacher.

Als ordnungsgemäß Getaufte und im "Unterscheidungsalter" Gefirmter habe ich nach Thomas von Aquin (Summa theologiae 3. 72. 5, ad 2) "die Macht, öffentlich den Glauben an Christus quasi ex officio mit Worten zu bekennen." Und so bekenne ich, daß ich nicht glauben kann, daß es dem Willen Gottes entspricht, im wichtigsten Pflanzennährstoff Kohlenstoffdioxid eine Gefahr für das Leben auf der Erde zu sehen. Wäre dem so, müßte die Welt vom Teufel erschaffen worden sein. Gnostische Häretiker haben das tatsächlich geglaubt. Ich halte mich lieber an die frohe Botschaft des Neuen Testaments.

(Die Zitate Benedikts XVI. stammen aus dem Buch: Benedikt XVI.: In Gott ist unsere Zukunft. Ansprachen & Predigten während seines Besuchs in Deutschland. St. Benno-Verlag, Leipzig)<<

28.08.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 28. August 2021 (x1.000/...): >>>Die Ursprünge der Klimapolitik – Ein Konglomerat aus Macht und Ma-

Manipulation

Die Forderungen nach einer schärferen Klimapolitik werden immer lauter. Doch entspringt die Sorge unserer Politiker um das Klima tatsächlich der Sorge um unseren Planeten? ...

Bei Umweltkatastrophen, wie z.B. den massiven Überschwemmungen in Deutschland wird regelmäßig die Forderung nach einer schärferen Klimapolitik immer lauter. Ob die Sorge unserer Politiker um das Klima jedoch wirklich der Sorge um unseren Planeten entspringt, ist kritisch zu hinterfragen. Denn wenn man sich mit den Ursprüngen der Klimabewegung befaßt, ergibt sich bei genauem Hinsehen ein ganz anderes Bild.

Kla.TV hat deshalb recherchiert, was es mit der lautstark propagierten Klimapolitik auf sich hat und wer vor allem ein derart großes Interesse daran hat, daß die drastischen Klimaziele umgesetzt werden. Begonnen hat alles im Jahr 1909, als der britische Goldminen-Magnat Cecil Rhodes, Lord Milner und ein exklusiver Kreis der vermutlich einflußreichsten britischen Intellektuellen den "Round Table" gründeten.

Ihr Ziel war es, die britische Vormachtstellung über die Welt wiederherzustellen bzw. zu erhalten. Den Mitgliedern war dabei sehr bewußt, daß sie nur dann entscheidenden Einfluß auf Politik und Wirtschaft nehmen könnten, wenn sie Presse-, Propaganda- und Bildungsstellen unter ihre Kontrolle bringen würden. Deshalb befand sich auch der Chefredakteur der Londoner Zeitung "Times", Geoffrey Dawson, nicht zufällig unter den Gründungsmitgliedern.

Elf Jahre später, im Jahr 1920, gründeten die Mitglieder des Round-Table weitere Organisationen: die britische Denkfabrik RIIA (Royal Institute of International Affairs) - auch bekannt unter dem Namen Chatham House – sowie dessen New Yorker Schwesterorganisation, den Council on Foreign Relations, kurz CFR. Unter der Leitung dieser Denkfabriken sollte das Ziel verfolgt werden, eine "englischsprachige Weltregierung" durchzusetzen.

Bis heute gehört Chatham House zu den weltweit führenden Denkfabriken, das eng verknüpft ist mit der Finanzelite und dem World Economic Forum. So hatte der derzeitige Direktor von Chatham House, Robin Niblett, ebenso eine führende Aufgabe beim WEF. Auch zählen inzwischen sämtliche großen Weltkonzerne zu dessen Mitgliedern.

Nachfolgend eine kleine Auswahl: Nachrichtenagenturen und Medienkonzerne wie BBC und Thomson Reuters, die weltgrößten Rohstoffabbaukonzerne, Erdölunternehmen, Rüstungskonzerne, Versicherungskonzerne, Chemie- und Pharmakonzerne wie BASF und GlaxoSmithKline, die weltgrößten Anwaltskanzleien und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften sowie Mobilfunk- und Internetkonzerne wie Vodafone und Google.

Darüber hinaus gehören natürlich auch Konzerne und Einrichtungen aus dem Finanzsektor zu dessen Mitgliedern: Investment- und Großbanken wie Goldman Sachs, die Deutsche Bank, die italienische Zentralbank, die Weltbank sowie die City of London. Geldgeber sind u.a. die Rockefeller-Stiftung, die Bill & Melinda Gates Stiftung, die Konrad-Adenauer-Stiftung, die NATO und die EU, außerdem noch George Soros und der Investmentbanker Sir Evelyn von Rothschild.

Letzterer, Sir Evelyn von Rothschild, war nicht nur Finanzberater von Königin Elizabeth II. Er ist auch Herausgeber des Londoner Wirtschaftsmagazins "The Economist" sowie der Zeitung "The Daily Telegraph" und unterhält eine Partnerschaft mit der führenden Londoner Wirtschaftszeitung "Financial Times" - das sind drei der einflußreichsten britischen Medien.

Die Mitglieder dieser elitären Denkfabriken haben es sich zur Aufgabe gemacht, sich auf internationaler Ebene mit aktuellen Fragen und Analysen des politischen Zeitgeschehens zu befassen. Die Lösungsempfehlungen, die sie dabei erstellen, werden durch die international tätigen Mitglieder weltweit gezielt verbreitet.

Vor diesem Hintergrund wird ersichtlich, wie über Jahrzehnte hinweg ein riesiges Konglomerat an Macht, Einflußnahme und Manipulation etabliert wurde, womit wir bei den Urhebern der Klimaproblematik angekommen sind. Bezeichnenderweise konzentriert sich Chatham

House seit über 20 Jahren vornehmlich auf die Werbung für radikale globale Klimaschutz-Maßnahmen.

Begonnen hatte es damit, daß der inzwischen verstorbene Baron Edmond de Rothschild gemeinsam mit David Rockefeller und dem US-amerikanischen "Öl-Gigant" Maurice Strong im Jahr 1987 beim 4. World-Wilderness-Kongress erstmals die Behauptung in die Welt gesetzt hat, CO₂ verursache eine menschengemachte Erderwärmung, – das sogenannte "Global Warming".

Seitdem war Chatham House Sponsor von mindestens 70 Großveranstaltungen zu diesem Thema, wodurch der Klimaschutz weltweit immer mehr in den Fokus gerückt wurde. Da die Mitglieder bzw. Sponsoren von Chatham House zugleich auch Inhaber der größten Medienketten sind, können sie, wie durch deren Gründungsherren beabsichtigt, mit Leichtigkeit ihre Agenda in die Öffentlichkeit transportieren. Ein anschauliches Beispiel hierfür ist die Wirtschaftszeitung "Economist", die Zeitung der Rothschilds. Sie gehört zu den vehementesten Verfechtern der menschengemachten Erderwärmung.

Äußerst verwunderlich dabei ist, daß gerade die Kreise, die am meisten für die globale Umweltverschmutzung verantwortlich sind – wie etwa Öl-, Chemie-, Rohstoff- und Rüstungskonzerne – am vehementesten den Umwelt- bzw. Klimaschutz fordern. Werden nicht gerade die Rohstoffe wie Öl und Kohle als Hauptschuldige für den Klimawandel angeführt? Hinzu kommt, daß die Rüstungsindustrie für Atombombentests verantwortlich ist, welche nachweislich einen verändernden Einfluß auf unser Klima haben.

Daher könnten hinter dieser regelrechten Klimahysterie ganz andere Motive stecken, als einzig und allein die Sorge um die Zukunft unseres Planeten. Wie in der Sendung "Klimaschutz – das neue Gesicht der Eugenik" (www.kla.tv.18219) aufgezeigt wurde, ist in den Nachkriegsjahren der diskreditierte Begriff der Eugenik durch "Umweltschutz" bzw. "Ökologie" ersetzt worden. Ziel der führenden Eugeniker war dabei, unter dem Deckmantel des Naturschutzes die Umwelt vor der "Pest" Menschheit zu schützen und das Bevölkerungswachstum "in Schach zu halten", also die Bevölkerung zu reduzieren.

Da durch die gegenwärtige Klimapolitik der technische Fortschritt und der damit verbundene Wohlstand gesenkt wird, würde dadurch genau dieses Ziel erreicht werden. Denn seit vielen Jahren wird genau von jenen Kreisen propagiert, daß die anwachsende Weltbevölkerung eine Belastung für die Ressourcen der Erde sei.

Einen weiteren äußerst interessanten Aspekt der Klimaagenda beleuchtete der Wirtschafts- und Finanzexperte Dirk Müller in der Sendung "One World - Darum ist den Eliten das Klima plötzlich so wichtig!" (www.kla.tv/15173) In dieser legte er überzeugend dar, daß es zur Durchsetzung einer globalen EINE-Weltherrschaft unabdingbar ist, daß alle Völker einen gemeinsamen Gegner und damit ein gemeinsames Ziel haben, mit dem sich jeder identifizieren kann. Diese Bedrohung ist das ganze Umweltthema, insbesondere der Klimawandel, gegen den es gemeinsam vorzugehen gilt.

Unter diesem Deckmantel ist es möglich, persönliche und nationale Interessen aufzulösen, die Völker zu einen und eine wahre Klimadiktatur aufzurichten. Ebenso können die Freiheiten jedes Menschen drastisch eingeschränkt und reglementiert werden, bis hin zu einer planmäßigen Bevölkerungsreduktion. So wissenschaftlich und überzeugend all die angeblichen Fakten über den menschengemachten Klimawandel auch dargelegt werden, ist es existentiell, daß möglichst viele Menschen die Hintergründe und Ursprünge der globalen Klimaagenda durchschauen.

Nur wer die wahren Wurzeln kennt bzw. diejenigen, die uns ihre Thesen verkaufen wollen, kann all die von Politik, Medien und Wissenschaft vorgebrachten Begründungen richtig einordnen. Denn ganz offensichtlich handelt es sich hier um die Agenda einer kleinen Elite, die nach wie vor die Manipulation über die Medien beherrscht und die Menschheit nach ihren

eigenen Vorstellungen und Zielen manipuliert und steuert.<<

01.09.2021

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. September 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Stromausfall und Super-Gau in Deutschland

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 4 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 diese 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland 6 strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr liefen) und indirekte (stets zur Verfügung stehende und sofort einsatzbereite) Energiespeicher mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt fehlen.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Kernkraftwerkes gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen sollte die deutsche Bundesregierung die angestrebte Energiewende unverzüglich reformieren und nach dem Vorbild Spaniens handeln.

Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtete am 29. Januar 2014 z.B. über die Energiewende in Spanien: >>20 Jahre Laufzeitverlängerung: Spanische Energiewende zurück zur Atomkraft

Die spanische Regierung will die Kernkraftwerke zwanzig Jahre länger am Netz lassen als bisher geplant. Ursprünglich sollte die gesamte Nuklearindustrie in diesem Jahr abgeschaltet werden.

In einer drastischen Kehrtwende bei der Atomenergie erwägt die spanische Regierung nun eine Verlängerung der Laufzeit für Kernkraftwerke von gegenwärtig 40 auf "50 oder 60 Jahre" oder sogar noch darüber hinaus. ... Das Industrieministerium dringt schon seit einiger Zeit auf einen solchen Schritt "im wirtschaftlichen Interesse" des Landes. ...

Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung bis zum Jahre 2011

Bis zum Jahre 2011 waren etwa 80 % (rd. 22 % Kernkraftwerke und 58 % konventionelle Kraftwerke) der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden.

Die konventionelle Stromerzeugung bestand bis zum Ausstieg aus der Kernenergie aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Pumpspeicherkraftwerke, Wasserkraftwerke und Biogasanlagen zählen ebenfalls zu den konventionellen Stromerzeugungsanlagen, denn sie gehören zu den regelbaren Stromerzeugern.

Diese konventionellen Anlagen lassen sich bedarfsgerecht betreiben. Aufgrund der Regelbarkeit dieser Kraftwerke kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden. Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz.

Zerstörung der Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung

Das EEG (Erneuerbare Energien Gesetz) und weitere planwirtschaftliche Maßnahmen zerstörten letzten Endes die Grundpfeiler der deutschen Stromversorgung, denn die zuvor allein durch Kohle- und Kernkraftwerke sichergestellte Grund- und Mittellaststromerzeugung wurde plötzlich allein den Gaskraftwerken auferlegt. Nach dem Wegfall von 2 Grundpfeilern der deutschen Stromversorgung ist es **ab 2022/2023** vollkommen illusorisch, daß die fehlende Grund- und Mittellast-Kapazität der Kern- und Kohlekraftwerke durch erneuerbare Energien und Gaskraftwerke ersetzt werden kann.

Ungenügende Grund- und Mittellaststromerzeugung

Obwohl die Netzbetreiber bei ihren Planungen davon ausgehen, daß 2023 immer noch konventionelle Reservekraftwerke mit einer Leistung von rund **66.400 Megawatt** (80 % der Stromnachfrage) in Deutschland zur Verfügung stehen müssen, um bei Windstille, nachts und an bewölkten Tagen den Strombedarf decken zu können, sind ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von **30.000 Megawatt** (je 15.000 Megawatt Stein- und Braunkohlekraftwerke) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast vorhanden.

Die Kürzung der Reservestromerzeugung von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022 wird unumkehrbar ins Chaos führen. In der Bundesrepublik Deutschland fehlen zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom.

Regenerative Energieträger

Die derzeitige Energiewende setzt langfristig nur noch auf den Energiemix Gaskraftwerke und regenerative Energien.

Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen hängt von den Wetterbedingungen ab, deshalb ist keine bedarfsgerechte, geregelte Stromerzeugung möglich. Regenerative Energieträger (Windkraft- und Photovoltaikanlagen) ohne entsprechende Speichermöglichkeiten sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger, deshalb mußten seit 2011 etwa 80 % der gesamten Stromnachfrage von 83.000 Megawatt doppelt vorhanden sein. Diese "Schattenkraftwerke" (doppelter Aufbau der deutschen Stromversorgung), d.h. konventionelle Kraftwerke müssen dann einspringen, wenn die Windkraft sturm- oder flautenbedingt nicht zur Verfügung steht. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Windkraftwerke verursachen zwar weder Abgase noch Schadstoffe, aber sie ersetzen auch kein einziges konventionelles Kohlekraftwerk oder Kernkraftwerk, da aufgrund der Unregelmäßigkeit der regenerativen Energieträger der Strom niemals sekundengenau nach Bedarf produziert werden kann.

Auch der Neubau von zusätzlichen 100.000 Windkraftanlagen wäre wegen der ungesicherten Verfügbarkeit des Windes ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nicht in der Lage, eine unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit zu gewährleisten, denn Windkraftwerke sind nachweislich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen.

Fehlende Stromspeicher

Deutschland verfügt heute nur über 35 größere Pumpspeicherkraftwerke mit einer Gesamtleistung von rd. 6.565 MW, die lediglich 4-8 Stunden Strom produzieren können.

In der Bundesrepublik Deutschland wird es in den nächsten Jahrzehnten keine mengenmäßig ausreichende und bezahlbare alternative Speichertechnik geben. Von den mindestens erforderlichen 500 Pumpspeicherkraftwerken sind derzeit nur 35 Pumpspeicherkraftwerke vorhanden, deshalb kann es ohne effiziente und leistungsfähige Großspeicher zwangsläufig keine Netzstabilität und Versorgungssicherheit geben.

Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke in 4 bzw. in 16 Monaten

Spätestens nach Abschaltung der strategisch wichtigen letzten 6 deutschen Kernkraftwerke

(KKW Brokdorf in Schleswig Holstein, KKW Grohnde in Niedersachsen und KKW Gundremmingen in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2021** sowie KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern: **Abschaltung am 31. Dezember 2022**), wird es keine Netzstabilität mehr geben: **"In Deutschland werden die Lichter ausgehen!"**

Mögliche Ursachen für einen totalen Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Eine im Winter typische Dunkelflaute genügt bereits, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen:

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und der Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Alle Speicherbecken der 35 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern.

Aufgrund einer konstanten Stromnachfrage von über 80.000 Megawatt wird die Lage in Deutschland immer aussichtloser, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Da es die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen nicht mehr gibt, werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruchs (Blackouts) zu verhindern.

Die Notabschaltung der Stromverbraucher genügt jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15: >>Wollt Ihr den totalen Blackout?

... "Strom ist wie das Blut im Körper. Beides muß fließen, sonst bricht das ganze System zusammen", so Elsberg. Allein der Energiekreislauf Deutschlands ist insgesamt rund zwei Millionen Kilometer lang, die Leitungen würden etwa 45 Mal rund um die Erde reichen - und die Grundlast muß immer vorhanden sein. "Das Stromnetz ist das System der Systeme: Jeder Einzelne von uns hängt 24 Stunden am Tag von ihm ab", so Elsberg. "Ohne Strom stürzt eine Gesellschaft zurück ins Mittelalter." ...<<

Zusammenbruch der Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands nach einem flächendeckenden Stromausfall

Längere flächendeckende Blackouts lösen nachweislich chaotische Zustände und nationale Katastrophen aus. Infolge des totalen Zusammenbruchs des nationalen Stromnetzes werden die Gesellschaftsstrukturen innerhalb weniger Stunden einstürzen und flächendeckend chaoti-

sche Zustände auslösen. Die bisherige Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands wird zwangsläufig kollabieren.

Ohne Strom brechen sofort die Trinkwasser- und Lebensmittelversorgung sowie die Abwasserentsorgung zusammen, Telefone mit Festnetzanschluß, Handynetze, Radiogeräte, Personalcomputer, Fernseher und sonstige Kommunikationsmittel bleiben stumm sowie Beleuchtungen und Heizungen funktionieren nicht mehr.

Nach dem Zusammenbruch der Stromversorgung fallen z.B. sofort alle Verkehrsleitsysteme, Bahn- und Luftverkehr, Wasserwerke, Kläranlagen, Tankstellen, Fertigungsbetriebe und landwirtschaftliche Betriebe aus. Das Gesundheitswesen (Krankenhäuser, medizinische Versorgung) bricht ebenfalls zusammen, wenn keine Notstromversorgung zur Verfügung steht.

Die Mobilität wird drastisch eingeschränkt, die medizinische Versorgung und die allgemeine Sicherheit der Bürger können nicht mehr gewährleistet werden.

Die Tageszeitung "Der Tagesspiegel" berichtete am 30. Dezember 2014: >>**Deutschland ohne Strom - Der große Blackout**

Ob Gesundheitswesen, Verkehr, Kommunikation oder die Lebensmittelversorgung - ein langer Stromausfall würde die Infrastruktur in kürzester Zeit lahmlegen. Welche Folgen hätte das?

Fast alle wichtigen Lebensbereiche sind heutzutage vom Strom abhängig. Kaum jemand wagt sich vorzustellen, was passieren würde, wenn die Energieversorgung zusammenbräche. Und nur wenige beschäftigen sich von Berufs wegen damit, einer solchen Katastrophe vorzubeugen. ...

Früher konnten die Betreiber Engpässe und Spitzen noch relativ leicht ausgleichen, denn der Strom kam aus einer Hand. Doch heute gibt es eine Vielzahl von Akteuren und durch die Nutzung erneuerbarer Energien deutlich mehr Spannungsschwankungen in den Netzen. Wind und Sonne sind nun einmal nicht berechenbar. "Früher mußten die Versorger vielleicht zweimal im Jahr nachregulieren, also Kraftwerke zu- oder abschalten, um die Stromversorgung sicherzustellen, heute an mehr als 200 Tagen im Jahr", erklärt Thomas Leitert, der sich seit Jahren mit dem Thema Stromausfall befaßt. ...

"Die Netze sind die Achillesferse der Versorgung", sagt Leitert. ... Denn wenn das System nicht mehr stabil sei, könne es zu einem Kaskadeneffekt kommen, einer Art Kettenreaktion ... Letztlich sei auch ein bundesweiter Strom-Supergau möglich. "Und wenn erst einmal alles zusammengebrochen ist, kann es Wochen dauern, bis wieder Normalität herrscht."

Wie würde sich ein großflächiger Stromausfall genau auswirken?

... Schon wenige Stunden nach einem großflächigen Stromausfall würden ganze Geflügelfarmen zum Massengrab, weil die Tiere ohne Lüftung und Heizung schnell verendeten. Und auch Kühe müßten massenhaft geschlachtet werden, wenn die Melkmaschinen ausfielen. ...

Ebenfalls nach einem Tag sei das Gesundheitswesen "erheblich" beeinträchtigt. "Für Dialysepatienten dürfte es nach wenigen Tagen keine Rettung mehr geben." Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen. "Es kann dann schnell zu Unruhen kommen." ...

Wie sind Behörden auf einen solchen Katastrophenfall vorbereitet?

... Krisenpläne gibt es natürlich und auch Katastrophenschutzübungen, die einen Blackout simulieren. ... Die Krisenkommunikation der Rettungskräfte kann über mobile Systeme laufen, Krankenhäuser die Zeit mit Notstromaggregaten überbrücken. Doch nach zwei, drei Tagen sieht die Sache anders aus. Auch die Bundeswehr, die im Katastrophenfall die kritische Infrastruktur schützen müßte, sei darauf nicht vorbereitet ...

Christoph Revermann vom TAB glaubt allerdings, daß auch der beste Krisenplan bei einem tagelangen und großflächigen Stromausfall ohnehin nichts wert ist. "Auf eine solche Situation kann man sich nicht vorbereiten. Wir können nur hoffen, daß der Fall nicht eintritt." ...<<

Kampf ums nackte Überleben

Nach dem Zusammenbruch der Energieversorgung wird in der Bundesrepublik Deutschland schnell ein verzweifelter Kampf ums nackte Überleben entbrennen. Die gewaltsamen Auseinandersetzungen beginnen wahrscheinlich zunächst mit Massenplünderungen und Brandschätzungen durch marodierende Banden in den deutschen Städten und werden danach in allen deutschen Provinzen fortgesetzt.

Wie in der Natur bzw. im Tierreich werden grundsätzlich die Starken und fanatischen Elemente aufgrund ihrer größeren Aggressivität und physischen Überlegenheit ihre schwächeren Konkurrenten dominieren (Diktatur von fanatischen Einzelpersonen und Gruppen).

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes wird sich für die Deutschen zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Vergewaltigungen, Selbstmorde, Mißhandlungen, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität werden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" berichtete im Oktober 2017 im COMPACT-Spezial Nr. 15: >>Wollt Ihr den totalen Blackout?

... **"Hochgradig verletzbar"**

... "Nach 24 Stunden gäbe es kein Geld, keine Nahrung und keinen Verkehr mehr. Auch die Wasserversorgung und sämtliche Kommunikationsmittel würden innerhalb kürzester Zeit zusammenbrechen", so Christoph Revermann, stellvertretender Leiter des Büros für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag.

Seine Forschungsstelle hat 2011 erstmals die Folgen eines Netzausfalls in mehreren Bundesländern untersucht und war zu dem Schluß gekommen: "Die Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern erfolgt über ein eng verflochtenes Netzwerk an kritischen Infrastrukturen, die hochgradig verletzbar sind. Die Folgen eines Blackouts sind nicht beherrschbar, selbst unter Mobilisierung aller internen und externen Kräfte und Ressourcen.

"Rund 430 Millionen Euro pro Stunde würde Deutschland ein solcher Stromkollaps kosten. Und dazu bräuchte es noch nicht mal eine Naturkatastrophe - die Energiewende reicht. ...<<

Drohende Freisetzung von Radioaktivität

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 droht zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von Radioaktivität.

Das deutsche Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtete am 2. Juni 2014 über die Stilllegung von Atomkraftwerken: >>Zurück zur grünen Wiese

... Um ein Atomkraftwerk abzuschalten, muß die Uran-Spaltung zur Energiegewinnung im Kern eines Reaktors gestoppt werden. Hierfür werden in das Becken mit den Brennstäben sogenannte Steuerstäbe eingeführt, die jene Neutronen einfangen, die die Uran-Spaltung auslösen. Dieser Vorgang unterbricht die Kettenreaktion zur Energieerzeugung in einem Kraftwerk. Wenn ein Kernkraftwerk für immer vom Netz gehen soll, sind noch weitere Schritte notwendig. Denn die Brennstäbe bleiben auch in einem heruntergefahrenen Kraftwerk noch sehr heiß und müssen ein bis fünf Jahre in einem Abklingbecken außerhalb des Reaktors gekühlt werden. Nur damit kann ein Schmelzen der Brennstäbe und eine Freisetzung von Radioaktivität vermieden werden. ...<<

Wenn die Kühlpumpen der Abklingbecken wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, kommt es zwangsläufig zum gefürchteten Super-Gau (Kernschmelze der Brennelemente und Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen).

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe werden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den benachbarten deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt. Falls es zu einer Kernschmelze der Brennelemente in den Abklingbecken und der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen sollte, werden vermutlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

In der Ukraine ereignete sich am 26. April 1986 im Kernkraftwerk Tschernobyl der bisher schwerste Unfall in der Geschichte der friedlichen Nutzung der Kernenergie.

Bei diesem Super-GAU (Größter Anzunehmender Unfall) im Kernkraftwerk Tschernobyl wurden mindestens 40- bis 50mal soviel Radioaktivität freigesetzt, wie bei der Atombombenexplosion in Hiroshima (Japan) im Jahre 1945.

Der Hörfunksender "Deutschlandfunk" berichtete am 8. April 2006: >>Wenn mit dem Wind die Angst kommt

Weißrußland 20 Jahre nach Tschernobyl

Inmitten von Wald und Wildnis schläft das Monster. Unter einer 300.000 Tonnen schweren Decke aus Stahl und Beton. Sie soll die Umgebung vor der radioaktiven Strahlung schützen. Als der Block 4 der Kernkraftanlage Tschernobyl vor 20 Jahren explodiert, kommt es zur Kernschmelze. Die Radioaktive Rauch- und Aschewolke zieht nach Norden. Die 1986 freigesetzte Radioaktivität war 400 mal größer, als die der Explosion von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Etwa zwei Drittel des radioaktiven Fallout von Tschernobyl gingen nach dem 26. April 1986 in Weißrußland nieder.

Von Anja Schrum und Ernst-Ludwig von Aster

Liquidatoren, so werden noch heute alle Menschen genannt, die nach der Katastrophe eilig nach Tschernobyl geschafft wurden. Feuerwehrleute, und Soldaten aus der gesamten Sowjetunion: insgesamt 800.000 Menschen kamen, um das strahlende Inferno einzudämmen. Die meisten von ihnen sind inzwischen tot. ...

Während die Weltgesundheitsorganisation WHO zusammen mit der Internationalen Atomenergiebehörde in einer Studie von wenigen tausend Toten aufgrund der Strahlenexposition ausgehen, sprechen andere Wissenschaftler von 50.000 bis 100 000 Toten. In ihre Berechnungen fallen nicht nur die Krebsopfer, sondern auch die Menschen, die sich nach der Explosion das Leben nahmen. ...

Viele denken bei Tschernobyl vor allem an die Ukraine. Dort steht zwar der Reaktor doch hinter der Grenze in Weißrußland waren die Folgen des Reaktorunglücks ungleich schlimmer. Mehrere 1.000 Quadratkilometer sind unbewohnbar, davon liegt rund die Hälfte im Rayon (Landkreis?) Choiniki. Doch um die Region scheint sich niemand mehr zu kümmern. Die internationale Hilfe kommt hier schon lange nicht mehr an.

Die Gefahr liegt heute weniger in der Luft, sondern viel mehr im Boden. An vielen Stellen ist die Humusschicht der Wälder mit dem radioaktiven Element Cäsium verseucht - Pilze und Wurzeln saugen es auf. ...

Unter der Stahl-Beton Decke des Reaktorblocks 4 sind immer **noch 20 Tonnen Kernbrennstoffe**. Sicher liegen sie dort nicht, die Konstruktion, der sogenannte Sarkophag ist undicht.

...<<

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen**.

Warum spielt der Schutz des Lebens und der Gesundheit in der Bundesrepublik anscheinend keine herausragende Bedeutung mehr?

Das Leben und die Gesundheit der Menschen zu schützen, zählt nach wie vor zu den wesentlichsten Aufgaben eines Staates und der gewählten Repräsentanten des Volkes

Die aus Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland folgende Schutzpflicht des Staates (Abs. 2 Satz 1: *Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit.* ...) umfaßt zwangsläufig auch die Verpflichtung, das Leben und die Gesundheit der Bevölkerung vor den zukünftigen Gefahren der sogenannte Energiewende, wie zum Beispiel vor den extremen Folgen eines längeren flächendeckenden Stromausfalls, zu schützen.

Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes begründet außerdem auch eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung in Bezug auf künftige Generationen und unsere Nachbarstaaten, denn in den Abklingbecken von 7 stillgelegten deutschen Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen werden sollen, droht bei einem längeren Blackout die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität.

Da die gemeingefährlichen Risiken der sogenannte Energiewende der deutschen Bundesregierung zweifelsfrei nicht mit Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes vereinbart werden können, ist das Bundesverfassungsgericht von Amts wegen verpflichtet, die gegenwärtig angeordneten staatlichen Maßnahmen unverzüglich zu prüfen.

Die AfD (Alternative für Deutschland) berichtet am 1. September 2021 über die Kosten des "Klimaschutzes" sowie den Kernenergie- und Kohleausstieg: >>... Das EEG ist staatliche Planwirtschaft und eine Abkehr von der Sozialen Marktwirtschaft. Begründet mit dem "Klimaschutz" werden die sonst nicht marktfähigen Anlagen massiv subventioniert. Das geschieht durch staatliche Zwangsvermarktung mittels Vorrangspeisung und zwanzigjähriger garantierter Einspeisevergütung.

Die Kosten dieser Subventionierung von mittlerweile 27 Milliarden EURO jährlich werden mittels EEG-Umlage auf die Verbraucher abgewälzt. Der Strompreis hat sich in den letzten zehn Jahren bereits verdoppelt. Ein Ende dieses Preisanstiegs ist nicht absehbar. Im Ergebnis findet eine gigantische Umverteilung von Vermögen statt, von der Bevölkerung und Wirtschaft hin zu den wenigen Subventionsgewinnern.

Trotz der immer höheren Zahl an (erneuerbaren Energie)-Anlagen ist der CO₂-Ausstoß seit 2000 wegen des abrupten Ausstiegs aus der Kernenergie unverändert geblieben. Große Flächen, auch in Wäldern, verwandeln sich durch (erneuerbare Energie)-Anlagen in Industriegebiete - mit allen nachteiligen Auswirkungen auf die Natur und die Menschen. Das Gleiche vollzieht sich jetzt mit dem Ausbau der Hochspannungsnetze. ...

Ein breiter Energiemix aus Kohle, Mineralöl, Erdgas, Wasserkraft und Kernkraft ist Voraussetzung zum Erreichen des Zieldreiecks einer versorgungssicheren, wirtschaftlichen und umweltverträglichen Energiepolitik. Braunkohle ist der einzige kostengünstige und langfristig verfügbare inländische Energieträger von Bedeutung. Die EU und die Bundesregierung bereiten mit Hilfe der CO₂-Zertifikate-Politik und über eine Besetzung der deutschen Kohlekommission mit Fachfremden und grünen Ideologen den Kohleausstieg vor. Nach dem Abschalten der Kernkraftwerke wäre dies das Ende einer sozial orientierten und wettbewerbsfähigen Energieversorgung in Deutschland. ...<<

02.09.2021

BRD: Manuela Niblock berichtet am 2. September 2021 über die "Grünen" (x1.023/...):
>>**Die Entzauberung der Grünen**

Ein Blick hinter die Fassade der angeblichen Natur-, Tier- und Umweltschutzpartei

Ein Gastbeitrag von *Manuela Niblock*

Fragt man die Durchschnittsbürger auf der Straße was sie mit den Grünen verbinden, lautet

gerade bei den Jüngeren die Antwort oft: "Das ist doch die Umweltpartei" oder "Die setzen sich doch für Klima- und Tierschutz ein". Derlei Antworten sind aber keine Überraschung, denn genau so werden die Grünen schon seit Jahren von den Medien vermarktet.

Kein Wunder, da die deutschen Medienschaffenden ja bekanntlich, so haben es zumindest repräsentative Umfragen ergeben, in überwältigender Mehrheit links-grün ticken.

Schaut man aber mal hinter die Fassade und nimmt das Handeln der Grünen genauer unter die Lupe, stellt man ganz schnell fest, daß sich die Grünen in allererster Linie für sich selbst und einzig für ihre eigene Ideologie einsetzen, dem Ökosozialismus und der Umerziehung der Bevölkerung. Weg von Freiheit, Demokratie, Vielfalt und Toleranz, hin zu Ökodiktatur, Gleichheitswahn und diktatorischer Verbotspolitik.

"Nein, die Grünen fordern doch immer am lautesten Toleranz und Vielfalt", werden nun einige denken und ja, das stimmt, nur meinen die Grünen damit etwas ganz anderes als die meisten Bürger, denn Toleranz haben die Grünen und ihre Anhänger nämlich meist nur für links-grüne Meinungen. Alle anderen Meinungen würden sie am liebsten verbieten, was man durch Diffamierung, Ausgrenzung und Beleidigung gegen die Opposition im Bundestag und auch sonst gegen alle sich kritisch äuernde Menschen oder kritische Seiten in den sozialen Medien täglich beobachten kann.

Anstatt sich mit kritischen Meinungen sachlich auseinanderzusetzen und diese inhaltlich zu diskutieren, wird nur noch geschaut womit man das Gegenüber diffamieren kann. Dabei sind abwertende und diskreditierende Begrifflichkeiten wie "Rechtspopulist", "Aluhut", "Rechtsradikal" etc. an der Tagesordnung und wenn das nicht reicht, wird noch die "Nazikeule" ausgepackt oder eine Nähe zur Holocaustleugnung konstruiert. Hauptsache, man muß sich nicht mit den Argumenten der anderen auseinandersetzen, weil dann könnte ja die eigene Unwissenheit zutage kommen oder man müßte gar feststellen, daß das Gegenüber einfach recht hat. Nein, das ginge ja gar nicht. ...

Gleiches gilt übrigens für die vielen "-ophobs" (homophob, xenophob, islamophob etc.), durch die, anstatt eine sachliche Diskussion zu führen, jeder kritischen Stimme einfach eine psychische Störung (Phobie) attestiert wird. Und schon hat man sie mundtot gemacht, denn wer möchte schon gern als psychisch krank hingestellt werden? Also hält man lieber besser gleich die Klappe und äußert sich nur noch hinter vorgehaltener Hand und im Freundeskreis, wobei auch dort immer mehr Leute vorsichtig sind mit dem was sie sagen. ...

Umfragen haben genau dies übrigens schon 2019 und noch einmal ganz aktuell im Juni 2021 klar und deutlich bestätigt. Interessant und bezeichnend dabei ist, daß einzig die Anhänger der Grünen (mit 62 %) meinen, daß sie sich nicht in ihrer Meinungsfreiheit eingeschränkt fühlen, während die Anhänger aller! anderen Parteien (zwischen 46-62 %) ganz klar der Meinung sind, man müsse wenn man seine Meinung offen sagt mehr und mehr vorsichtig sein.

Was "Vielfalt" betrifft, so verstehen die Grünen darunter eben nicht die Unterschiedlichkeit der Menschen in ihrer Lebensweise, Ernährungsgewohnheiten, politischen Ausrichtung, Fahrzeugwahl, Wohnform, Meinungen usw., sondern Vielfalt zählt bei den Grünen nur, wenn es darum geht so viele Menschen aus so vielen, vornehmlich islamisch geprägten, Ländern wie möglich unkontrolliert ins Land zu lassen, damit das Deutschland, so wie die meisten von uns es kennen und in dem man wirklich gut und gerne leben konnte, so bald wie möglich nicht mehr wiederzuerkennen ist.

In immer mehr Stadtteilen verschiedener Großstädte ist dies leider schon jetzt der Fall. ...

Wundern sollte auch das nicht, denn mit Deutschland und Vaterlandsliebe konnte so mancher Ober-Grüner ja, laut eigener Aussage, sowieso noch nie wirklich etwas anfangen und Parolen wie "Deutschland verrecke" wurden schon vor vielen Jahren auf Demos des schwarzen Blocks, an denen auch namhafte Grüne in vorderer Front teilnahmen, lautstark skandiert.

Auf der anderen Seite hatten / haben sie aber keine Scham, sich mit Steuergeldern des ach so

verhaßten Deutschlands über viele Jahre hinweg alimentieren zu lassen. Nebenbei bemerkt, auch mit dem Steuergeld der verhaßten AfD-Wähler, "Aluhutträger", Nazis usw. was in diesem Fall aber anscheinend kein Problem darstellt.

"Das Land der Dichter und Denker", hieß es früher immer wenn von Deutschland die Rede war, denn der Deutsche galt überall als fleißig, strebsam, erfinderisch, sowie als wissenschaftlich und literarisch kluger Kopf und unser Land verfügte über ein ausgezeichnetes Ausbildungssystem, durch das der deutsche Facharbeiter quer über den Globus heiß begehrt war. Lang, lang ist es her ...

Davon ist inzwischen nicht mehr viel übrig, seit die 68er mit ihrem Sozialismus-Gedanken den angekündigten Marsch durch alle Institutionen mehr und mehr vollzogen haben. Immer weiter herabgesetzte Bildungspläne, damit selbst der Dummste und Faulste auch noch irgendwie durchs Abi kommt und eine freie Schulwahl, damit auch der lernschwache Malte-Torben, der früher maximal eine Hauptschulempfehlung bekam, aufs Gymnasium gehen kann und Mama dadurch im Kurs "Veganes Kochen für Fortgeschrittene" nicht schlechter da steht als die Mütter mit lernfähigeren Kindern.

Mit allen Mitteln soll also gleich gemacht werden, was einfach nicht gleich ist und nie gleich sein wird, zu Lasten der Kinder die eigentlich viel mehr könnten als man sie tun läßt und auch zu Lasten der Kinder, die gesonderte und gezielte Förderung und Aufmerksamkeit bräuchten. Aber nun zum Thema Natur-, Klima-, Tier- und Umweltschutz, denn auch da verfolgen die Grünen ihre ganz eigene Agenda, denn schaut man sich das Handeln in Einzelheiten an, merkt man, daß das mit Umwelt- und Naturschutz meist gar nicht viel zu tun hat, sondern vornehmlich ideologische Gründe hat.

Die Natur interessiert die Grünen immer nur dann, wenn sich daraus Vehikel zur Durchsetzung ihrer Sozialismus-Ideologie ergeben.

Oder wie will man aus Naturschutzsicht erklären, daß man sich, als wegen dem Bau von Stuttgart 21 einige Bäume gefällt werden sollten, Sorgen um den in diesen Bäumen lebenden Juchtenkäfer machte, aber auf der anderen Seite uralte Waldflächen, die Lebensraum für unzählige Tierarten bilden und ein wichtiger Bestandteil für unser Klima sind, abgeholzt wurden bzw. werden sollen, um dort gewaltige Windräder hinzustellen, die nicht nur die schöne Landschaft verschandeln, sondern unserer Natur große Schäden zufügen.

Solch gigantische Windräder benötigen nämlich gewaltige Fundamente, die über große Flächen hinweg den Boden versiegeln. Pro Windrad, versteht sich!

Boden in den bei starkem Regen das Wasser verteilt auf großer Fläche langsam einsickern konnte. Dieses Wasser muß nach dem Bau dann aber woanders hin fließen, also sollte man sich dann nicht wundern, wenn durch den Bau von immer mehr Windrädern die Gefahr von Hochwassern vielerorts steigen wird. Irgendwo muß das Wasser ja schließlich hin, wenn es auf natürliche Weise nicht mehr ausreichend auf un bebauter Fläche absickern kann. ...

Davon will man dann aber sicher nichts wissen und an kommenden Hochwassern ist dann sicher wieder nicht das Politikversagen schuld sondern der Klimawandel. ...

Zu jedem Bau eines so gewaltigen Windrades kommen dann ja auch noch die Schneisen in Autobahnbreite dazu, die quer durch den Wald geschlagen und die befestigten Straßen, die gebaut werden müssen, damit die Baumaschinen und Schwertransporte, die gebraucht werden um die riesigen Rotorblätter und alle anderen Bestandteile dieser Monster-Propeller zum zukünftigen Standort zu transportieren, zu den Bauplätzen fahren können. Dies ebenfalls pro Windrad!!

Unsere letzten nicht zersiedelten Waldgebiete werden dadurch unwiederbringlich zerstört.

Die problematische Entsorgung wesentlicher Teile von Windrädern ist auch ein Punkt, der nicht unter den Tisch gekehrt werden sollte. ...

Die Abholzung von uralten Waldflächen und die Versiegelung von Böden sind aber nicht die

einzigsten Eingriffe in den Lebensraum vieler Tiere die durch Windräder verursacht werden, denn Jahr für Jahr werden unschätzbare (die genaue Zahl ist offen, da nicht alle geschlagenen Tiere gefunden und gemeldet werden und nicht wenige Tierkörper über Nacht auch vom Raubwild und Greifvögeln weggeschleppt / gefressen werden) Mengen von Vögeln, Fledermäusen sowie Insekten durch Windräder getötet, darunter auch seltene Vögel wie Milane, Bussarde und sogar Störche. Von der Lärmbelästigung der Anwohner gar nicht erst zu reden.

...

Zum Thema Insektensterben sollte nicht unerwähnt bleiben, daß es die Grünen waren, die sich für Biosprit etc. stark gemacht und somit auch die Entstehung von Mais- und Raps-Monokulturen gefördert haben. ...

Ebenfalls anmerken sollte man, daß die alte und neue baden-württembergische Landesregierung, bestehend aus Grüne und CDU, ein zweites Stuttgart 21 plant, nämlich den (laut Koalitionsvertrag) Ausbau der Gäubahn zwischen Stuttgart und Singen mit dem langen Gäubahntunnel zum Flughafen, was nichts anderes bedeuten soll als den Abbruch des attraktivsten Teil der weltberühmten Panorama-Bahnstrecke.

Im rot-grün regierten Berlin sieht man übrigens auch sehr gut, daß die Grünen es mit dem Baumschutz nicht so haben, wenn er ideologisch nicht irgendwie für sie nutzbar ist. Berlin verliert nämlich pro Jahr rund 1.000 Straßenbäume, dabei wären diese so wichtig fürs Klima und gegen Überhitzung.

Auch wenn es um unser heimisches Wild geht, zeigen sich die Grünen schon seit Jahren nicht gerade als Tierfreunde, denn schon 2016 forderte ein bayerischer Grünenpolitiker in Bezug auf Baumschäden durch Verbiß: "Es darf nicht sein, daß der Freistaat jedes Jahr viel Geld ausgeben muß, nur weil die Jäger nicht genug Wild schießen."

Wer nun denkt derartige Äußerungen können im Einzelfall ja mal vorkommen dem muß man sagen, daß Ludwig Hartmann, Fraktionschef der Grünen im Bayerischen Landtag mit Äußerungen wie "Solange wir die Schalenwildbestände nicht nachhaltig senken, sind auch flächige Neuaufforstungen wie Markus Söders 30-Millionen-Bäume-Programm letztlich nur eine neue Form der Ganzjahresfütterung für Rehe" im August 2019 ebenfalls das Rehwild zum Schädling degradierte.

So forderte er unter anderem die Abschlußquoten zu erhöhen und mehr revierübergreifende Drückjagden (bedeutet, daß das Wild mittels Treibern und Hunden stark beunruhigt und dadurch aus seinen Einständen heraus vor die Büchse der Jäger getrieben wird), denn für ihn gilt anscheinend ganz klar Wald vor Wild.

Der Gedanke an Lobbyismus überkommt einen dabei eigentlich ganz automatisch. ...

Die Grünen haben also schon vor Jahren gefordert und fordern heute um so mehr, daß Jäger mehr schießen sollen als sie eigentlich schießen würden und für den Erhalt einer ausgeglichenen Wildpopulation nötig wäre. Sie werden auf der anderen Seite aber nicht müde gegen die Jagd zu wettern und die Jägerschaft als schießwütigen Haufen darzustellen, der auf alles ballert was sich auch nur bewegt.

Ständig zaubern sie neue Vorschläge zur weiteren Verschärfung des Waffenrechts aus dem Hut unter dem Deckmantel der Kriminalitäts- und Terrorismusbekämpfung, dabei weiß jeder der auch nur ansatzweise zu logischem Denken fähig ist, daß Verbrecher oder gar Terroristen ganz andere Wege nutzen um an Waffen zu kommen.

Dies ist nur ein kleiner Blick hinter die Fassade der Grünen. Schaut man ein wenig tiefer, findet man noch viel, viel mehr Argumente, warum man als Natur-, Tier- und Umweltfreund auf gar keinen Fall die Grünen wählen sollte.

Jedem sollte auch klar sein, daß solche Aufreger wie Gendersprache, Unisex-Toiletten, sexuelle Vielfalt etc. die durch die Grünen in den Fokus gerückt und von den gründurchzogenen Medien wie Säue durchs Dorf getrieben werden, nichts weiter sind als Ablenkungsmanöver,

damit der Fokus auf diesen Themen liegt und nicht auf dem wahren Ziel der Grünen, dem vollständigen Systemwechsel hin zum Ökosozialismus. ...<<

10.09.2021

BRD: Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtet am 10. September 2021: >>Land unter

Hochwasser: Das grobe Aufräumen ist bewältigt, das politische Reinemachen nicht

Peter Möller

Es ist noch nicht vorbei. Zwar sind die Bilder der katastrophalen Zerstörungen in den Flutgebieten Nordrhein-Westfalens und Rheinland-Pfalz aus den Hauptnachrichtensendungen verschwunden, doch in den betroffenen Regionen werden die Folgen der Naturkatastrophe noch auf Monate das Leben der Menschen bestimmen. Derzeit werden etwa für die Bewohner des besonders stark getroffenen Ahrtals Notquartiere für die Wintermonate gesucht. Denn selbst wenn die Häuser noch bewohnbar sind, fehlen häufig immer noch Strom, Wasser und teilweise der Anschluß an das Erdgasnetz. Die betroffenen Menschen sollen daher in der kalten Jahreszeit in Ferienwohnungen oder Pensionen unterkommen.

"Heillose Überforderung der Länder und Landkreise"

Neben den Planungen für den Wiederaufbau der Infrastruktur läuft auch die politische Aufarbeitung des Juli-Hochwassers bereits auf Hochtouren. Am Dienstag beschloß der Bundestag auf einer Sondersitzung ein Aufbauhilfegesetz, durch das ein "Solidaritätsfonds" mit bis zu 30 Milliarden Euro eingerichtet wird, um die Folgen der Katastrophe zu bewältigen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums erfolgt die Verteilung der Mittel in einem ersten Schritt durch einen festen Schlüssel, basierend auf den ersten Schadenserhebungen der betroffenen Länder. "Danach entfallen auf Rheinland-Pfalz 54,53 Prozent, auf Nordrhein-Westfalen 43,99 Prozent, auf Bayern 1 Prozent und auf Sachsen 0,48 Prozent der für die Länderprogramme vorgesehenen Mittel des Fonds", teilte das Ministerium mit.

Doch wie konnte es überhaupt zu der Katastrophe kommen, der mindestens 189 Menschen zum Opfer gefallen sind? Diese Frage beschäftigt die Öffentlichkeit vor allem in den besonders schwer getroffenen Bundesländern.

In Rheinland-Pfalz soll nach dem Willen der Ampelkoalition aus SPD, FDP und Grünen nun eine Enquete-Kommission des Landtages Lehren aus den Überflutungen ziehen. Vermutlich nicht vor Mitte 2023 wird dieses Gremium dem Parlament ihren Bericht vorlegen. Daran, daß die Enquete-Kommission substantielle Antworten geben wird, gibt es indes nicht nur von seiten der Opposition Zweifel.

Dabei wird auf den sehr weit gefaßten Einsetzungsantrag der Kommission verwiesen, in dem viel von Optimierung und Weiterentwicklung beim Katastrophenschutz die Rede ist und Empfehlungen für den Bevölkerungsschutz gefordert werden, weniger aber über politische Verantwortung zu lesen ist. Daher wird von der Opposition bereits die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses vorbereitet, der für die Landesregierung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) weit unangenehmer werden könnte als die Enquete-Kommission.

Auch in Nordrhein-Westfalen läuft die politische Aufarbeitung der Flutkatastrophe, die in dem Bundesland 49 Menschenleben gefordert hat und Schäden in einer Höhe von mindestens 13 Milliarden Euro verursacht hat. Hier sind vor allem Umweltministerin Ursula Heinen-Esser und Innenminister Herbert Reul (beide CDU) in den Fokus geraten.

Die Frage lautet: Wer wußte wann von der drohenden Katastrophe und hat wann wen informiert? Nach Angaben der Landesregierung hat Heinen-Esser bereits Stunden vor den folgenreichen Unwettern ihren Urlaub unterbrochen und sich mit den Experten ihres Ministeriums in Verbindung gesetzt. Innenminister Reul sei laut einem Bericht an den Landtag am Tag danach aktiv geworden und habe seinen Urlaub ebenso wie Heinen-Esser abgebrochen.

Damit will die Landesregierung von CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet dem Vorwurf der

Opposition entgegnetreten, das Land habe trotz der Warnungen der Wetterdienste vor Starkregen nicht rechtzeitig gehandelt. Dennoch bleiben weiter Zweifel am Informationsfluß innerhalb der Landesregierung. Die Fraktionen von Grünen und AfD haben daher unabhängig voneinander die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses gefordert.

Mit einer vom Innenpolitiker Martin Hess initiierten Kleinen Anfrage hat die AfD-Bundestagsfraktion auf nationaler Ebene versucht, die Verantwortung der Bundesregierung zu klären. In ihrer Antwort, die der JUNGEN FREIHEIT vorliegt, weist das zuständige Bundesinnenministerium indes den Bundesländern die Verantwortung zu. "Gemäß der grundgesetzlichen Kompetenzverteilung liegt der Katastrophenschutz in der Zuständigkeit der Länder sowie der Landkreise und kreisfreien Städte als untere Katastrophenschutzbehörden", heißt es in der Antwort.

Dies gelte unabhängig vom Ausmaß des Ereignisses und umfasse auch die Warnung der Bevölkerung vor Katastrophen. Der Bund könne mit der Bundeswehr, der Bundespolizei und dem Technischen Hilfswerk lediglich auf Anforderung der vor Ort zuständigen Behörden Amtshilfe leisten.

Hess hält diese Antwort für unzureichend. "Als zahlreiche Bürger im Hochwasser ihr Leben oder ihr Vermögen verloren, war das politische Berlin im Tiefschlaf. Die Bundesregierung versteckt sich hinter Kompetenzen", kritisiert Hess gegenüber der Jungen Freiheit die Antwort der Bundesregierung. Sie wolle deshalb keine stärkeren Bundeskompetenzen für den Bevölkerungsschutz, weil sie sonst Verantwortung übernehmen und handeln müsse. "Genau das wäre aber dringend nötig, wie die heillose Überforderung der Länder und Landkreise mit der Katastrophenhilfe gezeigt hat."

Plünderungen

Laut einer Antwort von Nordrhein-Westfalens Innenministerium auf eine Anfrage der AfD-Landtagsfraktion registrierten die Kreispolizeibehörden in 24 vom Hochwasser betroffenen Städten 193 Plünderungen (Diebstahl, besonders schwerer Diebstahl, Einbruch, schwerer Bandendiebstahl und Unterschlagung), von denen 27 als Versuch gewertet wurden. Der Schaden belaufe sich derzeit geschätzt auf rund eine Viertelmillion (227.000) Euro. Die Polizei registrierte 145 Tatverdächtige zwischen 12 und 69 Jahren.

Die mit Abstand größte Gruppe bildeten dabei Tatverdächtige mit rumänischer Staatsbürgerschaft. Von ihnen zählte die Polizei insgesamt 52. Auf Platz zwei werden 27 deutsche Tatverdächtige aufgelistet. Hierunter wurden allerdings auch alle mutmaßlichen Täter aufgelistet, die neben der deutschen noch eine weitere Staatsangehörigkeit haben. Es folgen zwölf türkische Tatverdächtige sowie je sieben bulgarische und syrische, des weiteren Serben, Albaner und Kosovaren. Somit hatten von 145 Tatverdächtigen 118 keine deutsche Staatsangehörigkeit. Das entspricht rund 81 Prozent. (krk)<<

16.09.2021

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 16. September 2021 (x1.055):

>>Politik ohne Parteien

Wir brauchen eine grundlegende Neuordnung des Politik- und Wirtschaftssystems. Exklusivabdruck aus "Demokratie versus Parteienherrschaft".

von *Ernst Hellmann*

In Deutschland werden trotz Demokratie, also Volksherrschaft, viele Entscheidungen entgegen den Interessen des Volkes getroffen, die der Menschheit und der gesamten Natur schaden. Das Parteiensystem in unserem Land richtet die demokratischen Regeln an den Interessen der Berufspolitiker und Lobbyisten aus und durchdringt sämtliche Institutionen des Staates. Denn die Grundregel jedes demokratischen Staatswesens - die Trennung von Legislative, Exekutive und Judikative - wurde durch ihren Einfluß ausgehebelt.

Das gegenwärtige Grundgesetz kann keine tragfähigen Lösungen für die großen Probleme

unserer Zeit liefern. Wir könnten mit einer neuen Verfassung für Deutschland eine grundlegende Reform der Gesellschaftsziele festlegen, die für eine gerechte, gemeinwohlorientierte und die Natur achtende Lebenswelt einsteht. Dafür ist aber eine Neuordnung des Politik- und Wirtschaftssystems unabdingbar. Sind wir individuell und als Gesellschaft in der Lage, diesen überfälligen Umbruch zu verwirklichen?

Wir haben beschrieben, welche Mechanismen zur aktuellen Situation geführt haben: Die im Grundgesetz (GG) vorgesehene Mitwirkung der Parteien an der politischen Willensbildung führte zu einem Monopol, daß Demokratie - eine Herrschaft des Volkes, wie der Name unterstellt - durch eine Parteienherrschaft ersetzt hat.

Der deutsche Psychiater und Philosoph Karl Jaspers hatte bereits in den 1960er-Jahren beklagt, daß die Parteien sich von Organen des Volkes zu Organen des Staates entwickelt hätten und dazu beitragen, die Wirksamkeit des Volkes demokratiekonterkarierend zu minimieren. Die politischen Parteien haben sich den Staat faktisch angeeignet.

Daß das parlamentarische System nicht nur in einer tiefen Krise steckt, sondern am Ende seiner bedrohlichen Entwicklung angekommen ist, zeigen uns die ungelösten Problematiken, national und international. Im Übrigen geben Wahlergebnisse die Erwartungen und Überzeugungen der Wähler schon lange nicht mehr wieder. Die von der Bevölkerung beauftragten Parlamente und Regierungen spiegeln nicht das Bewußtsein und den Willen der Landesbewohner.

Ein Verbot von geplantem Verschleiß im Wirtschaftssystem, von Plastikabfall, von Massentierhaltung, von krankmachender Lebensmittelproduktion, von Naturzerstörung ist zwingend notwendig. Und was bekommen wir? Städte, Gemeinden, Regionen und Länder, die versuchen müssen, in einem ständigen Wettbewerb die Nachbarn zu dominieren. Wir wollen regionale Wirtschaftskreisläufe, Verbraucherschutz, fairen Handel, aber wir bekommen eine Diktatur des Kapitals, die all das ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Steigerung des eigenen Reichtums steuert.

Wir wollen sichere Arbeitsplätze mit einer fairen und auskömmlichen Vergütung, doch wir bekommen Druck auf Arbeitsplätze- und Entgelte durch Produktionsbedingungen in Indien oder China. Wir wollen eine Zukunft für unsere Kinder in einer intakten Natur, statt dessen haben wir eine Welt bekommen, in der Angst vor der Zukunft vorherrscht: Angst vor den Folgen der Klimaveränderung, Angst vor Kriegen und Konflikten, Angst vor dem Morgen.

Wir wollen Volksvertreter in den Parlamenten, die sich dafür einsetzen, unser Leben und das der gesamten Natur zukunftsfähig und friedvoll zu gestalten, doch was haben wir? Abgeordnete, die in politischen Zirkeln (Parteien) organisiert sind und nicht unabhängig vorgehen, sondern die Interessen der Partei vertreten, deren Führung von Meinungseliten mit kühler Berechnung unter Druck gesetzt werden und die dafür sorgen, daß sie in Abhängigkeit von deren Interessen agieren.

Die Vertreter dieser Interessen prägen und lenken über die Presse die öffentliche Meinung. Das Gesetz des Handelns liegt zum großen Teil bereits bei einer wuchernden Eurobürokratie in Brüssel, bei dem Internationalen Währungsfonds in Washington, bei der Europäischen Zentralbank in Frankfurt und bei der Welthandelsorganisation in Genf - alles Institutionen, die eng mit dem internationalen Finanzsektor verwoben sind. So wird nationale Politik von den Zielen der globalen Finanzwirtschaft ferngelenkt.

Die Geschichte von Ägypten bis Rom zeigt uns, daß jedes politische System ein Verfallsdatum hat. Für die Parteienherrschaft in Demokratien ist diese Zeit jetzt gekommen!

Global stehen uns tiefgreifende Umbrüche bevor, sowohl klimatisch als auch soziologisch und politisch. Wir stehen am Beginn einer ganz anderen Zivilisation. Die Interessen eines jeden Teils der Gesellschaften und der gesamten Natur müssen berücksichtigt und zweifellos den Partikularinteressen übergeordnet werden. Jetzt stellen sich die Fragen: Werden wir zu Opfern

von Ereignissen, die über uns hereinbrechen und uns ein anderes Leben aufzwingen, oder können wir die Geschichte wenden und eine gemeinsame Vision für eine lebenswerte Zukunft entwickeln?

Vor etwa 200 Jahren entstanden die Nationalstaaten und haben überall in Europa die monarchischen Herrscher abgelöst. Jetzt ist es an der Zeit, erneut etwas grundlegend Neues entstehen zu lassen, damit wir gut gerüstet in die Zukunft gehen können. Mit einem radikalen grundlegenden Umbau der verkrusteten politischen Strukturen kann der Grundstein für ein friedvolles Zusammenleben der globalen Gesellschaften in einer intakten Umwelt gelegt werden.

Für diese grundlegende Transformation bedarf es einer Neuorientierung der Gesellschaftsziele. Nachfolgend eine realistische Aussicht:

Verfassung für Deutschland

Der Ökonom und Philosoph Prof. Dr. Wolfgang Berger hat im März 2019 in der Wissensmanufaktur, Institut für Wirtschaftsforschung und Gesellschaftskritik, ein Essay mit dem Titel Demokratie ohne Parteien verfaßt. Die Ausführungen dieses bemerkenswerten Mannes sind genial und zukunftsweisend. Sie zeigen uns einen realistisch-visionären Weg aus der vermeintlichen Sackgasse hin zu einer wahren Demokratie.

Dem deutschen Volk ist nach der Vereinigung von Ost- und Westdeutschland im Jahre 1990 gemäß Gesetz eine Verfassung in Aussicht gestellt worden. Die Organisatoren der Wiedervereinigung haben sich über diese Vorgabe des deutschen Grundgesetzes hinweggesetzt. Die Politiker haben den Geltungsbereich des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland einfach um das Gebiet der früheren Deutschen Demokratischen Republik erweitert, ohne das davon betroffene Volk in Ost oder West zu befragen.

Verfassungsreform gemäß Grundgesetz Artikel 146 GG

"Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist."

1762 hat Jean-Jacques Rousseau - Philosoph, Schriftsteller und Naturforscher - in seinem Du Contrat Social (Vom Gesellschaftsvertrag) das Konzept der Volkssouveränität als Prinzip legitimer politischer Herrschaft begründet. Danach steht das Volk als höchste Staatsgewalt über allen anderen Institutionen.

In unserem Land repräsentieren die politischen Parteien die höchste Staatsgewalt und beherrschen allen anderen Institutionen. Deshalb braucht Deutschland eine Verfassung, die vom Volk verstanden, akzeptiert und getragen wird - der das Volk zugestimmt hat. Erst wenn das erreicht ist, haben wir eine wahre Demokratie.

Prof. Dr. Berger erläutert, wie eine Verfassung die Erdrosselung unseres Gemeinwesens durch die Parteien in Deutschland beenden kann, und macht hierzu sieben Vorschläge:

"Bei Bundestagswahlen bewerben sich in jedem Wahlkreis nur noch Direktkandidaten. Der Kandidat, der in einem Wahlkreis die meisten Stimmen erhält, zieht in den Bundestag ein. Landeslisten, die von den Parteien aufgestellt und mit der 'Zweitstimme' gewählt werden, gibt es nicht mehr. Weil Überhangmandate wegfallen, wird die Größe des Bundestages mehr als halbiert. Kandidieren kann jeder Bürger, der im Wahlkreis wohnt und das passive Wahlrecht besitzt. Hierzu benötigt er 250 unterstützende Unterschriften von wahlberechtigten Mitbürgern aus dem Wahlkreis. Es werden Personen gewählt, keine Parteien.

Eine mögliche Parteizugehörigkeit von Kandidaten wird auf dem Wahlzettel nicht vermerkt (eine Zugehörigkeit zu einem Sportklub ja auch nicht). Die Reihenfolge, in der die Kandidaten auf den Stimmzetteln stehen, wird ausgelost. Das beschränkt den sicheren Erfolg eines von der größten Partei aufgestellten Kandidaten. Die zuständige Behörde organisiert öffentliche Veranstaltungen, bei denen die Kandidaten sich vorstellen".

Für eine Verfassung muß allerdings noch sehr viel mehr geregelt werden. Zu ihrer Vorbereitung und Beratung wird eine verfassungsgebende Versammlung gebildet, ähnlich der, die das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland entworfen hat. Dieses ausdrücklich so genannte provisorische Grundgesetz wurde vom Parlamentarischen Rat beschlossen und konnte erst nach Genehmigung durch die westlichen Besatzungsmächte am 24. Mai 1949 in Kraft gesetzt werden.

Der Parlamentarische Rat war eine von den Länderparlamenten der drei Westzonen gewählte Versammlung, die 65 stimmberechtigte und 5 nicht stimmberechtigte (aus West-Berlin) Mitglieder hatte. Sie tagte von September 1948 bis Juni 1949 in Bonn.

Prof. Dr. Berger schreibt, daß die neue verfassungsgebende Versammlung jetzt aus 100 Personen gebildet werden solle, denn 100 Personen seien arbeitsfähig, weil jeder jeden kenne, und meint weiter, daß 40 von ihnen Juristen, Wissenschaftler, Richter, Verwaltungsjuristen, Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Wahlbeamte und Parlamentarier sein sollten, die sich selbst vorschlagen oder von ihren Institutionen vorgeschlagen werden könnten.

Jedes Landesparlament würde aus dieser Vorschlagsliste eine anteilige Zahl von Personen auswählen und sie in die verfassungsgebende Versammlung entsenden. Nach Nordrhein-Westfalen 9, Bayern 6, Baden-Württemberg 5, Niedersachsen 4, Hessen 3, Sachsen, Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein je 2 Mitglieder, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Bremen je 1 Mitglied. Diese Personen würden mit drei Viertel der Parlamentssitze gewählt. Diese Mehrheiten erreichten die Regierungsfractionen der Landesparlamente nur, wenn sie die gesamte Opposition mit einbinden.

60 Mitglieder dieser Versammlung würden über die Einwohnerregister der Wahlberechtigten mit einer qualifizierten Zufallsauswahl aus der Mitte der Bevölkerung rekrutiert werden. Das Losverfahren orientiere sich neben regionalen an demografischen Kriterien (Geschlecht, Alter, Bildungsgrad, Beruf), so daß diese Vertreter die Struktur der Gesamtbevölkerung damit spiegeln würden. Zahlreiche Losdurchgänge würden so lange durchgeführt, bis die erzielte Auswahl der Zusammensetzung der Bevölkerung entspräche. Zusätzlich würden Ersatzkandidaten benannt, falls einzelne ausgeloste Bürger den Ruf zur Mitwirkung in der verfassungsgebenden Versammlung nicht annähmen.

Vorsitzender der verfassungsgebenden Versammlung sei ein Bundesrichter, der von den Mitgliedern der Versammlung mit einer Dreiviertelmehrheit gewählt werde. Bei Nichterreichen der erforderlichen Mehrheit würde ein weiterer Wahlgang angesetzt werden. Die Wahl des Vorsitzenden würde von einem Mitglied des Bundesverfassungsgerichts geleitet, das von diesem Gericht einvernehmlich dafür benannt werde.

Die organisatorische Starthilfe für die Versammlung obliege dem Bundespräsidenten. Die Versammlung wählte einen zentral in Deutschland gelegenen festen Tagungsort, der auch mit öffentlichen Verkehrsmitteln gut zu erreichen sei, zum Beispiel Kassel.

Mitglieder der verfassungsgebenden Versammlung erhielten Kostenersatz und würden für ihre Tätigkeit entlohnt. Beamte, die man für die Mitwirkung in dieser Versammlung freistellte, erhalten keine Vergütung. Mitglieder der Versammlung, die durch ihre Mitarbeit einen Verdienstausschlag erlitten, würden für ihre Mitwirkung gleichhoch vergütet. Als Richtgröße gelte der durchschnittliche, nachgewiesene Verdienstausschlag. Bei der Berechnung würden sehr hohe Einkommen nivelliert. Selbstständige, deren Betrieb durch ihre Mitwirkung gefährdet sei, würden je nach ihrer spezifischen Situation unterstützt. Berufsverbände stellten hierfür die Bearbeiter. Der Bundesfinanzminister erlasse eine Durchführungsverordnung zur Vergütungsregelung.

"Der so erarbeitete Verfassungsentwurf muß von der Bevölkerung als oberstem Souverän in einer Volksabstimmung genehmigt und freigegeben werden. Der Prozeß der Vorbereitung

dieser Abstimmung wird die meisten Wähler veranlassen, sich mit dem Entwurf und seinen Folgen - also mit dem politischen System - zu beschäftigen. Wird der Entwurf vom Souverän - dem Volk - nicht gebilligt, muß erneut beraten werden. Für Diskussion und Meinungsbildung ist ausreichend Zeit vorzusehen".

Nach dieser Zäsur könnte Deutschland Vorreiter und Vorbild für eine ganz besondere Verfassung werden. Die Winde der Veränderung kündigen sich an und fordern uns auf mitzukommen. Unsere Demokratie wird nicht vergehen, weil die Parteien ihre Macht verlieren, im Gegenteil: Sie wird endlich wiedererwachen und aufblühen.

Wir sind nicht nur verantwortlich für das, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun und mit uns geschehen lassen. Und wir müssen nicht auf dem Boden der uns oktroyierten Tatsachen leben. Wir - das Volk - sind der Souverän. Dessen müssen wir uns bewußt sein. Die Meinungsmacher der politischen Parteien haben uns schon viel zu lange die Wege verbaut, auf denen alle Menschen ihre Würde wiedererlangen können. Es sind die friedvollen Wege in uns, die zum Frieden in unserem Land und zum Frieden auf der Welt führen können.

Von allen bisher erprobten Gesellschaftsformen ist die Demokratie jene, die den menschlichen Eigenschaften und Bedürfnissen wie Vertrauen, Wertschätzung, Liebe, Empathie, Gemeinschaftssinn, Solidarität und Gerechtigkeit am nächsten kommt. Das hat die folgende Demokratieform schon ansatzweise erreicht:

Direkte Demokratie

Daß die skandinavischen Länder, Kanada, Australien und die Schweiz laut aktuellem Demokratieindex von 2019 die vollständigsten Demokratien haben und die Menschen dort überwiegend mit der Politik ihrer Regierungen zufrieden sind, haben wir schon im Teil 1 dieses Buches beschrieben.

Die Gründe dafür sind zweifellos eine große Partizipation der Bürger bei politischen Entwürfen und Entscheidungen, aber vor allem bieten die nordischen Sozialstaaten einen umfassenden Schutz gegen soziale Risiken und investieren aktiv in ein lebenslanges Lernen. Die Integration in den Arbeitsmarkt möglichst aller Menschen zu humanen Bedingungen ist ein Merkmal dieser vorsorgenden Sozialstaatlichkeit, ein anderer die umfassend organisierten und qualitativ hochwertigen Dienstleistungen. Diese Sozialpolitik der Nordländer ruht auf besonderen Institutionen und Traditionen. Sie ist in ein steuer- und fiskalpolitisches System eingebettet, in dem weitreichende Umverteilungen mit Prinzipien einer soliden öffentlichen Haushaltsführung kombiniert werden.

Die Schweizer Bürger können, dank ihrer Tradition, über viele Fragen der politischen Ordnung durch Initiativen und Volksentscheide direkt mitbestimmen. Das führt dazu, daß sie wesentlich zufriedener sind als die Bürger hierzulande. Während im kleinen Nachbarland 88 Prozent der Bürger mit ihrer Staatsform zufrieden sind, sagen das in Deutschland nur 66 Prozent.

So gesehen scheinen die verschiedenen Formen direkter Demokratie eine große Chance für die Gesellschaften zu sein, weil sie die Macht feiner verteilen, so daß alle Bürger das Recht und die Möglichkeit erhalten, immer wieder in politische Entscheidungsfindungen einzugreifen. Sie können auch Themen selbst vorschlagen. Das gibt den Menschen ein erhöhtes Freiheitsgefühl und führt zu einer politischen Kultur, die weniger Distanz zwischen Politik und Einwohner kennt. Zudem produziert diese Kultur gesprächsbereitere Politiker, weil jeder Volksvertreter weiß, daß häufig die Bürger das letzte Wort haben.

Ist das die dringend benötigte bessere Gesellschaftsordnung?

Können mit Übernahme dieser Demokratieform die geschilderten Entartungen durch Parteiherrschaft respektive Wirtschaftsinteressen in den parlamentarischen und präsidentialen Demokratien beendet werden?

Die Antwort lautet Ja und Nein:

Nein, weil alle der hier genannten vollständigen Demokratien sich auch der weltweiten zerstörerischen kapitalistischen Wirtschaftsordnung unterworfen haben und weil auch sie Parteiensysteme haben, deren Politiker von Wirtschaftsinteressen gelenkt werden.

Beispiel Schweiz: Nestlé, der größte Nahrungsmittelhersteller der Welt. mit einem Jahresumsatz von circa 80 Milliarden Euro, ist wegen diverser Vergehen bei seinen globalen Aktivitäten in der Kritik. Kinderarbeit, unethische Förderung, Manipulation ungebildeter Mütter, Umweltverschmutzung, Preisabsprachen und Falschdeklarierung - das alles kann Nestlé. Auch wegen diverser Umweltvergehen als global größter Produzent von Flaschenwasser gehört Nestlé zu den meistgehaßten Konzernen der Welt.

Und die Schweizer Banken? Die sind sehr erfolgreich. Sie machen das, was überwiegend zum Bankgeschäft gehört: Geschäfte ohne Moral. Sie unterstützen Unternehmen bei der Streubombenproduktion (verboten laut UN-Konvention 2010), bei der weltweiten Palmölproduktion (die zu verheerenden Umweltschäden führt) und Despoten, die ihre Völker ausrauben, sowie Steuersünder und Kriminelle aller Art bringen ihre Gelder gerne zu Schweizer Banken, denn dort sind ihre Einlagen sicher.

Bei den Nordlichtern sieht es hinter dem Vorhang auch nicht nur rosig aus. Zum Beispiel die Dänen: Es stimmt, daß sie sich Umfragen zufolge für die glücklichsten Menschen auf Erden halten. Aber warum verschweigen sie dabei, daß sie hinter den Isländern den zweithöchsten Verbrauch an Antidepressiva aufzuweisen haben? Doch das schmutzigste Geheimnis, das sie haben, ist ihr ökologischer Fußabdruck. Er ist einem Bericht des Worldwide Fund for Nature zufolge der viertgrößte weltweit. Damit liegt Dänemark noch vor den USA. Hauptsächlich liegt das an der Herstellung elektrischer Energie, denn circa 57 Prozent des Strombedarfs wird durch Kohlekraftwerke erzeugt.

Oder die Schweden: Die haben sich als neutrales Land fast unbemerkt zu einem der weltweit größten Waffenexporteure entwickelt und die Jugendarbeitslosigkeit ist dort höher als die in Großbritannien und liegt über dem europäischen Durchschnitt.

Über die Norweger sagt man, daß sie die fremdenfeindlichsten Skandinavier sind und sich mit ihrer Vorreiterrolle in Sachen erneuerbare Energien brüsten, dabei verkaufen sie dem Rest der Welt aber weiter Öl und Gas und häufen damit den größten staatlichen Rentenfonds weltweit an.

An diesen Beispielen, die deutlich die Wirkung des kapitalistisch orientierten Wirtschaftssystems, auch in den vollständigen Demokratien aufzeigen, konstatieren wir, daß eine Übernahme der direkten Demokratiesysteme keinesfalls zu einer grundlegenden Verbesserung der beschriebenen weltweiten gesellschaftlichen und ökologischen Tragödien führen können.

Ja, wenn diese Ordnung auf der Grundlage einer umfassenden Erneuerung der Verfassung basiert, die dem Schutz der gesamten Natur höchste Priorität verleiht. Von einem Schutz der Natur sind wir aber durch das Agieren der weltweiten Politik meilenweit entfernt. Machen wir uns nichts vor: Die Versuche der Weltgemeinschaft, die jetzt schon sichtbaren Folgen der Klimaveränderung sowie die Vergiftung der Böden, der Meere und des Trinkwassers aufzuhalten, sind am Festhalten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung kläglich gescheitert.

Ein "Weiter so" bedeutet, sich in absehbarer Zeit das Verschwinden der Menschheit von dieser Welt vorstellen zu müssen. Die Maßnahmen in Deutschland zur Bewahrung und Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen - Kohleausstieg bis 2035, Verbot der Produktion von Plastikstrohhalm ab 2021, Einführung einer CO₂-Steuer und Aufbruch in ein neues Zeitalter durch Akkumobilität - sind bezüglich der zu erwartenden Machbarkeit durch begrenzte Rohstoffe nicht nur absurd und lächerlich, sondern auch ein Zeichen unglaublicher Dummheit und Unfähigkeit der Eliten aus Wirtschaft und Politik. Außerdem sind die völlig unzureichenden Maßnahmen auch ein skrupelloser Anschlag auf das gesamte Leben der Erde und der Zukunftsfähigkeit der Menschheit.

Manche meinen, daß es egal sei; wenn der Planet ohnehin verloren ist, da könne man ja auch so weitermachen. Aber diese Denkweise ist falsch!

Nicht nur wir sind davon überzeugt, daß die hier aufgeführten ökologischen Probleme und auch die Klimainstabilität ihre wesentliche Ursache im politischen und wirtschaftlichen Handlungsmuster der Eliten haben. Die Folgen sind unsere Trennung von Erde, Natur, Herz, Wahrheit, Liebe, Gemeinschaft und Mitgefühl.

Durch diese Erkenntnis, verstärkt durch das Referendum des bolivianischen Präsidenten Evo Morales zum Schutz der Mutter Erde, auf das wir in der Folge noch näher eingehen werden, sehen wir für die Menschheit, trotz der düsteren Prognosen eine durchaus realistische Möglichkeit, einen vollkommen anderen Weg zu gehen, der das bisher Bekannte völlig auf den Kopf stellt. Im folgenden Kapitel erklären wir den Pfad der Veränderung der, wenn er zu einer Bewegung wird, die Welt transformieren kann.

Ernst Hellmann, Jahrgang 1952, ist seit 2014 im Ruhestand. Seit 2010 ist er Mitglied und Autor der Gemeinschaft für Frieden und Gerechtigkeit, die das Ziel verfolgt, die zunehmenden Ungerechtigkeiten in den weltweiten Gesellschaften sowie die scheinbar unaufhaltsame Zerstörung unserer Lebenswelt durch das Handeln der globalen Politik- und Wirtschaftseliten zu verdeutlichen.<<

19.09.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19919" berichtet am 19. September 2021 (x1.049/...): >>Die wahren Ziele der Grünen: "Mit Klima-Diktatur zur neuen Weltordnung"

In Deutschland ist die Klima-Politik der Grünen allgegenwärtig. Sie schüren Ängste vom Weltuntergang, versprechen die Welt zu retten und rechtfertigen mit Katastrophenszenarien jede denkbare Beschneidung bürgerlicher Freiheiten. Daß dieses Interesse am Klimaschutz aber wirklich der Sorge um unsere Erde entspringt, ist zu hinterfragen. Diese Dokumentation wirft ein Licht auf die Hintergründe der Umweltbewegung und auf die Partei der Grünen, die sich den sogenannten "Klimaschutz" auf die Fahne geschrieben hat.

In Deutschland ist die Klima-Politik der Grünen allgegenwärtig. Sie schüren Ängste vom Weltuntergang, versprechen die Welt zu retten und rechtfertigen mit Katastrophenszenarien jede denkbare Beschneidung bürgerlicher Freiheiten, denn das grüne Wahlprogramm fordert mehr: Mehr Steuern, mehr Verbote, mehr Staat, mehr Krieg, mehr Abtreibungen, mehr Gender und mehr MigrantInnen, was letztlich weniger Wohlstand, weniger Freiheit und weniger Deutschland bedeutet. Das Fatale daran ist, daß die Grünen mit ihrer Propaganda sehr erfolgreich sind und ihrer wachsenden Zahl an Wählern kaum auffällt, wohin die Reise letztlich führt: in eine öko-sozialistische Klima-Diktatur!

Erst vor wenigen Wochen wurde die Forderung nach einem neuen "Klimaschutz-Ministerium" laut, das gegenüber allen anderen Ministerien mit einem Veto-Recht ausgestattet ist und die Klimapolitik einer grünen Bundesregierung steuern soll. Daß dieses große Interesse am Klimaschutz aber wirklich der Sorge um unsere Erde entspringt, ist zu hinterfragen, denn die Entstehung der Klimabewegung zeichnet ein anderes Bild. ...

Klimahysterie: Ein Produkt elitärer Denkfabriken?

Wer sich heutzutage die Frage stellt, was es mit der lautstark propagierten Klimapolitik auf sich hat, muß zurückschauen auf die Ursprünge der Umweltbewegung. Im Jahr 1909 gründete ein exklusiver Kreis britischer Intellektueller den Round Table mit dem Ziel auf Politik und Wirtschaft Einfluß nehmen zu können. Aus diesem ging u.a. eine der weltweit führenden Denkfabriken - das Chatham House hervor, welches z.B. von der Rockefeller-Stiftung, der Bill & Melinda Gates-Stiftung und von Sir Evelyn de Rothschild finanziert wurde. Inzwischen ist es nicht nur verknüpft mit der Finanzelite, dem World Economic Forum und den wichtigsten Nachrichtenagenturen, sondern auch sämtliche Weltkonzerne wie Erdöl-, Chemie-,

Pharma- und Rüstungskonzerne zählen zu dessen Mitgliedern.

Bezeichnenderweise konzentriert sich gerade das Chatham House seit Jahrzehnten auf die Werbung für globale Klimaschutz-Maßnahmen, wodurch das Thema weltweit immer mehr in den Mittelpunkt rückte. Äußerst verwunderlich dabei ist, daß gerade die Kreise, die am meisten für die globale Umweltverschmutzung verantwortlich sind, am vehementesten den Klimaschutz fordern. Deshalb müssen noch andere Motive hinter dieser Klimahysterie stecken als die vermeintliche Sorge um unseren Planeten. Denn sonst würden doch genau jene, die als Hauptschuldige für den Klimawandel angesehen werden, erst einmal bei sich selbst anfangen.

Klimaschutz - das neue Gesicht der Eugenik

Die Umweltbewegung in den 1970er- bis 1980er-Jahre führte zur Gründung der Partei der Grünen. Diese inzwischen weltweite Bewegung geht allerdings auf Julian Huxley, dem "Erfinder" der Umweltschutzbewegung zurück. Interessanterweise war Huxley auch gleichzeitig Vizepräsident der britischen Eugenik-Gesellschaft, also jener Gesellschaft die selektive Fortpflanzung, Geburtenkontrolle und Zwangssterilisation vorantreibt.

Als die Eugenik nach den Geschehnissen im Dritten Reich in Verruf geriet, forcierte Huxley, daß der Begriff "Umweltschutz" nun an die Stelle des diskreditierten Begriffs der Eugenik treten müsse. Von nun an hieß es: Schutz der Erde vor einer ökologischen Katastrophe - verursacht durch den Menschen. Um die Notwendigkeit des Naturschutzes in die Öffentlichkeit zu tragen, folgte die Gründung verschiedener Organisationen wie die IUCN (= International Union for Conservation of Nature) oder der WWF (=World Wildlife Fund).

Einflußreiche Unterstützer fand Huxley u.a. in G. A. Rockefeller und dem Eugeniker, Prinz Philip. Schließlich rückte die Klimaerwärmung und die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes mit der Gründung des "Weltklimarats" immer mehr in den Fokus. Da aber infolge der geplanten Energiewende der technische Fortschritt und der damit verbundene Wohlstand weltweit gesenkt wird, drängt sich die Frage auf: Dient der Klimaschutz etwa als Deckmantel zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums?

Hören Sie dazu ein Zitat von Prinz Philip, welches er 1988 gegenüber der Deutschen Presseagentur äußerte: "Wenn ich wiedergeboren werde, dann möchte ich als tödliches Virus wiederkehren, um etwas zur Lösung der Überbevölkerung beizutragen."

Annalena Baerbock - die Kanzlerkandidatin der Eliten

Daß Annalena Baerbock nach ihrer Ernennung zur Kanzlerkandidatin von deutschen Leitmedien als Heilsbringerin hochgelobt wird, obwohl sie keinerlei Regierungserfahrung hat, wundert nicht. Denn Baerbock ist tief in transatlantische Netzwerke und Denkfabriken eingebunden. Insbesondere ist sie Mitglied im Forum der Young Global Leaders des World Economic Forum, dessen Ziel es ist, die Welt an die globalistische Agenda der Finanzelite anzupassen. Dabei bilden die Mitglieder der Young Global Leaders den Elite-Nachwuchs, in dem die vielversprechendsten Führungskräfte unter 40 Jahren aufgenommen und mit den Mächtigen dieser Welt vernetzt werden.

Wenig überraschend ist daher, daß das Programm von Baerbock die Pläne dieser Eliten widerspiegelt: Mehr Militäreinsätze und gesteigerte Verteidigungsausgaben. Ebenso Asyl als universelles Menschenrecht und die Einführung des digitalen Euro. Wird hier nicht die Demokratie umgangen und gezielt Politiker an die Macht gefördert, die sich für die Ziele der Globalisten-Netzwerke instrumentalisieren lassen? Dabei ist es längst wieder an der Zeit, daß wieder solche Politiker an der Spitze stehen, die nicht fremden Herren dienen, sondern allein dem Wohle der Bürger.

Klimaschutzprogramm beruht auf fragwürdiger These

Die globale Klimaerwärmung der Erde stellt vermutlich kaum jemand in Frage. Daß der Klimawandel aber im Wesentlichen durch den Menschen verursacht ist, ist keineswegs gesichert. Von allen wissenschaftlichen Veröffentlichungen hierzu weisen nur 0,54 % dem Mensch die

Hauptverantwortung zu. Dagegen ist in 99,46 % aller Veröffentlichungen eine Zustimmung zu dieser Annahme nicht erkennbar. Dennoch baut die Partei der Grünen ihr Klimaprogramm auf dieser These auf. Deutschland soll deswegen immer höhere Abgaben für CO2 bezahlen, soll aus der Kohleförderung komplett aussteigen und sich von fossilen Brennstoffen verabschieden.

Es sollen in großem Maße Sonnen- und Windenergie-Anlagen gebaut sowie Benzin- und Dieselfahrzeuge durch Elektroautos ersetzt werden (bis 2030 mind. 15 Millionen E-Autos und ab 2030 keine Neuzulassung von Benzin/Diesel-Fahrzeugen). Durch den Wegfall dieser Fahrzeuge wird Deutschlands Schlüsselindustrie zerstört. Viele Konzerne haben bereits Massenentlassungen angekündigt. Die ganzen Kosten hierfür zahlt schließlich wieder der Bürger. Deutschland verarmt mehr und mehr - und das aufgrund einer These!

Die Verbots-Diktatur der Grünen

Daß die Grünen nicht ohne Grund immer häufiger als Verbotspartei bezeichnet werden, zeigt ein Blick auf die letzten Jahre. Da gibt es Verbote von A wie Autofahren, bis Z wie Zoobesuch, die nicht in das ideologische Weltbild der Grünen passen. So forderten sie z.B. das Verbot von mehr als drei Flügen im Jahr, Verbot von Streaming, Verbot von Luftballons, Verbot von Kurzstreckenflügen, Verbot von Osterfeuern, Verbot von Schottergärten, Verbot von Diesel- und Benzin-Autos und Verbot vom Bau neuer Bundesstraßen und Autobahnen.

Und damit nicht genug. Sie fordern die Beseitigung der Denkmäler für Trümmerfrauen, das Verbot von Weihnachtsbäumen vor Rathäusern, das Verbot von Autowerbung und das einschneidende Verbot von nationalen Volksabstimmungen über EU-Themen. Allein diese zum großen Teil völlig abstrusen Forderungen zeigen auf erschreckende Weise, wohin die Reise mit den "Grünen" an der Macht in Deutschland gehen würde: schnurstracks in eine Verbots-Diktatur!

Grüne gegen Gleichheitsprinzip

Der Artikel 3 des deutschen Grundgesetzes stellt klar, daß alle Menschen vor dem Gesetz gleich sind und niemand wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden darf. Doch prominente grüne Politiker, darunter Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth, forderten hier eine Grundgesetzänderung. Indirekt fordern sie dadurch die Bevorzugung u.a. von Migranten und der LGBTQ-Community (= LGBTQ ist die Bezeichnung für Lesbian, Gay, Bisexual, Transgender and Queer) und damit die Benachteiligung der bisherigen deutschen Mehrheit.

Letztendlich führt dies zur Auflösung des Gleichheitsprinzips! Nach gültigem Gesetz ist es für jeden Bürger gleich, egal, ob er Mann oder Frau, hetero- bzw., homosexuell, weiß oder farbige ist. Im Rahmen der grünen Identitätspolitik hingegen, werden so nach den Kriterien der Abstammung, der Herkunft, der Sexualität und des Geschlechts, sowie der Religion, Gruppen zusammengestellt. Diese aber werden dabei so gegeneinander in Stellung gebracht, daß dadurch der gesellschaftliche Zusammenhalt zerstört wird und die Gesellschaft in Gruppen zerfällt. Sieht so das Verständnis von Gleichberechtigung aus?

Grüne fordern: Kostenlose Abtreibung für alle

"Flächendeckende Versorgungssicherheit beim Schwangerschaftsabbruch schaffen". So lautet ein Beschluß der Grünen, indem sie fordern, vorgeburtliche Kindstötungen nicht länger als "rechtswidrig" einzustufen, sondern künftig als Bestandteil einer "reproduktiven Gesundheitsversorgung" zu betrachten.

Die Kosten für die jeweilige Abtreibung - "250 Euro (medikamentös) und 600 Euro aufwärts (operativ)" - wollen die Grünen "unabhängig vom Einkommen" ungewollt Schwangerer auf die Solidargemeinschaft, also die Steuerzahler, abwälzen. Gleiches fordern sie auch in Bezug auf Verhütungsmittel. Im Zuge dessen, wollen sie gleich auch gegen Lebensrechtler vorgehen,

die Schwangeren Hilfe bei Gehsteigerberatungen vor Abtreibungseinrichtungen anbieten. Führt dies nicht zu einem immer sorgloseren Umgang mit neuem Leben bzw. zu dessen Entwertung und der damit einhergehenden persönlichen Entscheidungsfindung?

Die Deutschlandfeindlichkeit der Grünen

Das diesjährige Wahlprogramm der Grünen steht unter dem Titel: "Deutschland. Alles ist drin." Doch dieser Titel wurde zur hitzigen Debatte innerhalb der eigenen Partei, mit vielen Anträgen der Mitglieder, das Wort "Deutschland" aus dem Titel zu entfernen. Zwar wurde der Antrag zurückgezogen, doch die deutschlandfeindliche Haltung dahinter läßt sich auch aus den Zitaten ihres Bundesvorsitzenden Robert Habeck herauslesen, der sagte: "Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen. Ich wußte mit Deutschland noch nie etwas anzufangen und weiß es bis heute nicht." und auch "Es gibt kein Volk und deshalb auch keinen Verrat am Volk".

Diese Grundgesinnung hatte schon Joschka Fischer 1982 an den Tag gelegt, als er forderte: "Deutsche Helden müßte die Welt, tollwütigen Hunden gleich, einfach totschiessen." Diese und viele weitere Aussagen aktuell führender Parteimitglieder zeigen ganz offen, daß es den Grünen in ihrer politischen Fahrtrichtung offensichtlich nicht darum geht, Deutschland sowohl auf wirtschaftlicher Ebene als auch die Bevölkerung an sich voranzubringen. Es scheint vielmehr, daß die Grüne Führung ganz gezielt an der Zerstörung unserer Gesellschaft arbeitet und alles haßt, was deutsch ist.

Deutlich wird dies in einem Zitat von Miene Waziri, der ehemaligen Landessprecherin der Grünen Jugend in Schleswig-Holstein: "Ich wünschte, Deutschland wäre im zweiten Weltkrieg vollständig zerbombt worden. Dieses Land verdient keine Existenzberechtigung."

Einen weiteren interessanten Aspekt der Klimaagenda beleuchtete der Wirtschafts- und Finanzexperte Dirk Müller. In seinem Beitrag "One-World - Darum ist den Eliten das Klima plötzlich so wichtig" legte er dar, daß es zur Durchsetzung einer globalen EINE-Weltherrschaft unabdingbar ist, das alle Völker einen gemeinsamen Gegner und damit ein gemeinsames Ziel haben, mit dem sich jeder identifizieren kann.

Diese Bedrohung ist das gesamte Umweltthema, insbesondere der Klimawandel, gegen den es mit vereinten Kräften vorzugehen gilt. Daher ist eine Partei, die immer wieder moralisierend mit dem Finger auf die Verfehlungen anderer zeigt, mit Vorbehalt zu betrachten! Denn offenbar setzen sie selbst unter dem Deckmantel des Klimaschutzes die Interessen einer kleinen Elite durch, die nach wie vor die Manipulation über die Medien beherrscht und die Bevölkerung nach ihren eigenen Vorstellungen beeinflußt um ihre neue Weltordnung aufzurichten.<<

21.09.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/19935" berichtet am 21. September 2021 (x1.049/...): >>Das Bundesverfassungsgericht als verlängerter Arm der Herrschenden?

Anmoderation: Heute sendet Kla.TV einen Originalauszug aus dem Artikel "Das Bundesverfassungsgericht als verlängerter Arm der Herrschenden?", erschienen in Unabhängige Nachrichten (UN), in der Ausgabe September 2021. UN ist eine Aufklärungsschrift, die bereits seit 53 Jahren besteht. Wir bedanken uns bei UN für diesen wesentlichen Beitrag. ...

"Das Bundesverfassungsgericht war schon immer eine durch die Parteien dominierte Einrichtung. Spätestens aber, seit der CDU-Politiker Stephan Harbarth Präsident des Bundesverfassungsgerichtes ist, häufen sich Urteile, die noch mehr politisch motiviert sind als es in der Vergangenheit üblich war.

Im April dieses Jahres wurde das "Klima-Urteil" gefällt, das die Politiker wenig überraschend verpflichtet, für "zukünftige Generationen" jetzt und umgehend den CO2-Ausstoß der BRD zu reduzieren.

Das Bundesverfassungsgericht verpflichtet den Gesetzgeber zu härteren Klima-Verordnungen - um zukünftigen Generationen das Weiterleben zu ermöglichen. Dafür dürfen dann auch

"selbst gravierende Freiheitseinbußen zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und verfassungsrechtlich gerechtfertigt sein".

Ein Freibrief für eine schwarz-links-grüne Koalition nach der Bundestagswahl, um nahtlos an die "Corona-Freiheitsbeschränkungen" anschließen zu können. ...

Für das Urteil bedankten sich auch brav die Regierenden - die Annalena mit Anhang freute es. Wie der frühere Hamburger Umweltsenator Fritz Vahrenholt (SPD) feststellte, sind ganze Passagen des Urteils bereits fünf Monate vorher in einem Grünen-Papier aufgetaucht.

Zufall? Unwahrscheinlich!

Um so unwahrscheinlicher, wenn man weiß, daß die Verfassungsrichterin Gabriele Britz, die maßgeblich an dem Urteil mitgewirkt hat, die Ehefrau des Frankfurter Grünen-Politikers Bastian Bergerhoff ist. Auf dessen Website erschienen bereits im Dezember 2020 Feststellungen und Formulierungen zum Klimaschutz, wie sie jetzt in der Urteilsbegründung wiederzufinden sind.

Frau Britz hielt es auch nicht für nötig, wie man es von einem korrekten Richter erwarten müßte, Gegenargumente in das Verfahren einfließen zu lassen. Es drängt sich so der Verdacht auf, daß Frau Britz und ihr Gatte, verbunden durch Tisch und Bett, in heimeliger Runde zu Hause bei Chips und Bier das Urteil gemeinsam ausgekaspert haben könnten.

Nein, wir berichtigen uns, nicht ausgekaspert, sondern konspirativ zum Schaden des deutschen Volkes, unter dem Deckmantel der Rechtsstaatlichkeit, ein Urteil herbeigeführt haben könnten, daß uns nicht nur hunderte von Milliarden Euro kosten wird, sondern auch massiv in das Leben der Menschen eingreifen wird.

Aber wenn man glaubt, es geht nicht schlimmer, wird man eines Schlechteren belehrt:

Am 21.7.2021 wurde vor dem Bundesverfassungsgericht die Klage der AfD Betreff Merksels "Intervention" bei der Wahl des thüringischen Ministerpräsidenten Thomas Kemmerich (FDP) verhandelt. (Das Urteil wird erst in den nächsten Monaten verkündet.)

Und was macht Frau Merkel? Sie lädt die Verfassungsrichter am 30.6.2021 zu einem geselligen Abendessen ins Kanzleramt ein. In gemütlicher Runde bei gutem Essen und gepflegten Weinen läßt es sich gut plaudern - so von Kanzlerin zu (unabhängigen?) Juristen.

In jeder funktionierenden Demokratie wäre der Aufschrei der "vierten Macht" im Staat, den Medien, unüberhörbar - nicht so in dieser Republik. Aber so ist das eben, der Verfall geht schleichend vonstatten und nicht mit einem großen Rums!"

Der ganze Artikel in der UN-Ausgabe 09/2021

[<<http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/UN-Ausgaben/2021/9-21/2021-09-3.php](http://www.fk-un.de/UN-Nachrichten/UN-Ausgaben/2021/9-21/2021-09-3.php)

29.09.2021

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 29. September 2021 (x1.121/...): >>Der vormundtschaftliche Staat - Von der Notwendigkeit, seine Allmacht zu brechen

"Staat heißt das kälteste aller kalten Ungeheuer. Kalt lügt es auch; und diese Lüge kriecht aus seinem Munde: Ich, der Staat, bin das Volk."

(Friedrich Nietzsche: Also sprach Zarathustra)

Nietzsche hatte den bestehenden Obrigkeitsstaat im Auge, der seit dem Absolutismus alle Lebensbereiche unter seine Regelungswut gebracht und den freien Menschen bis heute - auch hinter demokratischer Fassade - zum Befehlsempfänger unter dem Vorwand gemacht hat, daß er die Interessen des Volkes vertrete. Natürlich meinte Nietzsche nicht, daß es keines Staates bedürfe, aber nicht eines solchen, der als gigantischer kalter Machtapparat von einer "Elite" benutzt wird, um den Menschen überall ihren Willen aufzuzwingen.

Der heutige Einheitsstaat, der reglementierend alles gesellschaftliche Leben umfaßt, thront - ob als Monarchie, Republik oder Diktatur - beherrschend über den Menschen. Alle Kriege, vor allem auch die beiden fürchterlichen Weltkriege, sind nicht von den Völkern, sondern aus

verborgenen Absichten immer von den Staatsführungen ausgegangen, d.h. von der die Macht ausübenden Politikerkaste. Und stets mußten die Medien, das Erziehungssystem, die Wissenschaften, die Kulturschaffenden, kurz, das Geistesleben so wie natürlich auch das gesamte Wirtschaftsleben den Herrschenden, die den Staatsapparat in der Hand haben, vollkommen dienstbar sein.

Die Knechtschaft des Geistes

Die jetzige Corona-Plandemie hat die Allmacht des Staates und mit ihr die nahezu grenzenlose Willkür einer ihn beherrschenden kleinen Clique im Exzeß an den Tag gebracht. Drastisch wurde offenbar, wie die Wissenschaftler alles andere als frei sind und nicht nur in staatlichen Hochschulen, Instituten und Ämtern in ihrer Anstellung, Beförderung und finanziellen Ausstattung persönlich vom Staat abhängig sind, sondern dadurch auch in ihrer wissenschaftlichen Ausrichtung von staatlichen Erwartungen, Interessen und Vorgaben beeinflusst und zu Wohlverhalten veranlaßt werden. Was der Volksmund unmittelbar auf den Punkt bringt: "Wes Brot ich ess', des Lied ich sing."

Es ist eine grundsätzliche Illusion zu meinen, der Staat müsse einen neutralen Arbeitsrahmen finanzieren, in dem dann freies wissenschaftliches Arbeiten möglich sei. Die Wissenschaftler sind immer mehr oder weniger abhängig und können ihre Wissenschaft nicht völlig frei, nur an der Sache selbst orientiert entfalten. Die Wissenschaften werden innerlich korrumpiert, wenn sie nicht ganz aus ihren eigenen Intentionen der objektiven Wahrheitsfindung entwickelt werden können. Schon mit einer offenen Kritik an bestehenden Verhältnissen gefährden die Wissenschaftler ihre Karriere. Es spricht eine deutliche Sprache, daß dies nur Wissenschaftler wagen, die bereits im Ruhestand sind oder kurz davor - von ganz wenigen mutigen Ausnahmen abgesehen.

In der Corona-Plandemie haben wir drastisch erlebt, wie die Wissenschaften für die totalitären staatlichen Maßnahmen instrumentalisiert werden. Eine allseitige wissenschaftliche Diskussion, wie sie notwendig gewesen wäre, wurde verhindert. Zu Wort kamen nur Wissenschaftler aus staatlichen Gesundheits-Instituten wie dem Robert-Koch-Institut und dem Paul-Ehrlich-Institut, die beide dem Bundesgesundheits-Ministerium unterstehen und von vorneherein weisungsgebunden sind, oder Wissenschaftler staatlicher Hochschulen, die sich an die geistige Prostitution zugunsten der eigenen Karriere gewöhnt haben.

Trotz alledem mutige oder anderweit unabhängige Wissenschaftler, die den medial verbreiteten offiziellen Theorien widersprachen, wurden ignoriert, diskreditiert oder gar mit Hausdurchsuchungen verfolgt.

Es geht den Herrschenden, welche die staatlichen Machtstrukturen okkupiert haben, nicht um die Wahrheit, sondern um das Erreichen bestimmter politischer Ziele, für die sie in die angebliche Freiheit der Wissenschaft skrupellos eingreifen und sie für ihre Zwecke mißbrauchen.

Wir erleben, wie in der erfundenen Corona-Krise das gesamte staatliche Schulsystem mit Zwangsmaßnahmen überzogen wird, durch die im Grunde ein regelrechter systematischer Kindesmißbrauch stattfindet, mit schweren körperlichen und vor allem auch seelischen Schädigungen für das Leben. Das ist jedoch nur der Exzeß dessen, was über staatliche Lehrpläne sowieso ständig an befohlener Indoktrination im Interesse der Herrschenden geschieht. Die Hoheit des Staates über das Bildungssystem dient nicht der allgemeinen Bildung zum freien, selbst erkennenden und sich selbst bestimmenden Menschen, sondern der permanenten Abrichtung auf staatliche und wirtschaftliche Interessen.

Auch die Theater, Opernhäuser und Filmproduktionen sind entweder staatlich oder von staatlicher Finanzierung abhängig und versagen weitgehend als kritische geistige Korrektur der Herrschenden. So konnte auch bei ihrer Corona-Lahmlegung außer einem kurzen satirischen Protest einiger Künstler von dort kein nennenswerter Widerstand gegen den omnipotenten Staat erfolgen, von dessen Gnade alle abhängig sind.

Eine besonders verheerende Rolle spielen - nicht erst in der Corona-Krise - die Medien, die zum Kulturleben gehören und angeblich frei sind, aber zum wütesten Propaganda-Instrument des Staates gemacht wurden. Es sind nicht nur die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, die von vorneherein den Interessen der herrschenden Parteien dienen, die Urteilsfähigkeit der Bürger ausschalten und dazu das Volk durch Zwangsbeiträge an Lautsprecher und Glotze binden.

Auch die Zeitungen sind Transporteure und Prediger der offiziellen politischen Doktrin, da die führenden Journalisten zusammen mit den führenden Politikern in transatlantischen Gesellschaften wie Atlantik-Brücke, Aspen-Institut, Deutsche Atlantische Gesellschaft usw. auf die Schienen der US- und Nato-Außenpolitik gesetzt werden.

Das gesamte Kulturleben befindet sich in einer furchtbaren politisch-staatlichen Versklavung. Man darf nicht glauben, daß dies durch einzelne organisatorische Korrekturen und durch anständigere Menschen, wirkliche Demokraten etc. zu beheben sei. Es handelt sich um ein grundsätzliches, strukturelles Problem des überkommenen nationalen Einheitsstaates.

Die Rolle der Wirtschaft

Auch die Verflechtungen von Staat und Wirtschaft sind vielfältig. Zum einen beansprucht der Staat auch hier die Kompetenz, per Gesetz inhaltlich regelnd in das Handeln der dort fachkundig tätigen Menschen einzugreifen. Das Geldsystem, das dem wirtschaftlichen Austausch dient und daher eine Sache des Wirtschaftslebens ist, hat er schon von vorneherein in seine obrigkeitliche Regelung übernommen, wodurch bereits tiefgehende Herrschaftsverhältnisse vorbestimmt sind. Zum anderen agiert er wie z.B. mit den gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen-, und Rentenversicherungen noch immer selbst als Wirtschaftsunternehmer, der aber von oben die Bedingungen bestimmt.

Schließlich haben heute die großen Kapitalgesellschaften eine solche wirtschaftliche und gesellschaftliche Macht, daß die Vertreter der politischen Parteien längst von ihnen abhängig sind und mehr oder weniger diktiert bekommen, wie die Gesetze in deren Interesse auszusehen haben.

Das Wesen des heutigen nationalen Einheitsstaates

Der heutige Staat hat seine Wurzeln im Absolutismus. Was in Italien in der Renaissancezeit unter dem Einfluß Machiavellis (1469-1527), der seine Theorie vom Staat auf den Egoismus gründete, mehr punktuell als neuer Machtstaat begonnen hatte, wurde in Frankreich in systematischer und planmäßiger Weise auf breiterem Boden ausgebaut. Es erreichte seinen Höhepunkt im Absolutismus Ludwig XIV. (1643-1715). Dessen Egoismus steigerte sich in einem solchen Maße, daß sich sein Ich gleichsam zu einer eingebildeten "Sonne" aufblähte, die alles im Staate beschien, das gesamte Leben des Volkes, die Kultur und das merkantilistische Wirtschaftsleben umschloß, für die eigene Macht instrumentalisierte und zentral lenkte.

Es wurde so eine hierarchische bürokratische Staatsmaschinerie geschaffen, in die der einzelne Mensch hilflos eingegliedert war. Der König an der Spitze und seine Beamten saßen an den Schaltstellen dieses riesigen Herrschaftsapparates, der ein perfektes Instrument für ihn war, alle anderen Menschen mit unausweichlicher Gewalt seiner persönlichen Macht suchte zu unterwerfen. Die Französische Revolution von 1789 fegte zwar diese absolute Fürstenherrschaft hinweg und übernahm von England die Idee der parlamentarischen Demokratie, durch welche die Macht auf die ganze Bevölkerung - repräsentiert durch ihre gewählten Vertreter - übergehen sollte.

Aber der vom Absolutismus übernommene Machtapparat blieb nicht nur bestehen, sondern wurde im weiteren geschichtlichen Verlauf noch weiter perfektioniert.

Im Impuls der Demokratie machte sich die berechtigte Forderung der Individualität geltend, die Gesetze sich nicht von oben diktieren zu lassen, sondern bei der Entstehung des Rechts mitzuwirken. Die Rechtsorganisation, der Staat, nahm aber eine Allzuständigkeit für das Kul-

tur- und das Wirtschaftsleben in Anspruch, die er durch Gesetze inhaltlich reglementierte. Dadurch wurden in das Recht, das nur die Beziehungen zwischen den einander gleichberechtigten Menschen zu regeln hat, Vorschriften zur Lebensgestaltung aufgenommen, die kein Recht, sondern Bevormundungen der sachkundig im Wirtschafts- und Kulturleben wirkenden mündigen Menschen, also Unrecht sind.

Das führte dazu, daß der Impuls der Selbstbestimmung sich noch in der Debatte der Abgeordneten artikulieren kann, im Moment der Abstimmung aber ausgeschaltet wird, denn damit sind alle gleichermaßen an die daraus folgenden inhaltlichen Regelungen gebunden und müssen - von außen bestimmt - nach ihnen handeln. Aus dem Streben des Individuums nach Selbst- und Mitbestimmung entstanden, führt der Parlamentarismus in der Abstimmung über inhaltliche Fragen des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens zu ihrer Vernichtung. Die Abstimmung im Parlament geht hier aus der Geltendmachung der Persönlichkeit hervor und endet mit ihrer Auslöschung.

Im Geistes- und im Wirtschaftsleben darf es keine gesetzgebenden Körperschaften geben, die per Abstimmung "von oben" reglementieren, sondern nur horizontale Beratungs- und Kooperationsorgane freier und solidarisch einander zugewandter Bürger.

Nur auf dem Gebiete des Rechts selbst ist der gesetzgebende Parlamentarismus berechtigt, denn Fragen des gerechten Verhaltens untereinander, des Schutzes des inneren und äußeren Friedens, können nicht vom Einzelnen, sondern nur durch gemeinsam vereinbarte Regeln aller gelöst werden. Sie sind es, welche die Bildung einer Gemeinschaft als Staat erst nötig machen und ihm konstitutiv zugrunde liegen. Hier ist auch jeder Mündige urteilsfähig.

Wenn sich die Gesetze darauf beschränken, den rechtlichen Rahmen für die inhaltliche Tätigkeit der Menschen im Kultur- und im Wirtschaftsleben zu bilden, wird durch sie die Freiheit und Selbstbestimmung nicht ausgeschaltet, sondern gerade ermöglicht. Und das Gewaltmonopol der Justiz und Polizei dient nicht der Macht über Menschen, sondern ihrem Schutz vor denen, die in die körperliche oder seelische Integrität anderer gewaltsam eingreifen.

Die Geschichte der Neuzeit ist gekennzeichnet durch den Kampf der Kräfte des Egoismus um den Staat als Instrument der Gewalt. Ob absoluter Fürstenstaat, konstitutionelle Monarchie oder demokratische Republik - der Staat wächst als zentralistisches, bürokratisches Riesengebilde, als hierarchischer Befehlsmechanismus, der sich über alle Lebensgebiete legt, immer mehr ins Gigantische, nimmt immer gewaltigere, erdrückendere Ausmaße an. Hand in Hand damit geht "die Atomisierung der Untertanen oder Staatsbürger zu einer homogenen Masse von Individuen, die man ... von außen her durch abstrakte Gesetze zusammenhält."

Der Einheitsstaat wird ein immer perfekteres Instrument in den Händen derjenigen, die an den Schaltstellen sitzen - gleichgültig wie "demokratisch" sie sich zu legitimieren suchen -, um die Masse der Menschen mit direkter oder indirekter Gewalt nach ihrem Willen zu formen und zu lenken.

Mit der Gewalt, die den Mitmenschen überwältigt, handelt noch nicht der Mensch, sondern das Tier in ihm. Das wird schon im innenpolitischen Kampf um die Macht sichtbar. Der peruanische Nobelpreisträger für Literatur Mario Vargas Llosa, der 1987 als Präsidentschaftskandidat für drei Jahre in die Politik ging, schilderte seine Erfahrungen so:

"Sie können die hehrsten Ideen haben, aber sobald es an deren Verwirklichung geht, sind Sie Intrigen, Verschwörungen, Paranoia, Verrat und Abgründen an Schmutz und Niedertracht ausgesetzt. Wenn ich eins über den Morbus der Politik gelernt habe, dann dies: Der Kampf um die Macht lockt die Bestie in uns hervor. Was den Berufspolitiker wirklich erregt und antreibt, ist das maßlose Verlangen nach Macht. Wer diese Obsession nicht hat, wird der kleintlichen und trivialen Praxis der Politik angeekelt den Rücken zukehren."

Die Möglichkeit der Machtausübung zieht die egoistischen Machtnaturen an, und so sorgt der "demokratische" Einheitsstaat für die Auslese der Schlechtesten. Haben sie die Herrschaft

über den Staatsapparat errungen, weitet sich ihr Ego ebenso besitzergreifend wie bei Ludwig XIV. über den Staat aus. Der Staat gehört ihnen. Die Rekrutierungsorganisationen dieses Menschenschlages werden zu "staatstragenden Parteien", die sich den Staat zur Beute gemacht haben.

Existentielle Notwendigkeiten

Solange dieser gewaltige Machtstaat, der alles unter sich faßt, in dieser Gestalt fortbesteht, wird es keine Besserung geben, im Gegenteil werden durch die neuen elektronischen Möglichkeiten Unterdrückung und Überwachung des Menschen, also der totalitäre Niedergang des gesamten menschlichen Lebens, Chaos und Katastrophen immer mehr zunehmen - mit unabsehbaren Folgen.

Abhängigkeit, Manipulation und Versklavung und damit die Ausschaltung der freien Individualität sind nur zu verhindern, wenn das Kultur- oder Geistesleben mit seinem Kern, dem Bildungswesen, sowie das Wirtschaftsleben vollständig aus dem Staat herausgelöst und ihm in je eigenen selbstverwalteten Organisationen gleichwertig gegenübergestellt werden. Damit würde der Staat selbst auf das Festlegen und Hüten des für alle geltenden reinen Rechts reduziert und so einen rechtlichen Rahmen bilden, in dem sich das ganze Leben zu bewegen hat. Nicht aber dürfte er inhaltlich in die verschiedenen Lebensgebiete eingreifen, so wie auch das Geistes- und das Wirtschaftsleben nicht in den anderen Bereich und nicht in das staatliche Rechtsleben bestimmend eingreifen dürfen.

Der soziale Organismus

Der Mensch ist ein Organismus. Aber auch die menschliche Gesellschaft bildet einen Organismus, der gleichsam ein Abbild des individuellen Organismus des Menschen darstellt. Indem der Mensch mit anderen Menschen in Beziehung tritt, erweitert er sein Leben über seinen individuellen Organismus hinaus in ein soziales Beziehungsgefüge, gleichsam in einen sozialen Organismus. Dieser wird ihm in dem Maße optimale Entfaltungsmöglichkeiten bieten, indem der individuelle Organismus sozusagen in den Gliedern des sozialen Organismus seine nach außen projizierte Fortsetzung findet.

Der leibliche Organismus des Menschen wird in seinen Funktionen nicht vom Kopf zentral gesteuert. Im Kopf sind nur die Nerven-Sinnes-Funktionen konzentriert, in Bauch und Gliedmaßen die Stoffwechsel- und davon impulsierten Bewegungsorgane und in der Brust - wie vermittelnd - die rhythmisch pulsierenden Organe der Lunge und des Herzens. Jedes System hat seine eigenen Funktionsbedingungen und arbeitet in einer relativen Selbständigkeit; erst das Zusammenwirken aller drei Funktionssysteme ergibt den ganzen Organismus. Wenn das Gehirn die Verdauungs-Funktionen des Darmes oder die Lunge Nervenfunktionen übernehme, würde der Organismus krank werden.

Jedes Funktionssystem muß sich ungehindert von den anderen entfalten können, dann entsteht gerade dadurch im Zusammenwirken ein gesunder Organismus, in dem jedes System das andere ermöglicht und stützt.

So darf auch der soziale Organismus nicht von einem System, dem staatlichen Rechtsleben, zentral gesteuert werden. Das Recht regelt nur die gerechten Verhältnisse und Beziehungen zwischen den einander gleichberechtigten Menschen, und der Staat sorgt so für innere und äußere Sicherheit seiner Bürger. Im Geistes- oder Kulturleben geht es ganz unabhängig davon jedoch um das individuelle freie Streben, in Wissenschaft, Technik, Kunst und Religion die natürlichen Verhältnisse nach darüber hinausführenden Ideen zu verändern. Und das Wirtschaftsleben sucht in der Produktion von Waren, ihrer Verteilung und ihrem Verbrauch durch die Konsumenten deren Bedürfnisse zu befriedigen.

Wenn der Staat hier steuernd eingreift, trägt er seine ihm eigentümlichen Rechtsprinzipien in die anderen Gebiete hinein und verdrängt und schädigt deren Funktionsweisen, die ganz eigene fachliche Kenntnisse erfordern. Wirkt der Staat inhaltlich regulierend in das Geistes- oder

Wirtschaftsleben hinein, wird der soziale Organismus krank.

Jedes soziale Funktionssystem muß sich ungehindert von den anderen entfalten können. Dann können gerade dadurch erst seine Früchte den anderen zugutekommen und alle drei zusammen einen gesunden sozialen Organismus ergeben.

Krankheitsprozesse im sozialen Organismus

Das Stoffwechselsystem sorgt für die Ernährung des menschlichen Organismus, für die ständige Zufuhr neuer aufbauender Kräfte. Das Ernährungssystem für den sozialen Organismus ist aber nicht das Wirtschaftsleben, wie man kurzschlüssig meinen könnte, sondern das Geistesleben. Die Wirtschaft sorgt nur für den Erhalt der leiblichen Existenz der Menschen, was sie prinzipiell noch nicht von der Tierwelt unterscheidet.

Doch das Kultur- oder Geistesleben führt dem sozialen Organismus die eigentlich menschlichen Entwicklungskräfte zu und prägt ihm den qualitativen Stempel auf. Und die aus allen kulturellen Gebieten des Geisteslebens hervorgehenden Ideen sind es, die idealerweise sowohl dem Rechts- wie auch dem Wirtschaftssystem ständig erhaltende, sowie erneuernde, innovative Ideen zukommen lassen.

Was wäre die Wirtschaft ohne das Schul- und Hochschulsystem, in dem die benötigten Fähigkeiten ausgebildet werden, in dem betriebs- und volkswirtschaftliche Ordnungs- und Rationalisierungs-Prinzipien sowie technische Systeme und Maschinen entwickelt werden. Was wäre das staatliche Parlament ohne die religiösen, ethischen und rechtswissenschaftlichen Errungenschaften von Ideen der Moral und des Rechts, die in die praktische Gesetzgebung einfließen.

Wenn aber die Wirtschaft und der Staat das Bildungssystem und die Kultur weitgehend bestimmen, werden diese für deren gegenwärtige Interessen instrumentalisiert, auf den Erhalt und die Konservierung des Bestehenden abgerichtet und ihnen alle Erneuerungskräfte genommen, die sie nur in der Freiheit ihres eigenen Wirkens aus sich selbst heraus entwickeln können.

Dies kann nur durch die organisatorische Dreigliederung des sozialen Organismus verhindert werden, in der jedes soziale Funktionssystem eine relative selbstverwaltete Unabhängigkeit hat, worauf Rudolf Steiner erstmals 1919 eindringlich hinwies. Diese Dreigliederung ist keine ausgedachte Theorie, nach der das gesellschaftliche Leben von außen zu ordnen wäre. Die Dreigliederung der Gesellschaft in diese drei Bereiche besteht bereits, sie ist in der Wirklichkeit vorhanden. Sie wird nur durch den Moloch Staat, wie er sich aus dem Absolutismus bis heute entwickelt hat, zugedeckt und in ihrer fruchtbaren Entfaltung gehindert.

Und diese Hindernisse zu beseitigen, darauf kommt jetzt alles an. Es ist nicht mehr die Zeit für kleine Korrekturen und Reparaturen, wenn die Entwicklung des Menschen zur freien, sich und ihr Leben aus eigener Erkenntnis bestimmenden Individualität vor dem Ansturm des Totalitarismus gerettet werden soll. Denn dieser ist nur durch den derzeitigen umfassenden Machtstaat möglich, der bereits zu dem kalten Ungeheuer herangewachsen ist, das der seelische Seismograph Friedrich Nietzsche skizziert hat.

Ich weiß, da bleiben viele Fragen der Durchführung offen. Doch es geht zunächst darum, die aus der gesellschaftlichen Situation sich mit Konsequenz ergebende Notwendigkeit der Dreigliederung der Gesellschaft einzusehen. Erkennt eine ausreichend große Zahl von Menschen, daß diese drängende Idee in der Wirklichkeit gegründet ist, werden sich auch Wille und Wege finden, ihre Realisierung anzustreben und voranzutreiben.

Man muß sich klar sein: Ohne den omnipotenten Staat zu entflechten und die Gesellschaft organisatorisch in ihre drei Lebensbereiche zu gliedern, die relativ unabhängig voneinander arbeiten und sich wechselseitig befruchten, wird dieses antimenschliche Gebilde immer weiter in die machtpolitische Brutalität und Barbarei absinken.<<

01.10.2021

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Oktober 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>>Betreff: Abschaltung der letzten noch in Betrieb befindlichen sechs deutschen Kernkraftwerke bis zum 31. Dezember 2022

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 3 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Die letzten noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke in Deutschland sind derzeit:

Kernkraftwerk Gundremmingen C (Bayern), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Grohnde (Niedersachsen), Laufzeit: 1985 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Brokdorf (Schleswig Holstein), Laufzeit: 1986 bis zum 31. Dezember 2021.

Kernkraftwerk Emsland (Niedersachsen), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Neckarwestheim 2 (Baden Württemberg), Laufzeit: 1989 bis zum 31. Dezember 2022.

Kernkraftwerk Isar 2 (Bayern), Laufzeit: 1988 bis zum 31. Dezember 2022.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 6 Kernkraftwerke sind derzeit strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr laufen). Aufgrund fehlender Energiespeicher werden die stets zur Verfügung stehenden riesigen Kraftwerke (6 KKW mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt) gegenwärtig immer häufiger eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

Ab 2023 stehen nur noch Kohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 MW (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage von rund 83.000 MW) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung. **In der Bundesrepublik Deutschland fehlen deshalb zukünftig ständig etwa 50.000 Megawatt Strom.**

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Grund- und Mittellaststromerzeugung geradezu verbrecherisch, denn eine im Winter typische längere Dunkelflaute ohne Wind und Sonne sowie 5-10 Grad Kälte genügen bereits, um einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 droht zum Beispiel in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von Radioaktivität.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden.

Wenn die Kühlpumpen der Abklingbecken wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, kommt es zwangsläufig zum gefürchteten Super-Gau. Infolge der Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen würden große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete unserer Nachbarländer unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen muß endlich gerichtlich geprüft werden, ob die angeordneten Maßnahmen der Bundesregierung tatsächlich mit dem Grundgesetz vereinbar sind.

Nach den Grundsätzen des Rechtsstaates darf der Bundesgerichtshof die gemeingefährlichen Folgen der staatlich angeordneten Energiewende nicht weiterhin ignorieren, sondern ist von

Amts wegen verpflichtet, alle Maßnahmen zu prüfen, die die Sicherheit, die Gesundheit und das Leben der Menschen gefährden sowie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland und unserer europäischen Nachbarn bedrohen können.

Hiermit ich alle gewählten Volksvertreter, die Bevölkerung über die tödlichen Gefahren der sogenannten Energiewende zu informieren, denn es bleibt nicht mehr viel Zeit, um unsere Bevölkerung und unsere Nachbarn vor dem drohenden Untergang zu bewahren. ...<<

02.10.2021

BRD: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 2. Oktober 2021 (x1.079/...): >>Wie es zum IPCC kam - Die Geburt einer genialen Idee

von Klaus Peter Krause

Nur dumm, daß sie die Menschen ausbeuten soll - Wie die Geschäftsidee mit der Klimaschutzpolitik entstanden ist - Der Insider und Zeuge Hartmut Bachmann - Fritz Vahrenholt: Wir haben keinen Klimanotstand

Sie haben genug von dieser Klimaschutzpolitik? Wollen mit ihr nicht noch mehr traktiert werden? Kann ich verstehen. Dann lesen Sie jetzt nicht weiter. Sollte es aber neu für Sie sein, wie es zu dieser Politik gekommen ist und wie sie inszeniert wurde, dann ist das Folgende für Sie vielleicht doch wissens- und lesenswert. Denn gerade (29. November) agitieren schon wieder die irreführten jugendlichen "Klimaschützer" der Freitage-für-Zukunft-Bewegung, und das EU-Parlament, das es besser wissen müßte, hat in einer Resolution den "Klimanotstand" ausgerufen - sie alle verrückt geworden durch eine geniale Geschäftsidee, die andere eiskalt erdacht haben und menschenverachtend betreiben.

Hartmut Bachmann und sein Buch *Die Lüge von der Klimakatastrophe*

Hartmut Bachmann lernte ich 2003 in Frankfurt kennen. Er machte mich mit der Klimaschutzlügerei vertraut. Wir trafen uns damals im Hotel Frankfurter Hof. Ich war, weil 65 geworden, aus der FAZ-Redaktion schon ausgeschieden, aber bis Ende 2003 noch Geschäftsführer der Fazit-Stiftung (Eigentümerin der FAZ GmbH). Bachmann hatte damals ein Buch mit dem Titel *Die Reformverhinderer* geschrieben*), das ich am 10. November 2003 in der FAZ vorgestellt habe (hier). 2007 folgte das Buch *Die Lüge von der Klimakatastrophe***) Dieses Buch wird demnächst überarbeitet in 7. Auflage im Frieling-Verlag (Berlin) erscheinen ...

Ein bewegtes Leben

Hartmut Bachmann (Jahrgang 1924) hat ein bewegtes Leben hinter sich. Aufgewachsen ist er auf dem Gut des Großvaters am Rande Berlins. Das Gutsgebäude, ein Schloß, haben schon die Nazis enteignet, sie brauchten es als Gästehaus. Den Zweiten Weltkrieg mitmachen mußte Bachmann von Mitte 1942 an. Als Jagdflieger überstand er ihn. Auch Segelflieger ist er gewesen. Fünf Jahre lang hat er Meteorologie und Aerodynamik studiert.

Nach dem Krieg absolvierte er auch ein Studium an der Hochschule für Politik in Berlin, ließ sich ausbilden zum Molkereifachmann, war leitend in der Milchwirtschaft tätig, gründete Unternehmen in der Schweiz und den USA, war in Amerika Vorstandsvorsitzender (CEO) eines Klimageräteherstellers, später auch Aufsichtsratsvorsitzender und Präsident eines amerikanischen Wirtschaftsinstituts.

Wikipedia nennt ihn korrekt einen deutschen Manager und Wirtschaftspublizisten, verleumdet ihn aber als "Klimawandelleugner" und Verschwörungstheoretiker, was er beides nicht ist. Lesen Sie daher lieber das, was Bachmann unterhaltsamer über sich selbst schreibt (hier).

Das allergrößte, je von Menschen erdachte Geschäft

Jenes amerikanische Wirtschaftsinstitut beschäftigte sich nach Bachmanns Darstellung mit den Auswirkungen von Wirtschaftsblöcken auf die Einzelvölker. Er schreibt: "In diesen meinen Aufgaben war ich präsent bei zahlreichen Meetings und Verhandlungen in den USA, welche die Geburt des IPCC, des späteren Weltklimarates zur Folge hatten. So kam ich dort

an, wo im großen Amerika, in den USA, der größten Wirtschaftsmacht der Erde, beschlossen wurde, das allergrößte von Menschenhirn je erdachte Geschäft, das "Geschäft mit der Klimakatastrophe" vorzubereiten."

Diese Kurz-Vita war vorauszuschicken, um zu zeigen, daß Bachmann kein Spinner ist. Und jetzt zitiere ich Hartmut Bachmann im Wortlaut, wie er in den USA das Entstehen der Geschäftsidee Klimaschutzpolitik miterlebt hat (An- und Abführungszeichen lasse ich weg, Schreibfehler habe ich korrigiert). Es stammt aus Bachmanns Brief mit Datum vom 10. März 2012 an Prof. Dr. Jochem Marotzke, der seit 2003 Direktor und Wissenschaftliches Mitglied am Max-Planck-Institut für Meteorologie in Hamburg ist.***) Beantwortet hat Marotzke den Brief nicht. Hier Bachmanns authentische Darstellung:

US-Senator Al Gore 1986 und ein Gespräch zwischen Rudolf Augstein und Bachmann

Wir befinden uns im Jahre 1986. Die USA werden regiert von Ronald Reagan. Ein bekannter und wichtiger Abgeordneter im Repräsentantenhaus ist Al Gore (AG). Er vertritt den Bundesstaat Tennessee. AG verfügte über außerordentliche Beziehungen zu Wirtschaft und Finanzen. Sonst wäre er auch nicht Senator der USA geworden. Seine Zukunft (zum Geldmachen) sah er in aktiver Beteiligung am modernen Umweltschutz.

Am 11. August 1986 schickte Rudolf Augstein (RA) sein international bekanntes Magazin DER SPIEGEL auf die Weltreise. Titelbild und Bericht über den Untergang des Kölner Doms im Nordseewasser beinhalteten den Schocker über die anstehende "Klimakatastrophe".

Am 11. September 1986 telefonierte ich mit RA. Das Gespräch beinhaltete:

Ich: "Was hast Du Dir denn dabei gedacht?"

Augstein: "Aufwecken, munter machen."

Ich: "Und Angst machen".

Augstein: "Ohne Angst der Massen, keine Bewegung der Massen."

Al Gore inszeniert eine Anhörung vor dem US-Kongreß zur Klimasituation

Gores Bestrebungen gingen dahin, ein politisches Instrument zu schaffen, um mehr staatlich unterfütterten Einfluß zur Bekämpfung der fiktiven Klimakatastrophe zu erlangen. Ein solches Arrangement sollte über seine Beziehungen ein Instrument werden, das ihm Einkommen entsprechender Größenordnung für lange Zeit gewährt. Dazu mußte das Thema Umwelt-Klima nationalisiert werden.

Ablauf: Gore inspirierte James Hansen (JH), Direktor des "Goddard Institute for Space Studies" (GISS) in New York und Freund von ihm, seinen Einfluß als DER Klimaexperte der USA geltend zu machen. Der Plan: Eine Anhörung vor dem Kongreß zur Frage "Hat die Klimasituation Einfluß auf die Entwicklung der USA?" Colorados Senator Tim Wirth (TW), Freund von James Hansen, nimmt die Angelegenheit in die Hand.

Eine heiße Anhörung 1988 mit absichtsvoll ausgeschalteter Klimaanlage

Zur Anhörung vor dem Kongreß in Washington, die mir rechtzeitig annonciert wurde, fliege ich mit einem Freund von Fort Lauderdale am 22. Juni 1988 nach Washington National Airport. Am nächsten Tage soll das "Open Hearing", die Anhörung von Hansen, sein. Das Meeting selbst, vor den Senatoren der USA, ist keine Sensation. Gore und Tim Wirth sind anwesend. Der Sitzungssaal ist stickig und unglaublich warm und keine AC (Air Condition) funktioniert. Es sind die extra ausgesucht heißesten Tage des Jahres.

Entsprechend lethargisch ist die Beteiligung und Befragung von Hansen. Hansen spult seinen Vortrag ab. Wie ich später von meinem Freund T. C. (Chefpilot der Air Force One) erfahre, wurde vor dem Hearing zwischen Al Gore und Tim Wirth vereinbart und angeordnet, alle ACs abzuschalten. Dies, damit die Anwesenden möglichst keinen Appetit auf Sitzungsverlängerung durch unangenehme Fragen entwickeln und Hansen ins Stottern geraten würde.

Die beiden politischen Aufgaben für das spätere IPCC

T. C. und ich, wir flogen am Wochenende nach Nassau zum Motorbootrennen. Dort erfuhr ich

von ihm, der vorher Al Gore und James Hansen nach New York zurückflog, über die Hintergründe der "funktionsunfähigen" Lüftungsanlage im Sitzungssaal. Als Ergebnis des Hearings wird von der Regierung angeordnet, die derzeitigen und künftigen Forschungsergebnisse zum Klima bei UNEP zu konzentrieren.

UNEP ist der Umweltarm der UNO und wurde damals von den Rockefeller und ihrem Intimus und Finanz-Genie Maurice Strong, der wiederum bestens befreundet mit Al Gore war und meines Wissens noch heute Vorstand der Rockefeller Stiftung ist, geleitet. Es wird beschlossen, eine seitwärts der UNEP agierende neue Organisation, das spätere IPCC, zu schaffen. Die Organisation erhält, von Al Gore und Maurice Strong erarbeitet, zwei politische Aufgaben: Festzustellen, daß die Erde einer Klimakatastrophe entgegenggeht und, daß die Klimakatastrophe Mensch-gemacht ist.

Passagen im IPCC-Bericht von 1997, die den menschlichen Einfluß auf das Klima verneinen, wurden entfernt

Bert Bolin, ein Vetter von mir, wird 1. Präsident des IPCC. IPCC liefert in unregelmäßigen Abständen seine Weltklimaberichte. Diese setzen sich wiederum aus statistischen Unterlagen zusammen, die von vier internationalen Instituten geliefert werden und mit fabrizierten Temperaturskalen und Zubehör gefüttert sind: dem GISS (J. Hansen), dem CRU (Teil der Universität Ostengland unter Phil Jones) und dem ESSC (Michael E. Mann), Director Earth System Science Center der University of Pennsylvania, sowie einem Wachhund der UNEP und des IPCC für Deutschland, dem in Kassel errichteten Klimainstitut (Center for Environmental Systems Research University of Kassel), mit seinem Chef Prof. Joseph Alcamo, langjähriger Mitarbeiter bei UNEP und IPCC, bester Freund von Maurice Strong und Al Gore.

Da der letzte (1997) fertige und unterzeichnete Weltklimabericht vom IPCC eine Reihe von Hinweisen darauf enthielt, daß Passagen, die ausdrücklich einen vom Menschen verursachten Klimawandel verneint hätten, wurden diese Kapitel von Ben Santer entfernt. Der somit im Sinne der Klimahierarchie des IPCC und der Länder gefälschte Weltklimabericht, ging damit als letzter Zustandsbericht des IPCC den Delegationen der Industrienationen, anlässlich der Weltklimakonferenz in Kyoto im Dezember 1997, zu.

Wo man hinfäßt: Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht

Da dieser Bericht gefälscht und somit keine Unterschriften hatte, ordnete Alcamo aus Kassel per e-mail an seine Domestiken in Kyoto das Folgende an: "The media is going to say '1.000 scientists signed' or '150 signed'. No one is going to check if it is 600 with PhDs versus 2.000 without. They will mention the prominent ones, but that is a different story. Conclusion "Forget the screening, forget asking them about their last publication (most will ignore you.) Get those names!" So wurden die Unterschriften von 100en von Menschen erbeten und verwendet, die gerade erreichbar waren. Tellerwäscher aus den Nachbarlokalen, Schuhputzer von nebenan etc. Dieses inszenierten Ihre Kollegen, Herr Marotzke.

Publiziert wurde dies natürlich nicht; genau wie das Desaster mit den Entdeckungen der Fälschungen für den Hockeystick, die Dokumentierung des Inhaltes von über 1.000 e-mails des CRU, voll von Klimadatenfälschungen. Überall, wo man bei der Kombination von Klima und CO2 hinfäßt, Lüge und Betrug. Und alles wird vertuscht. Unter den Tisch. In Gemeinsamkeit beider Institutionen, Medien und Wissenschaft. Wie sagte Popper vor langer Zeit? "Sei ein Experte in Deinem Fach. Dann werden die anderen Dich schützen. Du mußt sie dann natürlich auch schützen".

Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte

Übrigens: Al Gore wurde der erste Karbon-Milliardär. Von jedem CO2-Zertifikat bekam und bekommt er über den Emissionsrechtehandel seine Provision. Bei jeder Bewegung, egal ob vor oder zurück, muß auf Umwegen mit dem Nobelpreisträger abgerechnet werden. Klever,

nicht wahr? Klima - CO2? Um was geht es? Nur um gigantische Geschäfte. Was meinen Sie, wann und von wem es arrangiert und speditiert wurde, daß Griechenland in die EU kam und den Euro nutzen durfte? Wenn Sie erfolgreich schnüffeln, kommen Sie zu den gleichen Figuren, die das IPCC, die UNEP, die Öl- und Baumwoll- und Kupferpreise etc. kontrollieren.

Kein Volk teilt die inszenierte CO2-Angst so wie der deutsche Michel

Jede Menge Energie steht den Winzlingen, den Menschen auf der Erde zur Verfügung. Gerade in Rumänien, im Schwarzen Meer, in Polen im Schiefergebirge, in Mozambique, vor Israel, Vietnam etc. gefunden und annonciert. Weswegen 40.000 oder mehr häßliche Windmühlen? Schleswig-Holstein, Land der Horizonte. Weswegen eine wirtschaftlich total abwegige Solarnutzung? Geld, Geld, Geld. Sir Nicholas Stern, früherer Chefvolkswirt bei der Weltbank und Mitaufbereiter von Geschäften ums Klima + CO2, deswegen auch von der britischen Königin geadelt, forderte 2006 noch 5 Billionen Euro Subventionen (des Bürgers) zur Reparatur des Klimas.

Connie Hedegaard, Klimakommissarin der EU, erhöhte vor wenigen Monaten auf 11 Billionen. Man sieht: Das Geschäft funktioniert. Am besten in Deutschland, denn: Kein Volk der Welt teilt die künstlich inszenierte CO2-Angst so wie der Michel. Machen Sie weiter mit? Beim Geldscheffeln für den Staat? Mittels CO2? Für jeden fürs Klima unnötig rausgeschmissenen Euro. 19 % MwSt Nettooooooooo. Auch nach Kenntnisnahme dessen, wie und wozu IPCC geschaffen wurde? Besser wäre es, Sie eiferten Vahrenholt nach.

Wenn der Staat diktiert, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln

Wenn die Bearbeitung der Bevölkerung zur Akzeptanz eines Diktums komplett in der Hand des Staates liegt, muß in jedem Gehirn die Alarmglocke klingeln. Erstens deswegen, weil ein Staat, dessen hierarchische Strukturen das Gemeinwesen dermaßen verschuldeten, wie geschehen, zum Überleben dieser Strukturen in praxi jeden Euro benötigt, der sich aufreiben läßt. Zweitens, weil in einer solchen Situation "zum Geldkassieren" gelogen wird, daß sich die Balken biegen. Das Instrument, das generell allen verschuldeten sogenannten entwickelten Staaten via UNO, UNEP, IPCC, Abkommen von Kyoto überreicht wurde, nennt sich "Bekämpfung von AGW = Menschgemachte Klimaerwärmung."

Hartmut Bachmann 2011 in einem Vortrag

Soweit der Text, den Hartmut Bachmann an Professor Marotzke 2012 schrieb, um ihn darüber aufzuklären, wie es zu der katastrophalen Klimaschutzpolitik gekommen und wie sie inszeniert worden ist. Ich gebe ihn wieder, um auch andere aufzuklären. Im Vortrag vom 8. November 2011 über "Die Geburt der Klimalüge" können Sie Hartmut Bachmann auch direkt erleben (hier). Auf Bachmann und seine Darstellung vom Entstehen der Klimaschutzpolitik als Geschäftsmodell hat im Februar 2019 auch Urs Gassmann auf seiner Blog-Seite hingewiesen (der ganze Beitrag hier) und so begonnen:

Hartmut Bachmann als Insider und Zeuge

"Alle Welt maßt sich an, das Weltklima zu kontrollieren. Bis es soweit gekommen ist, brauchte es dafür eine massive Propaganda, ein sogenanntes Branding, wie sie nur äußerst starken Financiers möglich ist. Ein Augen- und Ohrenzeuge, Hartmut Bachmann, wurde in falscher Einschätzung seiner Persönlichkeit eingeladen zu einer Konferenz, einberufen durch die US-amerikanische Hochfinanz, wo die Resolution getroffen wurde, mit der Erderwärmung ein Geschäft zu machen.

Dem zum Insider gewordenen Bachmann mißfiel diese Absicht, weshalb er sich zur Aufklärung entschloß. Bachmanns Darstellungen sind durchaus plausibel, doch Gehör bei den zuständigen Schaltstellen findet er nicht. Wikipedia reiht ihn sogar in den Dunstkreis der Verschwörer ein, obwohl er nichts anderes tut, als einen Zeugenbericht abzugeben."

Fritz Vahrenholt: Wir haben keinen Klimanotstand

Es gibt nicht viele Mainstream-Medien, die kritische Stimmen mit Argumenten gegen die

Klimaschutz-Hysterie zu Wort kommen lassen. Das Hamburger Abendblatt zum Beispiel hat es getan und Fritz Vahrenholt interviewt, veröffentlicht am 7. Oktober 2019. Die Überschrift zu diesem Gespräch lautet "Fritz Vahrenholt: Wir haben keinen Klimanotstand". Sie finden das ganze Interview hier. Zitat Bachmann (Züricher Weltwoche vom 2. Juli 2009): "Der einfache Mensch wird stets die einfache Lüge als Wahrheit akzeptieren, hingegen die komplizierte Wahrheit nicht glauben."

*) Hartmut Bachmann: *Die Reformverhinderer. Parteien- und Beamtendiktatur in Deutschland*. Frieling & Partner GmbH, Berlin 2003. 328 Seiten. ...

**) Buch *Die Lüge von der Klimakatastrophe. Das gigantischste Betrugswerk der Neuzeit. Manipulierte Angst als Mittel zur Macht*. Frieling Verlag, Berlin 2007. 254 Seiten. ... ISBN 978-3-8280-2521-9

***) Der Anlaß für das Schreiben von Hartmut Bachmann Professor Marotzke waren dessen Rezensionen des Bachmann- Buches *Die Lüge von der Klimakatastrophe* und "sogar mit gleichem Text" des Buches *Die kalte Sonne* Fritz Vahrenholt. *Warum die Klimakatastrophe nicht stattfindet*. Hoffmann und Campe, Hamburg 2012. ISBN 978-3-455-50250-3. ...<<

03.10.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 3. Oktober 2021 (x1.000/...): >>Holocaust-Überlebende fordern Impfstopp!****

Vor einer zu erwartenden Zulassung des Covid-Impfstoffs in Europa haben Holocaust-Überlebende mit ihren Nachkommen am 25. August 2021 einen Offenen Brief an die Europäische Arzneimittelbehörde EMA übergeben. Darin fordern sie den sofortigen Stopp des Impfprogramms und warnen vor einem weiteren Holocaust noch größeren Ausmaßes. ...

Nachfolgend nun der Brief im Originalwortlaut:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir, die Überlebenden der Greuelthaten, die während des Zweiten Weltkriegs an der Menschheit begangen wurden, fühlen uns verpflichtet, unserem Gewissen zu folgen und diesen Brief zu schreiben.

Es ist für uns offensichtlich, daß sich vor unseren Augen ein weiterer Holocaust größeren Ausmaßes abspielt. Die Mehrheit der Weltbevölkerung begreift noch nicht, was vor sich geht, denn das Ausmaß eines organisierten Verbrechens - wie dieses - liegt jenseits ihres Erfahrungshorizonts. Wir aber wissen es. Wir erinnern uns an den Namen Josef Mengele. Einige von uns haben persönliche Erinnerungen. Wir erleben ein Déjà-vu, das so entsetzlich ist, daß wir uns erheben, um unsere armen Mitmenschen zu schützen. Zu den bedrohten Unschuldigen gehören jetzt auch Kinder und sogar Säuglinge.

In nur vier Monaten haben die COVID-19-Impfstoffe mehr Menschen getötet, als alle verfügbaren Impfstoffe zusammen von Mitte 1997 bis Ende 2013 - ein Zeitraum von 15,5 Jahren. Und am schlimmsten betroffen sind Menschen zwischen 18 und 64 Jahren - die Gruppe, die in der Covid-Statistik nicht auftaucht.

Wir fordern Sie auf, dieses gräßliche medizinische Experiment an der Menschheit sofort zu beenden. Was Sie als "Impfung" gegen SARS-Cov-2 bezeichnen, ist in Wahrheit ein blasphemischer Eingriff in die Natur. Niemals zuvor hat man versucht, die gesamte Weltbevölkerung durch Einbringen einer synthetischen mRNA in den menschlichen Körper zu immunisieren. Es handelt sich um ein medizinisches Experiment, auf das der Nürnberger Codex angewandt werden muß.

Die 10 ethischen Grundsätze in diesem Dokument stellen einen grundlegenden Codex der medizinischen Ethik dar, der während des Nürnberger Ärzteprozesses formuliert wurde, um sicherzustellen, daß Menschen nie wieder unfreiwilligen medizinischen Experimenten und Verfahren ausgesetzt werden.

Grundsatz 1 des Nürnberger Codex:

(a) Die freiwillige Zustimmung der Versuchsperson ist unbedingt erforderlich. D.h., daß die betreffende Person im juristischen Sinne fähig sein muß, ihre Einwilligung zu geben; daß sie in der Lage sein muß, unbeeinflusst durch Gewalt, Betrug, List, Druck, Vortäuschung oder irgendeine andere Form der Überredung oder des Zwanges, von ihrem Urteilsvermögen Gebrauch zu machen; daß sie das betreffende Gebiet in seinen Einzelheiten hinreichend kennen und verstehen muß, um eine verständige und informierte Entscheidung treffen zu können.

(b) Diese letzte Bedingung macht es notwendig, daß der Versuchsperson vor der Einholung ihrer Zustimmung das Wesen, die Länge und der Zweck des Versuches klargemacht werden, sowie die Methode und die Mittel, welche angewendet werden sollen, alle Unannehmlichkeiten und Gefahren, welche mit Fug zu erwarten sind, und die Folgen für ihre Gesundheit oder ihre Person, welche sich aus der Teilnahme ergeben mögen.

(c) Die Pflicht und Verantwortlichkeit, den Wert der Zustimmung festzustellen, obliegt jedem, der den Versuch anordnet, leitet oder ihn durchführt. Dies ist eine persönliche Pflicht und Verantwortlichkeit, welche nicht straflos an andere weitergegeben werden kann.

Zu (a): Von einer freien Entscheidung kann keine Rede sein. Die Massenmedien verbreiten Angst und Panik und bedienen sich der Goebbels'schen Propagandaregeln, indem sie Unwahrheiten so lange wiederholen, bis sie geglaubt werden. Seit Wochen rufen sie zur Ächtung der Nichtgeimpften auf. Waren es vor 80 Jahren die Juden, die als Verursacher von Infektionskrankheiten verteufelt wurden, so sind es heute die Ungeimpften, denen man vorwirft, das Virus zu verbreiten.

Die körperliche Unversehrtheit, die Freiheit zu reisen, die Freiheit zu arbeiten, das gesamte Zusammenleben, wurde den Menschen genommen, um ihnen die Impfung aufzuzwingen. Kinder werden gegen den Willen ihrer Eltern zur Impfung verführt.

Zu (b): Die 22 schrecklichen Nebenwirkungen, die bereits in der FDA-Notfallgenehmigung aufgeführt sind, wurden den Versuchspersonen nicht mitgeteilt. Wir führen sie im Folgenden zum Nutzen der Weltöffentlichkeit auf.

Per Definition hat es nie eine informierte Zustimmung gegeben. In der Zwischenzeit sind Tausende von Nebenwirkungen in zahlreichen Datenbanken erfaßt worden. Während die sogenannten Fallzahlen im 30-Minuten-Takt durch alle Massenmedien eingeblutet werden, gibt es weder einen Hinweis auf die schwerwiegenden unerwünschten Nebenwirkungen noch darauf, wie und wo die Nebenwirkungen zu melden sind. Soweit uns bekannt ist, wurden sogar gemeldete Schäden in großem Umfang in allen Datenbanken gelöscht.

Der Grundsatz 6 des Nürnberger Codex fordert: "Die Gefährdung darf niemals über jene Grenzen hinausgehen, die durch die humanitäre Bedeutung des zu lösenden Problems vorgegeben sind."

Die "Impfung" gegen Covid hat sich für etwa 99 % aller Menschen gefährlicher erwiesen, als Covid. Wie die Johns Hopkins Universität in einer Studie mit 48.000 Kindern dokumentiert hat, besteht für Kinder keinerlei Risiko durch das Virus. Aus Ihren eigenen Daten geht hervor, daß Kinder, für die das Virus kein Risiko darstellt, nach der Impfung Herzinfarkte erlitten haben; mehr als 15.000 Kinder hatten unerwünschte Ereignisse - darunter mehr als 900 schwerwiegende Ereignisse. Mindestens 16 Jugendliche sind bis zum jetzigen Zeitpunkt in den USA nach der Impfung gestorben. Bekanntermaßen werden nur etwa 1 % - 10 % der "Impfnebenwirkungen" gemeldet. Und während wir schreiben, steigen die Zahlen rapide an. Mit Ihrem Wissen.

Grundsatz 10 des Codex:

"Im Verlauf des Versuchs muß der Versuchsleiter jederzeit darauf vorbereitet sein, den Versuch abubrechen, wenn er auf Grund des von ihm verlangten guten Glaubens, seiner besonderen Erfahrung und seines sorgfältigen Urteils vermuten muß, daß eine Fortsetzung des Ver-

suches eine Verletzung, eine bleibende Schädigung oder den Tod der Versuchsperson zur Folge haben könnte."

Anscheinend haben 52 % der Weltbevölkerung wenigstens eine Impfung erhalten.

Eine ehrliche Offenlegung der wahren Zahl der durch "Impfstoff" Verletzten, Schwergeschädigten und Verstorbenen weltweit ist längst überfällig. Es handelt sich inzwischen um Millionen Menschen. Liefern Sie uns jetzt die wahren Zahlen der Covid-Impfopfer.

Wie viele Impfopfer werden ausreichen, um Ihr Gewissen zu wecken?

Liste der unerwünschten Wirkungen, die der FDA vor der Notzulassung bekannt waren:

1. Guillain-Barré-Syndrom (Muskelschwäche)
2. Akute disseminierte Enzephalomyelitis (Erkrankung des Zentralnervensystems)
3. Transversale Myelitis (Rückenmarksentzündung)
4. Enzephalitis/Enzephalomyelitis (Entzündung von Gehirn bzw. Rückenmark)
5. Konvulsionen (Krampfanfälle)
6. Schlaganfall
7. Narkolepsie und Kataplexie (Schlafkrankheit)
8. Anaphylaxie (Kreislaufkollaps durch Immunreaktionen)
9. Akute Myokardinfarkte (Herzinfarkt)
10. Myokarditis/Perikarditis (Herzmuskelentzündung)
11. Autoimmunerkrankung
12. Todesfälle
13. Schwangerschafts- und Geburtsergebnisse
14. Andere akute demyelinisierende Krankheiten (Schädigungen des Nervensystems)
15. Nicht-anaphylaktische allergische Reaktionen (allergische Reaktionen ohne Kreislaufkollaps)
16. Thrombozytopenie (Mangel an Blutplättchen)
17. Disseminierte intravaskuläre Gerinnung (Blutgerinnung in den Gefäßen)
18. Venöse Thromboembolie (Blutgerinnsel-Bildung in einer Vene)
19. Arthritis und Arthralgie (Gelenkentzündung/Gelenkschmerz)
20. Kawasaki-Krankheit (akute systemische Erkrankung durch Entzündung kleiner und mittlerer Arterien)
21. Multisystemisches Entzündungssyndrom bei KINDERN
22. durch Impfung verstärkte Krankheit

Unterzeichnet

Überlebende der NS-Konzentrationslager, ihrer Söhne, Töchter und Enkelkinder, einschließlich Personen guten Willens und guten Gewissens.

Die persönlichen Daten der Holocaust-Überlebenden und ihrer Enkel können auf offizielle Anfrage zu Authentifizierungszwecken auf offiziellen Antrag zur Verfügung gestellt werden.

In einem Offenen Brief werden die Daten zum Schutz der Unterzeichner vor Repressalien nicht veröffentlicht. Aus demselben Grund ist eine Kontaktaufnahme nur per E-Mail möglich: trust-in-humanity@pm.me ...<<

05.10.20021

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 5. Oktober 2021 (x1.116/...): >>Zur dringenden Entmachtung des Systems der umfassenden Herrschaft Weniger

Wir erleben gegenwärtig, wie sich der überkommene allmächtige Obrigkeitsstaat, trotz seines demokratischen Anstrichs, zum totalitären Beherrscher des gesamten menschlichen Lebens entfaltet und die freiheitlichen Grund- und Menschenrechte zum Spielball machtgeriger Willkür von wenigen gemacht hat. Die Rettung des freien Menschen kann nur aus einer Um-

kehrung des Denkens erfolgen. Der freie Mensch hat sich nicht der Macht des Staates zu fügen, sondern der Staat ist nach den Bedürfnissen des freien Menschen zu gestalten.

Seit Jahrhunderten umfaßt der Staat als ein über den Menschen thronendes Obrigkeitswesen in vormundschaftlicher Weise regulierend und bestimmend nahezu alle Lebensbereiche der Menschen. Das ist auch mit der Demokratie nicht anders geworden, in der man vordergründig die Vormünder lediglich wählen kann, was an der vormundschaftlichen Herrschaft indes nichts ändert. Dieser Machtstaat ist für die Menschen eine selbstverständliche Gewohnheit und für die Wissenschaften eine gleichsam natur- wenn nicht gar gottgegebene Organisation, die zwar immer verbesserungsbedürftig, aber grundsätzlich notwendig erscheint, um aus gleichsam höherer Weisheit das gesellschaftliche Leben zum Wohle der Menschen zu ordnen und zu lenken.

Der Staat ist aber keine von der Natur hervorgebrachte Organisation, sondern von Menschen gemacht. Jeder weiß das im Grunde, trotzdem behandeln ihn Staatswissenschaft, Soziologie und Politologie streng nach naturwissenschaftlicher Methode wie ein vorgefundenes natürliches Gebilde, das sie zu erkennen suchen, auch partiell kritisieren, aber nicht als von Menschen geschaffenen Apparat grundsätzlich hinterfragen.

Macht man sich zudem klar, daß alles naturwissenschaftlich geprägte Denken nur das mineralisch Tote, aber kein Leben, geschweige denn Seelisches und Geistiges in ihrem inneren Wesen erfassen kann, ist es nicht verwunderlich, daß in allen Staatstheorien, trotz vorangestellter Grundrechte, der Mensch de facto nicht als geistiges, sich selbst bestimmendes Wesen, sondern als Gegenstand, als Objekt übergeordneten staatlichen Willens behandelt wird.

Wenn aber der Staat kein Naturgebilde ist, sondern wie alles gesellschaftliche Leben von den Menschen hervorgebracht und gestaltet wird, dann muß eine moderne Staats- und Sozialwissenschaft vom Menschen selbst ausgehen. Sie muß das Wesen des Menschen erfassen und dann nach gesellschaftlichen Formen des Zusammenlebens suchen, in denen sich die Menschen ihrem Wesen gemäß optimal entfalten und verwirklichen können.

Der heutige Staat ist noch immer der Obrigkeitsstaat vergangener Zeiten, dem unbewußt das Bild des Menschen als unmündigem Untertan zugrunde liegt, welcher der weisheitsvollen Leitung und Lenkung einer gleichsam von Gottes Gnaden eingesetzten "Elite" bedürfe.

Das deutsche Grundgesetz ist zwar nach den furchtbaren Erfahrungen des Nazi-Staates von den unantastbaren Grundrechten der freien, sich selbst bestimmenden und einander vor dem Gesetz gleichen Menschen geprägt, die aber nicht zu einer ihnen angemessenen Gesellschafts- und Staatsform geführt haben, sondern nur den prinzipiell unveränderten staatlichen Strukturen vorangestellt wurden. Wie schwach nur diese Grundrechte in den Seelen der Staatsrechtler an den Hochschulen, der Richter und der Politiker verankert sind, zeigt der gegenwärtige Gesundheits-Totalitarismus, der sich aus den Strukturen des alten Obrigkeitsstaates heraus ungehindert entfalten konnte.

Ausgangspunkt der Mensch

Der Mensch will sich in der Gemeinschaft entwickeln, und er kann sich anders auch nicht entwickeln.

Indem er mit anderen Menschen in Beziehung tritt, erweitert er das Leben über seinen individuellen Leib hinaus in ein soziales Beziehungsgefüge, gleichsam in einen sozialen Leib, den er für seine Entfaltung und Entwicklung benötigt. Wenn der soziale Leib optimale Entfaltungsmöglichkeiten für den Menschen bieten soll, müssen seine Glieder den Gliedern des Menschenwesens entsprechen, müssen die Glieder des Menschen sozusagen in den Gliedern des sozialen Leibes ihre nach außen projizierte Fortsetzung finden. Und da der Mensch in einem natürlichen Organismus lebt, muß auch das soziale Beziehungsgeflecht, der soziale Leib ein Organismus sein, in dem sich jener optimal entfalten kann.

Der menschliche Organismus

Wie bereits im thematisch vorangegangenen Artikel 1 angedeutet, ist der menschliche Organismus dadurch gekennzeichnet, daß seine Organe nicht von einem absoluten Zentrum aus gesteuert werden, sondern daß die Organe in drei unterschiedliche Funktionssysteme gegliedert sind, die mit einer gewissen Selbstständigkeit nebeneinander arbeiten und in ihrem Zusammenwirken den Gesamtorganismus ergeben.

Im Gehirnorgan des Kopfes ist das Nervensystem zentriert, das in die Sinnesorgane ausläuft.

In der Brust entfaltet sich mit den Organen der Lunge und des Herzens, die unaufhörlich die Bewegung des Atmens und der Blutzirkulation hervorrufen, das rhythmische System.

Und im unteren Organismus arbeiten systematisch alle Organe zusammen, welche die Stoffwechselvorgänge bewirken.

Die Gliederung dieser drei Systeme, die zwar lokal ihren Schwerpunkt haben, ist aber nicht räumlich, sondern funktional zu denken; ihre Funktionen durchdringen sich. Und jedes System hat auch ein je eigenes Verhältnis zur Außenwelt: das Nervensystem durch die Sinne, das rhythmische System durch die Atmung und das Stoffwechselsystem durch die Ernährungs- und Bewegungsorgane.

Nun sind die Funktionen dieser drei leiblichen Organsysteme natürlich auf den menschlichen Organismus beschränkt. Aber auf ihrer Grundlage entfaltet sich das menschliche Seelenleben in seinen Funktionen des Denkens, Fühlens und Wollens, durch die der Mensch Beziehungen zu anderen Menschen aufnimmt.

Denken und Vorstellen haben ihre physiologische Grundlage im Nervensystem, ohne das sie sich nicht entfalten könnten.

Das Fühlen lebt auf, wie jeder empfinden kann, im Rhythmus des Atems und Herzschlages.

Und das Wollen braucht als leibliche Grundlage die Stoffwechselvorgänge, aus denen es impulsiv wird und in innere und äußere Bewegung übergeht.

Der Übergang in den sozialen Organismus

Jeder Mensch hat vielerlei Begabungen, Talente und Fähigkeiten, durch die er sich als geistiges Wesen entfalten und verwirklichen will. Sie werden unter der Führung der geistigen Fähigkeit seines Denkens entwickelt. Im Denken fassen wir Begriffe und Vorstellungen, nach denen wir handeln, die wir realisieren wollen und zu deren Verwirklichung sich Begabungen zeigen und Fähigkeiten gebildet werden, sowohl im seelischen wie im körperlichen Tun. Damit treten wir mit anderen Menschen in vielfältige Beziehung.

Schon früh kommen wir im Bildungssystem zu Erziehern und Lehrern, deren Aufgabe es ist, die Begabungen und Fähigkeiten zu wecken und zu fördern. Diese entfalten sich dann im Besonderen in allen kulturellen Bereichen: den Wissenschaften, Religionen, Künsten, Medien und auf je bestimmte Zwecke bezogen auch in allen praktischen Berufen.

Die unter der primären Leitung des Denkens entwickelten Fähigkeiten des Menschen gehen also unmittelbar gestaltend über in den gesellschaftlichen Bereich, den wir das Geistesleben nennen.

Der Wille äußert sich in unmittelbar elementarer Form als Bedürfnis nach dem, was der Mensch für seinen Leib als Nahrung, Kleidung, Wohnung etc. benötigt oder auch was er für seine seelisch-geistigen Ansprüche wünscht. Mit diesen Bedürfnissen tritt der Mensch in eine andere Beziehungsebene zu Menschen ein, nämlich zu solchen, die seine Bedürfnisse durch ihre Fähigkeiten befriedigen können.

Die Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen führt zur Entstehung des gesellschaftlichen Bereichs des Wirtschaftslebens, das sich zentral in Warenproduktion, Warenzirkulation (Handel) und Warenkonsum entfaltet.

In beiden Bereichen, im Geistes- und Wirtschaftsleben, geht es aber zugleich auch immer um das gerechte Verhältnis von Mensch zu Mensch, um Vereinbarungen und Verträge, die einge-

bettet sind in allgemeine, vom Parlament erlassene Regeln gerechter Verhältnisse zwischen den Menschen. Ob Rechtsbeziehungen gerecht sind, kann nur in der Seele empfunden, gefühlt werden. Hier ist das Rechtsgefühl, das in dem Empfinden für die gleiche Würde des anderen Menschen gründet, der einzige Prüfstein. Was im Gefühl lebt, muß dann nur noch ins Denken heraufgehoben und formuliert werden.

So führt das Gefühl für das rechte allgemein menschliche Verhältnis zwischen den Menschen zu einer dritten gesellschaftlichen Beziehungsebene, dem Rechtsleben.

Die drei gesellschaftlichen Bereiche des Geistes-, Wirtschafts- und Rechtslebens entstehen also dadurch, daß die Menschen aus ihrem Denken, Fühlen und Wollen, den drei Funktionen des Seelenlebens, in drei verschiedenen funktionalen Ebenen mit anderen Menschen in Beziehung treten.

Die drei Lebensbedingungen

Diese drei ganz verschiedenen gesellschaftlichen Funktions-Ebenen müssen sich ungehindert, in relativer Unabhängigkeit voneinander, entfalten können. Dann erst, wenn ihre Früchte entstanden sind, können sie sich wechselseitig ergänzen, befruchten und einen sich wechselseitig tragenden Organismus ergeben.

Dies wird aber verhindert, wenn, wie heute, das staatliche Rechtsleben das Gesundheitswesen und ganze Geistesleben befiehlt und knechtet, oder das Wirtschaftsleben dem Rechtsleben aus seinen Interessen den Inhalt der Gesetze vorgibt. Das ist im höchsten Grade sozial zerstörerisch und ein schwerer Krankheitsprozeß des sozialen Organismus.

Denn jede dieser Beziehungsebenen oder Gesellschaftsbereiche hat auch ihre eigenen seelischen Lebensbedingungen.

- Zur Entfaltung der aus dem eigenen Geiste hervorgehenden Fähigkeiten bedarf der Mensch der Freiheit. In den seelischen Vorgängen der Erkenntnis, des künstlerischen Tuns und des religiösen Empfindens strebt der Mensch nach Wahrheit, d.h. nach Übereinstimmung des in der Seele Erfassten mit der Wirklichkeit. Dies kann niemals durch äußere Vorschriften, sondern nur im eigenen Inneren selbst realisiert werden. Irgendwelche Vorgaben beruhen letztlich auch auf individueller Erkenntnis einzelner und sind somit Bevormundungen und Unterdrückungen der ebenfalls zur Erkenntnis begabten anderen Menschen. Auch das zweckgerichtete praktische Handeln in den Berufen geht aus den eigenen Kenntnissen und Fertigkeiten hervor, in denen sich der Mensch verwirklicht, wozu er Freiheit benötigt.

Das Geistesleben kann sich fruchtbar nur in völliger Freiheit entwickeln.

- Die Bedürfnisse der Menschen sind sehr verschieden. So wie die Brüder (Geschwister) einer Familie durch ihr jeweiliges Alter, ihre Veranlagungen, Interessen und Ausbildungen ganz Unterschiedliches benötigen, so auch die Menschen in der Gesellschaft.

Und wie in einer Familie die Bedürfnisse nur in dem Maße befriedigt werden können, als ihre Lebensbedingungen es ermöglichen und die Mittel daher im Verständnis für die jeweiligen Bedürfnisse, also brüderlich verteilt werden müssen, so müssen folglich auch in der Gesellschaft die unterschiedlichen Bedürfnisse nach den vorhandenen Möglichkeiten im Geiste der Brüderlichkeit befriedigt werden. Das Wirtschaftsleben funktioniert nur dann zum Wohle aller, wenn es im Geiste der Brüderlichkeit organisiert wird.

- In dem gerechten Verhältnis von Mensch zu Mensch kommt es nicht darauf an, welche unterschiedlichen Fähigkeiten und Bedürfnisse und daraus folgende Positionen der Mensch hat, also was für ein Mensch er ist, sondern daß er ein Mensch ist. Als Menschen aber sind alle gleich. Der Würde des menschlichen Geistes wird man nur gerecht, wenn rechtlich jeder Menschen gleich behandelt wird. Daher kann sich das Rechtsleben nur im Medium der Gleichheit gerecht entfalten.

Die drei Ideale der Französischen Revolution haben ihre tiefe menschliche Bedeutung. Aber nebeneinander im ungegliederten Einheitsstaat heben sie sich gegenseitig auf. Sie sind eben

jeweils nur in einem der drei Glieder des sozialen Organismus die dort notwendige Lebensluft.

Greift das staatliche Rechtsleben z.B., wie heute, in das Geistesleben über, indem es das Bildungswesen organisatorisch und inhaltlich bestimmt, trägt es das Prinzip der Gleichheit in ein Gebiet, wo Freiheit bestehen muß. Schüler und Lehrer werden durch einheitliche Lehrpläne und Noten alle über den gleichen Leisten geschlagen. Damit wird die Freiheit der Lehre aufgehoben und das Niveau eingeebnet.

Mit der gesetzlichen Krankenversicherung z.B. hat der Staat Dienstleistungsaufgaben der Versicherungs-Wirtschaft an sich gezogen, mit dem Ergebnis, daß die Erstattung der Kosten vollkommen gleich, nach den angeordneten Regeln des Staates erfolgt. So bestimmt der Staat z.B. für alle gleich, daß Naturheilmittel nur in Ausnahmefällen bezahlt werden. Das heißt unterschiedliche Bedürfnisse, die brüderlich zu berücksichtigen sind, spielen keine Rolle.

Mit der dahinter stehenden Begründung, die Naturmedizin könne nicht als Wissenschaft anerkannt werden, greift er zudem in die Freiheit des Geisteslebens ein, in dem es nur einen freien Wettbewerb verschiedener wissenschaftlicher Richtungen geben kann, den die Fruchtbarkeit in der Lebenswirklichkeit entscheidet, aber nicht der inkompetente Staat.

Zur Organisation der Glieder des sozialen Organismus

Geistesleben und Wirtschaftsleben benötigen also selbständige und selbstverwaltete Organisationen, die ermöglichen, daß jeder Bereich sich seinen eigenen Aufgaben gemäß und in der ihm eigenen Lebensbedingungen ungehindert entfalten kann.

Geistesleben

Das gesamte Bildungssystem vom Kindergarten bis zur Hochschule, das den Kern des Geisteslebens bildet, aus dem ja alles geistige Leben herauswächst, muß jeweils vollständig in die Verwaltung derer gestellt werden, die hier erziehend, lehrend und forschend tätig sind. In deren Selbstverwaltung darf niemand aus Staat oder Wirtschaft hineinregieren oder hineinreden. Kein Parlament, keiner, der vielleicht einmal unterrichtet hat, haben etwas zu sagen. Jeder im Bildungssystem Tätige hat dafür nur so viel Zeit aufzuwenden, daß er auch noch auf seinem Gebiete in der dazu gehörigen Verwaltung tätig sein kann.

Er wird dadurch die Verwaltung so besorgen, wie sie der produktiven, schöpferischen Tätigkeit dienlich und förderlich ist. Was im Unterricht ganz unmittelbar erfahren wird, bestimmt auch die Verwaltung. Nur das Bildungsleben selbst kann sich in der Verwaltung eine Form bilden, die seinem Inhalt entspricht, ihm dient und sich in der Gesellschaft Ausdruck verschafft.

Entsprechendes gilt für die anderen Gebiete des Geisteslebens.

Die Institutionen des Geisteslebens werden natürlich regional und landesweit Organe bilden, in denen ihre Vertreter sinnvolle Koordinierungen vereinbaren. Wie das im Einzelnen aussieht, kann man nicht theoretisch festsetzen. Man kann nur im Sinne der Dreigliederung zu Einrichtungen anregen, in denen die im Geistesleben tätigten Menschen aus ihrem Zusammenleben heraus das sozial Wünschenswerte selbst herbeiführen.

Die Finanzierung des Geisteslebens erfolgt heute über den Staat, der dadurch entscheidenden Einfluß darauf ausübt. In Wahrheit kommt das Geld aber von Wirtschaftsunternehmen und den arbeitenden Menschen, denen es durch die "Zwangsschenkungen" der Steuern abgenommen wird.

Auch in Zukunft kann das freie Geistesleben nur aus der Wirtschaft finanziert werden, da es selbst keine materiellen Werte schafft. Das Geistesleben ist auf Geld, das ihm ohne materiellen Gegenwert übertragen wird, also auf Schenkungsgeld angewiesen. Es muß seinerseits finanziell weitgehend vom Wirtschaftsleben getragen werden.

Das Wirtschaftsleben hat aber auch selbst das höchste Interesse an einem guten Bildungssystem. Denn die einen Betrieb aufbauenden, gestaltenden und leitenden Fähigkeiten des Unter-

nehmers und die fachlichen Fertigkeiten der anderen Betriebsangehörigen fallen nicht vom Himmel. Sie verdanken ihre Entwicklung und Förderung nicht zuletzt den allgemeinbildenden Schulen, den Berufs-, Fach- und Hochschulen, die sie durchlaufen haben.

Die Anlagen, Maschinen usw. des Produktionskapitals, die der Ersparnis, Unterstützung und Erleichterung der menschlichen Arbeit dienen und zum Gewinn in seinem Ausmaß führen, stammen aus der schöpferischen Intelligenz ihrer Konstrukteure und Hersteller, welche selbst wiederum durch das Bildungssystem gegangen sind. Es ist also der menschliche Geist, wie er sich aus dem Geistesleben entfaltet und tätig wird, der den Gewinn erzeugt.

Das Kapital ist sozusagen die Manifestation des menschlichen Geistes im Wirtschaftsleben. Die Wirtschaft lebt von dem, was ihr an ständigen Entwicklungs- und Innovationskräften aus dem Kultur- oder Geistesleben zufließt und verdankt nicht zuletzt diesen ihren Gewinn. Große Teile des Gewinnes müssen daher umgekehrt wieder dem Geistesleben für seine Existenz und Entwicklung zukommen.

Eine Abhängigkeit des Bildungssystems von wirtschaftlichen Interessen kann dadurch verhindert werden, daß Spenden nicht gezielt an einzelne Institutionen des Geisteslebens gehen, die dann mit Bedingungen verknüpft werden, sondern in einen Topf der Selbstverwaltung des Geisteslebens, die die Gelder nach intern vereinbarten Regeln verteilt.

Wirtschaftsleben

Das Wirtschaftsleben drängt von sich aus zu einer etwas anderen Organisation. In Warenproduktion und Warenzirkulation (Handel) sind große Teile von Menschen tätig, die verschiedene wirtschaftliche Interessen haben. Konsumenten sind alle Menschen und haben als solche wieder ganz andere Interessen. Die Interessen aus allen drei Gesichtspunkten haben selbstverständlich ihre Berechtigung. Aber in der Regel hat jeder nur seine Teilinteressen vor sich und kennt nicht die Gesichtspunkte und Notwendigkeiten, die die anderen haben. Dies ist aber notwendig, um aus Einsicht in die Lebensverhältnisse des Ganzen urteilen und handeln zu können.

Daher werden sich ganz organisch aus rein wirtschaftlichen Gesichtspunkten "Assoziationen" bilden, wie Rudolf Steiner sie nennt, Organe, die sich aus Vertretern der Konsumenten, des Handels und der Produzenten zusammensetzen. Hier kommen die verschiedenen Interessen zusammen, und es können gegenseitiges Verständnis und Einsicht in die Situation des anderen entstehen, so daß aus Fachkenntnis und Sachlichkeit in Vereinbarungen weitgehender Ausgleich und Harmonie der Interessen herbeigeführt werden kann.

Nicht Gesetze regeln die Erzeugung, die Zirkulation und den Verbrauch der Güter, sondern die Menschen aus ihrer unmittelbaren Einsicht in die berechtigten Interessen und Gesichtspunkte. Dadurch, daß sich Interesse mit Interesse vertragsmäßig ausgleichen muß, werden die Güter in ihren entsprechenden Werten und Preisen erzeugt und so zirkulieren können.

"Durch die Verhältnisse des Lebens wird der Umfang solcher Assoziationen sich von selbst regeln. Zu kleine Assoziationen würden zu kostspielig, zu große wirtschaftlich zu unübersichtlich arbeiten. Jede Assoziation wird zu der andern aus den Lebensbedürfnissen heraus den Weg zum geregelten Verkehr finden. ... Damit wird nicht eine Utopie gezeichnet. Denn es wird gar nicht gesagt: Dies soll so oder so eingerichtet werden. Es wird nur darauf hingedeutet, wie die Menschen sich selbst die Dinge einrichten werden, wenn sie in Gemeinschaften wirken wollen, die ihren Einsichten und ihren Interessen entsprechen."

Staatliches Rechtsleben

Die Abgeordneten des staatlichen Parlamentes werden nur noch für Gesetze des reinen Rechtslebens zuständig sein, wobei Volksabstimmungen in grundlegenden Angelegenheit hinzukommen müssen. Staatliche inhaltliche Regelungen des Geistes- und des Wirtschaftslebens wird es nicht mehr geben können.

Damit wird der allergrößte Teil der heutigen Steuern wegfallen. Der Begriff "Regierung", der

von lat. rex, regis = König abgeleitet ist, also aus obrigkeitsstaatlicher Zeit stammt, verliert seine Bedeutung. Es werden nur wenige Ministerien wie das Justiz-, Innen-, Verteidigungsministerien übrigbleiben, die allein (lat. ministrare = dienen) ausführende, dienende, aber keine herrschenden Funktionen haben.

Ein Außenministerium wird nur Angelegenheiten des Rechtslebens im Verkehr mit dem Ausland vertreten. Die Organisationen des Geistes- und des Wirtschaftslebens werden für ihren Bereich je eigene Außenbeziehungen unterhalten.

Wir haben oben gesehen, daß auch die Glieder des natürlichen Organismus des Menschen ein je eigenes Verhältnis zur Außenwelt haben: das Nervensystem durch die Sinne, das Stoffwechselsystem durch Ernährung und Gliedmaßen, das rhythmische System durch die Atmung. Ebenso muß es sich auch im sozialen Organismus verhalten, wenn dieser nicht wieder unter eine sachfremde und deformierende zentrale Steuerung geraten soll.

Fazit

Der freie, sich selbst bestimmende Mensch fordert ein Umdenken seines Verhältnisses zu dem, was als gesellschaftliche Einrichtungen überkommen ist. Nicht der Mensch muß sich in einem von außen vorgesetzten Staat fügen, sondern ein Staat muß sich in seiner Gestaltung nach dem Menschen richten.

Der Mensch mit seinen Entwicklungsbedingungen muß am Ausgangspunkt jeder Sozialwissenschaft stehen. Alle gesellschaftlichen Einrichtungen müssen so gestaltet werden, daß sie dem Wesen des Menschen entsprechen, daß sie allen Menschen die optimalen Entwicklungsbedingungen bieten.

Ich weiß, wieviel Widerspruch solche Gedanken zunächst erfahren. Aber jeder muß sich fragen, ob es seine bisherigen Denkgewohnheiten sind, die sich dagegen sträuben, weil sie mit ihnen nicht übereinstimmen, oder ob er sich wirklich ohne Vorurteile auf diese Ideen mitdenkend und nachsinnend einlassen will, in dem gemeinsamen Bemühen, aus den katastrophalen Verhältnissen Wege zur Bildung einer freiheitlichen Gemeinschaftsordnung zu finden. ...<<

10.10.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/20144" berichtet am 10. Oktober 2021 (x1.049/...): >>Organisiertes Verbrechen: COVID-19 und ANTHRAX-01 -

Interview mit *Heiko Schöning*

In seinem neuen Buch "GAME OVER" weist der Arzt und Reserveoffizier Heiko Schöning die kriminellen Machenschaften rund um COVID-19 nach. Wie in einer Blaupause führten achtzehn Jahre zuvor die Täter von heute ein ähnliches Verbrechen mit tödlichen Anthraxbakterien durch. Kriminalistische Details und Kombinationsgabe führten ihn zu dem Schluß: Es sind immer noch die gleichen Institute und Clans in dieses üble Spiel verwickelt. Selbst Ex-Präsident Trump spielt darin eine Rolle ... In seinem Exklusiv-Interview mit Kla.TV gibt Schöning erste tiefere Einblicke in seine brisanten Enthüllungen.

"Es ist tatsächlich so, daß wir jetzt die beste Chance seit über hundert Jahren haben, dieses System, dieses kriminelle System, in dem wir leben, dieses zu überwinden.

Der eigentliche Unterschied zu früheren Jahren und Jahrzehnten, wo es ja auch schon Kriegslügen gegeben hat zu Millionen von Menschen, die schon getötet worden sind, ist, daß jetzt hier im Westen die Aufmerksamkeit da ist. Denn zu viele haben, ich auch, haben über die Jahrzehnte zu sehr weggeschaut bei diesem organisierten Verbrechen. Millionen von Toten in Vietnam, im Irak. Hat es uns wirklich gekratzt? Haben wir da genug getan?

Und jetzt sind wir selber dran. Und das ist die Hauptbotschaft. Wir müssen jetzt als verantwortliche Väter, Beamte, Offiziere, Ärzte - alle, wir müssen jetzt zusammenkommen und sagen: Nein zur Mafia! Denn irgendwann sind wir selber dran und das merken wir jetzt auch, wirtschaftlich und auch körperlich. Wir werden nicht nur bevormundet, sondern unser Leben ist in Gefahr und auch das unserer Familien."

Heiko Schöning, Gründer des Corona-Untersuchungsausschusses und Vizepräsident der World Freedom Alliance hat ein neues Buch herausgebracht. Der Titel lautet "Game Over". Detailgetreu und doch übersichtlich weist er auf rund 500 Seiten nach, daß es sich bei COVID-19 um ein geplantes Verbrechen handelt. Wie in einer Blaupause führten achtzehn Jahre zuvor die Täter von heute ein ähnliches Verbrechen mit tödlichen Anthraxbakterien durch (ANTRAX-01). Kla.TV berichtete über den Anthrax-Anschlag in der eingeblendeten Sendung (siehe: www.kla.tv/16561).

Auch 2001 wurde Panik geschürt, Notstandsgesetze durchgewinkt und Massenimpfungen durchgeführt. Der ungewöhnliche Selbstmord des offiziellen Einzeltäters Dr. Bruce Ivins und seine Verbindung zum Anthrax-Impfstoffhersteller Emergent BioSolutions ließen den Arzt Schöning aufhorchen. Sie veranlaßten ihn zu einer jahrelangen Undercover-Recherche. Durch die daraus gewonnenen Erkenntnisse war er in der Lage, im September 2019 öffentlich eine erneute Erregerpanik für 2020 vorauszusagen - Monate vor COVID-19. Kriminalistische Details und Kombinationsgabe führten ihn zu dem Schluß:

Emergent BioSolutions und deren Hintermänner planen noch viel Größeres. Doch das organisierte Verbrechen pokert hoch und wird durch das Bekanntwerden der Verbrecher das Spiel verlieren - "Game Over"! In seinem Exklusiv-Interview mit Kla.TV gibt Schöning erste tiefere Einblicke in seine brisanten Enthüllungen. Helfen Sie mit, die Verbrecher im Hintergrund an das Licht der Öffentlichkeit zu bringen, indem Sie dieses brandaktuelle Interview bekannt machen!

Interviewer: Herr Schöning, Guten Tag! Ich freue mich, daß wir dieses Interview heute führen können zusammen. Es wird heute um Ihr neues Buch gehen, das heißt: "Game Over". Ein Buch, das die Täter und ihre Taten nennt, so haben Sie es beschrieben und Sie haben im Vorfeld gesagt Sie würden Einblicke gewähren, daß man sich darunter etwas vorstellen kann.

Aber zunächst mal wollen wir den Menschen Heiko Schöning etwas kennenlernen. Sie sind ja nicht nur Autor sondern auch Arzt und damit ja irgendwie auch auf der Gewinnerseite des gegenwärtigen Systems. Also, sie haben was Ansehen oder finanzielle Vorteile betrifft ja eigentlich die guten Karten in der Hand.

Was treibt so einen Menschen an wie Sie, für sich persönlich zu sagen, "Game Over" und dann gibt es vielleicht ja auch ein Schlüsselerebnis was Sie dazu gebracht hat, diesen Weg zu beschreiten, der ja auch nicht gerade einfach ist?

Heiko Schöning: Ja, vielen Dank! Also wir haben ja jetzt September 2021 und meine Grundmotivation ist nicht nur der Beruf des Arztes, sondern es ist auch, das ich Vater bin, also Verantwortung für meine Kinder habe und zudem bin ich Reserveoffizier der Bundeswehr und habe damit auch irgendwann einen Eid geleistet, die Menschen zu schützen. Und wir müssen einfach sehen, daß was wir hier haben ist ein weltweites organisiertes Verbrechen.

Interviewer: Um nochmal zu diesem Schlüsselereignis zu kommen, ist da etwas, was sie konkret auch beschäftigt hat, wo sie gesagt haben, da kann doch irgend etwas nicht stimmen?

Heiko Schöning: Ja genau, um es vielleicht einfach zu erzählen, wie bin ich dazu gekommen. Ich habe selber in meiner Ausbildung auf drei Kontinenten gearbeitet. Ich habe in Berlin an der Charité studiert, auch in Australien und in England und ich habe auf drei Kontinenten Paracetamol-Selbstmörder behandelt, also Menschen die absichtlich eine Überdosis des Schmerzmittels Paracetamol genommen haben. Und 2008 gab es einen angeblichen Selbstmord eines Attentäters, der sich mit Paracetamol umgebracht haben soll und das war der Attentäter vom September 2001 mit der Biowaffe Anthrax.

Und kurz gesagt, ich habe diesen Fall verfolgt weil ich dachte, Moment mal, so ein Mikrobiologe bringt sich mit Paracetamol um? Das ist etwa so als wenn ein Formel 1-Fahrer wie Sebastian Vettel sich ein Fahrrad nehmen würde um in Todesabsicht gegen einen Baum zu fahren. Und, tja, da habe ich reingeschaut und habe gesehen, dieser Selbstmord war tatsächlich kein

Selbstmord und so bin ich dann von einem zum anderen gekommen.

Interviewer: Also das ist sozusagen etwas wo sie gesagt haben, das kann irgendwie nicht sein, daß ist irgendwie unplausibel, Paracetamol ist jetzt kein besonders potentes Medikament um sich umzubringen. Wie Sie gesagt haben, mit dem Fahrrad, das kann man gut nachvollziehen und Sie haben ja dann anscheinend Recherchen angestellt. Und jetzt im Zuge ihrer Rednerkarriere war es ja auch so, daß das jetzt öfters auch so war, daß Sie am Reden gehindert worden sind. Ich habe erfahren, daß Sie im September 2020 im Hyde-Park in London an der berühmten Speakers Corner, als sie eine Rede halten wollten, unterbrochen und verhaftet worden sind.

Und das ist ja eine Stelle, das haben wir schon im Englischunterricht gelernt, wo seit 900 Jahren selbst die größten Dissidenten und Regierungskritiker alles sagen können was sie irgendwie wollen ohne daran gehindert zu werden. Ist das ein Zeichen für einen hypernervöse Gesellschaft und Regierung?

Heiko Schöning: Es ist leider ein Zeichen eines weltweiten Verbrechens und ja, Sie haben recht, diese 900jährige gute Tradition der freien Rede in Großbritannien in London bei Speakers Corner ist tatsächlich am 26. September 2020 zu Ende gegangen, als ich dort verhaftet worden bin, in Handschellen abgeführt worden bin, weil ich zu Covid-19, also zu Corona gesprochen habe auf einer Bank, ganz friedlich vor Menschen. Und diese Bilder sind um die Welt gegangen. Und das, was ich dort gesagt habe, waren eben auch wichtige Informationen, Beweise dazu, daß wir hier eben kein Killervirus haben. Es ist mehr so daß es einer normalen saisonalen Grippe entspricht und die ganzen Maßnahmen, die da sind, da steckt tatsächlich ein weltweites organisiertes Verbrechen dahinter.

Das habe ich auch dort gesagt und bin dort verhaftet worden, absolut unrechtmäßig. Das ist um die Welt gegangen, aber viel wichtiger sind natürlich die Inhalte und wie ich gerade schon sagte, ich hatte einmal einen Selbstmord aufgeklärt, dieses Anthrax-Mörders von 2001 der sich ja angeblich mit Paracetamol umgebracht hat und dann zum Einzeltäter abgestempelt wurde und ich habe die Beweise zusammengetragen um zu sagen: Dieser Mann hat zum einen keinen Selbstmord begangen und zum anderen ist er nicht der Einzeltäter. Er war Mitarbeiter der Firma Emergent BioSolutions, das ist eine amerikanische Impfstofffirma, die das Monopol für den Anthrax-Impfstoff hatte, 20 Jahre zuvor.

Diese Anschläge, die Menschen umgebracht haben, haben so eine Panik ausgelöst! So wie heute Corona. Corona war das damals Anthrax, Anthrax, Anthrax. Und wie ist jetzt diese Verbindung? Die Verbindung ist so, daß heute die meisten Impfstoffe ebenfalls wieder von dieser - wie ich nachweisen kann - kriminellen Firma Emergent BioSolutions produziert werden. Also, wir kennen die Marken AstraZeneca, Johnson & Johnson, Janssen, Novavax und andere. Und für alle produziert diese Firma Emergent BioSolutions aus den USA.

Und der Mitarbeiter Dr. Bruce Ivins war von 2000 bis 2002, also zur Tatzeit, ein direkter Mitarbeiter von Emergent BioSolutions. Und diese Firma hat ein Milliardenvermögen damit gemacht und heute mit Covid-19 auch wieder. Das nur einmal ganz kurz. Und diese Dinge hatte ich auch versucht in London zu sagen. Ich war vorher eingeladen als Sprecher vor Zehntausenden Menschen am Trafalgar Square in London. Das ist von der Polizei mitten in dieser friedlichen Demonstration abgebrochen worden, als ich das Mikrofon hatte und ein paar Stunden danach - wie Sie auch schon richtig sagten - Speakers Corner; selbst dort bin ich dann auch noch mal verhaftet worden.

Interviewer: Und das ist ja etwas, was Sie vielleicht auch dazu motiviert hat, weiter an ihrem Buch zu arbeiten. Wir wollen ja heute darüber sprechen. Wir kommen zu dem Buch "Game Over". In ihrem Interview mit "Auf1" haben sie gesagt, daß sie schon mehrfach am Sprechen gehindert worden sind, auf Demonstrationen, an allen möglichen Orten, also nicht nur an der Speakers Corner. Nun sind ja 500 Seiten zusammengekommen - fast 500 Seiten - in diesem

Buch. Und dann lese ich hier noch, es ist Band eins! Also das heißt, aus ihrer Sicht gibt es sehr viele Sachen, die noch gesagt werden müssen, auch wenn man sie vielleicht nicht hören will. Erzählen Sie uns doch was darüber.

Heiko Schöning: Ja, ich kann nur mit aller Ernsthaftigkeit wirklich sagen: Das was wir hier erleben - Corona - ist ein Betrüger-Trick, ist eine Illusion. Und das Ganze haben wir weltweit. Es ist absolut ernst. Und viele Menschen sind aufgrund der Maßnahmen schon gestorben. Mit den Lockdown-Maßnahmen sterben in Indien und auch in Afrika Menschen, weil sie verhungern. Wir sehen auch hier die repressiven Maßnahmen natürlich auch insbesondere der Wirtschaft. Und das ist sozusagen das Hauptziel, das sozusagen die mittelständige Wirtschaft, die hier mit einem absichtlich herbeigeführten Wirtschafts- Crash kaputt gemacht wird.

Und was ist die Tarngeschichte, die Coverstory? Es ist ein Virus und ich habe schon im September 2019 genau davor gewarnt, in einem langen Interview, das im September 2019 ausgestrahlt worden ist und da habe ich schon vorweg sagen können, daß Kriminelle eine große Erregerpanik für das Jahr 2020 planen. Und das ... vier Monate vor dem Ausbruch von Corona.

Interviewer: Das ist ja interessant, also das heißt, Sie konnten etwas vorhersagen, was dann tatsächlich eingetroffen ist? Was hatten Sie denn für Indizienbeweise, daß Sie das so sagen konnten?

Heiko Schöning: Ja, also dieses Interview vom September 2019, das dann ausgestrahlt worden ist, das ist auch in dem Buch enthalten. Das Buch hat auch noch zwei DVDs, das heißt das Originalvideo ist auch dort wirklich drin. Und ich habe zu der Zeit die Anthrax-Anschläge von September 2001 aufgeklärt und konnte schon sagen, daß für 2020 ein Teil der gleichen Täter eine große Erregerpanik für 2020 plant und daß es wieder mit der Firma Emergent Bio-Solutions zusammenhängt. Denn die haben zum Beispiel auch gesagt, daß sie ihren Umsatz in zwei Jahren verdoppeln werden. Und ja, das haben sie auch mehr als übererfüllt.

Interviewer: Und nun fragen sich vielleicht viele Leute: "Wie kann man das denn ein internationales organisiertes Verbrechen nennen?" Viele Leute schauen jetzt auf Viren, auf Spikeproteine, auf alle möglichen Dinge und es ist etwa so, wo große Verwirrung herrscht, wo man denkt: "Um Gottes Willen, wir werden alle sterben!", denken die einen. Und die anderen denken: "Das kann doch alles irgendwie nicht stimmen, die spinnen!". Und vielerorts - auch was man in den Medien liest - wird ja behauptet, es ist so, daß es schon alles schon seine Richtigkeit hat. Das heißt, Sie müssen ja irgendwie schlüssig darlegen, wieso Sie darauf kommen, daß es sich um ein Verbrechen handelt und nicht um eine weltweite Pandemie, wie es gesagt wird.

Heiko Schöning: Ja, ganz genau. Und genau das ist jetzt geleistet worden.

Wir haben einen außerparlamentarischen Corona-Untersuchungs-Ausschuß gegründet, als dann Corona ausgebrochen worden ist und dieses Buch "Game Over" stellt quasi den Abschlußbericht vor, mit zwei DVDs, wo auch die medizinischen Fakten mit drin sind, wo Sie Experten-Hearings, Anhörungen, auch anhören können mit international renommierten Professoren und Ärzten, d.h. die ganze Geschichte, wie es abgelaufen ist, ist enthalten.

Das kann man sich von den Experten anhören. Und viel wichtiger ist aber, daß man versteht, daß man es hier mit Verbrechen zu tun hat. Verbrechen, denen man ihre Verbrechen vor 20 Jahren glasklar nachweisen kann. Das wird in dem Buch geleistet und die Transferleistung ist, daß man sagt: Wenn wir schon wissen, daß das quasi Al Capone ist aus Chicago oder Dr. Josef Mengele mit ganz schrecklichen Verbrechen während des zweiten Weltkriegs, diesen Menschen würde man nicht wieder vertrauen. Und es sind exakt die gleichen Täter, die heute rund um Covid-19 wieder aktiv sind.

Und die ganzen Zusammenhänge der Personen dieser kriminellen Vereinigung, das wird im Buch beschrieben. Und das Gute, nicht nur als Text, sondern auch in über hundert Info-

Grafiken, so daß man auch visuell gut verständlich nachvollziehen kann, wie das Ganze zusammenhängt.

Interviewer: Ja, jetzt haben wir hier auf dem Tisch auch noch dieses Kartenspiel. Das ist ja sozusagen auch noch eine andere Herangehensweise, die ich irgendwie speziell fand. Vielleicht sagen Sie noch etwas dazu.

Heiko Schöning: Ja, es wird sehr verwirrend gemacht, natürlich. Wenn ein Verbrechen da ist, dann versucht man immer zu tarnen und zu täuschen. Das ist beim Militär ähnlich, tarnen und täuschen. Deswegen ist es relativ kompliziert. Um etwas darzustellen, sollte man es dann immer in einer Ordnung bringen, die schon bekannt ist. Und ein Kartenspiel hier mit 52 Blatt, das ist bekannt. Damit kann man Skat spielen, Poker und vieles andere. Und hier sind die 52 Hauptfiguren, insbesondere die Täter abgebildet, und man versteht die Ordnung. Man hat Herz, Pik, Kreuz, Karo, versteht die Zuordnung, genauso wie man da ein As hat oder die Sieben oder die Dame und den König.

Und in diese Reihenfolge habe ich dann auch diese einzelnen Mafiosos hineingebracht, daß man verstehen kann, welche unterschiedlichen Clans hier am Werke sind. Und tatsächlich - wenn man sich das dann anschaut - wir haben das zusätzlich zum Buch dann auch auf Deutsch und auf Englisch mit hineingebracht, daß man sich ein Bild machen kann von diesen Menschen. Denn wenn man einen Namen hört, dann ist es noch viel besser im Gedächtnis zu behalten, wenn man dort auch ein Gesicht dazu hat. Und das kann dieses Ganze eben auch nochmal leisten.

Auch im Buch sind diese Verbrecher immer noch zusätzlich gezeichnet. Das ist das Wichtige und das Neue. Dieses Buch wagt es nicht nur, die Täter beim Namen zu nennen, sondern zeigt auch die Gesichter und auch die kriminellen Zusammenhänge.

Interviewer: Wenn wir es jetzt mit einer Mafia zu tun haben, wie Sie sagen, gehen Sie da nicht ein ziemlich großes Risiko ein?

Heiko Schöning: Ja, das bin ich schon im September 2019 gefragt worden, denn der Buchentwurf zu diesem Buch hier "Game Over", der lag schon vor zwei Jahren auf dem Tisch und ich habe dort schon in die Kamera einige Beweise halten können und auch die Zusammenhänge genannt. Viele, die es dann gesehen haben, die waren schockiert darüber.

Dieses Video ist dann auch zensiert worden, es wurde von YouTube gelöscht und vieles andere auch. Und Sie sagten ja schon eingangs richtig, ich bin sehr oft am Reden gehindert worden, nicht nur in London, sondern auch in Berlin, 1. August 2020, da waren über eine Million Menschen auf der Straße, sechs Stunden friedliche Demonstration und dann sollten wir Ärzte sprechen auf der Bühne. Und da hat die Polizei dann die Bühne gestürmt. 1. August 2020 in Berlin. Und ja, leider viele andere Dinge auch, daß wir sehen: Hier herrscht Zensur.

Interviewer: Gut, dieses Buch ist ab sofort erhältlich, habe ich verstanden, oder ist das noch in Planung?

Heiko Schöning: Nein, das Buch ist jetzt fertig. Es sind noch viel mehr Sachen mit hineingeflossen. Und anstatt es gleich zu publizieren, dann hätte es sich hauptsächlich nur eben auf Anthrax aus dem Jahr 2001 bezogen, bin ich dazu übergegangen zu sagen, die neuen Verbrechen, die jetzt ja noch viel wichtiger sind, die noch viel größer sind wie Covid-19, die müssen mit hinein, um dann hauptsächlich eben zu zeigen, es sind die gleichen Verbrecher, die das geplant haben. Und kriminelles Vorwissen ist der Schlüssel dazu, zu beweisen, Covid-19 ist ein Betrüger-Trick.

Und dieses Buch weist einigen Haupttätern eben nach, daß sie kriminelles Vorwissen zu Covid-19 hatten. Das war keine Überraschung, sondern es war alles geplant. Und wir sehen ja auch, daß das Ganze orchestriert ist, weltweit!

Interviewer: Sprechen wir von weltweit. Als Beobachter fragt man sich, z.B. Australien hat eine der rigidesten Anti-Covid-Strategien gefahren: 'Zero Covid', extrem schnell, extrem hart

in die Lockdowns reingegangen und da fragt man sich: Warum gerade Australien?

Heiko Schöning: Wir müssen verstehen, also, ich sagte ja, in dem Kartenspiel, da sind unterschiedliche Mafia-Clans zusammengefaßt. Und ein Mafia-Clan, der jetzt neumodern ist dabei, den habe ich die Techno-Mafia genannt. Und wir müssen sehen, die Konzerne, die dahinterstehen, haben ein großes Wissen über das Verhalten von Menschen, aus Werbestrategien und anderem. Und man muß sich Covid-19 fast wie ein Produkt vorstellen. Und es wird wie in einem Produkt-Rollout, also, es wird ausgerollt.

Das macht man halt nicht überall und plötzlich mit 100 % gleich, sondern man macht erst Testmärkte. Und leider ist es so, daß Australien und Neuseeland westliche Testmärkte darstellen für diese Verbrecher, um schon mal zu testen, wie weit können sie gehen mit den Maßnahmen, mit diesen Lockdowns, mit repressiven Maßnahmen. Und jetzt zurzeit wird auch Militär eingesetzt gegen die Menschen, um die Zwangsmaßnahmen durchzusetzen. Und genau das blüht uns auch immer weiter in Europa und in den USA.

Interviewer: Ja, das wäre meine nächste Frage gewesen. Das heißt, Sie sagen, wenn die Dinge so weiterlaufen, wird es Szenen geben, wie es in Australien jetzt zu sehen ist.

Heiko Schöning: Absolut. Und das haben wir vorher auch gesehen und das ist evident. Und das ist das, was ich Anfang 2020 ja auch schon gesagt habe. Und jetzt auch in Berlin auf dieser großen Millionen-Demonstration vom 29. August 2020, wo ich dieses Mal tatsächlich vor über 1 Million Menschen sprechen konnte. Da habe ich in dieser Rede in Berlin gesagt:

In Australien wird gerade der Lockdown-Stage vorgemacht und wie das Ganze abläuft. Und daß genau diese Maßnahmen auch nach Europa kommen. Und diese Maßnahmen sind tatsächlich eingetroffen. So wie ich auch vorher schon in Interviews klar gesagt habe, was uns droht, ist medizinisches Kriegsrecht: 'Medical Martial Law'. Und genau das erleben wir hier.

Interviewer: Nun die Frage ist ja: Was kann man jetzt tun? Das ist eine Frage, die viele umtreibt. Es gab und gibt Menschen, die aufgrund von Diskussionen im Internet sehr große Hoffnungen gesetzt haben auf die USA, auf Präsident Trump und im Wesentlichen ist von dort ja nichts gekommen. Und so kann man sagen, daß ja letztlich abwarten nicht mehr das Gebot der Stunde sein kann. Also, was raten Sie den Menschen und wie kann man Sie z.B. unterstützen?

Heiko Schöning: Ja, zum einen muß ich sagen, wer tatsächlich Hoffnung auf Präsident Trump gesetzt hatte, der ist irregeführt worden. Denn es ist ein abgekartetes Spiel. Auch Herr Trump gehört zu den Verbrechern, zu einem kleineren Mafia-Clan. Da steckt die alte Reagan-Mafia dahinter, die 'Reaganites'. Und die sind in Konkurrenz zu einem großen Mafia-Clan, nennt sich 'Establishment', das kann man im Detail dann alles nachsehen. Aber auch in diesem Buch wird klar dargelegt, daß Donald Trump mit einem der Hauptverbrecher, und der heißt Edwin Meese, daß dieser Mensch einen Orden im Oktober 2019 im Oval Office in Washington noch von Donald Trump bekommen hat. Und das ist einer der Hauptverbrecher. Kurz gesagt, Donald Trump gehört auch dazu.

Und wir müssen auch tatsächlich sehen, daß wir Menschen auseinander getrieben werden in zwei Lager: Geimpfte - Ungeimpfte. Und auch die USA haben jetzt ein großes Risiko, nicht mehr die Vereinigten Staaten zu sein, sondern die Unvereinigten Staaten zu werden. Es ist also ganz, ganz wichtig, daß wir friedlich bleiben, daß wir im Dialog bleiben und auch kommen, die Zensur überwinden und uns nicht auseinandertreiben lassen. Denn genau das ist das Kalkül. Denn: "Wenn Zwei sich streiten, freut sich der Dritte".

Auch Edwin Meese hat als rechte Hand von Ronald Reagan zwei Seiten mit Waffen beliefert: Iran-Kontra-Affäre ist z.B. eines seiner großen Verbrechen. Und da wurden der Iran und der Irak, beide Seiten, acht Jahre lang mit Waffen beliefert, abgeschlachtet und am Ende? Na ja, jetzt haben amerikanische Konzerne letztendlich dann doch den geschwächten Irak übernommen. Und dem Iran steht so was Ähnliches bevor.

Ich kann nur sagen, es ist ein abgekartetes Spiel und auch dieses Buch zeigt die größeren Strukturen, die geschichtlichen Strukturen auf, wie es gekommen ist. Deswegen ist es auch so wichtig zu verstehen was jetzt am Anfang ist. Deswegen ist das Buch so aufgebaut, von aktuell und vereinfacht, zu zeitlos und vertiefend zu gehen. Also es lohnt sich wirklich, den Mut zu haben, dieses Buch zu lesen. Es sind viele Originalabbildungen dort, viele Quellen und man kann es unabhängig nachprüfen.

Interviewer: Ja, das ist auch total wichtig. Es wird sicherlich den einen oder anderen geben, der sich da auf die Suche machen wird. Aber Sie sagten ja, daß es ein orchestriertes Spiel ist, das ist international. Und vielleicht begeben wir uns deswegen auch nochmal auf die internationale Ebene. Es ist ja sicherlich sinnvoll, nicht das Rad immer wieder neu zu erfinden, sondern die vorhandenen Initiativen und Verbände zu bündeln und voneinander zu lernen und zu profitieren. Sie sind Mitglied und Vizepräsident von der "World Doctors Alliance", dann beim "ACU 2020" und bei der "World Freedom Alliance". Das sind alles Organisationen, die Sie unterstützen oder die Sie gegründet haben. Sagen Sie uns doch was zur Bedeutung von diesen internationalen Vernetzungen.

Heiko Schöning: Ja, das eine sind die Erkenntnisse. Ich sage eigentlich, wir müssen fünf Sachen machen. Das Erste: Wir müssen zeigen, daß es Verbrecher sind - und das zeigt dieses Buch, daß es Verbrecher sind und daß es auch ein organisiertes Verbrechen ist und jetzt ist dann auch die Frage: Was machen wir? Wie kommen wir denn in Aktionen hinein und da ist es wichtig, daß wir zusammenkommen; wir, zusammen und daß wir auch dagegen vorgehen. Und insofern hatte ich im Mai 2020 schon den "Außerparlamentarischen Corona Untersuchungsausschuß" ausgerufen und im Juni hatten wir schon die erste Auftaktsitzung mit den ersten Hearings.

Das ist auch in den DVDs hier auch nochmal mit drauf, also auch hier sind die Beweise mit abgebildet, daß man das sehen kann. Und wir haben in kurzer Zeit auch in Deutschland über 1.000 Ärzte zusammenbekommen, die sich namentlich offen auch auf der Website abgebildet haben, um zu sagen: "Die Maßnahmen, die hier getroffen werden, die sind absolut überzogen!" Und tatsächlich mehr noch - und das sagen wir auch mit der "World Freedom Alliance", also dem Dachverband der weltweiten Freiheitsbewegungen, die sich gegründet haben, daß wir es hier mit einem orchestrierten, weltweiten Verbrechen zu tun haben, und wir gehen sogar darüber hinaus, daß wir eine bessere Alternative anbieten.

Denn nicht nur die Probleme darzustellen, sondern gleichzeitig auch die Lösung. Und da hatte ich die Ehre, wie Sie richtig sagten, auch zum Vizepräsidenten dieser weltweiten Ärztesvereinigung dort zu werden und auch dieses Zusammenschlusses der Freiheitsbewegung. "The World Freedom Alliance.org".

Interviewer: Herr Schöning - vielen Dank, daß wir heute Ihr Buch besprechen konnten!

Ich wünsche Ihnen viel Erfolg damit, daß es möglichst viele lesen, daß es etwas ist, was die Menschen weiterbringt, daß es sie zusammenbringt. Ich kann mich dem nur anschließen. Wir werden das nur gemeinsam lösen, das Problem - oder gar nicht.

Das ist eine Jahrhundert-Chance. Das haben Sie auch im Vorgespräch gesagt, das ist etwas, was Hoffnung gibt, was wir den Menschen auch weitergeben möchten.

Gibt es noch etwas, was Sie abschließend den Zuschauern noch sagen wollen?

Heiko Schöning: Ja, absolut! Denn Sie haben völlig recht. Es ist tatsächlich so, daß wir jetzt die beste Chance seit über hundert Jahren haben, dieses System, dieses kriminelle System, in dem wir leben, dieses zu überwinden und nicht halt dieses kriminelle, oligarchische 'New Normal' anzunehmen; daß 'neue Normal', sondern tatsächlich ein besseres Normal zu kreieren; ein 'Better Normal'. Und dafür steht die "World Freedom Alliance" und dafür steht auch das Wirtschaftsprogramm "Wirkkraft - wirkkraft.org".

Wir haben also wirklich jetzt die beste Chance und der eigentliche Unterschied zu früheren

Jahren und Jahrzehnten, wo es auch schon Kriegslügen gegeben hat zu Millionen von Menschen, die schon getötet worden sind, ist, daß jetzt hier im Westen die Aufmerksamkeit da ist. Denn zu viele haben, ich auch, haben über die Jahrzehnte zu sehr weggeschaut bei diesem organisierten Verbrechen. Millionen von Toten in Vietnam, im Irak.

Hat es uns wirklich gekratzt? Haben wir da genug getan? Und jetzt sind wir selber dran. Und das ist die Hauptbotschaft. Wir müssen jetzt als verantwortliche Väter, Beamte, Offiziere, Ärzte - alle. Wir müssen jetzt zusammenkommen und sagen: Nein zur Mafia!

Denn irgendwann sind wir selber dran und das merken wir jetzt auch: wirtschaftlich und auch körperlich. Wir werden nicht nur bevormundet, sondern unser Leben ist in Gefahr und auch das unserer Familien. Deswegen jetzt zusammenstehen und tragen Sie einfach halt die Beweise, und die sind dort zusammengefaßt; quasi der Abschlußbericht des Corona-Untersuchungsausschusses - tragen Sie das weiter! Vielen Dank.

Interviewer: Ja, vielen Dank. Kla.tv bedankt sich bei Ihnen für diesen Tag!

Auf Wiedersehen.

Buch von Heiko Schöning: "GAME OVER. COVID-19 I ANTHRAX-01", September 2021.<<

11.10.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 11. Oktober 2021 (x1.000/...): >>>Blackout - Nächster Akt im globalistischen Planspiel?

Immer mehr Menschen erwachen und realisieren, daß sie dauerhaft ihrer Grundrechte beraubt und finanziell ruiniert werden. Die skrupellosen Profiteure geraten zunehmend in Bedrängnis. Drohen ihre hochkriminellen Machenschaften, die sie bisher mit Hilfe der Corona-Plandemie zu verschleiern suchten, aufzufliegen und müssen sie nun in einen brutalen "nächsten Gang" schalten, um die von ihnen angestrebte globale Neuordnung zu erreichen? Stefan Magnet von "AUF1-TV" zeigt bemerkenswerte Perspektiven für die kommenden Monate auf!

Stefan Magnet, österreichischer freier Journalist:

Die unermüdliche Aufklärungsarbeit in Sachen Coronabetrug trägt Früchte. Immer mehr Menschen erwachen, immer mehr Lügen fliegen auf, das System gerät in Bedrängnis und wir könnten unmittelbar vor jenem historischen Ereignis stehen, daß es nämlich eine Wende gibt. Aber was dann kommt, ist nicht die prompte Erlösung. Zuerst wird es noch einmal richtig heftig, denn wenn meine Vermutung stimmt, daß das Kartenhaus bald zusammenbrechen könnte, dann kommt zuvor noch ein riesiges Ablenkungsmanöver, ein nächster Akt im globalistischen Planspiel und das könnte alles Dagewesene an Brutalität, Leid und Entbehrung in den Schatten stellen.

Niemand von uns hat eine allmächtige Glaskugel, mit der er in die Zukunft schauen könnte. Aber Indizien haben uns bereits vor einem Jahr Zwangsimpfungen voraussehen lassen. Die Kombination von Informationen hat uns die Zeit, die wir im Herbst jetzt durchleben, bereits Monate zuvor erkennen lassen und wir waren nicht überrumpelt. Und so wage ich zu behaupten, daß auch absehbar ist, was uns demnächst drohen könnte. Dazu müssen wir aber in Möglichkeitsformen sprechen, laut denken, keine gedanklichen Tabus berücksichtigen, auch auf die Gefahr hin, daß uns manche wieder für verrückt erklären werden. Aber mal ehrlich, wie verrückt ist die Realität in diesen Tagen und hätte uns das jemand vor eineinhalb Jahren gesagt, hätte man ihn in die Klappe gesteckt.

Zur Sache: Ich habe bereits vor Monaten eine für gewöhnlich gut informierte Quelle zitiert, die mir gesagt hat, daß mit drastischen Einschnitten bis zur Bundestagswahl in Deutschland zugewartet wird. Denn die Stabilität Europas hängt an Deutschland und da ist eine starke Opposition, eine starke Gegenkraft im Parlament, durchaus nicht erwünscht. Also muß die Großwetterlage für das Wahlvolk sonnig oder zumindest milde sein, damit der einfache Bürger keinen Grund hat, eine Protestpartei zu wählen. Und das hat man getan, es blieb sehr ruhig. Was aber die Medien und etablierten Politiker uns schon so zwischen den Zeilen oder

auch ganz unverblümt ankündigen, da können wir, die wir uns informieren, schon ganz genau sagen, was kommen wird. Aber - können wir das wirklich?

Ich sage Nein. EXAKT vorhersagen können wir es nicht, denn wir haben eine ganze Bandbreite zur Auswahl. Im Raum steht natürlich eine brutale Eskalation rund um das Thema Impfpflicht. Es kann aber auch sein, daß ganz andere Dinge auf uns zukommen, um in die nächste Stufe zu schalten, es KANN sein. Im Raum steht etwa ein europaweiter Blackout oder eine massive Wirtschaftskrise, denn immer dann, wenn eine Situation zu Ungunsten der Strippenzieher kippen könnte, wechseln die Spieler das Spielfeld. Vergleichen sie nur die Situation mit den ständigen Kriegen des US-Imperiums. Immer wenn es in den USA im Inneren ungemütlich wurde, brach man einen neuen Krieg vom Zaun, mußte man eine weitere Nation befreien und schon war der nationale Schulteranschlag sichergestellt und alle Sorgen wurden vertagt.

Aber der Reihe nach. Machen wir einmal eine Standortbestimmung. Für mich ist längst klar und für sie auch:

Erstens: Die Corona-Panik war ein geplanter Verzweiflungsakt der Hochfinanz. Ablenkung vom vorhersehbaren Finanzcrash. Dem Virus wir die Schuld in die Schuhe geschoben und nicht kriminelle Spekulanten oder Bankster waren schuld. Wie sagte mir ein Bekannter so treffend: "Einen Virus können die Opfer der Finanzkrise immerhin später nicht aufhängen."

Wir wissen also, daß im Zuge von Corona unglaubliche Finanzverbrechen im gigantischen Stil verschleiert wurden und ein großer "Reset" - der "Great Reset" - Teil des Planes ist. Diesen Plan des "Great Reset" haben die Finanzeliten nicht nur deshalb erfunden, weil sie so maßlos sind, sondern auch, weil sie keine andere Wahl hatten. Immer, wenn der Zyklus des Zinsgeldes zu Ende geht, müssen die unglaublichen Geldmengen und Schulden entwertet werden. Das Spiel muß von neuem beginnen und diesmal sollte es nicht wie 1929 eskalieren. Diesmal sollte es geordnet ablaufen und sollte ihnen noch mehr unsagbare Kontrolle und Macht bescheren. Ob das Virus gänzlich im Labor gezüchtet oder nur rein zufällig schnell und genial ausgenutzt wurde, spielt dabei eine untergeordnete Rolle.

Zweitens: Corona ist nicht bald vorbei. Die Impfung ist ein wesentliches Instrument der Kontrolle und Unterwerfung und sie werden nicht ruhen, ehe 99 Prozent gespritzt sind. Es geht, wie ihr wißt, nicht um Gesundheit und deshalb wird auch kein neues natürliches Medikament ein Game-Changer sein. Das werden sie nämlich nicht zulassen, das wäre zu einfach.

Es muß der digitale Impfpfaß her, denn damit ist die Kontrolle allumfassend und aus dem digitalen Impfpfaß folgt dann der digitale Klimapfaß. Die Chinesen haben es ja wunderbar vorge-macht. Wer sich nicht artig benimmt, bekommt Punkteabzug und die Strafen lassen da nicht lange auf sich warten.

Dazu paßt dann auch das digitale Geld, welches immer offensichtlicher vorbereitet wird. Denn wer kein Bargeld mehr besitzt, wird einfach über sein Konto gesteuert. Werden dann die Leute rebellieren, weil ihnen das Bargeld genommen wird? Nein, auch wenn viele Experten das glauben. Ich glaube es nicht, denn die Feiglinge finden immer Ausreden, warum sie jetzt gerade keinen Widerstand leisten müssen. Und wenn sie dem Feigling das Bargeld wegnehmen und sein Digitalgeld an Bedingungen knüpfen, dann kann er noch immer mit dem Finger auf mich zeigen und sagen:

"Ja aber so wie dem, so wie dem soll es mir nicht gehen. Dem kürzen sie ja bei jedem poli-tisch nicht korrekten Sager das Geld und das Guthaben. Und dieser und jener Rebell hat ja nicht einmal mehr ein eigenes Konto und wird total vernichtet."

Und eines weiß die Finanzmafia, daß sie dem Sklavenvolk immer so viel zum Vegetieren überlassen müssen, daß die Feigheit und Gemütlichkeit obsiegt und die Leute immer Angst haben, daß ihnen auch das bißchen noch weggenommen wird. Auch hier der Vergleich mit dem Wirtschaftscrash der 1930er-Jahre. Dort waren die Menschen ausgesteuert, dort hatten

sie gar nichts, dort hatten sie Hunger. Also organisierten sie eine Revolution, ohne Rücksicht auf Verluste.

Drittens fliegt also der Coronabetrug auf. Unsere Aufklärungsarbeit in den letzten Monaten war enorm erfolgreich, enorm. Wir haben Millionen Menschen erreicht - IHR habt Millionen Menschen erreicht. Gerade die immer offensichtlicheren Impfschäden sprechen eine klare Sprache, die nicht mehr zu vertuschen ist. Und die offenen Lügen: Intensivbetten-Lüge, PCR-Test-Lüge, die Lüge, daß die Impfung ewig hält.

Jetzt brauchen wir doppelt Geimpfte, die dritte Impfung und ihnen dämmert es ja bereits, daß sie jährlich immer zwei, drei Auffrischungen brauchen. Und der Chef von Pfizer sagte ja ganz unverhohlen, daß das Spiel eben immer von vorne beginnen muß, wenn die Impfung eben nicht so hilft wie erhofft.

So sollen die Menschen zu wahren Impfjunkies gemacht werden. Und diese Prognose haben mir die Mainstreammedien besonders übelgenommen. Aber ich bleibe dabei: Die Masse soll zu Junkies gemacht werden. Abhängig und lebensunfähig ohne die Gen-Spritze! Das ist die Realität, so wird es kommen! Oder auch nicht, denn viele doppelt Geimpfte sind verärgert, wütend und enttäuscht. Sie fühlen sich betrogen und das völlig zu Recht.

Sie werden nun hunderttausendfach in die Verweigerung und schließlich in den Widerstand eintreten und sie sind an unserer Seite herzlich willkommen. Fliegt dann der Betrug auf? Gibt es dann die juristischen Tribunale, die ermitteln werden, wer welche Rolle gespielt hat, wer welche Verbrechen begangen oder begünstigt hat? Nein! Nein, noch nicht, denn ehe dieser Coronabetrug auffliegt und juristisch aufgearbeitet wird, wird von den Machteliten in die nächste Phase geschaltet.

Und auch hier: Sie werden Getriebene sein, sie werden es nicht freiwillig machen, sie werden DAS tun, weil sie keine andere Option haben. Sie werden alles daransetzen, nicht zur Verantwortung gezogen zu werden. Es geht um alles für sie. Sie bekommen auf normalem Weg ihren Kopf nicht aus der Schlinge. Und das ist niemandem so völlig glasklar bewußt wie den Betroffenen selbst. Was sollten sie denn sagen?

"Ach entschuldigt, daß wir Tausende auf dem Gewissen haben, weil wir eine experimentelle Gen-Impfung ohne jede Debatte auf die Bevölkerung losgelassen haben!"" "Ups, Millionen unfruchtbar, oder das Immunsystem auf Lebzeiten zerstört - wir waren schlampig, Verzeihung!" Oder: "Sorry, daß wir eine einst blühende Wirtschaftsmacht ruiniert haben und die Aufbauarbeit von Generationen binnen eines Jahres total vernichtet haben, so daß noch eure Enkelkinder die Schulden bezahlen müssen."? "Ups, leider haben wir eine ganze Generation psychisch kaputtgemacht. Wir versprechen es nie wieder zu tun."?

Nein, sie kommen da nicht raus, und sie müßten sich verantworten und das Volk würde sich nicht mit billigen Ausreden abspeisen lassen. Daher werden sie tun, was Kriminelle immer tun, wenn es eng wird: Sie versuchen, ihre Spuren zu verwischen, zünden gegebenenfalls Blendgranaten und starten ein Ablenkungsmanöver:

Mit dem irrationalen und verrückten Tankstellenmord diese Woche könnten sie den Auftakt gestartet haben. Ein Maskenverweigerer erschießt einen 20-jährigen Kassierer - ein Maskenverweigerer! Und schuld sind dann natürlich die Coronaleugner und Querdenker. Diese und ähnliche Schreckenstaten, von wem auch immer verübt, könnten instrumentalisiert werden, um gegen unsere Aufklärungsarbeit aggressiv und rücksichtslos vorzugehen. Das wäre EINE Option.

Es wäre aber auch möglich, daß urplötzlich der Währungs-crash eintritt, samt Hyperinflation und totaler Geldentwertung, oder es gibt eine nächste Pandemie, weil plötzlich die Alte ausgedient hat. Bill Gates hat es ja unzählige Male in verschiedenster Form angekündigt, daß die nächste Pandemie einzigartig wird. Eines der bekanntesten Videos ist jenes, wo er am Ende so verräterisch grinst. Ihr wißt schon, das nächste Virus "will get more attention this time" - wird

beim nächsten Mal mehr Aufmerksamkeit erhalten.

Bill Gates: "They took their experience in actually ... prepared and so they moved a lot faster ... and so we have to prepare for the next one that in I'd says ...will get attention this time."

Stefan Magnet: Oder? Und hier habe ich in den letzten Tagen vermehrt Indizien dafür gesehen und auch aus Insiderkreisen entsprechende Warnungen erhalten, oder es gibt tatsächlich ein Ereignis mit einem großflächigen langanhaltenden Stromausfall.

Dieses Szenario ist deshalb so beunruhigend wahrscheinlich, weil es von jenen angekündigt wurde, die uns auch Corona vorausgesagt haben, allen voran Klaus Schwab, unserem Weltwirtschaftsforum WEF - und auch Big Player wie Goldman Sachs warnten letzte Woche vor langanhaltenden Stromausfällen diesen Winter. Mit solchen Meldungen, so sagte mir einmal ein Freimaurer-Insider vor Jahren, damit warnen sie die unteren Gefolgsleute, daß es dort der Letzte kapiert, daß es jetzt bald losgeht. Nun ja, jedenfalls gab es wenige Monate vor Corona bekanntlich eine Virusübung des WEF, und auch diesen Sommer gab es eine Übung zu Cyberangriffen, genannt "Cyberpolygon".

Im Bewerbungsvideo im Vorfeld dieses Ereignisses hieß es: "Die Coronapandemie hat unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft im Kern erschüttert und uns gezeigt, wie verwundbar wir sind. In der digitalen Welt gibt es gleich mehrere Gefahren und Risiken in diesem Moment. Eine Cyberattacke mit coronaähnlichen Eigenschaften würde sich schneller weiterverbreiten als jeder biologische Virus. Die Reproduktionsrate - also die Verbreitung - wird zehnmal höher sein, wie beim Coronavirus." ...

Stefan Magnet: 10-mal schnellere Verbreitung als beim Coronavirus, also 10-mal heftiger in der Auswirkung.

Und auch Klaus Schwab, Gründer und geschäftsführender Vorsitzender des WEF, prophezeite in unverkennbar authentischem Englisch:

"Es wird immer noch nicht ausreichend darauf geachtet, daß es das erschreckende Szenario eines umfassenden Cyber-Angriffes gibt, welcher zum vollständigen Zusammenbruch der Stromversorgung, des Verkehrs, der Krankenhausleistungen, unserer Gesellschaft als Ganzes führt. Die COVID-19 Krise würde in dieser Hinsicht als eine kleine Störung wahrgenommen werden im Vergleich zu einem riesigen Cyber-Angriff."

Stefan Magnet: Im Vergleich zu einer Cyber-Attacke würde Corona nur als eine kleine Störung wahrgenommen werden und Klaus Schwab spricht von einem vollständigen Zusammenbruch, was dann ja wieder zum "Great Reset" passen würde, auf den gewisse Machteliten ohnedies hinauswollen, beziehungsweise eben müssen. Ein Beispiel, wie ein Stromausfall im großen Stil, wie das schief gehen könnte, war der Blackout in Dresden am 13. September: Zuerst war im Umspannwerk Dresden Süd der Strom weg, was nur eine Handvoll weitere Umspannwerke im Umfeld betroffen hatte.

Als der Betreiber "SachsenEnergie" einspringen und retten wollte, riß er größere Teile mit hinein in diesen Stromausfall. Ganz Dresden war stromlos, und auch in manchen Umlandgemeinden ging dann das Licht aus. Ähnlich kann es flächendeckend geschehen. Eine Region wird stromlos und beim Rettungsversuch werden weitere Regionen mitgerissen. Aufgrund des engen europäischen Netzwerkes würde im Falle eines länderübergreifenden Stromausfalls am Ende der europaweite Blackout stehen. Und die Gefahr, daß das System dann tagelang nicht mehr hochgefahren werden kann ist sehr groß, wie Experten versichern.

Der britische Inlandsgeheimdienst MI5 analysierte schon vor Jahren, daß westliche Gesellschaften binnen 48 Stunden in die Anarchie kippen würden, würden die gemeinschaftlichen Regelwerte, und dazu gehört auch Kommunikation und Strom, wegfallen.

Der Bestsellerautor des Buches "Blackout", Marc Elsberg, sagt:

Nach 2 Wochen Blackout sind wir zurück ins Mittelalter katapultiert. Nach 4 Wochen sind wir in der Steinzeit. Ich bitte Sie also, seien Sie auf ein solches Szenario, so gut es nur geht,

vorbereitet, egal wodurch ein Blackout ausgelöst wird, ob durch Netzüberlastung und einer Verkettung unglücklicher Zufälle, ob durch gezielten "Reset" der Mächtigen oder ob durch eine Cyber-Attacke.

Die Folgen wären verheerend. Wenn nach wenigen Tagen der Strom nicht anspringt, kommt es zu absoluten Kriegsszenen. Das will ihnen natürlich der Mainstream anders verkaufen und sie beruhigen. Aber wir wissen, was die totale Entsolidarisierung der Gesellschaft seit Jahrzehnten mit uns allen gemacht hat. Und dann kommt noch nach wenigen Tagen auch schon der Hunger dazu.

Ich komme nicht umhin, auch einen so furchtbaren wie unvorstellbaren Gedanken mit Ihnen zu teilen, nämlich, daß ein mehrwöchiger Blackout den Erfindern des "Great Reset" gut ins Konzept passen würde, und zwar aus mehreren Gründen. Der Ausfall des Stroms für Tage oder Wochen würde sehr viel zerstören wirtschaftlich und gesellschaftlich. Das Land versinkt in Bürgerkrieg und Anarchie, und der "Great Reset", die totale Zerschlagung Europas, würde in wenigen Tagen geschehen, schneller und effektiver wie in den letzten Tagen des 2. Weltkrieges.

Corona ist dann kein Thema mehr, und die Verantwortlichen wären fein raus. Es fragt niemand danach. So wie andere Probleme und Krisen durch den Corona-Lockdown-Schock nebensächlich wurden, so wäre Corona nebensächlich, wenn der Strom weg wäre und die Leute um ihre Existenz kämpfen müssen. Wer diesen Horror überlebt, wird jenen Führern zujubeln, die nach Tagen der Kälte und Dunkelheit den Strom wieder anschalten. Eine wahrhaft mesianische Auferstehung und selige Dankbarkeit für die Erlöser.

Auch das Internet kommt dann zurück, aber natürlich reglementiert, und jeder, der es benutzen möchte, muß sich voll registrieren, und jede Bewegung im Netz wird dokumentiert, man will ja schließlich nie wieder, daß Hacker die Anonymität des Internets ausnutzen, und brave Bürger haben ja wohl nie etwas zu verbergen - ihr wißt schon.

Es geht doch, das haben wir Stück für Stück begriffen, um die Digitalisierung unseres Lebens und somit um die totale Kontrolle aller Individuen. Wer nur mehr digitales Geld hat, wer alle seine Daten digital speichert, wer dauerüberwacht ist, der ist auch dauerhaft kontrolliert und unter der Kontrolle der alles überblickenden Matrix. Und - so ehrlich muß man sein - ein solch monströser Blackout würde diese Entwicklung massiv beschleunigen.

Aber, wie gesagt, heute sprechen wir in irrationalen Möglichkeitsformen, die Ihnen helfen sollen, Ihr Bewußtsein und Ihre Planung zu erweitern. Denn, und jetzt kommen wir zu einem wichtigen Punkt, viele wissen über diese Gefahren Bescheid, sind aber nur sehr unzulänglich vorbereitet. Denken Sie bei einem Blackout bitte nicht nur in 2, 3 Tagen.

Seien Sie auf alles vorbereitet, Vorbereitung ist nämlich alles. Denken Sie die Szenarien einmal genau durch, machen Sie sich einen Plan, sprechen Sie mit Ihren Liebsten, verbünden Sie sich zu Wehrgemeinschaften mit anderen, vernetzen Sie sich und schaffen Sie genügend Vorräte an. Wenn Sie es nicht brauchen, dann war es trotzdem das beste Investment Ihres Lebens. Das sage ich nicht nur, weil ich aus tiefster Überzeugung die menschliche Spezies am Leben erhalten möchte, das sage ich vor allem Ihnen, werter Seher, denn ich möchte, daß die bereits Aufgewachten und Aufgeklärten einen entscheidenden, vielleicht überlebenswichtigen Vorteil in der kommenden Zeit haben werden.

... Es geht jetzt darum, Eigenverantwortung zu übernehmen. Nicht raus aus dem System und gleich wieder rein ins nächste betreute Denken. Wir regen euch an, wir weisen euch auf Dinge hin, aber tun und machen müßt ihr selbst, ihr selbst! Eine Dame sagte mir: "Es klingt das alles durchaus glaubhaft, aber man will es nicht glauben. Wo sind nur die guten alten Zeiten hin, wo wir uns um gar nichts die letzten Jahrzehnte Gedanken machen mußten und wo alles einfach so lief."

Ja, das ist ja genau der Fehler, das war genau der Fehler. Wann jemals in der Geschichte war

Nicht-Denken von Vorteil? Das ging ja auf Dauer nie gut. Nie zu Gunsten der Nicht-Denker. Denn irgendwer dachte und lenkte dann eben für sie und das sehr oft nicht zu ihrem Vorteil. In der Ur-Demokratie der Indianer oder Germanen, da war echte und aktive Anteilnahme von Nöten. Im Thing, also in der Volksversammlung, da mußte man seinen Mann stehen und seine Meinung vortragen und vertreten. Da gingen Verantwortung und Mitsprache Hand in Hand. Unsere Altvorderen empfanden das als wahre Freiheit.

Später dann kam die Aufteilung, Herren und Knechte. Die Obrigkeit, der Adel bestimmte über alle anderen und das Fußvolk - also zu Füßen der Herrscher - das mußte tun, was die da oben entschieden. Und angenehm war das immer nur dann, wenn gute und tüchtige Herrscher an der Macht waren, und das war beileibe nicht immer so. Heute gaukelt uns das globalistisch-parlamentarische System vor, daß wir uns um gar nichts kümmern müßten. Wir müssen nur konsumieren und lustig sein. Und die da oben, die richten das dann schon für uns, und die meinen es immer und ausschließlich gut mit uns.

Aus diesem Traum sind glücklicherweise schon Millionen erwacht und es werden täglich mehr. Die Guten haben sich zu lange zurückgenommen und waren passiv. Das hat sich bitter gerächt, und das müssen wir jetzt wieder geraderichten. Ohne Anteilnahme am Gemeinwesen, ohne Engagement und Solidarität wird es in Zukunft nicht mehr gehen. Das müssen wir jetzt in diesen krisenbeladenen Zeiten, in diesem Transformationsprozeß schmerzhaft, wirklich schmerzhaft lernen.

Unsere Aufklärungsarbeit war sehr erfolgreich und darum treten wir bald in die nächste Phase ein. Ich suche die ganze Zeit nach einem passenden Gleichnis, aber es will mir nicht so recht gelingen. Und so versuche ich es mit einem Computerspiel meiner Kindheit, denn ich gestehe, daß ich zu den seltenen Exemplaren gehöre, die seit wohl 15, 20 Jahren nicht mehr Computerspiele gespielt haben. Aber damals jedenfalls gab es in der Computersteinzeit das Spiel "Super-Mario". Mario erobert Welten und kommt am Ende zu einem bösen Herrscher. Und als er den bezwungen und besiegt hat, dann kommt er nicht sofort in die Freiheit, sondern er kommt in die nächste Welt, mit einem noch böseren und noch mächtigeren Herrscher. Bis er zum Endgegner kommt.

Erst, wenn dieser bezwungen ist, hat er gesiegt. Und so ähnlich ist das jetzt bei uns. Corona und die ganzen Lügen rundum, das Virus war noch nicht der Endgegner. Weil wir diese erste Etappe bald genommen haben werden, werden wir in die nächste Etappe eintreten. Dieser Weg ist unvermeidbar, und das ist wichtig für uns zu wissen, denn dann können wir uns emotional vorbereiten.

Laßt euch nicht einschüchtern! Jedes weitere Hindernis ist eine Stufenleiter, an der wir emporsteigen. Wenn wir zweifeln und aufgeben, wer sollte dann noch da sein, wer sollte dann noch aufrecht stehen? Wir haben so viel erreicht. Was jetzt kommt, kommt vermutlich auch deshalb, weil wir so erfolgreich waren. Wir gehen weiter voran! Wir bleiben standhaft und siegreich! Mag kommen, was da wolle.

Quellen/Links: [<<https://www.auf1.tv/stefan-magnet-auf1/heftiger-herbst-die-lage-wird-ziemlich-sicher-eskalieren/>>](https://www.auf1.tv/stefan-magnet-auf1/heftiger-herbst-die-lage-wird-ziemlich-sicher-eskalieren/)

13.10.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtet am 13. Oktober 2021 (x1.000/...): >>>Pressekonferenz - Verdacht auf Verbrechen erhärtet sich

Besorgniserregende Inhaltsstoffe in Covid-Impfstoffen, Immunsystemschwächung, vermehrtes Krebswachstum oder Blutgerinnselbildung als Reaktion des Körpers auf die Impfung - das sind die Untersuchungsergebnisse von Pathologen und Medizinern aus aller Welt.

Auf einer Pressekonferenz am 20.9.21 in Reutlingen wurden der Öffentlichkeit davon eindrucksvolle Bilder und Fakten präsentiert. Diese mRNA-Impfungen seien ein Verbrechen an der Menschheit. Rechtsanwälte fordern deshalb einen sofortigen Impfstopp und das Tätigwer-

den des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag.

"Tod durch Impfung/Undeklarierte Bestandteile der Covid-19-Impfstoffe" war der Titel der Pressekonferenz von namhaften Pathologen, Mediziner, Wissenschaftlern sowie Juristen, am 20.9.2021 in Reutlingen. In einer mehr als dreistündigen Live-Präsentation machten sie Schäden, die durch die Impfung entstehen, deutlich sichtbar.

Ihr Fazit:

Die Covid-19-Impfungen müssen sofort gestoppt werden, anstatt sie jetzt auch noch an Kinder zu verabreichen. Nach Aussagen der anwesenden Rechtsanwälte erhärte sich der Verdacht, daß es sich hier um ein Verbrechen handelt.

Prof. Dr. Werner Bergholz, ein Spezialist für Qualitäts- und Risikomanagement, wertete Statistiken zur Coronakrise aus und hat seine Ergebnisse bereits zweimal dem Gesundheitsausschuß des Bundestages vorgelegt. Er sagte auf der Pressekonferenz:

"Wir haben ein Problem."

"Wir hatten von 2000 - 2020 pro Jahr ca. 40 Mio. Impfungen und ca. 20 Verstorbene, korrekt ausgedrückt, in engem zeitlichem Zusammenhang mit der Impfung. Dieses Jahr, bis einschließlich 31. Juli, haben wir 1.230." ... "Das ist also kein leichter Anstieg. Das ist ein dramatischer Anstieg."

Das sind die Zahlen für Deutschland. In ganz Europa gibt es laut EMA-Datenbank schon über 14.000 Verstorbene im Zusammenhang mit der Covid-Impfung.

Der Pathologe Prof. Schirmacher veröffentlichte im Ärzteblatt, daß er 40 Leichname obduziert hatte, die innerhalb von 14 Tagen nach der Covid-Impfung verstorben sind.

Bei 30 - 40 % gibt es einen Zusammenhang mit dieser Impfung.

Laut Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts gibt es in Deutschland 200 schwere Nebenwirkungen bei Kindern nach der Impfung und einen Todesfall.

Die Europäische Arzneimittelbehörde gibt für Europa 2.000 schwer geschädigte Kinder und 39 Todesfälle an. Das alles seien Gründe, eine Risikobewertung für die Covid-Impfungen vorzunehmen, meint Prof. Bergholz.

Hierfür spielen Obduktionen eine wichtige Rolle, um zu klären, ob es einen Zusammenhang zwischen Todesfällen und Impfung gibt.

Noch 1997 sah auch das Robert-Koch-Institut diese Notwendigkeit und forderte: "Plötzliche, vermutlich infektionsbedingte Todesfälle sollte man auf jeden Fall mittels Autopsie zu klären suchen." 2020 vollführte es dann eine Kehrtwende: Obduktionen von Corona-Toten wurden verhindert.

Die Pathologen Prof. Burkhardt und Prof. Lang haben 10 Obduktionsfälle nach Covid-Impfungen ausgewertet. Sie kommen zum Ergebnis, daß es einen "Lymphozyten-Amok" als Reaktion des Körpers auf diese Impfungen gibt. Dabei kommt es zum massenhaften Angriff von Lymphozyten, besonders auf die Lunge und auf das Herz, aber auch auf alle anderen Organe, und führt dort zu Entzündungen und Organversagen.

Diese beunruhigenden Ergebnisse und Fakten sprechen eine klare Sprache.

Als mögliche Corona-Impfnebenwirkungen mit Todesfolge geben sie an:

- Autoimmunerkrankungen
- Verminderung der Immunkapazität
- Förderung des Krebswachstums
- Gefäßschädigungen
- Verklumpungen der roten Blutkörperchen

Besorgniserregend sind Aufnahmen, die von Ärzten aus einem internationalen Netzwerk kommen. Sie untersuchten Impfstoffreste unter dem Mikroskop und zeigen dutzende Bilder von anorganischen Partikeln unterschiedlichster Form und Größe, die von den Herstellern bis jetzt nicht deklariert wurden.

Diese Partikel sind teilweise scharfkantig, oft dreieckig, teilweise sind sie auch lang und kettenförmig, manchmal haben sie eine innere gleichmäßige Struktur oder sind durchsichtig. Viele von ihnen bewegen sich von selbst. Nach dem Trocknen des Präparats sehen einige aus wie ein Computerchip.

Weiterhin wurden in den Impfungen Hilfsmittel und Begleitstoffe gefunden, wie z.B. Graphenoxid, Aluminium, Chrom, Nickel und Formaldehyd, wovon einige als krebserregend bekannt sind. Und auch hier stellen sich Fragen nach Sinn und Zweck dieser Stoffe in einem vorgeblichen Impfstoff.

Rechtsanwalt Elmar Becker hält es aus ethischen, wissenschaftlichen und rechtsstaatlichen Gründen für unverzichtbar, daß der Impfbzusammenhang bei Verstorbenen erforscht wird. "Ich nehme es nicht hin, daß der Staat untätig bleibt."

Auch Prof. Bergholz sieht den Staat, das Paul-Ehrlich-Institut, die Bundesanstalt für Materialprüfung, aber auch die Hersteller des Impfstoffs in der Pflicht, über diese Dinge aufzuklären.

Rechtsanwalt Holger Fischer spricht eine eindringliche Warnung an alle Verantwortlichen aus:

"Wer das hier weiter betreibt, obwohl sie das wissen, was wir hier heute breitgetreten haben, der macht sich strafbar. Der kann nicht sagen, er hat am Ende nicht vorsätzlich oder wenigsten bedingt vorsätzlich gehandelt. Und das, was wir hier erleben, nennt sich Verbrechen gegen die Menschlichkeit: "Auslöschung". Hier werden Menschen ausgelöscht."

Er fordert, Den Haag müsse ermitteln. Behandelnde Ärzte sind aufgerufen, Zeugenaussagen über das Leiden ihrer Patienten nach den Impfungen in Den Haag einzureichen.

"Unsere Regierung und die Mitglieder unserer Regierung und andere, vom Paul-Ehrlich-Instituts wie auch von der EMA, machen sich strafbar und sie werden nicht entkommen."

Quellen/Links: [https://odysee.com/@Wahrheitssuche:42/Undeklarierte-Bestandteile-der-COVID19Impfstoffe-PathologieKonferenz:2 ...<<](https://odysee.com/@Wahrheitssuche:42/Undeklarierte-Bestandteile-der-COVID19Impfstoffe-PathologieKonferenz:2...<<)

15.10.2021

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 15. Oktober 2021 (x1.054):

>>Die Bargeldabschaffung

Über den Umweg von "Obergrenzen" wollen die Feinde des alten Gelds ihren Traum realisieren und unseren Zahlungsverkehr komplett überwachbar machen.

von *Hansjörg Stützle*

Am 20. Juli 2021 beherrscht folgende Schlagzeile die Medien: "EU will eine Bargeldobergrenze von 10.000,- Euro einführen." Die Argumentation hierfür ist wie seit vielen Jahren immer die gleiche: Kampf gegen Geldwäsche und Terrorismus. Was sich dahinter verbirgt, welche verborgenen Mächte diese Forderung stetig vorantreiben und welche gravierenden Auswirkungen dies auf unser Bargeld hat, beleuchtet dieser Artikel.

Keiner will das Bargeld abschaffen! Bargeldabschaffung ist Verschwörungstheorie. Ein Bargeldverbot will keiner und wird auch nicht kommen. Diese oder ähnliche Aussagen werden uns seit Jahren mantramäßig eingetrichtert. Aber wie ist hierzu die Realität?

Eine Bargeldobergrenze ist bereits ein Bargeldverbot

Wußten Sie, daß eine Bargeldobergrenze bereits einem Bargeldverbot gleichkommt? Ja, Sie haben richtig gelesen. Bei einer Bargeldobergrenze von zum Beispiel 10.000,- Euro ist es gesetzlich verboten, Waren, Dienstleistungen und Güter ab diesem Betrag bar zu bezahlen.

Der Begriff Bargeldobergrenze verschleiern nämlich die wahre Bedeutung des Wortes. Es müßte Bargeldverbot ab 10.000,- Euro heißen. Aber solch eine klare und ehrliche Ausdrucksweise läßt sich nicht gut verkaufen.

Aber Hand aufs Herz: Wen kümmert es, wenn es verboten ist, Beträge ab 10.000 Euro bar zu bezahlen? Wann ist das bei Ihnen das letzte Mal vorgekommen? Vermutlich gar nicht oder nur äußerst selten. Also - wo liegt das Problem?

Schaut man hinter die Kulissen und berücksichtigt die Entwicklungen zur Bargeldabschaffung über die Jahre, dann merkt man schnell, daß die Idee einer Bargeldobergrenze nicht neu ist. So begannen die ersten Länder in Europa ab 2004 Bargeldobergrenzen einzuführen.

Heute, im Jahr 2021 sind es schon mindestens 14 Länder in Europa, die solche Bargeldobergrenzen eingeführt haben, beispielsweise Belgien 3.000 Euro, Spanien 2.500 Euro, Italien 2.000 Euro, Frankreich 1.000 Euro und Griechenland sogar nur 500 Euro. In all diesen Ländern und vielen mehr gibt es also schon heute ein Bargeldverbot ab diesen Grenzen. Griechenland wollte die Bargeldobergrenze im Jahre 2020 sogar schon auf 300 Euro senken. Dies konnte nur abgewendet werden, weil der 500-Euro-Schein noch gesetzliches Zahlungsmittel ist. Und somit ist eine Bargeldobergrenze unter 500-Euro aktuell rechtlich nur schwer durchzusetzen.

Aber auch hierfür wurden schon Vorbereitungen getroffen. So gibt die Europäische Zentralbank (EZB) seit Ende 2018 keine 500-Euro-Scheine mehr heraus. Er ist somit zu einem Auslaufmodell geworden. Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis der 500-Euro-Schein den Status eines gesetzlichen Zahlungsmittels verliert. Dann ist der Weg frei, die Bargeldobergrenze leicht auf 200 Euro zu senken. Der Wunsch danach ist groß, Griechenland hat diesen bereits geäußert.

Die EU-Kommission folgt offensichtlich auch nicht der Idee, die Bargeldobergrenze auf 10.000 Euro zu belassen. In ihrem Vorschlag äußert sie, daß Staaten, die ein niedrigeres Limit bereits eingeführt haben, dieses belassen können. Dies spricht Bände!

Bemühungen zur europaweiten Bargeldobergrenze

Auch die Idee einer europaweiten Bargeldobergrenze ist nichts Neues. Im Jahr 2016 hat unser ehemaliger Finanzminister Dr. Wolfgang Schäuble eine Bargeldobergrenze von 5.000 Euro europaweit gefordert. Mit diesem Versuch ist er jedoch kläglich gescheitert.

So äußerte sich hierzu der frühere Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Hans-Jürgen Papier, daß eine Beschränkung von Barzahlungen verfassungswidrig ist: "Dies wären nicht gerechtfertigte Eingriffe in Freiheitsrechte, nämlich in die Vertragsfreiheit und Privatautonomie."

Das Zauberwort für die Durchsetzung von Bargeldgrenzen ist immer das gleiche: Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismus et cetera. Bemerkenswert hierzu ist die Aussage von Bundesbank-Vorstand Johannes Beermann: "Bislang gibt es keinen wissenschaftlich fundierten Beleg, daß mit Barzahlungsobergrenzen das Ziel erreicht wird, Geldwäsche zu bekämpfen."

Wir haben schon seit 2004 Länder in Europa, die Bargeldobergrenzen eingeführt haben und es konnte bisher nicht wissenschaftlich nachgewiesen werden, daß damit dieses Ziel erreicht werden kann. Und trotzdem versucht die EU, solch eine Bargeldobergrenze europaweit einzuführen. Steht hinter den EU-Plänen vielleicht doch ein ganz anderes Ziel?

Um Ihnen hierzu einen weiteren Hinweis zu geben, möchte ich nachfolgend einige Passagen aus einem IWF-Arbeitspapier zitieren. Ich verspreche Ihnen: Das, was Sie jetzt lesen werden, werden Sie nicht glauben können:

Die Agenda zur Bargeldabschaffung

"... völlige Bargeldlosigkeit sollte phasenweise in Schritten vollzogen werden. Die Abschaffung des Bargeldes könnte auf anfänglich völlig unumstrittenen Schritten basieren, wie große Banknoten abzuschaffen, eine Obergrenze für Bartransaktionen einzuführen und das Registrieren von Bargeldbewegungen über die Grenzen. Weitere Schritte könnten beinhalten, daß man wirtschaftliche Anreize einführt, um Bargeldtransaktionen zu reduzieren, indem man das Eröffnen und Verwenden von Konten, von denen man bargeldlos überweisen kann, vereinfacht und das Finanzsystem weiter computerisiert."

"Es ist vorzuziehen, daß der private Sektor die Bargeldabschaffung betreibt und nicht der staatliche Sektor. ... Wenn der Staat die Abschaffung des Bargeldes betreibt, erscheint es

fragwürdiger und die Leute könnten Einwände dazu haben. ... Auf jeden Fall sollte der verführerische Versuch, das Bargeld durch ein Dekret abzuschaffen, verhindert werden, wenn man bedenkt, wie sehr die Leute das Bargeld mögen. Eine PR-Kampagne ist notwendig, um irgendwelche Verdachtsmomente bezüglich der Bargeldabschaffung zu beschwichtigen, ganz besonders die Idee, daß die Behörden versuchten, alle Aspekte vom Leben der Leute zu kontrollieren, insbesondere ihren Gebrauch von Geld oder die Idee, daß ihr persönlich Erspartes in Banken gezwungen würde.

Die Bargeldabschaffung würde mehr Zugkraft gewinnen, wenn der Prozeß auf individuellem Konsumentenwillen und Kostenvorteilen bestehen würde."

"Koordinierte Anstrengung bei der Bargeldabschaffung könnte die positiven Wirkungen verstärken und mögliche Kosten reduzieren.

Mindestens auf der Ebene der führenden Länder und der führenden Währungen sollten Behörden ihre Bargeldabschaffungsanstrengungen koordinieren.

Solch eine Koordination ist ganz speziell wichtig bei der Entscheidung, größere Banknoten bei allen wichtigen Währungen abzuschaffen, Obergrenzen und andere Restriktionen für Bartransaktionen festzulegen und Meldepflichten für Bartransaktionen oder ihre Besteuerung einzuführen. Innerhalb eines Währungsraumes wäre es sinnvoller, Richtlinien für den ganzen Raum festzulegen statt nur für einzelne Länder. Und schlußendlich ist eine Übereinstimmung zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor und eine PR Kampagne über die Vorteile und die Vorgehensweise bei einer graduellen Abschaffung eine unerläßliche Grundvoraussetzung beziehungsweise Schlüsselfunktion für einen Erfolg."

Sie können nicht glauben was Sie gerade gelesen haben? Dann empfehle ich Ihnen, es direkt auf der Seite der IWF nachzulesen: IWF-Arbeitspapier WP/17/71, Absätze 52, 53 und 56.

Hellseherische Fähigkeiten

Vor kurzem hat mir ein Leser meines Buches "Das Bargeldkomplott" folgendes Feedback gegeben:

"Herr Stütze, Sie haben hellseherische Fähigkeiten. Wie konnten Sie all das wissen, was nach Veröffentlichung Ihres Buches zur Bargeldabschaffung tatsächlich geschehen ist?"

Ich versichere Ihnen, daß ich keine hellseherischen Fähigkeiten habe. Man muß nur die Daten und Fakten recherchieren und zusammentragen. Wie bei einem Puzzle ergibt sich dann ein immer deutlicheres Bild, wenn man kontinuierlich ein Puzzle-Stück nach dem anderen zusammenfügt. Aber den Plan der Bargeldabschaffung so klar und prägnant zu beschreiben, wie es der IWF in seinem Arbeitspapier gemacht hat, hätte ich nicht können.

Was können wir tun?

Es ist mehr als offensichtlich, daß die geplante Bargeldobergrenze von 10.000 Euro nur der erste Schritt sein wird und danach die Grenzen kontinuierlich gesenkt werden. Ich persönlich hätte nicht einmal ein Problem damit, wenn solch eine Bargeldobergrenze eingeführt wird. Aber das Problem ist, daß wir Bürger immer nur Versprechungen, aber nie Garantien erhalten. Eine gesetzliche Garantie für unser Bargeld zum Beispiel im Grundgesetz oder in den EU-Verträgen wird nicht gegeben. Das wird gemieden wie der Teufel das Weihwasser.

Sie beruhigen und besänftigen uns und gehen ein Schritt nach dem anderen in Richtung Bargeldabschaffung.

Deshalb müssen wir bei solchen Forderungen immer eine Gegenleistung verlangen nach dem Motto: Gerne könnt ihr die Bargeldobergrenze einführen, aber nur wenn ihr uns jetzt Garantien für den Erhalt des Bargeldes gebt.

Auf meiner Aufklärungsplattform bargeldverbot.info finden Sie nicht nur weitere Informationen zu diesem Thema, sondern auch insgesamt 15 Lösungen zum Erhalt des Bargeldes, die Sie nutzen können. Hier einige Lösungs-Beispiele:

Zahlen Sie so oft wie möglich bar

Jeder Geldschein ist wie ein Wahlschein und Sie sagen damit täglich "JA" zu Bargeld. Reden Sie darüber, warum Sie das tun. Viele Personen verzichten zudem auf die Herausgabe des Restgeldes und stärken damit Bargeld. Vielleicht auch eine Idee für Sie?

Zeigen Sie Flagge

Zeigen Sie Flagge und beziehen Sie Position für unser Bargeld. Drei Flaggen stehen Ihnen zur Auswahl. Diese können Sie ganz einfach über Ihre sozialen Medien mit einem einzigen Mausklick teilen und somit in Sekundenschnelle in Ihrem Wirkungskreis und Umfeld verbreiten und Position beziehen. ...

Hansjörg Stützle, Jahrgang 1970, arbeitete nach seiner Fachausbildung im väterlichen Beratungsunternehmen für integrale Unternehmensentwicklung. Er erforschte die Grundwahrheiten des Geldes und bündelt dieses Wissen in seinem Projekt "WertVoll Leben", das er in Vorträgen, Seminaren und Ausbildungsreihen der Allgemeinheit zur Verfügung stellt. Er setzt sich für den Erhalt des Bargeldes ein und arbeitete drei Jahre lang an dem Buch "Das Bargeldkomplott", in dem er 15 Jahre Recherche zur schleichenden, aber keineswegs zufälligen Abschaffung des Bargeldes dokumentiert.<<

23.10.2021

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/20291" berichtet am 23. Oktober 2021 (x1.049/...): >>"Zwangsherrschaft" - Das wahre Gesicht der neuen Weltordnung

Die Welt befindet sich gegenwärtig in einem historischen Umwandlungsprozeß, da unser Finanz- und Wirtschaftssystem zu kollabieren droht. Die Finanzelite setzt daher alles daran, eine neue Weltordnung in ihrem Sinne aufzurichten. Allerdings scheint deren wahrer Charakter alles andere als verheißungsvoll zu sein.

Die Welt befindet sich gegenwärtig in einem unaufhaltsamen historischen Umwandlungsprozeß, der laut dem Finanzexperten Ernst Wolff nicht rückgängig gemacht werden kann. Die Ursache dafür ist, daß unser Finanz- und Wirtschaftssystem zu kollabieren droht und in seiner jetzigen Form nicht überlebensfähig ist. Deshalb setzt die Finanzelite aktuell alles daran, eine neue Welt- und Wirtschaftsordnung in ihrem Sinne aufzurichten.

Dies wird derzeit auf vielfältige Weise vorbereitet, wobei immer wieder die gleichen Namen auftauchen: Das World Economic Forum, kurz WEF, die Rockefeller Foundation und die Bill & Melinda Gates Foundation. Auch die weltweiten Zentralbanken spielen dabei eine wichtige Rolle. Verpackt wird die Neuordnung in einer verheißungsvollen Agenda wie z.B. dem "Great Reset" oder der "Agenda 2030". In dieser Sendung werden verschiedene Merkmale beleuchtet, die aufzeigen, daß deren wahrer Charakter jedoch alles andere als verheißungsvoll ist.

CBDC - das drohende Zwangsgeldsystem

Als Reaktion auf den drohenden Zusammenbruch des Finanzsektors arbeiten inzwischen alle großen Zentralbanken der Welt mit Hochdruck an der Einführung eines neuen Geldsystems - der digitalen Zentralbankwährung oder auf Englisch CBDC (=Central Bank Digital Currency). Dieses soll ausschließlich in digitaler Form existieren und zentral über Konten bei einer Zentralbank verwaltet werden. Eine wirkliche Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Banken bzw. dem Bezahlen mit Bargeld oder mit Karte wird es somit nicht mehr geben. Durch dieses zentralisierte und alternativlose Geldsystem kann die Menschheit dann in jeder Hinsicht bestimmt werden.

So kann dieses Geld mit einem Verfallsdatum versehen oder auch zweckgebunden ausgegeben werden. Auch wird es möglich sein, bei mangelndem Wohlverhalten Auszahlungen oder Überweisungen zu verweigern, oder das Konto vollends zu sperren. Da das Bezahlen der Zukunft mittels Handyberührung oder durch den Scan eines QR-Codes erfolgen soll, wird diese Kontrolle nicht allein durch den Staat, sondern zunehmend durch die großen IT-Konzerne erfolgen. Dies hat zur Folge, daß Regierungen so teilweise entmachtet werden, während die Digitalkonzerne und die dahinterstehende Finanzelite weiter an Einfluß zunehmen.

Angesichts dieser Risiken würden die meisten Menschen unter normalen Umständen ein solches Geld nicht akzeptieren. Doch wie sieht es aus, wenn infolge der Corona-Maßnahmen die Wirtschaft in die Knie gezwungen wird, reihenweise vor allem mittelständische Betriebe Bankrott gemacht und so Arbeitsplätze in riesigem Ausmaß vernichtet werden? Was ist, wenn die Staatskassen geplündert und die Staaten hoffnungslos überschuldet sind und ein komplettes Chaos droht?

Wenn dann der Bevölkerung ein neues Geldsystem, verbunden mit einem bedingungslosen Grundeinkommen, als Rettung und Neuanfang angeboten wird, würden sie dieses mit großer Wahrscheinlichkeit akzeptieren. Die durch die Lockdowns verursachten gravierenden wirtschaftlichen und sozialen Schäden könnten somit geschickt genutzt werden, um dieses Zwangsgeldsystem zu errichten.

Sudan - Kontrolle mittels universellem Grundeinkommen

Seit 2017 wird die Idee eines universellen Grundeinkommens u.a. durch das World Economic Forum WEF, die Weltbank und die Bill & Melinda Gates Stiftung vorangetrieben. Erklärtes Ziel ist u.a. die "finanzielle Inklusion" (allen Menschen den Zugang zu Finanzdienstleistungen zu verschaffen). Dies bedeutet jedoch nicht die Chance auf ein individuelles Bankkonto, sondern jeden "ins System zu bringen", wie der Chef von Paypal, Dan Schulman, bereits 2015 definiert hat. Was das bedeutet, läßt sich im Sudan beobachten.

Dort wird versucht, eine teilweise rebellische und fundamentalistische Bevölkerung von gut 32 Millionen Menschen mit einem allgemeinen Grundeinkommen von fünf Dollar im Monat an die digitale Leine zu legen. Voraussetzung für dieses Einkommen ist die biometrische Erfassung jedes Empfängers und die Auszahlung per Handy.

Auf diese Weise soll die Bevölkerung vollständig erfaßt und dann über das Handy kontrolliert werden. Durch den Entzug der digitalen Almosen bei regelwidrigem Verhalten kann sie dann auch beliebig "erzogen" werden. Damit steckt hinter der verheißungsvollen Fassade eines bedingungslosen Grundeinkommens nicht ein Programm zur Weltverbesserung, sondern ein perfider Plan zur Überwachung und Steuerung der gesamten Weltbevölkerung.

ID2020 - Der Plan zur Totalüberwachung

Nach Plänen der EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sollen alle EU-Bürger eine digitale Identität erhalten. Diese soll genutzt werden, um in allen Staaten der EU ohne zusätzliche Kosten und Bürokratie problemlos alles tun zu können - vom Steuern zahlen bis zur Wohnung mieten. Dazu sollen Informationen wie der Impf- und Finanzstatus, aber auch Daten von Facebook oder dem Smartphone erfaßt werden. Als "Ausweis" sollen biometrische Daten wie der Fingerabdruck oder das Gesicht gelten, um sogar Reisen ohne Paß zu ermöglichen.

Was der Bevölkerung im Namen von Fortschritt und Sicherheit vorgestellt wird, ist jedoch die exakte Umsetzung der Agenda des "Great Reset" und der "Vierten Industriellen Revolution" des World Economic Forum WEF. Danach soll die ganze Menschheit im Rahmen der ID2020 Initiative eine einheitliche digitale Identität erhalten. Das Gefährliche daran ist die Schaffung zentraler übernationaler Datenbanken. Durch diese können multinationale IT-Konzerne, Geheimdienste und Polizeibehörden jegliches Handeln der Menschen weltweit erfassen und alle dort Gespeicherten auch problemlos identifizieren. Die ID2020 erweist sich somit als riesiger Schritt zur totalen Überwachung und Kontrolle der Menschheit.

Private Weltpaßbehörde in Vorbereitung

Um im Zuge der Corona-Pandemie wieder problemlos reisen zu können, verkündete im Oktober 2020 die von der Rockefeller Foundation gegründete "Commons Project Foundation" gemeinsam mit dem WEF den Start des neu entwickelten "CommonPass". Dieser Paß ist kein physisches Dokument und keine App im eigentlichen Sinn. Er ist wie eine Meta-App auf dem Smartphone, die all die Apps von Fluggesellschaften, Reiseunternehmen und Regierungsbe-

hörden weltweit nutzt, um die Daten von Reisenden standardisiert zu speichern und zu überprüfen. D.h., der "CommonPass" soll in Zukunft eigenständig prüfen, ob die Einreisebedingungen erfüllt sind und nicht mehr die einzelnen Staaten.

Darüber hinaus können in den "CommonPass" beliebige Daten wie z.B. Identitätsnachweis, Reisehistorie, Bankdaten oder die Gesichts- und Stimmerkennung integriert werden. Auf diese Weise soll das Smartphone in Zukunft zu einem äußerst umfassenden und weltweit funktionierenden "Paß" werden, dessen Nutzung auf alle Lebensbereiche ausgedehnt werden kann. Auf diese Weise werden die nationalen Regierungen umgangen und entmachtet, während die IT-Konzerne, die den "CommonPass" entwickeln und verwalten, quasi zu einer privaten Weltpaßbehörde werden. Somit wird auch mit diesem Projekt die Corona-Krise geschickt genutzt, um die neue zentralistische Weltordnung vorzubereiten.

Bestimmt das Surfverhalten bald die Kreditwürdigkeit?

Die klassische Kreditvergabe wird anhand der Kreditwürdigkeit (Fähigkeit Schulden wieder zurückzuzahlen) festgestellt. Unter dem Vorwand, Einwanderern und Jungunternehmern helfen zu wollen, erwägt der Internationale Währungsfonds (IWF) jetzt offenbar, die Kriterien der Kreditvergabe zu ändern. Da nach Ansicht von IWF-Experten Kriterien wie Einkommen, Beschäftigungsdauer und Vermögen allein nicht mehr repräsentativ sind, soll die Kreditwürdigkeit künftig auch nach dem Internetnutzungsverhalten bewertet werden.

Dabei geht es um besuchte Webseiten, Social-Media-Kontakte und darum, was der Kunde online einkauft. Somit könnte bald der "digitale Fußabdruck" jedes Kreditnehmers mittels künstlicher Intelligenz analysiert und bewertet werden. Klingt das nicht wie ein weiterer Schritt in den totalen Überwachungsstaat, wenn die Gewährung von Finanzdienstleistungen davon abhängig gemacht wird, welche Seiten man sich im Internet angesehen hat?

Indien - das wahre Gesicht der Agenda 2030

Im November 2020 begann in Indien ein landesweiter Generalstreik, an dem sich etwa 250 Millionen Menschen beteiligten. Anlaß sind die von der Regierung Narendra Modi erlassenen radikalen Landwirtschaftsgesetze. Durch diese Gesetze soll es künftig großen Unternehmen erlaubt werden, Land zu kaufen, Rohstoffe zu horten und direkte Geschäfte mit den Bauern abzuschließen. Dadurch werden die regionalen Märkte umgangen und die Bauern quasi an die Konzerne ausgeliefert, die künftig die Preise diktieren werden. Dies wird voraussichtlich zum Ruin von ca. 10 Millionen Kleinbauern und kleinen Zwischenhändlern sowie zur Übernahme der indischen Nahrungsmittelerzeugung durch multinationale Konzerne führen.

Bezeichnend ist, daß diese radikalen Gesetze aus der Feder des World Economic Forum, kurz WEF, und der Bill & Melinda Gates Foundation stammen und im Einklang zur Agenda 2030 und dem "Great Reset" stehen. Deren offizielles Ziel ist die Gestaltung einer "nachhaltigen" globalen Landwirtschaft. Angesichts dieser Zusammenhänge geht es hierbei aber ganz offensichtlich um die Errichtung einer knallharten Konzerndiktatur, die die Welt rücksichtslos ausbeuten und in einen Sklavenstaat verwandeln wird.

Der amerikanische Staatsmann Benjamin Franklin sagte einmal:

"Jede Gesellschaft, die ein wenig Freiheit aufgibt, um ein wenig Sicherheit zu gewinnen, wird beides nicht verdienen und beides verlieren."

Angesichts der in dieser Sendung dargelegten Entwicklungen gilt es gerade jetzt, sich zu entscheiden, ob man bereit ist, für mehr Bequemlichkeit und vermeintliche Sicherheit Stück für Stück seine Freiheit aufzugeben. Darum ist nun jeder Einzelne gefragt, aktiv zu werden und sich seine Freiheit zu verdienen.<<

24.10.2021

BRD: Der deutsche Manager Stefan Oelrich (*1968, Leiter der Division Pharmaceuticals, Bayer AG, Germany) vergleicht während der World Health Summit-Veranstaltung, die vom 24.-26. Oktober 2021 in Berlin stattfindet, die mRNA-Impfung mit einer Genterapie

(x1.034/...): >> "**Die mRNA - Impfungen sind ein Beispiel dafür, Gentherapie zu verkaufen.**"

Auf dem "World Health Summit" spricht der Bayer Vorstand Stefan Oelrich, welcher gleichzeitig auch Mitglied des Aufsichtsrates der Charité ist. Geladen sind Menschen wie Hirschhausen, Siemens, Özlem Türecci, Roche und auch Spahn, Wieler sowie von der Leyen. Ganz besonders sticht die Aussage von Bayer Manager Oelrich hervor, denn dieser spricht an, daß vor zwei Jahren eine derartige Gentherapie undenkbar gewesen wäre, aufgrund der ablehnenden Haltung der Menschen. Dank dieser Pandemie hat sich das geändert.

"... Ultimately, the mRNA vaccines are an example for that CELL and GENE THERAPY. I would like to say, if we had surveyed, two years ago, in the public, would you be willing to take GENE or CELL THERAPY and inject it into your body, we would have probably had a 95% refusal rate. I think this pandemic has also opened many people's eyes to innovations in a way that was, maybe, not possible before. ..."

Übersetzung ins Deutsche:

"... Letztlich sind die mRNA-Impfstoffe ein Beispiel für jene ZELL- UND GENTHERAPIE. Wenn wir vor zwei Jahren eine öffentliche Umfrage durchgeführt hätten: "Wären sie bereit, eine GEN- ODER ZELLTHERAPIE anzunehmen und diese sich in Ihren Körper injizieren zu lassen?", dann hätten wir wahrscheinlich eine Ablehnungsquote von 95 Prozent gehabt. Meines Erachtens hat diese Pandemie vielen Menschen in Bezug auf Innovationen in gewisser Weise die Augen geöffnet, wie es vorher vielleicht nicht möglich war. ..."

Herr Oelrich ist Mitglied des Aufsichtsrates des Universitätsklinikums Charité, Mitglied des Aufsichtsrates des Berliner Instituts für Gesundheit und Mitglied des Vorstandes der Amerikanischen Handelskammer in Deutschland. Er leitete auch Sanofi Deutschland, welches 2018 durch einen Pharmaskandal durch die Medien ging.

Seine Aussage am World Health Summit überrascht in keinster Weise, denn Politiker, Manager, Medien, können offen Skandale, Lügen und Korruption ansprechen, die Bevölkerung vertraut weiterhin in die Kommunikation der Obersten. ...<<

26.10.2021

BRD: Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erklärt am 26. Oktober 2021 vor der Entlassung der Bundeskanzlerin Merkel und der Mitglieder der Bundesregierung während seiner Ansprache im Schloß Bellevue (1.028/...): >>Die Entlassung der Bundesregierung aus dem Amt ist ein formeller Akt. Deshalb hören einige von Ihnen heute einen Satz, den Sie vor vier Jahren fast wortgleich schon einmal gehört haben: Mit der Konstituierung des neuen, 20. Deutschen Bundestages endet nach Artikel 69 Absatz 2 des Grundgesetzes Ihr Amt.

Doch viel mehr als diese nüchterne Formel haben beide Anlässe kaum gemein. Viel, sehr viel hat sich in den vergangenen vier Jahren ereignet. Zu sagen, die vergangene Legislatur sei "herausfordernd" gewesen, trifft die Aufgaben, die es zu bewältigen galt, nicht einmal annähernd. Die Pandemie hat die Welt aus den Angeln gehoben. Sie hat Ihnen, sie hat dem ganzen Land Enormes abverlangt.

Als Bundeskanzlerin, als Ministerinnen und Minister dieser Regierung haben Sie Verantwortung getragen für unser Land, mit aller Kraft und Ernsthaftigkeit, die diese Situation Ihnen abforderte. Sie haben sich dieser Aufgabe gemeinsam gestellt, zum vierten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik in einer sogenannten Großen Koalition.

Große Aufgaben verlangen große Allianzen. Die Demokratie aber erfordert ebenso den Respekt vor demokratischer Opposition und den stetigen Ausgleich von Interessen. Die Balance zu halten, das ist die Antriebsfeder, wenn man so will, die Unruh im Uhrwerk der Demokratie. Es ist der wichtigste und zugleich schwierigste Teil des Regierungshandelns. Und daß er gelingt, ist selbst in weniger herausfordernden, weniger aufgeregten Zeiten keine Selbstverständlichkeit.

In diesen Zeiten war der Ausgleich besonders - manchmal beinahe zum Zerreißen - schwer. Denn wir erinnern uns: Von Anfang an standen diese Jahre unter dem Eindruck wachsender Polarisierung in der Gesellschaft samt Verrohung der Sprache, im Netz wie auf den Straßen. Diese Jahre standen auch im Zeichen internationaler Spannungen: dem schwierigen Prozeß des Brexits in Europa, und - in den ersten Jahren Ihrer Amtszeit - einer amerikanischen Regierung, der an internationaler Ordnung und transatlantischer Partnerschaft wenig bis nichts gelegen war.

Und wir erinnern uns auch daran: Schon der Beginn dieser Koalition war alles andere als einfach, und gerade am Anfang war sie - nach schwierigen Monaten der Regierungsbildung - immer wieder Fliehkräften und harscher Kritik ausgesetzt. Aber am Ende galt ein gemeinsames Prinzip: Sie wollten die Verantwortung, um die Sie sich demokratisch beworben hatten, auch wahrnehmen. Das haben Sie getan und dafür gebühren Ihnen Respekt und Dank.

Wir haben in den vergangenen Monaten erleben können, daß die Demokratie in unserem Land an Prüfungen gewachsen ist, weil ihre Vertreter verantwortungsvoll und als Demokraten handelten. Die demokratischen Kräfte in Regierung und Parlament haben Sorge dafür getragen, daß Polarisierung und Provokation sich nicht durchsetzen konnten. Diese gemeinsame Anstrengung war erfolgreich. Und das ist ein Erfolg nicht nur für Sie, sondern für die Demokratie insgesamt.

Dies ist eine Legislaturperiode, die - gewiß auch in der Erinnerung künftiger Generationen - von der Pandemie geprägt und gezeichnet sein wird. Aber zum politischen Gelingen dieser Legislatur hat auch vieles andere beigetragen, nicht zuletzt die Umsetzung Ihrer politischen Vorhaben jenseits der Krisenbekämpfung.

Rund 600 Gesetze sind in Ihrer Regierungszeit verabschiedet worden und damit viele konkrete Verbesserungen in der Gesellschaft erreicht worden: für pflegende Angehörige zum Beispiel, für Familien und Alleinerziehende, für den Schutz von Mieterinnen und Mietern oder die Parität in der gesetzlichen Krankenversicherung, für den Ausbau der Kinderbetreuung oder die Zuwanderung von Fachkräften, die wir dringend brauchen.

Und gerade mit Blick auf die Demokratie ist mir eines wichtig: Sie haben den Spaltungstendenzen in der Gesellschaft, der Verrohung und dem Haß nicht nur guten Willen entgegen gesetzt, sondern konkrete Politik: Ich denke an die Stärkung der Demokratieförderung und des Kinderschutzes, an die Verschärfung des Waffengesetzes, höhere Entschädigungen für Opfer von Gewalttaten; und ich denke an die Gesetzespakete gegen Haß und Hetze im Internet.

Daß mit dem Corona-Wiederaufbaufonds und der - oftmals kritisierten - europäischen Beschaffung von Impfstoffen der Zusammenhalt nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene erhalten blieb, will ich heute besonders hervorheben. Für Europa war und ist die Bekämpfung der Pandemie und ihrer Konsequenzen nicht nur eine Frage der Glaubwürdigkeit, sondern der Existenz - und ich glaube: Ohne diese Entscheidungen hätte Europa zerbrechen können. Dafür bin ich dankbar, auch wenn wir alle wissen: Der innere Zusammenhalt Europas bleibt fragil, und der Abbau von Spannungen, der Interessenausgleich in Europa bleiben zentrale Aufgaben auch jeder neuen Bundesregierung.

Was die heutige formelle Entlassung der Bundesregierung mehr als alles andere von vorangegangenen abhebt, ist das Ende einer Kanzlerschaft, die man zu den großen in der Geschichte dieser Republik zählen kann.

Für Sie, verehrte Frau Bundeskanzlerin, liebe Angela Merkel, enden sechzehn Jahre Regierungszeit. Auch wenn das, wie wir wissen, keine beispiellos lange Amtszeit war, so waren diese Jahre doch beispielgebend! Und wenn, wie mir glaubwürdig berichtet wurde, heute ein elfjähriges Kind fragt, ob denn auch ein Mann "Kanzlerin" werden könne, dann zeugt das von einer neuen Selbstverständlichkeit, die es vor der ersten Frau im Kanzleramt nicht gab, und natürlich auch von dem großen Respekt, den Sie sich in unserem Land und in der Welt erwor-

ben haben.

Wer erleben will, was diesen Respekt begründete, sollte sich ein Interview ansehen, das Günter Gaus 1991, lange vor Ihrer ersten Amtszeit als Kanzlerin, mit Ihnen geführt hat. Es ließ mich, als ich es wiedersah, an Ihre sehr persönliche Rede zum diesjährigen Tag der Deutschen Einheit denken.

Anlaß des Interviews war Ihre Nominierung zur stellvertretenden Parteivorsitzenden der CDU als Nachfolgerin Lothar de Maizières. Günter Gaus war offenkundig irritiert von der Rasanz dieses politischen Aufstiegs einer noch nahezu Unbekannten an die Parteispitze der Union. Er fragte Sie, ob es Ihnen nicht auch ein wenig zu schnell ginge und ob Sie nicht fürchteten, "mehr Objekt als Subjekt der eigenen Geschichte" zu sein.

"Ach wissen Sie, meine inneren Mechanismen sind ganz intakt", antworteten Sie mit feinem, leicht verschmitztem Lächeln auf diese fast ein wenig unwirsch gestellte Frage. Wir sehen in diesem Interview eine junge Politikerin, die sehr konzentriert und überzeugend ein ostdeutsches Selbstbewußtsein vertritt, das mit westdeutscher Selbstgewißheit eben nicht zu verwechseln ist.

Eine Ostdeutsche, die weiß, daß ihre Lebensgeschichte sie zu eigenen Erfahrungen und Erkenntnissen geführt hatte, die - nach dem Ende der DDR - nicht einfach ein entwerteter Fahrschein in den Westen waren. Und die überzeugt davon ist, daß diese Erfahrung in der Parteiführung der CDU, wie in der bundesdeutschen Politik insgesamt, ihren Platz finden müsse, wenn die Einheit gelingen sollte. Und, Frau Bundeskanzlerin: Sie sollten Recht behalten!

Man kann aus diesem dreißig Jahre alten Gespräch viel lernen. Wer es noch einmal sieht, sieht schon dort eine Frau, die prägend sein sollte: prägend für unser wiedervereintes Land und für das Bild unseres Landes in der Welt; prägend für eine ganze Generation junger Frauen und Männer, denen sie eine neue, ganz eigene Form der Führung vorgelebt hat.

Frau Bundeskanzlerin, wir haben Ihnen für sechzehn Jahre zu danken, in denen Sie unser Land durch eine Zeit geführt haben, die nicht eben arm an Krisen und Verwerfungen war. Es waren Jahre großer Krisen: der Finanz- und Wirtschaftskrise zu Beginn Ihrer Regierungszeit, der Eurokrise in Ihrer zweiten, und der großen humanitären Flucht- und Migrationskrise in Ihrer dritten Amtszeit, und schließlich der Corona-Krise. Jahre, in denen Sie unserem Land Achtung, Respekt und sogar Zuneigung erworben haben - in Europa und der Welt.

Vor allem aber haben Sie das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes gewonnen. Das ist keine leichte Aufgabe in einem Land, das erst wieder lernen mußte, sich selbst zu trauen.

Ihre Entscheidungen haben Sicherheit vermittelt und Verbindlichkeit, mitunter auch überrascht. Es war Ihr Mut, in der Zeit, in der Flüchtlinge aus Syrien bei uns Schutz suchten, Verantwortung zu tragen, nicht nur für das eigene Land, sondern für Europa, und es war Ihre Fähigkeit, das eigene Selbstvertrauen in Zutrauen zu verwandeln, die überzeugt haben. Fähigkeiten, die Sie auszeichnen, und die schätzen lernte, wer den von Ihnen geführten Kabinetten angehörte. Für diese Zeit vertrauensvoller Zusammenarbeit in unterschiedlichen Positionen will ich Ihnen, das sei mir erlaubt, auch persönlich Dank sagen.

Wer Ihnen diese großen Verdienste um unser Land danken will, sollte diese, sollte Ihre Perspektive auf die Lage und die Aufgabe Deutschlands in der Welt nicht aus dem Blick verlieren: die Rolle der Mittlerin in der Mitte Europas. Ich bin sicher, daß diese Rolle, diese Stimme, die Sie haben, auch in Zukunft wichtig bleiben wird für Europa.

Ich danke Ihnen, Frau Bundeskanzlerin, und Ihnen, meine Damen und Herren Ministerinnen und Minister, für die verantwortungsvolle Regierungsarbeit der vergangenen Jahre. Ganz unabhängig davon, wo Sie Ihre politische Zukunft in den kommenden Jahren sehen, welche Möglichkeiten sich für Sie ergeben: Ich will Ihnen meinen besonderen Respekt für Ihre Arbeit ausdrücken, für Ihren Dienst an der Demokratie.

Daß unsere Demokratie immer auch vom Wechsel der Generationen lebt, wissen wir. Aber es zu wissen, bedeutet nicht, daß das Abschiednehmen leichtfällt. Natürlich nicht! Aber die meisten von Ihnen blicken auf eine längere politische Biographie zurück. Und in dieser haben Sie in ganz unterschiedlichen Aufgaben, Funktionen und Ämtern Verantwortung getragen; zu unterschiedlichen Zeiten, in unterschiedlichen Konstellationen; mal in Partnerschaft, mal Gengerschaft, mal mit mehr öffentlicher Zustimmung, mal mit weniger. Aber, ich weiß, weil ich die meisten von Ihnen lange kenne: immer im Dienste unseres Landes.

Im Namen unseres Volkes danke ich Ihnen und wünsche Ihnen für die Zukunft alles erdenklich Gute.

Bereits heute früh habe ich Sie, Frau Bundeskanzlerin, gemäß Artikel 69 Absatz 3 des Grundgesetzes ersucht, die Geschäfte bis zur Ernennung einer neuen Bundesregierung weiterzuführen. Hierfür wünsche ich Ihnen allen weiterhin eine glückliche Hand.<<

30.10.2021

BRD: Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtet am 30. Oktober 2021 (x1.133/...): >>" ... wenn der US-Adler seine Krallen auf ein anderes Land setzt"

Ein Artikel von *Rainer Werning*

Notwendige Betrachtungen über gedankenloses Gedenken und verschüttete Erinnerungen im Sog imperialer Kriegslogiken von den Philippinen (1898) bis nach Afghanistan (2021)

Kein anderes Land hat den Lauf der Weltgeschichte in den vergangenen mehr als 100 Jahren so stark geprägt wie die USA. Vor dem Hintergrund des gescheiterten Afghanistankrieges werden in dieser Artikelserie die imperialen Bestrebungen der Vereinigten Staaten in dieser Zeit detailliert dargestellt. ...

Seit 9/11 wurde das Wort "Terror" dehnbarer als jemals zuvor. Aus einst geschätzten Freiheitskämpfern wurden "Terroristen" und ebenso verwandelten sich "Terroristen" über Nacht zu gefeierten Widerstandskämpfern oder respektierten Staatsmännern. "Terror" wurde zur Metapher in einer Welt, in der Washington beides gleichzeitig sein wollte - deren Nutznießer und ordnendes beziehungsweise unipolares Zentrum.

Terror, den sie meinen

Innenpolitisch schürte die Terror-Debatte Ängste, mit denen die Gegner dieser Politik klein gehalten wurden. Marianne Brün, Tochter des Schauspielers und Regisseurs Fritz Kortner, lebte seit Jahrzehnten in den USA. Sie schilderte, wie sich das innenpolitische Klima seit dem 11. September 2001 änderte:

"Mit dem 'Patriot Act' versucht man jetzt wieder, eine Art McCarthyismus, eine Hetzjagd auf vermeintliche Linke wie in den fünfziger Jahren, einzuführen. Innerhalb der Regierung, im Fernsehen und auch in der Filmindustrie gelingt das auf erschreckende Weise. Mit Hilfe einer extrem rechten akademischen Organisation, unter der Führung von Lynne Cheney, der Frau des Vizepräsidenten, hat es auch schon Professoren getroffen. Studenten werden von Frau Cheneys Organisation ermuntert, ihre Professoren anzuzeigen. Im Gegenangriff haben inzwischen einige Professoren - auf lustige Weise - sich selbst angezeigt."

Seit dem 11. September wurde in den USA auch öffentlich über eine Einschränkung des universell gültigen Verbots von Folter diskutiert. Barbara Lochbihler, Generalsekretärin der deutschen Sektion von Amnesty International, kritisierte in diesem Zusammenhang:

"Seit Beginn der Terrorismusbekämpfung werden in den USA fundamentale internationale Menschenrechtsstandards zunehmend mißachtet. Neue Sicherheitsgesetze und -erlasse erlauben die wochenlange Inhaftierung von ausländischen Staatsbürgern, die der Terrorismusunterstützung verdächtig werden, ohne Anklageerhebung. Über 1.200 Menschen wurden aufgrund dieser Gesetze festgenommen."

Bedenklich, so Barbara Lochbihler, sei insbesondere eine Verfügung von Präsident Bush Junior gewesen, wonach "terrorismusverdächtige Ausländer nunmehr vor eigens eingerichtete

Militärtribunale gestellt werden (können), die geheim verhandeln, die die Todesstrafe verhängen dürfen und Berufungen nicht zulassen, somit also in keiner Weise den Grundsätzen fairer Gerichtsverfahren entsprechen."

Internationalen Rechtsstandards wollte sich die Bush-Administration auch an anderer Stelle nicht unterordnen. Seit dem 1. Juli 2002 trat nach langen, zähen Verhandlungen das Statut des Internationalen Strafgerichtshofes offiziell in Kraft. Ab Anfang 2003 verfolgt dieser im niederländischen Den Haag domizilierte Gerichtshof Völkermord, Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Dies allerdings nur dann, wenn sich die nationalen Gerichte in den Ländern, aus denen die potentiellen Angeklagten stammen, als unfähig oder als nicht willens erweisen, sie zu ahnden.

Selbst diese Regelung ging der Bush-Regierung zu weit. Auf ihren massiven Druck hin knickte der Weltsicherheitsrat am 12. Juli 2002 ein und stimmte einer begrenzten, ein Jahr lang geltenden Immunität für US-Bürger in UN-Einsätzen zu. Washington graut(e) vor dem Gedanken, US-Staatsbürger könnten im Ausland vor Gericht zitiert werden, und es befürchtet(e) politisch motivierte Verfahren.

In den Jahren 1990 und 1991 hatte George Bush Senior verkündet, er wolle eine Welt, in der die Nationen in Harmonie leben können, in der das Gesetz und nicht das Faustrecht herrsche. Und zehn Jahre später versprach sein Sohn, die USA würden "entschlossen handeln, aber ohne Arroganz". In der Realität aber stieß die Regierung in Washington auch befreundete Staaten seit Jahren immer wieder vor den Kopf, wobei George Bush Junior US-Interessen noch rücksichtsloser vertrat als sein Vorgänger Bill Clinton.

So stornierte Washington die Zahlung von 24 Millionen Dollar an den Bevölkerungsfonds der UN, weil damit angeblich die Abtreibungspolitik in China gefördert werde. George Bush sorgte auch dafür, daß leitende UN-Mitarbeiter abberufen wurden, weil sie ihm nicht USA-freundlich genug waren. Dazu gehörte beispielsweise Robert Watson, Vorsitzender des UNO-Wissenschaftsrates zum Klimawandel. Die Ölfirma Exxon-Mobil intervenierte im Weißen Haus und erreichte, daß Watson gehen mußte. Für William Schulz, Direktor der US-amerikanischen Sektion von Amnesty International, war das "ein neuer Tiefpunkt in Sachen Isolationismus und Sonderstellung."

Die Süddeutsche Zeitung zitierte in diesem Zusammenhang einen EU-Diplomaten mit den Worten:

"Früher hatten wir es mit kommunistischen Apparatschiks zu tun und heute mit unilateralen Überzeugungstätern."

"Die normalen Regeln sind außer Kraft gesetzt", so kritisierte der frühere Marinekorporal Jeff Paterson die Politik seines Heimatlandes. Wie 1990, als er mit 22 Jahren den Kriegsdienst verweigerte und seinen aufsehenerregenden Schritt öffentlich begründete, ist er elf Jahre später wieder an die Öffentlichkeit getreten. Als Aktivist der US-amerikanischen Antikriegsbewegung verfaßte er kurz nach dem 11. September 2001 einen Appell "An Soldaten, zukünftige Soldaten und die übrige Jugend". Darin hieß es:

"Während wir trauern, kündigen sie bereits an, die normalen Regeln gelten nicht mehr - was heißt: jetzt ist die Zeit gekommen, um abzurechnen - sie verkünden auch: 'Die Nation ist geeint, wir haben einen Blankoscheck für unser Handeln' - was heißt: abweichende Meinungen werden ignoriert oder unterdrückt, je nach Bedarf."

Jeff Paterson schloß seinen Appell mit den Worten:

"Weniger denn je sind die Leute auf dieser Welt vor den USA sicher, und die Menschen in den USA selber sind vor den USA nicht sicher."

Ramboisierung des Rechtssystems

Mit Hilfe des kurz nach 9/11 verabschiedeten Patriot Act und der Authorization for Use of Military Force of 2001 (AUMF) war der Präsident der USA in die Lage versetzt worden, fort-

an nach eigenem Ermessen militärische Gewalt gegen Länder einzusetzen, von denen die US-Exekutive in Washington vermutete, daß sie dem "internationalen Terror(ismus)" als Basis dienen oder ihm Schützenhilfe leisten. Außerdem diente das erstgenannte Gesetz, der Patriot Act, zur systematischen Bespitzelung tatsächlicher oder vermeintlicher Regierungsgegner im Innern.

Ganz zu schweigen von dem Gefangenenlager in Guantánamo auf Kuba und lange Zeit geheim gehaltenen Orten weltweit, wo verdächtige Personen fernab von Rechtsstaatlichkeit und eines funktionierenden Justizsystems systematisch Gewalt, Folter und Demütigungen aller Art ausgesetzt wurden und deren Peiniger auf je unterschiedliche Weise extraterritoriale Immunität genossen.

Bereits am 20. September forderte Präsident Bush die seit 1996 Kabul und große Teile Afghanistans beherrschenden Taliban ultimativ auf, die hinter den Anschlägen in New York und Washington vermuteten Drahtzieher von Al-Qaida unter Führung von Osama Bin Laden auszuliefern.

Ohne gerichtsfeste Beweise vorgelegt und auf Deeskalation bedachte Vorschläge der Gegenseite angehört zu haben, die immerhin darauf hinausliefen, Bin Laden in einem anderen islamischen Land vor Gericht zu stellen, sofern die USA Beweise für seine Tatbeteiligung präsentierten, bekräftigte Bush sein Ultimatum mit der nicht verhandelbaren Forderung:

"Die Taliban müssen handeln, und zwar sofort. Sie werden die Terroristen ausliefern oder sie werden ihr Schicksal teilen. ... Unser Krieg gegen den Terror beginnt mit Al-Qaida, aber er endet dort nicht. Er wird nicht enden, bevor jede Terroristengruppe mit globaler Reichweite gefunden, gestoppt und geschlagen ist."

In jenen Tagen schienen schnellstmögliche Rachegeleüste und Vergeltungsakte jedwedem politische und militärische Denken und Handeln zu dominieren, so daß Vieles für die These des Imperialismus-Forschers Atul Kohli spricht, wonach die Führungsriege um Bush buchstäblich in den Krieg "gepoltert" ist. In einem Gespräch mit der in Zürich erscheinenden WOZ antwortete Kohli auf die Frage, ob nicht imperiale Kriege eigentlich stets von wirtschaftlichen Interessen angetrieben werden, wie folgt:

"Nein, die US-Invasion in Afghanistan bildet eine der großen Ausnahmen. Die US-Invasion war nach den Anschlägen vom 11. September 2001 in New York und auf das Pentagon viel mehr ein Rachekrieg als ein Krieg der Gier. Es wäre dumm zu behaupten, daß der damalige Präsident George Bush das Land aus wirtschaftlichen Interessen angegriffen habe. Es gab auch ein Sicherheitsinteresse dahinter. Allerdings haben sich im Lauf der Besatzung wirtschaftliche Interessen entwickelt. ... Osama Bin Laden und seine Leute, die die Anschläge geplant hatten, versteckten sich unter den Taliban in Afghanistan - auch wenn man lange debattieren kann, wie eng ihre Beziehung zu den Taliban wirklich war.

Abgesehen vom Racheakt zielte der Krieg darauf ab, künftige Terroranschläge zu verhindern. Mit den Milliarden, die die USA für Afghanistan ausgaben, sind über die Zeit auch Profitinteressen entstanden. Das Geld floß in zahlreiche mit dem Krieg verbundene Industrien: in die Verteidigungsindustrie oder an private Sicherheitsfirmen, deren Mitarbeiter nun zu Tausenden aus Afghanistan abgezogen sind."

Die Ramboisierung des Rechts und das Außerkraftsetzen der Unschuldsvermutung durch putatives Töten qua gezielter Drohnenangriffe sind - wie namhafte Kritiker zu Recht urteilten - ein ungeschminkter Ausdruck von Staatsterrorismus. In diesem Zusammenhang wies Noam Chomsky in einem 3sat-Interview im Jahre 2013 darauf hin, daß während der Amtszeit von Präsident Barack Obama jeden Dienstagmorgen, am sogenannten "Terror-Dienstag", durch einen kleinen, erlesenen Kreis von Politikern und Militärs im Weißen Haus darüber befunden wurde, welche Opfer es als nächste "auszuschalten" galt.

Erstes Kriegsziel nach 9/11: Afghanistan - Binnenland, Durchgangslager, "Friedhof der

Großmächte".

Eine konzise Kurzvorstellung dieses Landes liefert das Landesinformationsportal Afghanistan der Akademie für Internationale Zusammenarbeit (AIZ/Bonn-Röttgen - Stand: Dezember 2020), in dem es heißt:

"Afghanistan kann als der Prototyp eines Durchgangslandes gelten. Seit frühgeschichtlicher Zeit kreuzen sich hier wie in kaum einem anderen Land der Erde die Wege der Völkerwanderungen, Eroberer, Händler und Missionare der unterschiedlichsten Religionen.

Dabei war das Gebiet des heutigen Afghanistan die meiste Zeit zwischen zwei oder mehreren Herrschaftsbereichen umkämpft (z.B. zwischen den Gräko-Baktrern und dem indischen Maurya-Reich im 3. Jh. v. Chr. oder zwischen dem frühislamischen Kalifat der Omayyaden und den Gök-Türken im 8. Jh. n. Chr.) oder auch ganz Bestandteil eines größeren Reiches, dessen politischer und kultureller Schwerpunkt aber außerhalb Afghanistans lag (z.B. im altpersischen Achämenidenreich oder im mongolischen Weltreich unter Dschingis Khan und dessen Nachfolgern).

Nur selten stellte Afghanistan selbst das Kernland einer Großmacht dar, vom neuzeitlichen afghanischen Königreich unter Ahmad Schah Durrani abgesehen am ehesten noch zur Zeit der Ghaznaviden (10./11. Jh. n. Chr.) und der Kuschan (ca. 50-250 n. Chr.).

Im Wesentlichen waren es zwei Faktoren, die die Geschichte Afghanistans bis in die jüngere Vergangenheit bestimmten: zum einen seine geographisch bedingte Rolle als Vermittler auf der Seidenstraße, dem West-Ost-Fernhandelsweg zwischen den Mittelmeerländern und China, zum anderen seine Lage an der südlichen Peripherie Zentralasiens, wo es mit seinen Wüsten und Gebirgen ein Hindernis für Eroberer mit Blick auf die Reichtümer Indiens darstellte.

Letzterer Aspekt führte dazu, daß über 2.000 Jahre hinweg Einfälle von iranischen, türkischen oder mongolischen Nomadenvölkern aus den zentralasiatischen Steppen eine ständige Bedrohung für die auf afghanischem Boden entstandenen Staatsgebilde darstellten.

Dies änderte sich erst mit Beginn der Neuzeit, als das Reiternomadentum auch in Zentralasien selbst zusehends gegenüber sesshafter Staatlichkeit unterlag und seine welthistorische Bedeutung einbüßte. Andererseits führte die (Wieder-)Entdeckung des Seeweges um Afrika herum nach Indien und bald darauf der Neuen Welt durch die Europäer zu einer rapiden Abnahme des Überlandhandels mit Indien und China auf den alten Karawanenrouten. Die Folge war eine zunehmende Verarmung der Region - als es den Paschtunen unter Ahmad Schah Durrani 1747 gelang, erstmals ein unabhängiges afghanisches Königreich zu etablieren, war der wirtschaftliche und kulturelle Niedergang längst in vollem Gange.

Im 19. und 20. Jahrhundert führte dann der weltpolitische Dualismus zwischen dem britischen Empire und Rußland, deren Machtsphären in Zentralasien und dem Mittleren Osten aufeinanderstießen, zu langen Perioden politischer Instabilität und wirtschaftlich-kultureller Isolation in Afghanistan. Das 'Great Game' um Afghanistan setzte sich nach dem Zweiten Weltkrieg als Rivalität zwischen den USA und der Sowjetunion fort und führte zur fortschreitenden Destabilisierung Afghanistans, die nach dem Sturz König Zahir Schahs im Jahr 1973 schließlich in eine Folge von Kriegen und Bürgerkriegen mündete."

Das Ineinandergreifen höchst komplexer und komplizierter Konstellationen und Probleme - u.a. Stadt-Land-Gefälle; Zentrum-Peripherie-Beziehungen sowie Beziehungen zwischen regionalen Zentren und regionalen Peripherien; Vielfalt ethnolinguistischer Stammes- und Clanstrukturen; Ressourcenkonflikte unterschiedlicher und häufig wechselnder Antagonisten - hat selbst in friedlichen Zeiten jedem (zivilen) ausländischen Betrachter viel Einfühlungsvermögen abverlangt, ein grundlegendes Verständnis der politischen, kulturellen und sozioökonomischen Gegebenheiten und Prozesse des Landes zu entwickeln.

Für all jene, die sich dort militärisch engagierten, um sich als Eroberer, Besatzer oder Kolonialmacht zu etablieren oder im Namen "humanitärer Interventionen" die Flagge zu hissen,

wurde das Land am Hindukusch zum "Friedhof". Aus entsprechenden geschichtlichen Erfahrungen - ob das nun Britannien, das zaristische Rußland oder später auch die Truppen der sowjetischen Roten Armee unter Generalleutnant Boris W. Gromow betraf - hätte man lernen können. So man es denn gewollt hätte.

Unerhört & ungehört - frühe kritische Stimmen aus Wissenschaft und Entwicklungspolitik

"Die wesentliche Ursache für die starke lokale Verortung von Macht und Gewalt in Afghanistan liegt darin begründet, daß eine staatliche Durchdringung Afghanistans niemals stattfand, ein staatliches Gewaltmonopol fehlt und der Staat im besten Falle eine Ressource für lokale Eliten darstellt" konstatierte der Friedens- und Konfliktforscher mit dem Regionalschwerpunkt Asien, Conrad Schetter.

Gerade die Unterstellung, im Falle Afghanistans handele es sich um einen einheitlichen Zentralstaat, erwies sich als fatal und bot als falsche Prämisse zwangsläufig den Nährboden ebenso falscher Einschätzungen und Strategien. Schetter fährt fort:

"Die afghanische Gesellschaft ist durch eine Reihe sich überlappender Solidaritätsbezüge geprägt: Dorfgemeinschaften, Clans, Stämme sowie religiös oder ethnisch definierte Gemeinschaften bilden die wichtigsten Identitäts- und Handlungsreferenzen. Diese vielgestaltigen, partikularistischen Gemeinschaftsorganisationen standen Staatsbildungsprozessen auf überlokaler Ebene stets entgegen. ... Die Entwicklung des afghanischen Staats ist von Beginn an durch seine extreme Schwäche geprägt - vor allem, da ihm die wirtschaftlichen Ressourcen für einen selbst tragenden, etwa durch Steueraufkommen finanzierten Staatsbildungsprozeß fehlten.

Im Zuge des 20. Jahrhunderts entwickelte sich Afghanistan zu einem Rentierstaat, der finanziell von anderen Staaten (v.a. USA, Sowjetunion) abhängig war. Seit den 1950er Jahren stammten über 40 Prozent der Staatseinnahmen von auswärts, namentlich aus der Entwicklungshilfe. Die staatliche Politik bestand darin, die Beziehungen zwischen den verschiedenen lokalen Führern und der bürokratischen Elite Kabuls in ein Gleichgewicht zu bringen; Zuwendungen wurden klientelistisch verteilt und die Lokalpotentaten in ein System von Pfründen und Posten eingebunden."

"Gleichzeitig stellte die Kluft zwischen Kabul und dem übrigen Land ein konstantes Spannungsfeld dar, das sich bis heute auf das politische Geschehen auswirkt. Dem Staat, der im urbanen Raum verankert war und der für eine politische Modernisierung eintrat, stand der ländliche Raum gegenüber, dessen traditionell segmentär organisierte Gesellschaft den von der Regierung ausgehenden Impulsen mißtraute. ... Die Machtergreifung der kommunistischen Demokratischen Volkspartei Afghanistan im April 1978 führte zu einem offenen Bruch zwischen Staat und ländlicher Bevölkerung.

Der Versuch der zahlenmäßig schwachen, überwiegend städtischen Parteimitglieder, dem System tribaler und lokaler Autonomien ein Ende zu bereiten und durch radikal umgesetzte Reformen im Eilverfahren einen modernen Staat zu kreieren, rief im ganzen Land Aufstände der lokalen Eliten hervor. Mit dem Einmarsch sowjetischer Truppen im Dezember 1979 verschärfte sich dieser Konflikt weiter und beschränkte den Handlungsradius der Regierung auf Kabul und einige Provinzstädte. Eines der wesentlichen Ergebnisse der seit 1979 tobenden Kriege in Afghanistan ist, daß die embryonalen staatlichen Strukturen, die während des 20. Jahrhunderts zumindest in den Städten aufgebaut worden waren, auf allen Ebenen zerfielen."

Der Soziologe und Ethnologe Christian Sigrist, der intensive Feldforschungen in Afghanistan durchführte und im deutschsprachigen Raum einer der besten Landeskenner war, schrieb im Herbst 2009:

"Nach dem 11. September 2001 verschärfen sich die Ultimaten. Nach der Verkündung der Operation Enduring Freedom als Krieg gegen den Terrorismus erklärte Bundeskanzler Ger-

hard Schröder eilfertig seine uneingeschränkte Solidarität". Die Formulierung erinnert peinlich an entsprechende Bekenntnisse kommunistischer Satellitenregierungen an die Adresse Moskaus. Schröder setzte damit seine Unterordnung unter die US-Balkanstrategie aus dem Jahr 1999 fort. Auch mit seiner Unterstützung hat die NATO am 2. Oktober 2001 erstmalig in ihrer Geschichte den Verteidigungsfall erklärt.

Die US-Luftwaffe begann daraufhin mit britischer Unterstützung Luftangriffe auf afghanisches Territorium, obwohl bei den Angriffen vom 11. September kein einziger Afghane beteiligt war, da sich Bin Laden nur auf arabische Mitglieder von Al-Qaida verließ.

Die Luftschläge ermöglichten den Truppen der Nordallianz eine von Massakern begleitete Offensive und, gegen die Absprache mit den USA, die Einnahme von Kabul. Der ehrgeizige Außenminister Joschka Fischer organisierte nach der anscheinenden Vernichtung des Talibanregimes eine Berliner Vorkonferenz, der die Konferenz auf dem Petersberg (27.11. bis 5.12. 2001) folgte.

Unter den Auspizien der Vereinten Nationen wurden von den USA die Nordallianz als wichtigste politische Kraft und in der Interimsregierung der Alibi-Pashtune Hamid Karzai als Interimspräsident durchgesetzt. Zum Schutz dieser Institutionen sowie der geplanten loya jirga wurde vom Sicherheitsrat am 20.12.2001 die Errichtung der International Security Assistance Force (ISAF) beschlossen.

Ein Vorauskommando der Bundeswehr wurde im gleichen Monat nach Afghanistan geschickt, u.a. auch das KSK (Kommando Spezial Kräfte). Die ISAF hatte zunächst die Aufgabe, Kabul und Umgebung sowie die UN-Einrichtungen und die humanitäre Arbeit von NGOs zu sichern."

Und Sigrist fuhr fort:

"Das krasse Versagen der deutschen Einsatzführung bei der von ihr veranlaßten Bombardierung von zwei Tanklastzügen in der Nacht zum 4. September 2009 bei Kunduz, bei der etwa 125 Tote, davon mindestens zwei Dutzend 'Zivilisten' zu beklagen sind, erzwingt eine Revision der bisherigen auf Selbstschutz und technische Hilfe konzentrierten deutschen Strategie. Das Hinausschieben der Exit-Diskussion ist nicht länger vertretbar. Als Erstes müßten jetzt nach einer umfassenden Aufklärung des Bombardements von Taliban wie auch von arglosen Einheimischen Verhandlungen mit den betroffenen Familienverbänden über Wiedergutmachung und Versöhnung geführt werden. Das kann aber nur ein Anfang sein.

Zunächst muß die Illusion aufgegeben werden, die NATO könne den Afghanen durch den Aufbau einer Armee von 250.000 Mann und einer starken Polizei die Verantwortung für die Sicherheit des Landes übergeben. Die mittelfristig einzige realistische Möglichkeit besteht in der Übertragung von Sicherheitsaufgaben auf regionale Ordnungskräfte (Stammes- und städtische Milizen). ...

Am 4.12.2002 behauptete Verteidigungsminister Struck in bodenloser Unkenntnis der regionalen Verhältnisse: 'Die Sicherheit der Bundesrepublik wird auch am Hindukusch verteidigt.' Dieser Satz ist so wahr wie Willy Brandts Diktum: 'Die Freiheit Westberlins wird in Saigon verteidigt.' Durch den subalternen Einsatz der Bundeswehr ist das Gegenteil von Strucks Behauptung eingetreten. Jetzt mehren sich die Anzeichen für eine wachsende Bedrohung deutscher Ziele durch Islamisten.

Was aber schwerer wiegt, ist, daß die deutsche Politik die Chance vertan hat, durch militärische Abstinenz als Vermittler im Afghanistankonflikt wirken zu können. An diesem Versagen tragen die grünen Bellizisten eine erhebliche Mitschuld, auch wenn sie sich angesichts des jetzigen Desasters als Vertreter eines besonnenen Exits ausgeben."

"An diesem Versagen tragen die grünen Bellizisten eine erhebliche Mitschuld"

In einem späteren Interview mit der Deutschen Presse-Agentur dpa erklärte Sigrist auf die Frage, ob eine von Deutschen ausgebildete afghanische Polizei Recht und Ordnung bringen

kann:

"Nein. Deutsche Polizeiausbilder haben es schon in den 1960er Jahren nicht geschafft, eine für zivile Konfliktlösung geeignete Polizei auf die Beine zu stellen. Die Folge war: 1965 wurde eine studentische Demonstration in Kabul, anstatt von der Polizei geregelt, vom Militär blutig niedergeschlagen. Bessere Aufbauhilfe wäre es, wenn Deutschland jungen Afghanen durch Stipendien ein Studium hierzulande ermöglichen würde."

In demselben Interview skizzierte Sigrist auch seine Vorstellung einer regionalen Stabilisierung:

"Ein zentralistischer Nationalstaat, wie ihn (der afghanische Präsident Hamid) Karzai, die USA und auch Deutschland für Afghanistan durchsetzen wollen, ist mit den Paschtunen nicht zu machen, allenfalls ein multi-ethnischer Föderalstaat. Eine Stabilisierung in der Region ist nur möglich, wenn Afghanistan und Pakistan eine föderale Allianz eingehen ... und die ISAF (die Internationale Schutztruppe in Afghanistan) geordnet den Rückzug antritt."

Über die vielfältigen virulenten und sich stetig verschlechternden Probleme im Lande äußerte sich beispielsweise der Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO) stellvertretend für zahlreiche in Afghanistan tätige in- wie ausländische Nichtregierungsorganisationen bereits sehr früh. In einem am 2. Oktober 2007 veröffentlichten und in Bonn vorgestellten VENRO-Positionspapier hieß es u.a.:

"Eines der schwerwiegenden Probleme für die Arbeit der NRO resultiert aus dem Konzept der zivil-militärischen Zusammenarbeit, das von der Bundesregierung und anderen Regierungen, die im Rahmen von ISAF und OEF engagiert sind, aktiv verfolgt wird. Die Bundesregierung betrachtet das Modell der 'zivil-militärisch vernetzten Sicherheit' und die regionalen zivil-militärischen Wiederaufbauteams (Provincial Reconstruction Teams/PRTs) als 'Erfolgsmodell' ...

Aus Sicht der NRO ist nicht nur die Tatsache problematisch, daß die staatliche Entwicklungszusammenarbeit zusehends in eine engmaschige Kooperation mit der Bundeswehr eintritt, z.B. im Rahmen der sogenannten 'Provincial Development Funds', und dabei ihre Eigenständigkeit zu verlieren droht, sondern auch, daß das Militär, um die 'Herzen und Köpfe' der Menschen zu gewinnen, immer mehr Aufgaben im Bereich Wiederaufbau und humanitärer Hilfe wahrnimmt. Aus der zivil-militärischen Vermischung ergeben sich für NRO, die sich um Neutralität bemühen, seit geraumer Zeit immer größere Gefährdungen.

Einige NRO haben in den letzten Jahren ihre Hilfe in Afghanistan unter anderem mit dem Hinweis eingestellt, daß aufgrund der Instrumentalisierung des humanitären Mandats durch das Militär eine unabhängige Hilfe nicht mehr leistbar ist. ...

In der afghanischen Bevölkerung wird der Kampf gegen den Terror, der von US-Streitkräften und ihrer Verbündeter unter dem Begriff 'Operation Enduring Freedom' geführt wird, aufgrund der hohen zivilen Opferzahlen massiv abgelehnt. Auch bei den Einsätzen der NATO-geführten ISAF-Truppen, die sich immer mehr mit den Aktivitäten von OEF vermischen, werden in jüngster Zeit zunehmend Tote unter der Zivilbevölkerung als "Kollateralschäden" (sic! - RW) und damit eine Verletzung des humanitären Völkerrechts in Kauf genommen. Der dadurch erlittene Vertrauensverlust bei der afghanischen Bevölkerung wiegt schwer."

Zu diesem Themenkomplex merkte Peter Becker auf diesen Seiten kürzlich an:

"Die Politisierung der humanitären Hilfe erodiere die eigenen Schutzmechanismen der Hilfsorganisationen. Vor allem weise das deutsche PRT den weitaus höchsten militärischen Anteil auf, obgleich es als einziges PRT unter ziviler Beteiligung geführt werde und sich am stärksten auf Aufgaben im zivilen Bereich konzentriere. Ein spezielles Problem liege darin, daß im Einsatzgebiet der Deutschen die größten Mohnanbau-Gebiete Afghanistans lägen. Die deutsche Haltung dazu sei, daß die Bundeswehr Kunduz sichern, die Warlords und deren Drogenhandel aber in Ruhe lassen solle."

"Gewaltmärkte" sowie stets wechselnde Allianzen und Korruption in einem Rentierstaat & gescheiterte "Counterinsurgency"

Bernt Glatzer, ebenfalls Ethnologe und intimer Landeskenner Afghanistans, der wie Sigrist ausgedehnte Feldforschungen in dem Land durchführte, wies anlässlich einer Tagung in Berlin im Frühjahr 2006 auf weitere Kurzsichtigkeiten und Defizite im ausländischen "Afghanistan-Engagement" hin:

"Die internationale Zusammenarbeit in Afghanistan findet unter dem Paradigma des 'Freien Marktes' statt. Dem liegt der Glaube an die Allmacht des Marktes zugrunde, der alles regle, auch wenn ein Staat kaum existiert. Mit diesem Konzept rannte man in Afghanistan offene Türen ein: Die afghanische Wirtschaft ist schon seit Jahrhunderten marktorientiert. In Bezug auf den Drogenhandel ist Afghanistan sogar als ein Meister der globalisierten freien Marktwirtschaft anzusehen.

Die Betätigungsfelder der Kriegsfürsten und Milizenkommandanten sind regelrechte 'Gewaltmärkte'. Ihre Aktionen und Strategien können denn auch am besten marktwirtschaftlich analysiert werden. Allerdings ist die freie Marktwirtschaft in Afghanistan durch eine sehr ungleiche Entwicklung gekennzeichnet - sowohl regional als auch sozial. Das erzeugt Gewinner und Verlierer, wobei Letztgenannte das gesamte System in Frage stellen."

Über die entsprechend verheerenden Auswirkungen einer solchen Politik - auch und gerade mit Blick auf demokratisch legitimierte Akteure und demokratische Prozesse beziehungsweise deren Initiierung - merkte Glatzer an:

"Die Mehrheit der Bevölkerung lehnt das Modernisierungskonzept ab, weil sie zum einen darin nicht vorkommt und es zum anderen nicht versteht. So wird es nur von den afghanischen Eliten mitgetragen. Ein weiteres Ziel der Modernisierung ist die Etablierung demokratisch legitimierter Institutionen, die die Entwicklung selbst in die Hand nehmen. Die sichtbare Präsenz ausländischer Modernisierer untergräbt dieses Vorhaben. So werden eher sie mit Aktivitäten in Verbindung gebracht als der afghanische Staat.

Seine Handlungsmöglichkeiten werden somit überhaupt nicht wahrgenommen. Zudem entsteht bei der Bevölkerung der Eindruck eines 'modernen' Kolonialismus. 'Die Kuh, die ihre eigene Milch säuft' ist noch ein recht freundliches Bild, mit der die Akteure der internationalen Zusammenarbeit betitelt werden.

Bedenklicher dabei ist die Tendenz zu einem Rentierstaat. Das ist ein Staat, der von externer Finanzierung lebt. Er braucht zur Erwirtschaftung der von ihm benötigten Ressourcen seine eigene Bevölkerung nicht. Die Erfahrung zeigt, daß Rentierstaaten nur selten das Potential besitzen, auf eigene Füße zu kommen. Diese Entwicklung ist um so gefährlicher, da davon auszugehen ist, daß sich die internationale Gemeinschaft früher oder später aus Afghanistan zurückziehen wird. Was geschieht dann? In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Kontrolle. Gemäß dem allgemeinen Grundsatz 'wer zahlt kontrolliert' wird das Parlament zu hübschem Dekor. Die Kontrolle obliegt jedoch den Gebern. Dies hat wiederum negative Auswirkungen auf den Demokratisierungsprozeß."

Und wo weder eine genuine Partizipation derjenigen garantiert ist, in deren Namen vermeintlich "Entwicklungsvorhaben" begründet werden, noch demokratisch legitimierte Führungspersonlichkeiten in Erscheinung treten, ist jedwedes Unterfangen von Besatzern, "die Hirne und Herzen der Bevölkerung zu gewinnen", nolens volens zum Scheitern verurteilt. Dazu merkte 2009 der Politikwissenschaftler und Konfliktforscher Jochen Hippler an:

"Afghanistan ist heute die Nagelprobe für die Fähigkeit der Allianz - und der Streitkräfte ihrer wichtigsten Mitgliedsländer -, sich an die Bedingungen der neuen Einsatzformen zivilmilitärischer Interventionen konzeptionell anzupassen. Eine zweite Herausforderung westlicher Friedens- und Sicherheitspolitik besteht gegenwärtig darin zu lernen, daß Zurückhaltung und Selbstbeschränkung bei militärischen Einsätzen häufig klüger sind, als mit geringer konzep-

tioneller Klarheit ihre militärische Übermacht dort zum Tragen bringen zu wollen, wo Gewaltkonflikte vor allem politische, ökonomische und gesellschaftliche Reformen erfordern." erinnert sei in diesem Zusammenhang an einen "Eliteoffizier" par excellence. So jedenfalls wählte sich eine Zeitlang Mr. David Howell Petraeus. Ein Mann, der vor allem während der achtjährigen Amtszeit von US-Präsident George W. Bush (Januar 2001 bis Januar 2009) eine glanzvolle Karriere hinlegte - vom gefeierten "Counterinsurgency-Strategen" im Irak, über den Posten des ISAF-Kommandeurs in Afghanistan bis hin zum Direktor der CIA von 2011 bis 2012. In beiden genannten Ländern ist der Name Petraeus bis heute untrennbar verbunden mit der Ausweitung von Bombenangriffen der US-Luftwaffe, die jeweils einen hohen Blutzoll unter der Zivilbevölkerung forderten.

Exgeneral David H. Petraeus wurde bis 2012 vor allem von den US-amerikanischen Leitmedien als Darling unter den Militärs über den grünen Klee gelobt. Bis er wegen einer Affäre mit Paula Broadwell, einer früheren Reserveoffizierin und Biographin des Generals, strauchelte. Petraeus hatte der Dame darüber hinaus Zugang zu vertraulichen Akten und E-Mails verschafft, was ihm nach einem Schuldeingeständnis im April 2015 eine Geldstrafe von 100.000 Dollar und eine zweijährige Haftstrafe auf Bewährung einbrachte.

Peanuts für den einstigen Viersternegeneral, der ohnehin seit Mai 2013 in der milliarden-schweren Investmentfirma Kohlberg, Kravis Roberts & Co. den dort für ihn maßgeschneiderten Job eines Vorsitzenden des KKR Global Institute innehat. Seine "Expertise" diente der General auch noch Bushs Nachfolger, Präsident Barack Obama, an, dem er allen Ernstes empfahl, in Syrien mit Unterstützung Al-Qaidas gegen den IS vorzugehen.

Wer mit jedem Flugzeug- oder Drohnen-Einsatz wissentlich und willentlich weitere "Kollateralschäden" in Kauf nimmt und in nächtlichen Militäroperationen wie Räuber und Diebe wahllos in Privatquartiere eindringt - zudem mit Hilfe eigens rekrutierter und ausgebildeter "nationaler" Vasallen, die vielfach noch von ihren eigenen korrupten Vorgesetzten um ihren Sold geprellt wurden - muß sich nicht wundern, daß solche Personen von der Bevölkerung im jeweiligen "Operationsgebiet" als das wahrgenommen werden, was sie schlichtweg sind - Eindringlinge und Besatzer!

Wenn sodann als Gegenreaktion eben diese Bevölkerung nurmehr aus dem Fadenkreuz von Gewehren oder schweren Geschützen wahrgenommen wird, ist spätestens der Zeitpunkt gekommen, wo keinerlei Unterscheidung mehr zwischen Freund und Feind möglich ist. Eine Situation, die GIs während des Vietnamkrieges am häufigsten beklagt hatten.

"... daß im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist" oder der Fall Köhler."

Der damalige Bundespräsident Horst Köhler hatte 2010 auf der Rückreise aus Shanghai einen Zwischenstopp in Camp Marmal eingelegt, dem Feldlager der Bundeswehr im afghanischen Mazar-i-Sharif. Es war eine Zeit, da nach dem verheerenden "Kunduz-Zwischenfall" stationierte deutsche Soldaten im Lande immer häufiger in Gefechte verwickelt waren, und es galt, an der "Heimatfront" für notwendigen Rückhalt zu sorgen.

Köhler vor der Truppe in Camp Marmal:

"Ich verspreche Ihnen, ich werde alles tun, was ich kann, damit in Deutschland gewürdigt wird, was Sie in Afghanistan leisten."

In einem Interview mit dem Bundespräsidenten, das Deutschlandradio Kultur am 22. Mai 2010 um kurz vor acht Uhr ausstrahlte, äußerte sich Köhler nochmals zum Zweck seiner Kurzvisite am Hindukusch, um sodann, neben "Respekt und Anerkennung" für die dort dienenden Bundeswehrsoldaten einzufordern, zu erklären:

"Aus meiner Einschätzung ist es wirklich so: Wir kämpfen dort auch für unsere Sicherheit in Deutschland, wir kämpfen dort im Bündnis mit Alliierten auf der Basis eines Mandats der Vereinten Nationen. Alles das heißt, wir haben Verantwortung. Ich finde es in Ordnung, wenn

in Deutschland darüber immer wieder auch skeptisch mit Fragezeichen diskutiert wird. Meine Einschätzung ist aber, daß insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, daß ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muß, daß im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganze regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen. Alles das soll diskutiert werden, und ich glaube, wir sind auf einem nicht so schlechten Weg."

Der Bundespräsident befand sich wegen seiner letzten Sentenzen offensichtlich auf dem Holzweg. Bereits wenige Tage später, am 31. Mai 2010, trat er vor die Presse:

"Ich erkläre hiermit meinen Rücktritt vom Amt des Bundespräsidenten - mit sofortiger Wirkung."

Das "Ungeheuerliche" bestand darin, daß Köhler öffentlich ausgesprochen hatte, was tunlichst unter der politischen Bettdecke hätte bleiben sollen - daß nämlich die BRD auch und gerade im Ausland knallharte - zuvörderst wirtschaftliche - Interessen verfolgt. Bereits in den "Verteidigungspolitischen Richtlinien" vom 26. November 1992 sowie im "Bundeswehr-Weißbuch" von 2006 war nachzulesen, daß sich die künftige Verteidigungspolitik "von vitalen Sicherheitsinteressen leiten" läßt, was die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt" betrifft.

Die "Sicherheitspolitik Deutschlands" werde von "dem Ziel geleitet, die Interessen unseres Landes zu wahren". Dazu gehöre, "den freien und ungehinderten Welthandel als Grundlage unseres Wohlstands zu fördern". Deutschland habe "ein elementares Interesse" an "einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen".

Déjà-vu oder Einst "Tor zum Osten", heute neue Indo-Pazifik-Leitlinien

Vor reichlich 120 Jahren beanspruchten die sich von einer hemisphärischen Macht zum globalen Imperium mausernden Vereinigten Staaten von Amerika gleichzeitig mit der gewaltsamen Inbesitznahme der Philippinen im Zuge des Amerikanisch-Spanischen Krieges ihren Anspruch darauf, das "Tor zum Osten" weit aufgestoßen und unmittelbar vor der chinesischen Haustür Fuß gefaßt zu haben. Mit der erklärten Aussicht auf das Erschließen der "schiefer unermeßlichen Märkte" Chinas.

Wenngleich die revolutionären Erschütterungen und Umwälzungen "im Reich der Mitte" diese Pläne durchkreuzten, beanspruchte Washington dennoch während seiner Kolonialherrschaft über die Philippinen (1898 bis 1946) und der kurz darauf einsetzenden Ära des Kalten Krieges das Südchinesische Meer quasi als eines seiner "Hoheitsgewässer". Eine strategisch überaus bedeutsame Schifffahrtsroute, über die seit Jahrhunderten ein beträchtlicher Teil des internationalen Waren- und Güterverkehrs abgewickelt wurde.

Am 2. September 2020 verabschiedete die Bundesregierung die Indo-Pazifik-Leitlinien und legte damit den neuen Rahmen der deutschen Indo-Pazifik-Politik fest. Die Strategie fußt auf der Erkenntnis, daß die Region in den vergangenen Jahren wesentlich an Bedeutung gewonnen hat. Die Stabilität in der Region ist für die deutsche Sicherheit und Wohlstand angesichts der engen Verflechtungen wichtig:

"Als offene, global ausgerichtete Volkswirtschaft sind für Deutschland freie Seehandelswege und maritime Sicherheit von vitaler Bedeutung. Über 20 Prozent des deutschen Handelsausstromes findet im indo-pazifischen Raum statt. Das deutsche Handelsvolumen mit der Region hat sich in den letzten 15 Jahren nahezu verdoppelt. Bezogen auf Schiffseigentum und wirtschaftliche Nutzung ('Beneficial Ownership') belegt die deutsche Handelsflotte weltweit Platz 5."

"Auch vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Bundesregierung, ihr sicherheitspolitisches

Engagement im indo-pazifischen Raum in der gesamten Bandbreite einschließlich des maritimen Bereichs auszuweiten. Deutschland ist 2020 dem Vertrag über Freundschaft und Zusammenarbeit in Südostasien von 1976 (Treaty of Amity and Cooperation in Southeast Asia) beigetreten. Damit hat sich die Bundesregierung zu einer friedlichen Konfliktlösung und dem Dialog in Südostasien verpflichtet."

"Die Mehrzahl der Staaten des Indo-Pazifiks weist ein hohes Maß an innerer Stabilität auf. Gleichwohl gibt es eine Reihe regionaler sicherheitspolitischer Risiken und Bedrohungen. Dazu gehören u.a. das nordkoreanische Nuklearwaffen- und Raketenprogramm, ungelöste Territorialfragen sowohl zu Land als auch zu See, Konflikte um natürliche Ressourcen und die sich verschärfenden Gegensätze zwischen China und den USA."

"Die Konflikte spiegeln sich in steigenden Verteidigungsausgaben in der Region wider - von 2010 bis 2019 um über 50 Prozent, allein im Fall Chinas um 85 Prozent."

Im Laufe des vergangenen Jahres wurde deshalb die Zusammenarbeit mit der Region in verschiedenen Bereichen vorangetrieben. Zudem setzte sich Deutschland aktiv dafür ein, daß auch auf europäischer Ebene die Indo-Pazifik-Politik in den Fokus rückt, u.a. durch die Formulierung einer eigenen Indo-Pazifik-Strategie. Mit Australien und Japan fanden zudem sicherheits- und außenpolitische Konsultationen statt. Als "aktiven Beitrag zur Stärkung der internationalen Ordnung" befindet sich aktuell die Fregatte "Bayern" in australischen Gewässern, um von da aus Japan anzusteuern.

"Vestigia terrent" ("Die Spuren schrecken ab") oder Was nun?

Welche (zumindest vorläufigen) Schlußfolgerungen sind aus alledem zu ziehen?

Nach dem großen Aufschrei in der zweiten Augushälfte über die Rückkehr der Taliban, dem sich ganz im Sinne eifernder Wendehälse plötzlich auch jene Mainstream-Medien anschlossen, die jahrelang steißtrommelnd für den Krieg am Hindukusch plädiert hatten, ist zumindest ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß einzusetzen, der gegenüber der Öffentlichkeit klipp und klar erklärt, welches Ursachenbündel für das Afghanistan-Debakel und den Tod der 59 Bundeswehrsoldaten verantwortlich war.

Ob ein solcher Ausschuß zeitnah seine Arbeit beginnen kann, ist allerdings fraglich. Da dürften sämtliche im Bundestag vertretenen Parteien - mit Ausnahme der LINKEN - füglich Gründe haben, dessen Aufarbeitung hinauszuzögern, zu erschweren oder ein (End-)Ergebnis zu hintertreiben.

Angesichts des Mitte Oktober vor dem Berliner Reichstagsgebäude inszenierten Großen Zapfenstreichs im Gedenken an den "Afghanistan-Einsatz" der Bundeswehr und zeitgleich vom Verteidigungsministerium geschalteter Anzeigen mit der Überschrift "Ihr habt Deutschland alle Ehre gemacht" in mehreren überregionalen Tageszeitungen ist da allerdings größte Skepsis ob einer "Aufarbeitung vergangener Fehler und Versäumnisse" angebracht.

Den Tod von 59 Bundeswehrsoldaten während ihres Einsatzes in Afghanistan zu betrauern, gleichzeitig aber über die gewaltige Zahl von zivilen Opfern sowie die angerichteten Verwüstungen und Leiden in Afghanistan zu schweigen, entsprach einem obszönen Schauspiel, das einer post-mortalen Verhöhnung aller Opfer gleichkam.

Für die bundesdeutsche Friedensbewegung dürfte das Afghanistan-Debakel im Verbund mit fortschrittlichen Kräften der Zivilgesellschaft und Linken eine Steilvorlage bieten, auf künftigen Treffen, Konferenzen, Symposien und von ihr initiierten Kampagnen alternative friedens- und entwicklungspolitische Zielsetzungen lautstark vorzutragen. Dazu zählen beispielsweise die strikte Zurückweisung, künftig zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für militärische Zwecke auszugeben, generell weiterhin gegen Bundeswehreinsätze im Ausland zu opponieren und für die Auflösung der NATO als ebenso anachronistischem wie untauglichem Instrument von "Konfliktlösungen" einzutreten.

Ignacio Ramonet, von 1991 bis März 2008 Direktor der in Paris erscheinenden Monatszeitung

für internationale Politik Le Monde diplomatique, sprach in diesem Zusammenhang zu Recht von "EU-Vasallen" an der Seite der kriegführenden USA anstelle von Verbündeten.

Während der letzten Bundestagswahl ließ ausgerechnet die Partei DIE LINKE eben solche zentralen Interventionspunkte selbst unberücksichtigt - gewiß eine Erklärung für ihr desolates Abschneiden bei diesem Urnengang. Künftig könnte sie, nicht zuletzt um das eigene Profil zu schärfen, mit Blick auf eingeforderte erhöhte "Sicherheitsvorkehrungen" im internationalen Maßstab strikt auf zivile Sektorhilfen (beispielsweise in den Bereichen Landwirtschaft/Ernährung, (Ausbildung, Gesundheit/Soziales, Kommunikation/Infrastruktur) insistieren und sich dafür stark machen, vergleichbar dem früheren OSZE-Prozeß ähnliche diplomatisch-politisch erfolgverheißende Methoden regionaler Konfliktdeeskalation auf die Agenda zu setzen.

Was seit Jahren u.a. ebenso dringlich wie sinnig der geschätzte Kollege Mohssen Massarrat, emeritierter Sozialwissenschaftler und Konfliktforscher der Universität Osnabrück, befürwortet.

Es sind ja nicht nur mit Blick auf Afghanistan gargantueske Schäden und Leiden zu beklagen. Weitere Länder wie Irak, Syrien, in gewissem Sinne Iran sowie Libyen und zuletzt Jemen bilden die Kette eines herbeigebombten Unheils, die im Zuge des "Krieges gegen den Terror(ismus)" im Nahen und Mittleren Osten geschmiedet wurde.

Nach Afghanistan tut sich bereits in der von allen Beteiligten nicht eindeutig definierten "Indo-Pazifik-Region" ein neuer Herd mit reichlich und langfristig wirkendem Konfliktpotential auf - Ausdruck eines verschärften innerimperialistischen Ringens um die Vorherrschaft in dieser politisch, wirtschaftlich und militärisch so überaus sensiblen Region.

Aus Sicht des "Westens" steht neben Russophobie ein Eindämmen des Einflusses seitens der VR China im Vordergrund, wo u.a. eine weitere "humanitäre Intervention" im chinesischen "Wilden Westen" - im Uigurischen Autonomen Gebiet Xinjiang - zum "Schutz einer bedrängten Minderheit" vom Zaun gebrochen werden könnte. Auf Taiwan ist bereits seit gut einem Jahr ein US-amerikanisches Team von "Militärausbildern" präsent.

Für sogenannte "Whistleblowers" - trefflicher wäre es, in diesem Zusammenhang von Aufklärern in bestem Wortsinn zu sprechen - wie Julian Assange, Edward Snowden, Daniel Hale und andere böte sich eine breitestmöglich angelegte Kampagne an, um deren Freilassung (beziehungsweise im Falle von Snowden eine volle Rehabilitierung) zu erwirken. Dies müßte unmittelbar mit der Forderung nach Schließung des Gefangenenlagers Guantánamo auf Kuba einhergehen.

Es ist und bleibt ein ebenso skandalöser wie unerträglicher Zustand, daß die o.g. Personen seit Jahren drangsaliert, verfolgt, gar mit Morddrohungen überzogen werden, während einflußreiche Marketender des Todes und Apologeten von Folter und "Verschwindenlassen" unbehelligt von jedweder Strafjustiz - vielfach in hochdotierten Positionen im MIK - ihr Leben genießen.

Anmerkungen

Dieser Essay ist drei langjährigen Freunden und warmherzigen Genossen gewidmet, die - leider zu früh verstorben - als Soziologen und Ethnologen u.a. zu den tiefsten Kennern Afghanistans und Zentralasiens im deutschsprachigen Raum gehörten: Prof. Dr. Christian Sigrist, Dr. Bernt Glatzer und Dr. Hermann-Josef Wald. Zeit ihres Lebens wandten sie sich gegen eine gewaltsame Intervention in Afghanistan und setzten sich aufgrund ihrer umfangreichen Feldforschungen vor Ort strikt für Zivilität und ein vertieftes solidarisches deutsch-afghanisches Verständnis ein. H. W. Ludwig<<

Oktober 2021

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 10/2021 berichtet im Oktober 2021:

>>16 Jahre Merkel: Eine Höllenfahrt

_ von Werner Brüningner

Die Kanzlerschaft der Rautenfrau wird ein dunkler Fleck in der deutschen Geschichte bleiben. Bilanz eines Systemwandels.

Als farblose Kandidatin war die scheidende Kanzlerin einst angetreten. Nahezu perfekt hatte es die Physikerin verstanden, sich nach der Wende 1989 chamäleongleich anzupassen. Ihr Aufstieg in der CDU vollzog sich zunächst unauffällig und still, ja beinahe klandestin (heimlich). Eine Frau ohne Eigenschaften, Überzeugungen und Werte. Zur richtigen Zeit am rechten Ort, von Helmut Kohl und maßgeblichen Parteigranden gefördert - nur so konnte diese mediokre Gestalt emporkommen.

Lange hatten Freund und Feind Merkels ausgeprägten Machtinstinkt und ihre Chuzpe sträflich unterschätzt. Vor ihrer Bindungs- und Ortlosigkeit, ihrem eigentümlich unausgelüfteten, neutrotisch verklebten Charakter, der Vulgarität ihrer Züge, den trüben Fischaugen und dem Medusenhaften ihres Wesens schien man nur durch den Schild eines Perseus gefeit.

Die ganze Banalität, die sie umgab, zeugte zu keiner Zeit von irgendeiner Würde des Geistes und barg auch kein Geheimnis. Ihre teigige Erscheinung und der lispelnde Sprachgestus eines aufmüpfigen Kindes schienen tatsächlich in einer Korrespondenz zu stehen mit den irren Vabanquespielen, deren unheilvolle Folgen sie den Deutschen jahrzehntelang in selbstherrlichster Manier aufnötigte.

Ihre abgrundtiefe Unkenntnis der deutschen, europäischen und Weltgeschichte und ihr Hofieren der Klima- und Genderhysteriker taten ein Übriges und flankierten die babylonischen Verhältnisse, die bald eintraten.

Die Volksfeindin

Merkel machte Politik für Unpolitische, zugeschnitten auf den herunternivellierten Homo bundesrepublicanus. Ihre eigene Partei entkernte sie bis zur Unkenntlichkeit. Unliebsame Kritiker, wie noch verbliebene Konservative oder christliche Lebensschützer, ließ sie zeitig verbannen und ersetzte sie durch eine Clique ihr ergebener, vornehmlich weiblicher Jasager und dilettantischer Nichtskönner, die der Lebenswirklichkeit der einfachen Menschen völlig entfremdet waren und sich den Staat restlos zur Beute machten.

Mit ihrer gesetzwidrigen Entscheidung, im Sommer 2015 Millionen Fremde ins Land eindringen zu lassen, setzte Merkel eine künstlich erzeugte Völkerwanderung in Gang und gab das definitive Startsignal für den großen Austausch. Und während der ungarische Ministerpräsident die Grenzen seines Territoriums mit fünf Meter hohen Zäunen abriegeln ließ, reißt der endlose Strom einer geduldeten Conquista bis heute nicht ab. Weder das selbstkastrierte Parlament, das ihr diesen frechen, eklatanten Rechtsbruch einfach durchgehen ließ, noch diejenigen, "die schon länger hier leben", hatte sie zuvor befragt. Nach außen hin stets unterwürfig, nach innen verächtlich gegenüber dem Eigenen - so balancierte sie sich über ihre Amtszeit hinweg.

"Ist mir egal", ließ die Chef nihilistin seinerzeit verlauten, "ob ich schuld bin am Zustrom der Flüchtlinge, nun sind sie halt da." Übermütig krächte sie, das Volk sei ja schließlich "jeder, der in diesem Land lebt". Und natürlich: "Wir schaffen das!" Deutschland müsse sich eben "verändern", schwadronierte sie einfältig. Es ist dies der hoffärtige Jargon der einstigen FDJ-Sekretärin für Agitation und Propaganda, den sie niemals ablegte. Ungläubig fragt man sich damals wie heute, ob die Handlungen dieser Unseligen wirklich noch aus einer gesunden Geistesverfassung herrühren konnten. Und es zeigte auch, daß sie letztlich nichts anderes war als ein Lakai überstaatlich agierender Pressure-Groups.

Assassinen ziehen seitdem ihre Blutspur durch Deutschland und Europa. Schwer bewaffnete Familienclans in No-go-Areas bestimmen, was Recht ist und was Unrecht. Morde, Vergewaltigungen, Diebstähle, Erpressungen und aufdringliche Okkupation des öffentlichen Raumes sind an der Tagesordnung. Zahlreiche Kindergärten stehen unter islamistischem Einfluß, an vielen Schulen terrorisieren jugendliche Migrantengangs deutsche Schüler, vor allem Christen

und Juden sind die Opfer. Eine restlos kaputtgesparte Polizei hütet sich einzuschreiten. Wir aber sollen zu all dem nach den Worten der Ex-Kanzlerin auch noch ein "freundliches Gesicht" zeigen. Ihr zerstörerischer Plan der Integration von Millionen kulturfremden Migranten ist grandios gescheitert, ebenso ihr brüchiger, auf Erpressung begründeter Pakt mit dem türkischen Wesir. Für die vielen Opfer ihres Tuns - oder besser: ihres Unterlassens - hörte man von ihr niemals auch nur irgendeine Art von Schuldeingeständnis oder ein Wort der Reue. Bis heute scheint Merkel nicht willens, ihre Schuld zu begreifen. Und sie steht wie ein Sinnbild für die Unfähigkeit zu trauern.

Unter dem trügerischen Schein weitgehender Liberalität hatte man in ihrer Ära die übertragene Macht zur Willkür geschändet. Die Deutschen selbst aber tragen einen großen Anteil Mitschuld, denn sie hatten sie in Wahlen mehrfach hintereinander legitimiert und marschierten im Zuge der Lemminge größtenteils freudig mit. Viel zu lange erduldeten sie die schleichende Despotie, begeisterten sich für das Allerfremdeste und schluckten willig alles, was von oben kam. Unter der Ägide der Dauerkanzlerdarstellerin gaben sie ihre ihnen gemäße Art weitgehend auf: ihre religiöse Subjektivität und ihr Rechtsempfinden, ihre soldatischen Tugenden, ihre ästhetischen und musischen Dispositionen. Ihre Potenz jedoch wurde dabei verbraucht.

Die Antidemokratin

Unter Merkels Stabführung mutierte die einst stabile deutsche Demokratie binnen weniger Jahre zu einem Spottgebilde, in dem es keine Luft zum Atmen, zur freien individuellen Entfaltung und ungehinderter Meinungsäußerung mehr gibt. Unter dem Mäntelchen einer universalen Humanitas und vermeintlicher Alternativlosigkeit camouflierte sie ihren Abscheu gegen das Eigene.

Ein System aus Worthülsen hatte sich etabliert, das sich, begleitet von zerschmetterten Werten, über alle Bereiche der euphemistisch bejubelten, gottlosen Zivilgesellschaft erstreckt, assistiert von einem Scheinparlament, in das erst die Alternative für Deutschland wieder abweichende Meinungen einbrachte. Die AfD, das ist eine jener "kleinen Gruppen aus unserer Gesellschaft, die sich anmaßen zu definieren, wer das Volk ist", hieß das in echt Merkelscher Diktion.

Wie von einem unstillbaren inneren Zwang gelenkt, schien sie immer das zu tun, was den Deutschen über viele Generationen hinaus unermesslichen Schaden zufügen würde. Gleich einer Nachtwandlerin, die sich mit entflammtem Streichholz in ein Dynamitdepot begibt, suchte diese Herostratin (Verbrecherin aus Geltungssucht) stets aufs Neue irgend etwas, das Feuer fangen konnte. Während einer Auslandsreise befahl sie in nie zuvor gesehener Hybris gar, daß die demokratische Wahl eines Landesoberen, die ihr nicht genehm war, "rückgängig" gemacht werden müsse. Und sie wurde rückgängig gemacht: ein seit dem Preußenschlag 1932 in Deutschland wohl einmaliger Fall. Das Schlimmste aber war, daß sie sich dabei dennoch als lupenreine Demokratin wähnte.

Ihre im Taumel völligen Mißverständnisses und bar jeder Liebe zu ihrem Volk vollzogene Politik war nicht nur grenzenlos dumm, sondern darüber hinaus unsagbar zerstörerisch. Anders aber als die alten grauen Gestalten im SED-Zentralkomitee im Herbst 1989, die wohl bei aller ihnen innewohnenden Borniertheit und Beschränkung dennoch eine vage Ahnung ihres völligen Scheiterns hatten, fehlten Merkel Größe, Einsicht und Weisheit, welche ihr die Umkehr hätten anraten müssen. Künftige Historikergenerationen werden sich einmal fragen, ob ihre Regentschaft nicht einfach nur ein schauerliches Zwischenspiel der Geschichte gewesen sei. Und ob in ihrer Amtsführung nicht lediglich ein unglückseliger Umstand lag, der einer inferioren Minderbegabung mehr oder weniger durch Zufall das Zepter in die Hand gespielt hatte.

Ruchlosigkeit regierte, niedere Dämonen hatten Einzug gehalten.

Die Pandemie kam ihr am Ende der Amtszeit äußerst gelegen. Sofort nutzte sie die Unsicher-

heit in der Bevölkerung aus, um ihre Pläne am Parlament vorbei zu mauscheln und notdürftig rechtskonform zu drapieren. Wer sich dagegen wehrte, war plötzlich ein sogenannter Verschwörungstheoretiker. Und bei den Herrschenden in Politik und Medien wurde, ohne jede Hemmung oder Scham, wieder das DDR-Vokabular von der "Zersetzung" und der "staatsfeindlichen Hetze" en vogue.

Die Verfluchte

Die Herrschaft Merkels bedeutete eine tiefe Veränderung für das Seelenheil der zuvor noch halbwegs gesunden deutschen Nation. So glichen diese Jahre einem düsteren Interregnum, in dem die Ruchlosigkeit regierte und niedere Dämonen Einzug gehalten hatten. Mit ihrem baldigen Abgang ist ein bössartiger Bannfluch von diesem Land genommen.

Ihre fürchterliche Bilanz gleich einer Höllenfahrt: Deutschland wurde zu einem Failed State. Europa ist tief gespalten, die Bundeswehr entmannt und die Wirtschaft ruinierte. All dies wird flankiert von denunziatorischem Blockwartmief, Hexenjagden auf Oppositionelle, irrsinnigen Auslandseinsätzen, kultureller Verwahrlosung, hektischem Atomausstieg, Sanktionierung der Homo-Ehe und Genderterror.

Ihr Handeln konnte und durfte kein gutes Ende nehmen - und muß früher oder später juristisch geahndet werden. Ihr eigenes Volk aber hat sie in einer unklaren Verantwortlichkeit für all ihre Hasardspiele zurückgelassen, und es mag ihr Glück sein, nicht in Zeiten leben zu müssen, in denen verhaßte Potentaten vom Pöbel noch durch die schmutzigen Gassen ihrer Kapitalen geschleift wurden. Kommende Geschlechter aber werden ihren Namen verfluchen.

Werner Bräuning (*1965) ist Autor zahlreicher Sachbücher zu Themen der Zeitgeschichte, darunter *Claus von Stauffenberg. Die Genese des Täters aus dem Geiste des Geheimen Deutschland* (2002) und *"Dux: Mussolini oder der Wille zur Macht"* (2018). Zuletzt erschien sein apokalyptischer Roman *"Was wir lieben mußten"*. ...<<

01.11.2021

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. November 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Abschaltung der letzten noch in Betrieb befindlichen sechs deutschen Kernkraftwerke bis zum 31. Dezember 2022

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 2 Monaten sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 6 Kernkraftwerke sind derzeit strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke (die praktisch rund um die Uhr laufen).

Aufgrund fehlender Energiespeicher werden die stets zur Verfügung stehenden riesigen 6 Kraftwerke (in Schleswig Holstein, Niedersachsen, Baden Württemberg und in Bayern mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt) gegenwärtig immer häufiger eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

Die Abschaltung der letzten 6 deutschen Kernkraftwerke von 2021-2022 wird letzten Endes zum Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes führen

Aufgrund der **Kürzung** der konventionellen Reservestromerzeugung **von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022** muß die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen.

In der Bundesrepublik Deutschland fehlen ab 2023 ständig mindestens **50.000** Megawatt Strom, deshalb ist die Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke verantwortungslos.

Eine im Winter typische Dunkelflaute genügt bereits, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Beispiel: Mitte Januar 2023 herrschen in Mitteleuropa 5-10 Grad Kälte und starke Schneefälle. In Deutschland ist es seit Tagen windstill und neblig. Die Sonne ist nur selten zu sehen. Die Stromerzeugung der Windkraft- und Photovoltaikanlagen fällt aufgrund der ungünstigen Witterungsverhältnisse (starke Schneefälle, Windstille und Nebel verursachen tagelange Dunkelflauten) fast komplett aus.

Infolge der winterlichen Kälte gerät die Stromversorgung des Landes in eine äußerst bedrohliche Situation, denn Deutschland benötigt wesentlich mehr Strom, als es selbst produzieren kann. Die normale Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes beträgt 50 Hertz. Falls die Netzfrequenz z.B. wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung unter 47,5 Hertz sinkt, kommt es zwangsläufig zu einem flächendeckenden Stromausfall (Blackout) im gesamten Land.

Nach Abschaltung der letzten 3 deutschen Kernkraftwerke (KKW Emsland in Niedersachsen, KKW Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und KKW Isar 2 in Bayern) am 31. Dezember 2022) stehen ab 2023 nur noch konventionelle Braun- und Steinkohlekraftwerke mit einer installierten Leistung von 30.000 Megawatt (etwa 36 % der gesamten Stromnachfrage) sowie einige Gaskraftwerke für die Grundlast zur Verfügung.

Alle Speicherbecken der 36 deutschen Pumpspeicherkraftwerke sind längst leer.

Weil die bisherigen Stromlieferanten Frankreich, Belgien, Schweiz und Österreich vor allem mit Strom heizen, benötigen sie ihren Strom selbst und können während der Kältephase den dringend benötigten Strom von mehr als 50.000 Megawatt Strom nicht nach Deutschland liefern.

Aufgrund einer konstanten Stromnachfrage von über 80.000 Megawatt wird die Lage in Deutschland immer aussichtloser, die normale Netzfrequenz bei 50 Hertz zu halten. Da es die dringend erforderlichen konventionellen Reservekraftwerke zum Ausgleich von Netzschwankungen nicht mehr gibt, werden sofort große Industrieunternehmen und Hunderttausende von Privathaushalten vom Netz genommen, um die Gefahr eines nationalen Netzzusammenbruches (Blackouts) zu verhindern.

Die Notabschaltung der Stromverbraucher genügt jedoch wegen ungenügender Grundlaststromeinspeisung nicht, um die Netzstabilität zu erhalten. Die Netzfrequenz des deutschen Stromnetzes sinkt unaufhaltsam unter 47,5 Hertz, so daß es schließlich zu einem flächendeckenden Stromausfall im gesamten Land kommt.

Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes würde sich zwangsläufig zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören. Plünderungen, Zerstörungen und Brandstiftungen, Mord und Totschlag, Hungertod, Epidemien, Not und hoffnungslose Verelendung sowie die Freisetzung von Radioaktivität würden in der Bundesrepublik Deutschland ein bis dahin nie für möglich gehaltenes Massensterben von Menschen und Nutztieren verursachen.

Während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 droht außerdem in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, die gefürchtete Kernschmelze der Brennelemente und die Freisetzung von Radioaktivität.

Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den benachbarten deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt.

Völkerrechtliche Verantwortung der Bundesrepublik Deutschland

Aufgrund der Tatsache, daß alle deutschen Kernkraftwerke seit 1961 von staatlichen Energieversorgungsunternehmen und damit im Auftrag der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland errichtet und betrieben wurden, blieb die deutsche Bundesregierung ungeachtet der späteren Privatisierung der Kernkraftwerke völkerrechtlich weiterhin für den Rückbau dieser Kernkraftwerke und die Entsorgung der radioaktiven Abfälle verantwortlich.

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Betrieb und der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden. Wenn die Kühlpumpen der Abklingbecken ausfallen, kommt es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen, deshalb muß vor allem eine sichere Stromversorgung gewährleistet sein, um Kernkraftwerke risikolos abschalten zu können.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.

Als im Jahre 1986 der Block 4 des Kernkraftwerkes in Tschernobyl explodierte und es zur Kernschmelze kam, mußten mindestens **800.000 Feuerwehrleute und Soldaten** aus der gesamten Sowjetunion eingesetzt werden, um die Umgebung mit einer 300.000 Tonnen schweren Stahlbetonschicht vor den radioaktiven Strahlen der restlichen **20 Tonnen Kernbrennstoffe**, die sich noch im zerstörten Reaktor befanden, zu schützen.

Allein im Kernkraftwerk Brokdorf befinden sich zum Beispiel **193 Brennelemente mit einer Schwermetallmasse von insgesamt 103 Tonnen.**

Bis 2005 starben etwa 112.000 bis 125.000 Helfer (sog. Liquidatoren) an den Folgen des lebensgefährlichen Einsatzes in Tschernobyl.

Falls es in den Abklingbecken der 7 stillgelegten deutschen Kernkraftwerke zu einer Kernschmelze der Brennelemente kommen sollte, müßte man in der Bundesrepublik Deutschland mindestens **5.600.000 Helfer** (sog. Liquidatoren) einsetzen, um die Freisetzung von tödlicher Radioaktivität einzudämmen.

Die Kerntechnische Hilfsdienst GmbH (KHG) in Eggenstein-Leopoldshafen verfügt derzeit lediglich über 111 Mitarbeiter, um Stör- und Unfälle in kerntechnischen Anlagen zu bekämpfen. Da wahrscheinlich niemals 5.600.000 Liquidatoren für die lebensgefährlichen Rettungsmaßnahmen (Bau von 7 Stahlbetonsärgen) mobilisiert werden können, würden vermutlich große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 Nachbarländer Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden durch radioaktive Strahlen unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Die Frage der völkerrechtlichen Verantwortlichkeit und Haftungsregelungen wegen Verletzung von Handlungs- oder Unterlassungspflichten stellt sich vermutlich nicht mehr, weil die Bundesrepublik Deutschland nach dem Super-Gau nicht mehr existieren wird. ...<<

04.11.2021

BRD: Zur Diskussion über das Vorziehen des Kohleausstiegs auf 2030 erklärt der Vorsitzende der AfD-Fraktion Tino Chrupalla am 4. November 2021 im Deutschen

Bundestag (x1.047): >>>Die Pläne, den Kohleausstieg um acht Jahre auf 2030 vorzuziehen sind völlig unverantwortlich. Sie senden energie- und wirtschaftspolitisch ein fatales Signal und erschüttern erneut das Vertrauen der Bürger in die Berechenbarkeit und die Verlässlichkeit der Politik in Deutschland.

Schon ein Kohleausstieg im Jahr 2038 wäre für die betroffenen Regionen aber auch für die Versorgungssicherheit in Deutschland eine Katastrophe. Zudem droht durch den Ausstieg aus der Kohleverstromung ein weiterer Anstieg der deutschen Strompreise, die ohnehin die höchsten der Welt sind, und damit eine weitere Belastung von Bürgern und Wirtschaft. Die von der Ampel ebenfalls geplante Streichung der EEG-Umlage ist vor diesem Hintergrund nicht mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein.

Statt in der Energiepolitik immer schneller auf dem fatalen deutschen Sonderweg voranzuschreiten, müssen die politisch Verantwortlichen die Energiepolitik endlich wieder auf eine vernünftige Grundlage stellen. Nicht unrealistische Klimaziele, sondern die berechtigten Interessen unseres Landes und seiner Bürger müssen dabei im Zentrum stehen.

Anstatt den Kohleausstieg vorzuziehen, müssen angesichts der drastisch steigenden Energiepreise die ursprünglich vereinbarten Laufzeiten wieder gelten. Gleichzeitig müssen umgehend die Voraussetzungen für einen Weiterbetrieb der deutschen Atomkraftwerke geschaffen werden."<<

Österreich: Die österreichische Wochenzeitung "Wochenblick" berichtet am 4. November 2021 über die Corona-Impfung: >>>Daten in Pfizer Zulassungsstudie wurden gefälscht - sogar Mainstream berichtet

Wochenblick warnt schon seit vielen Monaten vor den gefährlichen Nebenwirkungen der experimentellen mRNA-Impfstoffe. Jetzt deckte eine Whistleblowerin auf, daß die Daten der Zulassungsstudie für die Corona-Impfung von Pfizer gefälscht wurden, wie im renommierten British Medical Journal (BMJ) berichtet wird.

Die "Verblindung" der Patienten sei aufgehoben und unerwünschten Nebenwirkungen nur schleppend nachgegangen worden sein. Die mit der Qualitätskontrolle beauftragten Mitarbeiter seien mit der Masse der festgestellten Probleme überfordert gewesen. Selbst im Mainstream wird nun darüber berichtet. Allerdings läßt man hier gleich "Experten" erklären: "Die im "The BMJ-Artikel" geschilderten Fehler schränken die Aussagekraft der Zulassungsstudie des Impfstoffs nicht ein".

Brook Jackson arbeitete als Regionaldirektorin für das Forschungsinstitut Ventavia Research Group, das für Pfizer Studien durchführte, berichtet RT. Nachdem sie das Institut auf die Probleme hingewiesen hatte, wurde Jackson postwendend entlassen. Sie stellte nun dem BMJ interne Dokumente des Unternehmens sowie Fotos und Tonaufnahmen zur Verfügung, die ihre Vorwürfe bestätigen sollen.

Mitarbeiter wußten, wer Placebo bekam

Pfizer habe demnach in Bezug auf Labormanagement, Patientensicherheit und Datenintegrität sowohl gegen wissenschaftliche als auch ethische Standards verstoßen. So soll die "Verblindung" der Studie aufgehoben worden sein, d.h. Mitarbeiter und Patienten wußten möglicherweise, wer ein Placebo erhalten hatte und wer nicht. Wie viele Studienteilnehmer das betraf, konnte nicht ermittelt werden.

Nebenwirkungen mangelhaft dokumentiert

Weiter habe es Probleme bei der Dateneingabe für schwere Nebenwirkungen gegeben. Die Patienten seien unzureichend überwacht und die Nachverfolgungsprotokolle schlecht gewesen. Laborproben sollen außerdem zum Teil falsch etikettiert worden sein, so die Vorwürfe der Whistleblowerin Jackson.

Laut eigenen Aussagen soll sie bereits 15 Jahre Erfahrung im Management klinischer Forschung gehabt haben, bevor sie zu Ventavia kam. Da sich das Institut aber nicht um diese

Probleme kümmerte, begann sie damit Fotos mit ihrem Smartphone zu machen, um die Mißstände zu dokumentieren. Auf diesen Bildern ist beispielsweise zu erkennen, daß Identifikationsnummern von Studienteilnehmern auf den Impfstoffverpackungen vermerkt waren und diese offen herumlagen. Dadurch könnte die "Verblindung" aufgehoben worden sein.

Probleme waren bekannt - reagiert wurde nicht

In einer firmeninternen Liste nannte eine Ventavia-Führungskraft drei Mitarbeiter, mit denen sie "das Problem mit dem elektronischen Tagebuch / der Datenfälschung usw. besprechen" sollte. Davon soll einer "mündlich ermahnt" worden sein, "Daten zu ändern und verspätete Eintragungen nicht vermerkt zu haben". Jackson meldete die Mißstände an die US-Zulassungsbehörde FDA und wurde noch am selben Tag entlassen. Seitens der FDA schien man kein besonderes Interesse an den Informationen von Jackson zu haben. Im Zuge der FDA-Sitzung für die Notfallzulassung des Impfstoffes wurden die Probleme bei Ventavia nicht erwähnt. Tags darauf wurde der Impfstoff von der FDA zugelassen.

Zwei weitere Ventavia-Mitarbeiterinnen mit jahrelanger Erfahrung haben gegenüber dem BMJ die Vorwürfe von Jackson zum Großteil bestätigt. Sie wollen allerdings anonym bleiben, da sie um ihren Arbeitsplatz fürchten.

RKI-Wieler: "Wenn das stimmt, ist das inakzeptabel"

Bei der Bundespressekonferenz wurde der Chef des Robert Koch Institutes, Lothar Wieler, auf den Artikel im BMJ angesprochen und erklärte: "Wenn das stimmt, ist das inakzeptabel." Gesundheitsminister Jens Spahn hingegen war der Leak nicht bekannt.

So "sicher" ist der Pfizer-Impfstoff

Die Veröffentlichung von internen Informationen macht Pfizer schon seit längerem zu schaffen. Wie Wochenblick berichtete, haben sich bereits mehrfach Whistleblower gemeldet und beispielsweise die Verwendung von Embryozellen für die Entwicklung des Pfizer-Serums geschildert. Auch darüber, daß Pfizer-Mitarbeiter selbst die Immunität nach einer Erkrankung an Covid als stärker einstufen als nach der Impfung hat Wochenblick berichtet. Der langjährige Forschungsleiter bei Pfizer, Dr. Mike Yeadon, warnte vor der blutverklumpenden Wirkung des Spikeproteins und davor, daß man allgemein viel zu wenig über die Nebenwirkungen der mRNA-Impfstoffe wisse.

Darüber, daß man über viele der heute bekannten schweren Nebenwirkungen bei der FDA schon im Oktober 2020, also noch vor der Zulassung eines Impfstoffes, Bescheid wußte, hat Wochenblick berichtet. Die lange Liste der furchtbaren Nebenwirkungen wurde bei der FDA-Präsentation einfach übergangen. Schon im Jänner dieses Jahres berichtete Wochenblick auch darüber, daß aus dem Zulassungsprotokoll des Pfizer-Vakzins hervorgeht, daß die Impfung womöglich genauso gefährlich ist, wie das Corona-Virus selbst. Und erst kürzlich berichtete Wochenblick über Steve Kirsch, der im Zuge der FDA-Diskussion über die Zulassung der Booster meinte, daß die Impfung mehr Menschen töten würde als retten.<<

08.11.2021

BRD: Am 8. November 2021 stellt die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages 3 Anträge, um die Energieversorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland zu gewährleisten:

Der erste Antrag trägt den Titel "Horizont erweitern - Kernenergie für umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung".

Der zweite Antrag trägt den Titel "Blackout" und "Brownout" verhindern und dadurch die Energieversorgung sicherstellen.

Der dritte Antrag zielt darauf ab, die Energiewende rückgängig zu machen und Wirtschaft sowie private Haushalte zu entlasten.

Diese Anträge sollen am 11. November 2021 in erster Lesung beraten und im Anschluß zur weiteren Beratung in den künftigen Hauptausschuß überwiesen werden.

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 8. November 2021

(x1.122/...): >>>Die feindliche Übernahme des Bundesverfassungsgerichts

Die institutionelle Verquickung von Politik und Bundesverfassungsgericht durch das Richter-Wahlverfahren hatte bisher schon zu einer zunehmenden Politisierung des Gerichts geführt. Doch seit der CDU-Bundestagsabgeordnete Stephan Harbarth zum Vizepräsidenten und kurz darauf zum Präsidenten gemacht wurde, entwickelt sich das oberste deutsche Gericht immer unverhohlener zum Erfüllungsgehilfen der Politik.

Die Gewaltenteilung, ein Grundprinzip rechtsstaatlicher Demokratie, ist weitgehend zu Gunsten der Herrschaft einer Parteien-Oligarchie aufgehoben, so daß im anwachsenden staatlichen Totalitarismus das Volk als eigentlicher Souverän seine grundgesetzlich verbürgten freiheitlichen Grundrechte von den Gerichten kaum noch verteidigt findet.

Der Fall Stephan Harbarth

Stephan Harbarth hat von 2000 an als Rechtsanwalt in internationalen Wirtschaftskanzleien nur Konzerninteressen und daneben ab 2009 als CDU-Abgeordneter des Bundestages Partei-Interessen vertreten, die mitunter konkurrierten und mit den Aufgaben eines Volksvertreters nicht selten im Widerstreit lagen. Aber er war nie als Richter tätig, der keinen Interessen, sondern ohne Ansehen der Person nur Recht und Gesetz verpflichtet ist.

Auf Betreiben der CDU und ihrer allmächtigen Kanzlerin - auf Wahlplakaten eng mit ihm verbunden - wurde er am 22.11.2018 vom Bundestag zum Richter am Bundesverfassungsgericht gekürt und am 30.11.2018 vom Bundesrat gleich zu dessen Vizepräsidenten erhoben.

Als Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages und schließlich stellvertretender Fraktionsvorsitzender war er an der Durchsetzung vieler Gesetze beteiligt, die gegebenenfalls zu überprüfen er nun die Aufgabe hat.

"Kann die Fraktionsdisziplin ablegen, wer seiner Partei alles verdankt? Kann plötzlich frei den Mund öffnen, wer neun Jahre lang klaglos den Kappzaum (Zaum zum Lenken und Longieren junger Pferde) des Abgeordneten trug, um jetzt die Augenbinde der Justitia überzustreifen, als hätte er nie etwas anderes gekannt als richterliche Neutralität und Regierungsferne?"

So formuliert treffend Gerhard Strate, einer der bekanntesten deutschen Strafverteidiger und Mitglied des Ausschusses für Verfassungsrecht der Bundesrechtsanwaltskammer, im September-Heft 2021 des Monatsmagazin Cicero, wo er die Causa Harbarth einer schonungslosen Analyse unterzog.

Am 22. Juni 2020 schließlich wurde "Merkels Mann in Karlsruhe", wie er in alternativen Medien bezeichnenderweise genannt wird, durch den Bundespräsidenten zum Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts ernannt. Und er bewährte sich gerade in der Corona-Krise für die totalitären Maßnahme-Strategen in Berlin. Schon als Vizepräsident fiel die Entschlossenheit auf, mit der der 1. Senat unter seinem Vorsitz fast alle Eilanträge und Verfassungsbeschwerden ablehnte. Und das setzte sich auch nach dem Juni 2020 fort, wobei er natürlich mit weiteren Richtern rechnen konnte, die dem Senat schon angehörten, ebenfalls von Altparteien nach Karlsruhe entsandt: vier von der SPD, zwei von der CDU und einen von der FDP.

"Die vorherrschende formelhafte Terminologie, für jedermann in den Pressemeldungen des Verfassungsgerichts nachlesbar, ist nicht immer elegant, aber durchaus wirksam: Erfolglose Eilanträge abgelehnt. Antrag auf einstweilige Anordnung abgelehnt. Verfassungsbeschwerde nicht zur Entscheidung angenommen. Antrag unzulässig. Antrag genügt nicht den Anforderungen. Nicht ausreichend substantiiert vorgetragen. Was Juristen eben schreiben, wenn sie sich der inhaltlichen Auseinandersetzung entziehen und eine eigene Agenda durchsetzen möchten."

So faßt es Gerhard Strate im Cicero zusammen.

Ignorierte Ungültigkeit eines Gesetzes

Besonders gravierend ist der am 5. Mai 2021 gefaßte Beschluß des 1. Senates unter Harbarths Vorsitz, mit dem Anträge auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gegen die Regelung von

Ausgangsbeschränkungen abgelehnt wurden.

Gerhard Strate weist darauf hin, daß das "Vierte Gesetz zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite", im Bundestag am 22. April 2021 verabschiedet, der Zustimmung des Bundesrates bedurft hätte. Denn "die in § 28b Abs. 3 Satz 1 IfSG vorgesehenen Testungen von Schüler- und Lehrerschaft bei Durchführung von Präsenzunterricht erzeugten eine Kostenlast der Länder, weshalb eine Zustimmung des Bundesrats unabweisbar war (Art. 104a Abs. 3 GG).

Diese Zustimmung jedoch gab es nicht. Die Frage, ob das Gesetz zustimmungspflichtig war, betrachtete der Senat zwar als berechtigt, seine acht Mitglieder sahen sich aber außerstande, diese überschaubare Rechtsfrage zu beantworten: Die Beantwortung der damit verbundenen Fragen ist derzeit jedenfalls als offen einzustufen."

Man müsse sich das einmal vorstellen, so Gerhard Strate, gemäß Artikel 78 GG komme ein Gesetz zustande, wenn der Bundesrat zustimmt. Auch dann, wenn nur eine einzelne Vorschrift - wie hier der Paragraph 28b Abs. 3 Satz 1 IfSG zu den Testerfordernissen an den Schulen - die Zustimmungsbedürftigkeit auslöst, müsse der Bundesrat dem Gesetz insgesamt ausdrücklich und unzweideutig zustimmen. Werde die Zustimmung nicht erklärt, sei das Gesetzgebungsverfahren nicht ordnungsgemäß abgeschlossen worden.

Für einen der vielen hochqualifizierten Assistenten, die den Richtern des Verfassungsgerichts zurarbeiteten, wäre die Lösung dieser offenen Rechtsfrage eine Sache von wenigen Stunden gewesen. Wenn dennoch die Richter des Bundesverfassungsgerichts sich "derzeit" nicht in der Lage gesehen hätten, die offene Frage der Zustimmungsbedürftigkeit zu klären, dann sei dies eine unverhohlene politische Entscheidung gewesen. Man habe nicht gewollt. "Derzeit".

"Einen offenen Einblick in seine Marschrichtung", fügt Gerhard Strate hinzu, "gewährte Stephan Harbarth in einem Interview, welches am 2. April 2021 im Redaktionsnetzwerk Deutschland veröffentlicht wurde. Unter der Überschrift 'Präsident des Verfassungsgerichts verteidigt deutsche Corona-Politik' wirbt er mit warmen Worten um Verständnis für die Maßnahmen der Regierung. Und schon am nächsten Tag legt er in der Bild-Zeitung nach, indem er Corona-Demonstranten ermahnt, mit dem Demonstrationsrecht 'verantwortungsvoll umzugehen'."

Ist es die Aufgabe des Präsidenten eines neutralen Gerichts, öffentlich für die Politik der Regierung Partei zu ergreifen, über deren Maßnahmen er anschließend zu Gericht sitzt? Hierin kommen schon seine Parteilichkeit und seine wahren Absichten offen zum Ausdruck.

"Erklärt sich die schon an Arbeitsverweigerung grenzende Abneigung des Bundesverfassungsgerichts, geplagten Bürgern inmitten einer der schlimmsten politischen Krisen der bundesrepublikanischen Geschichte wenigstens hin und wieder wirksam Rechtsschutz zu gewähren, auch aus dem Denken des Parteisoldaten?", fragt Gerhard Strate.

Die Antwort ist klar. "Merkels Mann in Karlsruhe" erfüllt die in ihn gesetzten Erwartungen der Regierungspartei.

Rundfunkbeitrag und Abgeordneten-Freiheit

Wenn es um die Interessen der "staatstragenden" Parteien geht, wie die finanzielle Auspolsterung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks z.B., dieses unschätzbaren Propaganda-Lautsprechers der Regierungs- und der sie stützenden Parteien-Politik, greifen die Parteifreunde in Karlsruhe zu keinen ablehnenden Floskeln.

In der Vorlage eines "Ersten Medienänderungs-Staatsvertrages" war in Art. 1 die Erhöhung des Rundfunkzwangsbeitrages um 86 Cent pro Monat vorgesehen. 15 Bundesländer hatten zugestimmt, nur Sachsen-Anhalt verweigerte die Zustimmung, so daß der Vertrag nicht zustande kam. Daraufhin erhoben die Staatssender Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht gegen das Land Sachsen-Anhalt.

Die Entscheidung des 1. Senats vom 20. Juli 2012 zu lesen falle schwer, bekannte Gerhard

Strate, "denn in ihr spiegle sich unverkennbar die erste Abendsonne einer schwindsüchtig gewordenen Demokratie". - Er untertreibt. Es schienen schon viele Abendsonnen auf diese schwindsüchtige Demokratie, nur diese wirft ihr Dämmerlicht auf einen Tiefpunkt.

In dem Beschluß stellt das Bundesverfassungsgericht fest, das Land Sachsen-Anhalt habe durch das Unterlassen seiner Zustimmung die Rundfunkfreiheit aus Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 des Grundgesetzes verletzt. Zugleich ordnet es an, daß der in Betracht kommende Art. 1 des Vertragsentwurfes vom 20. Juli 2021 bis zum "Inkrafttreten einer staatsvertraglichen Neuregelung über die funktionsgerechte Finanzierung der Beschwerdeführer (der Staatssender) durch den Rundfunkbeitrag" vorläufig gelte.

Das Verfassungsgericht setzt also den ersten Teil des "Medienänderungs-Staatsvertrages", der insgesamt noch gar nicht zustande gekommen ist, einfach per Anordnung vorläufig in Kraft.

Das kann kein Gericht, das verläuft nicht im Reiche des Rechts, sondern der puren Willkür, die aus dem politischen Willen aufsteigt, die Herrschafts-stabilisierende Bewußtseins-Anstalten schnellstmöglich mit zusätzlichem Geld zu versorgen. Das wissen auch die Richter und sprechen von vorläufiger Geltung "bis zum Inkrafttreten einer staatsvertraglichen Neuregelung".

Diese kommt aber nur zustande, wenn Sachsen-Anhalt zustimmt. Das heißt, der Landtag wird damit verurteilt, der Erhöhung des Rundfunkbeitrages zuzustimmen, oder, wie es Gerhard Strate formuliert, den Grundsatz zu beherzigen, "daß ihr bedingungsloses Ja zu jeder gewünschten Erhöhung des Rundfunkbeitrags alternativlos ist."

Angesichts des unverzichtbaren Wesenskernes jedes demokratischen Systems, der natürlich auch in der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt steht:

"Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes. Sie sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen", ist dies ein ungeheuerlicher Übergriff in die Unabhängigkeit der Legislative eines Landes, der nur aus totalitärer Hybris entspringen kann.

Der besondere Schutz des Staatsfunks, seine sogenannte Bestands- und Finanzierungs-Garantie, die aus Art. 5 des Grundgesetzes abgeleitet wird, hat indessen schon eine längere unrühmliche Tradition beim Bundesverfassungsgericht, erreicht in ihrer grotesken Konstruktion hier nur einen neuen Höhepunkt.

In Artikel 5 Abs. 1 Satz 2 heißt es lediglich:

"Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film wird gewährleistet."

Ausschließlich aus diesem Satz, schreibt Rechtsanwalt Strate treffend, konstruiere sich über eine spitzfindige Argumentationskette die Anspruchsgrundlage der öffentlich-rechtlichen Medien auf ihre Finanzierung durch zwangsweise erhobene Beiträge. Diese haben inzwischen die Form einer verkappten Steuer für nahezu jedermann angenommen.

"Die willkürliche Herleitung eines rigiden Finanzierungsmodells aus dem Grundgesetz widersprach schon immer in eklatanter Weise dessen freiheitlichem Geist. ... Das Grundgesetz selbst stellt keine Forderung nach einem besonders zu schützenden öffentlich-rechtlichen Rundfunk auf. Die 'Garantie der funktionsgerechten Finanzierung' ist ein Kind des Bundesverfassungsgerichts, gehegt und gepflegt in immer neu sich wiederholenden und weiter ausgreifenden Gerichtsentscheidungen, mittlerweile groß, fast ein Monster geworden. ...

Das Grundgesetz unterscheidet nicht zwischen den verschiedenen Finanzierungsmodellen unterschiedlicher Medien und verlangt auch nicht die staatlich angeordnete Zwangsfinanzierung einzelner Leitmedien. Streng genommen besagt Art. 5 Abs. 1 Satz 2 GG lediglich eines: Der Staat hat nicht das Recht, Medien aller Art in ihrer Berichterstattung zu behindern. Bekräftigt wird diese Deutung durch den folgenden Absatz Abs. 1 Satz 3, der präzisiert: Eine Zensur findet nicht statt."

Surreale Klimaschutz-Entscheidung

In merkwürdiger Lautlosigkeit, ohne Öffentlichkeit, Sachverständige und öffentliche Verhandlung, wie es eine Verfassungsbeschwerde über die Klimapolitik der Bundesregierung wegen ihrer weitreichenden Bedeutung für den Industriestandort Deutschland erfordert hätte, veröffentlichte der 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts unter seinem Vorsitzenden Harbarth am 24. März 2021 einen einstimmig ergangenen Beschluß, der wie eine lautlose Bombe wirkt, deren verheerende Auswirkungen unabsehbar sind. In den Leitsätzen der Entscheidung heißt es:

"1.) Der Schutz des Lebens und der körperlichen Unversehrtheit nach Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG schließt den Schutz vor Beeinträchtigungen ... durch Umweltbelastungen ein, gleich von wem und durch welche Umstände sie drohen. Die aus Art. 2 Abs. 2 Satz 1 GG folgende Schutzpflicht des Staates umfaßt auch die Verpflichtung, Leben und Gesundheit vor den Gefahren des Klimawandels zu schützen. Sie kann eine objektivrechtliche Schutzverpflichtung auch in Bezug auf künftige Generationen begründen."

Wie schon in Bezug auf Corona, kommentiert Rechtsanwalt Gerhard Strate, erfahre das grundgesetzlich garantierte Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit auch hier seine dem Zeitgeist - ich würde sagen: der neuen Totalitarismus-Gesinnung - geschuldete Umdeutung.

"Was von den Vätern der Verfassung nach bittersten Diktaturerfahrungen dazu konzipiert worden war, das Individuum vor Folter, politischem Mord und sonstigen staatlichen Übergriffen zu bewahren, verkommt mehr und mehr zu schnöden Vollkaskopolice, mit welcher der Staat alle möglichen absurden 'Schutzpflichten' an sich zieht.

Diese durch pure Rabulistik in das Grundgesetz hinein interpretierten Pflichten des Staates ziehen jedoch unweigerlich auch das staatliche Recht zur Ausübung zahlreicher Repressalien nach sich. Wie auch sonst sollte man Virusinfektionen an der Ausbreitung hindern oder den CO₂-Ausstoß maßgeblich reduzieren, wenn nicht durch massive, auf Dauer angelegte Einschränkungen der persönlichen Freiheit?"

Das Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit ist wie die übrigen Grundrechte primär vorstaatliches Abwehrrecht des freien, sich selbst bestimmenden Menschen gegen totalitäre Übergriffe der Staatsmacht. Und der Staat hat die Menschen vor Übergriffen staatlicher Stellen und natürlich auch anderer Personen in ihre körperliche Unversehrtheit zu schützen. Schutz vor Krankheiten ist Sache des freien, sich selbst bestimmenden Menschen selbst und seiner Ärzte, der freien Ärzteschaft.

Mit der Vereinnahmung zur allgemeinen staatlichen Schutzpflicht wird das Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit als das höherwertige gegen die anderen Grundrechte in Stellung gebracht, indem diese weitgehend eingeschränkt bzw. völlig suspendiert werden, damit die Menschen weitestgehend geschützt werden könnten.

Das Abwehrrecht des Menschen gegen staatliche Willkür wird perfide zum Angriffsrecht des Staates auf die Grundrechte des Menschen gewendet. Das heißt, die Abwehrrechte des Menschen gegen einen totalitären Staat werden verdreht und mißbraucht, um - einen totalitären Staat zu errichten.

"Die zur Durchsetzung notwendigen, teils robusten polizeilichen Maßnahmen bei Zuwiderhandlungen könnten sich", fährt Gerhard Strate fort, "sehr schnell ihrerseits für eine Gefahr für das Leben und die körperliche Unversehrtheit entwickeln und das Grundrecht damit vollends seines Wesensgehalts berauben. Analog zu Orwells 'Freiheit ist Sklaverei' stünde es dann als eine leere Worthülse vor uns, deren Bedeutung sich längst in ihr Gegenteil verkehrt hat."

Auch der zweite Leitsatz der Entscheidung habe es in sich und sei ein beredtes Beispiel dafür, weshalb der Gesetzgeber sich mit der Definierung neuer Staatsziele im Grundgesetz tunlichst

zurückhalten sollte. Er lautet:

"2.) Art. 20a GG verpflichtet den Staat zum Klimaschutz. Dies zielt auch auf die Herstellung von Klimaneutralität."

Der 1994 nachträglich eingefügte Artikel 20a GG beziehe sich auf die staatliche Pflicht zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen und eröffne damit viel Raum für verschiedenste Interpretationen. Findigen Umweltverbänden mit Verbandsklagerecht bietet er durch seine Unbestimmtheit eine unendliche Spielwiese zu sukzessiven Ausgestaltung eines dystopischen Ökostaats über den spendenfinanzierten Rechtsweg.

Der Beschluß des 1. Senats unter Vorsitz des neuen Präsidenten Harbarth sei natürlich von den zuständigen Juristen sofort als "epochal" gefeiert worden. Einige Zitate sollen beispielhaft aufzeigen, wohin die Reise geht:

"Ein unbegrenztes Fortschreiten von Erderwärmung und Klimawandel stünde aber nicht im Einklang mit dem Grundgesetz. Dem steht neben den grundrechtlichen Schutzpflichten vor allem das Klimaschutzgebot des Art. 20a GG entgegen, welches die Gesetzgebung - verfassungsrechtlich maßgeblich - durch das Ziel konkretisiert hat, die Erwärmung der Erde auf deutlich unter 2 °C und möglichst auf 1,5 ° C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Dieser Temperaturschwelle entspricht ein, wenn auch nicht eindeutig quantifizierbares, aus dem globalen Restbudget abgeleitetes nationales CO₂-Restbudget.

Ist dieses nationale CO₂-Budget aufgebraucht, dürften weitere CO₂-Emissionen nur noch zugelassen werden, wenn das Interesse daran verfassungsrechtlich insbesondere gegenüber dem Klimaschutzgebot des Art. 20a GG überwiegt. Verhaltensweisen, die direkt oder indirekt mit CO₂-Emissionen verbunden sind, wären also verfassungsrechtlich nur noch hinnehmbar, soweit sich die dahinterstehenden grundrechtlichen Freiheiten in der erforderlichen Abwägung durchsetzen könnten, wobei das relative Gewicht einer nicht klimaneutralen Freiheitsbetätigung in der Abwägung bei fortschreitendem Klimawandel weiter abnimmt." (Randnummer 120)

Damit sei der Grundstein für eine bizarre Situation gelegt, in der bereits das Einschalten der Heizung im Winter, der Verzehr einer Fleischmahlzeit oder ein Flug in den Urlaub in jedem Einzelfall Gegenstand einer verfassungsrechtlichen Abwägung werde. Da passe es hinein, wenn an anderer Stelle der Entscheidung davon die Rede sei, es könnten "selbst gravierende Freiheitseinbußen künftig zum Schutz des Klimas verhältnismäßig und gerechtfertigt sein". Daß mit derartigen Formulierungen ein Gewöhnungsprozeß eingeläutet werde, dem die Bürger schon in den letzten anderthalb Jahren ausgesetzt waren, liege nahe.

Mit traumwandlerischer Sicherheit schein sich das Verfassungsgericht auf den schwankenden Planken wissenschaftlich umstrittener Zahlengrundlagen zu bewegen. Ob die Erwärmung nun maximal 2 Grad Celsius oder besser doch nur 1,5 Grad Celsius betragen sollte und in welchen Tranchen das ab 2020 bis in alle Ewigkeiten verbleibende deutsche Restbudget möglicher CO₂-Emissionen (es betrage laut Entscheidungsbegründung des Bundesverfassungsgerichts genau 6,7 Gigatonnen) verteilt werden sollte: Dies zu präzisieren, gebe der Beschluß der Politik auf.

"Wie viele Säcke die neuen Schildbürger jedoch brauchen werden, um die täglich benötigten Energiemengen in Form von Sonnenlicht in ihre Häuser zu tragen, darüber schweigt die Begründung sich aus. Dies zu ermitteln obliegt wohl ebenfalls der Bundesregierung. Schon kurz nach der Verkündung des Beschlusses jubelte Wirtschaftsminister Altmaier: 'Die Entscheidung gibt uns die Chance, für mehr Generationengerechtigkeit zu sorgen!'

Bei so viel Eintracht zwischen Gericht, Klägern und Beklagten ist erfahrungsgemäß höchste Wachsamkeit angesagt. Und daß bereits am 18. November mit dem Film 'Ökozid' ein ARD-Gerichtsdrama ausgestrahlt wurde, das die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts fiktiv vorwegnahm, läßt erahnen, daß auch von den Leitmedien keine Kritik an der wirtschaftlichen

Marginalisierung Deutschlands und seiner Bürger zu erwarten ist."

Die Frage einer gefährlichen Krankheits-Epidemie und die Fragen eines Klimawandels können nur durch die entsprechenden Wissenschaften geklärt werden, die zu ihrer Unabhängigkeit eine eigene Verwaltungs-Organisation außerhalb staatlicher Zusammenhänge benötigen. Nur die Wissenschaftler können den freien Bürgern dann entsprechende Verhaltensweisen anraten. Nicht aber darf der Staat durch Machtspruch entscheiden, was zu gelten und was jeder zu tun habe. Das führt in den Totalitarismus, wie wir ihn in der Corona-Plandemie ja gerade erleben und wie er in der Frage des Klimawandels auf uns zukommt.

Fazit

Der Fall Harbarth ist nur die Spitze des Eisbergs. Harbarth treibt am radikalsten und unverhohlenen die politische Übernahme des Bundesverfassungsgerichtes voran, die schon lange im Wachsen begriffen ist, ermöglicht und initiiert von einem Wahlverfahren der Richter durch die Legislative, die in der Regel gewissen Proporz-Absprachen und -Vorschlägen der Parteien folgt. Dadurch geht die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes seit Jahren immer mehr mit den politischen Auffassungen und Ideologien der Parteien konform, denen die Richter als Mitglieder angehören oder denen sie nahestehen.

Das heißt, Legislative, Exekutive und Judikative sind weitgehend in der Hand derselben Partei oder Koalition. Die Gewaltenteilung, fundamentale Voraussetzung eines demokratischen Rechtsstaates, ist de facto aufgehoben.

Die parteipolitische Infiltrierung des Bundesverfassungsgerichts, dessen Entscheidungen endgültig sind und nur von ihm selbst korrigiert werden können, geschieht nicht zufällig und unbedacht. Sie hat Methode. Im Falle Harbarth tritt sie besonders offen und mit erstaunlicher Skrupellosigkeit zutage. Sie bedeutet im Grunde eine vorsätzliche feindliche Übernahme des Bundesverfassungsgerichts und damit die gezielte Aufhebung der Gewaltenteilung zugunsten einer Parteien-Oligarchie, der es damit möglich ist, totalitäre gesellschaftliche Entwicklungen, wie sie im Artikel beschrieben werden, ungestört voranzutreiben.

Diese Parteien sind die größten Feinde der freiheitlich-demokratischen Ordnung, und einer der entschlossensten von ihnen, sitzt nun an der Spitze des höchsten Gerichtes der Judikative.

Eine positive Entwicklung kann es nur geben, wenn den Parteien als erstes das De-facto-Monopol der Kandidatenaufstellung für die Parlamentswahlen genommen wird und nur Direktkandidaten gewählt werden, die dann im Parlament keinerlei geschlossene Fraktionen bilden. Die Justiz, die jetzt noch völlig in die Verwaltungen verschiedener Ministerien eingeordnet und von diesen dominiert wird, muß herausgegliedert werden und eine eigene Selbstverwaltung erhalten. Nur aus dieser dürfen durch Fachkommissionen die Richter der obersten Gerichte gewählt werden.

Geschieht dies nicht, wird der Untergang dessen, was nach dem 2. Weltkrieg ein Stück weit als freiheitlich demokratische Grundordnung versucht wurde, vollends im anschwellenden neuen Totalitarismus untergehen.<<

10.11.2021

BRD: Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellt am 10. November 2021 folgenden Antrag - Energiewende rückgängig machen - Wirtschaft und private Haushalte entlasten. Drucksache 20/35 (x1.040/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Selbst wenn es gelänge, die CO₂-Emissionen in Deutschland auf null zu senken, entspräche diese Mengenreduktion dem gleichzeitigen Zuwachs der weltweiten CO₂-Emissionen von zwei Jahren. Zudem gibt es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluß auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen.

2. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.

3. CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Zudem ist CO₂ ein lebensnotwendiger Grundstoff für die Photosynthese, dessen Anteil in der Atmosphäre früherer Zeitalter deutlich höher war als heute, was damals das Pflanzenwachstum gefördert hatte.
4. Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand, wirkt auf die Gesellschaft bei der gegenwärtigen Strategie in gefährlicher Weise destabilisierend und schädigt die Umwelt.
5. Die behauptete Vorbildfunktion Deutschlands für andere Staaten ist reines Wunschdenken. Diejenigen Staaten, deren CO₂-Ausstoß wirklich relevant ist oder zukünftig relevant werden wird: USA, China, Indien, Brasilien und Rußland nehmen sich Deutschland nicht als Vorbild, sondern verfolgen ihre eigenen nationalen Ziele und diejenigen Staaten, die sich Deutschland zum Vorbild nehmen könnten, wie z.B. Burkina Faso, Liechtenstein und Estland, sind nicht relevant.
6. Die von den Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte verfolgte "Energiewende" und Klimaschutzpolitik hat immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.
7. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der Strom aus sogenannten erneuerbaren Energien nicht wettbewerbsfähig produziert werden.
8. Auch der komplett unrealistische Ausbau (Verdopplung oder Verdreifachung gegenüber heute) der Stromerzeugungskapazitäten aus sogenannten erneuerbaren Energien wird den weiterhin steigenden Strombedarf nie bedarfsgerecht (zu jedem Zeitpunkt) decken können und damit auch nicht die bislang in Deutschland selbstverständliche Versorgungssicherheit (n-1) sicherstellen.
9. "Klimaschutz" und Naturschutz stehen oft im Widerspruch zueinander, die ungebremste Industrialisierung der Landschaft durch sogenannte erneuerbare Energien verbraucht immer größere Flächen, zerstört natürliche Lebensräume, die Auswirkungen (Vogelschlag, Insektensterben) stehen in keinem Verhältnis zu den Einsparungen an modellierten CO₂-Äquivalenten, beim Rückbau müssen riesige Betonfundamente wieder aus dem Boden geholt werden, Sondermüll (Rotorblätter, Solarzellen) muß aufwendig entsorgt werden.
10. Restriktiv und regulativ angelegte "Wirtschaftslenkung" wie CO₂-Steuer, CO₂-Emissionszertifikatehandel oder CO₂-induzierte Quoten schaden der Wirtschaft, vermindern den Wohlstand und sind im Kern nichts anderes als selektiv zugestandene Privilegien, also illiberal und undemokratisch erworbene Gruppenrechte. Wettbewerb und Leistungsorientierung des demokratischen Rechtsstaats werden so mittel- und langfristig durch Willkür ähnlich jener archaischer Stammesgesellschaften ersetzt.
11. Die geplante Umstellung der Stahl- und Chemieindustrie auf durch regenerative Energieträger erzeugten "grünen" Wasserstoff würde den Bedarf an Windenergie- und Photovoltaikanlagen auf ein Maß ansteigen lassen, der nicht mehr in Deutschland und seinen Meeresgebieten erzeugt werden kann. Der Import derartigen Wasserstoffs würde die Abhängigkeit Deutschlands von Energieimporten weiter erhöhen, statt sie zu senken. Die Energiekosten würden noch weiter ansteigen.
12. Wohlstand entsteht durch effiziente, nachhaltige Nutzung von Technik und der jederzeitigen einfachen Verfügbarkeit kostengünstiger Energie für jedermann.
13. Wohlstand ist zwingende Voraussetzung für den Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen und dem Erhalt von Naturräumen.
14. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.
15. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch

menschliches Unverständnis begründet.

16. In jedem Fall ist jetzt der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klima-Fiktion.

17. Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen im Rahmen der angeblichen "epidemischen Lage nationaler Tragweite" rigoros verhängten Maßnahmen wirkten als "Brandbeschleuniger" für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits deutlich zu erkennende Wirtschaftskrise - die negativen Folgen sind und bleiben klar erkennbar.

18. Derzeit ist Europa, auch Deutschland, von einer beispiellosen Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen, wieder wirken sich die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte aus, in diesem Fall in Form hoher Energiekosten durch sogenannte erneuerbare Energien und Verknappung von Energie durch Atom- und Kohleausstieg.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. alle Zahlungen und Begünstigungen nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) für Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, vollständig und ersatzlos zu streichen,

2. alle bereits gewährten Zahlungen und Begünstigungen nach dem Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) für bestehende Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien unter Berücksichtigung des Vertrauensschutzes schnellstmöglich zu beenden,

3. das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) unmittelbar nach Auslaufen der letzten Regelungen für bestehende Anlagen vollständig und ersatzlos zu streichen,

4. sicherzustellen, daß alle Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien nach dem Auslaufen ihrer Zwangsumlagen aus dem Erneuerbare-Energien-Gesetz wie jede andere Anlage zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen und nuklearen Brennstoffen eingestuft und behandelt werden und auf keinen Fall eine erneute Bevorzugung oder Begünstigung erhalten,

5. sicherzustellen, daß alle Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die neu oder erneut in Betrieb genommen werden, wie jede andere Industrieanlage in Deutschland eingestuft und behandelt werden und auf keinen Fall eine Bevorzugung oder Begünstigung bei der Betriebsgenehmigung erhalten,

6. sicherzustellen, daß Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien nur neu oder erneut in Betrieb genommen werden dürfen, wenn für die Stabilität der Elektrizitätsversorgung das "n-1-Kriterium" erfüllt ist,

7. sicherzustellen, daß alle Betreiber von neu oder erneut in Betrieb genommenen Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien verpflichtet werden, jederzeit lieferbereit für Elektrizität mit der erforderlichen Spannung und Frequenz zu sein, wobei dies ggf. durch Vorab-Verträge mit anderen Versorgern oder andere geeignete Maßnahmen ersatzweise dargestellt werden kann und die Kosten dafür der Betreiber zu tragen hat,

8. umgehend die Bundesnetzagentur zu beauftragen, durch vorbeugende Planungen und Maßnahmen insbesondere sicherzustellen, daß bestehende Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien, die durch die Regelungen des EEG begünstigt werden und für die Vertrauensschutz gilt, keine Versorgungs-Notlagen (Blackout, Brownout) verursachen oder deren Risiko signifikant erhöhen und langfristig das "n-1-Kriterium" für die Stabilität der Elektrizitätsversorgung gewährleistet wird,

9. alle Betreiber von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien zu verpflichten, einen Fonds für sämtliche finanziellen Aufwendungen, die für Rückbau, Rekultivierung und Renaturierung solcher Anlagen am Ende der Betriebslaufzeit

anfallen, zu finanzieren,

10. alle Betreiber von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien zu verpflichten, einen Fonds zu finanzieren, der für alle Schadensersatzansprüche aus physischen und psychischen Schäden (z.B. Umweltschäden, Infraschall), die durch den Betrieb von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien entstehen, haftet,

11. die Einnahmen aus jedweder CO₂-Bepreisung ersatzlos zu streichen und übergangsweise formal diese Bepreisung dauerhaft auf 0 Euro je Tonne festzusetzen,

12. das Brennstoffemissionshandelsgesetz (BEHG) vollständig und ersatzlos zu streichen,

13. schnellstmöglich aus dem Treibhausgas-Emissionszertifikatehandel der Europäischen Union (EU-ETS) auszusteigen beziehungsweise einen Beitritt zu jedweden CO₂-Bepreisungssystemen zu unterlassen sowie die Umsetzung aller EU-Verordnungen und Richtlinien zum Treibhausgas-Emissionszertifikatehandel sofort zu beenden.

Berlin, den 10. November 2021

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen in der Vergangenheit rigoros verhängten und noch nachwirkenden Maßnahmen bezüglich COVID-19 wirken noch immer als Brandbeschleuniger für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits schwelende Wirtschaftskrise. Die Menschen haben nicht nur substantielle Freiheitsbeschränkungen erduldet, die allermeisten haben mit deutlichen Einkommenseinbußen zurechtkommen müssen, nicht wenige verloren ihre Arbeit und sind in ihrer beruflichen Existenz bedroht. Es ist daher dringend geboten, wirkungslose beziehungsweise überflüssige Ausgaben einzusparen - insbesondere der Staat ist hier in der Pflicht.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der Klimaschutzpolitik befördert ineffiziente, instabile Energieerzeugung wie Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach - über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Blackout) beziehungsweise eines gesteuerten großräumigen Lastabwurfs (Brownout), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne.

Gerade in der aktuellen Energiekrise zeigen regelbare, jederzeit verfügbare Energiequellen, thermische Kraftwerke, wie sehr eine wohlhabende Gesellschaft auf eine ausreichende und sichere Energieversorgung angewiesen ist, um ihre lebensnotwendigen Bedürfnisse - aktuell besonders sichtbar im Gesundheitssektor - zu decken. Bereits jetzt sind Lieferketten durch die COVID-19-Politik stark gestört, nun stellen auch noch wichtige Bereiche wie Kraftwerke, chemische Industrie und Heizbrennstoffversorgung teilweise ihren Betrieb ein und Grundbedarfsgüter verteuern sich zusätzlich.

Aktuell wird sehr deutlich, wie stark eine Volkswirtschaft von hohen Energiepreisen beeinflusst wird - ein Zustand, welcher durch die Umstellung auf die sogenannten "Erneuerbaren Energien" zementiert oder gar verschärft wird. Obwohl seit langer Zeit zahlreiche Warnungen vor Energieknappheit formuliert wurden, ignoriert die Bundesregierung bis heute drohende Gefahren und betreibt ihre ideologisierte Energiewendepolitik weiter. Anstatt die Kernenergie weiter auszubauen, hat sie sich nun so noch stärker von ausländischen Akteuren auf dem Energiemarkt abhängig gemacht.

Die Klimaschutzpolitik und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhobene Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik. Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten - nukleare Brennstoffe - oder stark eingeschränkt - fossile Brennstoffe.

CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten. Die Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) als Teil der "Klimaschutzpolitik" befördert eine ineffiziente, instabile Energieerzeugung durch Photovoltaik und Windenergie und belastet die Bürger gleich mehrfach - über den Aufschlag im Strompreis, aus denen die Zwangsumlagen bezahlt werden, durch Verlagerung bzw. Schließung wertschöpfender Betriebe aus Deutschland und durch ein erhöhtes Risiko eines flächendeckenden Stromausfalls (Blackout), bedingt durch die wetterabhängige Stromerzeugung aus Wind und Sonne. Die politische Zielsetzung, Deutschland und Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Wirtschaftspolitik gegen die Physik ist von Beginn an zum Scheitern verurteilt, deutlich wird dies durch den Erntefaktor (EROI), dem Verhältnis der Summe aller Nutzenergie, die über die Lebensdauer erzeugt wird, mit der Summe aller Energie, die für Bau, Betrieb und Rückbau sowie Förderung und Transport von Brennstoffen und verbrauchsgerechter Energiebereitstellung (Speicher) benötigt wird. Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten "erneuerbaren" Energien haben einen Erntefaktor (EROI) unter 10, Photovoltaik unter 2, Biomasse (Mais) und Wind unter 4, lediglich Wasserkraft kommt auf einen wettbewerbsfähigen Erntefaktor von 35.

Die Erntefaktoren von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen Brennstoffen liegen zwischen 28 (Erdgas) und 30 (Kohle), Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus nuklearen Brennstoffen erreichen Erntefaktoren über 758. Während die technischen und wirtschaftlichen Potentiale bei den sogenannten "erneuerbaren" Energien und bei fossilen Energien nahezu ausgeschöpft sind, ist das Entwicklungspotential bei Kernenergie gerade einmal gestreift, physikalisch sind Erntefaktoren von 2.000 und mehr möglich.

"Erneuerbare" Energien sind zudem schädlich für die Umwelt und die Artenvielfalt sowie durch ihre vorgenannte Ineffizienz äußerst ressourcenintensiv. Bioenergie reduziert die Artenvielfalt durch Monokulturen, Photovoltaik und vielmehr noch die Windenergie sind für erheblichen Insekten- bzw. Vogelschlag verantwortlich. Es ist nach Ansicht der Antragsteller nicht einzusehen, weshalb die Bürger für ineffiziente, instabile Energieerzeugung, welche zudem auch noch schädlich für den Naturschutz ist, derartige Belastungen schultern müssen, erst recht nicht in der aktuellen wirtschaftlichen Lage. ...<<

11.11.2021

BRD: Zur aktuellen Debatte um die enorm steigenden Energiekosten erklärt der umweltpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Karsten Hilse, am 11. November 2021 im Deutschen Bundestag (x1.047): >>Mal wieder sehen weder die geschäftsführende

Bundesregierung noch die Altparteien den riesigen Elefanten im Raum, nämlich die fast schon wahnwitzig zu nennende Verteuerung von Energie, verstärkt durch das Abreißen gesamter Lieferketten und der beschlossenen Abschaltung weiter dringend gebrauchter Kernkraftwerke in diesem Land. Sie beschäftigen sich lieber mit Scheinproblemen.

Bis zum Jahresende gehen 4,25 GW grundlastfähiger Kernkraftleistung vom Netz, bis Ende 2022 nochmals dieselbe Menge. Diese sicheren, technologisch modernsten Kernkraftwerke liefern allein deutlich mehr Strom als alle Photovoltaik-Anlagen zusammen. Und das in jedem gewünschten Augenblick, nicht nur dann wenn die Sonne mal gerade scheint.

Diese Abschalteritis und noch viel mehr wird besonders mit dem sogenannten Klimaschutz begründet, obwohl allen längst klar ist, daß - selbst wenn die CO2-Hypothese stimmen sollten, wofür es immer noch keinen Beweis gibt - Deutschlands Anteil an irgendeiner sehr moderaten globalen Temperaturerhöhung unmeßbar klein ist. Trotzdem wird zunächst eine zunehmende Energiearmut bewußt herbeigeführt, statt den Menschen in diesem Land ihren Wohlstand zu lassen. Das Wieselwort vom 'Klimaschutz' ist die Rechtfertigung für diesen Frontalangriff auf die Energieversorgung in diesem Land. Durch Infraschall gesundheitsgefährdende Windkraftanlagen sollen weiter in Massen dazu gebaut werden, so als gäbe es kein Morgen.

Jedwede CO2-Erzeugung soll jedes Jahr noch höher besteuert werden. Um diesen Wahnsinn zu stoppen, ihn zumindest aktenkundig zu machen, hat die AfD-Fraktion heute drei Anträge eingebracht, die eine Abkehr vom 'Klimaschutz', eine sofortige Beendigung der Energiewende und ein Wiederhochlaufen der Kernenergie fordern. Den Parlamentariern muß bewußt sein, daß es fast schon zu spät ist, für eine Umkehr ohne Riesenschäden in Kauf zu nehmen. Drum merke: Wer von diesen Leuten 'Klimaschutz' sagt, will betrügen.<<

Der erste AfD-Antrag zur Energieversorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, der am 11. November 2021 im Deutschen Bundestag beraten und danach in den künftigen Hauptausschuß überwiesen wird, lautet wie folgt (x1.029/...): >>Deutscher Bundestag Drucksache 20/32 ...

Antrag der Abgeordneten ... und der Fraktion der AfD

Horizont erweitern - Kernenergie für umweltfreundliche, sichere und kostengünstige Energieversorgung

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Wirtschaftlicher Wohlstand, Bildung und ein starkes Sozialsystem gehen mit der Bewahrung unserer natürlichen Umgebung Hand in Hand - ohne materielle Wohlfahrt ist kein Umwelt- und Naturschutz denkbar, wie die unterschiedlich industriell entwickelten Länder in der Welt zeigen.
2. Automatisierte, effiziente Prozesse steigern die Wirtschaftskraft und ermöglichen gleichermaßen hohe Sozial- wie Umweltstandards, bedingen aber einen hohen Energieverbrauch.
3. Kostengünstige Energie, neben Technik und effizienten Prozeßketten, ist eine zwingende Voraussetzung für eine leistungsstarke, freiheitliche Volkswirtschaft bei gleichzeitig hohem Umweltschutz.
4. Die Kernkraftwerke, soweit überhaupt noch aktiv, tragen zur sicheren und unabhängigen Energieversorgung bei.
5. Deutschland verfügt über für die Lebensqualität sehr geschätzte, einzigartige, in Naturräume eingebettete und natürlich intakte Kulturlandschaften, zum Beispiel Wald- und Forstgebiete mit ihrer Artenvielfalt und ihrer Regulationsfähigkeit in Bezug auf das lokale Klima, welche es unbedingt zu erhalten gilt.
6. Moderne, hocheffiziente Technik wie die Kernenergie im Bereich der Energieversorgung sind der Schlüssel, um den Flächenverbrauch und den Eingriff in Ökosysteme minimal zu hal-

ten - Effizienz und Naturschutz schließen sich gerade nicht aus, sie gehören zusammen.

7. Die Kernenergie zeigt, gemessen am Energieausstoß, den kleinsten Flächenverbrauch, die niedrigsten Schadstoffemissionen und die geringste Beanspruchung von Ressourcen, auch beziehungsweise gerade im Vergleich zu Umgebungsenergien wie Wind und Sonne.

8. Gerade die deutschen Kernkraftwerke laufen beziehungsweise liefern besonders sicher und effizient - ihre Abschaltung bis Ende 2022 zusammen mit dem Ausstieg aus der Kohleenergie werden die gegenwärtige Energiekrise immer mehr zu einem Dauerzustand werden lassen.

9. Fortschrittliche Kerntechnik, insbesondere Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren, können die gegenwärtig betriebenen Kernkraftwerke in Bezug auf Umweltfreundlichkeit und Effizienz teils deutlich übertreffen, dabei passiv sicher operieren und durch vollständiges Schließen des Kernbrennstoffkreislaufs eine geologische Endlagerung nicht mehr notwendig werden lassen - sie eignen sich sehr gut für die Partitionierung und die Transmutation (P&T, PuT) gegenwärtiger Restkernbrennstoffinventare, siehe auch Drucksache 19/17127.

10. Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren können in naher Zukunft als Hochtemperatur-Quelle Elektrizität mit hohem Wirkungsgrad und Prozeßwärme für die großtechnische Produktion von "synthetischen" Betriebs- und Treibstoffen zu marktfähigen Preisen bereitstellen und so hier kostengünstig Kreislaufwirtschaft etablieren.

11. Auch die EU zieht im Rahmen der Taxonomieverordnung 2020/852 die Kernenergie als umweltfreundliche Energiequelle in Betracht - Länder wie die Schweiz, Italien und die Niederlande erwägen beziehungsweise betreiben den (Wieder-)Einstieg - ungeachtet der teils unsubstantiierten Gendarstellungen zum EU-Gutachten aus Deutschland (BASE) und Österreich.

12. Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen im Rahmen der angeblichen "epidemischen Lage nationaler Tragweite" rigoros verhängten Maßnahmen wirken als "Brandbeschleuniger" für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits deutlich erkennbare Wirtschaftskrise.

13. Derzeit ist Europa, auch Deutschland, von einer beispiellosen Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen, wieder wirken sich die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte aus, hohe Energiekosten durch sogenannte erneuerbare Energien und Verknappung von Energie durch Atom- und Kohleausstieg.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. auf eine nachhaltig sichere und kostengünstige Energiebereitstellung, langfristig, soweit möglich, sogar unterhalb des Kostenniveaus heutiger Großanlagen (gerechnet ohne CO₂-Bepreisung), hinzuwirken,

2. die Laufzeitbeschränkungen und Strommengeneinspeisebegrenzung, auch, soweit möglich, bestehender Kernkraftwerke, durch entsprechende Abänderung des Atomgesetzes (AtG) aufzuheben und deren Weiterbetrieb bei drohender, ernster Netzinstabilität notfalls auch staatlich zu gewährleisten,

3. zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung auf die Landesregierungen einzuwirken, notfalls sofort per Erlaß durch die Bundesregierung, eine provisorische Laufzeitverlängerung für die noch in Betrieb befindlichen bzw. noch betriebsbereiten Kernkraftwerke zu erteilen und sofern den Betreibern der Weiterbetrieb nicht zuzumuten ist, diesen durch den Bund zu sicherzustellen,

4. national und international sich für einen Ausbau der umweltfreundlichen und effizienten Kerntechnik, insbesondere Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren und der Kernfusion, einzusetzen,

5. die Herstellung "synthetischer" Betriebs- und Kraftstoffe (z.B. Wasserstoff) durch Nutzung der Kernenergie, insbesondere mit Hilfe von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren, als geeignete Strategie zur langfristigen, strategischen Verfügbarkeit anzuerkennen und

dieser Strategie Priorität einzuräumen,

6. einen Weiterbetrieb beziehungsweise eine Renaissance der Kernenergie mit allen zur Verfügung stehenden guten Argumenten zu unterstützen und die Forschung auf diesem Gebiet umfassend national und international zu fördern,

7. die Genehmigung derartiger Anlagen unter Beachtung vernunftgeleiteter Umwelt- und Sicherheitsauflagen konstruktiv zu begleiten und investitionssicher zu gestalten,

8. die Partitionierung und Transmutation (PuT) als gleichermaßen geeignete und wirksame alternative, mindestens ergänzende Strategie zur direkten Endlagerung für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe einzustufen und anzuerkennen beziehungsweise somit ihre Entwicklung und Nutzung durch Verwendung der Rückstellungen im Entsorgungsfonds zu ermöglichen sowie

9. eine Änderung für das Atomgesetz (AtG) vorzulegen, mit der Absicht, die friedliche Nutzung der Kernenergie und die Entsorgung nuklearer Rückstände unter Nutzung von Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren zu ermöglichen (insbesondere §§ 1, 7 und 9 AtG).

Begründung

Umwelt- und Naturschutz wird nach Wahrnehmung der Antragssteller stets als Zielkonflikt zur Industrialisierung und Durchdringung mit Technik angesehen. Dabei zeigen gerade die industriell wenig entwickelten Länder, daß gerade dort das Umweltschutzniveau deutlich geringer ist - etwa höhere Schadstoffemissionen in Wasser und Luft und eine verstärkte Jagd nach geschützten Wildtierarten oder der großskalige Abbau von Lithium für die Batterieelektronik. Eine hohe Inanspruchnahme von Land läßt sich nur wegen der teils geringeren Bevölkerungsdichte nicht beobachten, oft werden aber wegen fehlender effizienter Landwirtschaftskonzepte und aufgrund des hohen Bedarfs an Biomasse als Brennstoff weiträumig Wälder gerodet und so Naturräume zerstört.

Das Gegenteil ist in Gebieten wie Mitteleuropa, Nordamerika oder auch in Ostasien (z.B. Japan und Südkorea) trotz der eher höheren Bevölkerungsdichte zu beobachten - hier ist die Luft- und Wasserqualität überwiegend hoch, es wird verstärkt, wenn auch nicht vollständig geschlossen, Kreislaufwirtschaft betrieben und es existieren intakte Naturräume und Kulturlandschaften.

In Deutschland entwickelt sich die Lage dramatisch in die falsche Richtung. Nach 20 Jahren EEG sind die sogenannten erneuerbaren Energien trotz exorbitanter Subventionen immer noch nicht konkurrenzfähig. Wind- und Solaranlagen verursachen unter Berücksichtigung der Dauersubventionen Strompreise, die weit über denen von Kernenergie liegen: eine Megawattstunde Offshore-Windstrom und Photovoltaik kostet 100-220 Euro. Dazu kommen die gern ignorierten Folgekosten für die großflächige Zerstörung der Umwelt und für den Rückbau. Die einst von Umweltminister Trittin versprochene "Kugel Eis pro Monat" kostet heute bereits über 200 Euro.

Kernenergie war im Vergleich dazu schon immer kostengünstig: die weltweiten gewichteten Durchschnittskosten für eine Megawattstunde Strom aus Kernenergie lagen 2018 bei umgerechnet 60 Euro inklusive aller Aufwendungen, die in Deutschland neuerdings auf staatlicher Seite entstehen. Die günstigsten Stromgestehungskosten liegen bei rund 35 Euro pro Megawattstunde - in Ländern in Ostasien, die durch regelmäßigen Bau ihre Kompetenz auf diesem Gebiet ausbauen. Dies muß noch im Lichte der massiven populistischen Angriffe und Fehlinformationen in den Medien und der dadurch in Europa zunehmenden Projektschwierigkeiten gesehen werden. Die sogenannten Erneuerbaren produzieren nicht den billigsten, sondern den am Ende teuersten Strom, wie Deutschland selbst eindrucksvoll zeigt.

Die Energieversorgung und damit die Netzstabilität kann bzw. muß zudem in Hinblick der gerade jetzt notwendigen Versorgungssicherheit durch nichtvolatile Quellen, insbesondere durch saubere fossile und nukleare Kraftwerke, unbedingt sichergestellt werden. Durch den

inzwischen leider viel zu weit fortgeschrittenen Ausstieg aus der Kernenergie muß bei letzterem im Ernstfall auch ein staatlicher Weiterbetrieb erwogen werden.

Fluktuierende Techniken wie Photovoltaik und Windenergie sind hierfür nicht geeignet und erhöhen somit das Risiko eines Versagens des Elektrizitätsnetzes oder, um dies zu vermeiden, erhöhen gegebenenfalls erheblich die Häufigkeit für Zwangsabschaltungen/Lastabwürfe. Sie gefährden damit gerade in der aktuellen Notsituation den Erfolg der Maßnahmen in nicht akzeptabler Weise.

Erschwerend kommt nun die derzeitige besondere Situation bei der Gasversorgung zum Tragen, was die Vulnerabilität eines Landes bei mangelnder Energieversorgung besonders deutlich macht. Zudem laufen die Laufzeitgenehmigungen für 3 Kernreaktoren mit etwa 4 GW Elektrizitätsleistung beziehungsweise bis über 30 TWh jährlicher Einspeisemenge (ca. 5 % des gesamten deutschen Stromverbrauchs) zum Jahresende aus - deren Abschaltung muß in Anbetracht der gegenwärtig kritischen Situation unbedingt abgewendet werden. Deutschland muß bei der Bereitstellung von lebensnotwendigen Gütern - hier der Energieversorgung - zumindest weitgehend autark sein.

Mit 12 Kilogramm CO₂-Äquivalente pro Megawattstunde hat die Kernenergie den niedrigsten CO₂-Fußabdruck aller Stromerzeugungstechniken, und zwar inklusive Uranförderung und Anreicherung. Die Uranförderung findet dabei ausschließlich in OECD-Staaten wie Kanada nach modernsten technischen Umweltstandards (z.B. dem minimalinvasiven In-situ-Leaching) statt, ganz im Gegensatz zum ewigen Mythos eines angeblich "menschenrechtsverachtenden Uranbergbaus". Insbesondere bei NOX- und SO₂-Emissionen schneidet die Kernenergie oft am besten ab. Diese Bilanz wird mit zukünftigen Kernreakortypen noch deutlich verbessert werden.

Kernreaktoren stellen eine weltweit anerkannt umweltfreundliche, effiziente und wirtschaftliche Quelle mit hoher Versorgungssicherheit zur Erzeugung von Energie dar. Insbesondere Hochtemperatur-Flüssigbrennstoff-Kernreaktoren, können durch ihre hohe Betriebstemperatur besonders vielseitig und ökonomisch effizient Wärme und Strom bereitstellen. Diese Kernreaktoren sind herausragend sicher auslegbar und zusammen mit der Fähigkeit, durch den Schluß des Brennstoffkreislaufs Nuklearbrennstoff vollständig verwerten und damit langlebige Rückstände praktisch völlig vermeiden zu können, besonders umweltfreundlich.

Sie stoßen keine relevanten Mengen an Schadstoffen aus. Aufgrund der großen Vorkommen und der hohen Brennstoffausnutzung in Schnellspaltkernreaktoren sowie des sehr geringen Ressourcenverbrauchs für die Bereitstellung und Unterhaltung der entsprechenden Infrastruktur ist eine nach menschlichen Maßstäben nachhaltige und kostengünstige Erzeugung von Energie und Wasserstoff beziehungsweise synthetischen Kraft- und Betriebsstoffen möglich. Kostenprojektionen bei z.B. Salzschnmelzekernreaktoren (MSRs) bewegen sich je nach Blockgröße zwischen 2 Cent/kWh und 4 Cent/kWh.

Anders als in Deutschland, auch in Europa, aber vor allem in China und Kanada, besinnt man sich auf die Entwicklung von Kernreaktoren. Die EU, initiativ durch den EU-Rat, plant, basierend auf entsprechende Gutachten, die Kernenergie in ihre Umweltbewertungen als in Frage kommende Technologie aufzunehmen, trotz unhaltbarer Gegenargumentation aus Deutschland (BASE), Luxemburg und Österreich, wo fälschlicherweise insbesondere auf die vorgeblich mangelhafte Analyse von Unfallgefahren und Entsorgungsfragen verwiesen wird.

Die Schweiz und Italien diskutieren hingegen eine Hinwendung zur Kernenergie, während ihr Ausbau in den Niederlanden schon konkret geplant wird. Der Weg zu fortschrittlicher Kerntechnik wurde weltweit bereits seit etwa 60 Jahren - leider mit langen, oft nicht technologisch bedingten Unterbrechungen - beschritten.

In Deutschland wird oft lapidar auf mangelnde Kenntnis derartiger Technologien und Akzeptanz verwiesen. Forschungen zu Partitionierung und Transmutation (PuT) wie etwa basierend

auf den Empfehlungen der Deutschen Akademie der Technikwissenschaften, werden von der Bundesregierung nicht oder nur marginal unterstützt und wegen der Beschlüsse zum Kernenergieausstieg als "nicht zielführend", sogar kontraproduktiv angesehen.

Basis dieser Einschätzungen ist die Tatsache, daß auch Forschungen an fortschrittlicher Kerntechnik als Wiedereinstieg angesehen werden und eine Gleichsetzung dieser neuen Kernreaktortypen mit der heute etablierten Infrastruktur pauschal vorgenommen wird. Zugleich werden die neuartigen Eigenschaften zukünftiger Systeme aber gerade wegen ungenügender Forschung und Erfahrung, z.B. im Bericht der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages (<https://www.bmu.de/download/bericht-der-kommission-lagerung-hoch-radioaktiver-abfallstoffe/>), angezweifelt.

Weitere Forschungs- und Entwicklungsbemühungen werden also vor allem wegen mangelnder Kenntnisse in diesem Feld als ungeeignet oder nicht lohnenswert verworfen - ein widersinniger Zirkelschluß. Die gegenwärtige aus Sicht der Antragsteller einseitige Diskussion über den als "alternativlos" angesehenen Ausstieg aus der Nukleartechnologie verbaut somit den Blick auf mögliche Antworten bestehender Fragen, etwa der Entsorgung hochaktiver Reststoffe. Die Entwicklung in der Welt zeigt aber, daß auf diesem Gebiet aktuell geforscht wird, wovon sich Deutschland offenkundig nun abkoppeln möchte und nach Meinung der Antragsteller technologisch rückzufallen droht.

Für eine Lösung der Frage zur geologischen Endlagerung würden die bereits im Rückstellungsfonds des Bundes für die Entsorgung hochaktiver Reststoffe bereitgestellten Mittel (knapp 25 Mrd. Euro) hiernach ohne weiteres alternativ auch für einen Partitionierungspfad oder auch für eine komplette PuT-Strategie zur schadlosen Verwertung dieser Brennelemente genügen, siehe auch Drucksache 19/17127.

Letztere könnte sogar Erträge erwirtschaften, unabhängig von der Verfahrensweise in Bezug auf die aktuell gültige Fassung des AtG - eine Nutzung zur gewerblichen Erzeugung von Elektrizität, wie in dieser Stellungnahme der Bundesregierung, ist nicht zwingend erforderlich. Zudem dürfte die Beteiligung Deutschlands an diesem strategisch wichtigen Feld im Lichte der internationalen Ausrichtung geboten sein. Entsprechende Änderungen des Atomgesetzes (AtG) würden weitere Bemühungen auf diesem Gebiet ermöglichen und könnten so diese Blockade aufheben sowie damit eine seit Jahrzehnten geführte Debatte für alle Beteiligten zufriedenstellend lösen.<<

Der zweite AfD-Antrag zur Energieversorgungssicherheit in der Bundesrepublik Deutschland, der am 11. November 2021 im Deutschen Bundestag beraten und danach in den künftigen Hauptausschuß überwiesen wird, lautet wie folgt (x1.033/...): >>Deutscher Bundestag Drucksache 20/34 ...

Antrag der Abgeordneten ... und der Fraktion der AfD

Blackout und Brownout verhindern - Energieversorgung sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse, zudem gibt es keinen wissenschaftlichen Beweis für einen maßgeblichen Einfluß auf das Weltklima durch vom Menschen verursachte CO₂-Emissionen.
2. Die angeblichen Beeinträchtigungen durch einen vom Menschen verursachten Klimawandel beruhen auf unbelegten, einseitig ausgelegten hypothetischen Annahmen.
3. Moderne Abgasfiltersysteme, über welche die deutschen Kohlekraftwerke verfügen, ermöglichen eine genügend hohe Luftqualität, welche keinerlei Gefahr für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstellt. Dabei werden für die Industrie relevante Rohmaterialien (z.B. Gips) generiert.
4. Die von den Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte verfolgte "Energiewende" und Kli-

maschutzpolitik hat immense Geldmengen gekostet, Notstandsrisiken erhöht, aber keinen Nutzen erbracht.

5. Auch nach 20 Jahren Förderung kann der Strom aus sogenannten erneuerbaren Energien nicht wettbewerbsfähig produziert werden.

6. Auch der komplett unrealistische Ausbau (Verdopplung oder Verdreifachung gegenüber heute) der Stromerzeugungskapazitäten aus sogenannten erneuerbaren Energien wird den weiterhin steigenden Strombedarf nie bedarfsgerecht (zu jedem Zeitpunkt) decken können und damit auch nicht die bislang in Deutschland selbstverständliche Versorgungssicherheit (n-1) sicherstellen.

7. Kostengünstige sowie nachfragegerechte und zuverlässig bereitgestellte Energie, neben Technik und effizienten Prozeßketten, ist eine zwingende Voraussetzung für Sicherheit und Bevölkerungsschutz. Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

8. Alle Bereiche der Grundversorgung basieren in Deutschland direkt oder indirekt auf Prozessen, für die elektrischer Strom erforderlich ist.

9. Technisch gibt es keine Beschränkung für die Verfügbarkeit von kostengünstiger Energie, fossile Brennstoffe werden auch bei steigendem Energieverbrauch noch lange Zeit zur Verfügung stehen, Nuklearbrennstoffe sind nach menschlichen Maßstäben unbegrenzt verfügbar.

10. Einschränkungen für die Verfügbarkeit kostengünstiger Energie sind ausschließlich durch menschliches Unverständnis begründet.

11. In jedem Fall ist jetzt der Gefahr durch Verarmung und wirtschaftlichen Verfall deutlich höhere Priorität einzuräumen als irgendeiner Klima-Fiktion.

12. Die von der Bundesregierung und den Landesregierungen im Rahmen der angeblichen "epidemischen Lage nationaler Tragweite" rigoros verhängten Maßnahmen wirkten als "Brandbeschleuniger" für die durch die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte in Deutschland bereits deutlich zu erkennende Wirtschaftskrise - die negativen Folgen sind und bleiben klar erkennbar.

13. Derzeit ist Europa, auch Deutschland, von einer beispiellosen Energieversorgungskrise mit sehr hohen Energiekosten betroffen, wieder wirken sich die schweren ökonomischen Verfehlungen der letzten Jahrzehnte aus, in diesem Fall in Form hoher Energiekosten durch sogenannte erneuerbare Energien und Verknappung von Energie durch Atom- und Kohleausstieg.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. den Betrieb von Kohlekraftwerken, die dem Stand der Technik entsprechen, uneingeschränkt zu ermöglichen und sämtliche Bemühungen zum Ausstieg aus dieser Technik zu unterlassen bzw. zu beenden, insbesondere ist das Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz) ersatzlos zu streichen und rückabzuwickeln,

2. jegliche Beschränkung oder Pönalisierung des Brennstoffs Kohle aufgrund der bei der Verfeuerung anfallenden CO₂-Emissionen zu unterlassen bzw. zu beenden,

3. zur Sicherung der Elektrizitätsversorgung auf die Landesregierungen einzuwirken, notfalls sofort per Erlaß durch die Bundesregierung, eine provisorische Laufzeitverlängerung für die noch in Betrieb befindlichen bzw. noch betriebsbereiten Kohlekraftwerke zu erteilen und, sofern den Betreibern der Weiterbetrieb nicht zuzumuten ist, diesen durch den Bund sicherzustellen,

4. die Bundesnetzagentur zu beauftragen, durch geeignete Planungen und Maßnahmen sicherzustellen, daß die Bundesrepublik Deutschland zu keinem Zeitpunkt von Stromimporten abhängig wird und zu diesem Zweck ausreichend, gesicherte, jederzeit abrufbare Stromerzeugungsleistung im Inland verfügbar ist,

5. das Abwälzen von Planungs- und Vorhersagerisiken bei der Stromerzeugung mit sogenannten erneuerbaren Energien auf alle Stromverbraucher und das Aushöhlen der Versorgungssi-

cherheit zu beenden und

6. kurzfristige Stromausfälle bis 3 Minuten Länge, die nicht in den "SAIDI-Index" eingerechnet werden, statistisch zu erfassen und auszuwerten. Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt. ...

Begründung

Ein nennenswerter Einfluß von CO₂ auf das Klima der Erde ist weder erkennbar noch wissenschaftlich reproduzierbar nachgewiesen. Der "UN-Weltklimarat" IPCC konstatierte in seinem dritten Bericht von 2001: "In Sachen Klimaforschung und -modellierung sollten wir anerkennen, daß es sich dabei um ein gekoppeltes, nichtlineares, chaotisches System handelt. Deshalb sind längerfristige Vorhersagen über die Klimaentwicklung nicht möglich." Diese Aussage bleibt nach Einschätzung vieler Experten weiterhin gültig.

Tatsächlich wohnt Prognosen der klimatischen Entwicklung, die über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren hinausgreifen, nach wie vor keinerlei Vorhersagekraft mehr inne. Die Klimaforschung behilft sich daher mit Szenarien, die zwar plausibel und in sich widerspruchsfrei sind, denen aber aufgrund ihrer Konstruktion keine Eintrittswahrscheinlichkeiten zugeordnet werden können. Allein der unvermeidbare statistische Fehler bei der Bestimmung des Langwellenstrahlungseffekts der Wolkenbildung in Standard-Klimamodellen ist über hundertmal größer als der Effekt, der nach diesen Modellen vom CO₂ verursacht sein soll. Im Gegenteil - das Klima kann und muß nicht vor hohen CO₂-gehalten in der Atmosphäre geschützt werden, wie erdgeschichtliche Daten zeigen.

Auch der vielzitierte wissenschaftliche Konsens über den Klimawandel gilt nur insofern, als eine Mehrheit der Klimawissenschaftler der Meinung ist, daß der Klimawandel real und zumindest teilweise vom Menschen verursacht sei.

Über das Tempo des Klimawandels gibt es nach wie vor eine Kontroverse, ebenso über die Aussagekraft von Klimamodellen, über die Höhe des menschlichen Anteils am Klimawandel, über die direkten und indirekten Einflüsse der Sonne und der Wolkenbildung, über den Wärmeaustausch zwischen Atmosphäre und Ozeanen und über die CO₂-Bindekraft von Pflanzen. Auch Art und Ausmaß der Auswirkungen des überwiegend natürlich bedingten Klimawandels auf unseren Planeten oder konkrete Wege zu seiner Bewältigung sind von einem weltweiten Konsens unter allen Experten nicht umfaßt.

Die Klimaschutzpolitik und das Erneuerbare-Energien-Gesetz belasten die deutsche Volkswirtschaft bis heute mit deutlich über einer halben Billion Euro, über 500 Milliarden, in den letzten Jahren waren das allein für erhobene Zwangsumlagen 20 bis 25 Milliarden Euro jährlich. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz ist ein mustergültiges Beispiel gescheiterter, fehlgeleiteter, ideologisch verblendeter Wirtschaftspolitik.

Nach 20 Jahren und mehreren hundert Milliarden Euro Zwangsumlagen ist es nicht gelungen, Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien wettbewerbsfähig zu machen, die immer noch ausgezahlten Zwangsumlagen und deren jährliche Steigerungen sprechen für sich. Aber anstatt diese Geld- und Wohlstandsvernichtung zu beenden, wird von der Bundesregierung die zuverlässige und wettbewerbsfähige Erzeugung von Elektrizität entweder verboten - nukleare Brennstoffe - oder stark eingeschränkt - fossile Brennstoffe.

CO₂-Emissionen sind kein Bewertungsmaßstab für technische und wirtschaftliche Prozesse. Der Treibhausgas-Emissionshandel hat die deutsche Wirtschaft seit 2012 mehr als 7 Milliarden Euro gekostet. Das Brennstoffemissionshandelsgesetz wird Unternehmen und Bürger bis 2023 mit knapp 20 Milliarden Euro belasten.

Die Abschaffung des Treibhausgas-Emissionshandels und des Brennstoffemissionshandelsgesetzes würde Bürger und Unternehmen entlasten, Kaufkraft freisetzen und den Unternehmen dringend benötigte finanzielle Spielräume geben. Die politische Zielsetzung Deutschland und

Europa von dem natürlichen, lebensnotwendigen Spurengas CO₂ "frei" zu machen, vernichtet Wohlstand und wirkt auf die Gesellschaft in gefährlicher Weise destabilisierend.

Die Transformation des deutschen Energiesystems im Rahmen der bereits umgesetzten Energiewende bringt eine Vielzahl technischer Risiken mit sich, die bisher in den Maßnahmen der Bundesregierung nicht ausreichend berücksichtigt werden. Die Wahrscheinlichkeit von großflächigen Stromausfällen (Blackout) infolge unkontrollierbarer Netzzustände nimmt derzeit stark zu. Stromausfälle im Millisekundenbereich sowie Lastabwürfe der Industrie (Brownout) zur Netzstabilisierung kommen schon heute regelmäßig vor und dürften nach Wahrnehmung der Antragssteller zur Vermeidung von Blackouts in Zukunft noch großräumiger ausfallen.

Engpässe im Stromnetz traten früher nur sehr selten auf, wenn geplante Unterbrechungen für Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten und ungeplante Ausfälle durch Starkwetterereignisse oder Materialermüdung ungünstig zusammenkamen. Heute ist knapp die Hälfte der Stromerzeugungskapazität in Deutschland direkt von Wind und Sonne abhängig.

Bei Windkraft- und Photovoltaikanlagen ist die in jedem Moment maximal erzeugbare Strommenge nicht steuerbar. Somit ergibt sich das Problem, das Wetter möglichst exakt vorherzusagen, um daraus dann die erzeugbaren Strommengen für die Planung des Netzbetriebs abzuleiten. Verhält sich das Wetter nicht so wie vorhergesagt, kann die Strommenge aus Wind und Sonne deutlich geringer als erwartet ausfallen.

Die fehlenden Strommengen müssen durch konventionelle Kern-, Kohle- oder Gaskraftwerke im In- und Ausland ausgeglichen werden oder, wenn diese nicht schnell genug zur Verfügung stehen, durch Lastabwürfe von Wirtschafts- bzw. Industrieunternehmen - sonst droht ein langanhaltender flächendeckender Stromausfall.

Die unregelmäßige Einspeisung aus volatilen, sogenannten erneuerbaren Energien stellt mittlerweile ein erhebliches Systemrisiko dar. Die Übertragungsnetzbetreiber sind durch den starken Zubau von Anlagen zur Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien zunehmend zu Eingriffen in das Stromnetz gezwungen, um die Systemstabilität aufrechtzuerhalten. Die erforderliche Energiemenge zur Stabilisierung des Stromnetzes und zur Engpaßbewältigung hat sich zwischen 2010 und 2015 um den Faktor 50 vervielfacht, waren im Jahr 2010, also vor dem massiven Ausbau von Windkraft und Photovoltaik, noch Redispatch-Maßnahmen mit einem Umfang von lediglich 306 GWh erforderlich, so waren es im Jahr 2015 bereits über 15.000 GWh.

Die Kosten stiegen dabei im gleichen Zeitraum von unter 50 Mio. € auf rund 1,1 Milliarden jährlich. Dies ist auf den nicht systemverträglichen Zubau von unregelmäßig einspeisenden Anlagen zur Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien zurückzuführen und damit direkte Folge der Energiewende. Es ist absehbar, daß sich diese Entwicklung mit dem weiteren Zubau von Windkraft- und Photovoltaikanlagen noch verstärkt und die Überlastung der Netze weiter zunimmt.

Der deutsche Kraftwerkspark wird aufgrund des starken Zubaus von dezentralen Stromerzeugungskapazitäten zunehmend komplex und damit schwer beherrschbar. Die Maßnahmen zur Umsetzung der Energiewende haben dazu geführt, daß die Stromversorgung mittlerweile aus rund 1,6 Millionen dezentralen (Klein-)Kraftwerken besteht. Diese Anlagen müssen zwangsläufig digital vernetzt werden, um angesteuert werden zu können. Ergänzend hierzu sollen nach Plänen der Regierung zukünftig auch möglichst viele Verbraucher in digitale Infrastrukturen eingebunden werden, um ein umfassendes Lastmanagement zu ermöglichen.

Daraus ergibt sich ein hoch komplexes, "digitales" Energiesystem. Die zunehmende Digitalisierung des Energiesystems birgt aber erhebliche Risiken - an dieser Stelle seien Faktoren wie die strategische Einflußnahme durch ausländische Akteure (Huawei), die stark zunehmende Cyberkriminalität oder die immer wichtiger werdenden Datenschutzaspekte (digitale Stromzähler) genannt. Ohne Digitalisierung der Netze ist die geplante sogenannte Energiewende

jedoch nicht darstellbar.

Mit dem Abbau von konventioneller Kraftwerksleistung ist ebenfalls eine Abnahme der rotierenden Schwungmasse im Stromnetz verbunden. Diese ist jedoch für die Netzfrequenzhaltung im Sekundenbereich, also für sehr schnelle Korrekturen, derzeit noch unerlässlich. Generell läßt sich feststellen, daß das Stromnetz bei hohen Anteilen von Stromerzeugung aus sogenannten erneuerbaren Energien hinsichtlich Regelleistung und Momentanreserve im Störfall bei einem System-Split und im Falle eines erforderlichen Versorgungswiederaufbaus nach einem Blackout nicht ausreichend kontrollierbar ist. Zu diesem Ergebnis kommt auch die Bundesnetzagentur in einer entsprechenden Veröffentlichung.

Die stabile Verfügbarkeit von elektrischer Energie ist in einer vollständig technisierten Gesellschaft ein unverzichtbares Gut. Alle Bereiche der Grundversorgung basieren in Deutschland direkt oder indirekt auf Prozessen, für die elektrischer Strom erforderlich ist. Die Auswirkungen von großflächigen, länger andauernden Stromausfällen werden allgemein unterschätzt. Tatsächlich würden derartige Ereignisse einer nationalen Katastrophe gleichkommen, da die öffentliche Sicherheit und Ordnung aufgrund der nicht mehr gewährleisteten Grundversorgung innerhalb kürzester Zeit kollabieren würde.

Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag (TAB) hat die zu erwartenden Folgen eines derartigen Szenarios bereits im Jahr 2010 untersucht und dem Deutschen Bundestag einen umfassenden Bericht dazu vorgelegt. Spätestens seit Veröffentlichung dieser Studie steht damit außer Frage, daß die Versorgungssicherheit in allen energiepolitischen Maßnahmen das vorrangige Ziel der Bundesregierung sein muß, um der staatlichen Schutzpflicht gegenüber der Bevölkerung gerecht zu werden.

Insofern muß jederzeit auch ein Mindestmaß an Versorgungssicherheit bei Wegfall ausländischer Elektrizitätslieferungen vorliegen, was ausdrücklich nicht ausschließen soll, daß zu nichtkritischen Zeiten natürlich auch grenzüberschreitender Elektrizitätshandel stattfinden kann.

Energiepolitik gegen die Physik ist von Beginn an zum Scheitern verurteilt, deutlich wird dies durch den Erntefaktor (EROI), dem Verhältnis der Summe aller Nutzenergie, die über die Lebensdauer erzeugt wird, mit der Summe aller Energie, die für Bau, Betrieb und Rückbau sowie Förderung und Transport von Brennstoffen und verbrauchsgerechter Energiebereitstellung (Speicher) benötigt wird. Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus sogenannten erneuerbaren Energien haben einen Erntefaktor (EROI) unter 10, Photovoltaik unter 2, Biomasse (Mais) und Wind unter 4, lediglich Wasserkraft kommt auf einen wettbewerbsfähigen Erntefaktor von 35.

Die Erntefaktoren von Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus fossilen Brennstoffen liegen zwischen 28 (Erdgas) und 30 (Kohle), Anlagen zur Erzeugung von Elektrizität aus nuklearen Brennstoffen erreichen Erntefaktoren über 75. Während die technischen und wirtschaftlichen Potentiale bei den sogenannten erneuerbaren Energien und bei fossilen Energien nahezu ausgeschöpft sind, ist das Entwicklungspotential bei Kernenergie gerade einmal gestreift, physikalisch sind Erntefaktoren von 2.000 und mehr möglich.

Energieumwandlung mit fossiler und nuklearer Energie ist zehn- bis einhundertmal effizienter als die Nutzung von Umgebungsenergien wie Sonne, Wind und Biomasse (z.B. Mais). In der Gesamtschau folgt daraus, daß der Ressourcenverbrauch bezogen auf die ausgestoßene Energie und somit der "Footprint" bei den sogenannten Erneuerbaren erheblich höher ist. Dies ist nach Auffassung der Antragssteller als nicht nachhaltig zu bezeichnen und dürfte zudem ein Mehrfaches an Energiegestehungskosten verglichen mit dem heutigen System thermischer Kraftwerke bewirken.

Die derzeitige Infrastruktur aus Kohle-, Gas- und Kernkraftwerken hat sich bisher für eine sichere und wirtschaftliche Energieversorgung bewährt. In den letzten Jahrzehnten wurde zu-

dem der Schadstoffausstoß durch wirksame Filteranlagen erheblich reduziert - technisch wird international eine Rückhaltung von über 90 % aller relevanten Schadstoffe, Ruß und Feinstaub gar 99,9 %, erreicht, welche die modernen deutschen Kohlekraftwerke ebenso realisieren. Die Luftqualität in Deutschland hat sich nicht zuletzt auch deshalb in den letzten 40 Jahren stark verbessert.

Die schon seit Jahrzehnten vorhandenen, bereits abgeschriebenen Kohlekraftwerke produzieren Strom zu sehr geringen Kosten und leisten somit einen wichtigen Beitrag zum Wohlstand und zur Versorgungssicherheit in Deutschland. Ihre erzwungene, abrupte Abschaltung nach dem zur Diskussion stehenden Kohleausstieg läßt sich nach Ansicht der Antragssteller mit Blick auf alles vorher Gesagte nicht mit den Auswirkungen auf die Umwelt sowie die Gesundheit begründen und ist daher wegen offensichtlicher Unverhältnismäßigkeit abzulehnen. Es zeigt sich weltweit, daß sich nur wohlhabende Gesellschaften guten Naturschutz leisten können - Armut ist eine der größten Gefahren für Mensch und Umwelt. ...<<

15.11.2021

BRD: Das Nachrichtenmagazin "FOCUS ONLINE" berichtet am 15. November 2021: >>Zwei Mal stand Deutschland vor Total-Blackout - warum unser Stromnetz Schluckauf hat

Autor *Oliver Stock*

Die Zukunft der Energieversorgung ist eine Kernfrage in den Koalitionsverhandlungen. Gleichzeitig erhöht sich die Gefahr eines totalen Stromausfalls in Europa durch die Energiewende in Deutschland. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz schätzt es als die wahrscheinlichste Katastrophe ein. Zweimal in diesem Jahr war es schon fast soweit.

Es ist der 8. Januar 2021, Deutschland steckt tief in der Pandemie, die Skiurlaube über den Jahreswechsel sind flachgefallen, und daß die Arbeit wieder beginnt, merken die meisten Menschen zwischen Flensburg und Garmisch-Patenkirchen nur daran, daß die morgendliche Videokonferenz am Küchentisch wieder aufflackert.

Um genau 13.04 Uhr kommt es in Österreich zu einem starken Frequenzabfall im Stromnetz infolge eines Kraftwerksausfalls in Rumänien. Der Verband europäischer Übertragungsnetzbetreiber ruft die dritte von vier Warnstufen aus. Beim niederösterreichischen Stromversorger EVN melden sich Großkunden, weil sensible Maschinen die Frequenzabsenkung bereits gespürt haben, berichtet ein EVN-Sprecher. "Wenn die Schwankungen zu hoch sind, schalten sich Maschinen aus Selbstschutz ab." Das kann auch bei Kraftwerken passieren, und dann wird es kritisch. Dann wird aus einem Ausfall eine Kettenreaktion, und in Europa gehen nicht nur die Lichter aus.

Deutschland: Ein flächendeckender Stromausfall hätte schwerwiegende Folgen

Alles hängt vom Strom ab. Fiele er ein paar Tage über mehrere Länder hinweg aus, kämen die Menschen schnell an ihre Grenzen, weil "zum Beispiel die Trinkwasserversorgung zusammenbrechen und die Versorgung auch mit Dieselkraftstoff für die Notstromaggregate problematisch werden würde", sagt Wolfram Geier, Abteilungspräsident beim Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in einem Interview mit dem Deutschlandfunk. Ohne Strom gibt es kein Licht, keine Toiletten, keine Heizung, kein Telefon, keine Züge und Straßenbahnen, keine Supermarktkasse, keine Aufzüge. "Ab drei Tage aufwärts würden wir heute einschätzen, daß das zu katastrophalen Zuständen führen würde."

Der 8. Januar bleibt keine Ausnahme. Noch einmal gibt es einen Beinahe-Blackout im Frühsommer. Insgesamt haben sich die Störungen im europäischen Stromnetz verzweifacht, ohne bisher allerdings zu spürbaren Stromausfällen zu führen.

Schuld am schwankenden Zustand im Stromnetz ist auch Deutschland. Durch das schrittweise Abschalten der Kraftwerke, wie es auch Beschlußlage in den derzeit laufenden Koalitionsverhandlungen zwischen den künftigen Regierungsparteien ist, hat sich das Risiko eines Black-

outs deutlich erhöht. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz in Bonn hat deswegen in seiner aktuellen Übersicht die Wahrscheinlichkeit, daß in Deutschland eine durch einen Stromausfall verursachte Katastrophe eintritt, höher als jede andere Gefahr bewertet.

Auch die Schäden bewerten die Bevölkerungsschützer höher als beispielsweise einer neuerlichen Pandemie oder von Regenfluten, wie sie im Hochsommer Westdeutschland heimsuchten. Das Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag warnt seit Jahren vor einem Blackout: "Die Folgenanalysen haben gezeigt, daß bereits nach wenigen Tagen im betroffenen Gebiet die flächendeckende und bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern und Dienstleistungen nicht mehr sicherzustellen ist. Die öffentliche Sicherheit ist gefährdet, der grundgesetzlich verankerten Schutzpflicht für Leib und Leben seiner Bürger kann der Staat nicht mehr gerecht werden."

Verantwortlich dafür, daß das nicht passiert, ist ein internationales System, in dem sich 43 Unternehmen aus 36 Ländern zusammengeschlossen haben, um Schwankungen in Verbrauch und Erzeugung auszugleichen. Ein System, das die Stromversorgung normalerweise stabilisiert, in dem sich jedoch inzwischen lokale Störungen hochschaukeln und ausdehnen können, weil in der Energieversorgung kein Stein auf dem anderen geblieben ist.

Vor mehr als zwanzig Jahren, 1998, trat mit dem "Gesetz zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts" eine Richtlinie der Europäischen Gemeinschaft in Kraft. Vorher war der Strommarkt ein großer Markt voller regionaler Monopole gewesen: Ein einzelnes Unternehmen besaß und betrieb die gesamte Kette vom Kraftwerk bis zur Steckdose. Die Monopole wurden geknackt, langfristige Lieferverträge durch kurzfristige wettbewerbsorientierte Kontrakte abgelöst.

Dazu kamen die erneuerbaren Energien. Sie änderten die Spielregeln grundsätzlich: Strom stammt nicht mehr aus wenigen großen Kraftwerken, sondern aus vielen Quellen, bis hinunter zum Windrad auf dem Feld und der Solaranlage auf dem Dach. Kraftwerke entstehen nicht mehr da, wo viele Menschen Strom brauchen, sondern da, wo die Sonne öfter scheint oder der Wind regelmäßig bläst. Windstrom aus dem Norden soll Nuklearstrom aus dem Süden ersetzen.

Kohle wird erneut zum wichtigsten Energieträger

Viel mehr Energie muß immer weiter transportiert werden, aber der Bau der dafür notwendigen Leitungen verzögert sich - wegen Protesten vor Ort. So sollte eine dieser Leitungen, das Ultranet in Baden-Württemberg, 2019 in Betrieb gehen. Jetzt ist von 2024 die Rede. Außerdem: Die Stromerzeugung schwankt. Manchmal herrscht Dunkelflaute, dann kommt nichts aus erneuerbaren Energien. 2021 war das bisher oft so. Und ausgerechnet Kohle wurde hierzulande wieder der wichtigste Energieträger.

Skeptiker fürchten längst, daß das europäische Stromnetz mit dem weiteren Ausbau des Ökostroms an Stabilität verlieren könnte, weil sich das schwankende Angebot immer stärker auf das Stromnetz auswirkt. Gerhard Scharphüser, Vizepräsident des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik, sagt in einem Rundfunkinterview: "Wir sind nicht mehr in der Struktur, daß wir einige wenige große Energieerzeuger haben, sondern ein Großteil der Bevölkerung ist Energieerzeuger mit Solaranlagen auf dem Dach und den Rückspeisungen an anderer Stelle.

Und ein Energienetz muß sehr stabil gesteuert werden, da kann nicht jeder einfach reinstreuen und neuen Strom hinzufügen, das wird zu Instabilitäten führen. Das heißt, wir brauchen ein sehr feingranulares Steuerungssystem." Er fügt hinzu: Durch die zunehmende Digitalisierung und die Energiewende bietet das Energienetz eine größere Angriffsfläche.

Hacker demonstrieren in Ukraine mit Cyberattacke ihre Macht

Was durch solche Aktionen passieren kann, belegen Cyber-Angriffe von 2015 und 2016 auf die Ukraine. Hacker hatten sich über gefälschte E-Mails mit dem Absender des ukrainischen

Parlaments in die Netzwerke dreier Energieversorger geschlichen und die Steuerungselektronik gekapert. Hilflös mußte das Personal in den Leitwarten zusehen, wie die Eindringlinge die Stromversorgung für weite Teile Kiews abstellten.

Die Energiewende, die nur mit langen Transportwegen und einer gut abgestimmten IT funktioniert, macht Europa also anfälliger für Blackouts. Dazu kommt aktuell die Sorge vor Lieferengpässen im Strom- und Gasbereich. In Großbritannien haben bereits massiv angestiegene Gaspreise eine Reihe von Energieanbietern zum Aufgeben gezwungen, weil sie die um 70 Prozent in die Höhe geschnehten Einkaufspreise durch eine gesetzliche Gaspreisdeckelung nicht weitergeben können. Der britische Wirtschaftsminister bereitet die Verbraucher auf Engpässe im Winter vor.

"Spitzenglättung": Wenn das Aufladen von E-Autos nicht funktioniert

In Deutschland sehen Versorger und Politik das Thema ebenfalls kommen. Bereits in diesem Januar hatte das Wirtschaftsministerium unter Minister Peter Altmaier (CDU) unter dem Eindruck des Beinahe-Blackouts einen Gesetzesentwurf zur "Spitzenglättung" vorbereitet. Hinter dem merkwürdigen Wortkonstrukt steckte, was auch die Briten jetzt vorhaben: Wenn es eng wird beim Strom, sollen große Verbraucher wie E-Autos und Wärmepumpen zeitweise keinen Strom erhalten. Wer sein E-Mobil an der heimischen Ladestation "auftanken" will, schaut dann zu den Hochlastzeiten in die Röhre.

In Großbritannien wird dieser Plan jetzt aller Voraussicht ab nächstem Frühjahr Wirklichkeit. In Deutschland scheiterte Altmeiers Ministerium unter anderem am Widerstand der Autohersteller, die um den Verkauf ihrer funkelnagelneuen E-Mobile fürchten.

Sie konnten auf eines verweisen: Trotz aller Schwarzmalerei, erhöhten Risiken und Warnstufen - bisher ist alles weitgehend gutgegangen. Stromausfälle in Deutschland haben nach Angaben der Bundesnetzagentur abgenommen. 2020 bekam jeder Haushalt und jedes Unternehmen im Schnitt rund 10,73 Minuten lang keinen Strom. Bundesweit war die Dauer der sogenannten Versorgungsunterbrechungen damit um 1,47 Minuten kürzer als im Vorjahr. Das sei der niedrigste Wert seit der ersten Veröffentlichung der Zahlen im Jahr 2006. Damals summierten sich die Stromunterbrechungen im Schnitt auf etwa 21,53 Minuten.

Der Präsident der Netzagentur, Jochen Homann, lobt deswegen "die Zuverlässigkeit der Stromversorgung. Die Energiewende und der steigende Anteil dezentraler Erzeugungsleistung haben weiterhin keine negativen Auswirkungen auf die Versorgungsqualität." <<

16.11.2021

Österreich: Die österreichische Wochenzeitung "Wochenblick" berichtet am 16. November 2021 über die möglichen Folgen der Corona-Impfung: >>**Schock-Studie: Kann Spike-Protein Krebs verursachen?**

Spike-Protein dringt in Zellkern ein - hemmt Immunsystem und DNA-Reparatur

Eine aktuelle Studie aus Schweden kommt zu einem schockierenden Ergebnis: Das Spike-Protein des SARS-CoV-2 kann in den Zellkern eindringen. Dort hemmt es das Immunsystem und die Reparatur der DNA. Durch die Hemmung des Immunsystems kommt es zu schweren Krankheitsverläufen. Die nicht reparierten DNA-Schäden können zum Zelltod, gefährlichen Mutationen oder sogar Krebs führen.

Von *Christoph Uhlmann*

Schäden am Erbgut, also der DNA, führen normalerweise dazu, daß Reparatur-Mechanismen im Körper aktiviert werden. Die Folgen von nicht reparierten DNA-Schäden können u.a. der Tod der Zelle (Apoptose), Mutationen oder die Entstehung von Krebs sein. Eine schwedische Studie der Universität Stockholm und der Universität Umea mit dem Titel "SARS-CoV-2-Spike beeinträchtigt DNA-Schadensreparatur und hemmt V(D)J-Rekombination in vitro" aus dem Oktober kommt nun zu schockierenden Ergebnissen.

Spikeprotein dringt in Zellkern ein

Anhand von menschlichen Zellkulturen konnte in vitro, also im Reagenzglas, gezeigt werden, daß das Spikeprotein sowohl durch die Erkrankung an SARS-CoV-2 als auch durch die Impfung mit den Gentechnik-Präparaten in den Zellkern eindringen kann. Dort hemmt es die adaptive Immunität, also den Teil der Immunität, der nicht angeboren ist. Anders als die angeborene Immunität kann sich die adaptive anpassen und ist maßgeblich dafür verantwortlich, wie schwer die Krankheit verläuft.

In der Studie heißt es dazu: "Die adaptive Immunität spielt eine entscheidende Rolle bei der Bekämpfung der SARS-CoV-2-Infektion und beeinflusst direkt die klinischen Ergebnisse der Patienten. Klinische Studien haben gezeigt, daß Patienten mit schweren COVID-19-Infektionen eine verzögerte und schwache adaptive Immunantwort zeigen. Der Mechanismus, durch den SARS-CoV-2 die adaptive Immunität behindert, ist jedoch noch unklar."

Gesteigertes Krebsrisiko durch gehemmte DNA-Reparatur

Die Forscher stellten auch fest, daß die Schadensreparatur der DNA gehemmt wird, und schreiben in der Studie: "Mechanistisch gesehen haben wir herausgefunden, daß das Spike-Protein im Zellkern lokalisiert ist und die DNA-Schadensreparatur hemmt, indem es die Rekrutierung der wichtigen DNA-Reparaturproteine BRCA1 und 53BP1 an der Schadensstelle behindert. Unsere Ergebnisse zeigen einen potentiellen molekularen Mechanismus auf, durch den das Spike-Protein die adaptive Immunität behindern könnte, und unterstreichen die potentiellen Nebenwirkungen von Impfstoffen auf Spike-Basis in voller Länge."

Die Studienautoren weisen darauf hin, daß es das Spike-Protein in voller Länge ist, das für diese Nebenwirkungen verantwortlich ist. Sie empfehlen daher künftige Präparate gegen Corona nur noch mit Teilen des Spike-Proteins zu entwickeln, da diese eventuell sicherer und wirksamer wären.

Wie eine Studie zeigen konnte, spielt 53BP1 eine besondere Rolle bei der Entstehung von Krebsgeschwüren. Dort heißt es: "Die Aufrechterhaltung der Integrität und Stabilität des Genoms ist eine wichtige Aufgabe der DNA-Schadensreaktion (DNS-Schadensreaktion) in den Zellen, so daß jede Störung in diesem kinasebasierten Signalweg zur Entwicklung verschiedener Krankheiten, insbesondere Krebs, führt."

20-facher Anstieg bei Gebärmutterhalskrebs

Wie Wochenblick berichtete, hat der US-Pathologe Dr. Ryan Cole einen rapiden Anstieg von Krebsfällen festgestellt. Vor allem bei Gebärmutterhalskrebs sei ein Anstieg um das 20-Fache zu verzeichnen. Die ohnehin schon viel zu lange Liste der lebensbedrohlichen Nebenwirkungen der Corona-Spritzen muß nun wohl um eine beängstigende mögliche Spätfolge erweitert werden.<<

24.11.2021

BRD: Der wirtschafts- und energiepolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Steffen Kotré, erklärt am 24. November 2021 im Deutschen Bundestag über die verantwortungslose Zerstörung bewährter Energieinfrastrukturen (x1.047): >>In quasireligiösem Rausch wird die sichere und günstige Energieversorgung Deutschlands auf dem Altar der selbsternannten Klimaretter geopfert. Aber ohne die bewährten grundlastfähigen Kohle- und Kernkraftwerke steuert Deutschland absehbar ins wirtschaftliche und soziale Abseits.

Die steigenden Strom- und Energiekosten sind ein deutliches Warnsignal. Daß nun der E.on-Chef sogar davon spricht, ganze Städte vom Stromnetz zu trennen, muß allen ein Weckruf sein.

Die Energieversorgung Deutschlands mit den sogenannten Erneuerbaren allein ist auf absehbare Zeit nicht realistisch. Ohne bestehende und erprobte Lösungen für die Probleme der ideologischen, sogenannten Energiewende ist die Zerstörung der bewährten Energieinfrastruktur nicht nur dumm, sondern in höchstem Maße verantwortungslos.

Der Ausstieg aus der Kernenergie muß sofort rückgängig gemacht, der Kohleausstieg muß

gestoppt werden."<<

26.11.2021

BRD: Zum Kohleausstieg, den die sogenannten Ampel-Parteien laut Koalitionsvertrag bis 2030 "idealerweise" vorziehen wollen, erklärt der umweltpolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Karsten Hilse, am 26. November 2021 im Deutschen Bundestag (x1.047): >>Welchem auf schrecklichste Weise zerstörerischen Ideal die Ampel-Koalition folgt, läßt sich kaum besser illustrieren, als durch die erklärte Absicht den Kohleausstieg bis 2030 'idealerweise' vorziehen.

Sie verfolgt damit zwar erklärterweise das Ziel den '1,5 Grad Pfad' der 'Pariser Beschlüsse' für Deutschland einzuhalten, übersieht dabei aber bewußt, daß Deutschlands Einfluß auf das sogenannte Weltklima auch nach den Berechnungen des IPCC insgesamt null ist. Verschwände Deutschland von heute auf morgen von der Weltklimakarte würde der potentielle Anstieg der globalen Mitteltemperatur nur um 0,000653 Grad Celsius gebremst.

Die bis zu diesem Zeitpunkt vorgesehene Verdopplung bis Verdreifachung der Kapazitäten der 'Erneuerbaren' - beispielsweise bei Windkraft von jetzt 60 Gigawatt onshore auf dann eventuell 120 Gigawatt und 30 Gigawatt offshore und von Photovoltaik von jetzt 60 Gigawatt auf dann 200 Gigawatt - brächte zwar extrem hohe Kosten für Verbraucher und Steuerzahler, würde aber den Bedarf bei Flauten und Dunkelheit - also vor allem in Energie intensiven Winterhalbjahr - bei weitem nicht decken. Ihr Beitrag läge dann bei wenig über Null, wie eine Auswertung der Entso-e Stromdaten von 2020 und 2021 deutlich zeigt.

In Spitzenzeiten hingegen - also vor allem im Sommer - würden die Leitungen glühen, sogar verglühen, wenn man die Erzeuger nicht - wie heute schon praktiziert - dann trotz Weiterbezahlung vom Netz trennt, da dann das Drei- bis Vierfache der maximal erforderlichen Last bereitgestellt würde. Auch die nicht vorhandenen also Geister-Gaskraftwerke würden daran nichts ändern, weil es sowohl an Gas wie an der Bereitschaft sie zu bauen aus guten Gründen fehlt."<<

27.11.2021

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 27. November 2021 (x1.053): >>Die Impfschäden-Leugner

Regierung, Behörden und Medien bagatellisieren und verschleiern Gefahren durch die COVID-19-Vakzine.

von *Susan Bonath*

Corona hat die dünne Demokratie-Makulatur des Monopolkapitalismus hinweggefegt. Mit existenzbedrohenden Methoden setzt die herrschende Klasse den Impfwang durch. Eine Gewaltdiktatur mit Überwachungsterror und körperlichen Übergriffen rückt näher. Opfer werden am Ende alle sein, die nicht zur profitierenden Pandemie-Machtelite gehören, auch die Geimpften. Doch viele Menschen sind sich dieser Gefahr nicht bewußt.

Die Propaganda-Apparate der Herrschenden überschallen jede fundierte Kritik mit Hetze, Drohungen und Spott. Sie leugnen, vertuschen und verharmlosen Gefahren der gentherapeutischen Impfungen, eingebettet in eine naive Erzählung von Solidarität und Wissenschaft. Doch die Bedenken der als "Impfverweigerer" Niedergebrüllten sind nicht aus der Luft gegriffen und die Gefahren der Vakzine belegt.

Wenn niemand die Toten untersucht

Vorab: Ich werde mich hier nur auf Deutschland beziehen. Die Vorgehensweisen in anderen Ländern sind allerdings ähnlich. Und: Die Probleme beginnen bereits bei der Erhebung und Interpretation der Daten. Während in Sachen Corona jeder positive Test einen "COVID-19-Fall" produziert, entsprechend auch Verstorbene deklariert werden, zählt das zuständige Paul-Ehrlich-Institut (PEI) gemeldete Verdachtsfälle von Nebenwirkungen per se als Zufälle und nicht als Impfschäden, solange es keinen ultimativen Beweis für eine Kausalität gibt. Doch

gerade das wird regelhaft nicht untersucht.

Nicht ohne Grund gehen einige Mediziner von einer erheblichen Untererfassung der Impftoten aus, darunter der Heidelberger Chefpathologe Peter Schirmacher, der mehr als 40 nach Impfung Verstorbene obduziert hatte, und die ärztliche Leiterin des Gesundheitsamtes Karlsruhe, Antje Greve. Ihre Kritik: In Deutschland werden kaum Tote obduziert. Außerdem ließe die "Meldemorale" der Ärzte insbesondere bei den Corona-Impfungen zu wünschen übrig. Eine Meldepflicht bedeute nicht, daß auch gemeldet wird. Anders ausgedrückt: Wo niemand sucht, wird niemand etwas finden. Und wo kein Kläger, da kein Richter.

Das Paul-Ehrlich-Institut (PEI) listet in seinen Sicherheitsberichten Meldungen von Nebenwirkungen auf. Übermittelt werden sollen Fälle, in denen Geimpfte über das gewöhnliche Maß einer Impfreaktion hinaus betroffen sind. Eigentlich sind Ärzte verpflichtet dazu. Angehörige und Betroffene können sich aber auch selbst beim PEI melden.

Die Meldungen zu COVID-19-Vakzinen übersteigen jene zu anderen Impfstoffen massiv: Allein bis Ende September 2021 gingen dort mehr als 172.000 Meldungen zu Nebenwirkungen ein, darunter gut 21.000 schwerwiegende und 1.802 Todesfälle. Gemessen an den jeweils geimpften Personen übertreffen die Todesfallmeldungen nach Corona-Impfungen die Anzeigen nach herkömmlichen Vakziningaben zwischen 2000 und 2020 sogar um das 54-fache.

Man müßte nun erwarten, daß der Staat jeden einzelnen Fall genau untersucht. Denn immerhin steht der Verdacht im Raum, daß die Impfung Menschen getötet oder geschädigt hat. Doch das passiert nicht.

Statt dessen wird gern darauf verwiesen, wie gefährlich Corona sei. Dabei ist eines doch klar: Den Tod oder einen Schaden durch eine Impfung kann man nicht gleichsetzen mit den Folgen einer Atemwegsinfektion.

So konnte oder wollte PEI-Sprecherin Susanne Stöcker der Autorin auf Anfrage jüngst nicht sagen, bei wie vielen Todesfällen nach Impfung überhaupt obduziert und/oder ermittelt wurde, nicht einmal im Fall der bis Ende September 2021 erfaßten fünf mutmaßlich an der Impfung verstorbenen Kinder. Kurzum: 1.802 Impftote, darunter fünf Kinder - dieser Verdacht steht zur Debatte. Ausgeräumt wurde er bisher nicht.

Jung, geimpft - und plötzlich verstorben

Als Impfpfopfer anerkannt werden Verstorbene offenbar nur unter Druck, etwa durch Angehörige oder Medien. Wie im Fall von Dana Ottmann: Die 32-jährige starb im Frühjahr 2021 nachweislich rechtsmedizinischer Untersuchung an den Folgen einer Astra Zeneca-Impfung. Sie erlitt eine Hirnblutung durch Thrombozytopenie, eine Zerstörung der eigenen Blutplättchen durch Autoimmun-Antikörper. Ihre Mutter, Petra Ottmann schilderte dem Focus ihren Spießbrutenlauf nach dem Tod ihrer Tochter. Sie sei auf taube Ohren gestoßen, niemand habe dies wahrhaben wollen.

Anders als Dana Ottmann haben die fünf im PEI-Bericht erwähnten Kinder zwischen zwölf und 16 Jahren, die bis Ende September mutmaßlich an der Impfung starben, kein Gesicht in den Medien bekommen. Ihre Todesursachen sind laut PEI-Bericht unter anderem: Herzrhythmusstörung, Lungenblutung, Thrombosen, Kreislaufschock und Lungenembolie. Das Institut lehnt die Impfung als Todesursache ab, weil (man staune), die fünf Fälle keine klinischen Gemeinsamkeiten aufwiesen. Eine zweifelhafte Ferndiagnose ins Blaue hinein? Möglich - PEI-Sprecherin Stöcker wollte auch hier nicht verraten, wie man darauf kam.

Und die Liste der nach einer Impfung verstorbenen Kinder und Jugendlichen wächst.

Inzwischen kamen drei weitere Fälle ans Licht der Öffentlichkeit. Anfang November meldete der Landkreis Cuxhaven den Tod eines zwölfjährigen Jungen zwei Tage nach Pfizer-Impfung, weil es bereits "Spekulationen im Internet" gegeben habe. Der vorläufige Obduktionsbericht legte die Impfung als Ursache nahe.

Knapp zwei Wochen ruderten die Medien und offenbar auch Rechtsmediziner zurück. Es hieß

fast zynisch, der Junge sei herzkrank gewesen und die Impfung "nicht alleinige Todesursache". Anders gesagt: Die Impfung war auch Ursache. Möglicherweise aber werden die Angehörigen keine Entschädigung erhalten.

Einen ähnlichen Spießrutenlauf könnten die Angehörigen zweier kurz nach der Impfung mit Pfizer/BioNTech verstorbener Jugendlicher noch vor sich haben. Wie der Privatsender RTL am 20. November 2021 berichtete, wurde ein 19-jähriger Schüler bereits Ende Oktober bei einer Klassenfahrt in einer Berliner Herberge tot im Bett aufgefunden - vermutlich ein Herzproblem. Kurz zuvor hatte er sich impfen lassen. Die Staatsanwaltschaft ermittelt nun.

Auch der Tod der 15-jährigen Cheyenne Braun aus Hollfeld, Landkreis Bayreuth, wäre ohne ihre Mutter nicht publik geworden. Das Mädchen erlitt den Angaben zufolge kurz nach einer Pfizer/BioNTech-Impfung Mitte November einen Herzstillstand. Sie starb nach zweiwöchigem Koma in der Klinik. Der Mutter zufolge war sie gesund. Nach der Impfung habe sie Thrombosen und eine Herzmuskelentzündung erlitten - bekannte Nebenwirkungen.

Der Leitende Oberstaatsanwalt der Staatsanwaltschaft Bayreuth, Martin Dippold, bestätigte gegenüber der Autorin den Fall. Seine Behörde ermittle zur Klärung der Todesursache "aufgrund des jungen Alters der Verstorbenen". Heißt das etwa, das man nicht ermittelt hätte, wäre das Opfer älter gewesen?

Verdächtige Notfälle auf Rekordniveau

Die offenkundige Verschleierungspraxis der Behörden, gepaart mit aggressivem Abstreiten jedweder Zusammenhänge oft ohne jede Untersuchung, das pauschale Niedermachen warnender Ärzte wie etwa einer Braunfelder Medizinerin läßt den Verdacht aufkommen: Es könnte sich bei diesen Daten um die Spitze eines viel größeren Eisberges handeln.

Doch selbst wenn man annimmt, das PEI würde zurecht "nur" 73 der gemeldeten 1.802 Verstorbenen als Impfpflichter anerkennen, wie es die Berliner Zeitung berichtete: Als Grund, eine Behandlung mit solchen Medikamenten abzulehnen, genügte dies längst.

Hinzu kommen weitere Indizien für möglicherweise gravierende Schäden durch die gentherapeutischen mRNA- und Vektor-Vakzine, die untersucht gehören. Eines davon liefern die sogenannten Notaufnahmefälle-Situationsreports des Robert-Koch-Instituts (RKI). Sie erscheinen wöchentlich und zeigen jeweils einen Ausschnitt der Aufnahmegründe in vier bis zehn Notaufnahmen in Deutschland. Und sie zeigen: Die Zahl der Notaufnahmen wegen Herzkreislaufleiden und Nervenerkrankungen liegt seit Ende April 2021 signifikant, teils bis über 70 Prozent, über den entsprechenden Fällen in den Jahren 2019 und 2020. Probleme mit Herz und Nerven sind bekannte Nebenwirkungen der Impfungen.

RKI-Sprecherin Susanne Glasmacher tat dies gegenüber der Autorin damit ab, daß es sich um ein Abbild von nur wenigen Notaufnahmen handele. Dadurch, aber auch durch später möglicherweise nicht bestätigte Erstdiagnosen oder Umstrukturierungen in der Klinik könne es zu Verzerrungen kommen, mutmaßte sie. Doch warum werden diese von Glasmacher vorgetragenen Theorien nicht überprüft?

Herzmuskelentzündungen und Nervenschäden

Denn es ist bekannt, daß die Impfstoffe zu Herz- und Nervenschäden führen können. Insbesondere das Vakzin von Moderna fällt seit längerem durch eine hohe Rate an Herzmuskelentzündungen insbesondere bei jungen Männern und männlichen Jugendlichen auf. Am 18. November 2021 empfahl die Ständige Impfkommission (STIKO) am RKI deshalb, das Mittel nur noch an über 30-Jährige zu verimpfen.

Jüngere sollen demnach ausschließlich mit dem Impfstoff von Pfizer/BioNTech gespritzt werden. Die Impfstoffe von AstraZeneca und Johnson & Johnson empfiehlt die STIKO wegen des hohen Risikos von Thrombosen und Thrombozytopenie nur noch für über 60-Jährige. Doch auch bei dem mRNA-Vakzin von Pfizer/BioNTech besteht ein erhöhtes Risiko für Herzprobleme. Das erkannte nicht nur die STIKO, sondern auch andere Länder.

Das PEI registrierte in seinen vermutlich sehr unvollständigen Meldedaten 930 Fälle von Herzmuskelentzündungen allein nach einer Pfizer/BioNTech-Impfung, 392 davon bei unter 30-Jährigen. Nach dem seltener verabreichten Vakzin von Moderna wurden 238 Fälle gemeldet, davon 138 bei unter 30-Jährigen, sowie 88 Fälle nach einer Gabe der Vektor-Impfung von AstraZeneca oder Johnson & Johnson. Bei Minderjährigen wurden bis Ende September 98 Betroffene bekannt. Insgesamt seien neun Geimpfte an Herzmuskelentzündung gestorben, so das PEI. Die Dunkelziffer könnte hoch sein, denn oft wird eine solche Erkrankung erst bei einer Obduktion gefunden.

Daß Herzprobleme auch dort vermehrt auftreten, wo sie die Öffentlichkeit mitbekommt, bemerkte die Berliner Zeitung. Ohne ein Wort über die Impfungen als möglichen Grund zu verlieren, titelte sie am 9. November 2021: "Rätselhafte Herzerkrankungen im Fußball". Junge Spieler sowie Trainer sind demnach reihenweise umgefallen. Die Häufung sei bemerkenswert, so das Blatt. Alles nur mysteriöse Zufälle?

Auch Nervenerkrankungen durch Autoimmunreaktionen sind ein bekanntes Beschwerdebild nach COVID-19-Impfungen. Ein Beispiel dafür ist das Guillain-Barré-Syndrom (GBS), eine eigentlich sehr selten vorkommende Entzündung des Rückenmarks, die zu Lähmungen führt und tödlich enden kann. Nach Corona-Impfungen wurden dem PEI 255 GBS-Fälle mit fünf Verstorbenen gemeldet. Auch hiervon waren vor allem Geimpfte jüngeren und mittleren Alters betroffen.

Plötzlich sterben mehr junge Menschen

Zu prüfen wäre also konkret, ob der Anstieg der Notaufnahmen wegen dieser Beschwerden auf die Impfungen zurückzuführen sein könnte.

Genau untersucht werden müßten auch die fast 2.000 Todesfälle und gut 4.000 bleibenden Schäden. Die Intransparenz macht mißtrauisch.

Zumal auch ein Anstieg der Gesamtsterbefälle in den vergangenen Monaten zu denken gibt. Laut Statistischem Bundesamt starben im Mai 2021 rund 7 Prozent mehr Menschen als im Mittel der vier Vorjahre. Im Juni, als es 8 Prozent mehr Tote gab, führten die Statistiker dies auf eine Hitzewelle zurück. Für die Übersterblichkeit im September (10 Prozent) und Oktober (9 Prozent) hatten sie aber erneut keine plausible Erklärung. Mit Corona allein sei dies nicht erklärbar, so die Statistiker.

Mehr noch: Während im ersten Corona-Jahr die Zahl der vermehrten Toten ausschließlich die Altersgruppe der hochbetagten über 80-Jährigen betrifft, die zugleich am stärksten gewachsen ist, ergibt die Auswertung des Bundesamtes Brisantes: Seit Mai 2021 starben auch mehr junge Leute, ohne daß ihre Zahl gewachsen ist.

Von Mai bis Oktober 2021 verzeichnete das Statistische Bundesamt vorläufig insgesamt 7.300 Todesfälle von unter 40-Jährigen. Das waren 6,7 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres (trotz Corona), 4,6 Prozent mehr als 2019, 2,7 Prozent mehr als 2018 und 3,2 Prozent mehr als 2017. Auch bei den 40 bis 49-Jährigen, deren Anzahl in der Bevölkerung sogar leicht gesunken ist, starben 2,2 Prozent mehr als 2020 und 1,4 Prozent mehr als 2019. Da Nachmeldungen wahrscheinlich sind, sind dies Mindestangaben.

Woher also rührt die Übersterblichkeit bei den Jüngeren, die im ersten Coronajahr und auch Anfang 2021 noch völlig im Rahmen lag? Man könnte freilich nicht nur die Impfungen unter Verdacht stellen, sondern auch die repressiven Corona-Maßnahmen, damit verbunden nicht behandelte andere Erkrankungen oder wirtschaftliche Not und Depressionen - was ebenso ein Skandal wäre.

Fakt ist aber, daß im Frühjahr 2021 nach und nach die Impfungen von den Pflegeheimbewohnern auf immer mehr Personengruppen ausgeweitet wurden. Im Mai begannen die ersten Bundesländer damit, die verfügbaren Vakzine an alle über 18-Jährigen zu verimpfen. Ende Mai ließ die Europäische Kommission den Impfstoff der Konzerne Pfizer und BioNTech für

12- bis 17-Jährige bedingt zu. Die zeitliche Korrelation ist also da. Nur untersucht wird, zumindest offiziell, gar nichts.

Bundesregierung als Fakenews-Schleuder

Die Bundesregierung ficht all das nicht an. Tote Kinder und junge Erwachsene hin oder her: Sie trommelt wie ein Propaganda-Apparat, unterstützt von den Leitmedien, weiter für Erst-, Zweit-, Dritt- und bald wohl auch weitere Impfungen. Ich möchte jetzt hier nicht weiter ausführen, daß mit Blick auf die deutschen RKI-Zahlen und die weiterer Länder - Beispiele: Gibraltar, Irland, Island, Israel und so weiter - jedem klar sein muß, daß die Impfungen nicht das bewirken, was Konzerne und mutmaßlich korrupte Zulassungsbehörden den Menschen einst versprochen. Man redet semantisch von bedauerlichen Impfdurchbrüchen.

Die Bundesregierung jedenfalls wirbt mit nachweislichen Falschdarstellungen für's Impfabo. Auf ihrer Facebookseite stellt sie Dinge gegenüber, die erstens falsch sind und zweitens nicht zusammen passen: Angeblich, so mahnt sie einerseits, müsse jeder zehnte positiv Getestete wegen Corona mit einem schweren Verlauf rechnen, der zu Lungenversagen führen könne - eine glatte Lüge.

Anzunehmen wäre, daß das Gros mit einem schweren Verlauf in einer Klinik landet. Der Tagesbericht vom Montag weist eine Hospitalisierungs-Inzidenz für COVID-19-Fälle von 5,28 Fällen auf 100.000 Einwohner aus. Hochgerechnet auf 83,2 Millionen Einwohner sind das 4.400 COVID-19-Patienten in Kliniken. Von den angegebenen 637.200 "aktiven COVID-19-Fällen" sind das gerade einmal rund 0,7 Prozent. Auf Intensivstationen wurden demnach an diesem Tag 3.675 Menschen mit einem positiven Test behandelt - weniger als 0,6 Prozent.

Von 10 Prozent Schwerkranken unter positiv Getesteten ist zumindest aktuell nicht auszugehen, zumal längst nicht jeder als COVID-Patient Erfasste auch wegen COVID im Krankenhaus ist. Bekanntermaßen gibt es nicht wenige Fälle, in denen der Positivtest ein zufälliger Nebenbefund ist. Gezählt werden diese Menschen trotzdem. Übrigens: Für COVID-Patienten bekommen die Kliniken von den Krankenkassen mehr Geld.

Nun stellt die Bundesregierung diese offenkundige Falschnachricht von vermeintlich 10 Prozent Hospitalisierten den Herzmuskelentzündungen gegenüber. Betroffen von schweren Nebenwirkungen wie dieser sei einer von 5.000 Geimpften, propagiert sie. Mal abgesehen von der Dunkelziffer vergißt sie, zu erwähnen, daß von Herzmuskelentzündungen nach einer Impfung vermehrt junge Menschen betroffen sind, die kaum schwer an COVID-19 erkranken. Selbst wenn diese 10 Prozent stimmen würden, was nicht der Fall ist, wäre es ein unzulässiger Vergleich mit alten, insgesamt schwer kranken Patienten. Die Rechnung geht so oder so nicht auf.

Es ist mehr als nur fahrlässig, mit Falschdarstellungen und dem Herunterspielen von Gefahren, mit wissenschaftlich nicht belegten Schuldzuweisungen und Ausgrenzungsterror Kinder, Jugendliche und Erwachsene zu einer medizinischen Behandlung mit offensichtlich geringem Nutzen und hohem Schadenspotential zu nötigen.

Daß die Bundesregierung die aufgeführten Daten nicht kennt, kann als spätere Ausrede nicht mehr gelten. Zu lang ist die Indizienkette, zu offensichtlich die Vertuschungsabsicht.

Susan Bonath, geboren in der DDR, arbeitet seit 2004 als freie Journalistin und berichtet seit 2010 für die junge Welt. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind unter anderem Kapitalismuskritik, Arbeit und Soziales. Sie lebt in Sachsen-Anhalt.<<

November 2021

BRD: Der Chefredakteur Jürgen Elsässer schreibt im deutschen Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2021 im November 2021: >>Sie hassen uns, sie verachten uns

Preisfrage: Wer findet, daß wir in einer "eklig weißen Mehrheitsgesellschaft" leben? Und wer spricht so: "Ich werde dich finden und ansucken, dann aufhängen, mit einem Messer anstupsen und bluten lassen"? Oder so: "Ich werde mir irgendwann einen Besen nehmen und alle

weißen Menschen aus Afrika rauskehren"?

Das Herzchen, das früher solche Tweets absetzte, heißt Sarah-Lee Heinrich und wurde gerade mit einem Honecker-Ergebnis (93,8 Prozent) zur Bundesvorsitzenden der Grünen Jugend gewählt. Die 20-jährige Deutsch-Afrikanerin kämpft offensichtlich seit früher Jugend mit antiweißem Rassismus, wurde verdummt durch linke Lehrer und verroht durchs Internet. Die Zitate will ich ihr ausdrücklich nicht vorwerfen, denn sie sind teils über fünf Jahre alt - und wer von uns hat mit 15 nicht dummes oder extremistisches Zeug von sich gegeben?

Aber: Wären bei einem Mitglied der AfD solche Sätze aus Teenager-Tagen aufgetaucht, ginge das nicht als Jugendsünde durch - mildernde Umstände gibt es nämlich nur für Linke. Und: Wenn Kids in diesem Alter, zu Recht!, von den Grünen für noch nicht voll zurechnungsfähig gehalten werden und sie Sarah-Lee damit in Schutz nehmen - warum befürworten sie dann die Absenkung des Wahlalters auf 16? Die Grüne Jugend will sogar Grundschulern das volle Stimmrecht geben. ... Offensichtlich wollen diese Typen (m/w/d) uns alte weiße Männer "mit einem Messer anstupfen und bluten lassen" - und dafür sind Heranwachsende ohne ausbalanciertes Ich und Selbstkontrolle bestens geeignet.

In jedem Fall sind die erwachsenen Linken schlimmer als die pubertären - Letztere können sich nämlich noch ändern. Aber diese Hoffnung besteht nicht mehr bei der 52-jährigen Europaabgeordneten Katarina Barley. Die Sozialdemokratin kam bei Hart aber fair mit Luxus-Ratschlägen fürs Energiesparen um die Ecke: "Die Kilowattstunde, die am billigsten ist, ist die, die man nicht verbraucht." SPD-Chef Norbert Walter-Borjans (69) fand die Sorge von Millionen Deutschen vor der höchsten Inflationsrate (4,1 Prozent) zwar "verständlich", aber: "Aktuell begründet ist sie nicht."

Sein künftiger Kanzler Olaf Scholz hielt sich zu diesem Thema bedeckt - kein Wunder, denn er hat ja zugegeben, daß er die aktuellen Spritpreise nicht kennt, da er nicht selbst tankt. Dem Faß den Boden schlug ARD-Kommentator Detlef Flintz aus, auch er kann mit 63 Jahren nicht mehr die Gnade der späten Geburt in Anspruch nehmen. In den Tagesthemen sagte er: "Er ist da, der Preisschock. Gut so!" Zur Begründung führte er aus: "Denn nur, wenn Öl und Gas spürbar teurer werden, kriegen wir die Erderwärmung in den Griff."

Und weiter: "Mehr Windräder und Solarenergie. So lange können wir nicht warten und sollten froh sein, daß wir gezwungen werden, Konsum und Produktion zu ändern." Er sagte tatsächlich "gezwungen", der kleine Öko-Diktator. ... Den Ansatz, die Energie- und Rohstoffpreise zu drücken, verglich der weichgebettete Dozent der Kölner Journalistenschule mit dem Verlangen eines "Junkies", der seine Droge nicht aufgeben will. ...

Wie weit sind diese Leute von den Sorgen und Nöten des einfachen Mannes entfernt, wie sehr müssen sie das Volk verachten! Im Supermarkt sind die Lebensmittelpreise um 25 Prozent gestiegen, an der Zapfsäule bezahlen wir seit Jahresanfang über 50 Prozent mehr. Wie sollen Rentner und Hartzler über den Winter kommen? Wie können der Pendler oder der Lieferant ihre Fahrtkosten stemmen? Die Bäckerinnung befürchtet, daß die Semmel bald einen Euro kosten wird!

Als das Brot 1789 unbezahlbar wurde, empfahl Marie-Antoinette den Franzosen, sie sollten lieber Kuchen essen. Das Zitat ist vermutlich gefälscht - aber die von Barley, Walter-Borjans und Flintz sind es nicht. Ich wünsche diesen Volksverrättern wirklich nicht das Schicksal der unglücklichen Königin. Aber sehen sie nicht die Schrift an der Wand?<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 11/2021 berichtet im November 2021:

>>"**Der Arzt haftet persönlich**"

_ Beate Bahner im Gespräch mit Hedi Gottlieb

Als Medizinrechtlerin hat sie von Anfang an gegen die Corona-Diktatur aufbegehrt. In einem neuen Buch klärt sie aus juristischer Sicht über die Impfung auf.

Ihr Buch Corona-Impfung trägt den Untertitel "Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen

sollten". Was macht das Thema so dringlich?

Zig Millionen Menschen in Deutschland, vermutlich zwei Drittel der Bevölkerung, sind bereits geimpft. Es bleibt nicht sehr viel Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, was alles erfolgen muß, damit die Impfung als Behandlung im juristischen Sinne auch rechtmäßig ist, damit sie nicht später zu Streit, zu Vorwürfen und vor allem zu Schadenersatzansprüchen führt.

Mit welchen rechtlichen Konsequenzen müßten Ärzte denn rechnen?

Insbesondere mit zivilrechtlichen Schadenersatzansprüchen, wenn Gesundheitsschäden eintreten, über die nicht aufgeklärt wurde, oder wenn gar nicht aufgeklärt wurde. Oder wenn gegen den Willen der Patienten geimpft wurde, was wir sicher in Pflege- und Altenheimen, vielleicht auch bei behinderten Menschen vermuten müssen. Dann kommt durchaus auch der Straftatbestand der Körperverletzung in Betracht - also haben wir auch eine strafrechtliche Komponente, die Ärzte berücksichtigen sollten.

Ich selbst habe über 15 bis 20 Jahre hinweg Ärzte geschult. Es ging immer wieder um die Themen Aufklärung und Dokumentation - zwei Aspekte, die die Ärzte quälen, denn Aufklärung ist aufwendig, wenn sie korrekt erfolgt, ebenso wie die Dokumentation. Das ist aber eben wirklich notwendiger Bestandteil einer ordnungsgemäßen Behandlung für den Fall von Komplikationen, die ja immer eintreten können.

Die Behandlung ist ein Dienstvertrag, ich schulde eine korrekte Behandlung lege artis, also nach der medizinischen Kunst des jeweiligen aktuellen Facharztstandards, und ich schulde zugleich eine Aufklärung darüber, was passieren kann, wenn ich diese Behandlung vornehme, vornehmen lasse oder auch wenn ich mich gegen diese Behandlung entscheide. Beides obliegt einzig und allein dem Patienten.

Deshalb gibt es ja den Nürnberger Kodex von 1947, der besagt, daß Menschen nie wieder zu einer medizinischen Behandlung gezwungen oder genötigt werden dürfen. Hat sich daran etwas geändert?

Es hat sich eigentlich bis vor Corona gar nichts daran geändert. Insbesondere ist auch dieser Nürnberger Kodex durch die Deklaration von Helsinki in das ärztliche Berufsrecht eingegangen. Insofern wundert man sich über den Druck, der aufgebaut wird, über die Impfkampagnen, die allesamt gegen das sogenannte Heilmittel-Werbegesetz verstoßen. Es ist mit Corona alles auf den Kopf gestellt worden.

Rechtsanwalt Frank Hannig hat gegen den Dresdner Oberbürgermeister Klage eingereicht, weil auf den Seiten der Stadt die Impfung beworben wurde - und zwar die eines konkreten Herstellers.

Das verstößt definitiv gegen alle möglichen Rechtsgrundsätze - natürlich auch gegen das Heilmittel-Werbegesetz. Diese Art der Werbung bedeutet auch für die anderen Impfstoff-Hersteller einen Wettbewerbsnachteil. Mir verschlägt es die Sprache. Aber es ist nicht der einzige Fall. Es gibt hunderte von Varianten der Impfkampagne, zuletzt in Wien: Impfen im Bordell mit Gratis-Besuch. Nur eine von vielen Maßnahmen, die vor Corona nie zulässig gewesen wären.

Warum hat Corona alles auf den Kopf gestellt?

ID 2020 - Digitale Identität. Das ist vermutlich das, was gewünscht ist, was das Weltwirtschaftsforum und die Europäische Union propagieren: daß man die Daten unverfälschbar und unverlierbar im Körper trägt. Bill Gates sahen wir anstelle des Papstes am Ostersonntag 2020 mit viel Platz und Raum in der Tagesschau. Er hat einen neuen Segen gesprochen: nämlich sieben Milliarden Menschen zu impfen. Ich sehe ein größeres Ziel, das mit den Impfungen verbunden ist - mit den Dauerimpfungen. Der Zwang, der eigentlich in freiheitlich-demokratischen Ländern nichts zu suchen hat, läßt aufmerken.

"Nur drei Prozent aller geltend gemachten Impfschäden werden anerkannt."

Welche Möglichkeiten, zum Beispiel auf Schadenersatzansprüche, bestehen denn für Patienten mit Impfschäden?

Der Patient muß zunächst einmal herausfinden, wer ihn geimpft hat. Das ist, wenn er im Impfzentrum war, gar nicht so leicht. Er ist möglicherweise auch deshalb im Nachteil, weil der Impfarzt letztendlich eine Art beauftragter, beliebiger Arzt ist und im Auftrag des Landes, des Staates oder der Stadt tätig war. Wenn es der niedergelassene Hausarzt war, dann haftet dieser Arzt persönlich. Das Problem für den Patienten bei allen Schadenersatzansprüchen oder behaupteten Behandlungsfehlern ist:

Der Patient muß nachweisen, daß seine Beschwerden, die er drei Monate oder ein Jahr nach der Impfung hat, wirklich kausal darauf zurückzuführen sind. Und das ist schon immer bei Arzt-Haftungsfehlern ein Problem, bei Impfschäden erst recht. Wir müssen davon ausgehen, daß nur etwa drei Prozent aller geltend gemachten Impfschäden überhaupt anerkannt werden.

Welche rechtlichen Konsequenzen sehen Sie für Eltern, die ihre minderjährigen Kinder impfen lassen, falls diese Schäden davontragen oder sogar sterben?

Nehmen wir an, Eltern haben der Impfung eines 14-jährigen Kindes zugestimmt, und das Kind erleidet schwerste Schäden oder verstirbt sogar. Eine solche Folge ist so gravierend und erschütternd für die Eltern, daß ich denen nicht auch noch ein Strafverfahren wünsche, weil sie gutgläubig waren, weil sie vertraut haben in die Propaganda-Maschinerie der Massenmedien - weil sie gedacht haben, sie tun ihrem Kind oder ihren Eltern wirklich etwas Gutes. Alleine das Trauma einer Körperbehinderung, eines Todes oder einer schweren Schädigung wäre schlimm genug.

Bei der Schweinegrippe-Impfung in Schweden hat es mehrere Narkolepsiefälle gegeben, bei denen die Betroffenen auch geklagt haben, so daß der Staat dort nun lebenslang Berufsunfähigkeitsrenten zahlen muß. Ist es üblich, daß ein Staat die Haftung für einen Hersteller übernimmt? Und zweitens: Ist das auch bei der Corona-Impfung in Deutschland vorstellbar?

Normalerweise haftet natürlich immer der Hersteller, der direkte Vertragspartner, für sein Produkt. Daß der Hersteller bei der Schweinegrippe damals offensichtlich gut verdient hat, sich aber von der Haftung für sein eigenes Produkt freistellen lassen, ist unerhört. Noch unerhörter ist es, daß es offensichtlich in all den vielen Verträgen mit den jeweiligen Nationalstaaten jetzt mit den vier Herstellern von Corona-Impfstoffen genau das gleiche Spiel sein soll: Die Aktien steigen, man verdient sich eine goldene Nase, haftet aber nicht dafür.

Das ist ein ungeheurer Vorgang. Der Patient kann den Hersteller aber trotzdem verklagen. Solche Verträge zwischen Staat und Unternehmen können niemals zulasten Dritter gehen - das ist ein allgemeines Rechtsprinzip. Aber im Innenverhältnis kann der Hersteller sagen: Lieber deutscher Staat, ich muß jetzt 500.000 Euro zahlen, du hast dich verpflichtet, mich davon freizustellen. Dann muß der deutsche Staat bezahlen. Es haftet natürlich, wenn der Staat für etwas einzustehen hat, immer der Steuerzahler.

"Man verdient sich eine goldene Nase, haftet aber nicht dafür."

Hinzu kommt, daß die Hersteller nicht nur von der Haftung bei Impfschäden befreit wurden, sie wurden durch EU-Recht im letzten Jahr auch befreit von all den strengen Sicherheitsvorkehrungen, klinischen, toxikologischen und Unbedenklichkeitsprüfungen, die das Europäische Recht gerade bei der Entwicklung und Freisetzung genetisch veränderter Organismen eigentlich vorsieht. Das ist ein Unding. Das weiß die Bevölkerung nicht. Sie setzt sich in ein Flugzeug, das noch nie getestet wurde, das aber eine komplett neue Antriebstechnik hat.

Sie eröffnen Ihr neues Buch mit einem Zitat von Sophie Scholl...

Das Zitat heißt: "Der größte Schaden entsteht durch die schweigende Mehrheit, die nur überleben will, sich fügt und alles mitmacht." Ich war im April 2020 eine der Allerersten, die aufgestanden sind, und habe gesagt: Der Lockdown ist der größte Rechtsskandal in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Da kam sicher einiges in Bewegung, viele Menschen sind

aus der Schockstarre erwacht, aber die meisten schweigen, insbesondere im Gesundheitswesen, in den Kliniken, in denen die Corona-Stationen leer und ruhig waren. Ärzte, Pfleger, alle im Gesundheitswesen Tätigen, auch die niedergelassenen Ärzte - also meine bisherige Klientel - schweigen.

Das enttäuscht mich. Mediziner bekommen viel Geld. Sie bekommen die PCR-Tests gut bezahlt, sie bekommen die Impfungen gut bezahlt - es sei denn, sie klären ordentlich auf. Dann fertigen sie ihre Patienten nicht in zehn Sekunden ab und können keine 300 Patienten an einen Nachmittag durchimpfen. Das sind 6.000 Euro oder mehr. Aber auch die Schulleitungen schweigen, die Menschen schweigen, sie trauen sich nicht. Ich denke, man kann die heutige Situation nicht treffender beschreiben als mit dem Zitat von Sophie Scholl. Deswegen habe ich es sowohl an den Anfang als auch übrigens ans Ende gesetzt.

Frau Bahner, ich bedanke mich für das Gespräch

_ Beate Bahner (*1966) ist seit 1995 in Heidelberg als Rechtsanwältin tätig, zunächst im Vertrags-, Bau- und Wirtschaftsrecht sowie im Familienrecht, seit 1999 zudem als Spezialistin für Arzt-, Medizin- und Gesundheitsrecht. Im renommierten Springer-Verlag hat sie fünf arztrechtliche Standardwerke veröffentlicht. Vor wenigen Wochen erschien bei Rubikon ihr Ratgeber "Corona-Impfung. Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten". ...<<

01.12.2021

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schrieb am 1. Dezember 2021 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>Betreff: Abschaltung von drei weiteren deutschen Kernkraftwerken am 31. Dezember 2021

Sehr geehrte Damen und Herren!

In 4 Wochen sollen 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden.

Wenn man bis zum 31. Dezember 2022 die letzten 6 Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 6 Kernkraftwerke sind derzeit strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke, die praktisch rund um die Uhr laufen.

Aufgrund fehlender Energiespeicher werden die stets zur Verfügung stehenden riesigen 6 Kraftwerke (in Schleswig Holstein, Niedersachsen, Baden Württemberg und in Bayern mit einer Nettoleistung von 8.113 Megawatt) gegenwärtig immer häufiger eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

Falls diese 6 Kernkraftwerke tatsächlich abgeschaltet werden sollten, ist kurz- und mittelfristig ein flächendeckender Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes vermutlich nicht mehr zu vermeiden und die Vernichtung der bisherigen Grundlagen des Lebens in unserer Heimat sowie in großen Gebieten Mitteleuropas ist wahrscheinlich nicht mehr zu verhindern.

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Sprichwort aus China

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Betrieb und der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, kommt es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemen-

te und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke nicht nur verantwortungslos, sondern angesichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören, falls es im Jahre 2023 in den Abklingbecken der 7 stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von Radioaktivität kommen sollte.

Aufklärungsarbeit, Demonstrationen und Aufruf zum Generalstreik

Da die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages wesentliche Reformen der Energiewende starrsinnig ablehnt und die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe die Gefahren und Schäden der planmäßig eingeleiteten Destabilisierungsmaßnahmen weiterhin ignoriert, obgleich sie den Bestand der Bundesrepublik Deutschland nachweislich gefährden sowie die innere und äußere Sicherheit Deutschlands bedrohen, müssen die Staatsbürger ihr Leben in Freiheit und Sicherheit unverzüglich selbst verteidigen und auf die Straße gehen.

Im gesamten Land müssen Demonstrationen stattfinden, um die Bevölkerung wegen der drohenden Gefahren für das Leben, die Gesundheit und Sicherheit aufzurütteln. Falls diese Demonstrationen wirkungslos bleiben sollten, müssen wegen der drohenden Gefahren für das Leben, die Gesundheit und Sicherheit der deutschen Bevölkerung massenhafte Arbeitsverweigerungen und letzten Endes ein Generalstreik folgen.

Weil die Mehrheit in der Bundesrepublik Deutschland nicht über die extrem gemeingefährlichen Folgen der sogenannten Energiewende informiert ist, muß die Bevölkerung umfassend aufgeklärt werden. Die Bevölkerung muß wissen, daß es während eines flächendeckenden Stromausfalls im Jahre 2023 in den Abklingbecken von 7 stillgelegten Kernkraftwerken, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zum nicht mehr beherrschbaren Super-Gau kommen kann.

Die Menschen müssen endlich damit konfrontiert werden, daß man sie mit Hilfe der gleichgeschalteten Massenmedien, der staatlichen Organisationen und der finanzstarken Lobbyverbände seit Jahren regelmäßig beschwindelt und unentwegt "hinter die Fichte führt".

Die Finanzkrise, Euro-Krise, Migrationskrise, der menschengemachte Klimawandel und die Corona Plandemie etc. sind offensichtlich lediglich planmäßig inszenierte Maßnahmen, um von dem eigentlichen Hauptziel abzulenken. Es geht anscheinend in erster Linie tatsächlich darum, durch einen totalen Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes alle Gesellschaftsstrukturen in Deutschland zu zerstören.

Pflicht zum Widerstand

Wenn wir dieses NWO-Projekt "Energiewende" zur Rettung des Weltklimas nicht rechtzeitig stoppen können, werden die Deutschen letzten Endes alles verlieren und unser Land wird schon bald nicht mehr existieren.

Um dieses langfristig systematisch geplante epochale Zerstörungswerk doch noch zu verhindern, muß die Bevölkerung unbedingt sofort Widerstand leisten.

Gemäß Grundgesetz (Artikel 20) geht in einem demokratischen Staat die oberste Gewalt immer noch vom Volk aus. Wenn die politische Führung ihre Aufgaben und Pflichten nachweislich ignoriert oder mißachtet, sind alle Staatsbürger verpflichtet, ihr natürliches Recht auf Selbsterhaltung persönlich zu verteidigen.

Laut Artikel 20 Absatz 4 des deutschen Grundgesetzes haben alle Deutschen "Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung (gemäß Artikel 20 Absatz 1 bis 3) zu beseitigen, ... das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist".

Alle Menschen, die noch über einen gesunden Menschenverstand verfügen, sind verpflichtet, die geplante Vernichtung der bisherigen menschlichen Lebensformen nicht widerstandslos hinzunehmen. Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden.

Anstatt sich widerstandslos in den kollektiven Selbstmord treiben zu lassen, müssen alle Menschen endlich erbitterten Widerstand leisten und die totalitäre Klimasekte zum Teufel jagen. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Erkennt endlich, was die Stunde geschlagen hat, denn die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Basis Deutschlands wurde bereits derartig destabilisiert, daß sofort gehandelt werden muß.

Ohne die Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden.

Als Christen sind wir verpflichtet, zu vergeben, aber wir sind nicht verpflichtet, ideologische Lügen und Halbwahrheiten widerstandslos zu akzeptieren. Seit Jahrtausenden zählt es zu den natürlichen Pflichten der Menschen, künftigen Generationen nach Möglichkeit gute Lebensmöglichkeiten zu hinterlassen, deshalb muß diese unsägliche Energiewende sofort beendet werden.

Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebenswerte Zukunft haben werden oder nicht. Niemand darf sich jetzt ängstlich zurückhalten, sondern muß aktiv Widerstand leisten, denn was wollen die Überlebenden später ihren Kindern oder Enkelkindern antworten, wenn sie fragen: **Warum habt ihr diesen Wahnsinn widerstandslos hingenommen?**

Wir müssen endlich wieder zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! Alle staatlich angeordneten Destabilisierungsmaßnahmen müssen sofort eingestellt und korrigiert werden. Wir haben nur noch eine Chance, unsere Heimat vor dem drohenden Untergang zu bewahren, wenn wir unverzüglich Widerstand gegen diese totalitäre Öko-Diktatur leisten.

In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein können wir nur siegen, wenn wir uns an den jahrhundertealten Tugenden unserer Vorfahren orientieren, denn ein Volk von Feiglingen und Mitläufern wird sang- und klanglos für alle Zeiten verschwinden.

Wenn Lügen und Betrug, Angst und Schrecken, Unrecht und Unfreiheit das tägliche Leben bestimmen, wird ziviler Widerstand zur ersten Bürgerpflicht. ...<<

05.12.2021

BRD: Das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) berichtet am 5. Dezember 2021 (x1.078/...): >>Bestialische grüne Ideologie auf dem Klimagipfel COP26

von Frau *Andrea Andromidas* mit einem nachfolgenden Appell von *Prof. Guus Berkhout*

Die Reichsten der Reichen, die Royals und die Billionäre der Wallstreet kamen in 400 Privatjets nach Glasgow geflogen, um beim Klimagipfel zu verlangen, daß fossile Energiequellen zukünftig nicht mehr genutzt werden könnten, weil der Planet das angeblich nicht aushalte.

Aber darum geht es gar nicht, sondern darum, jede weitere Entwicklung so radikal wie möglich zu stoppen. Der Chef des Davos Forums, Klaus Schwab, sagt das in seinem jüngsten Buch "Stakeholder Kapitalismus" ohne Umschweife:

"Die Fähigkeit, die den Menschen dazu verhilft, die Armut zu überwinden und ein besseres Leben zu führen ist gleichzeitig dafür verantwortlich, daß der Planet für zukünftige Generationen zerstört wird. Die Ursachen für den Klimawandel sind nicht nur das Resultat einer selbstsüchtigen Generation von Industriellen und Babyboomern im Westen. Sie sind die Konsequenz des menschlichen Strebens nach einer besseren Zukunft."

Weil sich aber die weit überwiegende Mehrheit der Menschen in Asien, in Afrika und auch anderswo die Zukunft nicht nehmen lassen, erteilten sie den Billionären eine deutliche Absa-

ge. Der mit größter Propaganda betriebene Klimagipfel COP26 ist damit gescheitert, was zeigt, daß die bestialische grüne Ideologie so sehr dem Bestreben der Menschen entgegensteht, daß sie trotz aller Anstrengungen der Billionäre besiegt werden kann.

Guus Berkhout, Initiator und Präsident von CLINTEL (Climate Intelligence Foundation) richtete nachfolgend einen Appell nicht nur an die demonstrierenden Kinder in Glasgow, sondern an die Jugend im Allgemeinen.

Botschaft an die Jugend bei COP26: Grüne Weltpolitiker, Politiker und Klimawissenschaftler in Glasgow unterziehen die junge Generation einer Gehirnwäsche mit Klimalügen.

Von Prof. Dr. Augustinus Berkhout

Auf der COP26-Konferenz belehren stinkreiche Eliten - die mit ihren 400 Privatjets in Glasgow eintreffen - unsere Jugendlichen, daß ihre Eltern und Großeltern durch ihre technologischen Errungenschaften eine globale Klimakrise verursacht haben. Sie sagen unseren Jugendlichen auch, daß wir alle in eine Katastrophe geraten, wenn dieser verhängnisvolle Trend nicht gestoppt werde. Es sei "fünf Minuten vor zwölf, um den Planeten und die Menschheit zu retten". Netto-Null müsse sofort realisiert werden!

Wie können diese globalen Eliten die Zukunft einer ganzen jungen Generation ruinieren, indem sie sie mit einer solchen Angst machenden Geschichte vergiften und sie anweisen, alles zu zerstören, was ihre Vorfahren aufgebaut haben? Sind diese Eliten moderne Don Quijotes oder sind sie bösertige Idioten?

Das Ergebnis ist, daß wir es mit einer verängstigten jungen Generation zu tun haben, die eine negative Einstellung zu Wissenschaft und Technologie hat und glaubt, "zurück in die Vergangenheit" schaffe eine bessere Welt. Vielen Dank an Joe Biden, Boris Johnson, Ursula von der Leyen, Jeff Bezos, Bill Gates, Mark Carney und all die anderen!

Hier ist meine Botschaft an die gehirngewaschenen Kinder in Glasgow:

Liebe Jugendliche, bitte wacht auf!

1. Bitte verhaltet euch nicht wie Papageien. Seid kritisch gegenüber den vielen falschen Propheten, die versuchen, euch ins Abenteuer zu stürzen und euch gegen den beeindruckenden Fortschritt aufzubringen, den eure Eltern und Großeltern erreicht haben. Denkt daran, daß die Informationen, die diese Propheten euch erzählen, einseitig und irreführend sind.
2. Vertieft euer Wissen über die Fakten unseres Klimas. Dabei werdet ihr feststellen, daß es keine Beweise gibt, die auf eine Klimakrise hindeuten. Ja, es gibt einen Klimawandel, und das seit allen Zeiten. Aber keine Sorge, die derzeitige globale Erwärmung ist milde (nur ca. 0,14 ° C pro Jahrzehnt) und sie hat bereits viele, viele positive Beiträge zur Lebensqualität geleistet.
3. Wußtet ihr, daß der Unterschied zwischen der durchschnittlichen Jahrestemperatur im kalten Finnland und im warmen Singapur mehr als 20 ° C beträgt? Die Menschheit ist sehr geschickt darin, sich an sehr unterschiedliche Klimazonen anzupassen! Die derzeitige globale Erwärmung von 0,14 ° C pro Jahrzehnt zur Katastrophe zu erklären, ist völlig unverhältnismäßig. Denkt darüber nach, wenn ihr protestiert.
4. Haben euch eure Lehrer jemals gesagt, daß CO₂ ein Segen für alles ist, was auf unserem Planeten lebt? CO₂ ist keine Umweltverschmutzung, sondern das Molekül des Lebens, das den Pflanzen als Nahrung dient. Ohne Pflanzen gäbe es nur sehr wenig tierisches Leben und überhaupt kein menschliches Leben. Denkt auch darüber nach, wenn ihr protestiert.
5. Verwechselt nicht den Klimawandel mit Umweltverschmutzung! Es handelt sich um zwei völlig unterschiedliche Phänomene. Der Klimawandel wird größtenteils durch die Urkräfte der Natur verursacht, und die Umweltverschmutzung wird größtenteils durch das menschliche Verhalten verursacht. Der Klimawandel erfordert kluge Anpassungsmaßnahmen, während die Umweltverschmutzung kluge, saubere Produktionstechnologien erfordert.
6. Bitte vergeudet euer Leben nicht damit, ein Problem zu lösen, das es gar nicht gibt. Steckt statt dessen all eure Talente und Energie in die Entwicklung einer produktiven, nachhaltigen

Wirtschaft. Nur dann können wir genügend finanzielle Mittel erwirtschaften, um den Lebensstandard über die Grundbedürfnisse hinaus zu erhöhen. Wenn wir in die unproduktive Vergangenheit zurückkehren und uns selbst arm machen, haben wir keine Kontrolle mehr über unsere Zukunft!

7. Die Geschichte zeigt, daß das Leben auf dem Planeten Erde stets Anpassungen erfordert. Wenn wir Wissenschaft und Technologie weiter vorantreiben, schaffen wir neue Möglichkeiten, uns an den Klimawandel anzupassen, unsere natürliche Umwelt zu schützen, das Universum zu erobern und uns umeinander zu kümmern. Das ist die Formel für die Schaffung einer besseren Welt. COP26 ist ein Fehlschlag geworden, denn Erneuerbare Energien sind ein großer Fehler; sie sind teuer und unzuverlässig. Die Energiezukunft ist eine Kombination aus Gas und Kernenergie.

Und schließlich, liebe junge Leute, für alle, die von der Angst vor der Zukunft vergiftet wurden: Vergeßt die dubiosen Untergangsprediger auf der COP26; sie ruinieren eure Zukunft, indem sie alles zerstören, was eure Eltern und Großeltern aufgebaut haben. Schaut nicht auf die fehlerhaften Klimamodelle, sondern auf die Fakten! Ich glaube an eure Fähigkeit, eine bessere Welt zu schaffen. Betrachtet die sieben Herausforderungen in meiner Botschaft als eure Lebensaufgabe.

Anmerkung EIKE-Redaktion: Augustinus Berkhout ist Professor emeritiert für Geophysik an der Technischen Universität Delft, Mitglied der Königlich-Niederländischen Akademie der Künste und Wissenschaften sowie Initiator und Mitbegründer von CLINTEL (Climate Intelligence).<<

15.12.2021

BRD: Die AfD-Fraktion des Deutschen Bundestages stellt am 15. Dezember 2021 folgenden Antrag - Blackout verhindern - Weiterbetrieb der Kernkraftwerke ermöglichen. Drucksache 20/274 (x1.039/...): >>Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der Ausstoß von elektrischer Energie der sechs noch laufenden Kernkraftwerke entspricht etwa der Hälfte der von allen derzeit installierten flächenintensiven Windenergieanlagen bereitgestellten Strommenge.

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe stuft einen "Blackout", also einen längerfristigen, großflächigen Zusammenbruch der Stromversorgung, als "wahrscheinlichste Katastrophe" ein. Die Gründe sind offensichtlich: Windenergie- und Photovoltaikanlagen erzeugen keinen bedarfsgerechten und zuverlässigen Strom. Industriell wettbewerbsfähige Energiespeicher sind auch langfristig nicht verfügbar und selbst Stromimporte bieten keine Lösung im Spitzenbedarf. Kernenergie liefert hingegen zuverlässig und regelbar genau dann Strom, wenn dieser benötigt wird.

Die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke wird unweigerlich zu einer Versorgungslücke führen. Der geplante Ausbau der Elektroinfrastruktur, etwa für E-Autos, verschärft diese Problematik erheblich. So hatte das Bundeswirtschaftsministerium einen später zurückgezogenen Gesetzentwurf auf den Weg bringen wollen, mit dem Strom rationiert werden kann. Der Weiterbetrieb der letzten deutschen Kernkraftwerke ist daher vor allem für die Versorgungssicherheit unverzichtbar. Die bestehenden Kernkraftwerke schützen unser Land im Falle von Dunkelflauten vor Versorgungsengpässen und vor schädlichen Stromausfällen im Millisekundenbereich.

§ 7 des Atomgesetzes regelt die Laufzeitbegrenzung von Kernkraftwerken und sieht eine Abschaltung der Kernkraftwerke Brokdorf, Grohnde und Gundremmingen zum Ende des Jahres 2021 vor. Der parallel vorangetriebene Ausstieg aus der Kohleverstromung führt zwangsläufig zu einer Gefährdung unserer Stromversorgung und zu einer Versorgungslücke.

Der erzwungene Umbau unserer Energieversorgung führt schon jetzt zu unsozial hohen

Strompreisen und gefährdet über die Belastung der Unternehmen die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands.

Mit dem gleichzeitigen Ausstieg aus Kohleverstromung und Kernenergie begibt sich unser Land auf einen verantwortungslosen Alleingang. Es wird unserer Verantwortung für die Zukunft dieses Landes nicht gerecht, alleine auf die Hoffnung zu bauen, daß sich die nach wie vor ungelösten Probleme der sogenannten Energiewende wie etwa die ungelöste Speicherproblematik schon irgendwie lösen lassen werden.

Die letzten sechs deutschen Kernkraftwerke liefern sicher, bezahlbar und umweltfreundlich elektrische Energie. Daher müssen sie, und vor allem die Betriebsgenehmigungen, unbedingt bis auf weiteres erhalten werden.

Gerade wer CO₂ einsparen möchte, muß die Kernenergie im Energiemix berücksichtigen.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, 1. einen Gesetzentwurf zur Novellierung des Atomgesetzes vorzulegen, um die in § 7 festgeschriebene Laufzeitbegrenzung zu ändern, um mittels Verlängerung der Betriebsgenehmigungen einen Weiterbetrieb bzw. die Wiederinbetriebnahme der Kernkraftwerke bis mindestens zum Ende des nächsten Jahrzehntes zu ermöglichen;

2. ein Rückbaumoratorium für die letzten in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke durch das Bundeswirtschaftsministerium zu erlassen, um die Möglichkeit des Weiterbetriebes bzw. einer Wiederinbetriebnahme bis mindestens zum Ende des nächsten Jahrzehntes zur Aufrechterhaltung der Versorgungssicherheit sicherzustellen;

3. diejenigen bereits jetzt vom Stromnetz getrennten Kernkraftwerke, für die noch keine Stilllegungsgenehmigung erteilt wurde, wieder an das Stromnetz anzuschließen und ihnen eine Betriebserlaubnis zu erteilen;

4. durch den Abschluß eines öffentlich-rechtlichen Vertrages mit der Energiewirtschaft verlässliche Rahmenbedingungen sowie einen Garantiezeitraum für die Energiewirtschaft zu schaffen, um einen rechtssicheren Weiterbetrieb der Kernkraftwerke zu ermöglichen und die Betreiber bei der Beschaffung neuen Reaktorbrennstoffes zu unterstützen und

5. die staatliche Kapazitätsreserve in Höhe von derzeit 14 GW um die weiteren Kernkraftwerke gemäß Nummer 3 zu ergänzen, um die unverantwortlich gestiegene Blackout-Gefahr zu reduzieren, welche vorrangig auf die wetterbedingt unsichere Wind- und Solareinspeisung zurückzuführen ist.

Berlin, den 14. Dezember 2021

Dr. Alice Weidel, Tino Chrupalla und Fraktion

Begründung

Die Energiepreise sind längst unsozial und gefährden die wirtschaftliche Zukunft Deutschlands. Die Vertuschung der wahren Kosten durch teilweise Steuerfinanzierung, in der die EEG-Umlage anteilig aus dem Staatshaushalt finanziert wird, ändert daran nichts; sie offenbart nur den verantwortungslosen Umgang mit der Arbeitsleistung der Bürger.

Die Versorgungssicherheit ist akut gefährdet, die Blackout-Gefahr nimmt zu. Der Weiterbetrieb von Kernkraftwerken kann das Eintreten einer derartigen Katastrophe verhindern.

Geologische Endlager sind mit modernster Kerntechnologie nicht mehr notwendig, da durch verschiedene Transmutationsverfahren langlebige Radionuklide in kurzlebige umgewandelt und damit Kernbrennstoffkreisläufe praktisch vollständig geschlossen werden können. Moderne Kerntechnologie erlaubt so auch die Entschärfung der bisher für die geologische Endlagerung vorgesehenen nuklearen Reststoffe.

Die Einsicht in die Notwendigkeit des Weiterbetriebs von Kernkraftwerken nimmt zu. Andere Länder, auch in unserer direkten Nachbarschaft, machen es vor. Das Argument der Versorgungssicherheit sowie der erheblich niedrigere Strompreis haben ideologische Vorurteile überwunden. Auch die deutsche Bevölkerung ist mehr und mehr von der friedlichen Nutzung

der Kernenergie überzeugt.

Und schließlich: Wer CO₂ einsparen will, ohne die Zukunft Deutschlands zu gefährden, muß auf die CO₂-neutrale Kernenergie setzen. Selbst der sogenannte Weltklimarat (IPCC) ist der Überzeugung, daß eine Vervielfachung der Kernenergie notwendig sein wird, um die im Rahmen von Szenarien der Vereinten Nationen gesteckten Klimaziele zu erreichen.

5 Kernenergie ist kostengünstig. Dies wird auch zunehmend durch die Menschen in Deutschland wahrgenommen. Eine jüngst durchgeführte INSA-Umfrage ergab eine Änderung der gesellschaftlichen Wahrnehmung, welche daran zu erkennen ist, daß sich 43 % der Befragten für eine Verlängerung der Laufzeit von Kernkraftwerken aussprechen und nur noch 43 % der Befragten an einem Ausstieg aus der Kernenergie festhalten.

Die Umfrage zeigte weiter, daß die Nutzung von Kernenergie von 53 % der Befragten als ein Beitrag gegen den Klimawandel gesehen wird. Selbst jeder vierte Wähler der Grünen sprach sich für einen Weiterbetrieb der bestehenden Kernkraftwerke aus. Bezüglich der hohen Energiepreise sahen 63 % der Befragten die Nutzung von Kernenergie als eine Möglichkeit, den Energiepreis zu begrenzen bzw. zu reduzieren ...<<

24.12.2021

BRD: Die Wochenzeitung "Preußische Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. Dezember 2021 (x887/...): >> "Das ist intergenerationale Sippenhaft"

Über das Verhalten des deutschen Staates in Sachen Hohenzollern-Eigentum, den Umgang mit den heutigen Mitgliedern der Familie und die Notwendigkeit eines neuen unideologischen Blicks auf die preußische Geschichte

René Nehring

Im Gespräch mit *Michael Wolffsohn*

Seit rund zwei Jahren diskutiert die deutsche Öffentlichkeit über die Entschädigungsansprüche des vormaligen preußischen Königs- und deutschen Kaiserhauses, der Hohenzollern. Grundlage ist die Enteignung des Kronprinzen Wilhelm von Preußen durch die Sowjetunion nach 1945. Das vereinigte Deutschland hatte nach 1990 geregelt, daß Personen, die dem kommunistischen oder dem nationalsozialistischen Unrechtssystem "erheblichen Vorschub" geleistet haben, von einer Rückübertragung ihres Eigentums ausgeschlossen sind. In Sachen Hohenzollern dreht sich deshalb der Streit darum, ob der letzte Kronprinz dem NS-Regime eben diesen Vorschub geleistet hat oder nicht.

In den Feuilletons waren zuletzt vor allem Stimmen zu vernehmen, die diese Frage zulasten der Hohenzollern beantworteten. In einem unlängst erschienenen Sammelband zeichnen nun namhafte Historiker und Juristen ein differenzierteres Bild. Einer von Ihnen ist Michael Wolffsohn, der sich in seinem Beitrag weniger mit der Person des Kronprinzen Wilhelm beschäftigt, sondern mit weitaus grundsätzlicheren Fragen.

Herr Wolffsohn, was hat Sie dazu bewogen, mit einem Beitrag in die Hohenzollern-Debatte einzugreifen?

Seit Jahren beschäftige ich mich mal rezeptiv-lesend, mal aktiv-schreibend mit den Hohenzollern. Der Grund ist einfach: Wenn alle oder fast alle entweder "Hossiana!" oder "Kreuziget ihn!" rufen, läutet bei mir die Alarmanlage mit eingebauter Tonbotschaft: "Vorsicht, sind da etwa Nachplapperer und Mitläufer am Werk?" Ich bin dann geradezu reflexartig skeptisch und beginne die notwendige Reflexion vor Information. Die Folge: Bediene dich deines eigenen Verstandes! Dazu bedarf es in einer Demokratie eigentlich keines Mutes. Schlimmstenfalls wird man, wie von Elisabeth Noelle in der "Schweigespionage" beschrieben, gesellschaftlich isoliert. Na und! Besser isoliert als mit Mitläufern fraternisiert.

Das gesagt, heißt wahrlich nicht, daß ich die geringste Sympathie für besagten Kronprinzen hege. Er zählt zu den "nützlichen Idioten", den Steigbügelhaltern der Nationalsozialisten, war ein Antisemit und finsterner, unintelligenter Reaktionär. Hinzu kommt: In meinem mit Thomas

Brechenmacher von der Uni Potsdam verfaßten Buch "Die Deutschen" haben wir empirisch wasserdicht, anhand statistisch-repräsentativer Daten gezeigt, daß in der Weimarer Republik, anders als von den meisten Historikern behauptet, keine Hohenzollern-Monarchie-Nostalgie dominierte. Wer das weiß, muß in die Arena steigen und die Proportionen zurechtrücken.

In Ihrem Aufsatz in dem Sammelband sagen Sie, daß zwar viele Landsleute heute die Rückgabeforderungen der Hohenzollern für einen Skandal halten, der eigentliche Skandal jedoch das Verhalten des Deutschen Bundestages, des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs sei. Konkret sagen Sie: "Deutschlands Weigerung, die Hohenzollern heute für die nach 1945 erfolgten Enteignungen auf dem Gebiet der Ex-DDR zu entschädigen, ist zwar legal im Sinne herrschenden Rechts, jedoch nicht legitim im Sinne der ethischen Fundamente dieses herrschenden Rechts." Warum?

Ganz einfach: Hier wird intergenerationelle Sippenhaft und Sippenhaftung angewandt. Das ist rechtssystemisch inakzeptabel. Unabhängig davon, was dazu die internen Regelungen im Hause Hohenzollern sagen oder im Hohen Hause Bundestag. So viel zum weltlichen Rechtssystem. Sowohl im Judentum als auch im Christentum gilt: Die Schuld der Väter trifft nicht die Söhne. Weltliche, religiöse und damit metaphysische Legitimität widersprechen in diesem Fall dem politisch, willkürlich gesetzten und letztlich rechtsbrecherischen Gesetz.

Hängt, überspitzt formuliert, in der Konsequenz der Hohenzollern-Debatte Eigentum - und damit eine der wichtigsten Grundlagen unseres Rechtssystems - in Deutschland nicht mehr von unverrückbaren Ansprüchen, sondern von politischem Wohlverhalten ab? Und warum scheint das niemanden zu stören?

Weil es besonders in der deutschen Neid-Gesellschaft ein doppelbödiges Verhältnis zum Eigentum an sich gibt. Einerseits ist es grundgesetzlich so gut wie unantastbar und für sich selbst möchte es fast jeder haben, andererseits wird es geneidet. Deshalb ist der Ruf nach Enteignung gesellschaftlich verankert. In der US-Tradition ist Eigentum auch mental stärker verankert. Der Ruf nach Enteignung ertönt in Deutschland keineswegs nur von links, sondern auch von rechts. Es ist kein Zufall, daß die Nazis "Nationalsozialisten" waren. Die rechtssozialistische Dimension wird auch in der deutschen Geschichtswissenschaft oft unterschätzt oder, aus politischem Opportunismus, ignoriert.

Ein weiterer interessanter Befund in Ihrem Beitrag ist, daß das geltende Rückgaberecht "jenseits der Unethik" der Logik entbehrt, da dadurch die Bundesrepublik Deutschland faktisch in zwei Rechtsräume gegliedert sei.

Wieder ganz einfach: Wenn den Hohenzollern aus den bekannten, im 1994er Gesetz genannten Gründen, die Rückgabe ihres in der DDR einst vorhandenen Eigentums verweigert wird, müßte man rein logisch ihr westdeutsches Eigentum konfiszieren, auch ihre Stammburg. Oder haben die in den frühen 1930er Jahren lebenden Hohenzollern und, allen voran, der furchtbare Kronprinz nur diejenigen Deutschen für die Nazis, wie stark auch immer beeinflußt, die auf dem Gebiet der späteren DDR lebten? Sie sehen, wie absurd und undurchdacht der Gesetzgeber entschied. Rache statt Recht galt hier wohl.

Sollte Deutschland im Sinne einer Rückbesinnung auf die ethischen Fundamente unseres Rechtssystems die geltenden Gesetze noch einmal überdenken?

Natürlich. Besser spät als gar nicht. Aber das wäre mit einem zu großen Gesichtsverlust verbunden. Dieser würde dem Ansehen des Gesetzgebers noch mehr schaden. Am vernünftigsten wäre eine kluge Moderation.

Ein anderer interessanter Hinweis in Ihrem Text ist, daß nach 1945 auch das während der NS-Diktatur geraubte jüdische Eigentum entweder gar nicht oder nur zu geringen Teilen rückübertragen wurde. Was sagt das über die Bundesrepublik als Rechtsstaat aus?

Daß Tatsachen und Legenden auch hier nicht deckungsgleich sind. Aber wir wissen doch seit eh und je, daß die bundesdeutsche Justiz bis in die frühen 1970er Jahre mehr als nur kleine

braune Flecken und sich nach 1945 selbst amnestiert hatte. Ein so schlimmer Nazi wie Theodor Maunz hatte sogar die Dreistigkeit, federführend einen Grundgesetzkommentar zu verfassen. Es wurde der Grundgesetzkommentar. Unglaublich. Das Wunder der alten Bundesrepublik besteht darin, daß sie trotz und mit und teils durch alte Nazis Rechtsstaat und Demokratie wurde.

Wie sehen Sie eigentlich die Causa Wilhelm selbst? Hat der Kronprinz dem Nationalsozialismus "erheblichen Vorschub" geleistet oder nicht?

Siehe oben. Von mir kein einziges Wort der Verteidigung zugunsten jenes Unholds. Ich argumentiere nicht zur Person, schon gar nicht zu jenem nützlichen, antisemitischen, reaktionären Idioten, sondern zum Recht als Institution.

Und wie stehen Sie zu Aussagen aus dem Vorstand des Historikerverbandes, daß "die Historiker" in dieser Frage weitestgehend einer Meinung seien - und zwar zulasten der Hohenzollern?

Die Spitze dieses Verbandes wurde inzwischen ausgetauscht. Gut so und aus welchen Gründen auch immer. Ich kenne die Interna nicht, weil mir jegliche "Vereinsmeierei" zuwider ist. Ich bin seit jeher Einzelkämpfer. Jenes "weitestgehend" ist schlicht falsch, um nicht zu sagen: gelogen. Auch unter Historikern gibt es solche, die ihrem "Handwerk" schaden, weil sie es nicht beherrschen oder nicht beherrschen wollen, um politisch wem auch immer, meistens dem Zeitgeist beziehungsweise Mainstream, zu gefallen.

Zu guter Letzt nochmal eine grundsätzliche Frage: In Ihrem Beitrag kritisieren Sie auch, daß in der Debatte "kein Wort über die neben unbestreitbaren Defiziten vorhandenen Verdienste der knapp tausendjährigen Hohenzollern-Dynastie" verloren wird. Braucht die deutsche Gesellschaft ein neues, vertiefteres Nachdenken über Preußen, das auf die zumeist platten Erklärungsmuster der letzten Jahrzehnte, die den Hohenzollernstaat lediglich als Markstein auf dem Weg in die NS-Diktatur interpretieren, verzichtet?

Nichts und niemand war oder ist nur gut oder nur schlecht. Abgesehen vom Urbösen, zu dem der Nazismus zählt. Vergessen wir nicht das Urböse der real existierenden Kommunismen. Wären "die" Hohenzollern tatsächlich nur schrecklich gewesen - wie konnte dann Deutschland am Ende ihrer Ära in zig Bereichen, auch kulturell und wissenschaftlich, weltweit führend werden? Wir haben zu viele Spezialisten, die nur ihr immer enger werdendes Wissensgebiet kennen und trotzdem - mangels Selbstkritik - über fast alles und jedes reden. Im Bild: Professor-Analphabet. Wir brauchen mehr Allgemeinbildung. Nicht nur Tiefe, auch Breite. Nicht nur in der Geschichtswissenschaft. Aber auch mehr Selbstbescheidung.

Das Interview führte René Nehring.

Prof. Dr. Michael Wolffsohn lehrte von 1981 bis 2012 Neuere Geschichte an der Universität der Bundeswehr in München. Zuletzt erschienen "Tacheles. Im Kampf um die Fakten in Geschichte und Politik" (Herder Verlag 2020) sowie "Deutschjüdische Glückskinder" für Erwachsene 2017 und für Jugendliche 2021 (beide dtv).<<

Das Blogportal und Online-Magazin "ACHGUT – Die Achse des Guten" berichtet am 24. Dezember 2021(x1.050): >>**Fest entschlossen, den Notausgang zu verammeln**

Von *Andreas Zimmermann*

Die SARS-CoV-2-Variante Omikron ist der jüngste Hebel der Politiker, um den Menschen in Deutschland weiterhin ihre Grundrechte vorzuenthalten. Dabei könnte sie der Ausweg aus der Misere sein.

Die SARS-CoV-2-Variante Omikron ist der jüngste Hebel der Politiker, um den Menschen in Deutschland weiterhin ihre Grundrechte vorzuenthalten, da man nicht ausschließen könne, daß es durch Omikron zu einer weiteren Welle kommen könnte. Man kann zwar auch nicht ausschließen, daß morgen der Supervulkan, der sich unter der Eifel verbirgt, ausbricht und ganz Deutschland begräbt, aber irgendeine nachvollziehbare Logik sucht man in den politi-

schen Corona-Maßnahmen in Deutschland ja schon lange vergeblich.

Das zeigt sich gerade wieder exemplarisch daran, daß die verfassungsrechtlich nicht vorgesehene und durch nichts legitimierte Zusammenkunft von Bundeskanzler und Ministerpräsidenten einen weiteren Lockdown beschlossen hat, auch wenn er nicht so heißen darf. Und das, nachdem die "Inzidenz" (eine wissenschaftlich völlig unsinnige Größe kann man nur in Anführungszeichen verwenden) seit ihrem Höhepunkt von 485 am 29.11. auf mittlerweile 280 gefallen ist. Geht der Trend so weiter, liegen wir am 28.12., wenn der Lockdown einsetzen soll, deutlich unter 200.

Gleiches gilt für den berühmt-berüchtigten R-Wert, laut RKI seit 26.11, also seit vier Wochen unter 1, oder die angeblich so wichtige "Hospitalisierungsinzidenz", die ihren Höhepunkt ebenfalls laut RKI am 26.11. mit 12,28 hatte und aktuell bei 4,57 liegt. Und diese vollkommen irrlichternde Politik wird dann noch als angeblich "wissenschaftlich begründet" verkauft. Absurder, um noch das höflichste dafür verwendbare Wort zu benutzen, geht es eigentlich nicht mehr.

Nun zu Omikron selbst. Diese Variante ist aus mehreren Gründen interessant:

- 1) Verschiedene Untersuchungen zeigen, daß bisher keine näheren Verwandten dieser Variante gefunden wurden.
- 2) Die allermeisten Veränderungen im Erbgut (sogenannte Mutationen) dieser Variante verändern auch die Abfolge der Bausteine in den daraus resultierenden Viren-Proteinen, was sehr ungewöhnlich ist.
- 3) Diese Variante scheint deutlich besser an die Umgebung in den menschlichen Bronchien als in der Lunge angepaßt zu sein.
- 4) Unter anderem daraus ergibt sich wohl eine deutlich verringerte Gefährlichkeit. So beträgt in Südafrika die Wahrscheinlichkeit eines Krankenhausaufenthalts bei Infektion mit dieser Variante nur ungefähr 1/10 der früheren Varianten, die sich ebenfalls bereits durch eine bestenfalls mäßige Sterblichkeitsrate ausgezeichnet haben, wie mehrere Studien von John Ioannidis überzeugend gezeigt haben.
- 5) Daten aus Dänemark zeigen, daß ungespritzte Personen (das Wort Impfung verbietet sich in diesem Zusammenhang aus mehreren Gründen) die geringste Wahrscheinlichkeit besitzen, sich mit Omikron zu infizieren, wobei die Infektionswahrscheinlichkeit, korrigiert für die Bevölkerungsanteile der jeweiligen Gruppen, in folgender Reihenfolge ansteigt: ungespritzt, "geboostert" (also dreimal gespritzt), einmal gespritzt, doppelt gespritzt.

Das Virus läßt sich nicht "besiegen"

Was bedeuten diese Punkte nun im Einzelnen? Zunächst zu den ersten beiden Punkten. Daß die Omikron-Variante am Ende eines sehr langen, unverzweigten Asts im SARS-CoV-2-Stammbaum sitzt, läßt sich nur so interpretieren, daß die Vorfahren von Omikron eine relativ lange Zeit in einer Wirtspopulation außerhalb der vergleichsweise gut untersuchten menschlichen Bevölkerung verbracht haben, da man andernfalls Varianten finden müßte, die nur einen Teil der charakteristischen Mutationen tragen.

Wer noch nie einen phylogenetischen Stammbaum gesehen hat, möge sich einen reich verzweigten Baum vorstellen. Omikron stellt in diesem Fall eine kleine Gruppe Zweige am Ende eines ansonsten unverzweigten, fünf Meter langen Asts dar. Ungefähr alle zehn Zentimeter entlang dieses Asts finden wir eine Mutation.

Nachdem es bisher keine menschlichen Kolonien auf dem Mars gibt und ich auch den in Horrorfilmen durchaus beliebten Plot seltsamer Ereignisse, die sich in abgelegenen Antarktisstationen abspielen, für eher unwahrscheinlich halte, bleiben eigentlich nur zwei Möglichkeiten: Omikron ist in einer anderen Wirtsart entstanden oder, wie wohl auch die Ursprungsvariante, im Labor - eine Hypothese, die lange von "DER WISSENSCHAFT" für abwegig erklärt wurde, jetzt aber wohl als wahrscheinlichste Erklärung gelten muß. Zu ersterer Hypothese gibt es

auch bereits eine wissenschaftliche pre-print-Veröffentlichung, die aufgrund des Mutationspektrums die Maus als Wirtsart vorschlägt.

Zu beiden Hypothesen würde auch Punkt 2 passen, nämlich die Tatsache, daß fast alle Mutationen zu Veränderungen in der Proteinsequenz führen, was nur plausibel ist, wenn die Viruspopulation, in der sich Omikron entwickelt hat, unter starkem Selektionsdruck stand. Das würde man bei einem Wirtswechsel erwarten, wäre aber natürlich auch unter Laborbedingungen zu bewerkstelligen.

Nun zu einem Teil der Konsequenzen der beiden Hypothesen - aus wissenschaftlicher Sicht, nicht aus der Perspektive ideologischen Wahnsinns, die unsere Politiker offensichtlich eingenommen haben. Sollte die Maushypothese zutreffen, bedeutet das, daß SARS-CoV-2-Reservoir in verschiedenen Tierarten bildet und Varianten, die in diesen Tierpopulationen entstehen, jederzeit ihren Weg in die menschliche Bevölkerung finden können.

Das war zwar eigentlich schon bekannt (u.a. von Hirschen in den USA), mit Nagetieren als Reservoir bekommt diese Tatsache aber noch eine ganz andere Qualität: Während es zumindest noch theoretisch möglich wäre, Hirsche in den USA auszurotten (über die Verhältnismäßigkeit einer solchen Maßnahme kann man durchaus geteilter Meinung sein), wäre dies bei Mäusen oder anderen, sich extrem schnell vermehrenden Nagetieren wie Ratten, vollkommen aussichtslos.

Die Vorstellung, man könne das Virus besiegen, ist daher angesichts der Tatsache, daß die aktuell verwendeten Spritzen die Infektionswahrscheinlichkeit für Omikron eher erhöhen als verringern, als undurchführbar zu bezeichnen. Auch wären sämtliche Impfkampagnen in diesem Fall - selbst ohne das verheerende Nebenwirkungsprofil der aktuell verwendeten Wirkstoffe - sinnlos, da die Zeit vom Überspringen einer solchen Mutante auf den Menschen bis zur Entwicklung eines spezifischen Impfstoffs ausreichend lange ist, daß die Mutante einmal durch die menschliche Bevölkerung gelaufen ist, bevor man überhaupt mit dem Impfen beginnen kann. Die einzige Alternative, die in diesem Fall bliebe, wäre, zu lernen, mit dem Virus zu leben - was angesichts der geringen Gefährlichkeit der Omikron-Variante aber auch kein Problem darstellen sollte.

Was spricht nun für die Laborvariante? Zunächst im Wesentlichen die Tatsache, daß wohl bereits der Ursprungsstamm aus einem Labor in China stammt (ob er absichtlich oder versehentlich freigesetzt wurde, spielt hier keine wirkliche Rolle), und es viele Hinweise gibt, die darauf hindeuten, daß China die "Pandemie" inszeniert hat, um den Westen zu schwächen und dadurch seine eigene Position zu stärken. Wie auch immer. Womit die chinesische Führung aber vermutlich nicht gerechnet hat, ist die Tatsache, daß westliche Politiker völlig irrational handeln und ihre eigenen Gesellschaften komplett zerstören würden - ein solches Denken liegt Chinesen wohl eher fern.

Es ist also zumindest ein interessanter Gedanke, der nicht von mir, sondern von einem meiner Bekannten stammt, daß die Chinesen (Deutschland ist wissenschaftlich schon lange nicht mehr dazu in der Lage, ein solches Experiment erfolgreich durchzuführen) nun einen Stamm freigesetzt haben, der quasi als sich natürlich verbreitender Impfstoff die Pandemie beenden könnte und dadurch ihre Absatzmärkte im Westen vor dem Zusammenbruch bewahrt. Daß die westlichen Politiker, speziell im deutschsprachigen Raum, in ihrem suizidalen Furor diese Ausfahrt ebenso verpassen könnten wie so viele Möglichkeiten zuvor, würde chinesischen Politikern vermutlich nicht in den Sinn kommen.

Deutsche Politiker setzen auf "scaremongering" und "fear porn"

Unabhängig von seinem Ursprung ist Omikron aber eigentlich vor allem aufgrund seiner geringen Gefährlichkeit interessant. Da selbst die Ursprungsvariante eine Infektionssterblichkeit von lediglich ca. 0,2 % hatte, d.h. von 1.000 Personen, die sich infizierten, zwei starben, Omikron aber wohl um den Faktor 10 darunter liegt, d.h. es sterben 2 von 10.000 Infizierten, han-

delt es sich eigentlich um die ideale Methode, um Herdenimmunität zu erreichen. Mit anderen Worten, die beste Maßnahme wäre aktuell die Aufhebung sämtlicher Maßnahmen und die sofortige Rückkehr zu einem normalen Leben.

Natürlich müßten auch die sogenannten Impfungen sofort gestoppt werden. Statt dessen malen unsere Politiker düsterste Szenarien an die Wand, in einer Art und Weise, für die es im Deutschen keine Worte gibt, die aber mit den englischen Ausdrücken "scaremongering" und "fear porn" sehr schön beschrieben werden.

Dazu gehört auch der Unsinn, daß die kritische Infrastruktur in Deutschland durch Omikron bedroht wäre. Das mittlere Sterbealter der "Coronatoten" liegt bisher bei 83 Jahren, mit anderen Worten, die Hälfte aller "Coronatoten" ist über 83 Jahre alt. Da Omikron mit großer Wahrscheinlichkeit harmloser ist als alle bisherigen Varianten, kann man davon ausgehen, daß das mittlere Sterbealter, wenn überhaupt, eher höher liegen wird als bisher. Aber selbst wenn wir von 83 Jahren ausgehen, es wäre mir neu, daß die kritische Infrastruktur in Deutschland von in der Mehrheit über 80-Jährigen abhängig ist - wobei, angesichts des Zustandes unseres Landes würde mich auch das nicht mehr wirklich überraschen.

Am Ende bleibt die traurige Feststellung, daß unsere Gesellschaft, wenn wir sie uns als Haus vorstellen, lichterloh in Flammen steht, weil die zuständigen Politiker seit fast zwei Jahren zuverlässig immer die falschen Entscheidungen getroffen haben. Omikron stellt eine weit offene Tür dar, durch die wir das brennende Haus verlassen könnten, aber ich bin mir leider sicher, daß unsere "Eliten" auch diese Tür nicht nur zuschlagen, sondern auch noch fest vernageln werden, und dies auch bei allen noch kommenden Ausstiegsmöglichkeiten so handhaben werden - bis das Haus unserer Gesellschaft wieder einmal bis auf die Grundmauern abgebrannt ist. Wenn es dann so weit ist, wird es wieder einmal keiner gewesen sein wollen.

Andreas Zimmermann ist promovierter Naturwissenschaftler und lehrt an einer deutschen Hochschule. Er schreibt hier unter einem Pseudonym.<<

29.12.2021

BRD: Das Blogportal und Online-Magazin "ACHGUT – Die Achse des Guten" berichtet am 29. Dezember 2021(x1.051): >>Wann entgleist der Impfung?

Die Unsicherheiten sind groß, doch es könnte in Deutschland, vorsichtig geschätzt, bereits 1.500 bis 30.000 Impftote geben. Die Zeit arbeitet im Moment gegen die Impf-Propagandisten. Möglicherweise entfaltet sich einer der größten Medizinskandale überhaupt.

Von *Andreas Zimmermann*

Das Netzwerk kritischer Richter und Staatsanwälte hat vor kurzem ausgesprochen, was längst überfällig war: durch eine Impfpflicht würde der Staat - bzw. die diese Impfpflicht beschließenden Politiker sowie die die Impfpflicht ausführenden Personen - vorsätzlich unschuldige Menschen töten. Hier wird der Versuch unternommen, abzuschätzen, wie viele Menschen bisher durch die Corona-Injektionen getötet wurden und wie viele weitere Menschen durch eine staatlich angeordnete Impfpflicht vorsätzlich getötet würden.

"Das erste Opfer jedes Krieges ist die Wahrheit". Dieser, dem US-Politiker Hiram Johnson zugeschriebene Ausspruch, gilt auch für den von den Politikern ausgerufenen "Krieg gegen das Corona-Virus". So werden positive PCR-Test-Ergebnisse als Neuinfektionen gezählt, Menschen, die nach einem solch positiven PCR-Test verstorben sind, unabhängig von der tatsächlichen Todesursache pauschal als Corona-Tote gezählt, oder es wird, wie in jüngster Zeit bei den Angaben zum Anteil der "Ungeimpften" auf den Intensivstationen, einfach direkt gelogen.

Letzterer Lüge wurden mittlerweile die Ministerpräsidenten von Bayern und Sachsen, Markus Söder und Michael Kretschmer, Hamburgs Erster Bürgermeister Peter Tschentscher sowie außerhalb Deutschlands der italienische Ministerpräsident Mario Draghi überführt - Fortsetzung recht wahrscheinlich. Mit all diesen Manipulationen wird zum einen versucht, das Pa-

niklevel in der Bevölkerung möglichst hoch zu halten und zum anderen, die heilsbringende Wirkung der sogenannten Impfungen in möglichst leuchtenden Farben zu zeichnen.

Gleichzeitig werden die Gefahren durch die Impfung möglichst kleingeredet, der aktuelle Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach hat sich sogar schon zur Aussage verstiegen, sie wären "nebenwirkungsfrei" - was nicht nur aus wissenschaftlicher Sicht eher unwahrscheinlich ist, denn nebenwirkungsfrei sind in aller Regel nur Stoffe, die auch wirkungsfrei sind. Auch der aktuelle Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI) widerspricht dieser Aussage, da er eine Melderate an Nebenwirkungen von ca. 1:600 und für schwerwiegende Nebenwirkungen von 1:5.000 pro Impfdosis (!) angibt.

Schwerwiegende Nebenwirkungen sind übrigens "... Nebenwirkungen, die tödlich oder lebensbedrohend sind, eine stationäre Behandlung oder Verlängerung einer stationären Behandlung erforderlich machen, zu bleibender oder schwerwiegender Behinderung, Invalidität, kongenitalen Anomalien oder Geburtsfehlern führen". Da in Deutschland bisher laut Impfdashboard des Bundesgesundheitsministeriums 146,6 Millionen Dosen injiziert wurden, bedeutet das, daß laut den Zahlen des PEI durch die Impfkampagne in Deutschland bereits ca. 30.000 schwere oder dauerhafte Schädigungen zu verzeichnen sind.

Mit der Impfpflicht umgehen, als handele es sich um Hustensaft

Trotz dieser Zahlen preist der PEI-Bericht die sogenannten Corona-Impfungen, bei denen es sich in Wirklichkeit um genterapeutische Behandlungen handelt, in den höchsten Tönen an. Konsequenterweise werden die gemeldeten 1.919 Todesfälle bis auf 78 heruntergerechnet, ganz dem Narrativ entsprechend, daß die sogenannten Corona-Impfungen absolut sicher seien. Und natürlich ganz im Sinne der immer wieder geforderten Impfpflicht, mit der zahlreiche deutsche Politiker so umgehen, als handele es sich um Hustensaft.

Nachdem sämtliche offiziellen Zahlen zum Thema Corona eher unter Vorbehalt zu betrachten sind, stellt sich aber natürlich auch hier die Frage, wie verlässlich die Angaben des Paul-Ehrlich-Instituts eigentlich sind. Eine Möglichkeit, die 1.919 Verdachtsfälle einzuordnen, bestünde in der Altersverteilung der Todesfälle. Das mittlere Sterbealter der "Coronatoten" in Deutschland liegt mit 83 Jahren bekanntlich ca. 2 Jahre über dem mittleren Sterbealter in Deutschland - was alleine schon ein Hinweis darauf ist, daß Corona kaum der Killer sein kann, zu dem es von Medien und Politikern hochgeredet wird.

Läge das mittlere Sterbealter der mutmaßlich durch die Impfungen Verstorbenen deutlich unter dem mittleren Sterbealter in Deutschland, wäre dies ein deutlicher Hinweis, daß doch vielleicht mehr als 78 Personen kausal durch die Impfungen ums Leben gekommen sind. Leider schweigt sich der PEI-Bericht zu dieser Frage aus, und diese Daten sind auch nirgendwo auf der PEI-Website zu finden.

Es gibt aber dennoch eine Reihe von Möglichkeiten, zu realistischeren als den offiziellen Zahlen zu kommen. Dazu muß man zunächst wissen, daß Datenbanken wie die des PEI darunter leiden, daß sie nur einen Bruchteil der Nebenwirkungen erfassen. Eine wissenschaftliche Übersichtsarbeit ist zu dem Schluß gekommen, daß es im Schnitt 20-mal mehr Nebenwirkungen gibt, als in solchen Datenbanken erfaßt werden (Hazell & Shakir, Drug Safety 2006; 29, 385-396).

Zu einem ähnlichen Untererfassungsfaktor für Deutschland kommt man bei einem Vergleich der deutschen mit den niederländischen Nebenwirkungsdaten. Man kann also zunächst einmal die 78 Todesfälle, die selbst vom PEI als möglicherweise oder wahrscheinlich durch die Impfung verursacht zugegeben werden, mit dem Faktor 20 multiplizieren und kommt damit auf eine Zahl von ca. 1.600 Impftoten - und gleichzeitig auf die erschütternde Zahl von 600.000 schwerwiegenden Nebenwirkungen.

In den ersten Wochen nach den Impfungen steigt die Sterblichkeit signifikant an

Die nächste Möglichkeit besteht darin, von einer kausalen Todesursache durch die Impfung

bei 30 bis 40 Prozent der Impftodes-Verdachtsfälle auszugehen, wie sie der Cheopathologe der Universität Heidelberg durch Obduktionen ermittelt hat. Nimmt man die 1.919 gemeldeten Fälle als Grundlage und zieht man wiederum die Dunkelziffer im Faktor 20 in Betracht, so kommt man mit dem Mittelwert von 35 Prozent durch die Impfung kausal Verstorbenen auf eine Anzahl von ca. 14.000 Impftoten.

Und schließlich kann man den gleichen Ansatz wählen wie bei der Zählung der Coronatoten - nämlich alle im Zusammenhang mit der Impfung aufgetretenen Todesfälle als Impftote zu zählen. Berechnet man auch hier die Untererfassung mit ein, so kommt man auf ca. 38.000 "im Zusammenhang mit den Impfungen Verstorbene". Zugegeben, das ist nun nicht besonders wissenschaftlich, folgt aber der gleichen Logik wie die Erfassung der Coronatoten, wodurch die Zahlen zumindest halbwegs vergleichbar werden.

Es stehen also - mit 110.000 "Coronatoten" nach zwei Jahren "Pandemie" - 55.000 "Coronate" pro Jahr 38.000 "Impftoten" nach einem Jahr Impfkampagne gegenüber. Daß die derzeit höheren Gesamttodeszahlen gerade in den jüngeren Alterskohorten darauf hindeuten, daß das durchschnittliche Sterbealter der Impftoten niedriger liegen dürfte als bei den Coronatoten, relativiert diese "Erfolgsbilanz" noch weiter.

Man kann diese Frage aber noch ganz anders untersuchen, indem man Todesfälle nicht nach Ursache kategorisiert, sondern die Entwicklung der Todesfälle über die Zeit untersucht. Dieser Ansatz hat den Vorteil, daß sich zwar über die Todesursache gerade bei älteren Menschen mit Vorerkrankungen trefflich streiten läßt, daß sich aber sogar Ärzte in den allermeisten Fällen darüber einigen können, ob eine Person tot oder noch am Leben ist.

Der Nachteil dieser Methode liegt darin, daß Todesfallzahlen von Jahr zu Jahr generell relativ stark schwanken. So sind die Todesfallzahlen von 2019 auf 2020 laut Statistischem Bundesamt um ca. 46.000 gestiegen (also auf 2019 bezogen um 4,9 Prozent), was die Grundlage für die in den Medien immer wieder kolportierte, aber eben falsche Behauptung bildet, daß Corona in Deutschland eine Übersterblichkeit verursacht hätte.

Falsch deshalb, weil dabei nicht berücksichtigt wird, daß in einer alternden Gesellschaft jedes Jahr tendenziell mehr Menschen sterben als im Vorjahr. Und 2020 war diesbezüglich kein außergewöhnlicher Anstieg zu verzeichnen. So sind die Sterbezahlen von 2014 auf 2015 ganz ohne Corona sogar um fast 57.000 gestiegen, was aufgrund der niedrigeren Grundsterblichkeit in diesen Jahren sogar einen Anstieg um gut 6,5 Prozent entsprach. Man muß also, um einen möglichen Effekt erkennen zu können, den genauen zeitlichen Verlauf der Sterbezahlen betrachten.

Für einzelne Länder, einschließlich Deutschland, wurden dazu auch immer wieder Analysen in den sozialen Medien veröffentlicht, die eine erhöhte Sterblichkeit durch die Coronaimpfungen nahelegen. In einer vorab als Pre-Print veröffentlichten Studie haben Wissenschaftler diesen möglichen Zusammenhang nun systematisch anhand Daten aus Europa und den USA untersucht, indem sie den Verlauf der Sterblichkeit mit dem Verlauf der Impfkampagnen verglichen haben. Für beide Regionen kommen die Wissenschaftler zu dem Schluß, daß in den ersten Wochen nach den Impfungen die Sterblichkeit signifikant ansteigt.

Da für Europa die Daten von Euromomo verwendet wurden, die nicht aus absoluten Zahlen bestehen, sondern aus relativen Sterblichkeiten, können die Autoren für die europäischen Länder keine Schätzung der Zahl der Impftoten abgeben. Für die USA ist dies aber möglich und hier kommen die Autoren für den Zeitraum von Februar bis August 2021 zu einer Schätzung von 130.000 bis 180.000 Impftoten und damit zu einer Impfstorblichkeit von 1:2.500. Mit anderen Worten, sollten diese Berechnungen korrekt sein, stirbt eine von 2.500 injizierten Personen kausal an den sogenannten Corona-Impfungen.

Corona-Impfkampagne in Deutschland bisher kausal für 1.500 bis 30.000 Impftote verantwortlich?

Was bedeutet dies nun für Deutschland? Nimmt man die Anzahl von ca. 61 Millionen Personen, die mindestens eine Injektion erhalten haben und legt die errechnete Impfstöblichkeit von 1:2.500 zugrunde, so kommt man auf insgesamt knapp 25.000 Impfstöte.

Sollte sich die sogenannte Boosterimpfung aufgrund des relativ groöen zeitlichen Abstandes zu den ersten beiden Injektionen unabhängig auswirken, kämen weitere 12.000 Töte dazu, was dann mit einer Gesamtzahl von 37.000 recht nah an der Hochstschatzung aus den PEI-Daten liegt. Legt man nur den untersuchten Zeitraum von Februar bis August 2021 zugrunde und zieht in Betracht, daö die USA ca. viermal so viele Einwohner haben wie Deutschland und die Impfquoten Ende August 2021 in beiden Ländern ähnlich waren (tatsächlich in Deutschland sogar etwas höher), so kommt man alleine für diesen Zeitraum zu einer Zahl von 40.000 Impfstöten.

Dies ist im Ubriqen auch die Zahl, auf die eine aktuelle Analyse der deutschen Sterbedaten als Obergrenze der Impfstöten kommt. So groö die Unsicherheiten in den Daten sind, was zu einer groöen Bandbreite der Schätzungen führt, kann man wohl relativ sicher davon ausgehen, daö die Corona-Impfkampagne in Deutschland bisher kausal zu 1.500 bis 30.000 Impfstöten sowie zu 30.000 bis 600.000 schweren Schädigungen geführt hat. Selbst wenn man "nur" von den 78 Todesfällen aus dem PEI-Bericht ausgeht, wäre unter normalen Umständen ein Medikament oder Impfstoff längst vom Markt genommen worden. Die Weiterverwendung dieser Injektionen hat also ganz klar keine wissenschaftlich-medizinischen, sondern politische Gründe.

Und damit komme ich zu meinem Eingangspunkt zurück, der immer wieder ins Spiel gebrachten allgemeinen Impfpflicht. Die oben genannten Zahlen für Deutschland beziehen sich auf ca. 150 Millionen Impfdosen.

Eine allgemeine Impfpflicht hätte vermutlich zur Folge (hier kann man nur spekulieren), daö die laut Impfdashboard bereits "vollständig geimpften" 59 Millionen Personen in Deutschland drei weitere Impfdosen gegen Omikron akzeptieren muöten, sowie die 25 Millionen Ungeimpften ebenfalls mindestens drei Impfdosen, in welcher Kombination auch immer. Insgesamt würden also weitere 250 Millionen Dosen injiziert. Extrem konservativ gerechnet würde dies kausal zu weiteren 2.500 Impfstöten sowie 50.000 schwer Geschädigten führen, die immer noch vorsichtig geschätzte Obergrenze würde bei 50.000 weiteren Impfstöten sowie 1 Million schwer Geschädigter liegen.

In anderen Worten, der Staat würde dadurch die willkürliche Tötung von 2.500 bis 50.000 unschuldigen Menschen anordnen - damit sollte sich jede Diskussion einer Impfpflicht erledigt haben, denn der Staat darf nicht die willkürliche Tötung von Menschen anordnen, nicht einmal die von 130 Menschen, die sich aus den vom PEI zugestandenen 78 Todesfällen bei weiteren 250 Millionen Dosen ergeben würden. Tatsächlich darf der Staat in Deutschland nicht die Tötung eines einzigen unschuldigen Menschen gesetzlich anordnen. Dies ergibt sich sehr klar aus dem Luftsicherheitsgesetzurteil des Bundesverfassungsgerichts von 2006.

Da "der Staat" aber ganz konkret aus Menschen besteht, möchte ich all die Politiker und Medienvertreter, die zurzeit für eine Impfpflicht trommeln, alle Abgeordneten, die eventuell darüber abstimmen sollen, sowie die Ärzte, das medizinische Personal und die Polizisten, die im Falle eines Falles für die Durchführung und Durchsetzung einer Impfpflicht zuständig wären, bitten, sich sehr gut zu überlegen, ob sie für ein solches Szenario verantwortlich sein wollen. Und um sich klarzumachen, wofür sie verantwortlich wären, mögen sie sich bitte ein groöes Feld mit mindestens 2.500 Sargen sowie 50.000 Krankenhausbetten mit schwer geschädigten Menschen vorstellen. Ist das wirklich die Zukunft, in die wir gehen wollen?

Andreas Zimmermann ist promovierter Naturwissenschaftler und lehrt an einer deutschen Hochschule. Er schreibt hier unter einem Pseudonym. Vergangene Woche erschien von ihm: "Fest entschlossen, den Notausgang zu verammeln".<<

2022

Zieht nicht den ganzen Tag Furchen; geht ans Säen!

Charles Haddon Spurgeon (1834-1892, englischer Prediger)

01.01.2022

BRD: Willy Klages (1953*, von 1972-2016 Mitarbeiter eines großen deutschen Energieversorgungsunternehmens) schreibt am 1. Januar 2022 folgenden Offenen Brief an kritische deutsche Politiker und Journalisten: >>**Betreff: Energiewende bis zum Super-Gau oder Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung**

Sehr geehrte Damen und Herren!

Am 31. Dezember 2021 wurden 3 weitere Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet.

Ungeachtet der mangelhaften Grund- und Mittellaststromerzeugung ließ die deutsche Bundesregierung am 31. Dezember 2021 das Kernkraftwerk Gundremmingen C in Bayern, das Kernkraftwerk Grohnde in Niedersachsen und das Kernkraftwerk Brokdorf in Schleswig Holstein mit einer Nettoleistung von 4.058 Megawatt ersatzlos abschalten.

Aufgrund fehlender Energiespeicher wurden diese stets zur Verfügung stehenden riesigen 3 Kernkraftwerke in Schleswig Holstein, Niedersachsen und in Bayern bis zu ihrer staatlich angeordneten Abschaltung fast täglich eingesetzt, um bedrohliche Spannungsschwankungen innerhalb des deutschen Stromnetzes auszugleichen.

In 12 Monaten sollen die letzten Kernkraftwerke ersatzlos abgeschaltet werden

Wenn man am 31. Dezember 2022 die letzten deutschen Kernkraftwerke ersatzlos abschaltet, werden in Deutschland die wichtigsten Stützpfeiler der deutschen Stromversorgung zerstört. Die letzten 3 Kernkraftwerke Emsland in Niedersachsen, Neckarwestheim 2 in Baden Württemberg und Isar 2 in Bayern, mit einer Nettoleistung von 4.055 Megawatt, sind derzeitig strategisch ungemein wichtige Grundlastkraftwerke, die praktisch rund um die Uhr laufen.

Die Abschaltung der letzten deutschen Kernkraftwerke von 2021-2022 wird letzten Endes zum Zusammenbruch des deutschen Stromnetzes führen

Aufgrund der **Kürzung** der konventionellen Reservestromerzeugung **von 80 % der Stromnachfrage im Jahre 2011 auf 36 % im Jahre 2022** muß die geplante Abschaltung der letzten 6 Kernkraftwerke zwangsläufig unumkehrbar ins Chaos führen.

In der Bundesrepublik Deutschland fehlen ab 2023 ständig mindestens **50.000** Megawatt Strom, deshalb ist die Abschaltung der letzten Kernkraftwerke verantwortungslos.

Infolge der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung genügen bereits eine im Winter typische längere Dunkelflaute ohne Wind und Sonne sowie 5-10 Grad Kälte, um zukünftig einen flächendeckenden Zusammenbruch des nationalen deutschen Stromnetzes zu verursachen.

Risiken der Kernenergie waren hinlänglich bekannt

Wer auf dem Tiger reitet, kann nicht mehr beliebig absteigen.

Sprichwort aus China

Alle deutschen Regierungen wußten, als sie sich für die Stromerzeugung durch Kernkraftwerke entschieden, daß der Betrieb und der Rückbau von Kernkraftwerken spezielle Risiken bringen würde.

Nach der Abschaltung der Kernkraftwerke müssen zum Beispiel die Brennelemente **mindestens fünf Jahre** in Abklingbecken gekühlt werden, um eine drohende Kernschmelze der Brennelemente zu vermeiden. Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, kommt es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen.

Aufgrund der vollkommen ungenügenden Grund- und Mittellaststromerzeugung ist die geplante Abschaltung der letzten Kernkraftwerke **nicht nur verantwortungslos, sondern ange-**

sichts der gegenwärtigen und zukünftigen instabilen Stromerzeugung geradezu extrem gemeingefährlich.

Ein längerer totaler Zusammenbruch des nationalen Stromnetzes könnte sich zu einer unfaßbaren Katastrophe entwickeln und alle Lebensbereiche grundlegend zerstören, falls es im Jahre 2023 in den Abklingbecken der 7 stillgelegten Kernkraftwerke, die in den Jahren 2019 bis 2022 vom Netz genommen wurden, zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von Radioaktivität kommen sollte.

Wenn die Kühlpumpen wegen Dieselmangel oder aus anderen Gründen ausfallen, würde es zwangsläufig zur gefürchteten Kernschmelze der Brennelemente und zur Freisetzung von tödlichen radioaktiven Strahlen kommen.

Die freigesetzten radioaktiven Stoffe würden dann je nach Witterungslage unaufhaltsam mit dem Wind und dem Regen zunächst in den benachbarten deutschen Bundesländern sowie in den Nachbarländern Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden und später weltweit verteilt. Große Teile der deutschen Bundesländer sowie große Gebiete der 9 Nachbarländer Dänemark, Polen, Tschechien, Österreich, Schweiz, Frankreich, Luxemburg, Belgien und in den Niederlanden würden vermutlich durch radioaktive Strahlen unbewohnbar und zu verseuchten Todeszonen.

Die radioaktiven Strahlen führen je nach Verstrahlung unabwendbar binnen weniger Stunden oder Tagen zum Tod. Kein Arzt und keine Medikamente können den schleichenden Strahlentod verhindern. Alle tödlich verstrahlten Opfer sterben unter furchtbaren Qualen, falls sie keine starken Schmerzmittel erhalten.

Wiedererrichtung einer stabilen deutschen Stromversorgung

Unsere Heimat darf nicht weiterhin als menschenverachtendes Experimentierfeld mißbraucht werden. Nachfolgende Generationen sollen uns später nicht den Vorwurf machen, daß wir uns feige weggeduckt und keinen Widerstand geleistet hätten.

Wir benötigen endlich wieder eine realistische Energiepolitik, die konkrete Lösungen für reale Probleme sucht, statt ideologiegetriebenen Visionen hinterherzulaufen.

Wir benötigen endlich wieder eine sachliche Energiepolitik, die wieder auf Effizienz und die Innovationskraft von Forschern, Ingenieuren und Unternehmern setzt. Gerade in der Energiewirtschaft mit ihren langlebigen und kostenintensiven Anlagen benötigen wir endlich wieder eine effektive Energiepolitik, in der sich die Kreativität von Wissenschaftlern und Unternehmen frei entfalten kann.

In Deutschland bestand die konventionelle Stromerzeugung bis zum Ausstiegsbeschluß aus der Kernenergie im Jahre 2011 zu 80 % aus Kernkraftwerken und Braunkohlekraftwerken für die Grundlast, aus Steinkohlekraftwerken für die Mittellast sowie aus Gaskraftwerken für die Spitzenlast. Die restlichen 20 % wurden durch Stromimporte ausgeglichen.

Der sekundengenaue Ausgleich von Stromnachfrage und Stromerzeugung bildet nach wie vor die physikalische Grundbedingung für ein stabiles Stromnetz. Nur aufgrund der Regelbarkeit von konventionellen Kern-, Kohle- und Gaskraftwerken kann der Strom sekundengenau nach Bedarf produziert werden.

Folgende Maßnahmen sind unverzüglich zu realisieren, um wieder eine sichere konventionelle Grundlast-Stromerzeugung zu gewährleisten:

1. 15jährige Laufzeitverlängerung für die letzten noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke

Angesichts der dramatischen Folgen von längeren Stromausfällen (drohende De-Industrialisierung, wirtschaftlicher Ruin sowie Zerstörung der bisherigen Gesellschafts- und Zivilisationsstruktur Deutschlands) sollte die deutsche Bundesregierung unverzüglich nach dem Vorbild Spaniens handeln und eine angemessene Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen 3 Kernkraftwerke in Deutschland beschließen.

Zusätzliche Reaktivierungskosten für die Beschaffung von neuen Brennelementen und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung von Fachpersonal sind vom Gesetzgeber zu übernehmen.

2. Wiederinbetriebnahme der vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke

Da die Zeit drängt, sollte nicht nur die Laufzeitverlängerung für alle noch in Betrieb befindlichen Kernkraftwerke beschlossen werden, sondern alle vorzeitig abgeschalteten Kernkraftwerke, die reaktiviert werden können, sind wieder bis zur ursprünglich geplanten Abschaltung in Betrieb zu nehmen.

In Deutschland kostete die vollkommen unsinnige Energiewende bisher mindestens 500 Milliarden Euro, deshalb dürfen die Reaktivierungskosten für die Wiederinbetriebnahme der völlig überhastet stillgelegten Kernkraftwerke und für die Rekrutierungskosten sowie für die Schulung des erforderlichen Fachpersonals keine Rolle spielen.

Während in Deutschland seit Jahren keine Forschung im Bereich der Kernenergieerzeugung existiert, werden weltweit die Atomforschung intensiviert und neuartige Kernkraftwerke entwickelt. Frankreich, Polen, Ungarn, Rumänien, Tschechien, Slowakei und Slowenien forderten im März 2021 die EU-Kommission in einem offenen Brief zur größeren Förderung der Kernenergie auf, da es ohne die zivile Nutzung der Kernenergie zukünftig keine sichere Stromversorgung geben würde.

Am 30. Juni 2011 beschloß der deutsche Bundestag im Rahmen der sogenannten Energiewende zwar den endgültigen Atomausstieg und die Abschaltung aller 19 deutschen Kernkraftwerke bis zum Jahr 2022, aber die Bundesrepublik Deutschland blieb trotz Atomausstieg weiterhin Mitglied und großzügiger Beitragszahler der Europäischen Atomgemeinschaft (EURATOM), die am 25. März 1957 in Rom gegründet wurde.

Da die Bundesrepublik Deutschland weiterhin ein zahlendes Mitglied der Europäischen Atomgemeinschaft ist, sollte sie endlich wieder an der Entwicklung moderner Kerntechnik und an der Errichtung von neuartigen Kernreaktoren der "Generation IV" teilnehmen, denn nur die Kernenergie bietet zukünftig eine grundlastfähige Stromversorgung ohne CO₂-Emissionen.

3. Bau von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" mit staatlicher Unterstützung

Um zukünftig eine **zuverlässige und bezahlbare Energieversorgung** zu gewährleisten sowie den weltweiten Temperaturanstieg unter 1,5 Grad Celsius zu halten, sollte sich die Bundesregierung für die Nutzung von Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" einsetzen und den Bau dieser neuartigen Kernkraftwerke durch angemessene Staatsbeteiligungen und Kredite fördern.

Die neuartigen Kernreaktoren der Generation IV (DFR = Dual-Fluid-Reaktor, SMR = small modular reactor, u.a.) **sind** extrem kompakt, **physikalisch sicher und produzieren keine hochradioaktiven Abfälle**. Sie können ferner relativ preisgünstig und schnell gebaut werden.

Dual Fluid Reaktor (DFR) - ein neuartiger Reaktor der sog. Generation IV

Der neuartige Dual Fluid Reaktor wurde von Physikern des "Instituts für Festkörper-Kernphysik zur Förderung der Forschung mit beschränkter Haftung" (IFK) in Berlin entwickelt. Der Dual Fluid Reaktor wurde erstmalig während der IAEA-Konferenz FR13 vom 4. bis zum 7. März 2013 in Paris vorgestellt. Der DFR-Flüssigsalzreaktor zählt zur Gruppe der Thorium-Reaktoren.

Der Dual Fluid Reaktor nutzt **als Brennstoff Natururan, abgereichertes Uran, Thorium und abgebrannte Brennelemente**, das heißt, die etwa 20.000 Tonnen Atommüll aus deutschen Zwischenlagern könnten sinnvoll genutzt werden.

Das schon vor Jahrzehnten entwickelte Grundkonzept des Dual Fluid Reaktors, bei dem der Brennstoff in Form von Flüssigsalz durch den Reaktor gepumpt wird, wurde um einen weite-

ren Kreislauf erweitert. Der Dual Fluid Reaktor ermöglicht wegen der hohen Temperaturen der Bleischmelze von etwa 1.000° Celsius neben der **Bereitstellung von elektrischer Energie** auch die **zusätzliche Nutzung von Prozeßwärme (zur Herstellung von Wasserstoff**, der in Kombination mit Kohlendioxid in synthetische Treibstoffe verwandelt werden kann u.a.).

Der Dual Fluid Reaktor ist **physikalisch sicher**. Es sind z.B. keine aktiven Sicherungen vorhanden, die versagen können. Selbst bei hohen Temperaturen reagiert Blei sehr träge, Explosionen können nicht entstehen, wegen der vorhandenen Doppelkühlung ist ein GAU ausgeschlossen. Der Dual Fluid Reaktor **produziert keine hochradioaktiven Abfälle**, die jahrtausendlang sicher gelagert werden müssen. Die schwachradioaktiven Abfälle des DFR besitzen mehrheitlich Halbwertszeiten von deutlich unter hundert Jahren, die restlichen Abfälle müssen etwa 300 Jahre gelagert werden.

Die **Baukosten** für einen Dual Fluid Reaktor mit **1.500 Megawatt elektrischer Leistung** und **3.000 Megawatt thermischer Leistung** betragen **etwa 1,5 Milliarden Euro**.

Das DFR-Konzept wurde von Mitarbeitern der TU München und der E.ON Kernkraft GmbH (gegenwärtig PreussenElektra GmbH) überprüft und validiert.

Der Dual Fluid Reaktor frühestens ab 2030 in Betrieb gehen.

Während die Öko-Energieerzeugung (Wind, Sonne und Biomasse) höchstens nur ein Zehntel der Effizienz der konventionellen Kraftwerke bzw. das Niveau des Mittelalters erreicht, ist der neuartige Dual Fluid Reaktor in der Lage, die Effizienz der derzeitigen konventionellen Kraftwerke sogar mindestens zu verdoppeln.

Falls alle bisherigen KKW-Standorte in Mittel- und Westdeutschland für den Neubau von Dual Fluid Reaktoren genutzt werden, sind **keine neuen Stromleitungen** und **keine weiteren Windkraftanlagen** erforderlich.

Da der Dual Fluid Reaktor abgebrannte Brennelemente als Brennstoff nutzen kann, werden die hochradioaktiven Abfälle (etwa 20.000 Tonnen Atommüll) nicht nur langfristig die Stromerzeugung Deutschlands garantieren, sondern außerdem größtenteils sinnvoll entsorgt. **Damit endet** auch die unendliche **Suche nach einem geeigneten Lager für die jahrtausendlange Entsorgung** von abgebrannten Brennelementen.

Am 1. Juli 2017 übertrugen die KKW-Betreiber für die Zwischen- und Endlagerung **24,1 Milliarden Euro** an den Bund. Diese finanziellen Mittel könnten wegen der drastischen Reduzierung der radioaktiven Abfälle größtenteils für den Bau von DFR-Kernkraftwerken und konventionellen Gaskraftwerken genutzt werden.

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Mai 2019: >>>Atom ist das neue Grün

Renaissance der Kernenergie ist denkbar und machbar: Der Dual-Fluid-Reaktor ist ein möglicher Ausweg aus der verkorkten Energiewende

Karsten Mark

Der Aufsichtsratsvorsitzende des Industriekonzerns Linde AG, Wolfgang Reitzle, redete vergangene Woche in einem Interview mit der Welt Klartext: Es mache ihn "sprachlos", wie "lässig und faktenignorierend die Politik in Deutschland bei Themen wie der Energiewende Grundsatzentscheidungen trifft", sagte der Topmanager. Der großen Koalition unter Angela Merkel warf er vor, mit falschen Weichenstellungen den Wohlstand des Landes aufs Spiel zu setzen. "Die gesamtwirtschaftlichen Folgen werden nicht betrachtet", so Reitzle.

Vielleicht waren es die dunklen Wolken am Konjunkturhorizont, vielleicht hatten ihn auch die jüngsten Forderungen der "Fridays for Future-Schulschwänzer", ein 47-Tage-Ultimatum zum nationalen Stopp der Kohleverstromung an den Essener Konzern RWE, zur Weißglut gebracht. Mit Blick auf die Klimaerwärmung forderte Reitzle, den Beschluß zum Atomausstieg zu korrigieren: "Die Kernenergie sollte weiter Bestandteil unserer Energiepolitik bleiben, weil nur sie grundlastfähig, billig und CO2-frei ist."

Das hatte sich lange keiner mehr getraut: öffentlich eine Lanze für die Kernenergie zu brechen. Wer sich in den vergangenen Jahren überwiegend aus der Tagesschau und ihren öffentlich-rechtlichen Nachrichten-Schwestern über die 2011 von Merkel ausgerufene "Energiewende" informiert hatte, mußte doch glauben: Der Atomausstieg bis Ende 2022 ist ebenso unantastbar wie zweifelsfrei vernünftig. Schließlich betonen dort immer gleiche wie neue Experten, daß der Atom- und Kohlestrom, also das, was die Netzbetreiber allgemein als "Grundlast" bezeichnen, sowieso nur das Netz für die Erneuerbaren verstopft - respektive exportiert wird, weil man ihn in Deutschland gar nicht mehr brauche.

Daß die Realität ganz anders aussieht, zeigt die neueste Prognose der Bundesnetzagentur. Diese hält eine Verdoppelung der bisherigen Reserve-Kraftwerksleistung auf 10.647 Megawatt bis zum Winter 2022/23 für notwendig. Das entspricht der Leistung von etwa zehn Kernkraftwerken. Von einem Kohleausstieg ist in diesem Szenario noch gar keine Rede, weshalb die Ermahnung des Netzagentur-Präsidenten Jochen Homann, das mache "die Bedeutung eines zügigen Netzausbaus deutlich", eigentlich nur die halbe Wahrheit darstellt.

Denn mit der Aufgabe der gesamten Kohleverstromung, die politisch aktuell diskutiert wird, fiel gleich ein ganzes Drittel der deutschen Stromversorgung flach - die Kernenergie liegt nur noch bei knapp zwölf Prozent. Und ohne Kohle und Kernkraft hilft auch kein noch so extensiver Netzausbau mehr. Die letzte verbleibende, vom Wetter unabhängige Brückentechnologie zur Stromerzeugung blieben die Gaskraftwerke, die aber wegen des Gaspreises teuer zu betreiben sind, die die Abhängigkeit Deutschlands von russischem Gas vergrößern und ebenfalls aus grüner Ideologie heraus bekämpft werden. Schließlich "blockiert" auch der Strom aus den mittlerweile sehr energieeffizienten Gaskraftwerken potentiell den Ausbau der "grünen" Energiequellen Wind und Sonne.

Der neue Kernreaktor soll absolut sicher sein

Die Lösung, die der Leiter des Berliner Instituts für Festkörper-Kernphysik (IFK Berlin GmbH), Armin Huke, für das Energiewende-Problem präsentiert, scheint ein wenig wie eine Maschine, die zu schön ist, um wahr zu sein: Der Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor, ein neuartiger Kernreaktor der Generation IV, soll sämtliche Sicherheitsprobleme bisheriger Kernkraftwerke beseitigen und auch noch das Problem des über Hunderttausende von Jahren strahlenden Atommülls lösen. Als Sahnehäubchen versprechen die Atomphysiker obendrein einen Strompreis von einem Cent pro Kilowattstunde - auf lange Sicht vielleicht sogar nur einen Zehntel Cent. Heute zahlen die Deutschen pro Kilowattstunde zwischen 29 und 30 Cent.

Die Zutaten des neuen Reaktors, für den das Berliner Institut mittlerweile sogar ein internationales Patent hat, sind nicht neu, aber neu konzipiert: Es handelt sich um einen schnellen Brutreaktor, der überwiegend mit günstigem Thorium oder natürlichem Uran statt mit aufwendig angereichertem Uran arbeiten kann, der statt mit festen Brennstäben mit einem nuklearen Brennstoff in einer flüssigen Salzschnmelze funktioniert und der statt mit vergleichsweise ineffektivem Wasser die Wärme mit flüssigem Blei aus dem rund 1.000 Grad heißen Reaktorkern abführt, wobei das Blei exzellent die radioaktive Strahlung absorbiert - Röntgenpatienten kennen die anzulegende Bleischürze. Nach den zwei Flüssigkeiten, mit denen das neue Reaktorkonzept im Gegensatz zu herkömmlichen Siedewasserreaktoren arbeitet, gaben ihm die Entwickler den Fachnamen Dual-Fluid-Reaktor (DFR).

Das alles erscheint auf den ersten Blick kaum wie eine idyllische Vision zur Erzeugung sanften, nebenwirkungsfreien Ökostroms. Doch die Argumente für den Dual-Fluid-Reaktor, der die Vorteile eines Thorium-Brutreaktors, eines Flüssigsalz-Reaktors und eines metallgekühlten Reaktors vereinen soll, sind bestechend: Der Reaktor soll etwa inhärent sicher sein, also bauartbedingt aus sich selbst heraus nicht überhitzen können. Unter keinen Umständen würde die gefürchtete Radioaktivität in die Umgebung freigesetzt. Ein Super-GAU wie in Tschernobyl oder Fukushima wäre damit ausgeschlossen.

"Sobald die Kernreaktion mehr Wärme erzeugt als optimal, steigt die Temperatur. Das flüssige spaltbare Material dehnt sich aus und kann dann durch seine geringere Dichte weniger Neutronen einfangen, welche die Kettenreaktion aufrechterhalten. Dadurch wird die Wärmeproduktion wieder reduziert, und die Schmelze kühlt sich automatisch wieder ab. Es pendelt sich immer die optimale und unproblematische Temperatur ein", erklärt Projektleiter Götz Ruprecht gegenüber der JUNGEN FREIHEIT.

"Und bei einer echten Überhitzung schmilzt ein Sicherheitsstopfen im Röhrensystem, und das spaltbare Material fließt in mehrere unterirdische Becken ab, wodurch die Kettenreaktion gestoppt wird. Die Restzerfallswärme nähmen dann die meterdicken Betonwände auf, danach die Umgebung." Wasserstoffexplosionen wie in Fukushima oder ein verheerender Graphitbrand wie in Tschernobyl wären in solch einem Reaktor schlicht nicht möglich.

Überdies soll der Dual-Fluid-Reaktor nur noch zum Anfahren teures, hoch angereichertes Uran benötigen - als starke Neutronenquelle, die die nukleare Kettenreaktion in Gang setzt. Läuft diese Kettenreaktion dann erst einmal, "erbrütet" der Reaktor seinen eigenen Brennstoff - zumindest in der Theorie. Praktische Erfahrungen mit einem Dual-Fluid-Reaktor gibt es bislang schlichtweg nicht.

In der öffentlichen Forschungsförderung sind neue Reaktorkonzepte nicht vorgesehen. Von offizieller staatlicher Seite stößt das technische Konzept der Berliner Physiker bislang auf "völliges Desinteresse", beklagt Projektleiter Ruprecht. Zudem sei auch die Nuklearindustrie kaum zu begeistern. Das Flüssigsalzkonzept würde am bisherigen Geschäftsmodell mit festen Brennstäben und deren Wiederaufarbeitung rühren.

Einzigster Hoffnungsschimmer: die derzeitige konservative Regierung in Polen. Sie plant für die Zukunft mit weniger Kohle, die derzeit etwa 85 Prozent der heimischen Stromversorgung speist, und mit mehr Kernenergie - zunächst mit den zur Zeit gängigen Druckwasserreaktoren, für die Zukunft aber ausdrücklich auch mit dem Dual-Fluid-Reaktor. Demnächst werden es sieben Doktoranden sein, die an der Universität Stettin an ersten Projekten zur praktischen Umsetzung des DFR-Konzepts arbeiten, zudem arbeiten die Doktoranden am Warschauer Nationalen Kernforschungszentrum NCBJ.

"Das ist ein guter Anfang, aber reicht bei weitem nicht", sagt Projektleiter Ruprecht, "die Doktoranden sind noch in der Ausbildung. Doch wir brauchen auch erfahrene Physiker und Ingenieure, erst dann kann wirklich etwas entwickelt werden." In Deutschland gibt es von solchen Fachleuten immer weniger, die Studiengänge für Reaktorbauer wurden durchweg abgeschafft - und Fördergelder für Forschung an Nukleartechnik gibt es erst recht kaum noch.

Niedriger Millionenbetrag für Versuchsanlage nötig

Indes schicken sich die Berliner Physiker an, alte und scheinbar auf ewig währende Probleme der Kernkraft zu lösen: nämlich den Atommüll zu "entschärfen", der derzeit in Zwischenlagern untergebracht ist. In Kernreaktoren herkömmlicher Konzepte werden nur fünf Prozent des Urans in einem Brennstab tatsächlich genutzt, dann springt der Reaktor nicht mehr an. "Wir könnten abgebrannte Brennelemente zermahlen, chemisch geeignet umwandeln und im DFR weiter abbrennen", sagt Götz Ruprecht der JF.

"Die Spaltprodukte, die regelmäßig aus der Brennstoffschmelze herausdestilliert werden, hätten am Ende nur noch Abklingzeiten von 100 bis maximal 300 Jahren - statt bislang 300.000 Jahren." Denn der DFR würde mit schnellen Neutronen arbeiten, womit schwere Nuklide gespalten werden. Es bleiben kleine Mengen unverwertbarer Isotope übrig. Die radioaktiv strahlenden Abfälle, die im öffentlichen Bewußtsein emotional sehr angstbehaftet sind - Stichworte Castor-Transporte nach Gorleben - und ganze Generationen von Umweltbewegten auf Trab hielten, würde der DFR im Gegenteil maximal verwerten und Energie in Hülle und Fülle gewinnen.

Armin Huke und sein Team haben ihr Reaktorkonzept auf eine Leistung von drei Gigawatt

ausgelegt. Zum Vergleich: Das zweitleistungstärkste Kraftwerk Deutschlands, das Braunkohlekraftwerk Niederaußem, hat eine Leistung von knapp 3,4 Gigawatt. Diese über drei Milliarden Watt Wärme könnte auch der DFR produzieren - ganz ohne CO₂ in die Atmosphäre zu pusten.

Kritiker wie der aus dem ZDF bekannte Astrophysiker Harald Lesch bezweifeln, daß sich abgebrannte Brennelemente tatsächlich so einfach in den Reaktor einbringen ließen. Auch strahlten die abgebrannten Spaltprodukte zwar weniger lang, dafür aber zunächst weitaus stärker. Zu diesem Ergebnis kam zumindest ein Gutachten, das noch eine rot-grüne Regierungskoalition in Norwegen in Auftrag gegeben hatte.

Götz Ruprecht zeigt sich gegenüber Kritikern durchaus selbstbewußt: "Wir würden uns über ein Gutachten, das unser Konzept kritisch überprüft, absolut freuen." Für eine Versuchsanlage ("Demonstrator") mit Originalmaterialien, allerdings ohne Kernspaltung, nebst begleitendem Forschungsprojekt setzt Ruprecht im Gespräch mit dieser Zeitung einen Betrag von 20 Millionen Euro an. Die nötige Summe bis zum Bau eines Prototypen ihres Reaktors schätzen die Forscher auf etwa 10 Milliarden Euro.

Ein serienreifes Kraftwerk soll dann etwa 1,5 Milliarden Euro kosten - was für ein Kernkraftwerk durchaus günstig wäre und nur rund ein Drittel über den Kosten eines modernen Steinkohlenblocks läge. Mit einem geologischen Endlager für die abgebrannten Kernbrennstoffe kalkulieren die Forscher übrigens gar nicht mehr. Die aus Sicherheitsgründen unterirdisch zu bauenden Kraftwerke könnten selber auch als Zwischenlager dienen.

Auf die Effizienz kommt es an

Der Erntefaktor (englisch EROI, Energy return on investment) ist das Verhältnis zweier Energien: der elektrischen Energie, die eine Anlage während ihrer gesamten Lebensdauer produziert, zu derjenigen Energie, die für Bau, Betrieb/Wartung und Rückbau aufgewendet werden muß. Effizienz, Umweltfreundlichkeit und Nachhaltigkeit lassen sich somit mathematisch exakt bestimmen. Photovoltaik- und Windkraftanlagen weisen einen extrem kümmerlichen Erntefaktor auf, der unterhalb der Wirtschaftlichkeitsschwelle von Faktor 8 liegt.

Zwei-Flüssigkeiten-Reaktor

Funktionsschema des Dual-Fluid-Reaktors (DFR): Effizient, CO₂-frei und abfallarm

Der DFR ist ein Kernkraftwerk der vierten Generation, das mit flüssigen statt festen Kernbrennstoffen betrieben wird. Der Trick besteht darin, die Funktionen der Brennstoffzufuhr und Wärmeabfuhr zu trennen. Man erhält so zwei parallele Kreisläufe, die in ihrer jeweiligen Funktion optimiert werden können. Er erzeugt aus Atomüll Unmengen von Energie. Auf ein Endlager kann verzichtet werden.<<

4. Rückgängigmachung des Kohleausstiegs

Der Weiterbetrieb aller noch in Betrieb befindlichen und noch einsatzfähigen Kohlekraftwerke sind durch staatliche Fördermaßnahmen zu gewährleisten, bis sie durch Kernreaktoren der sogenannten "Generation IV" (Dual Fluid Reaktor) ersetzt werden können.

5. Baustopp für Windkraftwerke und Solaranlagen

Regenerative Energieträger (Windkraft- und Photovoltaikanlagen) sind aufgrund ihrer ökologischen und physikalischen Begrenzungen letztlich keine grundlastfähigen Stromerzeugungsanlagen, sondern nur ergänzende Stromerzeuger. Windkraftwerke und Solaranlagen können ohne entsprechende Speichermöglichkeiten nachweislich nur ergänzende Funktionen innerhalb der Energieerzeugung übernehmen, aber sie können niemals eine zuverlässige Energieversorgung und die unbedingt erforderliche Versorgungssicherheit gewährleisten. Da der gegenwärtige Ausbau der Windenergie nachweislich wesentlich mehr Schaden als Nutzen verursacht, dürfen keine weiteren Wind- und Solarenergieanlagen genehmigt werden.

Kampf um Sein oder Nichtsein

Es geht gegenwärtig um Sein oder Nichtsein und ob nachfolgende Generationen eine lebens-

werte Zukunft haben werden oder nicht. Wir müssen endlich wieder zur Vernunft und Wahrheit zurückkehren! In diesem Kampf um Sein oder Nichtsein können wir nur siegen, wenn wir uns an den jahrhundertealten Tugenden unserer Vorfahren orientieren, denn ein Volk von Feiglingen und Mitläufern wird sang- und klanglos für alle Zeiten verschwinden.

Ohne die Rückkehr zur Realität, Gerechtigkeit, Vernunft und Wahrheit sowie ohne radikale Reformen wird unsere Heimat schon sehr bald zur Hölle auf Erden werden. ...<<

02.01.2022

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 2. Januar 2022 (x1.127/...): >>Wie die Propaganda das Bewußtsein herabdämpft und Demokratie zur Farce macht

Durch die Massenmedien wird nahezu flächendeckend das Bewußtsein der Menschen beeinflusst und geprägt. Gedanken, Vorstellungen und Urteile anderer fließen täglich in sie ein und bestimmen - weitgehend unreflektiert übernommen - ihre gesellschaftlichen Einstellungen und Handlungen. Es entsteht so ein allgemeines Gruppenbewußtsein der öffentlichen Meinung, das mangels eigener Erkenntnis herabgedämpft und dadurch lenkbar ist. Sind die Medienberichte zudem noch einseitig, verzerrt und lügenhaft manipuliert, wird das Bewußtsein des Menschen in Bezug auf die Wirklichkeit noch stärker abgelähmt und sein für eine freiheitliche Demokratie grundlegendes Urteilvermögen aufgehoben. Demokratie wird zur Farce.

Zunächst: Wie kommt es, daß die Inhalte der Medien kaum gefiltert in das Bewußtsein vieler Menschen eindringen und solche Lenkungswirkung haben? Warum lassen sich diese von ihnen so stark beeinflussen? Dazu müssen wir uns genauer ansehen, welcher Prozeß da im Bewußtsein stattfindet.

Unbegriffene Wahrnehmungen

Alle Wahrnehmungen, die uns von außen durch unsere Sinne entgegenkommen, müssen wir von innen mit unserem Denken durchdringen, wenn sie uns verständlich werden sollen. Wir müssen sie gedanklich begreifen, die ihnen entsprechenden Begriffe finden. Dadurch wachsen wir erkennend erst in die volle Wirklichkeit hinein. Würden wir uns willentlich des Denkens ganz enthalten, blieben uns die Wahrnehmungen völlig unverständlich. Wir befänden uns außerhalb der Realität in einem träumerischen, herabgedämpften Bewußtsein.

Blitzschnell und ohne besondere Anstrengung geschieht die Verbindung von Wahrnehmen und eigenem Denken gegenüber den gewohnten und vertrauten Dingen des Alltags. Wenn es sich jedoch um neue Wahrnehmungen handelt oder, wie in der Wissenschaft, Naturphänomene oder soziale Probleme in ihren tieferen Zusammenhängen erforscht werden sollen, ist eine starke eigene Gedankenanstrengung notwendig, um die zum Verstehen führenden Begriffe selber aufzufinden. Haben wir sie erfaßt, erleben wir uns darin in einem hellwachen Bewußtsein.

Aus den Medien nehmen wir, vermittelt durch Worte, hörend oder lesend Gedanken in uns auf, die andere gedacht haben, die also nicht unsere eigenen Gedanken und Erkenntnisse sind. Diese von außen hereinkommenden Begriffe sind aber, obwohl sie ihrer inneren Natur nach Begriffe sind, für uns Wahrnehmungen. Das bedeutet, wir müssen sie, wie andere Wahrnehmungen auch, erst mit unserem eigenen Denken begrifflich durchdringen, um sie zu verstehen.

Dessen ist man sich im allgemeinen nicht bewußt. Denn bei akustischen, optischen, Geschmacks- oder Geruchs-Wahrnehmungen z.B., erleben wir unmittelbar, daß sie der gedanklichen Durchdringung bedürfen. Gedanken dagegen haben, weil sie eben Begriffe sind, bereits den Anschein begrifflichen Verständnisses, obwohl sie noch nicht wirklich verstanden sein können. Das sind sie erst, wenn wir sie "hinterfragt", also den Zusammenhang ihrer Entstehung denkend nachvollzogen haben, aus dem sie als Ergebnis hervorgegangen sind.

Der Verständnisanschein, den die wahrgenommenen Begriffe an sich tragen, verführt dazu,

sich mit ihrer Aufnahme zu begnügen und nicht weiter über sie nachzudenken. Man nimmt sie wahr und glaubt sie zu verstehen. Doch das ist eine Illusion. Damit sind wir prinzipiell in der gleichen Lage wie bei den anderen Wahrnehmungen, bei denen wir auf das Nachdenken verzichten würden: Wir befinden uns ihnen gegenüber in einer Art träumendem, herabgedämpftem Bewußtsein. Denn diese Begriffe sind uns in Wirklichkeit dunkel; wir haben sie und die Realität, auf die sie sich beziehen sollen, nicht mit dem Licht unseres eigenen Denkens durchdrungen.

Die Bereitschaft, diese Gedanken als eigene zu übernehmen, wird noch durch die weitverbreitete Obrigkeits- und Autoritätshörigkeit verstärkt. Vor dem, was ein Regierungsmitglied, ein professoraler Wissenschaftler oder promovierter Arzt sagt, steht das eigene Denken der meisten Menschen immer noch ehrfürchtig still.

Damit ist das von den Medien erzeugte Gruppenbewußtsein der meisten Menschen gekennzeichnet, das die öffentliche Meinung ausmacht. Ihr Bewußtsein wird von außen mit vorgefertigten Begriffen gespeist, die sie wie eigene in ihren Begriffsschatz aufnehmen, ohne sie aber selbst gedanklich durchleuchtet zu haben. Danach bilden sich dann ihre Einstellungen. Und es hat den Anschein, und sie leben auch in dem Glauben, daß sie selbst es seien, die aus Überzeugung denken und handeln. In Wahrheit werden sie aber durch die aufgenommenen Begriffe und Vorstellungen irgendwelcher Autoritäten gelenkt. Sie sind nicht Herr ihres eigenen herabgedämpften Bewußtseins.

Und sie handeln im Grunde nicht selbst. Ihr Wille geht Wege, die von ihrem eigenen Denken und damit von ihrem eigenen Ich nicht gedeckt und verantwortet sind. Denn dieses ist stillgelegt, nicht aktiv, ausgeschaltet. Sie handeln gedankenverloren wie lebendige Automaten auf ein von außen in sie hineingesendetes Signal. Die Individualität des Menschen gibt sich gewissermaßen insoweit auf und wird zum Bestandteil einer lenkbaren Masse.

Verstärkende Wirkung durch Lügen

Nun kommt aber noch etwas ganz Wichtiges hinzu, was die Menschen innerhalb des Gruppenbewußtseins der öffentlichen Meinung zusätzlich tief beeinflusst: die systematische, von autoritativer Seite immer erneut wiederholte Lüge. Diese hat als Mittel der öffentlichen Meinungsbildung ein Ausmaß erreicht, wie es in der Geschichte der Menschheit wohl noch nie der Fall gewesen ist.

Vor den staatlichen, kirchlichen, wissenschaftlichen Autoritäten steht bei den überwiegend noch immer autoritätsgläubigen Menschen das eigene Denken von vorneherein in "Hab-Acht-Stellung". Gehen von ihnen aber noch permanent Lügen aus, werden die Menschen in eine noch größere Illusion geführt als die gewöhnlichen Einseitigkeiten, die partiell ja noch wahr sein können.

Der Arzt Dr. Thomas Külken wies in einer Rede auf verblüffende Erkenntnisse der Psychologie hin.

"Die moderne Psychologie hat Experimente gemacht, gut geprüfte Experimente, welche zeigen, mit wie erschreckend einfachen Mitteln man unser Bewußtsein unselbständig machen kann und wehrlos gegenüber Lügen und Täuschungen. - Am Anfang eines solchen Experiments stellt der Versuchsleiter den Teilnehmern eine Behauptung vor, die unwahr ist - und er erklärt ihnen, warum sie falsch ist.

Dann aber wird im weiteren Verlauf diese unwahre Behauptung ständig positiv wiederholt. Und es stellt sich heraus: je öfter die Unwahrheit wiederholt wird, um so mehr gewinnt sie bei den Teilnehmern an Glaubwürdigkeit. Und das noch Unglaublichere ist, daß das auch dann funktioniert, wenn die Versuchspersonen vorher über den Trick aufgeklärt werden."

In seinem Buch "Psychologie der Massen" schreibt Gustav Le Bon:

"Die reine, einfache Behauptung ohne Begründung und jeden Beweis ist ein sicheres Mittel, um der Massenseele eine Idee einzuflößen. Je bestimmter eine Behauptung, je freier sie von

Beweisen und Belegen ist, desto mehr Ehrfurcht erweckt sie. ... Napoleon sagte, es gäbe nur eine einzige ernsthafte Redefigur: die Wiederholung."

Dadurch entsteht nicht nur der Glaube an eine Lüge. Die ständig von offizieller Seite gebetsmühlenartig und wie selbstverständlich wiederholten Lügen in der Öffentlichkeit verstärken noch in besonderer Weise die Herabdämpfung des Bewußtseins zu einem dumpfen Kollektiv-Bewußtsein. Der Mensch wird wie von einer Art magischer Wirkung der Lüge ergriffen, in seinem eigenen Denken gelähmt und in einen noch tieferen Traumzustand gegenüber der Wirklichkeit versetzt.

Zur Natur des Traumes gehört es, daß die Traum-Bilder keine Realität abbilden und wir selber keinen Einfluß auf sie ausüben können.

Sie sind in vieler Beziehung unwahr, wir halten sie aber im Traumzustand für wahr, denn es fehlt uns hier die Möglichkeit zwischen Wahrheit und Unwahrheit zu unterscheiden, das Geträumte auf seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Wenn nun den Menschen das gewöhnliche Bewußtsein zu einem passiven Gemeinschafts-Bewußtsein herabgedämpft wird, in dem sie von oben geführt werden, sind sie dauerhaft autoritativ erzählten Vorstellungs-Bildern ausgesetzt, auf die sie selber keinen Einfluß ausüben und bei denen sie nicht zwischen Wahrheit und Unwahrheit unterscheiden können.

Sie sind nicht in der Lage, die durch systematische Propaganda autoritativ eingeflößten Lügen anzuzweifeln; sie können sie absolut nicht hinterfragen, egal, welche Lüge ihnen auf diese Weise eingepflegt wird. Sie werden unzugänglich für jeden Zweifel - und wehrlos gegenüber allen weiteren Lügen.

Demgegenüber gibt es nur die einzige Möglichkeit, aktiv und kraftvoll das eigene Denken in Gang zu setzen und dadurch aus dem kollektiven Traum in das individuelle kritische Bewußtsein hinein zu erwachen.

Demokratie wird zur Farce

Die propagandistische Verfälschung der Wirklichkeit, der Wahrheit, hat noch eine tiefere Dimension, auf die Hannah Arendt bereits in einem Essay Ende der 1960er-Jahre hingewiesen hat. Sie schreibt da: "Wenn die modernen Lügen sich nicht mit Einzelheiten zufrieden geben, sondern den Gesamtzusammenhang, in dem die Tatsachen erscheinen, umlügen und so einen neuen Wirklichkeitszusammenhang bieten, was hindert eigentlich diese erlogene Wirklichkeit daran, zu einem vollgültigen Ersatz der Tatsachenwahrheit zu werden? ..."

Lügen über Einzelheiten lassen sich leicht aufdecken. Wenn aber der große Gesamtzusammenhang erlogen ist, sind die Menschen in einer Gefangenschaft, aus der sie durch die Korrektur einzelner Tatsachenlügen nicht befreit werden können. Der irrealer Gesamtzusammenhang bildet den großen Berichterstattungsrahmen der Medien, und alle tatsächlichen oder vermeintlichen Fakten, die in diesen Rahmen passen, werden dem Publikum übermittelt, alle entgegenstehenden Fakten werden entweder ignoriert oder diskreditiert. So bildet gegenwärtig die Mär von einem Killervirus, der Ursache einer alle bedrohenden pandemischen Infektionskrankheit sei, einen solchen Gesamtrahmen.

Ein wichtiges Mittel der Herrschenden und ihrer Medien, das Bewußtsein der Menschen durch einen unwahren Gesamtzusammenhang in die Irre zu führen, ist die Geschichtsfälschung, die vor allem aus einseitiger, verzerrter oder erfundener Darstellung besteht, in der andere wesentliche Aspekte verschwiegen werden. Sie versetzt die Menschen in eine illusorische Vergangenheit und auch Gegenwart.

Denn da sich alles Leben in der Zeit entwickelt und das Gegenwärtige an das Vergangene anschließt, können wir nur im Verfolgen der aus der Vergangenheit kommenden Entwicklungslinie Aufschluß darüber gewinnen, wie der Weg sinnvollerweise in die Zukunft weiterführt. Das Leben in der Unwahrheit kann auf Dauer nur zu weiteren Katastrophen führen.

Die offizielle Geschichtsschreibung der beiden Weltkriege, wie sie auch von Politik und Me-

dien verbreitet wird, bietet ein reiches Anschauungsmaterial und ist auf diesem Blog in zahlreichen Artikeln thematisiert worden (vgl. Inhaltsverzeichnis - Westlicher Imperialismus).

George Orwell, der vor 70 Jahren mit nur 47 Jahren starb, machte in seinem 1949 geschriebenen Buch '1984' deutlich, daß das Löschen, Verzerren, Verwerfen und Entwerten von Geschichte und historischer Erfahrung eine zentrale Dimension der "Gedankenkontrolle" darstellt. Und er formulierte eindringlich: "Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft, wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit."

Orwell malte die propagandistischen Techniken der Täuschung, durch die wir desinformiert, belogen, mit Halbwahrheiten abgespeist oder durch die Unterdrückung von Nachrichten im Unklaren gelassen werden. Aldous Huxleys brachte bereits in seinem 1932 erschienen Buch "Brave New World" den anderen Aspekt, daß wir durch propagandistische Techniken zerstreut, vom Wesentlichen abgelenkt, mit Belanglosigkeiten überflutet, mit Pseudoproblemen beschäftigt, mit Unterhaltungs-Angeboten aller Art bei Laune gehalten werden. Beide Aspekte ergänzen sich und sind heute tägliche Realität geworden.

Der verstellte und erlogene Gesamtzusammenhang hat tiefgehende Auswirkungen auf den Menschen. Er lebt ja in einer großen Illusion, in einer irrealen Welt und nicht in der Wirklichkeit. Die Wahrheit ist nicht ersetzbar. Das hat Folgen, die Hannah Arendt so beschreibt:

"Das Resultat ist keineswegs, daß die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern daß der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird. ... Konsequentes Lügen ist im wahrsten Sinne des Wortes bodenlos und stürzt Menschen ins Bodenlose, ohne je imstande zu sein, einen anderen Boden, auf dem Menschen stehen könnten, zu errichten."

Die propagandistische Verfälschung der Wirklichkeit führt den Menschen in eine Welt der Täuschung. Die Lüge lebt davon, daß sie sich in das Kleid der Wahrheit hüllt und sich als diese ausgibt, d.h. die Substanz ihres Seins für sich in Anspruch nimmt. Der Mensch, der ihr verfällt, glaubt sich daher in der Wahrheit, und all sein Reden und Handeln fließt aus ihrer Gewißheit. Denn die Wahrheit ist das Lebenselement der menschlichen Seele, in dem sie nur dauerhaft leben kann und das ihr allein die Sicherheit des Seins verleiht. Ohne sie fällt sie ins Bodenlose.

Wenn ein breites Lügennetz zur Illusion eines ganzen Wirklichkeits-Zusammenhangs gewoben ist, geht dem menschlichen Orientierungssinn die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit abhanden, ohne die er nicht funktionieren kann. Der Mensch wird, wenn er nicht vollkommen unsensibel geworden ist, hier und da dumpf empfinden, daß etwas nicht stimmt, wird auch die eine oder andere Lüge vermuten, aber er hat in einem flächendeckenden Propagandafeld kaum die Möglichkeit, zu den gesamten Tatsachen der vollen Wirklichkeit vorzudringen.

Das aber bedeutet, daß die Bürger einer Demokratie nicht mehr urteilsfähig sind. Um die umfassende Information und Erkenntnis des Bürgers zu garantieren, sind im Grundgesetz die Grundrechte der Informations- und der Meinungsfreiheit verankert. Doch "Meinungsfreiheit", schrieb Hannah Arendt, "ist eine Farce, wenn die Informationen über die Tatsachen nicht garantiert sind." Dann kann sich der Mensch kein Urteil mehr bilden, das in der Wahrheit, in der Wirklichkeit gegründet ist. Nur darauf kann aber eine Gesellschaftsform freier, selbstbestimmter Menschen basieren. Die heutige totale Lügenpropaganda von Politik und Mainstream-Medien hat die Demokratie bereits von innen beseitigt.

Die demokratischen Organisationen und Abläufe wie Wahlen, Abstimmungen im Parlament etc. bleiben zur Täuschung als hohle Kulisse bestehen, aber alle Staatsgewalt geht in Wahrheit gar nicht mehr vom Volk als dem Souverän, sondern von den Herrschenden aus, die den Bürger urteilsunfähig machen, indem sie ihm die Urteilsgrundlagen der Wirklichkeitserkenntnis

entziehen und ihm die "rechten" Urteile liefern.

Für sie kommt es gar nicht darauf an, die bestehenden demokratischen Organisationsformen zu beseitigen. Es genügt und ist viel effektiver und unbemerkbarer, das zentrale Agens der Demokratie, die Erkenntnismöglichkeit und Selbstbestimmung der Bürger aufzuheben, die den Organen der Demokratie zugrunde liegen und ihnen erst ihren Sinn und ihre Legitimation verleihen.

Die Bürger sind nicht mehr die Souveränen, die aus eigener Erkenntnis entscheiden, sondern Entmündigte, Marionetten, die nicht mehr eigene Erkenntnisse und Ziele über ihre Repräsentanten realisieren, sondern aus einer einsuggerierten Schein-Wirklichkeit die Absichten und den Willen der Herrschenden ausführen, indem sie immer wieder deren Vertreter, die vorgeben die Vertreter des Volkes zu sein, in die Machtpositionen einer sich ständig erneuernden Oligarchie "wählen". Die Herrschenden und ihre medialen Lautsprecher sind heute die größten Feinde der freiheitlichen demokratischen Ordnung.

Insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist der derzeit wirkmächtigste Feind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und Förderer einer totalitären Oligarchie. Er gehört als Verfassungsfeind aufgelöst.

Und es ist geradezu ein Hohn, wenn sich die Altparteien als demokratische Parteien bezeichnen. In einem funktionierenden Rechtssystem wären sie als verfassungsfeindliche Vereinigungen längst verboten worden. Doch sie haben sich alle drei Staatsgewalten zur Beute gemacht. Damit sind die primären Ziele einer demokratischen Erneuerungsbewegung von unten bezeichnet.

Das Verhältnis zur Wahrheit

Aber die andere Seite ist, daß nicht nur viele Politiker, Wissenschaftler und Journalisten ein gebrochenes Verhältnis zur Wahrheit haben. Die große Masse könnte nicht so leicht der propagierten Lüge verfallen, wenn das natürliche Wahrheitsgefühl der Menschen noch intakt wäre, aus dem bei geringstem Zweifel das Bestreben aufsteigt, aufzuklären, wie es sich in Wirklichkeit verhält. Das Verantwortungsgefühl für die Wahrheit, für sie einzutreten, auch wenn es Nachteile bringen kann, ist in großem Maße geschwunden und in der Bequemlichkeit der dumpfen, materialistischen Lebensgewohnheit erstickt.

Das äußert sich schon darin, wie bedenkenlos aus Vorurteilen über andere gesprochen und geurteilt wird, ohne im Geringsten die Pflicht zu empfinden, es vorher auf seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen, so daß man nur dasjenige weitersagt, von dem man sich aus eigener Erkenntnis überzeugt hat, daß es wahr ist.

Wie wenig wird diese innere Verpflichtung der Wahrheit und der Integrität und Würde des anderen Menschen gegenüber heute empfunden! Jeder (mich eingeschlossen) muß sich da an die eigene Nase fassen und eine Aufmerksamkeit auf seine eigenen Gedanken entwickeln, so daß man ständig überprüft, von welcher Qualität das ist, was da in mir aufsteigt.

Eine kleine Anekdote um den großen griechischen Philosophen Sokrates möge das verdeutlichen, wobei es nicht darauf ankommt, ob sie wirklich authentisch überliefert ist; es kommt mir auf den Inhalt an.

Ein Mann rannte auf Sokrates zu. "Sokrates, Sokrates! Weißt Du, was ich gerade über einen Deiner Schüler gehört habe?" "Warte einen Moment", sagte der Philosoph. "Bevor Du mir davon erzählst, möchte ich, daß Du einen kleinen Test machst, den ich 'die drei Siebe' nenne." "Die drei Siebe?"

"Ja. Bevor Du aussprichst, was Du sagen willst, prüfe es.

Das erste Sieb ist die Wahrheit. Hast Du absolut sichergestellt, daß es wahr ist, was Du mir erzählen willst?"

"Äh, na ja, nein ... ich hab eigentlich nur davon gehört."

"Aha, Du weißt also nicht, ob es wahr ist oder nicht.

Laß uns zum zweiten Test kommen. Das Sieb der Güte. Ist, was Du mir über meinen Schüler erzählen willst, etwas Gutes?"

"Nein, im Gegenteil."

"Aha, Du willst mir also etwas Schlechtes über meinen Schüler erzählen, obwohl Du nicht weißt, ob es wahr ist."

Der Mann zuckte die Schultern. Er wirkte inzwischen etwas betreten.

Sokrates fuhr fort: "Vielleicht besteht das, was Du mir sagen willst, ja den dritten Test. Das Sieb der Notwendigkeit. Ist, was Du mir mitteilen möchtest, notwendig?"

"Also ... nein, nicht wirklich."

"Wenn es weder wahr ist, noch gut oder notwendig, warum solltest Du es mir dann überhaupt erzählen? So belaste Dich und mich nicht damit."

Der Mann verstummte, er schämte sich und ging fort. Er hatte verstanden.<<

06.01.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 6. Januar 2022: >>mRNA-Impfstoffe: Eine tödliche Gefahr für die Babys

_ von *Gerhard Wisnewski*

Amtliche Daten zeigen ein hohes Risiko der mRNA-Impfstoffe für das ungeborene Leben. In den USA kam es bis Ende Oktober 2021 zu fast 2.500 Totgeburten - und die Dunkelziffer ist hoch. Ein Abdruck aus Wisnewskis neuem Jahrbuch verheimlicht - vertuscht - vergessen 2022. ...

Laut dem Nebenwirkungsregister für Impfstoffe der USA (Vaccine Adverse Event Reporting System, VAERS) haben bis zum 31. Mai 2021 knapp 400 Frauen "den Verlust ihres ungeborenen Kindes aufgrund der Covid-Impfstoffe gemeldet", so die Nachrichtenseite The Exposé. Betrachten wir beispielsweise die VAERS-Datenbanknummer 924247: "Ich war fünfeinhalb Wochen schwanger, als ich den Pfizer-Covid-Impfstoff erhielt. Alles schien gut zu laufen in meiner Schwangerschaft, bis ich etwa vier Stunden nach der Impfung auf die Toilette ging und rosa Ausfluß auf dem Toilettenpapier sah.

Dann begann ich, leichte Unterleibskrämpfe zu bekommen. Die Unterleibskrämpfe und vaginalen Blutungen wurden in den nächsten 24 Stunden immer stärker, bis ich schließlich am Abend des 31.12.2020 eine offensichtliche Fehlgeburt hatte. Ich kann mir nicht helfen, aber ich denke, daß der Impfstoff in irgendeiner Weise dazu geführt hat, daß mein Körper die Schwangerschaft abgestoßen hat. Zusammen mit der Fehlgeburt hatte ich auch extreme Müdigkeit mit Magen-Darm-Beschwerden vom 31.12.2020 bis zum 2.1.2021."

Bei VAERS ID 958501 handelt es sich offenbar um den Bericht eines Arztes: "Die Patientin war zum Zeitpunkt der Impfung schwanger. Sie hatte sich bei zwei Gynäkologen, die sie betreuen, erkundigt, ob sie den Covid-Impfstoff erhalten sollte.

Beide sagten ja. Sie erhielt ihre erste Covid-Impfung am 14.1.2021 zwischen 12 und 13 Uhr in den linken Deltarand. Unmittelbar nach der Impfung traten bei ihr keine Komplikationen oder Nebenwirkungen auf. Sie wurde vorsichtshalber über 30 Minuten lang vom Pflegepersonal überwacht. Am 16.1.2021, dem Samstag nach der Impfung, bekam sie Krämpfe im Bauch und begann, vaginal zu bluten. Sie konsultierte ihren Gynäkologen und wurde überwacht. Am 19.1.2021 erlitt sie eine Fehlgeburt."

Fehlgeburten im vierstelligen Bereich

Mit dem Stand vom 9. Juli 2021 sollen es bereits über 1.000 derartige Fälle gewesen sein. Die Dunkelziffer dürfte jedoch viel höher liegen, denn viele Nebenwirkungen werden von behandelnden Ärzten nicht gemeldet, da das Ausfüllen des entsprechenden Formulars einige Zeit in Anspruch nimmt; nicht jeder (insbesondere frühe) Abort wird überhaupt als solcher erkannt; nicht jeder erkannte Abort wird als mögliche Nebenwirkung des Impfstoffs in Erwägung gezogen.

Vor allem dann nicht, wenn ein längerer Zeitraum zwischen Impfung und Fehlgeburt liegt: "Es ist wichtig, sich daran zu erinnern, daß nur ein bis zehn Prozent der Nebenwirkungen tatsächlich an das VAERS-System gemeldet werden, und es gibt einen ernsthaften Rückstau aufgrund der riesigen Menge an Nebenwirkungen, die für die Covid-Impfstoffe gemeldet wurden" (theexpose.uk, 17.07.2021). Umgerechnet auf die oben genannten VAERS-Zahlen von 1.000 Fehlgeburten wären das aufgrund der Impfungen also zwischen 10.000 und 100.000 Fehlgeburten.

Diskutiert wird auch die Möglichkeit, daß Frauen durch die Impfung sterilisiert, also von vornherein unfruchtbar werden könnten, indem die gebildeten Antikörper auch die befruchtete Eizelle angreifen - beziehungsweise von ihr benötigte Proteine. Diese Problematik haben Spezialisten wie beispielsweise der Seuchenexperte Dr. Wolfgang Wodarg (Leiter des Gesundheitsamtes der Stadt Flensburg von 1981 bis 1994) angesprochen.

Eine solche Autoimmunreaktion würde noch weniger auffallen als eine Fehlgeburt, da zunächst einmal überhaupt nichts passieren würde - außer, daß die Frau nicht schwanger werden könnte. Aber dafür gibt es schließlich viele mögliche Ursachen. Interessanterweise unterstützt ausgerechnet ein Geldgeber von Biontech, nämlich Bill Gates, gentechnische Sterilisierungsversuche mit Mücken, wobei diese erst in der nächsten Generation aussterben.

Zweierlei Maß

Jedenfalls sind die erwähnten Abortzahlen Grund genug, diesen Menschenversuch sofort abzubrechen (und die Verantwortlichen zu verhaften). Jedes Supermarktprodukt wird aus weit geringerem Anlaß aus dem Programm genommen: Tausend Fehlgeburten durch ein Lebensmittel? Undenkbar! "Listerien im Käse, Kunststoffteilchen im Brot, Aflatoxine in Nüssen" - immer wieder kommt es zu Lebensmittlrückrufen. Bereits beim leisesten Verdacht auf Gesundheitsgefahren werden Produkte sofort aus den Regalen genommen, meistens ohne daß auch nur eine Person geschädigt wurde.

"Lebensmittel, die nicht sicher sind, dürfen nicht in den Verkehr gebracht werden. Die Risiken für die Lebensmittelsicherheit muß ein Unternehmen kennen und entsprechende Vorsorge treffen, daß nur sichere Lebensmittel die Verbraucher/innen erreichen" (Niedersächsisches Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit: "Lebensmittlrückruf - wie funktioniert das?", ohne Datum). Die Impfstoffhersteller haben keine Folgen zu befürchten. Denn sie haben Narrenfreiheit. Ihr Risiko - das heißt: die Haftung - trägt der Staat.

Am 29. September 2021 empfahl die amerikanische Gesundheitsbehörde CDC dringend die Impfung, "um schwere Erkrankungen, Todesfälle und ungünstige Schwangerschaftsergebnisse zu verhindern": "Das CDC empfiehlt dringend eine Covid-19-Impfung vor oder während der Schwangerschaft, da der Nutzen der Impfung für Schwangere und ihren Fötus oder ihr Kind die bekannten oder potentiellen Risiken überwiegt. Außerdem werden die Gesundheitsämter und Ärzte aufgefordert, Schwangere über die Vorteile der Impfung und die Sicherheit der empfohlenen Impfstoffe aufzuklären" (CDC Statement on Pregnancy Health Advisory Media Statement, 29.9.2021).

Mit Stand vom 29. Oktober 2021 fanden sich in der VAERS-Datenbank im Zusammenhang mit der Covid-19-Impfung 2.433 Fälle von Fehlgeburten, Eileiterschwangerschaften, Herzstillstand oder Tod des Fötus oder Frühgeborenen. Die Dunkelziffer dürfte, wie gesagt, zehnbis hundertmal höher liegen. Am 7. November 2021 wurde das Video eines britischen Bestattungsunternehmers öffentlich, der sagte, "daß sich in den Kühlhäusern und Leichenhallen unzählige tote Babys und Neugeborene stapeln, die auf ihre Beerdigung warten." (uncutnews.ch, 7.11.2021).

"Und jetzt, sagt er, sieht er viele Neugeborene, 'wirklich viele, etwa 30', während er sonst nur drei oder vier gesehen hat. Mit anderen Worten: Es sterben etwa zehn Mal so viele Neugeborene, wie er es normalerweise erlebt hat - so viele, daß sie in der Erwachsenenabteilung unter-

gebracht werden müssen, in der es mehr Platz hat. 'Offensichtlich handelt es sich entweder um Fehlgeburten oder Frühgeburten, aber darüber wird nicht viel geredet', sagt er."

Unzuverlässig und fragwürdig

Im November 2021 fanden zwei neuseeländische Wissenschaftler heraus, daß eine CDC-Studie zum Thema Schwangerschaft und Corona-Impfung "fälschlicherweise beruhigende Statistiken in Bezug auf das Risiko eines Spontanaborts in der Frühschwangerschaft" angeführt habe. Die Analyse zeigte bei geimpften Frauen bis zur 20. Schwangerschaftswoche sieben- bis achtmal mehr Fehlgeburten als normal und als von den früheren, CDC-gesponserten Forschern angenommen:

"In Anbetracht dieser Ergebnisse sind wichtige politische Entscheidungen auf der Grundlage unzuverlässiger und fragwürdiger Daten getroffen worden ... Wir empfehlen den sofortigen Verwendungsstopp von mRNA-Impfstoffen in der Schwangerschaft und in der Stillzeit sowie die Rücknahme von mRNA-Impfstoffen für Kinder oder Personen im gebärfähigen Alter in der Bevölkerung, bis überzeugende Daten zur Sicherheit und den langfristigen Auswirkungen auf Fruchtbarkeit, Schwangerschaft und Fortpflanzung in diesen Gruppen vorliegen".

Nicht nur Normalbürger, sondern erst recht Schwangere sollten sich eine Covid-Impfung also gut überlegen, denn sie handeln bereits für zwei. Und das gilt selbstverständlich auch für Frauen, die schwanger sein könnten. Eine Frau, die sich da nicht sicher ist, sollte zumindest einen Schwangerschaftstest absolvieren, bevor sie sich spritzen läßt. Wenn schon, dann sollte sie allein vom Dach springen und keinen erweiterten Suizid begehen.

Für stillende Mütter gilt übrigens dasselbe. Besondere Vorsicht gilt auch für Frauen, die noch Mutter werden möchten, denn Langzeitstudien über die Impfstoffe liegen, wie gesagt, ebenfalls nicht vor. Das sollten freilich auch Ärztinnen wissen, so daß man sich fragt, wie sie dazu kommen, sich und ihr Ungeborenes der Impfung auszusetzen - und diese dann auch noch anderen Frauen zu empfehlen. Denn den Fötus können sie nicht gefragt haben, ob er zum intrauterinen Versuchskarnickel werden will...

Gerhard Wisnewskis Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen 2022 beginnt dort, wo herkömmliche Jahresrückblicke enden: Es hakt nach, schaut hinter die Kulissen und deckt auf, was uns an Nachrichten innerhalb eines Jahres vorenthalten wurde. ... <<

08.01.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 8. Januar 2022 (x1.020): >>Das Massensterben

Die viel gepriesene Sicherheit der mRNA-Spritze gegen Covid ist mehr als fragwürdig.
von *Klaus König*

"Die Covid-19-Impfstoffe sind zugelassen, sicher und wirksam!", tönt es unentwegt landauf, landab - aus allen Politiker- und Funktionärsmäulern, aus allen Fernseh- und Radioapparaten, und auch viele Print- und Onlinemedien schreiben praktisch nichts anderes. Aber so wie die Zulassungen in Europa tatsächlich nur bedingte sind und sich die Langzeitwirksamkeit aller Impfstoffe offenbar in Grenzen hält, so ist es auch mit deren viel gepriesener Sicherheit nicht weit her.

Aufschluß über das Letztgenannte gibt ausgerechnet der neueste Sicherheitsbericht des Paul-Ehrlich-Instituts (PEI), nämlich jener mit Stand 23. Dezember 2021. Hier wird zum zweiten Mal nicht nur die Zahl der Verdachtsfallmeldungen zu Todesfällen im zeitlichen Zusammenhang mit der Impfung angegeben, es werden darüber hinaus auch zwei weitere Aspekte untersucht. Zum einen gibt es eine quantitative Einordnung, welcher Anteil der Todesfälle kausal durch den Impfstoff beziehungsweise die Impfung verursacht wurde. Zum anderen wird eine sogenannte Observed-versus-Expected-Analyse durchgeführt. Hierbei wird untersucht, ob und in welchem Maße die zeitlich nach der Impfung beobachteten Todesfälle das statistisch erwartete, normale Sterbegeschehen übersteigen.

Da Menschen zu jeder Zeit an natürlichen - oder zumindest nicht impfbedingten - Todesursachen versterben, ist es rational anzunehmen, daß Todesfälle kurz nach einem beliebigen körperlichen Eingriff, zum Beispiel eben nach einer Impfung, auch zufällig auftreten können. Das heißt, daß natürlich nicht jeder gemeldete Todesfall kurze Zeit nach einer Impfung durch ebendiese verursacht wurde.

Das PEI hat demzufolge, soweit möglich, die Umstände der Todesfallmeldungen analysiert und in "78 Einzelfällen ... im zeitlich plausiblen Abstand zur jeweiligen Impfung ... den ursächlichen Zusammenhang mit der Impfung als möglich oder wahrscheinlich bewertet." Das bedeutet mit einfachen Worten, daß in 78 der insgesamt 1.919 bis zu diesem Zeitpunkt gemeldeten Todesfälle, also bei circa 4,1 Prozent der Verdachtsmeldungen, Menschen durch die Impfung zu Tode gekommen sind.

Zum Vergleich wurde 1976 in den USA das großangelegte Impfprogramm gegen die Schweinegrippe in neun Bundesstaaten nach nur drei Verdachtstodesfällen bei "elderly persons" gestoppt, bei denen altersbedingt eine nur zufällige Korrelation sogar eher wahrscheinlich war. In der gegenwärtigen Situation wäre daher nach fast 80 "wahrscheinlich" durch die Impfung verursachten Todesfällen zumindest eine gründliche Untersuchung beispielsweise seitens der Gesundheitsämter, des Bundesgesundheitsministeriums oder des Robert Koch-Instituts zu erwarten gewesen. Passiert ist von offizieller Seite offenbar nichts. Auch in den Medien wurde das nicht merkbar thematisiert.

Untererfassung von Nebenwirkungen

In demselben Bericht deutet sich aber an, daß diese 78 Fälle womöglich nur die Spitze des Eisbergs sein könnten. Warum?

Um diese Frage zu beantworten, muß der Sachverhalt der Untererfassung betrachtet werden. Impfnebenwirkungen werden den Sicherheitsbehörden - wie andere Arzneimittelnebenwirkungen auch - über passive Spontanmeldesysteme gemeldet.

Die Hürde, die zu einer Spontanmeldung führt, ist vergleichsweise hoch: Der Betroffene oder sein Arzt muß ein beobachtetes Symptom zunächst in einen Zusammenhang mit der Impfung bringen. Je weiter dieses Symptom zeitlich vom Impfzeitpunkt entfernt liegt, desto unwahrscheinlicher wird dieser Zusammenhang wahrgenommen.

Auch innere Überzeugungen, wie "Das kann mit der Impfung nichts zu tun haben!", können das Erkennen eines Zusammenhangs verhindern. Und schließlich können auch bestehende Vorerkrankungen das Erkennen einer tatsächlichen Nebenwirkung erschweren.

Doch selbst wenn ein Zusammenhang für möglich gehalten wird, verbleibt noch die Hürde des eigentlichen Meldevorgangs: Wo muß überhaupt gemeldet werden? Verfügt der Betroffene über die Mittel und das Wissen, um eine Meldung abzugeben? Man denke etwa an Menschen der älteren Generation, die oftmals gar nicht über einen Computer oder einen Internetzugang verfügen. Selbst Ärzte wissen oftmals nicht, wo Spontanmeldungen vorzunehmen sind, und selbst wenn sie es wissen, kostet eine solche Meldung mindestens 20 Minuten Zeit, die nicht vergütet wird. Nimmt ein Arzt diesen Aufwand in Kauf, zumal er eventuell selbst als Impfarzt tätig war und seinem Patienten die Impfung empfohlen hat?

Fest steht: Internationale Studien belegen eindeutig, daß von passiven Meldesystemen wie dem deutschen selbst bei schwerwiegenden Nebenwirkungen - und der Tod ist zweifellos eine solche - bestenfalls 5 bis 10 Prozent der tatsächlichen Fälle gemeldet werden.

Wäre der Faktor der Untererfassung bekannt, so könnte man die Zahl der 78 Impftoten mit diesem multiplizieren, um eine Schätzung für die tatsächliche Zahl der durch die Impfung verursachten Todesfälle zu erhalten. Dieser Faktor ist im Prinzip einfach durch den Kehrwert der Meldequote gegeben, also zum Beispiel Faktor 20 bei 5 Prozent Meldequote.

Hochgerechnet ließen sich aufgrund dieser Informationen die tatsächlich impfbedingten Todesfälle auf 780 bis 1.560 abschätzen. Das entspricht ungefähr der Größenordnung einer mit-

telgroßen Landgemeinde.

Es gibt jedoch Anlaß zur Annahme, daß der Faktor der Untererfassung im vorliegenden Fall noch höher liegen könnte.

Einen Hinweis darauf liefert die oben erwähnte Observed-versus-Expected-Analyse (OvE), deren Ergebnisse in Tabelle 3 desselben Berichtes präsentiert werden. Durchgeführt wird diese Analyse für sechs verschiedene Zeitfenster zwischen Impfdatum und Todeszeitpunkt, von einem Tag bis 42 Tagen und individuell für jeden Impfstoff. Aufgrund der ermittelten Ergebnisse gibt der Bericht des PEI Entwarnung, die Analyse "ergab für keinen der vier bisher in Deutschland eingesetzten COVID-19-Impfstoffe ein Risikosignal".

Das Ergebnis einer OvE-Analyse sind sogenannte Standardisierte Mortalitätsverhältnisse (SMR). Dabei handelt es sich um Verhältniswerte, die angeben, ob die beobachtete Zahl der Todesfälle größer ist als die erwartete Zahl der Fälle. Ist dies der Fall, so ergeben sich SMR-Werte, die größer als eins sind. Entspricht die Zahl der beobachteten Fälle der erwarteten Zahl, so sollten die SMR-Werte bei etwa eins liegen.

Das PEI gelangt in seiner Berechnung jedoch ausschließlich zu SMR-Werten, die signifikant kleiner als eins sind. Wie kann das sein? Den Covid-19-Impfstoffen wird im besten Fall eine gewisse Wirksamkeit gegen schwere Covid-19-Verläufe attestiert, es ist jedoch bisher nicht bekannt, daß sie auch andere Todesursachen um teilweise mehr als 99 Prozent reduzieren können.

Die SMR-Werte sind also nicht wegen zufälliger Fluktuationen kleiner als eins, sondern weil bei Weitem nicht alle Todesfälle in engem zeitlichen Zusammenhang mit einer Impfung gemeldet wurden. Diese Tatsache spiegelt also die systematische Untererfassung von Fallmeldungen wider, welche weiter oben bereits diskutiert wurde. Die präsentierten Werte für die Meldequoten liegen dabei zwischen 1,9 Promille und 3,9 Prozent. Je nach betrachtetem Zeitintervall lassen sich damit Untererfassungsfaktoren zwischen 16 und 102 berechnen.

Die vom PEI gezogene Schlußfolgerung läßt sich also mitnichten bestätigen. Im Gegenteil: Der Bericht hätte klar formulieren müssen, daß es der Risikoanalyse hier offenbar signifikant an Sensitivität fehlt, um überhaupt ein Risikosignal zu entdecken.

Es ist dabei geradezu verstörend, daß selbst bei Todesfällen direkt einen Tag nach der Covid-19-Impfung im statistischen Mittel nur jeder 30. Fall als Verdachtsfall gemeldet wird.

Scheinbar ist es in 29 von 30 Fällen vollkommen unverdächtig, wenn ein Angehöriger oder Patient einen Tag nach einer Impfung mit einem nur bedingt zugelassenen, sich in Phase III des Zulassungsprozesses befindlichen und daher bislang nur kurz getesteten Impfstoff verstorbt, so daß noch nicht einmal eine Verdachtsmeldung erfolgt.

Was heißt dies aber alles nun für die durch die Impfung verursachten Todesfälle?

Da von einem "zeitlich plausiblen Abstand zur jeweiligen Impfung" die Rede ist, sollen nur die Zeitabstände von sieben und 14 Tagen nach der Impfung unter der Annahme betrachtet werden, daß spätestens dann alle 78 ursächlichen Fälle aufgetreten sind. Es ergeben sich Untererfassungsfaktoren von 32 beziehungsweise 44, und damit zwischen circa 2.500 und 3.400 durch die Impfungen verursachte Todesfälle. Verglichen mit den drei Verdachtsfällen, welche in der oben erwähnten Impfkampagne in den USA zum sofortigen Impfstopp geführt hat, müßten diese Zahlen aufschrecken.

Der fehlende Aufschrei

Aber das ist immer noch nicht das Ende der Geschichte. Es ist nämlich durchaus wahrscheinlich, daß der tatsächliche Anteil der impfbedingten Todesfälle höher als die im Sicherheitsbericht genannten 4,1 Prozent ist.

Prof. Dr. Peter Schirmacher, Chefpfathologe der Universität Heidelberg, der in Eigeninitiative solche Verdachtsfälle nach Impfungen obduzierte, geht nach 40 untersuchten Fällen davon aus, "daß 30 bis 40 Prozent davon an der Impfung gestorben sind". Das wäre ein Anteil an

impfursächlichen Todesfällen, welcher acht- bis zehnmal höher läge als jener aus dem Sicherheitsbericht des PEI.

Zudem gehen in Deutschland laut Gesundheitsberichterstattung des Bundes ein gutes Drittel aller Todesfälle auf das Konto von Kreislauferkrankungen wie zum Beispiel Herzinfarkten und Schlaganfällen, welche gut zum Nebenwirkungsspektrum der Covid-19-Impfstoffe passen und demzufolge einen hohen Dunkelzifferanteil beinhalten könnten. Gehen wir zurückhaltend von einem 15-prozentigen statt einem 4,1-prozentigen Anteil der impfbedingten an den 1.919 gemeldeten Todesfällen aus, also von 288 statt 78 Fällen, dann ergeben sich bei zusätzlicher Berücksichtigung der Untererfassung zwischen 11.500 und 15.000 Impfpfer.

Diese Zahl läge schon deutlich in der Größenordnung einer ausgelöschten Kleinstadt oder bei ungefähr 60- bis 80-mal mehr Todesopfern, als die verheerende Flutkatastrophe im Sommer des Jahres 2021 gefordert hat. Wo bleibt der Aufschrei?

Je nach Szenario innerhalb der hier ausgeführten Interpretation der Daten kommt man auf Schätzungen von mehreren 100 bis mehr als 10.000 möglichen Impfpfern bis Ende November 2021. Betrachtet man in diesem Zusammenhang die vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten wöchentlichen Sterbefallzahlen, ist seit Mitte des Jahres 2021 gegenüber den Medianwerten von 2017 bis 2020 bis Kalenderwoche 46 eine aggregierte Übersterblichkeit von ungefähr 20.000 Todesfällen zu beobachten, welche über die "im Zusammenhang mit" Covid-19-Verstorbenen hinausgeht. Bislang fehlt von offizieller Seite eine schlüssige Erklärung für dieses Phänomen. Nach den vorangegangenen Überlegungen gäbe es nun eine.

Es soll an dieser Stelle nicht behauptet werden, daß die vorliegenden Berechnungen einen unwiderlegbaren Beweis für zahlreiche Impftote darstellen. Aber die pure Möglichkeit eines so immensen Schadens sollte für Politik, Medizin und Wissenschaft alarmierend genug sein, um dringend eine ehrliche und gewissenhafte Untersuchung des Sachverhaltes einzuleiten und gegebenenfalls großes Leid von der Gesellschaft abzuwenden. Dies gilt im Übrigen auch schon für den Fall, daß es tatsächlich "nur" die ursprünglich im Bericht explizit erwähnten 78 Todesopfer der Impfung gibt.

Verunglückt ein Reisebus mit 78 Senioren schwer, sind die Zeitungen voll davon. Wäre ein Unglück mit 78 Toten das Ergebnis eines Bombenanschlags, würde es die Medien tage- oder wochenlang dominieren und die Politiker überschlagen sich damit, den Opfern und deren Angehörigen ihr tiefstes Beileid auszusprechen.

Daß 78 Menschen, die zwar nicht an einem Ort und zum selben Zeitpunkt, aber sehr wohl durch menschliche Intervention ihr Leben verloren haben, weniger Aufmerksamkeit bekommen, ist skandalös.

Das Problem zu negieren, zu verharmlosen oder wegzudiskutieren, so wie es zurzeit passiert, ist in jedem Fall vollkommen verantwortungslos und unethisch.

Klaus König, Jahrgang 1972, studierte Physik und beschäftigt sich seitdem schwerpunktmäßig mit der Modellierung, Simulation und Analyse von physikalischen Reaktionen bei Beschleunigerexperimenten. Seit 2005 arbeitet er als Wissenschaftler an einem großen, deutschen Forschungszentrum und engagiert sich in mehreren internationalen Projekten in den USA und in Asien.<<

16.01.2022

BRD: Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtet am 16. Januar 2022:

>>Kapitulation der Amtskirchen: Ein Mut-Pfarrer gegen den Great Reset

Der streitbare Pfarrer Jakob Tscharncke geht seit Beginn der Corona-Krise hart mit der Panik-Politik ins Gericht - und mit der Kirchenführung, die alles in vorausseilendem Gehorsam mitmacht. Weitere Beiträge zum spirituellen Widerstand gegen die Corona-Diktatur lesen Sie in COMPACT-Spezial "Das große Erwachen: Der spirituelle Kampf gegen den Great Reset".

_ Predigt von *Jakob Tscharncke*

Wir begehen heute den vielleicht skandalösesten Karfreitag seit der Kreuzigung unseres Herrn Jesus Christus vor 2.000 Jahren. ... Das griechische Wort Skandalon, von dem unser Fremdwort "Skandal" kommt, bezeichnet wörtlich das Stellholz einer Falle. Wir kennen das Prinzip von jeder beliebigen Mausefalle. Am Stellholz wird der Köder, der Käse zum Beispiel, befestigt. Nun kommt die Maus, greift sich mit den Zähnen den Käse, will daran knabbern oder ihn mitnehmen.

Dabei bewegt sie das Stellholz, die Falle löst aus und schlägt zu. Ein Skandal ist dem eigentlichen Wortsinn nach also nicht nur ein Ärgernis, sondern eine tödliche Falle. Denn dieses Stellholz steht Pars pro Toto als Teil fürs Ganze, für die ganze tödliche Falle. Im biblischen Sprachgebrauch werden in diese Falle Menschen von Satan hineingelockt. ...

Weil Jesus durch seinen stellvertretenden Sühnetod nicht nur Einzelne, sondern die ganze Welt aus der Herrschaft von Sünde, Tod und Teufel erlöst hat, ist der Karfreitag vom Inhalt her der wichtigste christliche Feiertag überhaupt. Er hatte diese Bedeutung in der evangelischen Christenheit auch bis weit ins 20. Jahrhundert hinein. Dann wurde er aus sentimentalischen Gründen vom Weihnachtsfest, vor allem vom Heiligabend, abgelöst. Die Geburt eines kuscheligen Kindes im Stall bei Ochs und Esel läßt sich kirchlich und kommerziell angenehmer verwerten als der rauhe Tod am Kreuz.

Gewiß ist auch das Ereignis von Weihnachten von hoher Bedeutung. Der allmächtige Gott kommt als Mensch in unsere Not. Auch das ist ein weltgeschichtlich einzigartiger Vorgang. Aber was wäre Weihnachten, die Menschwerdung Gottes im Stall von Bethlehem, ohne Karfreitag? ...

Zum Gottesdienstverbot

An diesem höchsten und wichtigsten Feiertag des christlichen Glaubens, in der Passion- und Osterzeit im Jahre des Herrn 2020, dürfen wir Christen nicht zusammenkommen, um unseren Gott gemeinsam für diese gewaltigen Taten zu loben, zu preisen und ihm die Ehre zu geben. An diesem gigantischen Festtag dürfen wir Christen nicht zusammenkommen, um seinen Namen gemeinsam zu bekennen vor der sichtbaren und unsichtbaren Welt.

Um seinen Sieg auszurufen über alle Mächte der Finsternis und des Todes. Wir dürfen ihm nicht gemeinsam danken für das Heil, das er am Kreuz vollbracht hat. Ja, wir dürfen ihn nicht einmal gemeinsam in der gegenwärtigen Not des Corona-Wahnsinns um Hilfe anrufen. Gewiß kann das jeder für sich allein oder vielleicht mit seinem Ehegatten oder seinen Kindern zu Hause tun. Und gewiß gilt die Zusage Jesu: Wo zwei oder drei versammelt sind in meinem Namen, da bin ich mitten unter ihnen.

Aber das ist bei Weitem nicht dasselbe. Denn vor der sichtbaren und unsichtbaren Welt hat der öffentliche Gottesdienst der Gemeinde eine wesentliche symbolische Bedeutung. Im Jahre des Herrn 2020 aber haben die weltweiten Entscheider der Christenheit untersagt, Gottesdienste zur Ehre des Schöpfers und Herrn der Welt zu feiern! Ausgerechnet an dem Termin, an dem der größten Heilstaten in der Geschichte der Menschheit gedacht wird. Wann hat es Vergleichbares in der Menschheitsgeschichte je gegeben? ...

Und es war im höchsten Maße erbärmlich, daß Landeskirchen, aber auch Freikirchen und freie Gemeinden in vorausseilender Unterwürfigkeit ihre Gottesdienste zum Teil schon abgesagt hatten, bevor entsprechende Anordnungen der Behörden überhaupt ergangen waren. Welches katastrophale Signal des Unglaubens und des Ungehorsams haben sie damit ausgesandt? Sind sie beherrscht von der Angst vor Corona, oder sind sie geleitet vom Vertrauen und Gehorsam zu unserem Herrn und Heiland Jesus Christus gegenüber? Das ist doch die Frage!

Was treibt uns? Was bewegt uns? Was bestimmt unser Denken und Handeln? Was wir in diesen Tagen erleben, ist zumindest im Moment so etwas wie der totale Sieg des gottlosen Materialismus über jede Form von Spiritualität und Gottesverehrung und Gottesfurcht. Ich verwende den Begriff Spiritualität sonst nicht, und auch hier tue ich es nur ungern. Aber die weltwei-

ten Beschränkungen bürgerlicher Rechte und Freiheiten, auch wie sie in unserem Grundgesetz verankert sind, betreffen zumindest im Moment und in der Theorie ja nicht nur unseren christlichen Glauben, sondern auch andere Glaubensrichtungen, bei denen die religiöse Gemeinschaft, das Zusammenkommen der Gläubigen, ein wesentliches Element darstellt, das jetzt untersagt ist.

Gerade die Juden trifft es ähnlich hart wie uns Christen in diesen Tagen. Denn unsere Passions- und Osterzeit ist ihr Passahfest, biblisch das höchste Fest des Judentums. Die Maßnahmen, die angeblich zur Bekämpfung des Coronavirus ergriffen werden, offenbaren damit meines Erachtens nicht nur einen absolut antidemokratischen und totalitären, sondern auch einen zutiefst antichristlichen und antijüdischen Geist.

Wir sehen in diesen Aktionen zugleich die erschreckende Gottlosigkeit der Verantwortlichen und großer Teile unserer Gesellschaft. Denn offenkundig wird jede Hilfe in der Corona-Krise ausschließlich in vordergründigen menschlichen Aktionen gesehen. In der Vergangenheit kamen dagegen gerade in Notzeiten die Menschen zu Gottesdiensten zusammen, weil sie wußten, daß der allmächtige Gott die wichtigste, die einzig wahre Hilfe ist, egal wie die Not auch heißen mag, ob Dürre, Naturkatastrophen, Krieg, Pest oder was auch immer.

Gerade in Zeiten der Not waren die Kirchen voll - rappellvoll. Weil die Menschen in der Not Gott gesucht haben. Heute aber werden sie in angeblich so großer Not auf behördliche Anweisung geschlossen. Der Mensch wird in seiner Not symbolisch ausgeschlossen von der Gemeinschaft mit Gott und seiner Hilfe. Kann der antichristliche, gottlose Geist der Endzeit deutlicher zutage treten als auf diese Weise?

Verrat am Glauben

Insbesondere, wenn ich dann auf der Seite der Württembergischen Landeskirche lese, daß nach Verordnung des Landes Baden-Württemberg vorgesehen ist, daß nicht nur Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen, sondern auch Theater und Kinos vorerst bis zum 19. April geschlossen, Veranstaltungen oder Ansammlungen in Kirchen aber bis zum 15. Juni untersagt bleiben sollen. In seiner Antwort hat das Staatsministerium diese Unstimmigkeiten offensichtlich eingeräumt. Und da fragt man sich doch als denkender Mensch: Mit welcher Logik, die nicht einer zutiefst antichristlichen Motivation entspringen sollte, sollen Beschränkungen des Gottesdienstbesuchs rund zwei Monate länger dauern als Beschränkungen des Kinobesuchs? Ist das Coronavirus etwa in Kirchen aggressiver als in Kinos? Oder offenbaren sich in dieser Anordnung weitere antichristliche Abgründe? Das dürfte uns bei der derzeitigen Regierung in Stuttgart nicht wundern.

– Jakob Tscharncke ist Pfarrer der Evangelischen Freikirche in Riedlingen (Baden-Württemberg). Nachdem er wegen seiner klaren Worte vom Bund der Evangelisch-Freikirchlichen Gemeinden in Deutschland mit Ausschluß bedroht worden war, zog er sich selbst aus dem Dachverband zurück und initiierte das Netzwerk bibeltreuer Christen. Die Auszüge stammen aus seiner Karfreitagspredigt vom 10. April 2020.<<

18.01.2022

BRD: Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtet am 18. Januar 2022 (x1.130/...): >>"Plötzlich und unerwartet" - die langen Listen von Todesfällen und schweren Nebenwirkungen nach "mRNA-Impfung"

Sie werden unterdrückt, verheimlicht, ignoriert, verharmlost und nur selten auf ihre Kausalität untersucht: die schweren Nebenwirkungen und Todesfälle nach einer Verabreichung der experimentellen mRNA-Stoffe. Die Medien erwähnen nur besondere Einzelfälle, und dem Paul-Ehrlich-Institut werden nur ca. 5 % der Fälle gemeldet. Der riesige Impfskandal wird auf kriminelle Weise vertuscht. Doch das ungeheure Ausmaß kommt durch private Meldestellen, die

die Bürger zu Mitteilungen ermuntern, immer mehr an den Tag, und die seit dem Beginn der Impfung einsetzende Übersterblichkeit wird es unerbittlich anzeigen. (hl)

I Eine Liste auf jouwatch

Der Blog "Journalistenwatch" listete am 10.1.2022 über 60 plötzliche Todesfälle auf, die aus Pressemitteilungen zusammengestellt sind, und weitere über 300 plötzliche Todes- und Notfälle, die aus der Presse und überwiegend aus anderen Quellen stammen. Ich übernehme daraus einen kleinen Teil und verlinke zum restlichen großen Teil auf jouwatch, wo noch weitere Links zu finden sind:

Der - in Italien zwangsläufig geimpfte - Rettungsdienst-Fahrer Gioacchino Maione aus Neapel wird mit nur 56 Jahren bei der Arbeit am Steuer Opfer eines plötzlichen Herzstillstands.

Meldung vom 9.1.2022. (Quelle)

Dreifach "geimpfte" Schweizer Marathon-Rekordhalterin Fabienne Schlumpf an Myokarditis erkrankt: Karriere-Ende droht. Meldung vom 8.1.2022. (Quelle)

Der in Frankreich geborene Ousmane Coulibaly (32), Nationalspieler aus Mali in den Diensten des Erstligisten al-Wakrah (Katar) kollabiert am 08.1.2022 mitten im Spiel mit Herzinfarkt. (Quelle)

Valcamonica, Italien: 45-jähriger Vater von vier Kindern, Angehöriger der Freiwilligen Feuerwehr, bis dahin ohne gesundheitliche Probleme, verspürt im Urlaub starke Brustschmerzen, fährt zum Sanitätszentrum und bricht dort mit Herzinfarkt tot zusammen. Er hatte sich kürzlich zum dritten Male "impfen" lassen. Meldung vom 8.1.2022. (Quelle)

Meldung vom 7.1.2022 aus Argentinien: 23-jähriger Angehöriger der freiwilligen Feuerwehr tot im Badezimmer aufgefunden - plötzlicher Herzstillstand. (Quelle)

Meldung vom 24.6.2021 aus Argentinien: "Im gesamten Land machen die Impfungen der freiwilligen Feuerwehrleute Fortschritte" ... (Quelle)

Cervino, Italien: 42-jähriger Vater dreier Kinder erleidet nach einer Fahrradtour plötzlichen Herzstillstand und kann nicht mehr reanimiert werden. Er war von Covid genesen und hatte sich anschließend dennoch "impfen" lassen. (Quelle)

Rouen, Frankreich: 45-jähriger Mann mit Herzstillstand am Steuer seines Fahrzeuges entdeckt. Helfer ziehen ihn aus dem Wagen, können ihn aber nicht mehr reanimieren. Meldung vom 8.1.2022. (Quelle)

Livorno: Ein 47-jähriger Mann bricht vor den Augen seiner Lebensgefährtin zusammen und stirbt. (2.1.2022).

Ein 57-jähriger Mitarbeiter der Caritas wird in seinem Treppenhaus (4.1.2022), eine 66-jährige bekannte Psychotherapeutin in ihrer Wohnung tot aufgefunden (3.1.2022). Die beiden Letzteren mußten sich zur Ausübung ihrer Berufe in Italien "impfen" lassen.

Ein ebenfalls 66-jähriger Autofahrer kollabiert während der Fahrt mitten in der Stadt am Steuer und kann nicht wiederbelebt werden (7.1.2022).

Ein 44-jähriger Mann bricht mitten in der Stadt plötzlich vor einer Apotheke zusammen, wo er sich einen - negativen - Test machen ließ und stirbt (8.1.2022). Alle starben an plötzlichen medizinischen Notfällen. Nur ein kleiner Teil derartiger Fälle schafft es in die Presse. (Quelle)

Revò, Trentino, Italien: Der 62-jährige Unternehmer Leonardo Kofler erleidet tödlichen Herzstillstand am Steuer und prallt gegen ein Haus. Meldung vom 8.1.2022. (Quelle)

Neapel: Segel-Trainer Claudio Brighenti am 5.1.2022 mit nur 47 Jahren an einem "plötzlichen medizinischen Notfall" gestorben. (Quelle)

Piacenza, Italien: Der Wasserballtrainer und frühere Erstligaspieler Vincenzo Di Grande mit nur 40 Jahren völlig überraschend einem "fulminanten medizinischen Notfall" erlegen. (Quelle)

"Die Dreharbeiten zum Disney-Film "Kiss Six Sense" mußten aus traurigem Grund unterbrochen werden: Darstellerin Kim Mi-soo ist plötzlich verstorben. Die Koreanerin wurde nur 29

Jahre alt. (Quelle)

Läufer tot - Herzstillstand beim Rennen in Kalmar. In der Silvesternacht brach der Sportler Erik Karlsson beim Silvesterlauf in Kalmar zusammen. Er wurde mit dem Krankenwagen ins Krankenhaus gebracht, aber Eriks Leben konnte nicht gerettet werden. (Quelle)

41 Jahre alte Frau und frische Mutter stirbt 2 Wochen nach Corona Impfung (Quelle)

Plötzlich und unerwartet ist Oliver Troska am 16. Dezember 2021 im Alter von 46 Jahren verstorben. Troska war Leiter der Hanno-Anwendungstechnik. (Quelle)

"Marcos Menaldo ist tot: Mit nur 25 Jahren! Profifußballer nach Herzattacke gestorben (Quelle)

"Plötzlicher medizinischer Notfall" beim Motocross im Wald: Der Geschäftsmann Leonardo Della Nave aus der Toskana (Italien) stirbt am 2.1.2022 mit nur 46 Jahren. (Quelle)

"Als Jugendliche stand Tiffini Hale für den "Disney Club" vor der Kamera und wurde zum Publikumsliebling - jetzt ist die Schauspielerin und Musikerin mit nur 46 Jahren an den Folgen einer Herzattacke verstorben." (Quelle)

Katja Bienert: "Als ich zurückkam, war er tot". Weihnachten wollten sie gemeinsam auf Ibiza verbringen. Doch einen Tag vor Abflug stirbt Donald Gardner an einem Herzstillstand. (Quelle)

II Meldungen an "direktdemokratisch"

Die österreichische Seite "direktdemokratisch" sammelt seit Juni 2021 Meldungen über Todesfälle und schwere Nebenwirkungen. Von Juni bis einschließlich Dezember 2021 waren es insgesamt 23.871 erschütternde Meldungen, im Januar 2022 sind 278 Fälle bis zum 3.1.2022 erfaßt. Ich übernehme einige Fälle vom 1. Januar 2022:

Mein Papa, knapp über 60, früher viel geraucht, sportlich, vorletztes Jahr großen Tumor im Hals entfernt bekommen und Jod-Therapie im Anschluß. 1 Jahr nun her. Vorgestern Anruf nach Untersuchung - Tumormarker hoch. Ende Februar/März wieder KH Marburg. 2x Biontech - eigentlich wollte er keine 3. - aber wer weiß, was die Ärzte raten und auf wen er hören wird. Das Impf-Thema wird ausgelassen bei all dem - weil es ja (zu wenige) wirklich nachweisen können / möchten / in Verbindung bringen...

Gerade erfahren. Mein Nachbar frisch geboostert und am 31.12 Schlaganfall.

Tante 81 aus Berlin bisher Tablettenfrei und fit nach 2x Biontech jetzt Brustkrebs.

Gestern beim Arzt: Die Chefin (Frau des Arztes) erzählt mir von einem Mann (60), der täglich mit dem Fahrrad zu seinem Arbeitsplatz Fa. Schmelzer / Waldershof fuhr. Die Kollegen bewunderten seine Fitneß und Ausdauer. Nach der 2. Impfung Herzinfarkt, Sturz von Fahrrad und gestorben.

Ein Freund von mir aus England, genauer Impfstoff unbekannt, Alter ca. 65 Jahre. Er hat mir am 06.12.2021 geschrieben, daß er 3 mal geimpft wurde. Schon nach der zweiten Spritze kriegte er den grauen Star und mußte ins Spital. Jetzt wurde er am Jahresende mit Herzinfarkt ins Spital eingeliefert und ein Stent mußte eingesetzt werden. Er ist noch nicht über den Berg. Vorher gesund.

Mein Papa hat sich vor 5 Wochen das dritte Mal impfen lassen. Erst wurde er schwindlig, dann fiel er um, Blut kam ihm aus Nase und Mund. Er stand noch selbst auf, setzte sich auf die Couch, wollte vehement nicht ins Krankenhaus. Die Rettung wurde trotzdem gerufen. Es ging ihm zunehmend schlechter, und ein CT zeigte, daß er eine Hirn-Blutung hatte. Nach drei Wochen Koma, operieren war unmöglich, starb er vor 3 Tagen. Todesursache , "Corona"! Jeder der bei diesen Scheiß mitmacht, soll ungebremst zur Hölle fahren. ...

Ältere Mutter von Bekannten - innerhalb weniger Tage Hirnvenenthrombose - Sturz- halbseitig gelähmt - Pflegefall- sie persönlich ist froh geboostert zu sein, und nicht Corona zu haben - Manipulation pur ...

Ich war vor 3 Wochen in der Wohnung meines Sohnes er war zur Reha (Impfnebenwirkun-

gen) - 6 Monate krank nach 1. Impfung, geht jetzt wöchentlich zu einem Psychiater, den er privat zahlt, damit er den Druck aushält, will keine Impfung mehr.

Beim Besuch hörte ich zufällig, wie die Rettung kam, seine Nachbarin abzuholen - 61 Jahre - hatte mal Lungenkrebs war aber ausgeheilt. Der Sanitäter fragte nach dem Impfstatus - wurde gerade zum 3. Mal geimpft, so die Antwort. Sie bekam kaum Luft und wurde ins KH gefahren. Gestern rief mein Sohn an, daß sie plötzlich verstorben ist.

Mein Cousin, 35 Jahre, mit Biontech geimpft, ich meine im September, klagte erst über leichten Druck in der Brust und zu wenig Luft sowie Müdigkeit, (genau das gleiche berichteten mir 2 Kundinnen, bereits hier reingeschrieben). Jetzt hat er sehr stark abgenommen.

Gute Freundin, 38 Jahre, im August geimpft mit Biontech, hatte keine richtige Periode bekommen, leichte Blutungen, die 16 Tage dauerten.

Die Bekannte einer Freundin war 75 aber noch topfit und gesund ... Kurz danach ... erst Gürtelrose ... dann Schlaganfall ... TOT!!

Der Schwiegervater meiner Schwester ist vorgestern ohne irgendwelche Vorzeichen tot umgefallen. Er wird obduziert, es wird eine Herzvenenthrombose vermutet. War 65 Jahre alt, geimpft und geboostert. Wien.

Bekannter, 51, genesen, geimpft, Stoff unbekannt. War gesund und stand voll im Beruf. Ist jetzt bettlägeriger Pflegefall. Mitteldeutschland

Schwiegervater meiner ♥-Freundin (Mitte 70) hat abends noch Nikolausgeschenke für die Enkel gebracht und ist am nächsten Tag nicht mehr aufgewacht. 5 Tage nach Booster.

Siehe weiter: <https://www.direktdemokratisch.jetzt/impfopfer-archiv/>

III corona-blog.net

Der Corona-blog stellt ebenfalls Medienberichte über Todesfälle und Ausbrüche von Corona im Zusammenhang mit der Covid-Impfung in Deutschland zusammen, Stand 7.1.2022: 659 Fälle, hat aber auch eine ihm aus Italien zugesandte 46 Seiten lange Sammlung mit "Impfungsfällen" aus Lokalzeitungen und Blogs veröffentlicht. Doch sammelt der Blog auch private Erfahrungen zu Impfvorfällen, die in den öffentlichen Medien nicht berichtet werden. Daraus übernehme ich ebenfalls einige Fälle, Stand 12. Januar 2022:

Bekannte von mir - 82 J. - nach Impfung komische rote Flecken am Bein. Gingen wieder weg. Man hatte ihr 20 Tabl. Paracetamol mitgegeben wovon sie auch genommen hat.

Nach 2. Impfung Herzstiche, geht zum Arzt, dann Krankenhaus. Hat eine Lungenembolie. Lag 1 Woche dort.

Ich sage: das kommt von der Impfung Nein, die Ärzte sagen, daß es davon kommt, weil ich zu wenig spazieren gegangen bin. Hat sich jetzt die 3. Impfung geholt.

Bekannter meiner Freundin - ca. 62 J. alt. Starke Schmerzen nach 2 x Biotech. Geht zum Arzt und sofort ins Krankenhaus. In der Nacht dort bekommt er einen Schlaganfall. Gelähmt bis zum Hals, konnte nur noch nicken - nicht mehr sprechen. Nach der Reha wieder zuhause. Kann wieder laufen - aber nicht sprechen + schreiben. Keine Kommunikation möglich. Die Familie ist so fertig, daß sie nicht die Kraft haben, die Schäden zu melden.

66-jährige Frau, geboostert, ihr wird beim Spaziergehen im Wald auf einmal schwindlig, sie stürzt schwer und bricht sich den Arm; davor war sie immer fit, aktiv und hatte nie Probleme mit Schwindel; Steiermark

Pflegefachkraft: Mir fällt in letzter Zeit immer mehr auf, daß in meinem Bekanntenkreis und bei mir auf der Arbeit, einige Geimpfte orthopädische Probleme bekommen. Knie, Schulter, Halswirbelsäule. Sind gesundheitlich durchweg am Klagen. Ständig erkältet, meist mit Fieber. Bin mir sicher, daß nach der Impfung schleichend das Immunsystem geschwächt wird. Unser Kinderarzt hat mir in einem Gespräch gesagt, daß er bei Kindern deshalb von jeder nicht notwendigen Impfung abrät, wegen der oben genannten Probleme. Ich hatte diese Aussage sofort verstanden!

Bei mir ist der Onkel ein paar Tage nach dem Boostern an Gürtelrose erkrankt. Nochmal eine Woche später lag er mit bds. Lungenembolie in München Barmherzige Brüder auf der Intensivstation. Natürlich sieht er keinen Zusammenhang. Logisch

Meine Schwiegermutter hat auch nach dem Booster Gürtelrose bekommen. Zieht in Erwägung, daß es davon kommen könnte, aber es ist alles nicht so schlimm, als wenn sie an der Beatmung hängt. Die Gehirnwäsche funktioniert einwandfrei.

Mein Schwiegervater hat 85 Jahre keine Tabletten gebraucht. Nach dem Boostern hat er massive Herzrhythmusstörungen bekommen, welche jetzt medikamentös eingestellt werden müssen.

Der Richter mit dem ich seit 3 Jahren als Schöffin zusammen arbeite, hat nach der zweiten Impfung eine beidseitige Thrombose bekommen. Richtig dicke Beine während der Verhandlung. Wir haben ihn danach nach Hause geschickt. Das ist jetzt ein halbes Jahr her. Er hat jetzt Darmkrebs im Endstadium.

Die Schwester eines Nachbarn (sie ist 57 Jahre alt) hat es nun auch erwischt. Nur zwei Tage nach ihrer dritten Impfung am 24. November machten sich bei ihr heftige Nebenwirkungen bemerkbar, welche bis heute anhalten. Ständige Übelkeit mit Erbrechen, heftige Kopf- und Gliederschmerzen und Atemnot zwangen sie ins Bett. Seither kann sie nicht mehr aufstehen, geschweige denn laufen.

Sie wurde Ende November ins Krankenhaus eingeliefert und am 27. Dezember ohne impfbefundenen Befund wieder entlassen. An ihrem Befinden und den schlechten Blutwerten hat sich leider nichts geändert. Inzwischen wurde sie zum Pflegefall erklärt und wurde am letzten Tag des Jahres 2021 in ein Pflegeheim verlegt.

Auf meine Nachfrage, ob denn eine Meldung wegen eines vermutlichen Impfschadens abgesetzt wurde, bekam ich ein eindeutiges "nein". Also kümmerte ich mich nun als Nachbar und Freund um den Absatz der Meldung. ...

An diesem Beispiel kann ich nachvollziehen, daß

1. zumindest in diesem Fall weder Impfstatus noch bezugnehmend auf Impfungen untersucht wurde.

2. selbst im privaten Umfeld Unkenntnis über die Möglichkeit einer Meldung herrscht.

Junger Mann, Anfang 20, Student, sitzt seit seiner 2. Spritze Astra-Zeneca im Rollstuhl (querschnittsgelähmt und inkontinent); ist jetzt in einer Reha-Einrichtung

Heute bin ich betrübt, nachdem meine beste Freundin mit 30 Jahren einen Schlaganfall erlitten hat. Kerngesund, kein Rauchen, kein Übergewicht, nix. Aber gestern die Boosterimpfung bekommen und heute Nacht mit Lähmungserscheinungen wach geworden. Jetzt liegt sie auf der Intensiv. Ich bin grad ziemlich durcheinander.

Hallo mein Mann liegt auf der Intensiv seit gestern schwere Lungenembolie. Er ist 2mal geimpft nach der zweiten Impfung bekam er Luftnot und er wurde immer langsamer, bekam kaum Luft, war beim Arzt der konnte nichts feststellen, ihm ging es immer schlechter bis gestern, da habe ich einfach den Notarzt angerufen. Ich darf mich nicht impfen lassen. Ich bin einfach nur traurig mein Mann ist 67 Jahre. Danke für diesen Blog, Bea.

Siehe weiter: Schilderungen von privaten Impferfahrungen - corona-blog.net

Ein Leser des Blogs hat eine Übersichtskarte mit Meldungen zu Corona-Ausbrüchen, Todesfällen und Impfnebenwirkungen zur "Corona-Schutzimpfung erstellt:

Siehe: Karte zu Corona Ausbrüchen, Todesfällen und Nebenwirkungen nach der Impfung - corona-blog.net

Sammlung von "Impfunfällen" aus Italien siehe: Archiv-Italien_2021.pdf (corona-blog.net)

IV Zur Frage der Häufigkeit

Von den Impffanatikern und ihren politischen Förderern wird unaufhörlich versichert, daß schwere Nebenwirkungen und Todesfälle aufgrund der "Impfung" äußerst selten seien. "In-

zwischen sind allerdings fast vier Milliarden Menschen auf der ganzen Welt geimpft - ohne größere Nebenwirkungen", versicherte auch der neue Kanzler des alten Corona-Regimes Olaf Scholz in seiner Neujahrsansprache beruhigend dem lauschenden Volk. Die oben aufgelisteten vielen Fälle sagen etwas anderes. Aber wie hoch ist die Häufigkeit konkret?

Bis zum 30.11.2021 wurden dem zuständigen staatlichen Paul-Ehrlich-Institut 196.974, also rund 200.000 Verdachtsfälle auf Impfnebenwirkungen gemeldet, davon 26.196, rund 26.000, schwer und 1.919 Todesfälle. Dabei besteht nach einer internationalen Studie eine Dunkelziffer von 95 %, die nicht gemeldet werden. Rechnet man auf 100 % hoch, sind es 4 Millionen Fälle, davon 520.000 schwere und 38.000 Todesfälle. Wo sind sie?

Um hier etwas mehr Klarheit zu schaffen, hat Boris Reitschuster bei dem Meinungsforschungsinstitut INSA eine repräsentative Umfrage in Auftrag gegeben. Es wurden 1.004 Erwachsene in Deutschland gefragt, ob sie geimpft sind und ob sie Nebenwirkungen haben. "Das Ergebnis läßt das offizielle Narrativ - 'kaum Impfnebenwirkungen' - einstürzen und bestätigt genau das, was zahlreiche Mediziner aus eigener Erfahrung berichten. ...

Um die Daten genau erheben zu können, mußte INSA zunächst folgende Frage stellen: "Sind Sie gegen das Coronavirus geimpft?" Laut impfdashboard.de sind von den 69,4 Millionen Erwachsenen in Deutschland 57,60 Millionen geimpft. Das entspricht einer Impfquote von rund 83 Prozent. Genau zu diesem Ergebnis kommt auch die INSA-Umfrage. 60 Prozent haben demnach eine Booster-Impfung, 23 Prozent sind vollständig geimpft ohne Booster-Impfung.

Weitere vier Prozent antworteten, daß sie teilweise geimpft sind. 12 Prozent geben an, nicht gegen das Coronavirus geimpft zu sein - hochgerechnet auf die Bevölkerung sind das 11,8 Millionen Menschen (in etwa genauso viele, wie bei der Bundestagswahl die SPD wählten - deren Kanzler sie als "winzige Minderheit von enthemmten Extremisten" diffamierte.) ...

15 Prozent der Befragten gaben an, daß sie an starken Nebenwirkungen litten; auf die 57,60 Millionen Geimpften hochgerechnet sind das 8,64 Millionen."

Das ist eine ungeheuer hohe Zahl. In den obigen Listen wird ein kleiner Teil davon sichtbar.

Die inzwischen an schweren Nebenwirkungen Gestorbenen konnten allerdings nicht mehr befragt werden. Sie werden aber in der allgemeinen Sterbestatistik erfaßt.

V Übersterblichkeit

Am 11.1.2022 meldete die Tagesschau:

"Noch nie seit Bestehen der Bundesrepublik sind in einem Jahr so viele Menschen gestorben wie 2021. Laut Statistischem Bundesamt waren es rund 1,02 Millionen, wie das Statistische Bundesamt unter Berufung auf eine Sonderauswertung der vorläufigen Sterbefallzahlen mitteilte. ... Im Vergleich zum ersten Corona-Jahr 2020 stiegen die Sterbefallzahlen damit um drei Prozent beziehungsweise 31.327. ... Besonders im November und Dezember während der vierten Corona-Welle übertrafen die Zahlen den Vergleichswert. So starben im November 21 Prozent und im Dezember 22 Prozent mehr Menschen als im Mittel der vier Vorjahre."

Und man gestand ein, daß die hohe Zahl nur teilweise durch Corona zu erklären sei. Doch suchte man den Grund in einer möglichen "Dunkelziffer" an unerkannten Corona-Todesfällen oder der zeitlichen Verschiebung von Sterbefällen innerhalb eines Jahres infolge der zum Jahresbeginn ausgefallenen Grippewelle. Möglicherweise zeigten sich Experten zufolge auch "die Folgen verschobener Operationen und Vorsorgeuntersuchungen".

Dr. Andreas Eisenkolb geht da auf *AnderweltOnline* etwas tiefer:

"Es gibt dafür auch einen Hauptverdächtigen, selbst wenn sich die Tätergemeinschaft aus Medien und Politik noch herauszuwinden versucht wie Christopher Lee in der Schlußszene von *Dracula*: Die Folgen der Massen-Impfkampagne. Nach Ansicht vieler Experten ist die Impfkampagne schon deswegen ein Fehlschlag, weil der versprochene Schutz das Impfrisiko nicht wert ist und zudem nur kurze Zeit anhält.

Sollte sich die Impfung aber, frei nach Karl Kraus, als das Problem erweisen, als dessen Lösung sie sich ausgibt - und möglicherweise Millionen von Opfern in Form von Impfschäden, verkürzter Lebenserwartung fordern, dann wäre nicht nur die Impfkampagne gefährdet. Dann könnte auch der Kopf all jener Akteure wackeln, die am aggressivsten für die Massenimpfung geschrien haben."

Ulf Lorré hat in einer gründlichen Studie die Übersterblichkeit 2021 nach Altersgruppen im Verhältnis zu den Imp fzahlen aufgeschlüsselt und kommt zu dem Ergebnis:

"Die nach Altersgruppen und Zeiträumen gezielte Auswertung amtlicher, demographischer Daten deckt in Kombination mit dem Verlauf der Impffrequenz ein einheitliches Muster auf:

Wird in einer Altersgruppe vermehrt geimpft, tritt Übersterblichkeit auf und umgekehrt."

Der Zusammenhang zwischen der Massenimpfung und der Übersterblichkeit ist also statistisch evident. Die Wahrheit tritt auf verschiedenen Ebenen zu Tage.<<

22.01.2022

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/21745](https://www.klagemauer.tv/21745)" berichtet am 22. Januar 2022 (x1.049/...): >>**Bargeldlos - Türgriff zur Hölle**

Kla.TV-Gründer Ivo Sasek beleuchtet die Schattenseiten des zunehmend bargeldlosen Zahlungsverkehrs. Der Spruch: "Nur Bares ist Wahres" greift derweil zu kurz. Bargeld ist zum austauschbaren Begriff für letzte Freiheit geworden. Bargeldlosigkeit entpuppt sich hier bedrohlich als Türgriff zum Haus der weltumspannenden Sklaverei. Bargeld dagegen zeigt sich als wichtiges Sicherheitsschloß, das diese Form der Hölle noch zurückhält. ...

Wißt ihr, der erwähnte Zielhafen der Plandemie liegt eben nicht bloß in der totalen Überwachung, sondern vielmehr in der totalen Kontrolle, in der totalen Beherrschung jedes einzelnen Erdenbürgers!

1. Laßt uns den weltweiten Entscheid herbeiführen, daß aus Krisen, aus Seuchen, aus Epidemien, Pandemien, Katastrophen und dergleichen, ab sofort keinerlei Profite mehr geschlagen werden dürfen.

Ich bin Ivo Sasek, der seit 1977 vor Gott steht.

Und wenn das, was ihr gleich hört, sich nicht haargenau dahin zu entwickeln sucht, wie ich es jetzt sage, darf man mich gerne einen falschen Propheten nennen.

Laßt uns vorab nochmals unmißverständlich den Zielhafen skizzieren, in den uns diese ganze gegenwärtige Corona-Plandemie manövrieren will. Zuletzt darf es natürlich auch an einem gangbaren Ausweg nicht fehlen. Jetzt aber gleich zum entscheidenden Punkt: Welche Lautsprecher-Anweisungen werden uns doch gerade seit Monaten in nahezu jedem großen Lebensmittelgeschäft eingehämmert?

Ja, richtig: "Bezahlen Sie kontaktlos." Ich höre es immer wieder. Und die Medien beschwören als unermüdliche Sprachrohre von irgendwelchen ominösen Hintermännern die Verwendung der "Contact-Tracing-App". Natürlich alles in Englisch im deutschsprachigen Raum. Wir sollen uns mit anderen Worten zunehmend überall und jederzeit verfolgbarmachen. Ja, Ich habe diese Vokabel "verfolgbar" ganz bewußt gewählt, weil seine Zweideutigkeit uns schon einmal in die zentrale Thematik einstimmt, um die es hier geht.

Wißt ihr, der erwähnte Zielhafen der Plandemie liegt eben nicht bloß in der totalen Überwachung, sondern vielmehr in der totalen Kontrolle, in der totalen Beherrschung jedes einzelnen Erdenbürgers!

So lange es geht, soll dieser Zielhafen auch mittels Corona-Flaggschiff also direkt angesteuert werden. "Gesundheit um jeden Preis" lautet die gegenwärtige politische Devise. Die durch Lockdowns erzwungenen Freiheitsentzüge können bereits nur noch über Ablässe aller Gattung zurückgekauft werden - und der Billionenhandel, Billionen (!) - er blüht: Begonnen hat alles mit dem Masken-Ablaßhandel, wie ihr wißt, obgleich die tonangebenden Experten vorab offen beteuerten, betonten, daß Masken überhaupt nichts bringen, trotzdem.

Dieser Befund lieferte aber den idealen zeitgemäßen Vorwand, um die ersten Schritte in die erwünschte Total-Überwachung weltweit erzwingen zu können. Versteht ihr das? Dieser erzwungene Gang ist seither selbstverständlich begleitet von einem immer blühenderen Geschäft mit Selbsttest-Ablässen, PCR-Ablässen, dann Impf-Ablässen, Zertifikats-Ablässen und und und. Laßt es euch aber in aller Deutlichkeit gesagt sein: Es wird niemals die versprochene Freiheit sein, die ihr euch mit all den genannten und noch kommenden Ablässen erkauft. Ihr erkauft euch damit einzig den totalen Sklavenstand.

Und jeden Tag hört ihr es in den Geschäften über die Lautsprecher, auf welchem Weg ihr eure Versklavung erkauft. Achtet doch darauf! "Bezahlen Sie kontaktlos!" "Bezahlen Sie kontaktlos!" Also schon lange vor Corona haben doch zahllose Aufklärer schon aufgedeckt, wie die Abschaffung des Bargeldes eine strategische Grundlage der selbsterwählten Weltherrscher bildet. Da wußten wir ja von Corona noch nichts.

Trotzdem versuchen sich selbst die meisten Ärzte dieser Welt ihre Freiheit gerade über den Zertifikats- und Impf-Ablaß-Handel zu erkaufen. Aber bitte hört mich an, all ihr Ärzte da draußen, die ihr so etwas macht: Ihr wißt es doch haargenau, daß man mit Corona alles, aber auch wirklich alles, was ihr auf euren Universitäten zum Thema gelernt habt, über Nacht über den Haufen geworfen hat.

Anstatt euch aber vereint, geschlossen, gegen diesen Skandal zu erheben und euer teuer erworbenes Fachwissen zu verteidigen, schweigt ihr einfach. Und zwar - ich sag warum - aus lauter Angst, daß ihr eure Lizenzen verliert. Und dadurch unterstützt ihr ausgerechnet jenen Masterplan, der hinter dieser gesamten Seuchen-Propaganda und Völkerschreckung steckt!

Und ihr befolgt sogar selber die strategische Order der kontaktlosen Bezahlung. Dabei könnte euer lautstarkes Festhalten allein schon an der ersten Lektion in Pathologie, Virologie, Biologie oder was auch immer zur sofortigen Vereitelung dieser Bargeldlos-Strategie führen. Aber auch jeder durchschnittlich Unterwiesene in medizinisch-anatomischen Bereichen sollte dieses empirisch nachgewiesene Grundwissen doch noch im Kopf drin haben. Jeder Krankenschwester zum Beispiel oder Hebamme wird doch in der Grundausbildung beigebracht, daß Viren nicht selbständig leben können, sondern einen lebendigen Wirt brauchen. Wie könnten da Viren auf totem Bargeld also überleben? ...

Doch jetzt kommen wir zum zentralsten aller Punkte: Mit der Abschaffung des Bargeldes wird jeder einzelne Erdenbürger erpreßbar bis zum Letzten. Denkt jetzt gut darüber nach, was ich sage. Die gegenwärtigen Erpressungen sind nur gerade ein kleiner Vorgesmack auf das, was noch kommt, wenn wir das Bargeld verlieren. Das ist meine feste Prognose. Schon jetzt werden alle, die nicht exakt den Gesundheitsdiktaten entsprechen, von allen möglichen Geschäften, Vergnügungen, Räumlichkeiten, Dienstleistungen, Berufen usw. ausgesperrt.

Nur durch so erzwungene Unterwerfungen können Teilfreiheiten gegenwärtig wieder zurückgekauft werden. Ist aber erstmal das Bargeld abgeschafft, werden ein und dieselben Diktatoren einfach so lange die Konten der Unfügsamen sperren, bis diese wirklich in allem exakt nach ihrer Pfeife tanzen. Versteht ihr das? Und seht ihr, dann wird es für uns alle erst so richtig hart. Heute schon zwingen diese Despoten die Menschen zur Teilnahme an ihren krassen "Impf-Experimenten" – trotz Warnrufen von tausenden Fachkräften und zwar von höchstem Rang, daß es sich um brandgefährliche "Schein-Impfstoffe" handelt.

Es spielt diesen Menschen keine Rolle. Erkennt bitte genau an dieser Tatsache, daß diese Herren, die gegenwärtig die Schalthebel der Welt in der Hand haben, keinesfalls dem wahren Gesundheitswesen entsprungen sein können. Sie entstammen äußerst krankhaften Seelen des globalen-digitalen Finanzkomplexes oder sie sind, wie der neue deutsche Bundeskanzler, dem man nachgewiesen hat, zumindest mit einflußreichsten Finanzkreisen verfilzt.

An den Hebeln der Weltherrschaft sitzen aber auch die korrupten Anteile von Big-Pharma mit den ihnen Verbandelten wiederum; dann diverse Hochgrad-Geheimbünde mit ihren oft ah-

nungslosen Vasallen - wir haben schon oft darüber geredet. Ihre wahren Interessen liegen einzig in der Befriedigung ihrer anomalen Machtgelüste, die sie auf dem Weg der Profit-Hypermaximierung bis zur ultimativen Weltherrschaft ausreizen möchten. Und die Menschheit wird genau in diesen Zielhafen einlaufen - insofern wir dieses hybride Kriegsschiff jetzt nicht endlich stoppen!

Wenn die Weltgemeinschaft diese abnorme Entwicklung aber nicht durch eine klare Weltentscheidung oder durch Weltentscheide unterbindet, werden diese krankhaften Digitalgeld-Herrscher schon bald Dekrete erlassen, die uns heute noch völlig undenkbar scheinen. Nichts noch so Abgründiges, Krankhaftes oder Perverses wird dann unmöglich sein, das garantiere ich. Und keiner sage an dieser Stelle, daß ich hier bloß phantasiere.

Denkt einfach an den Satz, den ich gleich zu Anfang gesagt habe. Wenn nicht fortan alles in genau diese Richtung drängt, ob nun mit oder ohne Corona, oder auch nach Corona, will ich ein falscher Prophet sein. Corona ist eben nur gerade eine der vielen Geißeln, die uns dem eben benanntem Hochziel entgegenpeitschen. Heute schon zwingen uns diese Irren, ich kann sie nicht anders nennen, zu den widersinnigsten Handlungen - ihr kennt es ja aus reichlich eigener Erfahrung - und wir haben hunderte davon eingehend in unseren Kla.TV-Sendungen erläutert. Aber schon morgen, also demnächst werden dieselben Drahtzieher dir den Geldhahn bei jeder noch so geringfügigen Gehorsamsverweigerung einfach zudrehen.

Was für das Gros der Menschheit leider einfach nicht zu fassen ist, ist die Tatsache, daß diese Zwangsherren jede heute noch undenkbare Perversion abfordern werden. Vergeßt an dieser Stelle bitte nicht, wie undenkbar es noch vor zwanzig Jahren gewesen wäre, daß einmal z.B. auch nur schon Gender-Mainstreaming zum weltweiten politischen Programm gehört, oder daß allein in Deutschland den Eltern jährlich hunderttausend Kinder etwa entrissen werden, oder daß alle Welt bis aufs Existenz-Minimum beschnitten wird, wenn sie sich nicht einem massiv umstrittenen Impfxperiment unterziehen läßt usw.

Und doch seht ihr, ist all das und ungleich mehr längst bare Tatsache geworden. Sobald allerdings alles Bargeld abgeschafft ist, kann es sich durchaus schnell dahin entwickeln, daß du für jede Abweichung von der "Post-politischen Korrektheit", also das was noch kommt, automatische Abzüge oder gar Kontosperrungen bekommst. Ich sage dies als einer, dem die Finanzeliten schon seit vielen Jahren erklärungslos jede Kreditwürdigkeit absprechen, obgleich ich mir noch nie irgend etwas zu Schulden habe kommen lassen.

Doch jetzt wieder zurück zu dir: Es könnte aber ohne Weiteres auch sein, daß die eben aufkommenden Weltherrscher es schon bald besser fänden, wenn du dich - und natürlich zum Schutz der Allgemeinheit - noch ungleich mehr impfen läßt und dann wieder testen läßt und wieder impfen, mit immer neuen Impfungen. Oder daß du in absehbarer Zeit ganz freiwillig zum Beispiel dein Geschlecht änderst - oder sonst Geldhahn zu, damit du besser ins Gesamtbild paßt. Verstehst du? Oder, daß du deine Kinder oder deinen Partner natürlich zum Wohl des Staates an die Herrschenden abgibst - sonst Geldhahn zu. Denkt gut mit, was ich hier sage.

Wenn du gerade an mir zu zweifeln beginnst, dann befrage einmal dein Lexikon, was noch einmal "Jus primae noctis" bedeutet:

Ja, ob man es glaubt oder nicht, es was das gesetzliche Recht mittelalterlicher Grundherren auf die erste Nacht mit der Frau eines neu vermählten Hörigen, bzw. Leibeigenen, Untertanen usw. Ja, die erste Nacht. Bei allem Spott über mittelalterliche Entgleisungen - wir merken ja noch nicht einmal, wie in unseren Tagen deren unmenschlichen Gebräuche und Ablaßhandel gerade um ein Vielfaches übertrumpft werden. Die künftig digitalen Geldherrscher könnten es dann aber auch plötzlich nützlicher empfinden, wenn du - natürlich zur Stärkung des Gemeinschaftssinnes - dein Haus mit Einwanderern teilst - oder Geldhahn zu.

Oder du zwecks besserer Integration auf einen anderen Beruf überwechselst - oder Geldhahn

zu. Oder dich, zur Schonung natürlich, mit einem sogar noch passenderen Partner begnügt - oder Geldhahn zu. Versteht ihr, wovon ich rede? Oder zu deinem besonderen Schutz natürlich vielleicht gar keinen Partner mehr haben solltest. Kann man alles ... bestimmen - oder Geldhahn zu. Jeder kann jetzt diese bevorstehenden Möglichkeiten selber noch beliebig fortsetzen. Aber glaubt es besser, was irgend ihr euch jetzt Unmögliches vielleicht zusammenreimt - es könnte immer noch schlimmer werden. Das ist meine feste Behauptung an dieser Stelle.

Aber all dies allerdings nur dann, wenn die Weltgemeinschaft jetzt nicht endlich weitere gemeinsame Schritte unternimmt und verbindliche Entscheidungen trifft. Auf welchen Wegen und unter wessen Fahne diese Weltentscheide herbeigeführt werden, kann ich nicht auch noch in diesen Teil einbauen. Ein jeder packe einfach an, was er packen kann. Ein jeder handle seiner Begabung gemäß. Ich skizziere zum Schluß nur gerade drei der wichtigsten aller notwendigen Weltentscheide, die wir treffen sollten. Der erste Punkt ist dabei der dringendste. Ich sage:

1. Laßt uns den weltweiten Entscheid herbeiführen, daß aus Krisen, aus Seuchen, aus Epidemien, Pandemien, Katastrophen und dergleichen, ab sofort keinerlei Profite mehr geschlagen werden dürfen.

Habt ihr das gut verstanden? Dieser Welt-Krisen-Entscheid muß sowohl für Einzelpersonen gelten als auch für jede Art von Krisen-profitierenden Geschäften, so etwa Banken, Pharma, Versicherungen, Spekulanten aller Gattung, Verbände, Regierungen, Hilfswerke usw. einfach jede Gattung.

Es darf ab sofort nicht mehr sein, daß an ein- und derselben Krise auf der einen Seite zahllose Millionen von Menschen regelrecht verbluten, während sich auf der anderen Seite eine wirklich überschaubare Menge raffgieriger Profiteure maßlos an diesen Verblutenden bereichern. Das geht doch einfach nicht so. Also dieser erste Punkt scheint mir, wie gesagt, der dringendste und notwendigste zu sein - Weltentscheid.

2. Ein zweiter Weltentscheid muß sein die unbedingte Erhaltung unseres Bargeldes aus eben benannten und noch weit mehr Gründen. Das ist eine weitere unerläßliche Notwendigkeit. Mein Rat: Bezahle, so viel du kannst, mit Bargeld und zeuge überall davon, daß Bargeld einen großen Anteil an Freiheit bedeutet.

3. Eine dritte Weltentscheidung muß dahin geführt werden - also ebenso muß es zu einem Weltentscheid kommen, der die unbedingte Produktionseinstellung jeder digitalen Überwachungstechnologie fordert. Allem zuvor muß die dazu dienliche 5G-Technologie verhindert werden und verboten werden. Sie ist eh brandgefährlich für unsere Gesundheit, wie die Vorgängergenerationen Mobilfunkstrahlung ja auch.

Zu guter Letzt muß auch allen Zwangsabgabe-Medien so lange das Recht auf Bezahlung abgesprochen werden, wie sie Gegendarstellungen verweigern - wie sie es längst tun und gewichtige Zeugen der Wahrheit zensieren. Und das war wieder einmal nur die Spitze des Eisberges, wobei ich den ersten Weltentscheid - also das absolute "Krisen-Profit-Verbot" als allerroberste Pflicht - die drei übrigen als Kür bezeichnen würde.

Noch eine Prognose zum Schluß: Nicht allein diese sogenannte Pandemie würde über Nacht vorbei sein, sobald sich keiner mehr, wirklich keiner mehr, daran bereichern darf. Mit jeder Mensch-gemachten Krise wird dann aber auch genau dasselbe geschehen.

Verbreitet also diese Impulse, diese Warnungen und Aufrufe bitte möglichst auf all euren Kanälen. Klärt ständig die noch Unwissenden auf. Packt an und verbindet euch mit aktiv Aufgewachten, wo und mit wem immer ihr könnt! ... Von Ivo Sasek<<

29.01.2022

BRD: Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtet am 29. Januar 2022 (x1.052): >>Patientierter Kontrollwahn

Der digitale Impfpaß dient als Vorwand für eine nie mehr endende Gesundheitsdiktatur.

von *Simone Hörrlein*

Seit Beginn des Corona-Viruswahns werden Menschen weltweit darauf konditioniert, eine Rückkehr zur Normalität gäbe es erst, wenn die gesamte Weltbevölkerung geimpft ist. Ein nicht unerheblicher Teil der Menschen hat sich deshalb diesem Experiment unterzogen, doch die Rückkehr in die versprochene Normalität blieb bisher aus. Statt dessen wird nun von Seiten der Regierungen der Schrei nach einem digitalen Impfpaß immer lauter. Weshalb dieser unbedingt benötigt wird, zeigt ein aktuelles Patent vom August 2021. Geht es nach den Erfindern, soll es nie wieder eine wie auch immer geartete Normalität geben.

Das Patent, welches die Totalüberwachung via Mobiltelefon vorsieht, öffnet die Büchse der Pandora. Schafft es die Erfindung in die praktische Umsetzung, wären Freiheit und Selbstbestimmung ein für allemal dahin, an ihre Stelle träten Überwachung und totale Kontrolle, und zwar nicht nur unseres Gesundheitszustandes, sondern womöglich unseres gesamten Lebens.

Am 18. März 2021 wurde beim US-amerikanischen Patentamt ein Antrag eingereicht, dem bereits am 31. August 2021 - also nur vier Monate später - stattgegeben wurde.

Das Patent US11,107,588B2 mit dem Titel ... "Verfahren und Systeme zur Priorisierung von Behandlungen, Impfungen, Tests und/oder Aktivitäten bei gleichzeitigem Schutz der Privatsphäre von Personen" entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Albtraum einer jeden freien Gesellschaft.

Das Patent, das im August 2020 auch beim israelischen Patentamt angemeldet wurde, ist extrem umfangreich und sieht die lückenlose Überwachung unseres Gesundheitszustandes und die damit einhergehende komplette Aushebelung des Datenschutzes vor.

Wer sind die Erfinder?

Erfinder des Patentes sind die renommierten und weltweit anerkannten Patentanwälte Gal Ehrlich und Maier Fenster. Ehrlich und Fenster sind Gründer der Ehrlich Group, die sich mit ihren 43 Experten um die globale Vermarktung des intellektuellen Eigentums internationaler Universitäten, globaler High-Tech-Unternehmen und innovativer Start-ups kümmert.

Die Erfinder sind aber nicht nur Patentanwälte, sie verfügen auch über eine wissenschaftliche Expertise und sind zudem weltweit vernetzt. Ehrlich besitzt einen Bachelor in Biologie und hat in der Gentechnologie promoviert. Sein Partner Fenster hat einen Master in Computerwissenschaften und einen Bachelor in Mathematik und Physik, außerdem war er an über 40 weiteren hochinteressanten Patentanmeldungen in den Bereichen Software und Medizintechnik beteiligt.

Darüber hinaus war Fenster Mentor des Talpiot-Programms, das die israelischen Verteidigungskräfte (IDF) 1979 ins Leben gerufen haben, ein Elitetrainingsprogramm für solche Rekruten, die herausragende akademische Fähigkeiten in der Wissenschaft sowie Führungspotential bewiesen haben. Die Absolventen dieses Programmes sollen dafür sorgen, daß militärische Forschung schnellstmöglich ihren Weg in die Zivilgesellschaft findet.

Klassifizierungen in der Patentschrift

Um das Potential der Erfindung im Detail zu erfassen, werfen wir kurz einen Blick auf die Klassifizierungen in der Patentschrift, die von Big Data bis zu künstlicher Intelligenz reichen.

G16H50/80 ICT (Anmerkung: ICT steht für Informations- und Kommunikationstechnik): Besonders geeignet für die medizinische Diagnostik, die medizinische Simulation oder das medizinische Data Mining; zur Erkennung, Überwachung oder Modellierung von Epidemien oder Pandemien. G16H50/30 ICT:

Darunter fällt auch die Berechnung von Gesundheitsindizes, die für eine individuelle Gesundheitsrisikobewertung genutzt werden können. G06N7/005 Probabilistische Netze (Anmerkung: Probabilistische Netze gelangen aufgrund von Wahrscheinlichkeiten zu bestimmten Schlußfolgerungen). H04W4/023:

Dienste zur Nutzung von Standortinformationen unter Verwendung gegenseitiger oder relati-

ver Standortinformationen zwischen mehreren Zielen von standortbezogenen Diensten oder von Entfernungsschwellenwerten. H04W4/029: Standortbezogene Management- oder Verfolgungsdienste. Y02A90/10 ICT: Zur Unterstützung der Anpassung an den Klimawandel, zum Beispiel für Wettervorhersage oder Klimasimulation.

Wie funktioniert die Erfindung?

Im Abstract der Patentschrift beziehen sich die Erfinder primär auf Ausführungsformen ihrer Erfindung, bei der es um die Auswahl von Menschen zur Behandlung gegen eine durch einen Erreger verursachte Infektionskrankheit geht. Diese Erreger können Viren, Bakterien, Pilze oder Protozoen sein.

Die Auswahl einer "infizierten Person" kann über eine beliebige elektronische Vorrichtung erfolgen, beispielsweise ein Mobiltelefon oder auch einen implantierbaren Chip.

Im Falle eines Mobiltelefons wird die Erfindung in Form einer App genutzt. Die App wird mit bestimmten Anweisungen konfiguriert, welche eine eindeutige ID erzeugen, sobald sich andere Mobiltelefone in der Nähe befinden. Diese individuellen IDs werden dann zwischen allen anwesenden Mobiltelefonen ausgetauscht, so daß für jeden einzelnen Kontakt eine eindeutige ID übermittelt wird.

Aus sämtlichen Kontakten sowie den persönlichen Gesundheitsdaten aller Kontakte, letztere entnimmt die App-Software der jeweiligen elektronischen Patientenakte, wird eine bestimmte Punktzahl errechnet. Ein Server, mit dem die App kommuniziert, ermittelt anschließend aus dieser Punktzahl die Wahrscheinlichkeit, daß ein Individuum einen Erreger überträgt. In Abhängigkeit von dieser Wahrscheinlichkeit erhalten sämtliche Kontakte automatisch eine Benachrichtigung mit Behandlungsanweisungen an ihre App.

Die Detektion von Superspreadern

Auch die Idee vom Superspreader - also von Menschen, die eine potentielle Infektion an sehr viele andere Menschen weitergehen könnten - wurde in der Erfindung bedacht. Um einen sogenannten Superverbreiter zu erkennen, sucht die Software in der Patientenakte nach bestimmten Merkmalen, welche die Verbreitung einer Infektion erhöhen könnten. Findet die Software derartige Merkmale, gewichtet sie diese und ermittelt zusammen mit der Anzahl der Kontakte einen individuellen Gefährlichkeitsindex.

Ob die Software einen Menschen als Superverbreiter einstuft, beruht dabei auf statistischen Werten, was Raum für Fehleinschätzungen läßt. Denn wenn ein Mensch zu 60 Prozent ein Superverbreiter sein könnte, dann könnte er zu 40 Prozent auch kein solcher sein. Wer beispielsweise an einem ungefährlichen Raucherhusten, an Asthma oder vielleicht einer Pollenallergie leidet, könnte als Superverbreiter und damit Gesundheitsgefährder eingestuft und zu einer unnötigen Behandlung und/oder Isolation genötigt werden.

Der Willkür ist Tür und Tor geöffnet

Doch nicht nur der potentielle Superverbreiter, auch alle Menschen, deren Mobiltelefone sich in Bluetooth-Reichweite seines Mobiltelefons aufhielten, könnten ausschließlich aufgrund von Wahrscheinlichkeiten zu unnötigen Therapien und/oder Impfungen gezwungen werden. Und da die Software eine Blackbox darstellt - denn die einprogrammierten Grenzwerte und Gewichtungen liegen nicht in unserer Entscheidungsgewalt - ist Mißbrauch vorprogrammiert. Wie ein solcher Mißbrauch aussehen könnte, verrät uns die Patentschrift:

"Je nachdem welche Grenzwerte und Gewichtungen in die Software einprogrammiert werden, können zudem soziale Kontakte auf ein Minimum reduziert oder ganz verhindert werden."

Wir könnten also nach Lust und Laune isoliert und voneinander separiert werden, ganz nach den Wünschen derjenigen, die die Hoheit über die Programmierung besitzen.

Datenschutz ade

Die Erfindung besitzt aber nicht nur das Potential, Menschen zu Superverbreitern und Gesunde zu Kranken zu degradieren, sie ermöglicht auch einen nie da gewesenen Datenmißbrauch.

Denn wenn es nach den Erfindern geht, soll die Software nicht nur Zugriff auf unsere Patientenakte, sondern auch die vollständige Kontrolle über unsere Mobiltelefone erhalten:

"Es wird darauf hingewiesen, daß Husten und Niesen (und deren Häufigkeit) automatisch von einem mitgeführten Gerät, wie z.B. einem Mobiltelefon, durch Signalanalyse eines automatisch und optional kontinuierlich (oder wiederholt diskret) gesammelten Audiosignals vom Mikrofon erkannt werden können."

Weiter heißt es in der Patentschrift: "Die Erfindung kann ein elektronisches Gerät, wie z.B. ein Mobiltelefon, nutzen, um einen einzigen Kontakt zu erkennen, der für eine Übertragung ausreichen kann", also einen sehr nahen Kontakt.

Die Erkennung von Nähe soll dabei unter Verwendung von Bluetooth, die Erkennung von körperlicher Aktivität durch die Analyse einer von einem solchen Gerät aufgezeichneten Audiospur erfolgen. Ob man sich in einem Gebäude oder im Freien befindet, soll die Geolokalisierung oder andere Sensoren des Mobiltelefons ermöglichen, die von der Umgebung beeinflusst werden, zum Beispiel Echos im Audio.

Damit die totale Überwachung, die selbstverständlich ausschließlich dem Gesundheitsschutz der Menschheit dienen soll, auch funktioniert, müssen wir also lediglich den Zugriff auf alle unsere Daten und auf unser Mobiltelefon freigeben.

Wir wären also nicht einmal mehr in unserem Schlafzimmer vor staatlicher Überwachung und Willkür sicher.

Dürfen wir in Zukunft vielleicht nur noch intime Kontakte zu Menschen pflegen, die frei von jeglichen Erregern sind? Haben wir uns schon soweit von der Wissenschaft entfernt, daß wir nicht einmal mehr erkennen, daß biologische Wesen Träger unzähliger Keime sind? Keime, die mit uns in Symbiose leben und uns nur dann krank machen, wenn unser Immunsystem geschwächt ist. Wer das vergessen hat, dem empfehle ich eine Weiterbildung und verweise auf eine Studie, die sich mit Viren in gesunden Menschen befaßt und den Titel "Metagenomic analysis of double-stranded DNA viruses in healthy adults" trägt.

Covid-19-Impfungen im Abonnement

Die Patentschrift geht auch explizit auf Sars-CoV-2-Infektionen ein. In einem solchen Falle, so heißt es, solle umgehend ein von der WHO empfohlener Impfstoff zur Behandlung vorgeschlagen und der Standort der nächsten Impfeinrichtung angezeigt werden. Damit dies auch reibungslos funktioniert, sollen sämtliche Impfstoffkandidaten gegen Sars-CoV-2 - bisher 167 an der Zahl - in die Software integriert werden.

Die Erfinder wußten also bereits zu der Zeit, als sie die Patentschrift abfaßten - und das war angesichts des Umfangs wohl weit vor dem Datum der Patenteinreichung -, daß Sars-CoV-2 zu einem "Killervirus" mutieren und Covid-19 zu einem weltweiten Dauerproblem werden würde. Dazu paßt auch ganz ausgezeichnet, daß es weltweit kaum noch ein Pharmaunternehmen gibt, das nicht an Impfstoffen und/oder Medikamenten gegen Sars-CoV-2 forscht und dezentrale Studien plötzlich wie Pilze aus dem Boden schießen.

Das Virus hat einen Goldrausch in der Branche und an den Börsen ausgelöst und zahlreiche Investoren bereits unglaublich reich gemacht. Und damit das auch in Zukunft so weitergehen kann, muß der Viruswahn und die Angst vor jeder Art von Infektionskrankheit mit allen Mitteln aufrechterhalten werden.

Dabei spielt die Gefährlichkeit eines Erregers überhaupt keine Rolle, auch ob nun tatsächlich Menschen erkranken oder nicht, ist eigentlich irrelevant, schließlich gibt es PCR-Tests, die nach Bedarf "Fälle" konstruieren. Und durch die Änderung der Gewichtung verschiedener Parameter in der Software lassen sich gesunde ganz einfach zu kranken und behandlungsbedürftigen Menschen degradieren.

In der Medizin ist die Korrektur von Grenzwerten nach unten seit Jahren gang und gäbe. Galt vor 40 Jahren noch ein systolischer Blutdruckwert von 100 plus Lebensalter als normal, gilt

heute alles über 120 zumindest als bedenklich. Das gleiche gilt für den Cholesterinspiegel, auch er wurde in den letzten Jahren Schritt für Schritt nach unten korrigiert. Die Verschiebung von Grenzwerten nach unten hat vor allem der Pharmaindustrie gigantische Zuwächse ermöglicht, und ich bezweifle, daß diese Praxis vor dieser Erfindung halt machen wird.

Impfung als Vorwand für die digitale ID

Wann diese Erfindung großflächig zum Einsatz kommen wird, dürfte nur eine Frage der Zeit sein, denn überall auf der Welt schreien Politiker immer lauter nach einem digitalen Impfpfaß. Dieser Paß soll aber nicht nur unseren Impfstatus anzeigen, er soll auch das einzige Dokument werden, mit dem wir am Leben in der Gesellschaft noch teilhaben können. Dies ist der Grund, weshalb Alle - ohne Ausnahme - geimpft werden sollen.

In Ländern wie England und Kanada sind solche Impfpässe bereits an der Tagesordnung, um bestimmte Einrichtungen und Veranstaltungen zu besuchen oder im In- und Ausland zu reisen.

Auch in Europa soll bald nichts mehr ohne einen Impfpfaß gehen. Daß der Grund für diesen Vorstoß weniger ein Virus, sondern vielmehr die seit Langem geplante digitale ID sein dürfte, geht aus einem Artikel des französischen Rüstungs- und Sicherheitskonzern Thales Group hervor.

In seinem Digital Identity & Security Blog gibt Thales im Juli 2021 einen Einblick in eine düstere Zukunft. Unter dem Titel "Wie eine digitale ID Bürgern den Zugang zu Behörden-diensten von überall her erleichtern kann" findet sich dort Überwachungswahn in Reinstform, der uns zudem als etwas Positives verkauft wird:

"Sogenannte digitale 'Impfpässe' werden eine Schlüsselrolle dabei spielen, den Bürgerinnen und Bürgern den Zugang zu allen möglichen Dienstleistungen zu ermöglichen, und sie werden als Vorläufer für die Einführung der mobilen digitalen ID dienen. ... Im Juni dieses Jahres unternahm die Europäische Union einen Schritt in Richtung eines der größten Projekte zur digitalen Identität überhaupt, als sie einen Rahmen für eine europaweite digitale Identität vorschlug."

Das erwähnte EU-Projekt sieht vor, daß bis 2030 80 Prozent aller Europäer diese eIDs verwenden sollen. Für die Einhaltung dieser "Deadline" will in Deutschland auch das Start-up Culture4Life mit seiner App Luca sorgen. Bisher nutzen Luca nur Veranstalter und Besucher von Gastronomie und Veranstaltungen lediglich zur Kontaktverfolgung, doch Geschäftsführer Patrick Hennig möchte dies bald ändern.

Laut einem Interview mit der Berliner Zeitung vom 7. Januar 2022 soll sich Hennig folgendermaßen geäußert haben:

"Seit einiger Zeit muß man zusätzlich zum Impf- oder Genesenenausweis auch den Personalausweis oder Paß vorzeigen. Das wollen wir in Luca auch einfach zusammenführen. Dann muß man vielleicht bald nur noch sein Handy zeigen. ..."

Daß es sich bei Culture4Life nicht um ein kleines unbedeutendes Start-up handelt, sondern daß dahinter Interessen finanzstarker IT-Konzerne stehen, wird auf der Website offensichtlich. Dort erfährt der interessierte Leser, daß das Team hinter der "Luca-Initiative" aus der neXenio GmbH, einer Ausgründung des Hasso-Plattner-Instituts, und einigen Kulturschaffenden besteht, wobei letztere nur schmückendes Beiwerk sein dürften, um der Sache einen "coolen Touch" zu verleihen.

Hasso Plattner, der ein Nettovermögen von circa 14 Milliarden Dollar sein eigen nennt, ist Mitbegründer des international operierenden Softwarekonzerns SAP, welcher ebenfalls zu den Unterstützern zählt. Rechtzeitig, nämlich am 3. Juni 2021, wurde Dr. Ariel Dora Stern zur HPI-Gastwissenschaftlerin für digitale Gesundheitsökonomie und -politik am Hasso-Plattner-Institut ernannt. Stern beschäftigt sich an der Harvard Business School unter anderem mit den Themen: Wie werden neue medizinische Technologien angenommen und in der Praxis einge-

setzt? Was sind die wirtschaftlichen und politischen Triebkräfte der Innovation? Wie verändert die Digitalisierung die Gesundheitsversorgung und die Medizintechnik?

Doch nicht nur Deutschland und die EU, auch die USA bereiten sich auf den Einsatz dieser Erfindung vor. Das US-Repräsentantenhaus hat am 30. November 2020 den Gesetzentwurf H.R. 550 - "Immunization Infrastructure Modernization Act of 2021" - verabschiedet, der die Überwachung des Impfstatus der amerikanischen Bürger durch die staatlichen und lokalen Gesundheitsbehörden ermöglichen soll.

Der Überwachungsstaat schreitet in Riesenschritten voran, sämtliche Technologien und Werkzeuge, die dafür benötigt werden, sind bereits einsatzbereit. Es kommt nun also auf die Menschen an. Wird sich die Masse weiterhin durch Angst vor einem "todbringenden" Virus in die Enge treiben lassen?

Werden die Menschen Dauerimpfungen akzeptieren, die bereits auf Jahre hinweg geplant sind und bei Covid nicht aufhören werden? Werden die Menschen die totale Überwachung mittels digitalem Impfpfäß akzeptieren? Werden sie ihre Rechte auf Datenschutz und körperliche Unversehrtheit einfach so aufgeben? Wenn dies geschieht, wird diese Erfindung einen grandiosen Siegeszug feiern und wir uns früher oder später in einer total überwachten und kontrollierten Welt wiederfinden. Der Impfpfäß ist der Schlüssel zu diesem digitalen Totalitarismus, sorgen wir also dafür, daß er scheitert.

Simone Hörrlein ist Lebensmittelchemikerin und Wissenschaftsjournalistin. Nach ihrem Studium an der TU München war sie mehrere Jahre in der medizinischen Forschung tätig und arbeitete zuletzt in der Wissenschaftskommunikation des Kompetenzzentrums für Ernährung. Neben den Naturwissenschaften interessiert sie sich für Finanz- und Geopolitik. Aktuell lebt sie in Kanada.<<

Schweiz: Der schweizerische Internetsender "[Klagemauer.tv/21462](https://www.klagemauer.tv/21462)" berichtet am 29. Januar 2022 (x1.049/...): >>**Welche Minderheit uns lenkt und was sie will - Interview mit Ernst Wolff und Elsa Mittmannsgruber**

Mark Twain hat mal gesagt: "Nicht das, was wir nicht wissen, bringt uns in Schwierigkeiten, sondern das, was wir fälschlicherweise glauben." Und was oder wem haben wir bisher geglaubt? In diesem Interview teilt Ernst Wolff sein Expertenwissen aus dem Finanzsektor mit und zeigt die Zusammenhänge zwischen dem alles lenkenden digital-finanziellen Komplex, den gewaltigen Umwälzungen des Finanzsystems und der Rolle des Virus darin auf.

"Die andere Seite mag über mehr Geld, mehr Besitz und dazu über alle Waffen der Welt verfügen. Aber ihre Macht stützt sich weder auf ihr Geld, noch auf ihren Besitz, noch auf ihre Waffen, sondern einzig und allein auf einen Faktor, und das ist die Unwissenheit der Mehrheit der Menschen."

Mit diesem Zitat des Finanzexperten Ernst Wolff eröffnet Elsa Mittmannsgruber vom österreichischen TV-Sender "Auf1" ein Interview mit dem Fachmann selbst, welches wir nachfolgend mit freundlicher Genehmigung von "Auf1.TV" ausstrahlen. Ernst Wolff teilt hier die Ergebnisse seiner langjährigen, intensiven Recherchen und Beobachtungen im Finanzsektor mit. Er deckt erhellend die Machtstrukturen der komplexen Finanzelite auf und zeigt mögliche Schritte aus der Falle der totalen Abhängigkeit, die jedermann tun kann.

Interview:

Elsa Mittmannsgruber: Die andere Seite mag über mehr Geld, mehr Besitz und dazu über alle Waffen der Welt verfügen. Aber ihre Macht stützt sich weder auf ihr Geld, noch auf ihren Besitz, noch auf ihre Waffen, sondern einzig und allein auf einen Faktor, und das ist die Unwissenheit der Mehrheit der Menschen. Dieses Zitat stammt nicht von mir, sondern von Ernst Wolff, auch bekannt als "Wolff of Wall Street". Der Journalist und Autor hat es sich zum Ziel gesetzt, dieser Unwissenheit entschieden entgegenzutreten und die Menschen aufzuklären, insbesondere über die Machenschaften des digital-finanziellen Komplexes. Darüber spreche

ich heute mit Ernst Wolff bei "AUFrecht AUF1".

Elsa Mittmannsgruber: Ich begrüße Sie, Herr Wolff.

Ernst Wolff: Ja, guten Tag. Vielen Dank für die Einladung.

Elsa Mittmannsgruber: Herr Wolff, Sie sind der Meinung, daß die Pandemie Teil eines großen Plans ist. Wie begründen Sie das?

Ernst Wolff: Na, die Welt befindet sich ja in einem absoluten Ausnahmezustand. Wir haben Dinge erlebt, die es so in der Geschichte der Menschheit noch nicht gegeben hat. Also, daß die gesamte Weltwirtschaft stillgelegt wurde, daß in 200 Ländern gleichzeitig Maßnahmen ergriffen wurden gegen eine Krankheit, deren Auswirkungen ja weitaus übertrieben wurden. Also all das ist noch nie passiert, und so etwas kann man nicht einfach so mit einem Fingerschnipsen in die Welt setzen. Da müssen irgendwelche Kräfte im Hintergrund sein, die daran gearbeitet haben, die das möglicherweise auch vorbereitet haben. Und dazu muß man wissen, in welcher Situation wir uns zurzeit befinden.

Also wir befinden uns im Moment eigentlich am Ende von drei historischen Zyklen. Der eine Zyklus, das ist das Ende des gegenwärtigen Finanzsystems. Unser Finanzsystem ist vor 77 Jahren entstanden und ist in den letzten Jahren in ganz große Schwierigkeiten geraten. Es ist 1998 das erste Mal beinahe zusammengebrochen, dann 2007/2008 im Zuge der Weltfinanzkrise beinahe zusammengebrochen. Das dritte Mal im letzten März beinahe zusammengebrochen, und wir haben im März letzten Jahres einen Wendepunkt erreicht. Weil die Zentralbanken können das Finanzsystem nur durch zwei Maßnahmen am Leben erhalten: das eine ist Geld schöpfen, und das andere ist Zinsen senken.

Und sie sind bei den Zinssenkungen jetzt im März letzten Jahres bei null angekommen. Da das Bankensystem nicht mit Negativzinsen auf Dauer leben kann, ist da eine Grenze erreicht. Von jetzt an kann dieses System nur noch aufrechterhalten werden, indem man besinnungslos weiter Geld druckt. Genau das tut man jetzt seit 18 Monaten, aber das führt in die Entwertung des Geldes, schlußendlich in eine Hyperinflation und in den Zusammenbruch des Systems.

Also wir sehen zurzeit die Endphase des Finanzsystems, so wie wir es seit dem Zweiten Weltkrieg kennen. Dann sind wir aber auch am Ende eines viel größeren Zyklus: Der Kapitalismus hat ja ungefähr eine Geschichte von ca. 250 Jahren, und dieser Kapitalismus geht auch zu Ende, und zwar deswegen, weil wir uns in der vierten industriellen Revolution befinden.

Ganz kurz zur Erklärung nochmal: Die erste industrielle Revolution, das war die Einführung der Maschinen, der Beginn des Kapitalismus. Die zweite industrielle Revolution, das war die Einführung von Fließbändern und die Verwissenschaftlichung der Massenproduktion. Die dritte industrielle Revolution, das war die Einführung der Computer und des Internets. Und die vierte industrielle Revolution, in der wir jetzt drinstecken, das ist die Einführung der künstlichen Intelligenz im großen Rahmen.

Diese vierte Revolution wird zum Abbau von Hunderten von Millionen Arbeitsplätzen führen. Und das Problem ist, daß der Kapitalismus auf zwei Füßen steht: auf dem Kapital und der menschlichen Arbeit. Und diese menschliche Arbeit fällt jetzt in riesigem Ausmaß weg. Dadurch fällt auch die Wertschöpfung durch die Menschen weg.

Sehr viele Menschen werden jetzt in die Arbeitslosigkeit entlassen werden, und da das System konsumgetrieben ist, fallen wir auch als Konsumenten aus. D.h. man muß sich da etwas überlegen, also der Kapitalismus, so wie er bisher funktioniert hat, wird in Zukunft nicht weiter funktionieren. Und dann gibt es noch einen dritten Zyklus, das ist der Zyklus des Geldes.

Das Geld ist aus der Tauschwirtschaft entstanden, dann sind irgendwann mal die Edelmetalle reingekommen, dann hat man Papiergeld gedruckt, dann digitales Geld. Aber Geld ist in der ganzen Zeit, in der es existiert hat, immer ein Gradmesser für menschliche Arbeit gewesen. Also eine Ware ist teuer deswegen, weil viel Arbeit drinsteckt, eine andere ist billig, weil wenig Arbeit drinsteckt.

Dieses Prinzip wird jetzt auch durchbrochen durch die vierte industrielle Revolution. Wenn wir es mit selbstreplizierenden Robotern zu tun haben, dann kann man das nicht mehr so messen, wie man das früher gemessen hat, d.h. das Geld in seiner bisherigen Rolle wird auch irgendwann sein Ende finden. Also wir stehen am Ende von drei historischen Zyklen, und diejenigen, die unser System im Hintergrund leiten, das sind ja immer irgendwelche Kräfte im Hintergrund, es gibt ja Thinktanks, es gibt NGOs, die ganzen Regierungen haben ihre Geheimdienste, dann haben die auch ihre wissenschaftlichen Beratungen usw., und diese ganzen Leute, die wissen natürlich, daß wir an dieser historischen Schwelle stehen, und die haben sich da auch drauf vorbereitet.

Und es gibt ja ein Buch, in dem praktisch das Szenario für dieses Ganze, was wir jetzt erleben, klar ausgeführt ist. Das Buch ist von Klaus Schwab und heißt "The Great Reset". Er schreibt darin, daß die Welt an einem Wendepunkt angekommen ist, daß alles neu gestartet werden muß. Und natürlich, diejenigen, die die Macht in der Hand halten, wollen die Welt neu starten, aber zu ihren eigenen Gunsten. Das heißt, wir haben eine ganz kleine Minderheit, die das im Hintergrund dirigiert, und die stützt sich auf mehrere Organisationen.

Es gibt einige Organisationen in der Welt, die im Moment sehr wichtig sind. Sehr wichtig ist das World Economic Forum in Davos, sehr wichtig ist das International Finance Forum in Beijing, sehr wichtig ist die Rolle der Kommunistischen Partei und die Zusammenarbeit zwischen der Kommunistischen Partei Chinas und den großen Digitalkonzernen des Westens. Ich denke, daß sich da so eine neue Achse bildet, und daß diese Achse sehr weitgehend hinter dem steht, was wir erleben.

Elsa Mittmannsgruber: Das Virus diene also dazu, dem Ganzen einen Gnadenstoß zu geben.

Ernst Wolff: Also das Virus hat in die ganze Entwicklung einen Turbo hineingelegt, und ich vermag jetzt nicht zu sagen, ob dieses Virus nun künstlich erzeugt wurde oder ob es tatsächlich das gegeben hat.

Auf jeden Fall ist dieses Virus in unvorstellbarer Weise mißbraucht worden. Wir wissen ja heute, daß diese Krankheit, die es auslöst, nicht annähernd so gefährlich ist. Auf jeden Fall für den Großteil der Bevölkerung nicht annähernd so gefährlich ist, daß sehr viele Maßnahmen ergriffen wurden, die nicht die Gesundheit der Menschen gefördert haben, sondern die sie weiter eingeschränkt und verschlechtert haben.

Ob das nun diese Lockdowns sind, ob das das Social Distancing ist, was sehr viele Leute in Verzweiflung und teilweise in den Selbstmord getrieben hat, ob das das Maskentragen von Kindern ist, ob das die ganzen wirtschaftlichen Maßnahmen sind. Man darf nicht vergessen: Im Zuge dieser Maßnahmen ist der Lebensstandard von mehr als anderthalb Milliarden Menschen gesenkt worden. Es sind mehr als 150 Millionen Menschen in den Hunger geschickt worden. Das sind ganz fatale, offensichtliche Nebenwirkungen dieser Aktion.

Deswegen kann man nicht glauben, daß es sich hierbei irgendwie um eine gesundheitliche Agenda gehandelt hat. Und man weiß ja im Hintergrund, daß gerade die Zentralbanken schon seit längerem an einem neuen Geldsystem arbeiten, und dieses neue Geldsystem, das ist digitales Zentralbankgeld. Das soll die Zukunft unseres Geldsystems sein. Digitales Zentralbankgeld bedeutet, daß wir alle nur noch ein einziges Konto haben, daß die Banken in ihrer bisherigen Funktion abgeschafft werden, daß jeder nur noch ein einziges Konto bei der Zentralbank hat, und das heißt, daß er der totalen Kontrolle durch die Zentralbank unterworfen ist.

Dieses Geld soll programmierbar sein, das wird an Ablaufdaten gebunden sein, das wird möglicherweise zweckgebunden sein, also das wird den Zentralbanken die totale Kontrolle über die Menschen erlauben. Das Problem dabei ist, die Menschen werden so ein System natürlich nicht freiwillig akzeptieren. Was kann man also machen? Seit einiger Zeit wird ja die Agenda des universellen Grundeinkommens überall propagiert.

Und meine Vermutung ist, daß man die Weltwirtschaft jetzt zum Zusammenbruch bringt, daß

man soziales Chaos schafft mit Vorbedacht - absichtlich -, um dann irgendwann mit diesem universellen Grundeinkommen aufzuwarten, es den Leuten praktisch als humanitären Akt, um aus der Krise herauszukommen, anbietet und darauf hofft, daß die Leute das auf diese Art und Weise akzeptieren, und man es so dann flächendeckend einführen kann.

Elsa Mittmannsgruber: Das heißt Sie sagen, das Virus hat dazu beigetragen, die Weltwirtschaft zu zerstören, um dann selbst das neue System präsentieren zu können in Form eines Digitalgeldes oder universellen Grundeinkommens, und dann sagen Sie aber noch, daß derzeit die größte Plünderungsaktion in der Geschichte der Menschheit stattfindet. Was heißt das genau?

Ernst Wolff: Das heißt Folgendes: Im Rahmen des Zusammenbruchs oder Beinahe-Zusammenbruchs im März letzten Jahres sind ja die größten Rettungsgelder aller Zeiten vergeben worden. In der Weltfinanzkrise haben wir es mit Hunderten von Milliarden zu tun gehabt, jetzt haben wir es mit Billionen zu tun gehabt. Und diese Billionen, die sind ja nicht da, sondern die werden künstlich geschaffen von den Zentralbanken. Und die wandern nicht an Sie, die wandern nicht an mich, die wandern nicht an die arbeitende Bevölkerung, sondern die gehen in die Hände von Großinvestoren. Und man muß einfach nur sehen, wie diese Großinvestoren in den letzten 18 Monaten profitiert haben.

Ich sage ja immer, der digital-finanzielle Komplex, das ist die entscheidende Kraft in unserer Welt. Zum digital-finanziellen Komplex gehören an der Spitze die großen fünf Digitalkonzerne. Das sind Amazon, Alphabet, Apple, Microsoft und Facebook. Diese fünf Konzerne alleine haben inzwischen einen Börsenwert von 10 Billionen Dollar. Das ist einfach eine unvorstellbare Größe, das ist mehr als das Doppelte dessen, was in Deutschland in einem Jahr an Waren produziert und an Dienstleistungen erbracht wird.

Ein weiterer Riesenprofiteur dieser ganzen Umverteilung sind die Vermögensverwalter. An der Spitze stehen da BlackRock und Vanguard. BlackRock und Vanguard verwalten zurzeit ein Vermögen von etwa 16 Billionen Dollar. Es ist auch eine unvorstellbare Größe, und diese Summe hat natürlich ungeheuer zugenommen.

Und wenn man mal genau nachsehen will, wer der allergrößte Profiteur im letzten Jahr gewesen ist: Das ist Facebook gewesen. Facebook hatte Anfang oder Ende 2019 einen Börsenwert von 500 Milliarden US-Dollar und ist inzwischen auf 1,1 Billionen angewachsen. Das ist mehr als eine Verdoppelung dessen, was dieser Börsenwert ausdrückt. Und man muß auch mal in die Geschichte zurückgehen. Man muß sich mal daran erinnern, daß Apple z.B. 42 Jahre gebraucht hat, um als erste Firma der Welt einen Börsenwert von mehr als 1 Billion zu erreichen.

Inzwischen steht Apple aufgrund dieser Maßnahmen bei 2,5 Billionen innerhalb von weniger als drei Jahren. Das ist eine Umverteilung, die ist so unvorstellbar, daß man es kaum glauben kann! Und ein Großteil dieses Geldes, der da umverteilt wurde, ist tatsächlich neu geschaffenes Geld. Es ist also so, daß die Politiker die Zentralbanken anweisen: "Druckt Geld!" Das geht dann an die Großinvestoren, die speisen das ins Finanzcasino und sind selbst die Profiteure dieser ganzen Angelegenheit. Es ist ein sich selbst verstärkender Mechanismus, der von Tag zu Tag schlimmer wird und zur größten sozialen Ungleichheit in der Geschichte der Menschheit geführt hat.

Elsa Mittmannsgruber: Aber es kann ja nicht so weitergehen. Die Gelddruckmaschine kann ja nicht ewig laufen, und sie müssen ja irgendwie dann anders davon profitieren, indem sie ja jetzt ... Sie sagen ja, es ist ein Verzweiflungsakt, was jetzt passiert, sie müssen ja mit dem Rücken zur Wand gestanden sein.

Ernst Wolff: Es gibt kein sinnvolles Ende. Man hat jetzt kein Ziel vor Augen, wo man sagt: "Den Zustand wollen wir erreichen, und das wird ein stabiler Dauerzustand sein." Man versucht einfach nur, die Macht derer, die an den Hebeln der Macht sitzen, zu erhalten mit allen

möglichen Methoden. Man weiß aber, und man sieht es ja jetzt im Moment, was das Ergebnis dieser riesigen Geldschöpfung ist, nämlich die Entwertung des Geldes. Aber auch darauf bereiten sich eben im Hintergrund diejenigen, die das meiste Geld auf der Welt besitzen, vor.

Wir erleben zurzeit, daß relativ viele Milliardäre aus den Aktien rausgehen, daß die aus den Anleihen rausgehen und daß die in Sachwerte gehen. Es ist kein Zufall, daß Leute wie Bill Gates z.B., der einer der reichsten Männer der Welt ist, daß der jetzt in den letzten zwei Jahren sich gemausert hat zum größten Ackerland-Besitzer in den USA. Also diese Leute bereiten sich ganz, ganz konkret darauf vor, daß dieses System irgendwann zusammenfällt, und daß das Geld seinen Wert verliert, und die dann auf ihre Sachwerte zurückgreifen, um anschließend auch wieder ganz obenauf zu schwimmen.

Elsa Mittmannsgruber: Es ist eben sehr interessant, weil Sie sagten ja am Anfang, daß gerade die Tatsache, daß so viele Länder- und Staatschefs gleichzeitig bei der Pandemie mitmachen und synchron agierten, für Sie ein Hinweis auf einen Plan ist. Mir sagen viele Leute immer, das ist genau der Hinweis, daß es eben kein Plan ist, weil es können sich ja nicht alle täuschen. Was sagen Sie dazu?

Ernst Wolff: Da muß man sich die Geschichte der Welt mal angucken. Und zwar sollte man sich da mal die Geschichte der Reichen und der Mächtigen in den letzten 50 Jahren ansehen. Die haben sich ja untereinander in einer ungewöhnlichen Weise vernetzt. Eine der wichtigsten Organisationen zurzeit auf der Welt ist das World Economic Forum in Davos. Das wird von einem deutschen Professor geleitet namens Klaus Schwab. Der hat 1971 ein Forum für Unternehmer gegründet.

Derselbe hatte vorher an der Harvard-Universität als Schüler von Henry Kissinger studiert, ist dann nach Europa zurückgekommen und hat damals als 33-Jähriger ein Forum für Unternehmer in Europa gegründet, um diesen europäischen Unternehmern amerikanische Management-Methoden beizubringen. Und merkwürdigerweise das erste Mal, als das erste Treffen zustande gekommen ist, sind gleich 440 Spitzenmanager aus der ganzen Welt nach Davos gereist.

Also das kann mir kein Mensch erzählen, daß ein 33-Jähriger, der noch nicht mal fünf Jahre Berufserfahrung hat, es schafft, 440 Spitzenmanager aus der Welt zu versammeln, ohne daß irgendwer im Hintergrund ihm hilft. Und wenn man sich dann mal ansieht, welche Rolle die Harvard-Universität spielt, dann kann man sich vorstellen, daß da die Fäden in Wirklichkeit schon gezogen wurden. Interessant ist, wie sich dieses Forum weiterentwickelt hat. Am Anfang waren es nur Manager, die da hingekommen sind, dann hat man Politiker dazu geholt, dann hat man den Hochadel dazu geholt, dann hat man Medienschaffende dazu geholt, und dann hat man sich anschließend irgendwann entschieden:

Junge Leute, die vielversprechend irgendwo agieren, entweder in Großunternehmen oder in der Politik, diese Leute zusammenzuführen und diese Leute auf ihre spätere Rolle in der Gesellschaft vorzubereiten. Das hat man seit 1992 betrieben. Da hat man nämlich Klassen ins Leben gerufen: Die erste Klasse war die "Clas of 93", also die Klasse von 1993, und das ist ganz interessant, wenn man mal reinguckt, wer da alles in dieser Klasse gegessen hat:

Da findet man Namen wie Tony Blair, da findet man Gordon Brown, da findet man Nicolas Sarkozy, da findet man Bill Gates, Angela Merkel, Manuel Barroso. Also alles Leute, die später in absoluten Spitzenpositionen in Politik und Wirtschaft gearbeitet haben.

Und das Ganze geht weiter: Die "Clas of 93" war nur die erste Klasse; inzwischen sind wir bei der Klasse von 2021 angekommen. Und das Konzept hat sich auch ein bißchen geändert. Am Anfang hießen diese Leute, die da zusammenkamen, die "Global Leaders of Tomorrow", dann später, ich glaube ab 2005, waren das die "Young Global Leaders", da hat man immer mehr auf jüngere Leute gesetzt, darunter sind z.B. Leute wie Sebastian Kurz, darunter ist auch Jens Spahn, der deutsche Bundesgesundheitsminister.

Also da fallen einem viele Leute auf, die in der Politik heute eine ganz wichtige Rolle spielen. Da ist auch die neuseeländische Premierministerin, die neulich einen dreitägigen Lockdown verkündet hat, weil ein einziger Mensch positiv getestet wurde. Also da findet man wirklich die Elite und die Crème der Politik von heute und die Crème der Unternehmensführer. Jeff Bezos war auch in einer solchen Klasse.

Es ist sehr interessant, wenn man diese ganzen Klassen mal durchgeht, das sind inzwischen 1.300 Leute, die natürlich auch untereinander ganz eng vernetzt sind. Also wenn man da in einem Jahr mehrere Kurse belegt hat - die Leute sind jetzt nicht ein Jahr lang interniert irgendwo, sondern die treffen sich dann mal für ein Wochenende, mal für eine ganze Woche, aber die besitzen natürlich ihre Handynummern, die sind bestens vernetzt. Und ich weiß von Journalisten hier in Berlin, die haben mir erzählt, daß da Angela Merkel ab und zu mit Bill Gates telefoniert - ja kein Wunder, wenn die vor fast 30 Jahren schon in einer Klasse zusammengesessen sind, dann kennen die sich gut.

Und das sind diese Netzwerke, die im Hintergrund funktionieren, und dieses Netzwerk vom World Economic Forum ist noch ganz stark ausgeweitet worden, und zwar vor sechs Jahren. Da hat man eine neue Organisation gegründet, die "Young Global Shapers", also diejenigen, die den globalen Zusammenhang in der Zukunft formen sollen. Das sind also junge Leute, meistens aus Startup-Unternehmen, die unter 30 sein müssen, die allerdings auch teilweise aus der Politik rekrutiert werden, und diese Leute werden in sogenannten "Hubs" zusammengefaßt. Hubs sind so kleine Treffpunkte, die gibt es inzwischen in 440 Städten.

Und man höre und staune, diese Organisation umfaßt inzwischen 10.000 Leute. Ich vermag nicht zu glauben, daß das alles zufällig ist, sondern da werden die zukünftigen Führungskräfte ganz klar auf ihre Rolle vorbereitet. Und interessant ist, daß die neuen Klassen jetzt, die neue Claß der "Young Global Leaders", nicht mehr über ein Jahr laufen, sondern über fünf Jahre. Wir haben jetzt den ganz besonderen Fall, daß ja möglicherweise die Grünen mit an die Macht kommen in Deutschland.

Es steht ja sogar im Raum, daß möglicherweise Annalena Baerbock zur Kanzlerin gewählt wird. Frau Baerbock ist in der Klasse von 2020 und wäre damit die erste Kanzlerin in Deutschland, die während vierjähriger Kanzlerschaft auch noch in dem Kurs vom WEF steckt und praktisch von dort ihre Anweisungen bekommen könnte. Also da sieht man, daß da im Hintergrund wirklich Kräfte an der Macht sind, die weltweit lenken, steuern und leiten können.

Elsa Mittmannsgruber: Wo wollen diese Kräfte hin?

Ernst Wolff: Ich denke, die haben nur ein einziges Ziel, die haben nur das Ziel, ihre eigene Macht aufrechtzuerhalten, weil wir leben in einer schwierigen Zeit. Die Zeit spricht im Grunde gegen die, weil wie ich das ja schon gesagt habe, diese drei Systeme zerbrechen, und deren Macht und deren Wohlstand gründet sich auf diese drei Systeme, deswegen versuchen die im Moment, oder unternehmen den relativ hilflosen Versuch, diese Systeme in die Zukunft zu retten und mit allen möglichen Gewaltmethoden aufrechtzuerhalten.

Und die Tatsache, daß wir jetzt so einen riesigen Abbau unserer Rechte erleben, die beweist mir, daß dieses Aufrechterhalten dieser drei Systeme nur mit zunehmend diktatorischen Maßnahmen möglich ist. Also ich kann mir nur vorstellen, daß die ganzen Zwangsmaßnahmen, denen wir unterliegen, daß die in Zukunft nicht gelockert werden, wie manche Leute glauben. Ich kann mir auch nicht vorstellen, daß man dieses Virus irgendwann offiziell für tot erklärt oder für "besiegt" erklärt.

Ich kann mir allerdings vorstellen, daß dieses Narrativ vom Virus nicht mehr auf Dauer halten wird, und daß man dieses Narrativ durch ein anderes ersetzen wird. Und man hat da im Hintergrund schon ein zweites Narrativ, und das ist das vom "ultragefährlichen Klimawandel".

Und ich vermute, dass, wenn die Leute das Narrativ vom Virus nicht mehr glauben, daß man

dann ganz schnell umschalten wird auf dieses Narrativ vom "gefährlichen Klimawandel". Also man sieht, daß dieser Klimawandel in den letzten Wochen und Monaten immer mehr in den Vordergrund gerückt ist.

Und auch das ist kein Zufall, wenn man weiß, daß sehr viele Medienleute eben auch vom World Economic Forum ausgebildet werden. Und im Großen und Ganzen sind ja die meisten Medienleute auch von diesen großen Konzernen, die inzwischen die reichsten Konzerne der Welt sind, abhängig - weil die finanzieren ja die ganzen Medien.

Elsa Mittmannsgruber: Sie glauben ja auch, daß Chaos gestiftet werden soll. D.h. Sie sagen, es werden ja ständig neue Problemfelder inszeniert oder zumindest aufgebaut, eben Pandemie, Klimawandel. Für wie wahrscheinlich halten Sie es, daß sie solche Dinge wie Cyberangriffe, Blackout usw. machen, um noch mehr das Chaos anzuhetzen?

Ernst Wolff: Also ich bin mir relativ sicher, daß all das auf uns zukommt. Also für mich ist, wenn ich genau sehe, was in den letzten 18 Monaten passiert ist, dann ist das für mich also, ja, die vorsätzliche Zerstörung der Wirtschaft, die vorsätzliche Zerstörung vor allem des Mittelstandes, also das ist ein ganz wichtiges Thema bei der ganzen Sache. Weil die Digitalisierung der letzten Jahre hat einen Ökonomie-Zweig hervorgebracht, der unvorstellbar gewachsen ist, und das ist die Plattform-Ökonomie.

Und die Plattform-Ökonomie lebt eigentlich davon, daß sie den Mittelstand zerstört oder ausnimmt oder sich zu ihren eigenen Gunsten unterwirft. Also die Plattform-Ökonomie, da sind so große Unternehmen wie z.B. Amazon an der Spitze. Amazon hat den gesamten Einzelhandel der Welt sich mehr oder weniger unterworfen. Und die Existenz von Amazon und der unvorstellbare Siegeszug von Amazon hat dazu geführt, daß unendlich viele Einzelhändler in der Welt in große Schwierigkeiten gekommen sind, teilweise ihre Geschäfte schließen mußten. Und das Gleiche gilt für die anderen großen Plattform-Unternehmen.

Also ich erwähne jetzt mal nur Uber. Uber hat weltweit einen riesigen Angriff auf das Taxi-gewerbe, auf das Personen-Beförderungsgewerbe, gestartet, und es gibt unendlich viele Taxi-unternehmer, die ihre Betriebe jetzt schließen müssen, deswegen, weil sie mit der Konkurrenz von Uber nicht mehr klarkommen.

Ähnliches gilt für Booking.com, die haben sich die Hotellerie unterworfen, also es gibt heute kaum noch ein Hotel, was nicht Gäste von Booking.com akzeptieren muß, deswegen, weil ja die ganzen Gäste jetzt plötzlich über Booking.com buchen. Da zeigt sich auch die Macht dieser Plattform-Unternehmen, weil Booking.com zahlt an Google riesige Summen, also im Milliardenbereich, um immer bei den Einträgen im Internet vor den einzelnen Hotels zu erscheinen.

D.h. wenn ich heute ein Hotel suche, wenn das ein kleiner Gasthof irgendwo in Niederösterreich ist oder so, dann werde ich nicht auf diesen Gasthof stoßen, auch wenn ich den Namen des Gasthofes genau eingebe, sondern da wird mir erstmal von Google gezeigt, wie ich über Booking.com bei diesem Gasthof buchen kann.

Und dann werden mir auch über Booking.com Konditionen angeboten, die für mich gut sind, die für diesen Gasthof aber verheerend sein können. Also Booking.com bietet in den meisten Fällen an, daß man sehr, sehr kurzfristig noch stornieren kann. Das ist eine Sache, die kein familienbetriebener Gasthof auf Dauer aushalten kann! Aber so unterwirft sich Booking.com auch die Hotellerie.

Ein ganz großes Unternehmen, was explodiert ist in den letzten ... - gerade im Zuge des Lockdowns - ist "Takeaway". Zu Takeaway gehören solche Organisationen wie "Lieferheld", "Foodora", "Lieferando" - die haben unglaublich profitiert von den Lockdowns. Als die Lockdowns plötzlich eingeführt wurden, mußten die ganzen Restaurants überall auf Catering umstellen, und die haben natürlich selber keine Leute, die das Zeug nach Hause liefern können. Da ist Lieferando dann aufgetreten und hat gesagt:

"Kommt Leute, wir übernehmen das von euch!" Die haben dann mit denen einen Vertrag gemacht; inzwischen stecken sie fest in den Klauen von Lieferando. Lieferando erlaubt sich z.B. Webseiten für diese Restaurants zu erstellen, auf die diese Restaurants keinen Zugriff haben. Und Lieferando hat seine Tantiemen auch gewaltig erhöht in den letzten 18 Monaten. Also auf diese Weise sind diese Plattform-Unternehmen zu so einer Art Geier geworden, die den Mittelstand plündern.

Und alle Maßnahmen, die ich sehe, die in den letzten 18 Monaten durchgeführt wurden, und auch alle Maßnahmen, die jetzt entweder ergriffen werden, oder die ganzen Drohungen, die im Raum stehen, schaden dem Mittelstand ungeheuerlich.

Also kein Mensch kann genau sagen: Kommt jetzt nochmal ein Lockdown, oder kommt kein Lockdown? Das bedeutet: Die kleinen Unternehmen können nicht planen. Also wenn Sie ein Restaurant irgendwo haben und nicht wissen, ob in den nächsten zwei Wochen nochmal ein Lockdown kommt, dann können Sie die Kühlschränke nicht vollmachen, d.h. Sie müssen immer nur ganz kleine, kleine Mengen an Nahrungsmitteln kaufen - und das macht das Ganze natürlich für Sie teuer.

Und diese Unsicherheit bei der Planung, die zerstört den Mittelstand im Moment in rasanter Art und Weise, und man weiß ja, daß überall Scouts der großen Unternehmen unterwegs sind, die diesen Mittelstand zurzeit brutal in die Ecke drängen und die Unternehmen aufkaufen, dann, wenn sie mit dem Rücken zur Wand stehen.

Und noch etwas ganz Wichtiges ist: Diese Plattform-Unternehmen haben riesige Geldgeber hinter sich, und die können ganz lange Strecken mit Verlust arbeiten. Also ein ganz extremes Beispiel ist Uber: Das hat sieben bis acht Jahre mit riesigen Verlusten gearbeitet. Aber hinter Uber steht u.a. der saudi-arabische Staatsfonds. Und das sind Leute, die spielen mit Milliarden und die hoffen nur drauf, daß Uber irgendwann Weltmarktführer wird, und darauf arbeiten die hin. Und dafür nehmen die auch mal sechs, sieben, acht Jahre Verluste in Kauf, weil sie wissen: Am Schluß werden sie die Preise diktieren, und dann werden sie richtig absahnen.

Elsa Mittmannsgruber: Aber egal, wie sehr sie den Mittelstand ausplündern - sie sind ja trotzdem auf die Kaufkraft der Menschen angewiesen, weil das System ja konsumgetrieben ist. Da kommt dann das universelle Grundeinkommen ins Spiel, oder?

Ernst Wolff: Ganz genau! Also die sägen ja eigentlich am eigenen Ast - weil die Leute, die sie zerstören, sind ja gleichzeitig auch die Konsumenten, die das ganze System durch ihren Konsum am Leben erhalten und treiben. Und da sie diese Konsumenten, also diese kleinen Betriebe zerstören, die Leute auf die Straße schmeißen, die keine Arbeit mehr haben, fallen die als Konsumenten aus. Und deswegen müssen sie zurückgreifen auf dieses universelle Grundeinkommen. Das wird also ein künstlich am Leben erhaltener Kapitalismus und nichts anderes sein. Aber der wird auf Dauer nicht funktionieren, weil, wenn sie dieses universelle Grundeinkommen an die Leute vergeben, dann werden sie das auch von Monat zu Monat erhöhen müssen, weil die Preise auch weiter steigen werden.

Außer sie verhängen totale Preiskontrollen, das aber wird die Wirtschaft wieder nicht mitmachen, weil wir müssen ja immer wachsen, weil das wichtigste Prinzip des Kapitalismus ist ja das Wachstum. Und dieses Wachstum wird auf diese Art und Weise untergraben. Deswegen ist das alles kein vernünftiges Endziel, sondern was wir jetzt erleben, ist eine riesige Transformation der Gesellschaft in eine Form, die nicht stabil ist und die nicht auf Dauer zu halten ist, die man aber versucht einzuführen über immer neue Zwangsmaßnahmen.

Also im Grunde ist das, was wir erleben, eigentlich die Erfüllung von Benito Mussolinis Lebensraum, nämlich die Erzeugung des autokratischen Korporatismus, also wir werden beherrscht von dem digital-finanziellen Komplex, der versucht, dieses System zu seinen eigenen Gunsten zu erhalten und der sich die Politik in der ganzen Welt - und das ist wichtig - der sich die Politik der ganzen Welt total unterworfen hat. Also es gibt heute keinen Politiker mehr,

der lange an der Macht bleibt, der diesem digital-finanziellen Komplex nicht hundertprozentig dient.

Wir hatten ja das Beispiel in Griechenland, da ist ja mit Syriza eine Partei an die Macht gekommen, die sich gegen die Autoritätspolitik ausgesprochen hat. Damals hat die europäische Zentralbank schnell eingegriffen, hat Griechenland für ein, zwei Wochen mal von allen Finanzströmen abgetrennt, und daraufhin ist die Syriza umgefallen und hat sich voll und ganz der Agenda des digital-finanziellen Komplexes unterworfen.

Elsa Mittmannsgruber: Wie gibt es dann überhaupt eine Chance für den Widerstand?

Ernst Wolff: Ich denke, der Widerstand wird sich auf jeden Fall weiter formieren, weil die Leute werden natürlich mit der Nase drauf gestoßen, daß dieses System nicht haltbar ist. Also wir werden wirklich erleben, also die Zahlen, die da von den Universitäten oder von den großen Beratungsfirmen wie McKinsey geliefert werden, die sind ja sehr erschreckend. Also McKinsey geht davon aus, daß bis Ende des Jahrzehnts 800 Millionen Leute auf der Straße stehen werden; die Universität von Oxford spricht inzwischen von einer Milliarde Arbeitsplätze, die verlorengehen.

Wir sehen ja auch, wie z.B. das autonome Fahren fortschreitet. Also man kann davon ausgehen, daß in ungefähr fünf bis zehn Jahren Züge, Autos, Lastwagen usw. alle durch künstliche Intelligenz gesteuert werden. Die künstliche Intelligenz macht auch in anderen Bereichen Fortschritte; es werden unglaublich viele Arbeitsplätze wegfallen. Interessant ist auch, daß z.B. der Beruf des Lehrers ganz stark bedroht ist, weil über dieses "Home-Schooling" fällt ja auch die Notwendigkeit für so viele Lehrer weg.

Also wenn wir ja meinetwegen davon ausgehen, daß es in Ländern wie Deutschland einige hunderttausend Lehrer gibt - wenn man das "Home-Schooling" jetzt ganz knallhart durchsetzt, dann braucht man am Schluß eigentlich nur noch eine Handvoll oder zwei Handvoll Lehrer, die das Ganze dann machen. Und die ganzen Korrekturen der Klassenarbeiten der Kinder, die werden dann über künstliche Intelligenz gemacht.

Also da gibt es wirklich absolute Horrorszenarien. Aber in dem Maße, in dem die Leute dann freigesetzt werden, also keine Arbeit mehr haben werden, selbst wenn man ihnen dieses universelle Grundeinkommen gibt, die werden merken, daß dieses universelle Grundeinkommen sehr schnell nicht mehr ausreichen wird, um ihre ganzen Bedürfnisse zu erfüllen. Die werden dann nach weiteren Jobs suchen, die wird es nicht geben. Also die werden dann in einen großen Konflikt mit dem System kommen.

Und in solchen Situationen suchen die Menschen nach Lösungen. Und in solchen Situationen ist es immer möglich, daß es einen ganz großen Umschlag gibt. Also alle Revolutionen in der Vergangenheit sind auf diese Weise zustande gekommen, und ich denke, das wird uns in Zukunft auch so blühen. Also für mich sieht das Zukunftsszenario so aus: Wir werden ökonomische, finanzielle, soziale, totale Zusammenbrüche, ein großes Chaos erleben. Aber was aus diesem Chaos entsteht, das hängt davon ab, wie der Bewußtseinsstand der Leute ist. Aber Leute sind dann, wenn es ihnen wirklich an den Kragen geht, immer daran interessiert: Was gibt es für Lösungen? Und da sehe ich einen Hoffnungsschimmer am Ende des Tunnels.

Elsa Mittmannsgruber: Aber es zeichnet sich ja ab, daß eben die Kontrolle und Überwachung immer strenger wird, wahrscheinlich eben mit Blick darauf, daß es soziale Unruhen geben wird und Widerstand aus der Bevölkerung geben wird. Ich stelle mir das dann sehr schwer vor, wenn eben alles digitalisiert ist bis hin zum Geld, künstliche Intelligenz, usw., daß man da dann noch ausbricht.

Ernst Wolff: Es wird natürlich schwierig werden, aber es gibt genügend Leute, junge Menschen im Moment, die daran arbeiten an alternativen Plattformen. Dann gibt es die Blockchain-Technologie, die es auch sehr schwer macht, neue Plattformen zu kontrollieren. Also ich glaube, da gibt es noch technische Möglichkeiten, um das zu umgehen. Natürlich weiß die

Gegenseite darüber Bescheid, und ich glaube, das ist kein Zufall, daß man z.B. beim WEF dieses Cyber Polygon durchgeführt hat, also, daß man einen weltweiten Zusammenbruch des Internets oder ein Ausschalten vieler Internetplattformen da geprobt hat, das wird bestimmt eines der Ziele sein.

Aber dann wird man vielleicht irgendwann wieder auf alte Flyer oder Flugblätter zurückgreifen und sich so gegenseitig informieren. Also ich denke sowieso, daß wir vor einer Phase der großen Regionalisierung stehen. Weil sehr viele Leute erkennen im Moment auch die Schädlichkeit dieser Plattform-Unternehmen. Die Leute schließen sich auch angesichts der ganzen Druckmaßnahmen und der ganzen Einschränkungsmaßnahmen in immer stärkerem Maße zusammen zu kleineren Gemeinschaften. Also ich denke, da steht uns einiges bevor.

Ich glaube auch, daß im Bereich des Geldes uns auch ganz gewaltige Umwälzungen bevorstehen. Ich denke, daß Regionalwährungen in der Zukunft eine große Rolle spielen werden, daß Tauschbörsen eine große Rolle spielen werden. Bei der Regionalwährung würde ich nicht mal ausschließen, daß es digitale Regionalwährung geben wird. Ich weiß von vielen jungen Leuten, die inzwischen an solchen digitalen Regionallösungen arbeiten auf Grundlage der Blockchain.

Also da erleben wir im Moment einen riesigen Umbruch, in dem man noch gar nicht sagen kann, was durch die Kreativität der Masse der Menschen entstehen kann. Aber ich sehe im Moment, daß das alte System mit immer härteren Methoden kämpfen muß, um sich aufrechtzuerhalten. Aber ich sehe, daß auf der anderen Seite immer neue Ideen entstehen, um sich dem zu widersetzen und eine neue Gesellschaft zu schaffen.

Elsa Mittmannsgruber: Es ist ja auch durch das Virus so gewesen, daß sie ihre Glaubwürdigkeit immer mehr untergraben, weil ja, wie Sie selbst vorhergesagt haben, das Narrativ immer mehr zusammenbricht, und das eröffnet uns auch eine noch nie dagewesene Chance, die Menschen aufzuklären.

Ernst Wolff: Ja, ich denke, daß ganz viele Leute inzwischen zweifeln. Also, man hat ja am Anfang, als das Virus in die Welt kam, haben wir alle erst mal geglaubt, tatsächlich, da ist ein ganz gefährliches Virus. Wir haben alle dieses Narrativ geglaubt. Dann haben einige von uns ein paar Fragen gestellt, dann sind die ersten darauf gekommen, daß da was ganz anderes dahintersteckt. Also bei mir hat das ungefähr zwei Wochen gedauert, bis mir klar ... Also ich hatte am Anfang gleich das Gefühl: Hier stimmt irgend etwas nicht.

Aber ich konnte mir einfach nicht vorstellen, daß es eine solch bösartige Agenda gibt, daß man tatsächlich über diese Panikmache die Leute sich unterwirft, um eine andere Agenda durchzusetzen. Aber so ganz langsam mit der Zeit ist mir das klargeworden, dann habe ich ein bißchen zurückgedacht in der Geschichte, und dann ist mir aufgefallen, daß die Bösartigkeit derer, die an der Macht sind, eigentlich keine Grenzen kennt.

Wir haben ja im letzten Jahrhundert immerhin zwei Weltkriege erlebt, die einmal 16 Millionen und einmal 66 Millionen Leben gekostet haben. Und die auch nichts anderem gedient haben als der Erhaltung der Herrschaft derer, die am meisten Geld besitzen und am meisten Macht in ihren Händen halten.

Also das war eine schwierige Sache am Anfang. Aber dann haben wir erlebt, daß sehr viele Leute diesem Narrativ verfallen sind, und dann gab es ja diese große Impfkation auch, und dann haben sich ja sehr viele Leute impfen lassen. Und auf diese Weise hat man natürlich die Gesellschaft auch nochmal spalten können. Weil es ist natürlich für diejenigen, die einmal das mitgemacht haben und die diese Impfung erhalten haben, sehr schwer, dann plötzlich umzuschalten und zu sagen: "Weißt du was? Ich bin hier betrogen worden!"

Aber ich muß sagen: Genau das passiert im Moment! Also ich erlebe in meinem Umfeld hier sehr viele Leute, die das am Anfang mitgemacht haben, die mir gesagt haben: "Du bist ein Verschwörungstheoretiker! Das stimmt alles nicht, was du sagst!" und die gesagt haben: "Ich

bin froh, daß ich diese Impfung gehabt habe!", die aber dann, als sie plötzlich gehört haben, es gibt jetzt eine Drittimpfung, dann gibt es eine Viertimpfung, die plötzlich gehört haben, wer hinter diesen ganzen Impfkonzernen steht - dahinter stehen ja auch die Vermögensverwaltungen -, die dann auch paar Interviews mit den Leuten dieser Impfkonzerne gesehen haben, die das Narrativ einfach so nicht mehr schlucken werden.

Und deren Wut, muß ich sagen, ist teilweise sogar noch viel größer als die Wut derer, die diese ganze Kampagne nicht mitgemacht haben. Also ich denke, da brodeln es in der Gesellschaft ganz unheimlich. Und ich denke, da stehen uns wirklich Dinge bevor, die erinnern mich so ein bißchen an die Hochdruckkochtöpfe, wo irgendwann der Deckel einfach an die Decke geht.

Elsa Mittmannsgruber: Wie wichtig ist hier die Aufklärungsarbeit, die auch Sie betreiben?

Ernst Wolff: Na, ich denke das ist das A und O von allem. Also das Allerwichtigste ist, daß man den Leuten möglichst ruhig erklärt, was hier im Hintergrund für eine Agenda abläuft, welche Schwierigkeiten in der Welt schon vor dem Virus existiert haben, welche Pläne es gegeben hat. Es hat ja die Pläne zur Einführung des digitalen Zentralbankgeldes gegeben, die gibt es schon relativ lange in Bankerkreisen.

Und das Interessante war, daß die auch immer damit gekoppelt waren, daß man gesagt hat, man müßte alle Leute in der Welt in dieses System integrieren. Es gibt ja noch 2,5 Milliarden Menschen, die keine Bankkonten besitzen. Und da gab es schon vor Jahren den Plan, daß man diesen Leuten entweder ein Tattoo macht, um die biometrisch zu erfassen oder daß man sie impft mit irgendeinem Stoff, damit diese Leute biometrisch zu erfassen sind, d.h. wenn die an ihr Handy gehen, daß die sofort gekoppelt werden mit ihrem einen digitalen Zentralbankkonto.

Also diese ganze Impfagenda, die hat es im Hintergrund mit einer ganz anderen Zielsetzung schon mal gegeben.

Und ich denke, wenn die Leute das alles erfassen, und wenn die dann auch die Macht erfassen, die das Finanzsystem oder der digital-finanzielle Komplex in den letzten 18 Monaten an sich gerissen hat, dann die ganze Korruption der Politik, also, ich kann den Leuten da nur empfehlen z.B. die Videos von Gunnar Kaiser, der diese Sachen immer wieder offengelegt hat, also mit welcher unglaublichen Dreistigkeit da vorgegangen wird. Also wir haben hier in Deutschland einen Gesundheitsminister, der sich nicht geschämt hat im letzten Jahr für mehr als vier Millionen Euro sich eine Villa zu kaufen.

Da fragt man sich auch, wo kommt das ganze Geld her. Also diese Korruption und diese Vetternwirtschaft, die da im Moment existiert; man weiß, daß vierzig deutsche Parlamentarier ganz erheblich am Maskenverkauf verdient haben. Also diese ganze Dreistigkeit, die fliegt im Moment immer mehr auf. Und ich denke, das trägt auch dazu bei, daß die Leute bereit sind, umzudenken. Für mich ist immer ein ganz wichtiger Spruch, er stammt von Mark Twain - Mark Twain hat mal gesagt: "Nicht das, was wir nicht wissen, bringt uns in Schwierigkeiten, sondern das, was wir fälschlicherweise glauben."

Und im Moment ist eine Phase, wo die Leute in großen Mengen das, was sie fälschlicherweise bisher geglaubt haben, ablegen. Die haben nämlich bisher geglaubt: Die Politik ist das entscheidende Vehikel in unserem Leben. Das ist falsch! Nicht die Politik entscheidet über den Gang der Welt, sondern der digital-finanzielle Komplex.

Also wenn man da ein paar Personen nennen will, also im Moment viel wichtiger als Joe Biden als amerikanischer Präsident oder Wladimir Putin als russischer Präsident oder Xi Jinping in China, viel wichtiger als die drei Leute sind Menschen wie Elon Musk, Bill Gates, Warren Buffett und vor allem Larry Fink und Jack Bogle, die Chefs der großen Vermögensverwaltung. Wenn da von denen eine Handvoll oder, sagen wir mal, zwei Hände voll Leute, zehn Leute sich in einem Zimmer treffen, dann üben die unendlich viel mehr Macht aus als alle Politiker der Welt.

Elsa Mittmannsgruber: Warum lassen sie uns aber dann noch so offen sprechen, Stichwort Zensur? Glauben Sie nicht, daß das dann so weit voranschreitet - es schreitet ja schon sehr schnell voran -, daß wir irgendwann gar nicht mehr die Menschen aufklären können?

Ernst Wolff: Also so offen lassen sie uns schon nicht mehr sprechen. Also ich weiß, daß meine Reichweite inzwischen ungefähr auf 10 % reduziert worden ist, weil ich in den Suchmaschinen nicht mehr so einfach zu finden bin. Früher war es so, wenn ich ein Interview gegeben habe, wenn ich einen Podcast gemacht habe oder etwas ins Internet gestellt habe, dann hat das drei Tage gedauert, dann wurde das 150.000- bis 250.000-mal angeklickt. Einige von meinen Interviews haben die Millionengrenze geknackt. Heute ist es so, dass, wenn ich etwas im Internet mache, dann bin ich froh, wenn ich 10.000 bis 15.000 Leute erreiche.

Meine Reichweite ist da schon gewaltig gekappt worden, und ich habe ja eine ganze Zeit lang für die Plattform KenFM gearbeitet. KenFM hatte immerhin 500.000 Abonnenten, die ist inzwischen abgestellt worden. Also da ist schon ganz gewaltig daran gearbeitet worden. Natürlich wollen die sich auch so ein bißchen so ein Alibi verschaffen. Die sagen dann: So einzelne Leute, die lassen wir dann noch ein bißchen operieren. Aber ich meine, was hat das für einen Sinn, wenn man die Leute operieren läßt?

Oder was passiert da im Hintergrund, wenn man plötzlich von den Leuten nur noch so schwer gefunden wird? Das ist ja schon Zensur hoch drei, was wir da erleben. Und darauf müssen wir uns einfach einstellen. Aber ich bin ganz sicher, es gibt ganz viele Leute im Moment, die an alternativen Methoden über Blockchain-Kanäle arbeiten, daß uns da neue Möglichkeiten eröffnet werden. Und wie gesagt, man muß sonst möglicherweise auch auf alte Methoden zurückgehen: die Leute mit Flyern informieren, die Leute wieder zusammenholen.

Das ist ja auch beabsichtigt in dieser ganzen Krise. Also dieses ganze Social Distancing soll uns ja voneinander trennen. Dieses ganze Home-Office soll die Leute ja dazu bringen, daß sie alleine zuhause sitzen, damit sie nicht mehr mit anderen diskutieren können. Also da wird die Kommunikation zwischen uns allen ganz massiv gestört. Und da müssen wir uns einfach widersetzen. Da müssen wir auf die Straße gehen, da müssen wir wirklich unsere Rechte einfordern. Und immer daran denken: Die Gegenseite kämpft eigentlich auf verlorenem Posten! Selbst wenn sie die nächsten kleinen Schlachten gewinnt - den großen Krieg werden die niemals gewinnen können!

Elsa Mittmannsgruber: Sehr schöne Abschlußworte. Ich danke Ihnen vielmals für das Gespräch, Herr Wolff!

Ernst Wolff: Ganz herzlichen Dank!

Interview (auf1.TV) mit Elsa Mittmannsgruber und Ernst Wolff ...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.08.2022

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x026/79) = Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten, Seite 79.

x026	Nawratil, Heinz: Die deutschen Nachkriegsverluste unter Vertriebenen, Gefangenen und Verschleppten. München/Berlin 1988.
x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.

Internet

x887	http://www.preussische-allgemeine.de/archiv-suche.html - Dezember 2016
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.013	https://coronafehlalarm.de/wp-content/uploads/2021/02/corona_unmasked_leseprobe.pdf - Mai 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021
x1.015	https://www.hallo-meinung.de/wie-das-wetter-so-wird-in-unserm-klima-vol-i/ - August 2021
x1.016	https://afd-fraktion.nrw/2021/06/22/versorgungssicherheit-verbessern-kernkraftwerk-emsland-muss-weiterlaufen-duerfen/ - August 2021
x1.018	https://blackout-news.de/aktuelles/katastrophenschutz-bei-blackout-wird-in-deutschland-komplett-versagen/ - August 2021
x1.020	https://www.rubikon.news/rubrik/6/artikel/das-massensterben – Januar 2022
x1.023	https://www.hallo-meinung.de/die-entzauberung-der-gruenen/ - September 2021
x1.029	https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000032.pdf - November 2021
x1.033	https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000034.pdf - November 2021

x1.034	https://corona-blog.net/2021/11/10/bayer-vorstand-die-mrna-impfungen-sind-ein-beispiel-dafuer-gentherapie-zu-verkaufen/ - November 2021
x1.039	https://dserver.bundestag.de/btd/20/002/2000274.pdf – Januar 2022
x1.040	https://dserver.bundestag.de/btd/20/000/2000035.pdf – Januar 2022
x1.044	https://dserver.bundestag.de/btd/19/297/1929777.pdf – Januar 2022
x1.047	https://afdbundestag.de/ – Januar 2022
x1.049	https://www.kla.tv - Februar 2022
x1.050	https://www.achgut.com/artikel/fest_entschlossen_den_notausgang_zu_verrammeln Achgut.com – Januar 2022
x1.051	https://www.achgut.com/artikel/wann_entgleist_der_impfzug – Januar 2022
x1.052	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/patientierter-kontrollwahn – Januar 2022
x1.053	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/die-impfschaden-leugner – Januar 2022
x1.054	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/die-bargeldabschaffung – Januar 2022
x1.055	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/politik-ohne-parteien – Januar 2022
x1.056	https://www.rubikon.news/rubrik/1/artikel/willkommen-in-der-neuen-weltordnung – Januar 2022
x1.060	https://www.rubikon.news/artikel/die-globalismus-erfinder – Januar 2022
x1.074	https://eike-klima-energie.eu/2021/08/22/klimawahn-und-covid-19-als-vorwand-fuer-totalitaere-herrschaft-papst-benedikt-xvi-hatte-vor-10-jahren-leider-recht/ - März 2022
x1.078	https://eike-klima-energie.eu/2021/12/05/bestialische-gruene-ideologie-auf-dem-klimagipfel-cop26/ - März 2022
x1.079	https://eike-klima-energie.eu/2021/10/02/wie-es-zum-ipcc-kam-die-geburt-einer-genialen-idee/ - März 2022
x1.080	https://eike-klima-energie.eu/2021/06/17/falsches-covid-narrativ-von-fauci-ein-mikro-kosmos-von-klima-luegen/ - März 2022
x1.081	https://eike-klima-energie.eu/2021/06/23/flaute-ueber-deutschland-windkraft-ohne-wind-photovoltaik-ohne-sonne/ - März 2022
x1.098	https://horst-koch.de/das-neue-grundgesetz-a-seibel/ - April 2022
x1.099	https://horst-koch.de/hintergruende-a-seibel/ - April 2022
x1.116	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/10/05/zur-dringenden-entmachtung-des-systems-der-umfassenden-herrschaft-weniger/#more-7968 - April 2022
x1.117	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/06/01/erlosung-von-der-geschurten-angst-die-impfung-als-moderner-ablasshandel/#more-7425 - April 2022
x1.118	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/07/19/wie-die-who-die-pandemie-definition-manipulierte-und-als-autoritativ-welt-regierung-agierte/#more-7625 - April 2022
x1.119	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/08/06/die-strasse-in-den-totalitarismus/#more-7695 - April 2022
x1.120	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/08/16/der-neue-eu-pakt-fur-asyl-und-migration-die-zerstörung-europas/#more-7718 - April 2022
x1.121	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/09/29/der-vormundschaftliche-staat-von-der-notwendigkeit-seine-allmacht-zu-brechen/#more-7944 - April 2022
x1.122	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2021/11/08/die-feindliche-ubernahme-des-bundesverfassungsgerichts/#more-8146 - April 2022

x1.127	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/01/02/wie-die-propaganda-das-bewusstsein-herabdampft-und-demokratie-zur-farce-macht/#more-8396 - April 2022
x1.130	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/01/18/plotzlich-und-unerwartet-die-langen-listen-von-todesfallen-und-schweren-nebenwirkungen-nach-mrna-impfung/#more-8513 - April 2022
x1.133	https://www.nachdenkseiten.de/?p=77461 - April 2022
x1.138	https://www.kla.tv - April 2022

Bildnachweis

Staatswappen der Bundesrepublik Deutschland (ab Januar 1950)

Internetquelle: <http://www.flaggenlexikon.de/fdtlhndb.htm> Stand - 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.bundestag.de/kulturundgeschichte/symbole/adler/> Stand: 8. Mai 2014

Bundesadler des Deutschen Bundestages

Internetquelle: <http://www.welt.de/dossiers/60jahredeutschland/article3800834/Adler-oder-fette-Henne.html> - 8. Mai 2014